

# STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN

---

Statistisches Informationssystem des Bundes  
(STATIS-BUND)

## Definitionskatalog

3. Ergänzungslieferung

Statist. Bundesamt - Bibliothek



09-05981

(10.1197)

Arbeitsunterlage

**Statistisches Bundesamt**  
**Bibliothek · Dokumentation · Archiv**

(80.1180)

~~85.3022a~~

Ergänzungslieferung Juli 1985

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet



## Hinweise zur Einordnung der Ergänzungslieferung

Die vorliegende Ergänzungslieferung zum Definitionskatalog des Statistischen Informationssystems des Bundes hat einen Umfang von ca. 750 Seiten. Sie umfaßt

- Definitionen zu Begriffen, die bisher noch nicht im Definitionskatalog enthalten waren,
- Definitionen zu Begriffen, die gleichlautend - aber mit zum Teil unterschiedlicher Bedeutung - in mehreren Statistiken vorkommen, bisher jedoch nur für einige dieser Statistiken definiert waren,
- Definitionen zu Begriffen, bei denen sich Änderungen im Zeitablauf ergeben haben sowie
- Definitionen, die völlig identisch im Definitionskatalog vom Juli 1982 enthalten sind, jedoch aus redaktionellen Gründen mitgeliefert wurden.

Die Definitionen sind alphabetisch sortiert. Sie sind in den vorhandenen Katalog einzufügen bzw. gegen die alten Definitionen auszutauschen. Beachten Sie dabei bitte vor allem die Blatt-Nr. bei mehrseitigen Definitionen. Weitere Hinweise zur Einordnung finden Sie auf den folgenden Seiten.

Das der Ergänzungslieferung beigelegte Register ersetzt vollständig das alte Register.

Einordnungshilfe für die Ergänzungslieferung 1985  
zum Definitionskatalog

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Abgabe von Wasser bis - Abgewickelte Erlassver- gleiche	4	von - Abgabe von Wasser bis - Abgewickelte Erlassver- gleiche	3
von - Aktiengesellschaften bis - Aktiengesellschaften, Kom- manditgesellschaften auf Aktien	2	von - Aktiengesellschaften bis - Aktiengesellschaften, Kom- manditgesellschaften auf Aktien	2
von - Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort an den Erwerbstätigen am Wohnort bis - Anteil des Auftragsein- gangs am Umsatz	1	von - Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort an den Erwerbstätigen am Wohnort bis - Anteil des Auftragsein- gangs am Umsatz	1
von - Ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien bis - Ausstattung/Beheizung (Der Wohnung)	10	von - Ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien bis - Aussteiger	10
von - Bauhauptgewerbe bis - Baumaßnahmen	4	von - Bauhauptgewerbe bis - Baumaßnahmen	4
von - Bauten für Bundesbahn und Bundespost bis - Bauüberhang im Hochbau	2	von - Baustoff-, Keramik- und Glasmachines bis - Bauüberhang im Hochbau	2
von - Bergbau bis - Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	9	von - Bergbau bis - Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	9
von - Berufsschulen für Behinderte bis - Beschäftigte	5	von - Berufsschulen für Behin- derte bis - Beschäftigte	5

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Betriebe bis - Betriebe	11	von - Betriebe bis - Betriebe	11
von - Betrieblicher Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den Betrieben (nur Seite 2) bis - Betriebsfläche	1	von - Betrieblicher Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den Betrieben (nur Seite 2) bis - Betriebsfläche	1
von - Bevölkerung am Familienwohnsitz bis - Bevölkerungsveränderung 1961/70	9	von - Bevölkerung bis - Bevölkerungsveränderung 1961/70	12
von - Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen bis - Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	1	von - Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen bis - Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	1
von - Chemische Erzeugnisse bis - Containerbestände (Eigentumsbestand am Jahresende)	2	von - Chemische Erzeugnisse bis - Containerbestände (Eigentumsbestand am Jahresende)	2
von - Dampflokomotiven bis - Darlehensrückflüsse	5	von - Dampflokomotiven bis - Darlehensrückflüsse	5
von - Der dem Umweltschutz dienende Teil von Sachanlagen bis - Deutsche	1	von - Der dem Umweltschutz dienende Teil von Sachanlagen bis - Deutsche	1
von - Druckereierzeugnisse bis - Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft	1	von - Druckereierzeugnisse bis - Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft	1

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - EG-Länder bis - Einfamiliengebäude	6	von - EG-Länder bis - Einfamiliengebäude	6
von - Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser bis - Elektrotechnische Ver- brauchsgüter	5	von - Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser bis - Elektrotechnische Ver- brauchsgüter	4
von - Erhöhte Absetzungen bei kulturhistorisch wert- vollen Gebäuden im Rahmen der Einkommen- und Kör- perschaftsteuer bis - Erlaßvergleich	5	von - Erhöhte Absetzungen bei kulturhistorisch wert- vollen Gebäuden im Rahmen der Einkommen- und Kör- perschaftsteuer bis - Erlaßvergleich	5
von - Erststimmen bis - Erteilte Baugenehmigun- gen für Fertigteilbauten	1	von - Erststimmen bis - Erteilte Baugenehmigun- gen für Fertigteilbauten	1
von - Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei bis - Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	von - Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei bis - Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1
von - Erzeugnisse der Ziehe- reien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung bis - Erzeugnisse des Ver- brauchsgüter produzierenden Gewerbes	10	von - Erzeugnisse der Ziehe- reien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung bis - Erzeugnisse des Ver- brauchsgüter produzierenden Gewerbes	10
von - Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahres- durchschnitt) bis - Familienstand	3	von - Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahres- durchschnitt) bis - Familienstand	3

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
Neu aufzunehmen			
von -		- Flächen anderer Nutzung	
entfällt		<u>vor</u>	1
bis -		- Folgen politischer Ereignisse	
von - Forstpflanzen		von - Forstpflanzen	
bis - Frachteinnahmen des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs	3	bis - Frachteinnahmen des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs	3

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Gasthöfe bis - Geleistete Arbeitsstunden	11	von - Gasthöfe bis - Geleistete Arbeitsstunden	11
von - Gesamte Industrie (Ohne öffentliche Ener- giewirtschaft und ohne Bauindustrie)	12	von - Gesamte Industrie (Ohne öffentliche Ener- giewirtschaft und ohne Bauindustrie)	12
bis - Gesellschaften mit be- schränkter Haftung		bis - Gesellschaften mit be- schränkter Haftung	
von - Gesundheit, Sport und Erholung	13	von - Gesundheit, Sport und Erholung	12
bis - Gewerbliche Wirtschaft		bis - Gewerbliche Wirtschaft	
von - Grundkapital am 31.12.	1	von - Grundkapital am 31.12.	2
bis - Grundschulen		bis - Grundschulen	
von - Grundstoffe für das ver- arbeitende Gewerbe	8	von - Grundstoffe für das ver- arbeitende Gewerbe	7
bis - Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien		bis - Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	

Neu aufgenommen

von - entfällt		Gültige Stimmen nach	1
bis -		Grundvermögen	
von - Heizölverbrauch	4	von - Heizölverbrauch	4
bis - Herstellung von stark- stromtechnischen Erzeug- nissen		bis - Herstellung von stark- stromtechnischen Erzeug- nissen	
von - Hochbau	11	von - Hochbau	11
bis - Hysterektomie		bis - Hysterektomie	
von - Im Krankenhaus tätige Krankenpflegepersonen	5	von - Im Krankenhaus tätige Krankenpflegepersonen	4
bis - Index der Bruttonproduktion		bis - Index der Bruttonproduktion	

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Index der industriellen Bruttoproduktion bis - Index des Umsatzes	7	von - Index der industriellen Bruttoproduktion bis - Index des Umsatzes	9
von - Insolvenzen bis - Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	7	von - Insolvenzen bis - Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	7
von - Kapitalgesellschaften bis - Kapitalgesellschaften	1	von - Kapitalgesellschaften bis - Kapitalgesellschaften	1
von - Kombinationskraftwagen bis - Kommunal verbürgte Hypo- theken auf Wohngrundstücke	4	von - Kombinationskraftwagen bis - Kommunal verbürgte Hypo- theken auf Wohngrundstücke	4
von - Krafträder, Fahrräder bis - Krafträder <u>und</u> Fahrräder	2	von - Krafträder, Fahrräder bis - Krafträder <u>und</u> Fahrräder	2
von - Landwirtschaftliche Maschinen bis - Landwirtschaftliche Maschinen	1	von - Landwirtschaftliche Maschinen bis - Landwirtschaftliche Maschinen	1
von - Länge der benutzten Was- serstraßen bis - Länge der benutzten Was- serstraßen	1	von - Landwirtschaftsfläche bis - Länge der benutzten Was- serstraßen	1
von - Leitungs- und Rohrnetz bis - Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit	12	von - Leitungs- und Rohrnetz bis - Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit	12
von - Luftreinhaltung bis - Luftreinhaltung	1	von - Luftreinhaltung bis - Luftverkehr	1

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Maschinenbauerzeugnisse bis - Maschinen für die Ver- brauchsgüterindustrien	7	von - Maschinenbauerzeugnisse bis - Maschinen für die Ver- brauchsgüterindustrien	6
von - Mehrpersonenwohnparteien bis - Miete	2	von - Mehrpersonenwohnparteien bis - Miete	2
von - Möbel bis - Möbel	1	von - Möbel bis - Möbel	1
von - Nachrichten- und Informa- tionstechnische Investi- tionsgüter bis - Nebenbahnen	8	von - Nachrichten- und Informa- tionstechnische Investi- tionsgüter bis - Nebenbahnen	8
von - Nettowertschöpfung zu Faktorkosten bis - Nicht eingelöste Schecks (Rückschecks)	6	von - Nettowertschöpfung zu Faktorkosten bis - Nicht eingelöste Schecks (Rückschecks)	6
von - Öffentlicher Hochbau bis - Öffentlicher sonstiger Tiefbau	1	von - Öffentlicher Hochbau bis - Öffentlicher sonstiger Tiefbau	1



Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Papier und Pappe bis - Pendler	2	von - Papier und Druckerei- maschinen bis - Pendler	3
von - Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen bis - Personenwagen	2	von - Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen bis - Personenwagen	3
von - Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe bis - Psychiatrische Indikation	9	von - Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe bis - Psychiatrische Indikation	10
von - Rückwaren/Ersatzlieferun- gen bis - Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte	2	von - Rückwaren/Ersatzlieferun- gen bis - Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte	2
von - Schiffspfandbriefe bis - Schiffs- und Luftfahr- zeugbedarf usw.	1	von - Schiffspfandbriefe bis - Schiffs- und Luftfahr- zeugbedarf usw.	1
von - Schönheitsreparaturen bis - Schuhe, Textilien und Bekleidung	2	von - Schönheitsreparaturen bis - Schuhe, Textilien und Bekleidung	2
von - Schulden und sonstige Ab- züge (nur S. 6!)	1	von - Schulden und sonstige Ab- züge (nur S. 6!)	1
bis - Schuldverschreibungen		bis - Schuldverschreibungen	

Neu aufgenommen

nach - Selbsterstellte Anlagen	Sitze im deutschen Bundestag und Sitzverteilung im Europapar- lament	1
von - Sonstige Bundessteuern bis - Sonstige elektrotechnische Verbrauchsgüter	4	4

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter  bis - Sonstige Steuervergün- stigungen (einschl. privater Haushalte)	23	von - Sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter  bis - Sonstige Straßenfahrzeuge	21
von - Spareinlagenbestand (einschl. verrechneter Bausparprämien)  bis - Sparförderung	1	von - Spareinlagenbestand (einschl. verrechneter Bausparprämien)  bis - Sparförderung	1
von - Spargeldeinzahlungen  bis - Spezialhandel	1	von - Spargeldeinzahlungen  bis - Spezialhandel	1
von - Stadtschnellbahnen  bis - Starkstromtechnische Investitionsgüter	5	von - Stadtschnellbahnen  bis - Starkstromtechnische Investitionsgüter	6
von - Steuervergünstigungen  bis - Stromabgabe	10	von - Steuervergünstigungen  bis - Stromabgabe	12
von - Tätige Personen  bis - Tätige Personen	3	von - Tätige Personen  bis - Tätige Personen	3
von - Textil- und Nähmaschi- nen, Schuh- und Lederin- dustriemaschinen  bis - Tilgungen	6	von - Textil- und Nähmaschinen, Maschinen für die Leder-, Schuh- und Lederwarenher- stellung  bis - Tilgungen	7
von - Übrige Zweitwohnungen  bis - Umsatz	7	von - Übrige Zweitwohnungen  bis - Umsatz	8

Neu aufgenommen

von -	Ungültige Stimmen	
entfällt	<u>nach</u>	1
bis -	Unfallversicherung	

Herausnehmen von - bis	Anzahl der Blätter	Einfügen von - bis	Anzahl der Blätter
von - Unternehmen mit Investi- tionen bis - Unterricht und Kinder- gartenbesuch	3	von - Unternehmen mit Investi- tionen bis - Unterricht und Kinder- gartenbesuch	3
von - Verarbeitende Industrie bis - Verbrauchsländer	16	von - Verarbeitende Industrie bis - Verbrauchsländer	15
von - Verkehr innerhalb des Bundesgebietes bis - Verlorene Arbeitstage	6	von - Verkehr innerhalb des Bundesgebietes bis - Verlorene Arbeitstage	7
von - Vermögenswirksame Lei- stung des Arbeitgebers bis - Verpflegungsumsatz	1	von - Vermögenswirksame Lei- stung des Arbeitgebers bis - Verpflegungsumsatz	2
von - Wagenladungsverkehr bis - Warenhausunternehmen	8	von - Wagenladungsverkehr bis - Wasserfläche	12
von - Wohnbaudarlehen bis - Wohnbevölkerung	6	von - Wohnbaudarlehen bis - Wohnberechtigte Bevölke- rung mit Hauptwohnsitz gemeldet	4
von - Wohnungsbau bis - Wohnungs- und Garagen- nutzung	2	von - Wohnungsbau bis - Wohnungs- und Garagen- nutzung	2
von - Zinsen auf Konsumenten- kredite bis - Zins- und Tilgungslei- stungen	1	von - Zinsen bis - Zins- und Tilgungslei- stungen	1
von - Zugang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12. bis - Zwischenkredite	14	von - Zugang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12. bis - Zwischenkredite	14

# **STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN**

---

**Statistisches Informationssystem des Bundes  
(STATIS-BUND)**

## **Definitionskatalog**

**Definitionen**

**A - F**

**Arbeitsunterlage**

Ausgabe Juli 1982

einschl. Ergänzungslieferungen Juli 1983, Juli 1984 und Juli 1985

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Schutzgebühr für den gesamten Katalog: 45,- DM

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DFK-Nr.:

ABGABE VON WASSER

GBK-Nr.(n):

6015

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahreserhebung  
bei Unternehmen,  
Investitionser-  
hebung bei Unter-  
nehmen und Betrieben  
der Energie- und  
Wasserversorgung

ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : Von Unternehmen der  
Energie- und Wasserversorgung an andere weiterverteilende  
Wasserversorgungsunternehmen und an Letztverbraucher abge-  
gebene Wassermengen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ABGANG AN GRUNDKAPITAL ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kapitalgesell-  
schaften

ab 1951

B e g r i f f s i n h a l t : Abgang an Grundkapital bei den *Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien* zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember jedes Jahres.

Das Grundkapital (Aktienkapital) einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien ist die Summe aus den Nennbeträgen der Aktien. Die ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien sind vom Grundkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Grundkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren Grundkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet. Von den Kommanditgesellschaften auf Aktien erfaßt die Statistik der Kapitalgesellschaften nur das Grundkapital, nicht aber die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter.

Der Abgang an Grundkapital innerhalb eines Jahres ist u.a. auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen in andere Rechtsformen, auf Kapitalherabsetzungen oder auf Auflösungen zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Dem Abgang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12. bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien entspricht bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung der *Abgang an Stammkapital zwischen 1.1. und 31.12.* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ABGANG AN STAMMKAPITAL ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kapitalgesell-  
schaften  
ab 1951

B e g r i f f s i n h a l t : Abgang an Stammkapital bei den *Gesellschaften mit beschränkter Haftung* zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember jedes Jahres.

Das Stammkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Summe aus den Stammeinlagen (Geschäftsanteilen) der Gesellschafter. Die ausstehenden Einlagen auf das Stammkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Geschäftsanteile sind vom Stammkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Stammkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet.

Der Abgang an Stammkapital innerhalb eines Jahres ist u.a. auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen in andere Rechtsformen, auf Kapitalherabsetzungen oder auf Auflösungen zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Gesellschafter (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Dem Abgang an Stammkapital zwischen 1.1. und 31.12. bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung entspricht bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien der *Abgang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12.* (Statistik der Kapitalgesellschaften).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ABGEGEBENE STIMMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern bei der Bundestagswahl abgegebene *Erststimmen* und *Zweitstimmen* - unabhängig davon, ob sie gültig oder ungültig sind und unabhängig davon, ob sie persönlich oder brieflich abgegeben werden.

Persönlich abgegebene Stimmen können entweder im zuständigen Wahllokal abgegeben werden, oder mittels eines Wahlscheines in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist.

Brieflich abgegebenen Stimmen muß ebenfalls ein Wahlschein beigelegt sein.

Werden Wahlbriefe zurückgewiesen, so gelten die darin enthaltenen Stimmen als nicht abgegeben. Einzelheiten zur Zurückweisung von Wahlbriefen enthält § 39 Abs. 4 Bundeswahlgesetz 1).

Die abgegebenen *Erststimmen* und *Zweitstimmen* werden - unabhängig davon, ob sie persönlich oder brieflich abgegeben wurden - danach unterschieden, ob sie gültig oder ungültig sind.

1) Bundeswahlgesetz i.d.F.v. 1.9.1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert am 7.12.1982 (BGBl. I S. 1613).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ABGEORDNETE VON BERLIN (WEST)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t : Abgeordnete, die das Abgeordnetenhaus von Berlin - entsprechend der Stärke der einzelnen Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus - in den Bundestag entsendet.

Die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages beträgt 518. Solange jedoch die Anwendung des Wahlgesetzes<sup>1)</sup> im Land Berlin nicht möglich ist, beträgt die tatsächlich zu wählende Zahl der Abgeordneten nur 496. Dazu kommen 22 Berliner Abgeordnete, die das Abgeordnetenhaus von Berlin entsprechend der Stärke der einzelnen Fraktionen wählt und in den Bundestag entsendet.

1) Bundeswahlgesetz i.d.F.v. 1.9.1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert am 7.12.1982 (BGBl. I S. 1613).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ABGEWICKELTE ERLASSVERGLEICHE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1296

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Konkurs- und Ver-  
gleichsverfahren  
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Vergleichsverfahren, die  
so weit abgewickelt sind, daß der finanzielle Ausgang des  
Verfahrens feststeht.

Ein Vergleichsverfahren ist ein in der Vergleichsordnung  
geregeltes Verfahren zur Abwendung des Konkurses bei einem  
zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten würdigen Schuldner. <sup>1)</sup>

Als Erlaßvergleich gilt ein das Vergleichsverfahren ab-  
schließender Vergleich, in dem der Vergleichsschuldner den  
Vergleichsgläubigern Zahlung ihrer Forderungen zu einem be-  
stimmten Prozentsatz verspricht (mindestens 35 %) und dem  
Vergleichsschuldner die Restschuld erlassen wird.

Nachgewiesen werden innerhalb eines Jahres *eröffnete Vergleichs-*  
*verfahren*, die bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden  
Jahres finanziell abgewickelt werden.

Als eröffnete Vergleichsverfahren gelten Verfahren, deren Er-  
öffnung vom Amtsgericht stattgegeben wurde. Ein eröffnetes  
Vergleichsverfahren wird durch einen Erlaßvergleich bzw. einen  
Stundungsvergleich beendet oder in einen Anschlußkonkurs über-  
geleitet.

Stundungsvergleiche und Anschlußkonkurse zählen nicht zu den  
abgewickelten Erlaßvergleichen.

Der Großteil der eröffneten Vergleichsverfahren wird bis zum  
Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres finanziell abge-  
wickelt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Abgewickelte Erlaß-  
vergleiche und *eröffnete Vergleichsverfahren* (Statistik der  
Konkurs- und Vergleichsverfahren) sind unterschiedlich abge-  
grenzt. Abgewickelte Erlaßvergleiche werden zu einem früheren  
Zeitpunkt bereits als eröffnete Vergleichsverfahren gezählt.  
Eröffnete Vergleichsverfahren, die als Stundungsvergleiche  
beendet oder in Anschlußkonkurse übergeleitet werden, gelten  
als eröffnete Vergleichsverfahren, zählen aber nicht zu den  
abgewickelten Erlaßvergleichen. Nicht dazu zählen ferner er-  
öffnete Vergleichsverfahren, deren Abwicklungsdauer über das  
dem Eröffnungsjahr folgende Jahr hinausreicht.

1) Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung v. 26.2.1935  
(RGBl. I S. 321).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

AKTIENGESELLSCHAFTEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7197

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Konkurs- und Ver-  
gleichsverfahren

ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Aktiengesellschaften  
(einschl. der Kommanditgesellschaften auf Aktien), deren  
Vermögen Gegenstand eines Konkurs- oder Vergleichsverfah-  
rens ist.

Zu Einzelheiten bezüglich der Abgrenzung von Unternehmen  
dieser Rechtsformen siehe unter *Aktiengesellschaften*,  
*Kommanditgesellschaften auf Aktien* (Statistik der Kapi-  
talgesellschaften).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AKTIENGESELLSCHAFTEN, KOMMANDITGESELLSCHAFTEN AUF AKTIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kapitalgesell-  
schaften  
ab 1951

B e g r i f f s i n h a l t : Kapitalgesellschaften, die in den vom Aktiengesetz festgelegten Rechtsformen geführt werden.<sup>1)</sup>

Aktiengesellschaften sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die durch die Eintragung ins Handelsregister entstehen und bei denen die Gesellschafter mit Einlagen auf das in Aktien zerlegte Grundkapital beteiligt sind. Das Grundkapital besteht aus den Einlagen von mindestens fünf Gesellschaftern (Aktionären). In Ausnahmefällen können sich die Anteile im Besitz einer Person befinden (Einmanngesellschaft). Es ist ein Mindesthaftungsfonds (Mindestkapital) von 100 000 DM erforderlich. Für die Verbindlichkeiten haftet den Gläubigern nur das Gesellschaftsvermögen. Die Aktiengesellschaft ist gesetzlich verpflichtet, ihren Jahresabschluß zu veröffentlichen.

Kommanditgesellschaften auf Aktien sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die durch die Eintragung ins Handelsregister entstehen. Sie stellen eine Zwischenform zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften dar. Dabei bestimmt mindestens ein Gesellschafter (Komplementär) die Führung des Unternehmens und haftet unbeschränkt, d.h. persönlich, mit seinem gesamten Vermögen. Die Kommanditisten (Kommandit-Aktionäre) haften nur mit ihrer Einlage, die durch die Aktie verbrieft ist und die dem Unternehmen als Beteiligungs- und Finanzierungsmittel dient. Für die Komplementäre gilt das Recht der Personengesellschaft, für die Kommanditisten als Aktionäre das Aktienrecht.

Zum Bestand am 31. Dezember rechnen die Gesellschaften, die zu diesem Zeitpunkt in den Handelsregistern eingetragen sind. Nicht dazu rechnen Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in deutscher Mark lautet, sowie Gesellschaften, die aufgelöst sind. Dazu rechnen aber Gesellschaften, die sich in einem Vergleichsverfahren befinden.

1) Zu Einzelheiten siehe Aktiengesetz v. 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089) und Änderungsgesetze.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AKTIENGESELLSCHAFTEN, KOMMANDITGESELLSCHAFTEN AUF AKTIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der Abgang zwischen dem 1. 1. und dem 31. 12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften mit anderen Gesellschaften verschmelzen, in andere Rechtsformen umgewandelt werden oder aufgelöst werden. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung (Eröffnung der Abwicklung) oder durch die Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens wirkt sich nicht als Abgang aus.

Der Zugang zwischen dem 1. 1. und dem 31. 12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften gegründet, aus einer anderen Rechtsform in eine AG oder KGaA umgewandelt oder nach Auflösung fortgesetzt werden. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht damit begonnen worden ist, das Vermögen auf die Aktionäre zu verteilen.

Als Gesellschaft gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien sowie *Aktiengesellschaften* (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) sind weitgehend gleich abgegrenzt; unter Aktiengesellschaften werden Gesellschaften nachgewiesen, deren Vermögen Gegenstand eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens ist, jedoch im Gegensatz zur Statistik der Kapitalgesellschaften auch solche Gesellschaften, die bereits aufgelöst sind.

Die in der Statistik der Kapitalgesellschaften nachgewiesenen Gesellschaften entsprechen - soweit diese auch körperschaftsteuerpflichtig und nicht von der Zahlung der Körperschaftsteuer befreit sind und von der unterschied-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AKTIENGESELLSCHAFTEN, KOMMANDITGESELLSCHAFTEN AUF AKTIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

lichen Berücksichtigung der Kolonialgesellschaften abgesehen - mit Ausnahme der aufgelösten Gesellschaften - den *Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften*, zu denen in der Körperschaftsteuerstatistik Daten nachgewiesen werden.

Die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien zählen zu den *Kapitalgesellschaften* (Statistik der Kapitalgesellschaften). Die Kapitalgesellschaften umfassen außerdem noch die *Gesellschaften mit beschränkter Haftung* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien und *Unternehmen* in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft bzw. KG auf Aktien (Arbeitsstättenzählung 1970) sind ähnlich abgegrenzt:

Nur in der Statistik der Kapitalgesellschaften werden Aktiengesellschaften (Kommanditgesellschaften auf Aktien) erfaßt, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende oder Mantelgesellschaften). Nur in der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmen erfaßt, deren Eintragung in das Handelsregister als Aktiengesellschaft (Kommanditgesellschaft auf Aktien) vorgesehen, aber noch nicht erfolgt ist und die schon eigene Beschäftigte haben, sowie Aktiengesellschaften (Kommanditgesellschaften auf Aktien), die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  ANTEIL DER ERWERBSTÄTIGEN AM ARBEITSORT AN DEN ERWERBSTÄTIGEN AM WOHNORT	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):  2158
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Volks- und Berufs- zählung 1970	<p> <i>B e g r i f f s i n h a l t :</i> Verhältnis aus der Zahl der  <i>Erwerbstätigen am Arbeitsort</i> und der Zahl der <i>Erwerbstätigen</i>  <i>am Wohnort</i>.           </p> <p>             Zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort rechnen <i>Erwerbstätige</i>, die              in der jeweiligen Gemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben. Er-              werbstätige am Wohnort sind Erwerbstätige, die in der Er-              fassungsgemeinde zur <i>Wohnbevölkerung</i> zählen.           </p> <p>             Die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort wird ermittelt, indem              von den Erwerbstätigen am Wohnort die <i>Berufsauspendler</i> abge-              zogen und die <i>Berufseinpendler</i> aus anderen Gemeinden des In-              lands hinzugezählt werden. Bei den Berufseinpendlern werden              jene Personen nicht erfaßt, die im Inland erwerbstätig sind,              aber im Ausland ihren Wohnsitz haben (sog. Grenzgänger). Zu              den Berufsauspendlern gehören jedoch auch die Erwerbstätigen, die              im Ausland erwerbstätig sind, ihren Wohnsitz jedoch im Inland              haben.           </p> <p>             Für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort bzw.              Wohnort ist es also unerheblich, ob diese Erwerbstätigen in              der Erfassungsgemeinde auch zur Wohnbevölkerung zählen bzw.              auch zur Arbeit gehen.           </p> <p>             Zu beachten ist jedoch, daß für Erwerbstätige mit häufig              wechselndem Arbeitsort (z.B. Monteure, Fernfahrer, Vertreter              u. dgl.) sowie Landwirte als Arbeitsort ihr Wohnort gilt.           </p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ANTEIL DES AUFTRAGSEINGANGS AM UMSATZ

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Index des Auftragseingangs in der Industrie 1962 bis 1976</p> <p>2. Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe ab 1977</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Quotient aus Auftragseingang und Umsatz des Berichtszeitraums, bezogen auf die entsprechende Größe des Basiszeitraums.</p> <p>Als Auftragseingang gilt die Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb akzeptierten Aufträge von anderen Firmen und sonstigen Kunden laut Auftragsbestätigung. Zu Einzelheiten siehe <i>Index des Auftragseingangs</i>.</p> <p>Der Umsatz ist gleich der Summe der abgerechneten Erlöse für Lieferungen von betriebseigenen Erzeugnissen und Leistungen ohne Umsatzsteuer. Zu Einzelheiten siehe <i>Index des Umsatzes</i>.</p> <p>Die Angaben über den Anteil des Auftragseingangs am Umsatz beziehen sich auf ausgewählte Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auftrags-  
bestands in der  
Industrie

1970 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Teil der Industriebaupt-  
gruppe Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der die  
Industriegruppen bzw. -zweige

Industrie der Steine und Erden

IB-Nr. 25

Stahl- und Warmwalzwerke

" T.a. 2710

Eisen-, Stahl- und Tempergießerei

" 2910

Ziehereien und Kaltwalzwerke

" 3010

Papier und Pappe erzeugende Industrie

" T.a. 55

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum  
monatlichen Industrierbericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen wird der *Index des Auftragsbestands* für ausge-  
wählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindu-  
strien.

Handwerksunternehmen, die in den genannten Industriegruppen  
bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den  
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis  
einschl. 1972 ist die Industrie der Steine und Erden nicht  
einbezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe aus-  
gewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindu-  
strien und *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe* (Index  
des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind  
vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im we-  
sentlichen daraus, daß zu den ausgewählten Zweigen der  
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Industriezweige  
nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Indu-  
strierbericht, zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe  
dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt  
werden. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

und Produktionsgüterindustrien rechnen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau und Herstellung von Stahlrohren. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln und Verarbeitung von Asbest und die Hochofenwerke.

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien* (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen - neben den zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien zusammengefaßten Industriezweigen - auch die Industriezweige NE-Metallhalbzeugwerke, chemische Industrie, Kohlenwertstoffindustrie (nur 1976) und Holzschliff und Zellstoff erzeugende Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auftragsbestands in der Industrie 1970 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Teil der Industriehauptgruppe Investitionsgüterindustrien, der die Industriegruppen bzw. -zweige</p> <p>Stahl- und Leichtmetallbau IB-Nr. 31</p> <p>Maschinenbau (ohne Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, einschl. Herstellung von Lokomotiven) " 32</p> <p>Straßenfahrzeugbau (nur Nutzfahrzeuge; Liefer- und Lastkraftwagen über 12 t zulässiges Gesamtgewicht, Kommunalfahrzeuge, Omnibusse und Obusse) " T.a. 3313</p> <p>Schiffbau " 34</p> <p>Elektrotechnische Industrie (nur Investitionsgüter: Starkstromtechnische Investitionsgüter, nachrichten- und informations-technische Investitionsgüter) " T.a. 36</p> <p>Feinmechanische und optische Industrie (ohne Uhrenindustrie) " 3710-3760</p> <p>in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.</p> <p>Nachgewiesen wird der <i>Index des Auftragsbestands</i> für ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien.</p> <p>Handwerksunternehmen, die in den genannten Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Investitionsgüterindustrien.</p>
--	--

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1972 ist die feinmechanische und optische Industrie nicht einbezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien und *Investitionsgüter produzierendes Gewerbe* (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen; nur zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnet im wesentlichen die Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Einrichtungen.

Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien und *Investitionsgüterindustrien* (Index des Auftrags-eingangs in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Investitionsgüterindustrien rechnen - neben den zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien zusammengefaßten Industriezweigen - auch die Industriezweige Stahlverformung, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Herstellung von Personenkraftwagen, Kleinomnibussen, Kombinationskraftwagen, Krafträdern, Karosserien, Aufbauten, Anhängern und Fahrrädern sowie Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE INSGESAMT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auftrags-  
bestands in der  
Industrie  
1970 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der aus-  
gewählte Industriegruppen und -zweige aus den  
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien,  
Investitionsgüterindustrien und  
Verbrauchsgüterindustrien  
in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum  
monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.  
Im einzelnen rechnen dazu die Industriegruppen bzw. -zweige

Industrie der Steine und Erden	IB-Nr. 25
Stahl- und Warmwalzwerke	" T.a. 2710
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	" 2910
Ziehereien und Kaltwalzwerke	" 3010
Stahl- und Leichtmetallbau	" 31
Maschinenbau (ohne Herstellung von Büromaschinen, Geräten und Einrich- tungen für die automatische Daten- verarbeitung)	" 32
Straßenfahrzeugbau (nur Nutzfahr- zeuge) (Liefer- und Lastkraftwagen über 12 t zulässiges Gesamtgewicht, Kommunalfahrzeuge, Omnibusse und Obusse)	" T.a. 3313
Schiffbau	" 34
Elektrotechnische Industrie (nur In- vestitionsgüter) (ohne Herstellung von Büromaschinen, Geräten und Ein- richtungen für die automatische Datenverarbeitung)	" T.a. 36
Feinmechanische und optische Industrie (ohne Uhrenindustrie)	3710-3760
Papier und Pappe erzeugende In- dustrie	" T.a. 55
Schuhindustrie	" 6250
Textilindustrie	" 63
Bekleidungsindustrie	" 64

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE INSGESAMT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nachgewiesen wird der *Index des Auftragsbestands* für ausgewählte Zweige der Verarbeitenden Industrie.

Handwerksunternehmen, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zur Industrie.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bis einschl. 1972 waren die Industrie der Steine und Erden sowie die feinmechanische und optische Industrie nicht einbezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :   Die Begriffe ausgewählte Zweige der Verarbeitenden Industrie und *Verarbeitende Industrie (ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien)* (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Die Verarbeitende Industrie (ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien) umfaßt neben den zu den ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie rechnenden Industriezweigen auch die Industriezweige NE-Metallhalbzeugwerke, Stahlverformung, Herstellung von Personenkraftwagen, Kleinomnibussen, Kombinationskraftwagen, Kraft-rädern, Karosserien, Aufbauten, Anhängern und Fahrrädern, Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, chemische Industrie einschl. Kohlenwertstoffindustrie, Herstellung von Büro-maschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, feinkeramische Industrie, Glasindustrie, Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie, Holzschliff und Zellstoff erzeugende Industrie, papier- und pappeverarbeitende Industrie, kunststoffverarbeitende Industrie und ledererzeugende Industrie.

Die ausgewählten Zweige der Verarbeitenden Industrie und das *Verarbeitende Gewerbe* (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden, zum Verar-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE INSGESAMT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

beitenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie rechnen im wesentlichen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau und Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Nur zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen im wesentlichen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln und Verarbeitung von Asbest sowie Steinbildhauerei und Steinmetzerei, Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Einrichtungen, Maßschneiderei, Maßanfertigung von Bekleidung und von Schuhen und Matratzenpolsterei.

Ferner rechnen zum Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auftrags-  
bestands in der  
Industrie

1970 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Teil der Industriebaupt-  
gruppe *Verbrauchsgüterindustrien*, der die Industriegruppen  
bzw. -zweige

Schuhindustrie

IB-Nr. 6250

Textilindustrie

" 63

Bekleidungsindustrie

" 64

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum  
monatlichen Industrierbericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen wird der *Index des Auftragsbestands* für aus-  
gewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien.

Handwerksunternehmen, die in den genannten Industriegruppen  
bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den  
Verbrauchsgüterindustrien.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe aus-  
gewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien und *Ver-  
brauchsgüter produzierendes Gewerbe* (Index des Auftrags-  
bestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar  
abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen dar-  
aus, daß zu den ausgewählten Zweigen der Verbrauchsgüter-  
industrien Industriezweige nach dem Systematischen Ver-  
zeichnis zum monatlichen Industrierbericht, zum Verbrauchs-  
güter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach  
der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zum Verbrauchsgüter  
produzierenden Gewerbe rechnen im wesentlichen Maßanfertigung  
von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei.

Ferner zählen zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe  
auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshaupt-  
gruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen in der  
Regel nicht zur Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## AUSGEWÄHLTE ZWEIGE DER VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien und *Verbrauchsgüterindustrien* (Index des Auftrags-  
eintrags in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Verbrauchsgüterindustrien zählen - neben den zu den  
ausgewählten Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien zusammengefaßten Industriezweigen - auch die Industriezweige  
feinkeramische Industrie, Glasindustrie, Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie, papier- und pappeverarbeitende Industrie,  
kunststoffverarbeitende Industrie und ledererzeugende Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

AUSGLEICHSFORDERUNGEN UND SONSTIGE  
ALTVERBINDLICHKEITEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1785

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Vierteljährliche  
Schuldenstatistik  
01.01.74

2. Jährliche  
Schuldenstatistik  
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Verpflichtungen des Bundes und der Länder, die im Zuge der Währungsreform entstanden sind sowie Deckungsforderungen an den Lastenausgleichsfonds für Entschädigungsansprüche aus der Aufwertung von Spareinlagen.

Zu den Verpflichtungen des Bundes und der Länder rechnen die Ausgleichsforderungen und die Ablösungs- und Entschädigungsschulden des Bundes, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost. Ausgleichsforderungen sind Schuldbuchforderungen der Geld-, Kredit- und Versicherungsinstitute und der Bau-sparkassen, die nach der Währungsreform als Deckung für das zur Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand ausgegebene Geld entstanden sind. Die Ablösungs- und Entschädigungsschulden des Bundes, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sind Entschädigungsverpflichtungen für Kapitalansprüche gegen das Deutsche Reich, die Reichsbahn und das Land Preußen gemäß dem Altsparger-gesetz in der Fassung vom 1.4.1959 (BGBl. I S. 169) und 14.7.1953 (BGBl. I S. 495) sowie dem Allgemeinen Kriegsfolge-gesetz vom 5.11.1957 (BGBl. I S. 1747).

Zu den Deckungsforderungen an den Lastenausgleichsfonds rechnen u.a. die Forderungen der Geldinstitute und der Bundespost zur Deckung der Entschädigungsansprüche der Vertriebenen für Sparguthaben bei Kreditinstituten und bei der Post-sparkasse ihres Heimatlandes.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## AUSLÄNDER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Alle unter 1.  
genannten  
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend anwesend sind.

Hierzu rechnen alle Personen, die nicht Deutsche und auch nicht den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz) gleichgestellt sind. Im einzelnen zählen dazu Personen mit nur fremder Staatsangehörigkeit, die Inhaber des Nansen-Passes und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Die in der Bundesrepublik Deutschland anwesenden nicht-deutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen auch zu den Ausländern.

Personen, die neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit angeben, rechnen nicht zu den Ausländern.

1.1 Volks- und  
Berufszählung  
1970

B e g r i f f s i n h a l t : Nicht erfaßt werden die Angehörigen der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte, die im Bundesgebiet tätigen Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personengruppen.

Alle Personen, die in den von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden untergebracht sind oder in den privatrechtlich gemieteten Gebäuden und Wohnungen ausländischer Streitkräfte leben und die weder Deutsche sind noch die Staatsangehörigkeit der betreffenden ausländischen Macht haben, werden dagegen erfaßt und zu den Ausländern gerechnet.

Das gleiche gilt für Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den Gebäuden und Wohnungen der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## AUSLÄNDER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

oder der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnen und nicht im Besitz von Ausweisen des Auswärtigen Amtes oder der Staats- und Senatskanzleien der Länder sind.

1.2 Arbeitsstät-  
tenzählung  
1970

B e g r i f f s i n h a l t : Nicht erfaßt werden Personen, die bei Vertretungen fremder Staaten oder bei Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte usw. beschäftigt sind.

1.3 Ausländer-  
statistik  
ab 1974

B e g r i f f s i n h a l t : Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit statistisch nicht erfaßt. 1)

Nicht einbezogen sind ferner die Ausländer im Alter von unter 16 Jahren in Hamburg sowie alle Ausländer in München.

Ausländer, die zum jeweiligen Erhebungsstichtag zwar bei der örtlichen Ausländerbehörde bereits registriert, von dieser aber noch nicht dem Ausländerzentralregister zur Aufnahme in die Hauptdatei gemeldet worden sind, fehlen im Nachweis. Umgekehrt dürfte der Bestand um Personen überhöht sein, die am Auszählungsstichtag das Bundesgebiet wieder verlassen haben oder verstorben sind.

1.4 Studenten-  
statistik  
ab Sommer-  
semester 1967

B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden ausländische *Studenten* und *Studienanfänger*.

1) Zu Einzelheiten siehe Ausländergesetz vom 28.4.1965 (BGBl. I S. 353) und Änderungsgesetze.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AUSLÄNDER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 2.1 Statistik der  
Beherbergung im  
Reiseverkehr  
ab 1981

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West), der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) haben, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

- 2.2 Statistik des  
Fremdenverkehrs  
in Beherber-  
gungsstätten  
1960 bis 1980

Als ständiger Wohnsitz gilt der überwiegende Aufenthaltsort. Beispielsweise gelten daher Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte in ihrer Eigenschaft als Gäste von Beherbergungsstätten nicht als Ausländer, sondern als *Inländer*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

AUSLÄNDISCHE SCHÜLER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3962

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Schulen der  
allgemeinen  
Ausbildung  
ab 1967

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die Schulen der  
allgemeinen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland be-  
suchen und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Zu den Schulen der allgemeinen Ausbildung rechnen Grund-  
und Hauptschulen, Schulen für Behinderte, Realschulen,  
Gymnasien und Gesamtschulen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

AUSLANDSSCHULDEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1786

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Vierteljährliche  
Schuldenstatistik  
01.01.74
2. Jährliche  
Schuldenstatistik  
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Als Auslandsschulden werden Schulden nachgewiesen, die gegenüber Gläubigern außerhalb des Währungsgebietes entstanden sind. Dazu rechnen auch die Darlehen, die bei internationalen Einrichtungen aufgenommen werden.

Bei den Auslandsschulden wird zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsschulden unterschieden. Vorkriegsschulden sind bis zum 7.5.1945 entstandene Auslandsschulden. Dazu rechnen auch die Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen sowie die Entschädigungen für Auslandsbonds<sup>1)</sup> und fundierte Zinsrückstände. Der Inlandsumlauf an Auslandsbonds wird hier mit nachgewiesen, da die Gebietskörperschaften nicht in der Lage sind, eine entsprechende Trennung vorzunehmen.

Nachkriegsschulden sind alle seit dem 1.5.1945 aufgenommenen Auslandsschulden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Ab 1970 sind die Treasury Notes, die vom Bund zur vorläufigen Abdeckung von Einzahlungsverpflichtungen für den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank hinterlegt werden, nicht mehr in den Auslandsschulden des Bundes enthalten.

Die - in der Regel - auf fremde Währung lautenden Auslandsschulden werden zu festen Währungs- bzw. Valutaparitäten umgerechnet.

1) Zu näheren Einzelheiten vgl. Gesetz zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz) v. 10.3.1960 (BGBl. I S. 177).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

AUSSEREUROPÄISCHE LÄNDER

GBK - Nr(n):

367

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
ausländischen  
ArbeitnehmerB e g r i f f s i n h a l t : Alle Länder außerhalb  
Europas.01.01.59 -  
31.12.72

Zu Europa rechnen:

Belgien  
 Bulgarien  
 Dänemark  
 Finnland  
 Frankreich  
 Griechenland  
 Großbritannien und Nordirland  
 Irland  
 Island  
 Italien  
 Jugoslawien  
 Luxemburg  
 Niederlande  
 Norwegen  
 Österreich  
 Polen  
 Portugal  
 Rumänien  
 Schweden  
 Schweiz  
 Sowjetunion  
 Spanien  
 Tschechoslowakei  
 Türkei  
 Ungarn  
 Sonstiges Europa

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

**Begriff:**

AUSSTATTUNG/BEHEIZUNG (DER WOHNUNG)

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gebäude- und  
Wohnungszählung  
1968

B e g r i f f s i n h a l t : Grundmerkmale der Ausstattung und Beheizung sind:

## - Bäder :

Als Bad gilt sowohl ein Badezimmer als auch ein Duschraum.

Zum Badezimmer gehört eine Wanne (auch Sitzbadewanne) und eine Anlage zur Warmwasserbereitung oder -entnahme. Zum Duschraum gehört mindestens eine Brause mit Bodenwanne. Im Badezimmer bzw. Duschraum selbst muß eine Abflußmöglichkeit für das Wasser vorhanden sein.

## - Toiletten:

Hierzu rechnen Toiletten mit oder ohne Wasserspülung. Als WC gelten nur Toiletten mit Wasserspülung, d.h. Toiletten, die über Spülkästen und Druckspüler an ein Wassernetz angeschlossen sind. Das WC kann innerhalb der Wohnung, außerhalb der Wohnung, aber innerhalb des Gebäudes oder außerhalb des Gebäudes liegen.

## - Einzel- oder Mehrraumofenheizung:

Einzelöfen beheizen jeweils nur den Raum in dem sie stehen. Ein Mehrraumofen ist ein zwischen den Räumen eingebauter Ofen, der mehrere Räume gleichzeitig (auch durch Luftkanäle) heizt. Bei den Einzel- und Mehrraumofenheizungen wird danach unterschieden, mit welchem Brennmaterial die Öfen betrieben werden (Öl, Gas, Strom bzw. Kohle, Holz, Torf u.ä.).

## - Etagenheizung:

Etagenheizung liegt vor, wenn die Räume der Etagenwohneinheit von einer einzigen, nur für die betroffene Einheit bestimmten Heizquelle über ein Röhrensystem beheizt werden.

## - Fernheizung:

Bei Fernheizungen werden mehrere Gebäude von einer zentralen Heizquelle aus beheizt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  AUSSTATTUNG/BEHEIZUNG (DER WOHNUNG)	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n):
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

## - Zentralheizung:

Bei einer Zentralheizung werden die Räume einer Wohneinheit über ein Röhrensystem von einer zentralen Heizquelle geheizt, die außerhalb der Einheit, in der Regel aber innerhalb des Gebäudes (meistens im Keller) liegt.

## - Sammelheizung:

Zu den Sammelheizungen rechnen Etagen-, Zentral- und Fernheizungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

AUSSTEIGER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des gewerb- B e g r i f f s i n h a l t : Fluggäste, die am *Strecken-*  
lichen Luftverkehrs auf ausgewählten *zielflugplatz* das betreffende Luftfahrzeug verlassen.  
Flugplätzen

ab 1972



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BAUHAUPTGEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1.1 Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1967	Begriffsinhalt: Wirtschaftsbereich, der die Wirtschaftsgruppen Hoch- und Tiefbau SYPRO-Nr. 72 Spezialbau " 73 Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei " 74 Zimmerei, Dachdeckerei " 75
1.2 Statistik über den Auftrags- bestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1971	in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt. Im einzelnen rechnen dazu die Wirtschaftszweige: Hoch- und Tiefbau (ohne ausge- SYPRO-Nr. 7210 prägten Schwerpunkt) Hochbau (ohne Fertigteilbau) " 7220 Herstellung von Fertigteilbau-
1.3 Index der Netto- produktion für das Produzie- rende Gewerbe ab 1970	ten aus Beton im Hochbau " 7231 Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau " 7233 Herstellung von Fertigteilbau- ten aus Holz im Hochbau " 7235 Montage von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau " 7237
1.4 Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	Erdbewegungsarbeiten, Landes- kulturbau " 7241 Wasser- und Wasserspezialbau " 7242 Straßenbau " 7243 Brunnenbau, nichtbergbauliche Tiefbohrung " 7244
1.5 Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	Bergbauliche Tiefbohrung, Auf- schließung, Schachtbau (ohne Erdölbohrung) " 7245 Tiefbau, a.n.g. " 7249 Gerüstbau " 7251 Fassadenreinigung " 7255 Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau " 7301 Gebäudetrocknung " 7302 Abdichtung gegen Wasser, Feuch- tigkeit " 7303

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BAUHAUPTGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall, Erschütterung	SYPRO-Nr. 7304
Abbruch-, Spreng- und Ent- trümmerungsgewerbe	" 7305
Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	" 7400
Zimmerei, Ingenieurholzbau	" 7510
Dachdeckerei	" 7550

Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen zum Bauhauptgewerbe, auch der *Index des Auftragseingangs*, der *Index des Auftragsbestands* sowie der *Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe* ab Basis 1980 gegliedert in Indizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile.

Das Bauhauptgewerbe wird in *Hochbau* und *Tiefbau* untergliedert.

Zur Herstellung und Montage von Fertigteilbauten rechnet vor allem der Bau von Fertighäusern. Ein Fertigteilbau ist ein Bauwerk, das aus vorgefertigten Bauteilen zusammengefügt ist oder von dem Teile der Konstruktion, die nach Art und Zahl bedeutend sind, aus Fertigteilen bestehen. Fertigteile in diesem Sinne sind tragende oder nichttragende, mit Anschlußmitteln versehene Bauteile, die nicht an der Einbaustelle hergestellt sind. Sie müssen mit Hilfe ihrer Anschlußmittel und ohne weitere Bearbeitung zum Bauwerk zusammengefügt oder mit örtlich (am Bau) hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können. In der Statistik gilt ein Bauwerk als Fertigteilbau, wenn geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile, z.B. großformatige Wandtafeln, für Außen- oder Innenwände verwendet werden.

Zum Wirtschaftszweig Wasser- und Wasserspezialbau rechnet die Ausführung von Kanälen, Schleusen, Häfen, Deichen, Talsperrren, Be- und Entwässerungs- sowie Kläranlagen.

Zum Wirtschaftszweig Straßenbau rechnet die Ausführung von Straßen, Wegen (z.B. Vorbereitung des Planums, Herstellung des Unterbaus, Steinsetzerei, Pflasterei, Bau bituminöser

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BAUHAUPTGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Befestigungen, Zementbetonstraßenbau) einschl. der Straßen-  
ausstattung (z.B. Fahrbahnmarkierungen, Anbringen von Leit-  
planken, Vergießen von Fugen, Felshangssicherung).

Zur Wirtschaftsgruppe Tiefbau, a.n.g. zählt die Ausführung  
anderweitig nicht genannter Tiefbauarbeiten, z.B. Brücken-  
und Tunnelbau, Eisenbahnoberbau, Kabel- und Rohrlegerei,  
der Bau von Wasserversorgungsanlagen, Sportanlagen und  
Flugplätzen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Zur Abgrenzung  
gegenüber dem Bauhauptgewerbe in den unter 2. genannten  
Indizes des Auftragseingangs und Auftragsbestands für das  
Bauhauptgewerbe siehe dort.

2.1 Index des  
Auftrags-  
eingangs für  
das Bauhaupt-  
gewerbe  
1971 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wirtschaftsbereich, der den  
Hoch- und Tiefbau, den Spezialbau, das Stukkateurgewerbe,  
die Gipserei und Verputzerei sowie die Zimmerei und Dach-  
deckerei umfaßt.

2.2 Index des  
Auftrags-  
bestands für  
das Bauhaupt-  
gewerbe  
1971 bis 1976

Nachgewiesen werden der *Index des Auftragseingangs* und der  
*Index des Auftragsbestands*.

Das Bauhauptgewerbe wird in Hochbau und Tiefbau unterglie-  
dert. Nicht enthalten ist der Fertigteilbau.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Im Gegensatz zum  
Bauhauptgewerbe in den unter 1. genannten Statistiken rech-  
nen zum Bauhauptgewerbe in den unter 2. genannten Indizes  
des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bau-  
hauptgewerbe nicht die Herstellung und Montage von Fertig-  
teilbauten aus Beton und aus Holz im Hochbau (Herstellung  
und Montage von Fertighäusern usw.), die bergbauliche Tief-  
bohrung, Aufschließung und der Schachtbau (ohne Erdölboh-  
rung), der Gerüstbau, die Fassadenreinigung und die Gebäu-  
detrocknung.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BAUINDUSTRIE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Effektenkurse  
ab 1966

B e g r i f f s i n h a l t :    Wirtschaftsbereich, welcher dem Bauhauptgewerbe (in der Abgrenzung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1971) entspricht, soweit dort Unternehmen in Form von Aktiengesellschaften tätig sind.

Zum Bauhauptgewerbe rechnen der Hoch- und Tiefbau, der Spezialbau, das Stukkateurgewerbe, die Gipserei und Verputzerei und die Zimmerei und Dachdeckerei.

Nachgewiesen wird der *Index der Aktienkurse* für ausgewählte Aktiengesellschaften in diesem Wirtschaftsbereich.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BAULEISTUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Baupreise  
ab 1958

B e g r i f f s i n h a l t : Bauarbeiten jeder Art  
mit oder ohne Lieferung von Stoffen oder Bauteilen.

Die Lieferung oder Montage maschineller Einrichtungen  
sind keine Bauleistungen. Die Gliederung der Baulei-  
stungen entspricht der VOB.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BAULEISTUNGEN AM BAUWERK

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Baupreise  
ab 1958

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der  
Baukonstruktionen, Installationen, betriebstechnischen  
Anlagen, betrieblichen Einbauten und der besonderen  
Bauausführungen.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Zu Einzelheiten siehe DIN 276, Bl. 2.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BAUMASCHINEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Güter (Güter-  
arten) aus der Güterklasse

Baumaschinen

Güterklasse 3236

des Systematischen Güterverzeichnis für Produktions-  
statistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie"  
hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif)  
angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder  
vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Baumaschi-  
nen mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und  
Ersatzteile.

Im wesentlichen zählen dazu:

Baumaschinen für Hoch- und Tiefbau, Hydraulikbagger, Stra-  
ßenmaschinen, Radlager in Grundausrüstung, Anbaugeräte für  
Rad- und Raupenlager, Planiermaschinen und Raupenschlepper  
für den Erdbau.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BAUMASSNAHMEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7009

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- |   |   |
|---|---|
| 1. Jahresrechnungs-<br>statistik<br>ab 1950                       | B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgabeart mit den Aus-<br>gaben für folgende, im einzelnen aufgeführte Baumaßnah-<br>men:   |
| 2. Haushaltsansatz-<br>statistik<br>ab 1970                       | Erweiterungs-, Neu-, Um- und Ausbauten einschl. der mit<br>diesen Maßnahmen in sachlichem und baulichem Zusammenhang<br>stehenden Tiefbauten und Anlagen (Versorgungs- und Hei-<br>zungsanlagen, Schutzeinrichtungen, Entwässerungsanlagen),  |
| 3. Vierteljahres-<br>statistik der<br>Finanzwirtschaft<br>ab 1974 | Abbruchs- und Aufschließungskosten, Tiefbaumaßnahmen<br>(z.B. Straßen, Wasserstraßen, Brücken, Hafenanlagen,<br>Kanäle, Sportplätze, Freibäder), Betriebsanlagen und<br>sonstige technische Anlagen, Baunebenkosten, dauerhafte<br>Einbauten und Ausstattungen (z.B. Zentralheizungen,<br>elektrische Anlagen, Öfen), Aufwendungen für Planung,<br>Entwurf, Bauleitung. |

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BAUSTOFF-, KERAMIK- UND GLASMASCHINEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Güter (Güter-  
arten) aus der Güterklasse

Baustoff-, Keramik- und                    Güterklasse 3237  
Glasmaschinen

des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktions-  
statistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie"  
hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif)  
angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder  
vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Baustoff-,  
Keramik- und Glasmaschinen mit Ausnahme der dazugehörigen  
Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.

Im wesentlichen zählen dazu:

Maschinen und Einrichtungen zur Herstellung von Bindemit-  
teln und Zuschlagstoffen, Zerkleinerungs- und Siebmaschi-  
nen für andere Bereiche des Baustoff-, Keramik- und Glas-  
gewerbes, Maschinen zur Herstellung zement-, kalk-, gips-  
und asphaltgebundener Bauelemente, Keramikmaschinen und  
Glasmaschinen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BAUTEN FÜR BUNDESBahn UND BUNDESPOST

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1971	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hoch- bzw. Tiefbauten im Auftrag der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.</p> <p>Zum Hochbau im Auftrag von Bundesbahn und Bundespost gehören z.B. Bahnhöfe, Post- und Fernmeldeämter, Ausbesserungswerke, Verwaltungsgebäude von Bundesbahn und Bundespost.</p>
2. Statistik über Auftragsbestand im Bauhauptge- werbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1971	<p>Zum Tiefbau im Auftrag von Bundesbahn und Bundespost zählen z.B. Gleisanlagen mit ihrem Unterbau, Tunnel- und Eisenbahnbrückenbauten, Fernsprech-, Telegraf- und technische Funkbetriebsbauten.</p> <p>Zu den hier erfaßten Bauten rechnen nicht der <i>Wohnungsbau</i> und der <i>Straßenbau</i> im Auftrag der Bundesbahn und Bundespost.</p>
3. Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976	Nachgewiesen werden der <i>Index des Auftragseingangs</i> und der <i>Index des Auftragsbestands</i> für Bauten im Auftrag der Deutschen Bundesbahn und Deutschen Bundespost.
4. Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	
5. Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976	
6. Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BAUTEN FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRAGGEBER UND ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1971	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hoch- bzw. Tiefbauten im Auftrag von Bund, Ländern und Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, von Trägern der Sozialversicherung sowie von Organisationen ohne Erwerbszweck.</p> <p>Zum Hochbau im Auftrag von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung rechnen z.B. Gebäude für Finanzämter, Landratsämter, Arbeitsämter, Feuerschutz, Landwirtschafts- und Forstverwaltung, Öffentliche Sozial- und Jugendhilfe, ebenso Gerichte, Gefängnisse, Kasernen, ferner - soweit sie von Gebietskörperschaften oder Sozialversicherungsträgern betrieben werden - Schulen, Universitäten, Sporthallen, Krankenhäuser, Theater und Kindergärten. Nicht hierzu rechnet der <i>Wohnungsbau</i> im Auftrag der genannten Auftraggeber.</p>
2. Statistik über den Auftrags- bestand im Bau- hauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1971	<p>Zum Tiefbau im Auftrag von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung rechnen z.B. Bauvorhaben zur Kanalisation, Abwasserbeseitigung, Bauten zum Schutz vor Überschwemmungen, Häfen, Kanäle, Brücken, Tunnels, Schleusen, Wehre, Seilbahnen, Verkehrsregelungsanlagen, Untergrund- und Straßenbahnen und Flugplätze im Auftrag dieser Körperschaften. Nicht einbezogen ist der <i>Straßenbau</i> im Auftrag der genannten Auftraggeber. Zu den Tiefbauten im Auftrag von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung rechnen auch - soweit zutreffend - die Errichtung von Tiefbauten im Auftrag von Organisationen ohne Erwerbszweck.</p>
3. Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976	<p>Zum Hochbau im Auftrag von Organisationen ohne Erwerbszweck rechnen z.B. Gebäude christlicher Kirchen, Orden, religiöser und weltanschaulicher Vereinigungen, der freien Wohlfahrtspflege, ebenso - soweit sie von solchen Organisationen betrieben werden - Schulen, Krankenhäuser, kulturelle Einrichtungen und Einrichtungen der Sport- und Jugendpflege, ferner Gebäude für Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen, Wirtschaftsverbände, politische Parteien sowie für Sport- und sonstige Vereine.</p>
4. Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	<p>Nicht eingezogen sind <i>Bauten für Bundesbahn und Bundespost</i>, die gesondert nachgewiesen werden.</p>
5. Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976	<p>Nachgewiesen werden der <i>Index des Auftragseingangs</i> und der <i>Index des Auftragsbestands</i> für Bauten im Auftrag der o.g. Bauherren.</p>
6. Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BAUÜBERHANG IM HOCHBAU

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

316

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des  
Bauüberhanges

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigte Gebäude oder Wohnungen, die noch nicht fertiggestellt sind.

Nachgewiesen wird der Bauüberhang im Hochbau am Jahresende.

Eine Genehmigung liegt vor, wenn die zuständige Behörde die Erlaubnis erteilt, eine Baumaßnahme in der durch den Bauherrn vorgelegten Form durchzuführen.

Als fertiggestellt gilt ein Gebäude bzw. eine Wohnung, wenn die Bauarbeiten - ggf. ausgenommen die Schönheitsarbeiten - weitgehend abgeschlossen sind und das Gebäude bzw. die Wohnung bezugsfertig oder bereits bezogen ist. Die Fertigstellung ist unabhängig von der Bauabnahme.

Erfaßt werden die genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben, durch die mindestens eine ganze Wohnung oder im Nichtwohnbau mindestens ein ganzes Gebäude erstellt werden soll.

Der Bauüberhang wird nach dem Bauzustand unterschieden. Die Gebäude können "bereits unter Dach", "noch nicht unter Dach" oder "noch nicht begonnen" sein.

Ein Bauvorhaben gilt als begonnen, wenn mit der Aushebung der Baugrube begonnen worden ist. Als "unter Dach" wird jedes Gebäude erfaßt, das im Rohbau fertiggestellt ist, auch wenn Fenster, Türen und Verputz fehlen. Bei einem Rohbau muß von außen erkennbar sein, daß noch weitere Bauarbeiten auszuführen sind.

Zum Bauüberhang rechnen auch sog. Bauruinen, d.h. Gebäude, bei denen die Bauarbeiten vor Bezugsfertigkeit eingestellt wurden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Bauüberhang im Hochbau werden im *Bauvorrat an Wohnungen* (Statistik des Bauüberhanges) ausschließlich genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen erfaßt. Der Bauüberhang im Hochbau wird ferner durch eine eigene Erhebung am Jahresende erfaßt, während der Bauvorrat an Wohnungen durch eine monatliche Fortschreibung des Bauüberhanges an Wohnungen mit Hilfe von erteilten Baugenehmigungen und Baufertigstellungen ermittelt wird.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ab 1977
- B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der die Wirtschaftszweige Steinkohlenbergbau und -brikett-herstellung, Kokerei Braunkohlenbergbau und -brikett-herstellung Eisenerzbergbau NE-Metallerzbergbau Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen Gewinnung von Erdöl, Erdgas Sonstiger Bergbau Torfgewinnung und -verarbeitung in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt und dort als Wirtschaftsgruppe 21 (Bergbau) bezeichnet wird.
- SYPRO-Nr. 2111  
" 2114  
" 2130  
" 2141  
" 2150  
" 2160  
" 2171  
" 2180
- 2.1 Index der Netto-  
produktion für  
das Produzieren-  
de Gewerbe  
ab 1970
- B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., ab Basis 1980 = 100 ohne die Wirtschaftszweige Sonstiger Bergbau Torfgewinnung und -verarbeitung
- SYPRO-Nr. 2171  
" 2180
- 2.2 Index der Ar-  
beitsproduk-  
tivität für den  
Bergbau und das  
Verarbeitende  
Gewerbe  
ab 1970
- Nachgewiesen werden *Indizes der Nettoproduktion* für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile und der *Index der Arbeitsproduktivität* für den Bergbau.
- Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren ist dieses Indexsystem für Produktionsindizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen 1).

1) Zu Einzelheiten der Methodik siehe Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3.1 Index der industriellen Nettoproduktion 1962 bis 1976	Begriffsinhalt: Wirtschaftsbereich, der die Industriezweige Steinkohlenbergbau <span style="float: right;">IB-Nr. 2111</span>
	Braun- und Pechkohlenbergbau <span style="float: right;">" 2114</span>
3.2 Index der Arbeitsproduktivität 1962 bis 1976	Eisenerzbergbau <span style="float: right;">" 2130</span> Metallerzbergbau <span style="float: right;">" 2140</span>
	Kali- und Steinsalzbergbau <span style="float: right;">" 2150</span>
	sowie Salinen <span style="float: right;">" 2160</span>
	Erdöl- und Erdgasgewinnung <span style="float: right;">" 2170</span>
	Flußspat-, Schwerspat-, Graphit- <span style="float: right;">" 2180</span>
	und sonstiger Bergbau
	Torfindustrie
in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt und dort als Industriegruppe 21 (Bergbau) bezeichnet wird.  Nachgewiesen werden der <i>Index der industriellen Netto-</i> <i>produktion</i> und der <i>Index der Arbeitsproduktivität</i> für den Bergbau.	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Subventionsbe-  
richte (Finanz-  
hilfen und  
Steuervergün-  
stigungen)

ab 1966

B e g r i f f s i n h a l t : *Finanzhilfen und Steuerver-  
günstigungen* für den Bergbau

## 1. Finanzhilfen

An Finanzhilfen für den Bergbau werden gewährt

- Zuschüsse zur Stilllegung von Steinkohlenbergwerken (Stilllegungsprämien), welche die Optimierung der Fördermöglichkeiten des Steinkohlenbergbaus durch Stilllegung von Bergwerken erleichtern sollen; die frei werdenden Zechengrundstücke sollen für eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der betroffenen Bergbaugebiete nutzbar gemacht werden; der Aufwand wird zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 von den Ländern getragen, in denen die begünstigten Bergwerke liegen;
- seit 1969 die Erstattung von Erblasten des Steinkohlenbergbaus zur Entlastung der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus von den Kosten, die nach Zechenstilllegung von den verbleibenden Bergbauunternehmen zu tragen sind, insbesondere von Aufwendungen für Wasserhaltungsmaßnahmen und den Beiträgen zu Wasserwirtschaftsverbänden; die Aufwendungen werden zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 von den Bergbauländern getragen;
- seit 1974 Zuschüsse zu den Schrumpfungslasten des Steinkohlenbergbaus; der Rationalisierungseffekt von Anpassungsmaßnahmen im Sinne einer Konzentration der Förderung auf die besten Bergbauanlagen wird dadurch weitgehend verhindert, daß Lasten aus früher höherer Förderung für längere Zeit weiterlaufen und die verbleibende Förderung zusätzlich belasten; Unternehmen des Steinkohlenbergbaus erhalten für Maßnahmen, die nach dem 1. Januar 1973 zu einer dauerhaften Einschränkung der Steinkohlenförderung führen, Beihilfen zu den auf die verringerte Förderung entfallenden Lasten (Schrumpfungslasten); die Bergbauländer beteiligen sich mit einem Drittel an dem Gesamtmittelbedarf;
- seit 1974 Zuschüsse zu den Altlasten des Steinkohlenbergbaus; um die laufenden Kosten, die durch frühere Förderung entstanden sind, zu entlasten, wird Unternehmen des Stein-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

kohlenbergbaus zu den Aufwendungen aus vor dem 1. Januar 1973 entstandenen Bergschadens-, Pensions- und Deputatverpflichtungen (Altlasten) ein Zuschuß gewährt; der Bund trägt 2/3, die Bergbauländer 1/3 des Gesamtmittelbedarfs;

- seit 1971 Zuschüsse für Sicherungseinrichtungen gegen Bergschäden zur Unterstützung des Strukturwandels in den Steinkohlenbergbaugebieten; Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, die Industriebetriebe auf bergschädengefährdeten Grundstücken errichten oder erweitern, erhalten Zuschüsse für die Finanzierung baulicher oder betrieblicher Einrichtungen gegen Bergschäden; an der Finanzierung beteiligen sich die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland mit einem Drittel;
- seit 1973 Schuldbuchforderung der Ruhrkohle AG zur Verbesserung der Ertrags- und Liquiditätsslage der Ruhrkohle AG; auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen Bund, Land Nordrhein-Westfalen, Ruhrkohle AG, Eigentümern und Arbeitnehmervertretern über Maßnahmen zur Stabilisierung der Ruhrkohle AG vom 30. Mai 1972 hat der Bund der Ruhrkohle AG eine Schuldbuchforderung von 666,7 Mill. DM und das Land Nordrhein-Westfalen eine entsprechende Schuldbuchforderung in Höhe von 333,3 Mill. DM eingeräumt; die Bedingungen für die Gewährung der Forderung sind im Zuwendungsbescheid vom 17. November 1972 im einzelnen festgelegt; hierzu gehören insbesondere die Bildung einer der Forderung entsprechenden Stabilisierungsrücklage in der Bilanz der Ruhrkohle AG, die nur mit Einwilligung des Bundes in Anspruch genommen werden kann, sowie eine vierteljährliche Berichtspflicht der Ruhrkohle AG; die Zins- und Tilgungsleistungen laufen bis 1998 einschließlich;
- seit 1974 Entlastung der Ruhrkohle AG von Teilbeträgen des Sonderpostens zum Ausgleich von Stilllegungsabschreibungen; nach Artikel 8 § 2 des Steueränderungsgesetzes 1969 vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1211) hat die Ruhrkohle AG das Recht, zum Ausgleich für die im Falle von Stilllegungen an sich notwendigen Sonderabschreibungen auf der Aktivseite der Bilanz einen Sonderposten zu bilden, der in den Folgejahren in Raten abzuschreiben ist; diese Sonderregelung ging davon aus, daß die Ruhrkohle AG in den ersten Jahren

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

des Bestehens umfangreiche Stilllegungen und entsprechend hohe Sonderabschreibungen zu übernehmen haben würde und diese durch bessere Ergebnisse späterer Jahre getragen werden könnten; mit Rücksicht auf die tatsächliche Entwicklung des Unternehmens war es jedoch erforderlich, der Ruhrkohle AG die Ausbuchung eines Teils des Sonderpostens, der auf die bis zum 1. Januar 1973 bereits durchgeführten oder eingeleiteten Stilllegungen entfällt, zu ermöglichen; deshalb hat die Öffentliche Hand Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 480 Mill. DM übernommen; der Gesamtbetrag wird nicht verzinst und innerhalb von zehn Jahren in gleichen Raten gezahlt; hiervon sollen 2/3 auf den Bund und 1/3 auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallen; die letzte Zahlung erfolgt 1983;

- Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen des Steinkohlenbergbaus zur Steigerung ihrer Produktivität; bezuschußt werden Investitionen für den Bereich des Grubenbetriebes unter und über Tage, der Hilfsbetriebe des Grubenbetriebes sowie der Veredelungsbetriebe; an der Finanzierung beteiligen sich der Bund zu 2/3 und die Bergbauländer zu 1/3;
- Förderung der Entwicklung und Innovation im Steinkohlenbergbau durch den Bund; gefördert werden besonders zukunftssträchtige Projekte auf den Gebieten der Bergtechnik, Aufbereitung und konventionellen Verkokung; die Mittel werden für Einzelvorhaben gewährt, die bei ihrer Verwirklichung mittelfristig einen greifbaren wirtschaftlichen Nutzen im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik Deutschland erwarten lassen;
- Zuschüsse zur Erleichterung der Produktion von Koks- und Hochofenkoks sowie des Absatzes an die Eisen- und Stahlindustrie in revierfernen Gebieten und im innergemeinschaftlichen Austausch; dies sind Förderbeihilfen, die nach der Differenz zwischen dem Wettbewerbspreis für Drittländerskohl und den mittleren Erzeugungskosten der deutschen Steinkohlenbergbaureviere bemessen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Koks- und Hochofenkoks gegenüber der Drittländerskohl auf dem Markt der EGKS zu gewährleisten sowie Absatzbeihilfen, durch welche die hohen Transportkosten für Lieferungen von deutscher Koks- und Hochofenkoks und Koks

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

in revierferne Gebiete und im innergemeinschaftlichen Austausch durch Preisnachlässe verbilligt werden; für den innergemeinschaftlichen Austausch besteht eine gemeinschaftliche Finanzierung, die von den Mitgliedstaaten, der EGKS und der Eisen- und Stahlindustrie durch Beiträge erfolgt; die Aufwendungen werden zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 von den Bergbauländern getragen;

- seit 1972 Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus; ältere Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus, die aus Anlaß einer Stilllegungs- oder Rationalisierungsmaßnahme ab 30 Juni 1971, aber vor dem 1. Januar 1985 ihren Arbeitsplatz im Bergbau verlieren, können vom Tag nach der Entlassung - frühestens jedoch für die Zeit ab 1. Januar 1972 - bis zur Erreichung einer Altersgrenze in der knappschaftlichen Rentenversicherung Anpassungsgeld sowie die für die freiwillige Weiterversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung erforderlichen Beiträge erhalten; die Gewährung von Anpassungsgeld schließt im allgemeinen die Gewährung von Abfindungsgeld und von Anpassungsbeihilfen aus;
- soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie sowie des Eisenerzbergbaues zur Vermeidung sozialer Härten bei Stilllegungen, Teilstilllegungen oder Betriebseinschränkungen; die Anpassungsbeihilfen werden in Form von Lohnbeihilfen, Umschulungsbeihilfen, Trennungsentschädigungen, Wartegeld und Abfindung gewährt; die Mittel werden in der Regel je zur Hälfte durch Bund und den EGKS aufgebracht; außerdem können Betriebe zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für entlassene Arbeitnehmer Darlehen aus Bundesmitteln erhalten;
- Zuschüsse zu Umstrukturierungsinvestitionen des Eschweiler Bergwerks-Vereins (EBV); aus energiepolitischen Gründen - Stabilisierung der inländischen Förderung - und wegen der regional- und sozialpolitischen Bedeutung der im Aachener Revier und dem östlichen Ruhrgebiet gelegenen Schachtanlagen wurde dem EBV ein bedingt rückzahlbarer Zuschuß in Höhe von 280 Mill. DM als Sonderhilfe gewährt; Nordrhein-Westfalen beteiligt sich mit einem Drittel an dem Zuschuß.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

## 2. Steuervergünstigungen

An Steuervergünstigungen für den Bergbau werden gewährt

- Bewertungsfreiheit für bestimmte Investitionen im Kohlen- und Erzbergbau nach § 81 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, um den Bergbau die zur Anpassung an die veränderten Absatzverhältnisse und zur Verbesserung seiner Wettbewerbslage erforderlichen Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen zu erleichtern;
- nach § 36 des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau vom 29. Juli 1963 Befreiung des Rationalisierungsverbandes von der Körperschaftsteuer, Vermögensteuer und Gewerbesteuer mit dem Ziel, die zur Rationalisierung erforderlichen Mittel dem Verband ungeschmälert zu erhalten; dem Rationalisierungsverband ist u.a. die Aufgabe zugewiesen worden, alle Maßnahmen der Mitglieder zu fördern, die der Erfüllung der aus Anlaß der Gründung der Ruhrkohle AG übernommenen Reinvestitionsverpflichtungen zur Errichtung und Erweiterung von Produktionsstätten oder der Durchführung von Vorhaben gleicher Zielsetzung in den Steinkohlenbergbaugebieten dienen; der Verband ist damit über die ihm ursprünglich gestellten Aufgaben hinaus wesentlich an der Umstrukturierung des Ruhrgebiets beteiligt;
- seit 1967 nach dem Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Stilllegung von Steinkohlenbergwerken vom 11. April 1967 Steuerbefreiung der Aktionsgemeinschaft deutsche Steinkohlereserve GmbH von der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Gewerbesteuer und Gesellschaftsteuer sowie Begünstigung zur Stilllegung von Schachtanlagen und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Bergbaugebiete zwecks geordneter Stilllegung von Steinkohlenbergwerken zur Anpassung der Steinkohlenförderung an veränderte Absatzmöglichkeiten;
- seit 1969 nach Artikel 8 § 4 Steueränderungsgesetz 1969 vom 18. August 1969 steuerliche Verlustausgleichsrücklage bei der Ruhrkohle AG sowie Stundung der Nachsteuer im Sinne des § 9 Abs. 3 Körperschaftssteuer-



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

gesetz, Verzicht auf die Steuersenkung von Vergütungen für Sachübernahmen als Dauerschuldzinsen bzw. Dauerschulden bei der Ermittlung des Gewerbeertrags und des Gewerkekapitals der Ruhrkohle AG sowie Befreiung der Ruhrkohle AG von der Gesellschaftsteuer zur Förderung der Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet;

- nach § 1 des Gesetzes über Bergmannsprämien Gewährung von Bergmannsprämien an alle Arbeitnehmer im Bergbau, die unter Tage beschäftigt werden, aus Mitteln des Lohnsteueraufkommens (bis März 1973 2,50 DM, danach 5 DM, ab April 1980 10 DM für jede unter Tage verfahrenene volle Schicht) zur Anerkennung der besonderen Bedeutung des Bergarbeiterberufes;

- seit 1969 nach § 8a Mineralölsteuergesetz Befreiung des für die Verkokung von Steinkohle verwendeten Petrolkokes zur Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen der saarländischen Kokserzeuger; Petrolkoks ist seit 1969 - als Substitutionsprodukt für schweres Heizöl - der Mineralölsteuer unterworfen worden; bei Verwendung als Magerungsmittel ist es steuerfrei; dies hat im wesentlichen für die Steinkohle Bedeutung, weil sich aus ihr Hüttenkoks nur herstellen läßt, wenn sie abgemagert wird; die Erhebung der Mineralölsteuer für diesen Verwendungszweck würde die Kokserzeugung aus Saarkohle verteuern und sie gegenüber der Verarbeitung von Magerkohle im Wettbewerb benachteiligen.

## Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :

## zu 1.:

Bis einschl. 1976 wurde Abfindungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergwerks und des Eisenerzbergbaus gezahlt, die infolge von Stilllegungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz im Bergbau verloren haben; das Abfindungsgeld betrug je nach Lebensalter und Zeitraum der Zugehörigkeit zum Bergbau zwischen 2 000 und 5 000 DM.

Bis einschl. 1980 erhielten die Muttergesellschaften des Steinkohlenbergbaus und der Saarkohlenbergbau Zinszuschüsse zur Unterstützung des Strukturwandels an der Ruhr und an

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

der Saar; die Muttergesellschaften der Ruhrkohle AG wurden vertraglich verpflichtet, die aus der Veräußerung ihrer Bergbauanlagen an die Ruhrkohle AG freiwerdenden Finanzierungsmittel innerhalb von vier Jahren nach Gründung der Gesamtgesellschaft für die Errichtung oder Erweiterung von Produktionsstätten in den Steinkohlenbergbaubereichen Ruhr, Aachen und Ibbenbüren zu verwenden; diese Reinvestitionen wurden mit 3 v.H. der investierten Beträge für die Dauer von fünf Jahren bezuschußt; ein entsprechendes Förderungsprogramm galt für den Saarbergbau; die Ausgaben wurden zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 von Nordrhein-Westfalen bzw. vom Saarland getragen.

Um den Betrieb der Schachtanlage Ibbenbüren aus energiepolitischen Gründen und wegen der regional- und sozialpolitischen Bedeutung der Zeche für den Raum Ibbenbüren aufrecht zu erhalten, gewährte der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1974 und 1975 einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß von insgesamt 90 Mill. DM, da das Unternehmen wegen seiner angespannten wirtschaftlichen Lage die für weitere Aufschlußinvestitionen benötigten Mittel nicht selbst aufbringen konnte.

Zur Entlastung der Ruhrkohle AG von Tilgungsraten aus den Einbringungsverbindlichkeiten, die die Ruhrkohle AG als Gegenleistung für die Übertragung des Bergbauvermögens von den Alteigentümern übernommen hatte, verbürgte die öffentliche Hand diese Tilgungsraten; unabhängig von der subsidiär fortbestehenden Bürgschaft verpflichtete sich die öffentliche Hand den Muttergesellschaften Forderungen in Höhe der Tilgungsraten der Einbringungsverbindlichkeiten einzuräumen; der Gesamtbetrag der von der öffentlichen Hand von 1973 bis 1976 zu erbringenden Zahlungen belief sich auf 234 Mill. DM.

Bis einschl. 1973 wurden Beihilfen zur Förderung des Baus von Block- und Fernheizwerken zur Förderung des Kohleabsatzes in Form von Investitionszuschüssen bewilligt.

Bis 1974 wurden zum Ausgleich von Mehrkosten für den Betrieb von Kohlekraftwerken gegenüber Heizölkraftwerken

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zuschüsse zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes bei der Elektrizitätswirtschaft gezahlt; die Aufwendungen wurden zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 von den Bergbauländern getragen.

In den Jahren 1967 und 1968 wurden zur Erhaltung eines bestimmten Kohleabsatzes im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie Kokskohlesubventionen gezahlt.

Im Zeitraum von 1966 bis 1969 wurden aufgrund eines Vertrags zwischen dem Bund und der Notgemeinschaft deutscher Kohlebergbau GmbH Zuschüsse zur dezentralen Einlagerung von Kohle, Leistungen zur Durchführung der Feier- und Nachholschichtenregelung im Steinkohlenbergbau sowie Leistungen des Bundes aus Anlaß des Tarifstreiks im Kohlenbergbau im Jahr 1966 gewährt.

Von 1969 bis einschl. Januar 1970 wurde eine Frachthilfe für die Beförderung von Steinkohle gewährt.

Bis einschl. 1981 Verpflichtungen des Bundes aus der Übernahme der Vermögens- und Kreditgewinnabgabe bei der Stilllegung von Steinkohlenbergwerken; die Zuschüsse dienten der Erleichterung einer geordneten Anpassung der Kapazitäten des Steinkohlenbergbaus an die veränderten Marktverhältnisse und sollten die Optimierung der Fördermöglichkeiten des Steinkohlenbergbaus durch Stilllegung von Bergwerken erleichtern; die Lastenausgleichsverpflichtungen wurden für stillgelegte Zechenanlagen zu 2/3 vom Bund übernommen, 1/3 trugen die beteiligten Bergbauländer.

zu 2.:

Bis einschl. 1972 konnten Kraftwerke, die sich verpflichteten, mindestens zehn Jahre Stein- und Pechkohle zu verfeuern, nach dem Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken vom 12. August 1965 steuerfreie Rücklagen in Höhe von 45 v.H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bilden, die nach zehn Jahren erfolgsneutral

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BERGBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

aufzulösen waren. Die zu Lasten des steuerlichen Gewinns gebildeten Rücklagen konnten von der Vermögensteuer abgezogen werden.

Bis einschl. 1970 galt der ermäßigte Mineralölsteuersatz für nachweislich aus Kohle hergestellte Leichtöle.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAULICHE ERZEUGNISSE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1.1 Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte ab 1956	B e g r i f f s i n h a l t : Warengruppe 21 des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1982).
1.2 Außenhandelsstatistik ab 1970	Sie umfaßt: Kohle, Briketts, Koks, Rohteer und -benzol, Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine,
1.3 Statistik der Außenhandelspreise ab 1954	Eisenerze, NE-Metallerze und Schwefelkies, Kalisalze und Rohphosphate, Stein-, Hütten- und Salinensalz, Sole, Flußspat, Schwerspat, Graphit, sonstige bergbauliche u.ä. Erzeugnisse, Torf.
	Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben. <sup>1)</sup>
	1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAULICHE ERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (ab 1982 Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken) bestehen geringfügige Abweichungen.

2. Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 21 "Bergbauliche Erzeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Kohle, Briketts, Koks, Eisen- und NE-Metallerze, Kalisalze sowie Stein- und Hüttensalze.

Nicht berücksichtigt werden Erdöl und Erdgas, bituminöse Gesteine, Rohteer und -benzol, Schwefelkies, Rohphosphate, Salinensalz und Sole, Fluß- und Schwerspat, Graphit, Torf sowie sonstige bergbauliche u.ä. Erzeugnisse.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht  
für Unternehmen  
und Betriebe im  
Bergbau und im  
Verarbeitenden  
Gewerbe  
ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wirtschaftsbereich, der  
die Hauptgruppen  
Bergbau,  
*Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe,*  
*Investitionsgüter produzierendes Gewerbe,*  
*Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe,*  
*Nahrungs- und Genußmittelgewerbe*  
(= Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) in der Abgrenzung  
nach der SYPRO, Ausgabe 1979 umfaßt.

Im einzelnen rechnen dazu die Wirtschaftsgruppen

Bergbau	SYPRO-Nr. 21
Mineralölverarbeitung	" 22
Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	" 24
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	" 25
Eisenschaffende Industrie	" 27
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	" 28
Gießerei	" 29
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik, a.n.g.	" 30
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahr- zeugbau	" 31
Maschinenbau	" 32
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraft- fahrzeugen usw.	" 33
Schiffbau	" 34
Luft- und Raumfahrzeugbau	" 35
Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	" 36
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	" 37
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	" 38
Herstellung von Musikinstrumenten, Spiel- waren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	" 39

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Chemische Industrie	SYPRO-Nr. 40
Herstellung von Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	" 50
Feinkeramik	" 51
Herstellung und Verarbeitung von Glas	" 52
Holzbearbeitung	" 53
Holzverarbeitung	" 54
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	" 55
Papier- und Pappeverarbeitung	" 56
Druckerei, Vervielfältigung	" 57
Herstellung von Kunststoffwaren	" 58
Gummiverarbeitung	" 59
Ledererzeugung	" 61
Lederverarbeitung	" 62
Textilgewerbe	" 63
Bekleidungsgewerbe	" 64
Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elek- trische Geräte für den Haushalt)	" 65
Ernährungsgewerbe	" 68
Tabakverarbeitung	" 69

Zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Wirtschaftsgruppen tätig sind.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ist beim Wirtschaftsbereich *Verarbeitendes Gewerbe* (Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) der Bergbau nicht einbezogen.

2.1 Index der  
Nettopro-  
duktion für  
das Produ-  
zierende  
Gewerbe  
ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wirtschaftsbereich, der Wirtschaftszweige aus den Hauptgruppen  
*Bergbau,*  
*Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe,*  
*Investitionsgüter produzierendes Gewerbe,*



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2.2 Index der  
Arbeitspro-  
duktivität für  
den Bergbau und  
das Verarbei-  
tende Gewerbe

ab 1970

*Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe,  
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe*

(= Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) in der Abgrenzung  
nach der SYPRO umfaßt.

Im einzelnen rechnen dazu die unter 1. genannten Wirt-  
schaftsgruppen, mit den folgenden wesentlichen Ausnahmen:

Herstellung und Verarbeitung von Spalt-  
und Brutstoffen

SYPRO-Nr. 24

Luft- und Raumfahrzeugbau

" 35

Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elek-  
trische Geräte für den Haushalt)

" 65

Zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Hand-  
werksunternehmen und -betriebe, die in diesen Wirtschafts-  
gruppen bzw. -zweigen tätig sind.

Nachgewiesen werden *Indizes der Nettoproduktion* für Unter-  
nehmen und für fachliche Unternehmensteile, der *Index der  
Arbeitsproduktivität* sowie Meßgrößen über die Entwicklung  
der *Löhne und Gehälter je Beschäftigten/je Beschäftigten-  
stunde/je Produkteinheit/je Umsatzeinheit*, jeweils für den  
Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe.

*Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f*: Mit der  
Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völ-  
lig neugefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt.  
Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren  
ist dieses Indexsystem für Produktionsindizes für Unter-  
nehmen und für fachliche Unternehmensteile grundlegend neu  
gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von  
früheren Indexberechnungen<sup>1)</sup>.

1) Zu Einzelheiten der Methodik siehe Wirtschaft und  
Statistik 12/1983, S. 931 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ist beim Wirtschaftsbereich *Verarbeitendes Gewerbe* der *Bergbau* nicht einbezogen.

Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe umfaßt der Wirtschaftsbereich *Produzierendes Gewerbe* zusätzlich die Wirtschaftsbereiche Bauhauptgewerbe und Elektrizitäts- und Gasversorgung.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und *gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie)* sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zur gesamten Industrie dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden.

Nur zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe rechnen im wesentlichen Steinbildhauerei, Steinmetzerei, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Lackierung von Straßenfahrzeugen, Möbel- und Matratzenpolsterei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung (einschl. Reparatur), Maßschneiderei, Bäckerei, Fleischerei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabrikschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbständige Einheiten anzusehen sind. Nur zum Wirtschaftsbereich *gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie)* rechnen im wesentlichen die Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton sowie aus Holz im Hochbau und die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen.

Ferner zählen zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BERUFSSCHULEN FÜR BEHINDERTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

6520

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Schulen der  
beruflichen  
Ausbildung  
ab 1967

B e g r i f f s i n h a l t : Schulen, die der beruflichen Förderung körperlich, geistig und seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Jugendlicher dienen.

2. Statistik des  
Personals im  
beruflichen  
Schulwesen  
ab 1967

Die Berufsschulen für Behinderte haben im großen und ganzen den gleichen Bildungsauftrag wie die *Berufsschulen*, nämlich die Allgemeinbildung der Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln.

Berufsschulen für Behinderte sind häufig Vollzeitschulen. Die Schulbesuchsdauer beträgt i.d.R. 3 Jahre.

Erfasst werden öffentliche und private Berufsschulen für Behinderte.

Hier nicht einbezogen sind andere Einrichtungen zur beruflichen Förderung behinderter Jugendlicher, wie Grundausbildungslehrgänge, Förderungslehrgänge oder Ausbildung in einem Berufsbildungswerk oder Jugendheim.

Die Berufsschulen, die ebenfalls einen großen Teil der behinderten Jugendlichen betreuen, werden gesondert ausgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden  
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die in Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten tätig sind und entweder in einem Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis oder in einem Eigentümer-, Miteigentümer- oder Pachtverhältnis zum Betrieb, Unternehmen oder zur Arbeitsstätte stehen.

Voll als Beschäftigte werden auch gezählt: Erkrankte, Urlauber sowie Personen, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden, Streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist, ferner Saison- und Aushilfsarbeiter, Kurzarbeiter, Schlechtwettergeldempfänger, Teilzeitbeschäftigte, Personal auf Bau- und Montagestellen, Fahrzeugen usw. sowie Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen werden (Leiharbeitnehmer wie Fremdlöhner, Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten usw.).

Nicht zu den Beschäftigten rechnen die (längerfristig) im Ausland Beschäftigten, zum Grundwehrdienst einberufene Personen, Zivildienstleistende, Strafgefangene, ehrenamtlich Tätige sowie Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Betriebe (Unternehmen, Arbeitsstätten) im meldenden Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte) Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen.

Heimarbeiter rechnen ebenfalls nicht zu den Beschäftigten.

Mithelfende Familienangehörige, d.h. Personen, die im Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte), der von einem Familienmitglied als Tätigem Inhaber geleitet wird, mitarbeiten, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu beziehen, werden in den einzelnen Statistiken unterschiedlich berücksichtigt. Sie werden z.T.

- ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit erfaßt, z.T.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- nur dann erhoben, wenn sie mindestens ein Drittel der betrieblichen Arbeitszeit tätig sind, z.T.

- überhaupt nicht erfaßt.

Unter den Beschäftigten werden Beschäftigungsfälle nachgewiesen, so daß Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten auch mehrfach gezählt werden.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Begriff Beschäftigte ist - von den durch die einzelnen Erhebungsbereiche bedingten Besonderheiten abgesehen - gleich abgegrenzt wie der Begriff *Tätige Personen* (verschiedene Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählung 1970); soweit die Begriffe Beschäftigte und Tätige Personen in jeweils denselben Statistiken verwendet werden (z.B. in den Statistiken für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, in der Arbeitsstättenzählung, in den Handels- und Gaststättenzählungen und der Großhandels-, Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik), stimmen sie inhaltlich voll überein.

Unterschiede zwischen dem Begriff Beschäftigte und dem Begriff *Erwerbstätige* (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus) sind vor allem durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten bedingt. In den Bereichsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen ist Erhebungseinheit das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte, die jeweils Gesamtangaben über ihre Beschäftigten melden; in der Volks- und Berufszählung 1970 bzw. im Mikrozensus ist dagegen die einzelne Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit. Hieraus folgt u.a.: Personen, die im Berichtszeitraum geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben (z.B. Kellner oder Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind, arbeitende Studenten, Schüler u.ä.) sowie besondere Personengruppen (z.B. Heimarbeiter, Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter, Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, Arbeiten in und außerhalb der Anstalt zu verrichten u.ä.) zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, häufig aber nicht zu den Beschäftigten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei den Beschäftigten werden lediglich die Soldaten auf Wehrübungen, bei den Erwerbstätigen hingegen alle Soldaten berücksichtigt.

Die Mithelfenden Familienangehörigen zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, und zwar ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit; sie werden bei den Beschäftigten in den Bereichsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen unterschiedlich berücksichtigt.

Sind Personen in mehreren Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten beschäftigt, dann können sie auch in mehreren Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenmeldungen enthalten sein. Die Bereichsstatistiken und die Arbeitsstättenzählungen weisen daher nur Beschäftigungsfälle nach und nicht die tatsächliche Zahl der dahinterstehenden Individuen. Bei den Erwerbstätigen wird dagegen - soweit von der Wohnbevölkerung ausgegangen wird - jede Person nur einmal nachgewiesen, weil die Person selbst bzw. der Haushalt Erhebungseinheit ist.

Unterschiede ergeben sich auch bei der Zuordnung der Erwerbstätigen und Beschäftigten zu Wirtschaftszweigen, weil die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten machen können.

Bei den Beschäftigten werden i.d.R. Personen (Beschäftigungsfälle) mit Arbeitsort im Inland (Inlandskonzept), bei den Erwerbstätigen dagegen Personen der Wohnbevölkerung (Inländerkonzept) gezählt.

Zur Abgrenzung der Beschäftigten gegenüber den *Tätigen Personen in der Binnenschifffahrt* (Statistik über die Unternehmen in der Binnenschifffahrt), den *Tätigen Personen im Straßenpersonenverkehr* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr), den *Tätigen Personen im Schienenverkehr* (Eisenbahnstatistik) sowie den *Beschäftigten, die in der Luftfahrt tätig sind* (Statistik der Luftfahrtunternehmen) siehe unter *Tätige Personen in der Binnenschifffahrt*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zur Abgrenzung der Beschäftigten gegenüber den Arbeitskräften in der Landwirtschaft siehe unter *Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte* (im Jahresdurchschnitt) (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft).

Zur Abgrenzung der *Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes* und der *Beschäftigten des mittelbaren öffentlichen Dienstes* (beide Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes) siehe jeweils dort.

1.1 Arbeitsstät-  
tenzählung  
1970

B e g r i f f s i n h a l t : Die Beschäftigten umfassen die *Tätigen Inhaber, die Beamten, die Angestellten, die Arbeiter* und die *Nachwuchskräfte* sowie die *Mithelfenden Familienangehörigen*, unabhängig von der Arbeitszeit, die sie in der *Arbeitsstätte* tätig sind.

1.2 Arbeitsstät-  
tenzählung  
1961

2. Monatsbericht  
für Unternehmen  
und Betriebe im  
Bergbau und im  
Verarbeitenden  
Gewerbe  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Die Beschäftigten (*Tätige Personen*) umfassen alle Personen, die einem vertraglichen Arbeits- oder Dienstverhältnis zum *Betrieb/Unternehmen* stehen (z.B. *Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Praktikanten*); die *Tätigen Inhaber* und *Mitinhhaber*, die den *Betrieb/das Unternehmen* wirtschaftlich und organisatorisch leiten; die unbezahlt mithelfenden *Familienangehörigen*, sofern sie mindestens ein Drittel der branchenüblichen Arbeitszeit im *Betrieb/Unternehmen* tätig sind sowie die von anderen *Unternehmen/Betrieben* gemäß Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassenen Personen.

Erfaßt wird die Zahl der Beschäftigten zum jeweiligen Monatsende; der Jahresdurchschnitt errechnet sich als arithmetisches Mittel aus den Monatswerten.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Zahl der Beschäftigten wird nachgewiesen für die Erhebungseinheiten Unternehmen und Betriebe sowie die Darstellungseinheiten fachliche Betriebsteile. Je nach der gewählten Erhebungs/Darstellungseinheit können sich für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe unterschiedliche Beschäftigtenangaben ergeben (Auswirkung des Schwerpunktprinzips und/oder der systematischen Zuordnung von fachlichen Betriebsteilen).

Beim Nachweis nach fachlichen Betriebsteilen für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt sind deshalb die im Betrieb in den baugewerblichen Betriebsteilen (einschl. in Baukolonnen für den Eigenbedarf) und in den sonstigen Betriebsteilen (z.B. in Handels-, Transport- und landwirtschaftlichen Abteilungen) tätige Personen nicht enthalten (Seg.-Nr. 466, 468, 1180 und 1182). Zu Einzelheiten bezüglich des Nachweises von Betrieben und Betriebsteilen siehe unter Betriebe.

3.1 Investitions-  
erhebung bei  
Unternehmen  
des Bergbaus  
und des Ver-  
arbeitenden  
Gewerbes

ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Beschäftigten umfassen alle Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum *Unternehmen* stehen (Angestellte, Arbeiter, Auszubildende), die im Unternehmen tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, sofern diese Familienangehörigen mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen tätig sind.

3.2 Jahreserhe-  
bung (Kosten-  
struktur-erhe-  
bung) bei  
Unternehmen  
des Bergbaus  
und des Ver-  
arbeitenden  
Gewerbes

ab 1975

Einbezogen werden auch die in nichtproduzierenden Teilen des Unternehmens Beschäftigten.

Zu den Angestellten zählen auch Gesellschafter, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, soweit sie vom befragten Unternehmen Bezüge erhalten, die steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit angesehen werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
4. Monatlicher Industriebericht 1970 bis 1974	B e g r i f f s i n h a l t : Der Begriff Beschäftigte entspricht dem Begriff <i>Tätige Personen</i> . Zu Einzelheiten siehe dort.
5.1 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1962	B e g r i f f s i n h a l t : Die Beschäftigten umfassen alle Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Unternehmen bzw. <b>Betrieb</b> stehen (Angestellte, Arbeiter, Auszubildende), die im Unternehmen bzw. Betrieb tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, soweit diese Familienangehörigen mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen bzw. Betrieb tätig sind.
5.2 Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1976	Zu den Angestellten zählen auch Gesellschafter, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, soweit sie vom befragten Unternehmen bzw. Betrieb Bezüge erhalten, die steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit angesehen werden.
5.3 Jahresherhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau) ab 1976	Im Monatsbericht für das Bauhauptgewerbe werden die <i>Tätigen Inhaber, Mithelfenden Familienangehörigen, die kaufmännischen und technischen Angestellten einschl. Auszubildenden, die Facharbeiter, die Fachwerker und Werker und die gewerblich Auszubildenden</i> nachgewiesen.  In den Jahresherhebungen werden auch die in nichtproduzierenden Teilen des Unternehmens Beschäftigten einbezogen.
5.4 Jahresherhebung (Kostenstrukturerhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes ab 1975	Die Beschäftigten in den Jahresherhebungen umfassen neben den unmittelbar im Unternehmen Beschäftigten auch die an Arbeitsgemeinschaften abgestellten Personen. Arbeitskräfte, die unmittelbar von der Arbeitsgemeinschaft eingestellt wurden, werden in der Höhe des Arbeitsgemeinschaftsanteils des jeweiligen befragten Unternehmens zu den Beschäftigten dieses Unternehmens gerechnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

5.5 Monatsbericht  
im Ausbaugewerbe  
ab 1978

5.6 Jährliche Erhebung im  
Ausbaugewerbe  
ab 1979

6. Jahresherhebung  
bei Unternehmen, Investi-  
tionserhebung  
bei Unternehmen und Betrie-  
ben der Energie- und Was-  
serversorgung  
ab 1975

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Beschäftigten umfassen die *Angestellten und Beamten* (einschl. der kaufmännisch, technisch und Verwaltungsauszubildenden), die *Arbeiter* (einschl. der gewerblich Auszubildenden), die *tätigen Inhaber und Mitinhaber* sowie die *unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen*, sofern diese Familienangehörigen mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen tätig sind.

Nicht einbezogen sind, soweit nicht anders angegeben, Arbeitskräfte, die in keinem festen Lohn- oder Gehaltsverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur gegen eine Aufwands- oder Pauschalentschädigung regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. als Schriftführer, Kassierer, Pumpenwärter), ebenso Beamte, Angestellte und Arbeiter von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Beschäftigte, die in mehreren fachlichen Unternehmensteilen tätig sind, werden auf diese anteilmäßig aufgegliedert.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

7. Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe

**B e g r i f f s i n h a l t :** Zu den Beschäftigten zählen alle Ende September des jeweiligen Berichtsjahres im *Unternehmen* bzw. im *Betrieb* tätigen Personen, einschl. der tätigen Inhaber sowie der Mithelfenden Familienangehörigen, sofern diese Familienangehörigen mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen bzw. Betrieb tätig sind.

Zur Abgrenzung des Beschäftigtenbegriffs in der Energie- und Wasserversorgung siehe unter 6. (Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung), im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe unter 3. (Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes), im Baugewerbe siehe unter 5. (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)).

8. Handwerkszählung 1977

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Beschäftigten umfassen die *Tätigen Inhaber* (einschl. Mitinhaber), die *unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen*, die *Betriebsleiter*, *kaufmännischen und technischen Angestellten*, die *Gesellen* und *sonstigen Facharbeiter*, die *angelernten und ungelernten Arbeiter*, die *kaufmännisch und technisch Auszubildenden* sowie die *gewerblich Auszubildenden*

Die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen werden erfaßt, sofern sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Nachgewiesen werden die Beschäftigten am 30. September 1976 und - ohne Untergliederung - am 31. März 1977.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BESCHÄFTIGTE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
9.1 Handels- und Gaststätten- zählung 1968	B e g r i f f s i n h a l t : Beschäftigte sind <i>Tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige</i> sowie <i>sämtliche Arbeitnehmer</i> . Dazu gehören auch vorübergehend Abwesende (z.B. Kranke, Urlauber) und Teilzeitbeschäftigte.
9.2 Handels- und Gaststätten- zählung 1979	In den Handels- und Gaststättenzählungen werden die Beschäftigten in absoluten Zahlen nachgewiesen.  In der Großhandelsstatistik werden Meßzahlen der Beschäftigten, in der Einzelhandelsstatistik und in der Gastgewerbestatistik werden Meßzahlen der Beschäftigten, Vollbeschäftigten und Teilzeitbeschäftigten nachgewiesen.
9.3 Großhandels- statistik ab 1964	Die Meßzahlen werden durch Division der Zahlen der Beschäftigten (Voll-, Teilzeitbeschäftigten) im jeweiligen Berichtszeitraum durch die entsprechenden Zahlen der Beschäftigten (Vollzeitbeschäftigte, Teilzeitbeschäftigte) im Basiszeitraum ermittelt.
9.4 Einzelhandels- statistik ab 1963	
9.5 Gastgewerbe- statistik ab 1963	Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In der Großhandelsstatistik wurden bis einschl. 1979 lediglich die Meßzahlen für die Gesamtzahl der Beschäftigten bzw. tätigen Personen nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht  
für Unternehmen  
und Betriebe  
im Bergbau und  
im Verarbeiten-  
den Gewerbe  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe gemäß der SYPRO.

Erfaßt und dargestellt wird jeweils die gesamte örtliche Einheit einschl. ihrer nichtproduzierenden Teile. Zu Ausnahmen von dieser Regel siehe unten.

Befragt werden sämtliche Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes soweit sie zu *Unternehmen* des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr gehören sowie die Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr sofern sie zu Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Produzierenden Gewerbes gehören. Für einige ausgewählte Wirtschaftszweige bezieht sich die vorgenannte Abschneidegrenze auf 10 tätige Personen und mehr.

Zu den Betrieben zählen auch:

- Einbetriebsunternehmen (d.h. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe;
- Örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen sind (Betriebe des produzierenden Handwerks);
- Betriebe, die nur Zulieferer für den Hauptbetrieb oder für einen anderen Betrieb des gleichen Unternehmens sind;
- Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die nicht mit ihrem Produktionswerk örtlich verbunden sind und auch nicht in dessen Nähe liegen (z.B. örtlich getrennter Hilfsbetrieb zur Herstellung von Verpackungsmitteln für den Eigenbedarf, örtlich getrennter Montagebetrieb der elektrotechnischen Industrie, örtlich getrennter Fermentier- und Sortierbetrieb der tabakverarbeitenden Industrie usw.);

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Reparaturwerkstätten der Deutschen Bundesbahn und Bundespost;
- Reparaturwerkstätten von Schiffahrts- und Wasserbauunternehmen u.ä.;
- Örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes.

In einigen Fällen wird statt der gesamten örtlichen Einheit nur der im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätige fachliche Teil der örtlichen Einheit erfaßt. Folgende fachliche Teile von örtlichen Einheiten werden als eigenständige Betriebe angesehen und erfaßt:

- Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes, die mit einem Baubetrieb örtlich verbunden sind und für den Markt produzieren (z.B. Sägewerke, Kiesgruben, Steinbrüche, Ziegeleien), unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit;
- Produktionsstätten des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes, die mit einem Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerk für die öffentliche Versorgung örtlich verbunden sind und für den Markt produzieren (z.B. Kohlengruben), unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit;
- Reparatur- und Montagewerkstätten, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt eines Verkaufsbüros bilden;
- Druckereien, die mit einem Verlag örtlich verbunden sind (Verlagsdruckereien), aber nicht den wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit bilden.

Nicht zu den Betrieben zählen:

- rechtlich unselbständige Reparatur- und Montageabteilungen von Unternehmen außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, soweit sie sich überwiegend mit der Instandsetzung von unternehmenseigenen Anlagen, Maschinen, Fahrzeugen und Geräten befassen (rechtlich selbständige Reparaturwerkstätten sowie solche der Deutschen Bundesbahn und Bundespost gelten dagegen als Betriebe);

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- örtlich getrennte Verkaufsbüros ohne ständige Reparatur- oder Montageabteilung (bei Büros, bei denen aber überwiegend Reparaturen und Montagen durchgeführt werden, gelten die Reparatur- oder Montageabteilungen dagegen als Betriebe).

Zum einzelnen Betrieb rechnet - unter Beachtung der o.g. Ausnahmen - die gesamte örtliche Einheit, einschl. der

- Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen, z.B. Kraftzentralen, Reparatur- und Montagewerkstätten zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen für den Eigenbedarf, außerhalb des Werks gelegene Montagestützpunkte für Verteiler- und Leitungsanlagen (Strom, Gas, Wasser, Dampf), Verpackungs- und Versandbetriebe, Transporteinrichtungen, Fuhrparks, betriebliche Tankstellen, Lagerplätze, Aufräumungskolonnen, Werkschutz, Werkfeuerwehr;
- Sozialeinrichtungen wie Kantinen, Werksfriseure, Heime für Auszubildende, Kindergärten usw.;
- Ausbildungsstätten;
- Forschungs- und Entwicklungslabors;
- Baukolonnen für den Eigenbedarf sowie der baugewerblichen Betriebsteile, die Leistungen für den Markt erbringen und nicht zur Bauberichterstattung melden;
- übrigen Betriebsteile wie Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, landwirtschaftliche Betriebsteile u.ä.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegenüber den Betrieben im Monatlichen Industriebericht siehe unter 4.

Während die Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als *Unternehmen* (z.B. im Monatsbericht für Unternehmen und in der Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes) die kleinsten rechtlich



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

selbständigen Einheiten, die eigene Bücher führen und gesonderte Abschlüsse aufstellen müssen. Zu einem Unternehmen rechnen auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und Teile des Unternehmens, sofern das Unternehmen insgesamt seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe hat. Die Unternehmen umfassen daher - soweit vorhanden - neben ihren industriellen und handwerklichen Betrieben auch nichtindustrielle/nichthandwerkliche örtliche Einheiten sowie solche Teile von örtlichen Einheiten. Dagegen zählen zu den Betrieben hier im allgemeinen nur die industriellen oder handwerklichen örtlichen Einheiten bzw. solche Teile derselben. Darunter fallen allerdings auch Industrie- und Handwerksbetriebe bzw. -betriebsteile von Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes haben.

Betriebe und *Arbeitsstätten* (Arbeitsstättenzählungen) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb. So rechnen zum Betrieb auch Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsabteilungen, die nicht auf dem Grundstück ihres Produktionsbetriebes, sondern nur in dessen Nähe liegen. Diese außerhalb des Betriebsgrundstücks liegenden Abteilungen gelten aber jeweils als eigenständige Arbeitsstätten.

In einigen Fällen unterscheiden sich Betriebe und Arbeitsstätten dadurch, daß als Arbeitsstätte die gesamte örtliche Einheit, als Betrieb dagegen nur ein fachlicher Teil der örtlichen Einheit gilt. Dies ist der Fall, wenn

- eine Produktionsstätte des Verarbeitenden Gewerbes und ein Baubetrieb örtlich verbunden sind oder
- eine Produktionsstätte des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes mit einem Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserkwerk für die öffentliche Versorgung örtlich verbunden ist,
- in einem Verkaufsbüro eines Unternehmens des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes überwiegend Reparaturen oder Montagen durchgeführt werden oder
- bei einer Verlagsdruckerei der Verlag den wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Praxen freier Berufe, Ämter von Behörden u. dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe.

2. Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe  
ab 1975

**B e g r i f f s i n h a l t :** Örtlich getrennte Einheiten von *Unternehmen* des Produzierenden Gewerbes einschl. zugehöriger oder in der Nähe liegender Verwaltungs- und Hilfsbetriebe.

Die Betriebe umfassen im einzelnen

- Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr sowie Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr von Unternehmen mit wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Produzierenden Gewerbes,
- in der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung die Betriebe aller Unternehmen;
- in der Wasserversorgung die Betriebe aller Unternehmen mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m<sup>3</sup> und mehr.

Angaben über Betriebe im Baugewerbe sind nicht enthalten.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** 1975 wurden in der Wasserversorgung die Betriebe aller Unternehmen in Gemeinden ab 3 000 Einwohnern - unabhängig vom Umfang der Wasserabgabe - einbezogen.

Bis einschl. 1976 wurden in den Wirtschaftsbereichen Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe alle Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Während Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als *Unternehmen* (Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe) kleinste rechtlich selbständige Einheiten, die eigene Bücher führen und Abschlüsse aufstellen müssen. Dem Nachweis von Unternehmen und Betrieben liegen außerdem unterschiedliche Erhebungsbereiche und Abschneidegrenzen zugrunde.

3. Monatsbericht  
bei Betrieben  
der Energie-  
und Wasserver-  
sorgung  
ab 1977

**B e g r i f f s i n h a l t :** Örtliche Niederlassungen der Energie- und Wasserversorgung.

Nachgewiesen werden Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr sowie Betriebe der Energie- und Wasserversorgung mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr von Unternehmen außerhalb der Energie- und Wasserversorgung.

Erfaßt und dargestellt wird jeweils die gesamte örtliche Niederlassung einschl. aller Betriebsteile, die nicht zur Energie- und Wasserversorgung gehören (z.B. Verkehr, Häfen, Bäder) sowie aller Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem Betrieb örtlich verbunden sind.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Während Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als *Unternehmen* (Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung) kleinste rechtlich selbständige Einheiten, die eigene Bücher führen und Abschlüsse aufstellen müssen. Zu einem Unternehmen rechnen in der Jahres- und Investitionserhebung auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und Teile des Unternehmens, sofern das Unternehmen insgesamt seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Energie- und Wasserversorgung hat. Die Unternehmen umfassen daher - soweit vorhanden - auch örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb der Energie- und Wasserversorgung. Dagegen zählen zu den Betrieben hier nur örtliche Niederlassungen der Energie- und Wasserversorgung. Darunter fallen allerdings auch solche von Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb der Energie- und Wasserversorgung haben.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ferner ist zu beachten, daß dem Nachweis von Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung unterschiedliche Erhebungsbereiche und Abschneidegrenzen zugrunde liegen.

4.1 Monatlicher  
Industrie-  
bericht  
1950 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheiten, in denen industrielle Tätigkeiten gemäß dem systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industrierbericht ausgeübt werden, unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit.

4.2 Industriebetrieb-  
bericht-Total-  
erhebung-  
September  
1962 bis 1975

Erfaßt und dargestellt wird nur der industrielle Teil der örtlichen Einheit, wobei im monatlichen Industrierbericht nur Industrie-Betriebe mit im allgemeinen 10 Beschäftigten und mehr, bei der Totalerhebung dagegen nicht nur die Industrie-Betriebe des monatlichen Berichtskreises, sondern auch die nicht zum monatlichen Industrierbericht meldenden Industrie-Betriebe mit im allgemeinen weniger als 10 Beschäftigten erfaßt und dargestellt werden.

Die Industrie umfaßt die Wirtschaftsabteilungen Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe. Das Handwerk rechnet im allgemeinen nicht zur Industrie. Die einzelnen Industriezweige sind im Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industrierbericht zusammengestellt. Örtliche Einheiten, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen sind, werden daher in der Regel nicht erfaßt. Werden in solchen örtlichen Einheiten aber industrielle Tätigkeiten ausgeübt, wird nach den einzelnen Umständen fallweise entschieden, ob diese örtliche Einheit zu erfassen ist oder nicht. Als Anhaltspunkt für industrielle Tätigkeit dient die Serienfertigung von Gütern. Einzelanfertigung läßt dagegen auf handwerkliche Tätigkeit schließen. Sind in einer örtlichen Einheit ein abgrenzbarer industrieller Teil und ein handwerklicher Teil örtlich verbunden (z.B. Zimmerei mit Sägewerk), wird nur der industrielle Teil erfaßt. Handwerkliche Neben- oder Hilfsbetriebe von industriellen Betrieben rechnen dagegen zum industriellen Betrieb und werden dort erfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zu den Betrieben zählen auch:

- Einbetriebsunternehmen (d.h. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen), die in der Industrie tätig sind;
- Betriebe, die nur Zulieferer für den Hauptbetrieb oder für einen anderen Betrieb des gleichen Unternehmens sind;
- Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die nicht mit ihrem Produktionswerk örtlich verbunden sind und auch nicht in dessen Nähe liegen (z.B. örtlich getrennter Hilfsbetrieb zur Herstellung von Verpackungsmitteln für den Eigenbedarf, örtlich getrennter Montagebetrieb der elektrotechnischen Industrie, örtlich getrennter Fermentier- und Sortierbetrieb der tabakverarbeitenden Industrie usw.);
- Reparaturwerkstätten von Schifffahrts- und Wasserbauunternehmen u.ä.;
- örtlich getrennte Hauptverwaltungen von industriellen Unternehmen.

Nicht zu den Betrieben zählen:

- rechtlich unselbständige Reparatur- und Montageabteilungen von Unternehmen außerhalb der Industrie, soweit sie sich überwiegend mit der Instandsetzung von unternehmenseigenen Anlagen, Maschinen, Fahrzeugen und Geräten befassen;
- Reparaturwerkstätten des Handels;
- örtlich getrennte Verkaufsbüros ohne ständige Reparatur- und Montageabteilung.

Zum einzelnen Betrieb rechnen nur die industriellen Teile der örtlichen Einheit. Mit einbezogen werden allerdings:

- Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen, z.B. Kraftzentralen, Reparatur- und Montagewerkstätten zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen für den Eigenbedarf, außerhalb des Werks gelegene Montagestützpunkte für Verteiler- und Leitungsanlagen (Strom, Gas, Wasser, Dampf), Verpackungs- und Ver-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

sandbetriebe, Transporteinrichtungen, Fuhrparks, betriebliche Tankstellen, Lagerplätze, Aufräumkolonnen, Werk-schutz, Werkfeuerwehr;

- Sozialeinrichtungen wie Kantinen, Werksfriseure, Heime für Auszubildende, Kindergärten usw.;
- Baukolonnen für den Eigenbedarf.

## Nicht zum Betrieb rechnen:

- nichtindustrielle Teile der örtlichen Einheit wie z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb der eigenen Erzeugnisse trennbar), Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten;
- baugewerbliche Abteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten;
- öffentliche Versorgungsbetriebe, die mit dem industriellen Betrieb örtlich verbunden sind;
- Verkaufsabteilungen von Verkaufsbüros, in denen ständig Reparaturen oder Montagen durchgeführt werden.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Betriebe im Monatlichen Industriebericht und Betriebe im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sind unterschiedlich abgegrenzt. Wesentliche Unterschiede bestehen zum einen in der Abgrenzung des Betriebs selbst, zum anderen in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs.

Im Industriebericht **rechnet zum Betrieb** nur der industrielle Teil einer örtlichen Einheit, im Monatsbericht umfaßt der Betrieb dagegen - von einigen Ausnahmen abgesehen - jeweils die gesamte örtliche Einheit einschl. ihrer "nichtindustriellen" Teile. Solche "nichtindustriellen Teile" sind z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, reine Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, handwerkliche Abteilungen, die nicht handwerkliche Neben- oder

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hilfsbetriebe sind u.ä. Eine der oben angesprochenen Ausnahmen besteht bei Verkaufsbüros, in denen überwiegend Reparatur- und Montagearbeiten durchgeführt werden. Erfasst wird nur die Reparatur- und Montageabteilung und nicht die gesamte örtliche Einheit. Zu weiteren Ausnahmen siehe unten.

In den Erhebungsbereich des Monatsberichts für Betriebe sind die Betriebe des produzierenden Handwerks mit Schwerpunkt im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe einbezogen. Im Industriebericht werden dagegen örtliche Einheiten, deren Inhaber in der Handwerksrolle eingetragen sind, im allgemeinen nicht erfasst. Ebenfalls nur im Monatsbericht für Betriebe werden die Reparaturwerkstätten der Bundesbahn und der Bundespost erfasst. Ebenfalls nur im Monatsbericht werden die Reparaturwerkstätten der Bundesbahn und der Bundespost erfasst. Modifikationen der o.g. grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Statistiken ergeben sich daraus, daß im Monatsbericht in einigen Fällen - entgegen der o.g. allgemeinen Regel und analog zum Industriebericht - nicht die gesamte örtliche Einheit, sondern nur fachliche Teile dieser Einheit, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bergbau oder Verarbeitenden Gewerbe haben, erfasst werden. So verfahren wird bei Verbindungen zwischen Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes und Baubetrieben und zwischen Produktionsstätten des Bergbaus oder Verarbeitenden Gewerbes und der Energie- und Wasserversorgung, wobei jeweils der wirtschaftliche Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit keine Rolle spielt. Bei Verlagsdruckereien wird ebenso verfahren und nur der fachliche Teil Druckerei erfasst, allerdings nur, wenn er nicht den wirtschaftlichen Schwerpunkt des gesamten Betriebes bildet. Daraus ergeben sich in diesen Fällen folgende Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen Industrie- und Monatsbericht:

- Bilden ein industrieller Betrieb und ein Baubetrieb oder ein industrieller Betrieb und ein Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerk für die öffentliche Versorgung eine örtliche Einheit, so wird im Industriebericht und in diesem Fall auch im Monatsbericht unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit nur der industrielle Betrieb erfasst.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Bilden eine Druckerei und ein Verlag (eine Redaktion) eine örtliche Einheit, so wird im Industriebericht, unabhängig vom Schwerpunkt, die Druckerei (industrieller Teil der örtlichen Einheit) als Betrieb erfaßt; der Verlag/die Redaktion sind nicht einbezogen. Im Monatsbericht kommt es hier auf den wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit an: Bildet der Verlag (die Redaktion) den Schwerpunkt, dann wird, obwohl der wirtschaftliche Schwerpunkt der örtlichen Einheit außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes liegt, die Druckerei als Betrieb erfaßt, wie im Industriebericht ohne die Verlags-(Redaktions-)Abteilung. Bildet dagegen die Druckerei den Schwerpunkt, gilt der Regelfall und es wird, da die gesamte örtliche Einheit erfaßt wird, der Verlag (die Redaktion) mit einbezogen.

Während Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als *Unternehmen* (Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)) kleinste rechtlich selbständige Einheiten, die eigene Bücher führen und gesonderte Abschlüsse aufstellen müssen.

Zu einem Unternehmen rechnen in der Unternehmenserhebung auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und Teile des Unternehmens (mit Ausnahme seiner land- und forstwirtschaftlichen Teile), sofern das Unternehmen insgesamt seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bergbau oder in der Industrie hat. Die Unternehmen umfassen mithin - soweit vorhanden - neben ihren industriellen Betrieben auch nichtindustrielle örtliche Einheiten und nichtindustrielle Teile von industriellen örtlichen Einheiten. Dagegen zählen zu den Betrieben hier nur industrielle örtliche Einheiten bzw. solche Teile derselben. Darunter fallen allerdings auch Industriebetriebe von Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Bergbaus und der Industrie haben.

Betriebe und *Arbeitsstätten* (Arbeitsstättenzählungen) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

So rechnen zum Betrieb auch Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsabteilungen, die nicht auf dem Grundstück ihres Produktionsbetriebes, sondern nur in dessen Nähe liegen. Diese außerhalb des Betriebsgrundstücks liegenden Abteilungen gelten aber jeweils als eigenständige Arbeitsstätten.

Betriebe und Arbeitsstätten unterscheiden sich weiterhin dadurch, daß zum Betrieb nur der industrielle Teil der örtlichen Einheit rechnet und nichtindustrielle Teile (wie z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Bauabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, selbständige Handwerksabteilungen u.ä.) nicht im Industriebericht erfaßt werden. Als Arbeitsstätte gilt dagegen jeweils die gesamte örtliche Einheit.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Praxen freier Berufe, Ämter von Behörden u. dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten oder Teile von örtlichen Einheiten mit wirtschaftlichen Tätigkeiten im Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (ohne Handwerk).

5. Totalerhebung  
im Bauhauptge-  
werbe (einschl.  
Fertigteilbau)

ab 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe gemäß der SYPRO.

Zum Bauhauptgewerbe gemäß SYPRO werden Institutionen gerechnet, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Hochbauten im Rohbau zu errichten (einschl. Fertigteilbauten), Tiefbauvorhaben auszuführen oder bestimmte Spezialbauarbeiten vorzunehmen. Dazu rechnen auch die Reparatur und Unterhaltung bestehender Hoch-, Tief- und Spezialbauten sowie das Abbrechen, Sprengen und Enttrümmern.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Erfaßt und nachgewiesen werden im einzelnen:

- Einbetriebsunternehmen (d.s. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen) des Bauhauptgewerbes;
- Örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die zu Unternehmen des Bauhauptgewerbes gehören;
- Örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die zu Unternehmen mit Schwerpunkt im übrigen Produzierenden Gewerbe oder in sonstigen Wirtschaftszweigen gehören, sofern sie Bauleistungen für den Markt erbringen;
- Baustellen und Bauhöfe mit eigenem Lohnbüro und selbständiger Abrechnung;
- Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes, soweit sich ihre Tätigkeit auf inländische Baustellen bezieht.

Nicht als Betrieb zählen:

- Örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Bauhauptgewerbes;
- Örtlich getrennte reine Hilfsbetriebe ohne bauhauptgewerbliche Tätigkeit (Ziegelei, Sägewerk, Kiesgrube); wenn diese örtlichen Einheiten mit Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, werden sie im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe als Betriebe erfaßt (vgl. unter 1.);
- Verkaufsbüros ohne bauhauptgewerbliche Tätigkeit;
- Örtlich getrennte Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten einschl. Wohnungsvermietung ausüben.

Erhoben werden jeweils nur die im Bauhauptgewerbe tätigen Teile der Betriebe mit ihrer inländischen Bautätigkeit.

Verwaltungs- und Hilfsabteilungen, die direkt mit der bauhauptgewerblichen Tätigkeit verbunden sind, sowie mit dem Betrieb verbundene Sozialeinrichtungen wie etwa Kantinen, Werkskindergärten u.ä. rechnen dagegen zum erfaßten Betrieb.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ist mit dem Baubetrieb eine Produktionsstätte verbunden, in der bauabhängige Produkte hergestellt werden (z.B. Kiesgrube, Ziegelei, Sägewerk, Betonwerk), so wird dieser Betriebsteil nur dann einbezogen, wenn die Produkte für den eigenen Bedarf bestimmt sind und mithin in der eigenen Bauleistung abgerechnet werden. Erfolgt die Produktion für den Absatz am Markt, so ist dieser Betriebsteil nicht einzubeziehen, er zählt dann zu den im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Betrieben.

Nicht einbezogen werden ferner reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb eigener Erzeugnisse trennbar), Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten und sonstige Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten, wie etwa Vermietung und Verpachtung betrieblicher Anlagen, Wohnungsvermietung und Leasing, erbringen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Während Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als *Unternehmen* (Statistiken des Baugewerbes) kleinste rechtlich selbständige Einheiten, die eigene Bücher führen und gesonderte Abschlüsse aufstellen müssen. Arbeitsgemeinschaften und Baustellen mit eigenem Lohnbüro gelten daher als Betriebe, aber nicht als Unternehmen. Die von einem Unternehmen unterhaltenen Baustellen sind vollständig, die Arbeitsgemeinschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist, anteilig in die Unternehmensergebnisse einbezogen.

Zu einem Unternehmen rechnen in den Jahresherhebungen im Baugewerbe auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und Teile des Unternehmens, sofern das Unternehmen seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Baugewerbe hat. Die Unternehmen umfassen mithin - soweit vorhanden - neben ihren Baubetrieben auch örtlich getrennte Einheiten, die nicht im Baugewerbe tätig sind (z.B. Hauptverwaltungen, Hilfsbetriebe, Verkaufsbüros), und die nichtbaugewerblichen Teile der Betriebe. Dagegen zählen zu den Betrieben nur die baugewerblichen örtlichen Einheiten bzw. solche Teile derselben. Darunter fallen allerdings auch örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Baugewerbe, die zu Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Baugewerbes gehören und für den Markt produzieren.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Betriebe und Arbeitsstätten (Arbeitsstättenzählungen) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber im Prinzip enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb.

Betriebe und Arbeitsstätten unterscheiden sich dadurch, daß zum Betrieb nur der baugewerbliche Teil der örtlichen Einheit rechnet und andere Teile (wie z.B. reine Handelsabteilungen, Transportabteilungen, die für den Markt arbeiten, Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes (Sandgrube, Ziegelei, Sägewerk, Betonwerk), die für den Markt arbeiten, Dienstleistungsabteilungen (Vermietung, Leasing)) nicht erfaßt werden. Als Arbeitsstätte gilt dagegen jeweils die gesamte örtliche Einheit.

Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes und Baustellen mit eigenem Lohnbüro und selbständiger Abrechnung zählen zu den Betrieben, gelten aber nicht als Arbeitsstätten.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Praxen freier Berufe, Ämter von Behörden u. dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Baugewerbe.

Zur Abgrenzung von den Betrieben (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe) siehe unter 6.

6. Totalerhebung  
im Bauhaupt-  
gewerbe  
1955 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 5., aber mit Abgrenzung des Bauhauptgewerbes nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961 und 1970.

Nicht zum Bauhauptgewerbe rechnen hier die gemäß SYPRO zusätzlich erfaßten Zweige Herstellung und/oder Montage von Fertigteilbauten aus Beton oder Holz im Hochbau; bergbau-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

liche Tiefbohrung, Aufschließung und Schachtbau (ohne Erd-  
ölbohrung) und das ehemalige Bauhilfsgewerbe (Gerüstbau,  
Fassadenreinigung und Gebäudetrocknung).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Betriebe (Total-  
erhebung im Bauhauptgewerbe) und Betriebe (Totalerhebung im  
Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) sind gleich abge-  
grenzt; unterschiedlich ist aber die Abgrenzung der Erhe-  
bungsbereiche aufgrund der Erweiterung der Systematik im  
Bereich des Bauhauptgewerbes. Im Juni 1976 liegt aufgrund  
der unterschiedlichen Abgrenzung des Erhebungsbereichs die  
Zahl der Betriebe gemäß Totalerhebung im Bauhauptgewerbe  
(einschl. Fertigteilbau) um 1 % über der Zahl der Betriebe  
gemäß Totalerhebung im Bauhauptgewerbe nach altem Konzept.

Bezüglich der Unterschiede zwischen Betrieben und *Unter-  
nehmen* (Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhaupt-  
gewerbe) gilt - unter Berücksichtigung der o.g. Unter-  
schiede - das unter 5. bezüglich der Abgrenzung zwischen  
Betrieben und Unternehmen (Jahreserhebung einschl. Investi-  
tionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl.  
Fertigteilbau)) Gesagte analog.

Bezüglich der Unterschiede zwischen Betrieben und *Arbeits-  
stätten* (Arbeitsstättenzählungen) gilt - unter Berücksich-  
tigung der o.g. Unterschiede - das unter 5. Gesagte analog.

7.1 Monatsbericht  
im Ausbau-  
gewerbe  
ab 1978

**B e g r i f f s i n h a l t :** Örtliche Einheiten (in der  
Regel nicht Baustellen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im  
Ausbaugewerbe gemäß der SYPRO.

7.2 Jährliche  
Erhebung im  
Ausbaugewerbe  
ab 1979

Zum Ausbaugewerbe gemäß SYPRO werden Institutionen gerech-  
net, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin be-  
steht, Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Un-  
terhaltungsarbeiten vorzunehmen. Einbezogen sind auch In-  
stitutionen, die nicht oder nicht überwiegend an Bauten  
tätig sind (z.B. Autoglaser, Schiffsmaler).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Erfaßt und nachgewiesen werden:

- Einbetriebsunternehmen (d.s. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen) des Ausbaugewerbes;
- Hauptniederlassungen und Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen;
- Baustellen und Bauhöfe mit eigenem Lohnbüro und selbständiger Abrechnung;
- Arbeitsgemeinschaften des Ausbaugewerbes, soweit sich ihre Tätigkeit auf inländische Baustellen bezieht.

Nicht als Betrieb zählen:

- örtlich getrennt Hauptverwaltungen von Unternehmen des Ausbaugewerbes;
- örtlich getrennte reine Hilfsbetriebe ohne ausbaugewerbliche Tätigkeit (z.B. Sägewerk); wenn diese örtlichen Einheiten mit Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, werden sie im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe als Betriebe erfaßt (vgl. unter 1.);
- Verkaufsbüros ohne ausbaugewerbliche Tätigkeit;
- örtlich getrennte Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten ausüben.

Erhoben werden jeweils nur die im Ausbaugewerbe tätigen Teile der Betriebe mit ihrer inländischen Bautätigkeit.

Verwaltungs- und Hilfsabteilungen, die direkt mit der ausbaugewerblichen Tätigkeit verbunden sind, sowie mit dem Betrieb verbundene Sozialeinrichtungen wie etwa Kantinen, Werkskindergärten u.ä. rechnen dagegen zum erfaßten Betrieb.

Ist mit dem Betrieb eine Produktionsstätte verbunden, in der bauabhängige Produkte hergestellt werden (z.B. Sägewerk), so wird dieser Betriebsteil nur dann einbezogen, wenn die Produkte für den eigenen Bedarf bestimmt sind und mithin in der eigenen Bauleistung abgerechnet werden. Erfolgt die Produktion für den Absatz am Markt, so ist dieser Betriebsteil nicht einzubeziehen, er zählt dann zu den im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Betrieben.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht einbezogen werden ferner reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb eigener Erzeugnisse trennbar), Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten und sonstige Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten, wie etwa Vermietung und Verpachtung betrieblicher Anlagen, Wohnungsvermietung und Leasing, erbringen.

Begriffsbeziehungen: Siehe unter 5.

8. Statistik des  
Fremdenverkehrs  
in Beherber-  
gungsstätten  
(Beherbergungs-  
kapazität)  
1960 bis 1980

**B e g r i f f s i n h a l t :** Beherbergungsstätten in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 *Gästeübernachtungen* im Jahr, die von Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften oder Sozialversicherungen getragen oder betrieben werden und in denen Personen geschäftsmäßig zum vorübergehenden Aufenthalt Unterkunft gewährt wird.

Als Beherbergungsstätten gelten auch Teile von örtlichen Einheiten mit anderem wirtschaftlichem Schwerpunkt, in denen Beherbergungsmöglichkeiten mit entsprechendem Bettenangebot vorhanden sind.

Die Beherbergungsstätten umfassen die *Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Hotels garnis, Erholungs- und Ferienheime, Heilstätten und Sanatorien* sowie *Ferienhäuser und Ferienwohnungen*. Ebenso hierzu zählen *Privatquartiere*, in denen gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird. Angaben über die Zahl der Privatquartiere liegen nicht vor, wohl aber über deren Bettenkapazität (außer für Großstädte, d.h. Gemeinden mit mindestens 100 000 Einwohnern).

Hier nicht dargestellt werden Jugendherbergen, Kinderheime und Campingplätze.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Bis einschl. März 1971 wurden alle Beherbergungsstätten mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

9. Statistik der  
Einheitswerte  
der gewerbli-  
chen Betriebe  
  
ab 1953

erfaßt. Ab 1972 werden die Hotels garnis aus den Hotels, Fremdenheimen und Pensionen ausgegliedert und als gesonderte Betriebsart dargestellt.

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wirtschaftliche Einheiten, deren Vermögensteile dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dienen (Gewerbliche Betriebe).

Nachgewiesen werden Gewerbliche Betriebe mit einem nach dem Bewertungsgesetz 1) festgestellten *Einheitswert* von mindestens DM 1 000,-.

Was als wirtschaftliche Einheit gilt, ist nach der herrschenden Verkehrsauffassung zu entscheiden. Dabei ist die örtliche Gewohnheit, die tatsächliche Übung, die Zweckbestimmung und die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der einzelnen Vermögensteile zu berücksichtigen. Mehrere Wirtschaftsgüter bilden nur insoweit eine wirtschaftliche Einheit, als sie demselben Eigentümer (ggf. auch dessen Ehegatten) gehören.

Unter einem Gewerblichen Betrieb ist in Anlehnung an die Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung eine selbständige, nachhaltige Betätigung zu verstehen, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr äußert, sofern die Betätigung nicht in der Land- und Forstwirtschaft liegt.

Als Gewerblicher Betrieb gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung (z.B. Bergbau und Gewinnung von Torf, Steinen und Erden).

Dem Gewerblichen Betrieb gleichgestellt ist die Ausübung eines freien Berufes im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Ausgenommen ist jedoch die selbständig ausgeübte künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeit, die sich im wesentlichen auf schöpferische oder forschende, Lehr-, Vortrags-, Prüfungs- oder schriftstellerische Tätigkeit beschränkt.

1) Vgl. Bewertungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle Wirtschaftsgüter, die einer Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaft, bergrechtlichen Gewerkschaft), einer Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaft, einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, einer Kreditanstalt des öffentlichen Rechts, einer Offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer ähnlichen Gesellschaft, in der die Gesellschafter als (Mit-)Unternehmer anzusehen sind, gehören, bilden, wenn diese ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, kraft Rechtsform einen Gewerblichen Betrieb, d.h. eine wirtschaftliche Einheit des *Betriebsvermögens*.

Bei den anderen Rechtsformen bilden nur die Wirtschaftsgüter eine wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens, die einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) dienen.

Bei wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens mit Geschäftsleitung, Sitz bzw. Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt des Eigentümers im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West), die sich auch auf das Ausland erstrecken, werden auch die ausländischen Vermögensteile in den Einheitswert einbezogen, es sei denn, diese sind im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens von der inländischen Besteuerung befreit.

Für wirtschaftliche Einheiten mit Geschäftsleitung, Sitz bzw. Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt des Eigentümers außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes oder Berlins (West), die sich auch bzw. nur auf das Inland erstrecken, wird lediglich für den inländischen Teil ein Einheitswert festgestellt; sie zählen ebenfalls zu den Gewerblichen Betrieben, es sei denn, sie sind im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens von der inländischen Besteuerung befreit.

Wirtschaftliche Einheiten, deren Hauptzweck die Land- und Forstwirtschaft bildet, zählen nicht zu den Gewerblichen Betrieben, es sei denn, sie gelten kraft Gesetzes steuerlich als Gewerbebetrieb und werden zwar wie land- und

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

forstwirtschaftliches Vermögen bewertet, jedoch als Unter-  
einheit (Betriebsgrundstück) in den Einheitswert des Be-  
triebsvermögens einbezogen.

Nicht als Gewerbliche Betriebe erfaßt werden wirtschaftliche  
Einheiten, bei denen kein steuerliches Interesse an der  
Feststellung eines Einheitswertes besteht, d.h. wenn eine  
gesetzliche Befreiung von der Vermögensteuer und der Gewer-  
besteuer gegeben ist oder wenn für den Betrieb mit einem  
Gewerbekapital von weniger als 6 000 DM (Besteuerungsgrenze  
für das Gewerbekapital) zu rechnen ist und der Einheitswert  
auch nicht für die Vermögensteuer benötigt wird. Dazu zählen  
insbesondere die Deutsche Bundesbank, Deutsche Bundesbahn  
und Bundespost, Monopolverwaltungen des Bundes, staatliche  
Lotterieunternehmen, Kreditanstalt für Wiederaufbau u.ä.,  
ferner Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögens-  
massen, die nach ihrer Satzung ausschließlich und unmittel-  
bar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken  
dienen.

10. Statistik der  
Streiks und  
Aussperrungen  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheiten, die von  
einem Streik bzw. einer Aussperrung betroffen sind.

Erfaßt werden örtliche Einheiten mit Arbeitsstreitigkeiten,  
an denen mindestens 10 Arbeitnehmer beteiligt waren und die  
mindestens einen Tag dauern oder die insgesamt einen Verlust  
von mehr als 100 Arbeitstagen verursacht haben.

Werden bei einem Streik einzelne Teile einer örtlichen Ein-  
heit (z.B. eines Industriebetriebs) nacheinander in den  
Streik einbezogen, werden für den statistischen Nachweis  
die Meldungen für die einzelnen Teile einer örtlichen Ein-  
heit zusammengefaßt, und der Betrieb wird nur einmal nach-  
gewiesen.

11. Obstanbau-  
erhebung  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Betriebe oder Personen, die  
auf einer Fläche von 15 oder mehr Ar Baumobst angebaut ha-  
ben, das vollständig oder überwiegend für den Verkauf be-  
stimmt ist.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als Baumobst gelten folgende Obstarten: Äpfel, Birnen, Süßkirschen, Sauerkirschen, Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen, Renekloden, Pfirsiche, Aprikosen, Walnüsse.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   1972 wurden Betriebe mit einer Baumobstfläche von 10 und mehr Ar erfaßt; ab 1977 liegt die Abschneidegrenze bei 15 Ar Baumobstfläche je Betrieb.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BETRIEBLICHER ARBEITSAUFWAND DER FAMILIEN-  
ARBEITSKRÄFTE UND DER STÄNDIGEN FAMILIEN-  
FREMDE ARBEITSKRÄFTE IN DEN BETRIEBEN

## DFK - Nr.:

## GBK - Nr(n):

2704

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen. Einbezogen sind auch die im Betrieb beschäftigten Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, sofern sie nicht im Haushalt des Betriebsinhabers leben.

Nicht einbezogen sind hingegen Arbeitskräfte, die ausschließlich in einem nichtlandwirtschaftlichen Gewerbebetrieb des Betriebsinhabers (z.B. einer Schlachtereier oder einem Gasthof) oder im Haushalt des Betriebsinhabers bzw. für fremde Rechnung im Betrieb beschäftigt sind (z.B. Arbeitskräfte von Lohnunternehmen).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Im Unterschied zu dem in AK-Einheiten ausgedrückten "betrieblichen Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte" in der Landwirtschaftszählung 1971 umfassen die *AK-Einheiten* in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft auch die Arbeitsleistung von nichtständigen familienfremden Arbeitskräften. Dabei handelt es sich um die Arbeitsleistung von familienfremden Arbeitskräften, die im Berichtszeitraum für Rechnung des Betriebsinhabers nur gelegentlich mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind. Die Arbeitstage der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte werden an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und mit Bruchteilen einer AK-Einheit bewertet.

Unterschiede zwischen den beiden Maßeinheiten für die Arbeitsleistung ergeben sich u.a. auch durch die unterschiedlichen Berichtszeiträume. Während in der Landwirtschaftszählung 1971 eine Arbeitskraft dann als vollbeschäftigt gilt, wenn sie im Berichtszeitraum mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt ist, gilt eine Arbeitskraft in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft als vollbeschäftigt, wenn sie in jeder der vier Wochen des Berichtsmonats mindestens 45 Stunden (1968 - 1973), 43 Stunden (1974 - 1978) bzw. 42 Stunden (ab 1979) im o.g. Arbeitsbereich tätig ist.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BETRIEBSFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Landwirtschafts-  
zählung 1971

**B e g r i f f s i n h a l t :** Selbstbewirtschaftete Fläche eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes.

Die Betriebsfläche umfaßt die selbstbewirtschaftete Eigentumsfläche, die zugepachteten Flächen, die zur Bewirtschaftung unentgeltlich erhaltenen Flächen (z.B. Dienstland), die aufgeteilte Allmende sowie das Heuerlingsland und ähnliche vom Betrieb bewirtschaftete sonstige Flächen.

Nicht enthalten sind verpachtete und unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebene Flächen.

Untergliedert nach der Nutzung, gehören zur Betriebsfläche die *landwirtschaftlich genutzte Fläche, Waldfläche, nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche* sowie die sonstigen vom Betrieb bewirtschafteten Flächen (Gebäude- und Hofflächen, Gewässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Wegeland, Ziergärten, Rasenflächen usw.).

Nachgewiesen wird die Betriebsfläche *land- und forstwirtschaftlicher Betriebe*. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen sowie land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Betriebsfläche und *Gesamtfläche der Betriebe* (Landwirtschaftszählung 1971) sind synonym.

2. Flächenerhebung  
ab 1979

**B e g r i f f s i n h a l t :** Unbebaute Flächen, die vorwiegend gewerblich, industriell oder für Zwecke der Ver- und Entsorgung genutzt werden.

Zur Betriebsfläche zählen auch Flächen, die durch Abbau der Bodensubstanz genutzt werden oder die für den Abbau vorbereitet sind sowie die z.T. ausgebeuteten Flächen und Sicherheitsstreifen.

Stillgelegtes Abbau-land dagegen wird zum Unland gerechnet (siehe auch unter *Flächen anderer Nutzung*).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNG

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1) Fortschreibung des Bevölkerungs- standes ab 1950	B e g r i f f s i n h a l t : Alle Personen, die in der jeweiligen (Erfassungs-)Gemeinde ihre alleinige Wohnung oder Hauptwohnung haben.
2) Volks- und Berufs- zählung 1970	Personen mit weiterer Wohnung im Ausland (z.B. Arbeiter auf Montage, Deutsche, die im Ausland studieren) werden grund- sätzlich der Bevölkerung ihrer im Bundesgebiet gelegenen Heimatgemeinde zugerechnet, in der ihre Hauptwohnung liegt.
3) Mikrozensus ab 1972	<p>Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung gehören zur Bevölkerung der Gemeinde vor ihrer Einberufung. Berufssol- daten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschut- zes und der Bereitschaftspolizei rechnen, sofern sie in Gemeinschaftsunterkünften leben, zur Bevölkerung ihrer Standortgemeinde.</p> <p>Patienten in Krankenhäusern zählen zur Bevölkerung ihrer Heimatgemeinde. Im Gegensatz dazu werden Dauerinsassen von Anstalten (z.B. Altenheimen) sowie das darin wohnende Personal der Bevölkerung der Anstaltsgemeinde zugerechnet.</p> <p>Personen in Untersuchungshaft zählen zur Bevölkerung ihrer Heimatgemeinde, Strafgefangene dagegen zur Bevölkerung der Anstaltsgemeinde.</p> <p><i>Ausländer</i>, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, werden mit Ausnahme der folgenden Personengrup- pen zur Bevölkerung gezählt:</p> <p>Nicht erfaßt werden die im Bundesgebiet stationierten An- gehörigen der ausländischen Streitkräfte und die Mitglie- der der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personenkreise ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit (z.B. auch deutsche Ehefrauen dieser Personen).</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zur Bevölkerung werden dagegen alle Personen gerechnet, die nicht die Staatsangehörigkeit des betreffenden Entsendestaates haben, aber in den von den Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden untergebracht sind oder in den privatrechtlich gemieteten Gebäuden und Wohnungen ausländischer Streitkräfte leben.

Ebenso zählen zur Bevölkerung die in den Gebäuden und Wohnungen der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen oder der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnenden deutschen Staatsangehörigen (z.B. Hausangestellte) und auch die dort wohnenden Ausländer, die nicht im Besitz von Ausweisen des Auswärtigen Amtes oder der Staats- und Senatskanzleien des betreffenden Entsendestaates sind.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Der Feststellung der Einwohnerzahlen lag bis April 1983 der Wohnbevölkerungsbegriff zugrunde. Danach gehörten Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befand. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft wurden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgingen. Soweit sie weder berufstätig waren noch sich in Ausbildung befanden, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Mit der Einführung neuer Meldegesetze in fast allen Bundesländern haben die Statistischen Landesämter im April 1983 die Fortschreibung ihrer Einwohnerzahlen überwiegend auf den neuen Begriff der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung umgestellt. Bei Wanderungen zwischen den Bundesländern wird generell vom neuen Bevölkerungsbegriff ausgegangen. Der Begriff der Hauptwohnung wird in § 12 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429) wie folgt definiert:

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.

Die ab April 1983 festgestellten Einwohnerzahlen entsprechen somit - insbesondere wegen der anderen Zuordnung von verheirateten, nicht dauernd von ihrer Familie getrennt lebenden Personen mit mehreren Wohnungen im Bundesgebiet - nicht mehr voll dem bisherigen Wohnbevölkerungsbegriff. Aus diesem Grund wird die Bezeichnung Wohnbevölkerung generell durch Bevölkerung ersetzt.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe *Bevölkerung*, *Bevölkerungsstand* und *Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt)* beschreiben den gleichen Personenkreis. Im Unterschied zur Bevölkerung, die für den Stichtag einer Zählung nachgewiesen wird, weist der Bevölkerungsstand die fortgeschriebene Zahl der zur Bevölkerung rechnenden Personen zu verschiedenen Zeitpunkten bzw. für verschiedene Zeiträume nach. Im Rahmen der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung sowie der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden jedoch nur Daten über die deutsche Bevölkerung geschätzt und nachgewiesen.

Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich vor allem hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen haben.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei der Bevölkerung werden die Personen derjenigen Gemeinde zugeordnet, in der ihre vorwiegend benutzte Wohnung (Hauptwohnung) liegt. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt. Im Unterschied dazu werden bei der *wohnberechtigten Bevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) die Personen in jeder Gemeinde gezählt, in der sie über Wohnraum verfügen, d.h. wohnberechtigt sind. Im Nachweis der wohnberechtigten Bevölkerung, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, sind daher Mehrfachzählungen enthalten, im Nachweis der Bevölkerung dagegen nicht.

Während die begriffliche Abgrenzung der Bevölkerung davon ausgeht, in welcher Gemeinde die Hauptwohnung einer Person liegt, geht die begriffliche Abgrenzung der *Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten* bzw. der *Bevölkerung in Privathaushalten* (jeweils Volks- und Berufszählung 1970) davon aus, in welchen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften (Privathaushalten, Anstalten) die Personen einer Gemeinde leben. Im Unterschied zur Bevölkerung werden bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und analog bei der Bevölkerung in Privathaushalten Personen mit mehreren Wohnsitzen - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen - in jeder Gemeinde, in der sie Wohnraum haben, gezählt, unabhängig davon, an welchem Wohnsitz sich diese Personen überwiegend aufhalten. (Zu den zwei Ausnahmeregeln siehe Bevölkerung in Privathaushalten.) Die Bevölkerung in Privathaushalten enthält im Unterschied zur Bevölkerung nicht die in Anstalten wohnenden Personen.

Zwischen Bevölkerung und *Bevölkerung am Familienwohnsitz* (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Zur Bevölkerung einer Gemeinde rechnen Personen, die in dieser Gemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben sowie Personen mit weiterer Wohnung, die aber in dieser Gemeinde ihre Hauptwohnung haben. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften weitgehend derjenigen

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gemeinde zugeordnet, in der sich der Wohnsitz der Familienangehörigen befindet; außerdem werden die in Anstalten wohnenden Personen nicht einbezogen. Diese unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz dadurch, daß diese Personen in der Erfassungsgemeinde, sofern sie zu einer bestimmten Personengruppe gehören, nicht gezählt werden. (Zu diesen Personengruppen siehe Bevölkerung am Familienwohnsitz.) Hierdurch werden vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen von Personen in Privathaushalten - im Gegensatz zur Bevölkerung - zum Teil zugelassen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2 5 3 6
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Alle Personen, die in *Privat-haushalten* wohnen und in der jeweiligen Gemeinde ihren Familienwohnsitz haben.

Dazu rechnen zum einen alle Personen, die in der jeweiligen Gemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben; Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften werden - soweit es bei der Aufbereitung möglich ist - nur am Wohnsitz ihrer Familienangehörigen nachgewiesen.

Aufgrund einer Reihe von Zuordnungs-(Ausnahme-)Regeln (s.u.) werden bei der Ermittlung der Bevölkerung am Familienwohnsitz Mehrfachzählungen der Personen in Privathaushalten weitgehend vermieden. Z.B. werden Studenten, die am Studienort ihren zweiten Wohnsitz haben und ebenso verheiratete Personen mit einer zweiten Unterkunft am Arbeitsort nur am Wohnsitz der Angehörigen erfaßt und dort zur Bevölkerung am Familienwohnsitz gezählt.

Die Bevölkerung am Familienwohnsitz ergibt sich, indem man von der *wohnberechtigten Bevölkerung* ausgeht und alle Personen, die unter die folgenden Gruppen fallen, aussondert bzw. entsprechend zuordnet:

- 1) Die *Anstaltsbevölkerung* bleibt unberücksichtigt.
- 2) Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen, von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. sich dort überwiegend aufhalten, nicht überwiegend von den Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht *Haushaltsvorstand* im elterlichen Haushalt sind.
- 3) Ledige Personen, die eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen und ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften ihrer Eltern bestreiten, bleiben an demjenigen Wohnsitz unberücksichtigt, an dem sie ohne ihre Eltern und ggf. Kinder leben. Es wird davon ausgegangen, daß diese Personen am Familienwohnsitz ebenfalls erfaßt und dort ihrer Familie zugeordnet werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2536

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 4) Verheiratete Personen werden in den Gemeinden, in denen sie in einem Privathaushalt ohne Ehepartner und ggf. ohne Kinder leben, nicht gezählt, wenn sie eine weitere im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen. Es wird davon ausgegangen, daß es sich bei diesen Personen um Wochenendpendler und ähnliche Personen handelt und sie am Familienwohnsitz ebenfalls gezählt und dort ihrer Familie zugeordnet werden.
- 5) Wenn alle Angehörigen einer Familie überwiegend in einer anderen, im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft leben bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden sie an demjenigen Wohnsitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht gezählt. Hierdurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht berücksichtigt.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeutung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.

Zwischen Bevölkerung am Familienwohnsitz und *Bevölkerung in Privathaushalten* (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden Personen in Privathaushalten mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften weitgehend dem Wohnsitz ihrer Familienangehörigen zugeordnet. Diese Zuordnung geschieht dadurch, daß diese Personen in der jeweiligen Erfassungsgemeinde, sofern sie unter eine der oben unter Begriffsinhalt genannten verschiedenen Personengruppen fallen, nicht gezählt werden. Zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen Personen, die in der Erfassungsgemeinde in einem Privathaushalt wohnen, wobei es - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen - unerheblich ist, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen. (Zu den beiden Ausnahmeregeln siehe Bevölkerung in Privathaushalten.) Hierdurch können vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen bei der Bevölkerung in Privathaushalten Mehrfachzählungen häufiger auftreten als bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz. Man erhält die Bevölkerung am Familienwohnsitz, indem man von der Bevölkerung in Privathaushalten ausgeht und die oben genannten Zuordnungs- (Ausnahme-)Regeln 3) bis 5) beachtet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2536

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Im Unterschied zur Bevölkerung am Familienwohnsitz sind in der *Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten* (Volks- und Berufszählung 1970) auch die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) enthalten; im übrigen gelten die oben angegebenen Unterschiede zwischen Bevölkerung am Familienwohnsitz und Bevölkerung in Privathaushalten. Man erhält die Bevölkerung am Familienwohnsitz, indem man von der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten ausgeht, die Zuordnungsregeln 3) bis 5) beachtet und die Anstaltsbevölkerung ausschließt.

Zur *wohnberechtigten Bevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) einer Gemeinde gehören Personen, die in dieser Gemeinde über Wohnraum verfügen, unabhängig davon, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls gezählt werden. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften weitgehend derjenigen Gemeinde zugeordnet, in der sich der Wohnsitz der Familienangehörigen befindet; außerdem werden die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) nicht einbezogen. Die unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt dadurch, daß bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz diese Personen, sofern sie in der Erfassungsgemeinde unter eine der oben unter Begriffsinhalt genannten Personengruppen fallen, nicht gezählt werden. Hierdurch werden vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen - im Gegensatz zur wohnberechtigten Bevölkerung - zum Teil ausgeschlossen.

Während bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten weitgehend nur am Wohnsitz der Familienangehörigen gezählt werden, werden sie bei der *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. in der sie sich überwiegend aufhalten. Im Nachweis der Bevölkerung am Familienwohnsitz können daher Mehrfachzählungen enthalten sein, in Zahlen der Wohnbevölkerung dagegen nicht. Andererseits rechnen zur Wohnbevölkerung im Unterschied zur Bevölkerung am Familienwohnsitz auch die in Anstalten wohnenden Personen (Personen in Anstalten).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ IN AUSBILDUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2536, 2565

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die zur *Bevölkerung am Familienwohnsitz* gehören und eine allgemeinbildende, berufsbildende oder *Hochschule* besuchen.

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen die *Volksschulen*, die *Realschulen* und die *Gymnasien*. Zu den berufsbildenden Schulen zählen *Berufsfach-/Fachschulen* und *Ingenieurschulen*, jedoch nicht die Berufsschulen.

Zu den Personen in Ausbildung rechnen auch Personen, die neben dem Schulbesuch zugleich erwerbstätig sind (z.B. Schüler an Abendschulen).

Nicht dazu zählen Personen, die eine Lehre absolvieren und/oder eine Berufsschule besuchen, sowie alle übrigen Personen, die keine Schule besuchen, weil sie noch zu jung sind (Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind) oder weil sie ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Bevölkerung am Familienwohnsitz in Ausbildung und die *Schüler und Studierenden* (Volks- und Berufszählung 1970) umfassen jeweils Personen, die eine allgemeinbildende, berufsbildende oder Hochschule besuchen. Die beiden Begriffe unterscheiden sich lediglich hinsichtlich der Ausgangsmasse: in einem Fall wird von der Bevölkerung am Familienwohnsitz ausgegangen, im anderen von der Wohnbevölkerung.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ NOCH NICHT BZW.  
NICHT MEHR IN AUSBILDUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 2536,  
2566

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die zur *Bevölkerung am Familienwohnsitz* gehören und keine allgemeinbildende, berufsbildende oder Hochschule besuchen.

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen die Volksschulen, die Realschulen und die Gymnasien. Zu den berufsbildenden Schulen zählen Berufsfach-/Fachschulen und Ingenieurschulen, jedoch nicht die Berufsschulen.

Zu den Personen, die noch nicht bzw. nicht mehr in Ausbildung sind, rechnen im wesentlichen Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, Personen, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben sowie Personen, die eine Lehre absolvieren und/oder eine Berufsschule besuchen.

Nicht dazu rechnen Personen, die erwerbstätig sind und zugleich eine der o.g. Schulen besuchen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2183, 645

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Personen, die in der jeweiligen (Erfassungs-)Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Personen eine selbständige Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft bilden.

Zur Bevölkerung in Privathaushalten gehören Personen, die in der Erfassungsgemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben sowie Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften, wobei es - bis auf zwei Ausnahmeregeln (s.u.) - keine Rolle spielt, von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen oder - sofern sie weder berufstätig noch in Ausbildung sind - wo sie sich überwiegend aufhalten.

Bei der Ermittlung der Bevölkerung in Privathaushalten sind Mehrfachzählungen der in *Privathaushalten* wohnenden Personen - von den Ausnahmeregeln abgesehen - daher nicht ausgeschlossen. Z.B. zählen verheiratete Personen, die in einer Gemeinde außerhalb des Familienwohnsitzes ihrer Arbeit nachgehen und dort eine weitere Unterkunft haben, sowohl in der Gemeinde des Familienwohnsitzes als auch in der Gemeinde des Arbeitsortes zur Bevölkerung in Privathaushalten.

Die mehrfache Erfassung und Zuordnung von Personen mit mehr als einem Wohnsitz ist dadurch begründet, daß sie an jedem Wohnsitz allein oder zusammen mit Angehörigen eine selbständig wirtschaftende Einheit bilden, entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen.

Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen gelten folgende Ausnahmeregeln:

- 1) Wenn alle Haushaltsmitglieder überwiegend in einer anderen, im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft leben bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden sie an dem Wohnsitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht gezählt. Hierdurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht berücksichtigt.
- 2) Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten, und falls sie nicht überwiegend von Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht *Haushaltsvorstand* im elterlichen Haushalt sind.



Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):
BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN	2183, 645
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Nicht erfaßt werden die im Bundesgebiet stationierten Angehörigen der ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personenkreise ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit (z.B. auch deutsche Ehefrauen dieser Personen).</p> <p>Alle anderen <i>Ausländer</i>, die in Privathaushalten wohnen und sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, rechnen dagegen zur Bevölkerung in Privathaushalten.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeutung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.</p> <p>Zwischen Bevölkerung in Privathaushalten und <i>Bevölkerung am Familienwohnsitz</i> (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen Personen, die in der Erfassungsgemeinde in einem Privathaushalt wohnen, wobei es - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - unerheblich ist, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten weitgehend dem Wohnsitz ihrer Familienangehörigen zugeordnet. Diese unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz dadurch, daß diese Personen in der jeweiligen Erfassungsgemeinde, sofern sie zu einer bestimmten Personengruppe gehören, nicht gezählt werden. (Zu diesen Personengruppen siehe unter Bevölkerung am Familienwohnsitz.) Hierdurch können vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen in geringerem Umfang auftreten als bei der Bevölkerung in Privathaushalten.</p>	
- 3 -	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2183, 645

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

In der *Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten* (Volks- und Berufszählung 1970) sind im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten auch die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) einbezogen. Während die begriffliche Abgrenzung der Bevölkerung in Privathaushalten davon ausgeht, ob die Personen einer Gemeinde in selbständigen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften leben oder nicht, geht die begriffliche Abgrenzung der *wohnberechtigten Bevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) davon aus, ob eine Person in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügt, d.h. dort wohnberechtigt ist. Die wohnberechtigte Bevölkerung enthält im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten auch die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung). Ferner werden in der wohnberechtigten Bevölkerung alle Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten mehrfach gezählt, d.h. die oben unter Begriffsinhalt genannten Zuordnungs-(Ausnahme-) Regeln gelten nicht.

Bei der Bevölkerung in Privathaushalten werden Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - in jeder Gemeinde, in der sie Wohnraum haben, mitgezählt, während sie bei der *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) der Gemeinde zugeordnet werden, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. in der sie sich überwiegend aufhalten. Im Nachweis der Bevölkerung in Privathaushalten, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, sind daher Mehrfachzählungen weitgehend enthalten, in Zahlen der Wohnbevölkerung nicht. Andererseits zählen zur Wohnbevölkerung im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten auch die in Anstalten wohnenden Personen (Personen in Anstalten).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN MIT TELEFON		DFK - Nr.:
		GBK - Nr(n): 2183, 2182
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Volks- und Berufs- zählung 1970	<p>           B e g r i f f s i n h a l t :    <i>Bevölkerung in Privathaushalten</i>            mit eigenem amtsberechtigten Telefonanschluß in der Wohnung.         </p> <p>           Die Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon umfaßt - unter Berücksichtigung von zwei Ausnahmeregeln (zu Einzelheiten siehe unter <i>Bevölkerung in Privathaushalten</i>) - alle Personen, die in der Erfassungsgemeinde in <i>Privathaushalten</i> leben, die mit eigenem Telefonanschluß ausgestattet sind. Abgesehen von den beiden Ausnahmen ist es unerheblich, ob jemand noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzt und diese auch einen Telefonanschluß hat oder nicht.         </p> <p>           Bei der Zuordnung von Personen zur Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon handelt es sich um eine Fallzählung. Auf das Bundesgebiet bezogen gibt die Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon daher - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen - die Zahl der Wohnplätze in <i>Privathaushalten mit Telefon</i> an.         </p> <p>           Zu weiteren Erläuterungen siehe auch unter <i>Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten</i>.         </p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 648
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Alle Personen, die in der jeweiligen (Erfassungs-)Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Personen eine selbständige Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft bilden (*Bevölkerung in Privathaushalten*) oder als Insassen oder Personal im Bereich einer Anstalt wohnen und dort keinen eigenen Haushalt führen (*Anstaltsbevölkerung*).

Zur Bevölkerung in Privathaushalten gehören Personen, die in der Erfassungsgemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben sowie Personen mit mehreren Wohnsitzen, wobei es - bis auf zwei Ausnahmeregeln (s.u.) - keine Rolle spielt, von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen oder - sofern sie weder berufstätig noch in Ausbildung sind - wo sie sich überwiegend aufhalten. Entsprechend rechnen zur Anstaltsbevölkerung auch Personen, die weitere Wohnsitze haben. Bei der Ermittlung der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten sind Mehrfachzählungen - von den Ausnahmeregeln abgesehen - daher nicht ausgeschlossen.

Z.B. zählen verheiratete Personen, die in einer Gemeinde außerhalb des Familienwohnsitzes ihrer Arbeit nachgehen und dort eine weitere Unterkunft haben, sowohl in der Gemeinde des Familienwohnsitzes als auch in der Gemeinde des Arbeitsortes zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten.

Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen gelten folgende Ausnahmeregeln:

- 1) Wenn alle Haushaltsmitglieder überwiegend in einer anderen, im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft leben bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden sie an dem Wohnsitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht gezählt. Hierdurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht berücksichtigt.
- 2) Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten und falls sie nicht überwiegend von Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht *Haushaltsvorstand* im elterlichen Haushalt sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN	DFK - Nr:  GBK - Nr(n): 648
---	--------------------------------------

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung nur der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei nichtmeldepflichtigen Patienten in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren.

Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Anstalten und das in Anstalten wohnende Personal sowohl in der Anstaltsgemeinde als auch in der Gemeinde, in der sie evtl. einen weiteren Wohnsitz, z.B. den Familienwohnsitz haben, erfaßt.

Gäste von Beherbergungsbetrieben werden nur erfaßt, wenn sie ständig anwesend sind. Das sind normalerweise Gäste, die polizeilich und nicht nur mit Hotelanmeldung gemeldet sind. Nicht erfaßt werden nur vorübergehend anwesende Gäste, es sei denn, sie haben außerhalb des Beherbergungsbetriebes keine weitere Wohnung.

Ausländer, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, werden mit Ausnahme der folgenden Personengruppen zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten gerechnet.

Nicht erfaßt werden die im Bundesgebiet stationierten Angehörigen der ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personenkreise ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit (z.B. auch deutsche Ehefrauen dieser Personen).

Zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten werden dagegen alle Personen gerechnet, die nicht die Staatsangehörigkeit des betreffenden Entsendestaates haben, aber in den von den Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden untergebracht sind oder in den privatrechtlich gemieteten Gebäuden und Wohnungen ausländischer Streitkräfte leben. Ebenso zählen hierzu die in den Gebäuden der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen oder in den Wohnungen der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnenden deutschen Staatsangehörigen (z.B. Hausangestellte) und auch die dort wohnenden Ausländer, die nicht im Besitz von Ausweisen des Auswärtigen Amtes oder der Staats- und Senatskanzleien des betreffenden Entsendestaates sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

648

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeutung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.

Während die begriffliche Abgrenzung der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und der *Bevölkerung in Privathaushalten* (Volks- und Berufszählung 1970) davon ausgeht, in welchen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften (Privathaushalten, Anstalten) die Personen einer Gemeinde leben, geht die begriffliche Abgrenzung der *wohnberechtigten Bevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) davon aus, ob eine Person in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügt, d.h. dort wohnberechtigt ist. Zahlenmäßig ergeben sich zwischen der wohnberechtigten Bevölkerung und der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, nur geringe Unterschiede. Bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und analog bei der Bevölkerung in Privathaushalten werden lediglich bestimmte Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften, die unter eine von zwei Ausnahmeregeln fallen, nicht mehrfach wie bei der wohnberechtigten Bevölkerung, sondern nur einmal gezählt. (Zu den zwei Ausnahmeregeln siehe oben unter Begriffsinhalt.) Die Bevölkerung in Privathaushalten enthält im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten nicht die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung).

Bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten werden Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - in jeder Gemeinde, in der sie Wohnraum haben, mitgezählt, während sie bei der *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) derjenigen Gemeinde zugeordnet werden, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. in der sie sich überwiegend aufhalten. Im Nachweis der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, sind daher Mehrfachzählungen weitgehend enthalten, in Zahlen der Wohnbevölkerung dagegen nicht.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

648

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zwischen Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und *Bevölkerung am Familienwohnsitz* (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten zählen Personen, die in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügen, wobei es - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - unerheblich ist, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten zählen. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen die Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten weitgehend derjenigen Gemeinde zugeordnet, in der sich der Wohnsitz der Familienangehörigen befindet; außerdem werden die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) nicht einbezogen. Die unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz dadurch, daß diese Personen in der Erfassungsgemeinde, sofern sie zu einer bestimmten Personengruppe gehören, nicht gezählt werden. (Zu den verschiedenen Personengruppen siehe Bevölkerung am Familienwohnsitz.) Hierdurch können vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen in geringerem Maße auftreten als bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNGSSTAND

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Fortschreibung des Bevölke- rungsstandes ab 1950	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zahl der Personen, die zur <i>Bevölkerung</i> gehören, nachgewiesen zu verschiedenen Zeitpunkten.</p> <p>Zur Bevölkerung einer Gemeinde rechnen die Personen, die dort ihre vorwiegend benutzte Wohnung haben (Hauptwohnung). Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt. Auf das Bundesgebiet bezogen stellt die Bevölkerung die Gesamtzahl der hier wohnhaften Personen dar.</p> <p>Die in mehrjährigen Abständen durch Zählungen ermittelte Bevölkerung wird unter Verwendung der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik laufend fortgeschrieben. Als Zugänge zur Bevölkerung rechnen die <i>Lebendgeborenen</i> und die <i>Zuzüge</i>, als Abgänge die <i>Gestorbenen</i> und die <i>Fortzüge</i>.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Grundlage für die Fortschreibung der Wohnbevölkerung war bis zum 24.9.56 die Volks- und Berufszählung 1950, dann bis zum 5.6.61 die Bestandsaufnahme der Bevölkerung in der Wohnungsstatistik vom 25.9.56 und vom 6.6.61 bis zum 26.5.70 die Volks- und Berufszählung 1961. Seit dem 27.5.70 dient die Volks- und Berufszählung 1970 als Ausgangspunkt.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNGSSTAND

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
2.1 Bevölkerungs- voraus- schätzung 1972 bis 2000	B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch werden geschätzte Daten über Personen nachgewiesen, die zur Bevölkerung gerechnet werden <sup>1)</sup> .
2.2 Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen 1972 bis 2000	<p>In der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung werden Bevölkerungsstände jeweils zum Jahresanfang errechnet und nachgewiesen.</p> <p>In der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung werden für jedes Kalenderjahr Bevölkerungsstände zum 1.1. und zum 31.12. (ohne Wanderungen bzw. einschl. Wanderungen) errechnet und nachgewiesen.</p> <p>Bei dem Bevölkerungsstand zum 31.12. handelt es sich um eine reine Rechengröße, da für jedes Kalenderjahr die noch nicht gealterte Bevölkerung ohne Berücksichtigung der Lebendgeburten, jedoch unter Berücksichtigung der Sterbefälle und ggf. der Außenwanderung geschätzt wird.</p> <p>Bei der Errechnung des Bevölkerungsstandes ohne Wanderungen wird die Bundesaußenwanderung vernachlässigt, d.h. es wird unterstellt, daß keine Zuzüge und Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebietes stattfinden. Bei der Errechnung des Bevölkerungsstandes einschl. Wanderungen wird dagegen die Bundesaußenwanderung mit berücksichtigt.</p> <p>1) Zu Einzelheiten der Methodik der Bevölkerungsvorausschätzung siehe Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 1, Gebiet und Bevölkerung, Sonderbeitrag Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1972 bis 2000 (4. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung) bzw. C. Höhn und W. Linke: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, Erster und Zweiter Teil, in Wirtschaft und Statistik 12/1975, S. 793-798 und 6/1976, S. 337-340 (5. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung) bzw. Bundestags-Drucksache 8/4437 v. 8.8.80: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Erster Teil, S. 42-54 und Bundestags-Drucksache 10/863 v. 5.1.84, Zweiter Teil, Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## BEVÖLKERUNGSSTAND

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

In der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden Jahresdurchschnittszahlen nachgewiesen.

In der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung sowie in der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden nur Daten über die deutsche Bevölkerung geschätzt und nachgewiesen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Bevölkerung, Bevölkerungsstand, *Bevölkerung*, *Bevölkerungsstand* (im Jahresdurchschnitt) beschreiben den gleichen Personenkreis.

Im Unterschied zur Bevölkerung, die für den Stichtag einer Zählung nachgewiesen wird, weist der Bevölkerungsstand die fortgeschriebene Zahl der zur Bevölkerung rechnenden Personen zu verschiedenen Zeitpunkten bzw. für verschiedene Zeiträume nach. Im Rahmen der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung sowie der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden jedoch nur Daten über die deutsche Bevölkerung geschätzt und nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BEVÖLKERUNGSSTAND (IM JAHRESDURCHSCHNITT)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Fortschreibung  
des Bevölkerungs-  
standes

ab 1952

B e g r i f f s i n h a l t : Um die monatlichen Schwan-  
kungen bereinigter durchschnittlicher *Bevölkerungsstand*  
eines Jahres.

Der Bevölkerungsstand gibt die Zahl der Personen an, die  
zur *Bevölkerung* gehören, nachgewiesen zu verschiedenen  
Zeitpunkten.

Der Bevölkerungsstand im Jahresdurchschnitt insgesamt ist  
das arithmetische Mittel aus zwölf Monatswerten, die wie-  
derum Durchschnitte aus dem Bevölkerungsstand am Anfang und  
Ende jeden Monats sind.

Zur Berechnung des durchschnittlichen Bevölkerungsstandes  
nach Altersjahren und Geschlecht wird ein vereinfachtes  
Verfahren angewendet: Es werden lediglich die arithmeti-  
schen Durchschnittswerte aus dem Bevölkerungsstand jeder  
Gruppe zum Jahresanfang und -ende gebildet und mit einem  
Korrekturfaktor multipliziert. Dieser Korrekturfaktor ist  
der Quotient aus dem durchschnittlichen Bevölkerungsstand  
insgesamt und der Summe aller vereinfacht berechneten  
Durchschnittswerte des Bevölkerungsstandes in den einzelnen  
Altersjahren.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :  
In den Jahren 1961 und 1970 wurden keine Durchschnittswerte  
gebildet, sondern die Ergebnisse der jeweiligen Volks- und  
Berufszählungen ausgewiesen.

Bezüglich der verschiedenen Grundlagen der Berechnung des  
Bevölkerungsstandes im Jahresdurchschnitt vgl. unter  
*Bevölkerungsstand*.

Bis 1953 und von 1956 bis 1960 wurde zur Berechnung des  
Bevölkerungsstandes im Durchschnitt insgesamt das arithme-  
tische Mittel aus jeweils vier Vierteljahreswerten gebildet;  
dagegen wurde der Bevölkerungsstand von 1953 bis 1955, von  
1962 bis 1969 und wird seit 1971 - wie oben beschrieben -  
als Durchschnitt aus Monatswerten berechnet.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

BEVÖLKERUNGSSTAND (IM JAHRESDURCHSCHNITT)

**Datenquelle/  
Datennachweis****Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen**

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Bevölkerungsstand  
(im Jahresdurchschnitt), *Bevölkerung*, *Bevölkerungsstand*  
erfassen begrifflich die gleichen Personenkreise.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG 1961/70

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2173, 2175

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970B e g r i f f s i n h a l t : Zunahme der *Wohnbevölkerung*  
in der Zeit von 1961 bis 1970.

Ausgewiesen wird die Differenz zwischen der in der Volks- und Berufszählung 1970 (Stichtag 27.5.1970) und der in der Volks- und Berufszählung 1961 (Stichtag 6.6.1961) ermittelten Wohnbevölkerung.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BÜROMASCHINEN, DATENVERARBEITUNGSGERÄTE UND -EINRICHTUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Ausgewählte Waren/Güter  
(Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe  
Büromaschinen; Datenverarbeitungs-  
geräte und -einrichtungen Waren-/Gütergruppe 50  
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses  
für Produktionsstatistiken (GP), die zu den *Investitions-  
gütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der "Industrie"  
hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif)  
angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder  
vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Zu den Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -ein-  
richtungen rechnen im wesentlichen folgende Waren/Güter:

Schreibmaschinen ohne Rechenwerk

Textautomaten (soweit Einplatzmaschinen)

Rechenmaschinen

Abrechnungsmaschinen

Adressiermaschinen

Sonstige Büromaschinen

Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenver-  
arbeitung (der digitalen Technik).

Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatz-  
teile nicht mit einbezogen.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Zwischen  
den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systemati-  
schen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw.  
dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionssta-  
tistiken bestehen geringfügige Abweichungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

BÜROMASCHINEN, DATENVERARBEITUNGSGERÄTE UND -EINRICHTUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Im wesentlichen wie unter 1.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Siehe unter 1.

3. Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe

Büromaschinen, Datenverarbeitungs-  
geräte und -einrichtungen

Warengruppe 50

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Schreibmaschinen und Rechenmaschinen, Vielfältigungs- und Adressiermaschinen sowie Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung.

Nicht berücksichtigt sind elektrische Diktiergeräte sowie Abrechnungsmaschinen, Registrierkassen und sonstige Büromaschinen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  CHEMISCHE ERZEUGNISSE	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 4456
<b>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</b>	<b>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</b>

Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

**B e g r i f f s i n h a l t :** Ausgewählte Waren  
(Warenarten) aus der Warengruppe 40 "Chemische Er-  
zeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses  
für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Einbezogen sind anorganische und organische Grund-  
stoffe und Chemikalien, Düngemittel, Kunststoffe,  
Farben und Lacke, pharmazeutische Erzeugnisse sowie  
sonstige chemische Erzeugnisse für verschiedene  
Verwendungszwecke.

Nicht berücksichtigt werden Saaten- und Pflanzenschutz-  
mittel sowie Schädlingsbekämpfungsmittel, Farbstoffe,  
synthetischer Kautschuk und Chemiefasern.

**B g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die chemischen  
Erzeugnisse umfassen neben einer Vielzahl von anderen  
Waren auch einen Teil der *chemischen Verbrauchsgüter*  
(Produktions - Eilbericht, Außenhandelsstatistik).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## CHEMISCHE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index der Industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe Chemische Erzeugnisse Waren-/Gütergruppe 40 des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), die zu den *Verbrauchsgütern* zählen.

2. Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970

Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten gekauft werden.

Zu den chemischen Verbrauchsgütern rechnen im wesentlichen: Unbespielte Magnettonbänder, -filme und andere unbespielte Magnettonträger

Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel

Duft- und Rasierwässer, Hautpflegemittel, Mundpflegemittel, Haarpflegemittel, Badezusatzmittel, andere Körperpflegemittel

Blei-, Farb- und Kopierstifte, selbstglänzendes Fußbodenpflegemittel, Rohr- und WC-Reiniger

Kerzen, Zündhölzer.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die Auswahl der zu den chemischen Verbrauchsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI und des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken unterscheidet sich erheblich von der o.g. Güterauswahl.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Siehe unter 3.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## CHEMISCHE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Außenhandels-  
statistik  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Im wesentlichen wie unter 1.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Siehe unter 1.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe chemische Verbrauchsgüter und *pharmazeutische und kosmetische Artikel, Wasch- und Putzmittel* (Außenhandelsstatistik) sind ähnlich abgegrenzt. Im wesentlichen bestehen folgende Unterschiede: Nur zu den pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln, Wasch- und Putzmitteln rechnen die Pharmazeutika (Arzneiwaren, Sera, Transplantate, Desinfektionsmittel u.ä.). Nur zu den chemischen Verbrauchsgütern rechnen Schüler-Farbkästen, Möbel- und Autopflegemittel, Schmal- und Rollfilme, unbespielte Magnettonbänder, Blei-, Farb- und Kopierstifte und Feuerwerksartikel.

Die *chemischen Erzeugnisse* (Statistik der Großhandelsverkaufspreise) umfassen einen Teil der chemischen Verbrauchsgüter, darüber hinaus aber eine Vielzahl anderer Waren, wie anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien, Düngemittel, Kunststoffe, synthetischer Kautschuk, Chemiefasern u.ä.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
CONTAINERBESTÄNDE (EIGENTUMSBESTAND AM JAHRESENDE)	GBK - Nr(n): 805

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Eisenbahnstatistik  
(Bestands- und  
Betriebsstatistik)  
ab 1966

B e g r i f f s i n h a l t : Zahl der Transportgefäße mit einem Mindestinhalt von 1 m<sup>3</sup>, in denen Güter lose oder wenig verpackt befördert werden und die das Umladen von einem zum anderen Verkehrsmittel erleichtern.

Die Transportgefäße lassen sich leicht füllen und leeren und können mehrfach benutzt werden.

Der Eigentumsbestand erfaßt die Zahl der Container, die sich am Jahresende im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

Zu den Containerbeständen rechnen im einzelnen: *Kleincontainer* mit 1-3 m<sup>3</sup> Fassungsvermögen und einer Ladekapazität von 1 t, *Mittelcontainer* mit mehr als 3 m<sup>3</sup> Rauminhalt, aber kleiner als 20-Fuß-Container<sup>1)</sup>, *Großcontainer* mit 20 Fuß und mehr sowie *Paletten*.

1) 20-Fuß-Container haben eine Länge von 6,055 m und ein Bruttogewicht von 20 t.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

DAMPFLOKOMOTIVEN

DFK - Nr:

GOK - Nr(n):

900

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik  
(Bestands- und  
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Lokomotiven, deren Antriebskraft Dampf ist, ohne Rücksicht auf die Art der verwendeten Brennstoffe. Die Kraftübertragung kann durch Zylinder oder Turbinen erfolgen.

Lokomotiven sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich zum Bewegen von Schienenfahrzeugen bestimmt sind.

Als Bestand an Lokomotiven wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen Dampflokomotiven, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten Dampflokomotiven. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige Dampflokomotiven sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen Dampflokomotiven.

Nicht berücksichtigt werden die Dampflokomotiven, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu Lokomotiven sind Triebwagen (*Dieseltriebwagen, E-Triebwagen* - Eisenbahnstatistik) auch für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7009
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Jahresrechnungsstatistik ab 1950</p> <p>2. Haushaltsansatzstatistik ab 1970</p> <p>3. Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft ab 1974</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgabeart mit den Ausgaben für</p> <p>- die Gewährung von Darlehen an Verwaltungen und sonstige Bereiche (z.B. für Wohnungsbau, Schulbau, Krankenhausbau, Arbeitgeberdarlehen, Darlehen im Sozialbereich, an Wirtschaftsunternehmen usw.),</p> <p>- Inanspruchnahme aus Gewährleistungen.</p> <p>Es werden unterschieden:</p> <p>Darlehen an öffentlichen Bereich</p> <p>    an Bund</p> <p>    an Lastenausgleichsfonds</p> <p>    an ERP-Sondervermögen</p> <p>    an Länder</p> <p>    an Gemeinden/Gv.</p> <p>    an Zweckverbände</p> <p>    an die Sozialversicherung;</p> <p>Darlehen an andere Bereiche</p> <p>    an Unternehmen und Sonstige im Inland sowie aus dem Ausland.</p> <p>In der Vierteljahresstatistik sind bei den Gemeinden/Gv. die Darlehen an den öffentlichen Bereich nicht getrennt, sondern zusammen mit den Darlehen an andere Bereiche nachgewiesen.</p> <p>Ä n d e r u n g e n    i m    Z e i t a b l a u f :    In der Jahresrechnungsstatistik werden bis 1973 nur die Darlehen an andere Bereiche nachgewiesen.</p> <p>Darlehen, die kommunale Eigenbetriebe bei Dritten aufnehmen, sind in der Jahresrechnungsstatistik ab 1974 und in der Haushaltsansatzstatistik ab 1974 - entsprechend der haushaltsmäßigen Regelung - bei den Gemeinden/Gv. nicht</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DARLEHEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7009

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

mehr enthalten. Bis 1973 dagegen wurden diese Finanzvorfälle von den Gemeinden/Gv. als Darlehen an andere Bereiche (Unternehmen) nachgewiesen.

Darlehen an Zweckverbände und die Sozialversicherung sind in der Jahresrechnungsstatistik und in der Haushaltsansatzstatistik jeweils bis 1973 in den Darlehen an andere Bereiche und nicht in den Darlehen an den öffentlichen Bereich enthalten.

Im kommunalen Bereich wurden in den Rechnungsjahren bis 1973 die Darlehen an den öffentlichen Bereich nicht gesondert erhoben; sie sind zusammen mit den Darlehen an andere Bereiche nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## DARLEHEN AN KREDITINSTITUTE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunalkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Darlehen an Kreditinstitute umfassen reine Kommundarlehen an öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, ferner kommunalverbürgte Darlehen und Hypotheken an sonstige Kreditinstitute sowie alle übrigen Ausleihungen im Boden- und Kommunalkreditgeschäft an sonstige Kreditinstitute.

Zu den Darlehen an Kreditinstitute rechnen auch die nicht verbürgten Teile von kommunalverbürgten Darlehen, sofern deren Schuldner ein Kreditinstitut ist.

Die Darlehen von Kreditinstituten umfassen auch die von Boden- und Kommunalkreditinstituten an andere Boden- und Kommunalkreditinstitute gegebene Darlehen.

Zu den Kreditinstituten rechnen Banken und Geldinstitute im Sinne des § 1, Abs. 1 des Gesetzes über das Kreditwesen<sup>1)</sup> sowie rechtlich selbständige und unselbständige Bausparkassen, Teilzahlungskreditinstitute, Postscheck- und Postsparkassenämter, Kapitalanlagegesellschaften (ohne deren Fonds), Bürgschaftsbanken, Wertpapiersammelbanken und inländische Niederlassungen ausländischer Banken.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Darlehen an Kreditinstitute.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Darlehen an Kreditinstitute am Monatsende an.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über das Kreditwesen in der Fassung v. 3.5.1976 (BGBl. I S. 1121).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

DARLEHEN AN LÄNDER ZUR FÖRDERUNG DES BAUES VON ERSATZWONUNGEN UND DES  
 AUS- UND UMBAUS IM RAHMEN DES PROGRAMMS FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Datenquelle/  
 Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
 (Finanzhilfen und  
 Steuervergünsti-  
 gungen)

ab 1977

**B e g r i f f s i n h a l t :** Darlehen des Bundes an  
 Länder im Rahmen des Programms der Bundesregierung für  
 Zukunftsinvestitionen zur Verbesserung der Lebensbedin-  
 gungen in Städten und Gemeinden. Gefördert werden als Er-  
 satzwohnungsbau der sanierungs- und entwicklungsbedingte  
 Neubau von Wohnungen sowie der Aus- und Umbau von Wohn-  
 gebäuden.

Sanierungsmaßnahmen umfassen die Behebung städtebaulicher  
 Mißstände insbesondere durch Beseitigung baulicher Anlagen  
 und Verbesserung in von den Gemeinden förmlich festgelegten  
 Sanierungsgebieten.

*Entwicklungsmaßnahmen* sind Maßnahmen, durch die entsprechend  
 den Zielen der Raumordnung und Landesplanung neue Orte ge-  
 schaffen oder vorhandene Orte zu neuen Siedlungseinheiten  
 entwickelt oder vorhandene Orte um neue Ortsteile erweitert  
 werden. Die Maßnahmen müssen die Strukturverbesserung in  
 den Verdichtungsräumen, die Verdichtung von Wohn- und Ar-  
 beitsstätten im Zuge von Entwicklungsachsen oder den Ausbau  
 von Entwicklungsschwerpunkten außerhalb der Verdichtungs-  
 räume, insbesondere in den hinter der allgemeinen Entwick-  
 lung zurückbleibenden Gebieten, zum Gegenstand haben.

Wohnungsbau durch Ausbau eines bestehenden Gebäudes ist das  
 Schaffen von Wohnraum durch Ausbau des Dachgeschosses oder  
 durch eine unter wesentlichem Bauaufwand durchgeführte Um-  
 wandlung von Räumen, die nach ihrer baulichen Anlage und  
 Ausstattung bisher anderen als Wohnzwecken dienten. Als  
 Wohnungsbau durch Ausbau eines bestehenden Gebäudes gilt  
 auch der unter wesentlichem Bauaufwand durchgeführte Umbau  
 von Wohnräumen, die infolge Änderung der Wohngewohnheiten  
 nicht mehr für Wohnzwecke geeignet sind, zur Anpassung an  
 die veränderten Wohngewohnheiten.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## DARLEHEN AN NICHTBANKEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Statistik der Boden- und Kommunalkredit-institute</p> <p>Jan. 1962 bis März 1980</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Die Darlehen an Nichtbanken umfassen Hypothekarkredite, Kommunalدارlehen ("reine" kommunalverbürgte Darlehen und kommunalverbürgte Hypotheken), Landeskulturdarlehen und sonstige Darlehen an öffentliche Haushalte, private und öffentliche Unternehmen (ohne Kreditinstitute), Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbscharakter.</p> <p>Die Öffentlichen Haushalte umfassen im wesentlichen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände soweit sie nicht zu den Unternehmen rechnen, Sozialversicherungen und ausländische Öffentliche Haushalte, die durch Rechtsverordnung den inländischen Öffentlichen Haushalten gleichgestellt sind (z.B. Montanunion).</p> <p>Zu den Öffentlichen Unternehmen rechnen dabei Bundesbahn, Bundespost, rechtlich unselbständige Versorgungs- und Verkehrsbetriebe von Gebietskörperschaften sowie kommunale Zweckverbände mit Wirtschaftsaufgaben.</p> <p>Als Organisationen ohne Erwerbscharakter gelten Verbände, Vereine und Institute, die ihre Leistungen vorwiegend Unternehmen ohne spezielles Entgelt erbringen und von diesen finanziert werden bzw. deren Leistung vorwiegend privaten Haushalten dienen und die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und nur zu einem geringen Teil aus Öffentlichen Zuwendungen finanzieren. Im einzelnen rechnen dazu z.B. Kirchen, kulturelle und karitative Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, Industrie- und Handelskammern sowie Innungen.</p> <p>Die <i>Neuausleihungen</i> umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Darlehen an Nichtbanken.</p> <p>Der <i>Darlehensbestand</i> gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Darlehen an Nichtbanken am Monatsende an.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DARLEHEN AN NICHTBANKEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bis Ende 1968 wurden bei den zu den Darlehen an Nichtbanken rechnenden *Hypothekarkrediten* auf Wohngrundstücke und bei den *kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke* die Hypotheken für Wohnungsaltbauten (Wohnbauten, die vor dem 8.5.1945 errichtet wurden) nicht einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## DARLEHENSBESTAND

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute</p> <p>Jan. 1962 bis März 1980</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Bestand an langfristigen Darlehen, die von Boden- und Kommunalkreditinstituten gewährt wurden.</p> <p>Langfristige Darlehen umfassen <i>Hypothekarkredite</i> auf Grundstücke und Schiffe, <i>KommunalDarlehen</i> ("reine" kommunalverbürgte Darlehen und kommunalverbürgte Hypotheken), <i>Landeskulturdarlehen</i> und sonstige Darlehen.</p> <p>Neben den Darlehen für eigenen Namen und eigene Rechnung der Boden- und Kommunalkreditinstitute werden auch Darlehen im eigenen Namen und für fremde Rechnung (durchlaufende Kredite) nachgewiesen.</p> <p>Zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten zählen die unter das Hypothekendarlehenbankgesetz<sup>1)</sup>, das Pfandbriefgesetz<sup>2)</sup> und das Schiffsbankgesetz<sup>3)</sup> fallenden Institute sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965: Deutsche Landesrentenbank) und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (seit 1.7.1972 rechtlich-unselbständige Anstalt der Bayerischen Landesbank Girozentrale).</p> <p>Der Darlehensbestand setzt sich zusammen aus dem Bestand an <i>Darlehen an Nichtbanken</i> und dem Bestand an <i>Darlehen an Kreditinstitute</i>. Zum Bestand an Darlehen an Kreditinstitute rechnen dabei auch Darlehensbestände an andere Boden- und Kommunalkreditinstitute.</p> <p>1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekendarlehenbankgesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).</p> <p>2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).</p> <p>3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (SCHBG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## DARLEHENSBESTAND

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der Darlehensbestand wird am Monatsende ermittelt.

Erfaßt wird sowohl der Bestand an Darlehen aus dem Alt- als auch aus dem Neugeschäft, d.h. die vor und nach dem 20.6.1948 gewährten Darlehen.

Nicht zum Darlehensbestand zählen Kontokorrentkredite, Schuldscheindarlehen an Industrieunternehmen in privater Rechtsform, Industriekredite an Industrieunternehmen in privater Rechtsform gegen Übereignung bzw. Verpfändung von Waren oder Inventar sowie die für fremden Namen und fremde Rechnung gewährten Kredite (Verwaltungskredite).

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bis Ende 1968 wurden Darlehensbestände aus dem Altgeschäft (vor dem 20.6.48 gewährte Darlehen) nicht einbezogen.

Ebenso wurden bis Ende 1968 ein Teil der für Wohnungsbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) gewährten Darlehen nicht erfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  DARLEHENSRÜCKFLÜSSE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7009

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

1. Jahresrechnungs-  
statistik  
ab 1950
2. Haushaltsansatz-  
statistik  
ab 1970
3. Vierteljahres-  
statistik der  
Finanzwirtschaft  
ab 1974

B e g r i f f s i n h a l t : Einnahmeart mit Einnahmen aus Darlehensforderungen und der Inanspruchnahme von Bürgschaften, Gewährverträgen usw.

Es werden unterschieden:  
Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich

vom Bund  
vom Lastenausgleichsfonds  
vom ERP-Sondervermögen  
von Ländern  
von Gemeinden/Gv.  
von Zweckverbänden  
von der Sozialversicherung;

Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen

von Unternehmen und Sonstigen im Inland sowie aus dem Ausland.

In der Vierteljahresstatistik sind bei den Gemeinden/Gv. die Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich nicht getrennt, sondern zusammen mit den Darlehensrückflüssen von anderen Bereichen nachgewiesen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In der Jahresrechnungsstatistik sind bis 1973 nur die Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen nachgewiesen.

Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden und der Sozialversicherung sind in der Jahresrechnungsstatistik und der Haushaltsansatzstatistik jeweils bis 1973 als Zahlungen von anderen Bereichen klassifiziert, da diese Körperschaften erst ab 1974 finanzstatistisch erfaßt werden.

Im kommunalen Bereich wurden in den Rechnungsjahren bis 1973 die Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich nicht gesondert erhoben. Sie sind zusammen mit den Darlehensrückflüssen von anderen Bereichen nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  DER DEM UMWELTSCHUTZ DIENENDE TEIL VON SACHANLAGEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 4860
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe ab 1975	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Zugänge an Umweltschutzeinrichtungen innerhalb von Produktionsanlagen.</p> <p>Hierzu gehören auch die anteiligen Aufwendungen einer Verfahrensumstellung, die zum Schutz vor schädigenden Einflüssen bei der Produktion vorgenommen werden.</p> <p>Die Zugänge an Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anzahlungen sind nur einbezogen, soweit sie abgerechneten Teilen von im Bau befindlichen Anlagen entsprechen und aktiviert sind. Sofern der Wert der Umweltschutzeinrichtungen innerhalb einer Produktionsanlage nicht feststeht, wird er geschätzt.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

DEUTSCHE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Volks- und Berufszählung 1970</li> <li>2. Arbeitsstättenzählung 1970</li> <li>3. Studentenstatistik ab 1967</li> <li>4. Statistik der Hochschulprüfungen ab 1959</li> <li>5. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ab 1950</li> <li>6. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung ab 1970</li> </ol>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie Personen, die nach dem Grundgesetz den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind.</p> <p>Den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ist nach Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz gleichgestellt, wer als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat.</p> <p>Personen, die die deutsche und zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen zu den Deutschen.</p> <p>In der Volks- und Berufszählung 1970 sind die Familienmitglieder von Angehörigen ausländischer Stationierungsstreitkräfte und von Mitgliedern der diplomatischen und konsularischen Vertretungen auch dann nicht einbezogen worden, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (z.B. deutsche Ehefrauen solcher Personen).</p> <p>In der Arbeitsstättenzählung 1970 sind alle Deutschen, die bei Vertretungen fremder Staaten oder bei Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte usw. beschäftigt waren, nicht erfaßt worden.</p> <p>In der Studentenstatistik und der Statistik der Hochschulprüfungen werden deutsche <i>Studenten</i> und <i>Studienanfänger</i> nachgewiesen.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  DRUCKEREIERZEUGNISSE	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 4456

<b>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</b>	<b>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</b>
---	--

Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren  
(Warenarten) aus der Warengruppe 57 "Druckereierzeug-  
nisse, Lichtpaus- und verwandte Waren" des Systemati-  
schen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik,  
Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Bücher, Zeitungen und Zeitschriften  
sowie Kunstdruckblätter und -karten.

Nicht berücksichtigt werden Geschäftspapiere, Druckerei-  
erzeugnisse für Verpackungszwecke und Werbungsmaterial,  
Kalender, Noten- und Liederbücher, Lichtpaus- und ver-  
wandte Waren sowie sonstige Druckereierzeugnisse.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

DÜNGEMITTELLIEFERUNGEN FÜR DEN VERBRAUCH  
IN DER LANDWIRTSCHAFTDatenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Düngemittel-  
statistik  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Lieferungen von mineralischen Düngemitteln, die zum Verbrauch in der Landwirtschaft des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) bestimmt sind, durch Unternehmen (Erzeuger und Importeure), die Düngemittel erstmalig in Verkehr bringen.

Erfaßt wird der Absatz der Nährstoffe Stickstoff, Phosphat, Kali und Kalk.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

EG-LÄNDER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Außenhandels-  
statistik

ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den EG-Ländern rechnen:

Frankreich (einschl. Monaco)

Belgien

Luxemburg

Niederlande

Italien (einschl. San Marino)

Vereinigtes Königreich (Großbritannien, Nordirland,  
Brit. Kanalinseln und Insel Man)

Irland

Dänemark

Griechenland

2. Statistik der  
ausländischen  
Arbeitnehmer

1959 - 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den EG-Ländern rechnen:

Frankreich

Belgien

Luxemburg

Niederlande

Italien

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

EHEGATTEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sozialbudget der  
Bundesrepublik  
Deutschland

ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t : Leistungen (einschl. Zuschläge), die wegen des Unterhalts von Ehegatten gezahlt werden.

Leistungen für Ehegatten sind überwiegend systembedingte *Steuerermäßigungen*, die sich aus der Möglichkeit des Splittings bei der Einkommensteuer ergeben. Außerdem zählen hierzu auch die *Familienzuschläge* zu Löhnen und Gehältern für Ehegatten in Form des erhöhten Ortszuschlags für Verheiratete im öffentlichen Dienst.

Siehe auch unter *Ehe und Familie*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  EHELICHE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 5780
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
natürlichen  
Bevölkerungs-  
bewegung  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Geborene, die während bestehender Ehe ihrer Mütter oder innerhalb von 302 Tagen nach Auflösung oder Nichtigerklärung der Ehe ihrer Mütter oder innerhalb von 302 Tagen nach dem in der Todeserklärung oder gerichtlichen Feststellung der Todeszeit festgestellten Todestag des Ehemannes geboren werden.<sup>1)</sup>

Unter den genannten Voraussetzungen gilt ein Kind auch dann als ehelich, wenn es aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse nicht von dem Ehemann der Mutter abstammen kann. Die Möglichkeit einer späteren Legitimation nichtehelicher und einer erfolgreichen Anfechtung der Ehelichkeit ehelicher Kinder ist für die statistische Erfassung ohne Belang.

In allen anderen Fällen gelten Geborene als *Nichteheliche*.

1) Zu Einzelheiten siehe insbesondere §§ 1591 und 1592 BGB

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## EHESCHIEDUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
natürlichen  
Bevölkerungs-  
bewegung  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Als Ehescheidungen gelten  
durch Gerichtsurteil aufgelöste Ehen.

Erfaßt werden alle Scheidungen von Ehen zwischen Personen  
der *Bevölkerung*. Berücksichtigt werden daher auch Ehe-  
scheidungen von Ausländern, die im Bundesgebiet ihren Wohn-  
sitz haben. Einbezogen werden auch die Fälle, in denen  
deutsche Gerichte Ehescheidungen nach fremdem Recht aus-  
sprechen.

Unberücksichtigt bleiben die Fälle, in denen beide Ehe-  
partner Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten aus-  
ländischen Streitkräfte sind.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

## EHESCHLIESSUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
natürlichen  
Bevölkerungs-  
bewegung  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Als Eheschließungen gelten standesamtliche Trauungen.

Erfaßt werden alle Eheschließungen von Personen der *Bevölkerung*, soweit sie vor einem deutschen Standesamt erfolgen. Berücksichtigt werden daher auch Eheschließungen von Ausländern, die im Bundesgebiet ihren Wohnsitz haben. Unberücksichtigt bleiben nur diejenigen Fälle, in denen beide Ehegatten Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## EHE UND FAMILIE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sozialbudget der  
Bundesrepublik  
Deutschland

ab 1965

**B e g r i f f s i n h a l t :** Zusammengefaßte Ergebnisse der Leistungen für *Kinder*, an *Ehegatten* und bei *Mutterschaft*

Im Sozialbudget werden nur solche Leistungen als Familienleistungen bezeichnet, die unmittelbar und allein der Förderung und Unterstützung von Familien dienen. Dazu gehören auch entsprechende Leistungen mit sozialer Wirkung aus dem eigenständigen Sicherungssystem des Beamtenrechts und des Tarifvertragsrechts des öffentlichen Dienstes, die ihrer Rechtsqualität nach keine Sozialleistungen sind.

Nicht im Sozialbudget enthalten sind Familienleistungen nach Programmen und Gesetzen der Bundesländer (z.B. Familienferienprogramm) und bestimmte Leistungen karitativer Organisationen, die statistisch nicht bekannt sind, sowie von Wirtschaftsunternehmen (z.B. Bundesbahn).

Über die im Sozialbudget als Leistungen für Ehe und Familie ausgewiesenen Leistungen hinaus sind auch Leistungen der *Krankenversicherung* für mitversicherte Familienangehörige, Leistungen der *Ausbildungsförderung*, Witwenrenten, aber auch Leistungen beim *Wohngeld*, für das *Wohnen* und Leistungen der *Sparförderung* als Familienleistungen anzusehen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

EIGENERZEUGUNG VON STROM

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 308

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Monatlicher  
Industriebericht  
01.01.50 -  
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Brutto-Stromerzeugung aus  
Wasserkraft, Kohle und sonstigen Kraftquellen in betriebs-  
eigenen Stromerzeugungsanlagen.

Die Brutto-Stromerzeugung wird gemessen an der Generator-  
klemme. Sie umfaßt auch den Verlust und den Eigenverbrauch  
der Stromerzeugungsanlagen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

EIGENFLÄCHE DER BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2672

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-  
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Die von den Betriebsinhabern selbstbewirtschaftete und auch in ihrem Eigentum befindliche *landwirtschaftlich genutzte Fläche* der Betriebe.

Zugepachtete landwirtschaftlich genutzte Flächen zählen nicht zur Eigenfläche, sondern zur *Pachtfläche*. Ebenso ist die vom Betrieb verpachtete bzw. unentgeltlich abgegebene landwirtschaftlich genutzte Fläche im Eigentum im Nachweis nicht enthalten.

Landwirtschaftlich genutzte Flächen sind Flächen, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt werden (als *Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen* oder *Gartenland*).

Nachgewiesen wird nur die Eigenfläche der *landwirtschaftlichen Betriebe*.

Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 5179

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Gebäude- und  
Wohnungszählung  
1968

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, denen das Eigentum an einer Wohneinheit oder an einem Gebäude ganz oder teilweise zusteht.

Nachgewiesen werden Eigentümerwohnparteien in *Wohnungen* und *Wohngelegenheiten* (ohne Eigentümer in Zweitwohnungen und -wohngelegenheiten). Zu den Eigentümerwohnparteien rechnen Wohnparteien, bei denen mindestens ein Mitglied der Wohnpartei Eigentümer oder Miteigentümer der von ihr bewohnten Wohneinheit ist und Wohnparteien, bei denen mindestens ein Mitglied Eigentümer oder Miteigentümer des Gebäudes ist, in dem die von ihr bewohnten Wohneinheit liegt.

Die Eigentümerwohnparteien werden nach der Zahl der Personen gegliedert, die zur Wohnpartei gehören; ferner nach der beruflichen Stellung des Vorstands der Wohnpartei.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  EIGENTÜMERWOHNUNGEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 5123
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Gebäude- und Wohnungszählung 1968	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> <i>Wohnungen</i>, die vom <i>Eigentümer</i> des Gebäudes selbst bewohnt werden sowie alle vom Eigentümer selbst bewohnten <i>Eigentumswohnungen</i>.</p> <p>Zu den Eigentümerwohnungen rechnen auch Wohnungen, deren Bewohner(n) das Eigentum am jeweiligen Gebäude nur teilweise zusteht (z.B. Mitgliedern einer Erbengemeinschaft).</p> <p>Einfamilienhäuser gelten als eine Wohnung und rechnen damit ggf. zu den Eigentümerwohnungen.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Eigentümerwohnungen und <i>Eigentumswohnungen</i> (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) unterscheiden sich wie folgt:  Während bei den Eigentümerwohnungen darauf abgestellt wird, inwieweit Wohnungen von den Eigentümern selbst bewohnt werden, wird bei den Eigentumswohnungen nur auf die besondere <i>F o r m</i> des Eigentums ("Sondereigentum") abgestellt.</p> <p>Die Eigentümerwohnungen ergeben zusammen mit den <i>Mietwohnungen</i> und den <i>leerstehenden Wohnungen</i> (jeweils Gebäude- und Wohnungszählung 1968) die Gesamtzahl der Wohnungen.</p> <p>Zur Abgrenzung gegenüber den <i>selbstbewohnten Eigentumswohnungen</i> (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) siehe dort.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## EIGENTUMSWOHNUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gebäude- und  
Wohnungszählung  
1968

**B e g r i f f s i n h a l t :** *Wohnungen*, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist.

Eigentumswohnungen kommen nur in Gebäuden vor, in denen ausschließlich Sondereigentum an Wohnungen (Wohnungseigentum) und - soweit vorhanden - an nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen (Teileigentum) besteht.

Eigentumswohnungen können vom Eigentümer selbst bewohnt, vermietet oder leerstehend sein. Auch neugebaute Eigentumswohnungen, die noch nicht im Wohnungsgrundbuch eingetragen, aber zur Eintragung vorgesehen sind, gelten als Eigentumswohnungen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Eigentumswohnungen und *Eigentümerwohnungen* (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) unterscheiden sich wie folgt:

Während bei den Eigentumswohnungen auf die besondere Form des Eigentums ("Sondereigentum") abgestellt wird - und zwar unabhängig davon, wer die Wohnung bewohnt (Eigentümer, Mieter, leerstehende Wohnung) - wird bei den Eigentümerwohnungen darauf abgestellt, inwieweit Wohnungen von den Eigentümern selbst bewohnt werden.

Zur Abgrenzung gegenüber den *selbstbewohnten Eigentumswohnungen* (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

EINFAMILIENGEBÄUDE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Baupreise  
ab 1958

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Einfamiliengebäuden rechnen freistehende und eingebaute Wohngebäude mit einer Hauptwohnung, wobei untergeordnete Einliegerwohnungen zulässig sind.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

ELEKTRISCHER STROM, GAS, FERNWÄRME UND WASSER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Erzeugerpreise  
gewerblicher  
Produkte  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition, die die Abgabe von Elektrizität in das öffentliche Versorgungsnetz, die Versorgung mit Gas durch Ortsgasversorgungsunternehmen und Ferngasgesellschaften und die Wasserversorgung sowie die Versorgung mit Fernwärme umfaßt.

Bei der Abgabe von Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz<sup>1)</sup> berücksichtigt.

1) Zu Einzelheiten siehe drittes Verstromungsgesetz v. 13.12.1974 (BGBl. I S. 3473).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ELEKTRIZITÄTS- UND GASVERSORGUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Netto-  
produktion für das  
Produzierende  
Gewerbe  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der die  
Wirtschaftszweige

Elektrizitätsversorgung SYPRO-Nr. 1010

Gasversorgung " 1030

in der Abgrenzung nach der SYPRO umfaßt.

Nachgewiesen werden *Indizes der Nettoproduktion* für Unter-  
nehmen und für fachliche Unternehmensteile für die Elek-  
trizitäts- und Gasversorgung.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Mit der  
Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völ-  
lig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt.  
Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren  
ist dieses Indexsystem für Produktionsindizes für Unter-  
nehmen und fachliche Unternehmensteile grundlegend neu ge-  
staltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von  
früheren Indexberechnungen<sup>1)</sup>.

1) Zu Einzelheiten der Methodik siehe Wirtschaft und  
Statistik 12/1983, S. 931 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ELEKTRIZITÄTSVERSORGUNGSUNTERNEHMEN

FACHLICHE UNTERNEHMENSTEILE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

482

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung

01.01.62 -  
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen <sup>1)</sup> als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung gelten.

Als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung gelten nach den gesetzlichen Bestimmungen Unternehmen, die andere Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Haushalte u.a.) mit Elektrizität versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben.

Sie stehen hinsichtlich ihrer Investitionen und der Gestaltung der Tarife und der allgemeinen Geschäftsbedingungen unter staatlicher Aufsicht und unterliegen der allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht.

Unternehmen, die nur teilweise oder im Nebenbetrieb öffentliche Elektrizitätsversorgung betreiben, gelten mit ihrem fachlichen Unternehmensteil als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung, auch wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt des gesamten Unternehmens außerhalb der Elektrizitätsversorgung liegt.

Die vorwiegend zur Deckung des Eigenbedarfs betriebenen Elektrizitätsversorgungsanlagen der Industrie und der Deutschen Bundesbahn rechnen nicht zur öffentlichen Elektrizitätsversorgung, auch wenn sie zeitweise Elektrizität an das öffentliche Netz abgeben. Der Bundeswirtschaftsminister entscheidet endgültig darüber, ob und inwieweit ein Unternehmen als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung im Sinne der gesetzlichen Regelung zu gelten hat.

Die Versorgung mit Elektrizität umfaßt die Erzeugung, die Fortleitung und die Abgabe von Elektrizität.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Seit 1972 werden einige Wärmekraftwerke des Steinkohlebergbaus, die vorher zur Industrie zählten, zur öffentlichen Energieversorgung gerechnet.

1) Vgl. Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft v. 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ELEKTROTECHNISCHE ERZEUGNISSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

4456

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warenarten)  
aus der Warengruppe 36 "Elektrotechnische Erzeugnisse" des  
Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik,  
Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Geräte und Einrichtungen der Elektrizitäts-  
erzeugung, -umwandlung und -verteilung, elektrische Geräte  
für Gewerbe und Haushalt, elektrische Leuchten, Rundfunk-,  
Fernseh- und phonotechnische Geräte und Einrichtungen sowie  
sonstige elektrotechnische Erzeugnisse.

Nicht berücksichtigt sind nachrichtentechnische Geräte und  
Einrichtungen sowie elektrische Meß-, Prüf-, Regel- und  
Steuerungsgeräte und -einrichtungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ELEKTROTECHNISCHE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index der industriellen Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976
- B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter  
(Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe  
Elektrotechnische Erzeugnisse    Waren-/Gütergruppe 36  
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses  
für Produktionsstatistiken (GP), die zu den *Investitions-  
gütern* zählen.
2. Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
ab 1970
- Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der  
"Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig  
(Investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend  
von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft  
werden.
- Zu den elektrotechnischen Investitionsgütern rechnen im  
wesentlichen folgende Waren/Güter:
- Stromerzeugungsaggregate  
Hochspannungsschaltfelder  
Elektrowerkzeuge bis 2 kW  
Geräte und Einrichtungen der Draht- und Funknachrichten-  
technik  
Elektrische und elektronische Meßgeräte  
Elektrizitätszähler  
Elektromedizinische Geräte und Einrichtungen  
Elektrische Signal- und Sicherheitsgeräte  
Montagen (einschl. Installation).
- Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatz-  
teile nicht mit einbezogen.
- Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Die  
Auswahl der zu den elektrotechnischen Investitionsgütern  
rechnenden Waren auf der Grundlage des WI, unterscheidet  
sich wesentlich von der o.g. Güterauswahl.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ELEKTROTECHNISCHE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Außenhandels-  
statistik  
ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Im wesentlichen wie unter 1., jedoch ohne Montagen, aber zusätzlich mit elektrischen Ausrüstungen für vollständige Fabrikationseinrichtungen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den elektrotechnischen Investitionsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI und des GP unterscheidet sich von der o.g. Auswahl.

Ebenso wurden bei der Umstellung der Außenhandelsindizes vom Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 bei der Warenauswahl eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen enthalten Gefrierschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rohrpostanlagen, Elektro-Heizgeräte, Mikrophone, Verstärker, Niederspannungs-Schalttafeln, -Schaltgeräte, -Sicherungen, -Stecker, Verbund-, Bogenlampen, Fotoblitzlichtlampen, Kabel, Kabelgarnituren, elektronische Musikinstrumente, Diktiergeräte, Schallplatten-Tonabnehmer. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind im wesentlichen enthalten Leuchtkörper als Glas, Brutapparate, Elektromotoren und -generatoren bis 10 kW, Halbleitergleichrichter, Ventilatoren, Rohrheizkörper, Akku-betriebene elektrische Lokomotiven, Scheinwerfer, Röntgenröhren, elektrische Zählwerke, Registrier- und Stempeluhren, Video-Recorder.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

## ELEKTROTECHNISCHE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index der industriellen Brutto-  
produktion für  
Investitions-  
und Verbrauchs-  
güter  
1962 bis 1976
- B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter  
(Waren-/Güterarten) aus der Warengruppe  
      Elektrotechnische Erzeugnisse            Waren-/Gütergruppe 36  
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses  
für Produktionsstatistiken (GP), die zu den Verbrauchs-  
gütern zählen.
2. Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions-  
und Verbrauchs-  
güter  
ab 1970
- Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Indu-  
strie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchs-  
reif) angesehen werden und überwiegend von den privaten  
Haushalten gekauft werden.
- Zu den elektrotechnischen Verbrauchsgütern zählen im we-  
sentlichen:
- Elektrowärmegeräte und -einrichtungen für den Haushalt  
(Herde, Backöfen, elektrische Haushalts-Kaffee- und Tee-  
bereiter bis 2 l, elektrische Speicherheizgeräte, Bügel-  
eisen u. dgl.)
- Elektromotorische Wirtschaftsgeräte für den Haushalt  
(Staubsauger, Küchengeräte, Geschirrspülmaschinen, Rasier-  
apparate, Luftduschen und Haartrockner)
- Elektrische Haushaltskühlmöbel (Haushaltskühlschränke und  
Gefrierschränke)
- Haushaltswaschmaschinen und -geräte (auch Wäschetrockner)
- Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Glühlampen
- Rundfunkempfangsgeräte (Tischgeräte, Stereogeräte, Koffer-,  
Autoradios)
- Farbfernsehgeräte (Koffer-, Tisch-, Standgeräte)
- Phonotechnische Geräte (Video-Recorder, bespielte Schall-  
platten).
- Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatz-  
teile nicht mit einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ELEKTROTECHNISCHE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Außenhandels-  
statistik  
ab 1960

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den elektrotechnischen Verbrauchsgüternrechnenden Waren auf der Grundlage des WI, unterscheidet sich wesentlich von der o.g. Güterauswahl.

B e g r i f f s i n h a l t : Im wesentlichen wie unter 1.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den elektrotechnischen Verbrauchsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI und des GP unterscheidet sich von der o.g. Warenauswahl.

Ebenso wurden bei der Umstellung der Außenhandelsindizes von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 bei der Warenauswahl eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen enthalten Dunstabzugshauben, Ventilatoren, Taschenlampen, Hörgeräte, Tonaufnahmegeräte, kommerzielle Tonbandgeräte, Magnetbandkopieranlagen, Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte für das Fernsehen und Tonfilmgeräte. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind im wesentlichen enthalten Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Tiefkühlschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rundzellenbatterien, Haushalts-Haartrockenhauben, Heizlüfter und Fotoblitzbirnen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ERHÖHTE ABSETZUNGEN BEI KULTURHISTORISCH WERTVOLLEN GEBÄUDEN IM  
RAHMEN DER EINKOMMEN- UND KÖRPERSCHAFTSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : *Steuervergünstigung* in Form  
erhöhter Absetzungen zur Förderung der Erhaltung von Gebäu-  
den, die nach landesrechtlichen Vorschriften Baudenkmäler  
sind.<sup>1)</sup>

Der Steuerpflichtige kann bei einem Gebäude oder einem Ge-  
bäudeteil, das nach den jeweiligen landesrechtlichen Vor-  
schriften ein Baudenkmal ist, von den Herstellungskosten  
für Baumaßnahmen, die nach Art und Umfang zur Erhaltung des  
Gebäudes bzw. Gebäudeteils als Baudenkmal und zu seiner  
sinnvollen Nutzung erforderlich sind und die nach Abstimmung  
mit der nach Landesrecht zuständigen oder von der Landes-  
regierung bestimmten Stelle durchgeführt worden sind, für  
Abnutzung im Jahr der Herstellung und in den neun folgenden  
Jahren jeweils bis zu 10 v.H. absetzen. Eine sinnvolle Nut-  
zung ist nur anzunehmen, wenn das Gebäude oder der Gebäude-  
teil in der Weise genutzt wird, daß die Erhaltung seiner  
schützenswerten Substanz auf die Dauer gewährleistet ist.

Bei einem Gebäude, das für sich allein nicht die Voraus-  
setzungen für ein Baudenkmal erfüllt, aber Teil einer Ge-  
bäudegruppe oder Gesamtanlage ist, die nach den jeweiligen  
landesrechtlichen Vorschriften als Einheit geschützt ist,  
können die erhöhten Absetzungen von den Herstellungskosten  
der Gebäudeteile und Maßnahmen vorgenommen werden, die nach  
Art und Umfang zur Erhaltung des schützenswerten Erschei-  
nungsbildes der Gruppe oder Anlage erforderlich sind. Nach  
Ablauf von zehn Jahren ist ein etwa noch vorhandener Rest-  
wert den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Gebäudes  
oder dem an deren Stelle tretenden Wert hinzuzurechnen; die  
weiteren Absetzungen für Abnutzung sind einheitlich für das  
gesamte Gebäude nach dem sich hiernach ergebenden Betrag  
und dem für das Gebäude maßgebenden Hundertsatz zu bemessen.

1) Zu Einzelheiten siehe § 82i EStDV i.d.F.v. 5.12.1977  
(BGBl. I S. 2443)

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERHÖHTE ABSETZUNGEN FÜR BESTIMMTE MODERNISIERUNGS-, WÄRME- UND LÄRMSCHUTZ- SOWIE ENERGIESPARMASSNAHMEN AN GEBÄUDEN IM RAHMEN DER EINKOMMEN- UND KÖRPERSCHAFTSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : *Steuervergünstigung* in Form erhöhter Absetzungen zur Erleichterung der Finanzierung von bestimmten Modernisierungs-, Wärme- und Lärmschutz- sowie Energiemaßnahmen an Gebäuden.

Gefördert werden bestimmte Modernisierungs-, Wärme- und Lärmschutz- sowie Energiesparmaßnahmen an Gebäuden durch erhöhte Absetzungen im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Der Steuerpflichtige kann bei einem vor dem 1. Januar 1961 hergestellten Gebäude nach § 82a Abs. 1 EStDV von den Herstellungskosten für den Einbau der folgenden Anlagen und Einrichtungen für Abnutzung im Jahr der Herstellung und in den folgenden neun Jahren jeweils bis zu 10 v.H. absetzen:

- Wohnungsabschluß mit oder ohne Vorraum in der Wohnung,
- Kochraum mit Entlüftungsmöglichkeiten, Wasserzapfstelle und Spülbecken, Anschlußmöglichkeit für Kohle-, Gas- oder Elektroherd, entlüftbare Speisekammer oder entlüftbarer Speiseschrank,
- neuzeitliche sanitäre Anlagen,
- ein eingerichtetes Bad oder eine eingerichtete Dusche je Wohnung sowie Waschbecken,
- Anschlußmöglichkeit für Ofen oder gleichwertiges Heizgerät,
- elektrische Brennstellenanschlüsse und Steckdosen,
- Heizungs- und Warmwasseranlagen,
- Fahrstuhl Anlagen bei Gebäuden mit mehr als vier Geschossen,
- Umbau von Fenstern und Türen,
- Anschlüsse an die Kanalisation und an die Wasserversorgung. Wenn durch eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde nachgewiesen wird, daß diese Anschlüsse im Zusammenhang mit der Errichtung des Gebäudes noch nicht hergestellt werden konnten, so braucht das Gebäude nicht vor dem 1. Januar 1981 hergestellt worden zu sein.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERHÖHTE ABSETZUNGEN FÜR BESTIMMTE MODERNISIERUNGS-, WÄRME- UND LÄRMSCHUTZ- SOWIE ENERGIESPARMASSNAHMEN AN GEBÄUDEN IM RAHMEN DER EINKOMMEN- UND KÖRPERSCHAFTSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die erhöhten Absetzungen von den Herstellungskosten werden auch gewährt für Maßnahmen, die ausschließlich zum Zweck des Wärme- und Lärmschutzes vorgenommen werden, und für den Anschluß an die Fernwärmeversorgung, die überwiegend aus Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, zur Verbrennung von Müll oder zur Verwertung von Abwärme gespeist wird (§ 82a Abs. 1 Nr. 2), wenn das Gebäude vor dem 1. Januar 1978 hergestellt worden ist sowie für den Einbau von Wärmepumpenanlagen, Solaranlagen und Anlagen zur Rückgewinnung von Wärme einschließlich der Anbindung an das Heizsystem (§ 82a Abs. 1 Nr. 3).

Die erhöhten Absetzungen können nicht vorgenommen werden, wenn für dieselbe Maßnahme eine Investitionszulage gewährt wird.

Für den Einbau der genannten Anlagen und Einrichtungen werden die erhöhten Absetzungen auch dann gewährt, wenn der Einbau nach dem 30. Juni 1978 und vor dem 1. Juli 1983 fertiggestellt wird.

Das Förderungsprogramm ist bis 30. Juni 1983 befristet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschließlich 31. Dezember 1976 waren für die Baumaßnahmen nach § 82a Abs. 1 Nr. 2 EStDV und bis einschließlich 30. Juni 1978 für die Energiesparmaßnahmen nach § 82a Abs. 1 Nr. 3 EStDV keine erhöhten Absetzungen nach § 82a Abs. 1 EStDV möglich.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERHÖHTE ABSETZUNGEN FÜR WOHNGEBÄUDE IM  
RAHMEN DER EINKOMMEN- UND KÖRPERSCHAFTSTEUERDatenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1975

**B e g r i f f s i n h a l t :** *Steuervergünstigungen* in Form erhöhter Absetzungen zur Förderung des Wohnungsbaues und der Eigentumsbildung in privater Hand.

Der Bund fördert den privaten Wohnungsbau und die Eigentumsbildung u.a. durch erhöhte Absetzungen nach § 7b des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 6. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1249, 1560) geändert durch Artikel 26 vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523).

Bei im Inland belegenen Einfamilienhäusern, Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen, die zu mehr als 66 2/3 v.H. Wohnzwecken dienen, kann der Bauherr bzw. Erwerber im Jahr der Fertigstellung bzw. Anschaffung und in den sieben folgenden Jahren jeweils bis zu 5 v.H. der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten von der Steuer absetzen. Nach Ablauf dieser acht Jahre sind als Absetzung für Abnutzung bis zur vollen Absetzung jährlich 2,5 v.H. des Restwertes abziehbar. Übersteigen die Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bei einem Einfamilienhaus oder einer Eigentumswohnung 200 000 DM, bei einem Zweifamilienhaus 250 000 DM, bei einem Anteil an einem dieser Gebäude oder einer Eigentumswohnung den entsprechenden Teil von 200 000 DM oder 250 000 DM, so ist für diesen Teil der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten nicht die erhöhte Absetzung nach § 7b EStG sondern die Absetzung für Abnutzung von Gebäuden nach § 7 Abs. 4 EStG anzuwenden.

Erhöhte Absetzungen nach § 7b EStG können nicht geltend gemacht werden, wenn der Steuerpflichtige das Einfamilienhaus, das Zweifamilienhaus, die Eigentumswohnung oder einen Anteil an einem dieser Gebäude oder an einer Eigentumswohnung von seinem Ehegatten anschafft oder im zeitlichen Zusammenhang mit der Anschaffung an den Veräußerer ein Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus oder eine Eigentumswohnung oder einen Anteil an einem dieser Gebäude oder an einer Eigentumswohnung veräußert, oder nach einer früheren Veräußerung wieder anschafft.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

ERHÖHTE ABSETZUNGEN FÜR WOHNGEBÄUDE IM  
RAHMEN DER EINKOMMEN- UND KÖRPERSCHAFTSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die erhöhten Absetzungen gelten entsprechend auch für Herstellungskosten, die für Ausbauten und Erweiterungen an einem vor dem 1. Januar 1964 fertiggestellten und nicht nach dem 31. Dezember 1976 angeschafften Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus oder an einer Eigentumswohnung aufgewendet worden sind, sofern die ausgebauten oder neu hergestellten Gebäudeteile zu mehr als 80 v.H. Wohnzwecken dienen.

Zum Gebäude gehörende Garagen sind ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche Nutzung als Wohnzwecken dienend zu behandeln, soweit in ihnen nicht mehr als ein Personenkraftwagen für jede in dem Gebäude befindliche Wohnung untergestellt werden kann. Räume für die Unterstellung weiterer Kraftwagen sind stets als nicht Wohnzwecken dienend zu behandeln.

Erhöhte Absetzungen kann der Steuerpflichtige nur für ein Einfamilienhaus oder ein Zweifamilienhaus oder für eine Eigentumswohnung oder für den Ausbau oder die Erweiterung nur eines der vorgenannten Objekte in Anspruch nehmen. Ehegatten können erhöhte Absetzungen für insgesamt zwei der genannten Immobilien bzw. Ausbauten oder Erweiterungen in Anspruch nehmen.

Ist ein Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus oder eine Eigentumswohnung mehreren Steuerpflichtigen zuzurechnen, so ist anteilmäßig zu verfahren; dies gilt auch beim Ausbau oder der Erweiterung.

Der Bauherr von Kaufeigenheimen, Trägerkleinsiedlungen und Kaufeigentumswohnungen kann für allè von ihm erstellten Kaufeigenheime, Trägerkleinsiedlungen und Kaufeigentumswohnungen im Jahr der Fertigstellung und im folgenden Jahr erhöhte Absetzungen bis zu jeweils 50 v.H. vornehmen.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bis 31.12.1981 konnte die erhöhte Absetzung nach § 7b EStG von Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bei einem Einfamilienhaus oder einer Eigentumswohnung in Höhe von 150 000 DM, bei einem Zweifamilienhaus in Höhe von 200 000 DM vorgenommen werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ERHOLUNGSFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t :    Unbebaute Flächen, die vorherrschend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen.

Zur Erholungsfläche zählen u.a. Grünanlagen. Hierzu gehören auch Kleingärten und Wochenendplätze, die der Freizeitgestaltung und Erholung dienen sowie parkähnlich angelegte Friedhöfe.

Innerhalb von Grünanlagen befindliche Einrichtungen wie Spielplätze sowie untergeordnete bauliche Anlagen (z.B. Nebenanlagen wie Kioske, Umkleideräume und Gartenlauben) werden nicht gesondert ausgewiesen, sondern zählen zur Erholungsfläche.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  ERHOLUNGSHILFE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 4500
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kriegsopfer-  
fürsorge  
ab 1963

B e g r i f f s i n h a l t :    Beihilfen zu Erholungs-  
aufenthalten für Beschädigte, deren Ehegatten und deren  
Hinterbliebene.

Erholungshilfe wird gewährt, wenn der Aufenthalt zur Erhaltung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit notwendig, die beabsichtigte Form des Aufenthalts zweckmäßig und, soweit es sich um Beschädigte handelt, die Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bedingt ist. Bei Schwerbeschädigten wird der Zusammenhang zwischen den anerkannten Schädigungsfolgen und der Erholungsbedürftigkeit stets angenommen.

Die Dauer des Erholungsaufenthalts darf in der Regel drei Wochen nicht übersteigen. Die Erholungshilfe soll zum wiederholten Male in der Regel nicht vor Ablauf von zwei Jahren gewährt werden.

Aufwendungen, die während des Erholungsaufenthaltes für den häuslichen Lebensunterhalt erspart werden, werden als Einkommen des Hilfesuchenden eingesetzt. Zusätzliche kleinere Aufwendungen, die dem Erholungssuchenden durch den Erholungsaufenthalt entstehen, werden als besonderer Bedarf berücksichtigt und können durch Pauschbeträge abgegolten werden. Bedarf der Erholungssuchende einer ständigen Begleitung, gelten auch die Aufwendungen für die Mitnahme der Begleitperson als notwendiger Bedarf.<sup>1)</sup>

Nachgewiesen werden die Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge für diese Leistung sowie die Zahl der Fälle, in denen diese Hilfe als einmalige Leistung gewährt wurde.

1) Zu Einzelheiten siehe § 27b Bundesversorgungsgesetz i.d.F. v. 22.6.1976 (BGBl. I S. 1633), geändert u.a. durch Zehntes Anpassungsgesetz-KOV vom 10.8.1978 (BGBl. I S. 1217) sowie Abschn. 4 Verordnung zur Kriegsopferfürsorge vom 16.1.1979 (BGBl. I S. 80).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ERHOLUNGSHILFE

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

4500

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Zahl der Leistungsfälle und die Höhe der Ausgaben für Erholungshilfe sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende Änderungen ein:

Vor 1976 sollte die Dauer eines Erholungsaufenthalts mindestens drei Wochen betragen, während seit 1976 die Dauer umgekehrt auf in der Regel drei Wochen beschränkt ist. Seitdem werden ferner Einsparungen für den häuslichen Lebensunterhalt des Erholungssuchenden während des Erholungsaufenthalts bei der Bemessung der Leistungen als Einkommen angerechnet.

Bis einschl. 1975 konnte Erholungshilfe unter den notwendigen Voraussetzungen auch den Familienmitgliedern von Beschädigten gewährt werden; seit 1976 ist die Gewährung auf die Ehegatten von Beschädigten beschränkt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Von den allgemeinen Unterschieden zwischen den verschiedenen Sozialleistungssystemen abgesehen, stellen die Erholungshilfe und die *Erholungspflege* (Statistik der öffentlichen Jugendhilfe) vergleichbare Leistungen dar.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ERHOLUNGS- UND FERIENHEIME

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr  ab 1981</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.</p> <p>Zu den bestimmten Personenkreisen, für die Erholungs- und Ferienheime zugänglich sind, gehören im wesentlichen Mitglieder eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigte eines Unternehmens, Kinder, Mütter und andere Betreute sozialer Einrichtungen sowie Kinder, die von ihren Angehörigen untergebracht werden.</p> <p>Erfaßt werden nur Erholungs- und Ferienheime, mit mindestens 9 Gästebetten und mehr unabhängig davon, ob sie gewerblich oder nicht gewerblich betrieben werden und ob die Beherbergung Hauptzweck oder Nebenzweck des Betriebes ist.</p>
<p>2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungs- stätten  1960 bis 1980</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wie unter 1., jedoch Erholungs- und Ferienheime, unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 <i>Gästeübernachtungen</i> im Jahr.</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Bis einschl. März 1971 wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DFK-Nr.:

ERLASSVERGLEICHE

GBK-Nr.(n):

7203

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Konkurs- und Ver-  
gleichsverfahren  
ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t :    Vergleichsverfahren mit dem Ergebnis eines Erlasses, die so weit abgewickelt sind, daß der finanzielle Ausgang des Verfahrens feststeht.

Ein Vergleichsverfahren ist ein in der Vergleichsordnung geregeltes Verfahren zur Abwendung des Konkurses bei einem zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten würdigen Schuldner. 1)

Als Erlaßvergleich gilt ein das Vergleichsverfahren abschließender Vergleich, in dem der Vergleichsschuldner den Vergleichsgläubigern Zahlung ihrer Forderungen zu einem bestimmten Prozentsatz verspricht (mindestens 35 %) und dem Vergleichsschuldner die Restschuld erlassen wird.

Die abgewickelten Erlaßvergleiche stellen einen Teil der *eröffneten Vergleichsverfahren* dar: Einbezogen werden alle durch einen Erlaß beendeten Vergleichsverfahren, die bis zum Ende des auf das Eröffnungsjahr (Berichtsjahr) folgenden Jahres finanziell abgewickelt werden. Dies gilt für einen Großteil der eröffneten Verfahren. Eröffnete Vergleichsverfahren sind Verfahren, deren Eröffnung vom Amtsgericht stattgegeben wurde. Ein eröffnetes Vergleichsverfahren kann außer durch einen Erlaßvergleich auch durch einen Stundungsvergleich beendet oder in einen Anschlußkonkurs übergeleitet werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :    Die abgewickelten Erlaßvergleiche stellen einen Teil der *eröffneten Vergleichsverfahren* (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) dar. Zu den eröffneten Vergleichsverfahren, aber nicht zu den abgewickelten Erlaßvergleichen zählen zum einen eröffnete Vergleichsverfahren, die nicht als Erlaßvergleiche, sondern als Stundungsvergleiche beendet oder in Anschlußkonkurse übergeleitet werden, zum anderen eröffnete Vergleichsverfahren, deren Abwicklung über das dem Eröffnungsjahr (Berichtsjahr) folgende Jahr hinausreicht.

1) Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung v. 26.2.1935 (RGBl. I S. 321) und Änderungsgesetze.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

## ERSTSTIMMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern bei der Bundes-  
tagswahl abgegebene Stimmen für die Wahl eines Wahlkreisab-  
geordneten.

Die abgegebenen Erststimmen können gültig oder ungültig sein.  
Ungültig sind sie z. B., wenn der Stimmzettel sich nicht in  
einem amtlichen Wahlumschlag befindet, wenn er für einen  
anderen Wahlkreis gilt, wenn für die Wahl eines Wahlkreis-  
abgeordneten auf einem Stimmzettel keine oder mehrere Stim-  
men abgegeben wurden usw.

2. Repräsentative  
Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern in den Auswahl-  
bezirken abgegebene Stimmen ohne Briefwähler für die Wahl  
eines Wahlkreisabgeordneten.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ERTEILTE BAUGENEHMIGUNGEN FÜR FERTIGTEILBAUTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

532

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Baugenehmigungen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Erlaubnis der zuständigen Behörden, Fertigteilbauten in der durch den Bauherren vorgelegten Form (Bauvorlage) neu zu errichten.

Als Fertigteilbauten gelten Bauwerke, für deren Außen- oder Innenwände geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile verwendet werden. Fertigteile sind nicht an der Einbaustelle hergestellte, tragende oder nichttragende Bauteile, die mit Anschlußstellen versehen sein müssen, mit deren Hilfe sie ohne weitere Bearbeitung zum Bauwerk zusammengefügt oder mit am Bau hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können.

Eine Baugenehmigung wird schriftlich in Form eines Bauscheines erteilt, wenn die Baumaßnahme den rechtlichen Vorschriften entspricht. Als Baugenehmigung gilt auch eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilbaugenehmigung.

Zu den erteilten Baugenehmigungen rechnen ferner Bauanzeigen, die nicht zurückgewiesen wurden, sowie Zustimmungen zu Baumaßnahmen des Bundes und der Länder.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die erteilten Baugenehmigungen für Fertigteilbauten sind bei den erteilten Baugenehmigungen (nur Errichtung neuer Gebäude) (Statistik der Baugenehmigungen) enthalten.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DER LAND-, FORST-, JAGDWIRTSCHAFT  
UND FISCHEREI

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
1956 - 1983

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Erzeugnisse  
der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei und Erzeug-  
nisse der *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei* sind synonym.  
Zu Einzelheiten siehe dort.<sup>1)</sup>

1) Über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7,  
Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den  
Außenhandel, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen  
und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die  
Außenhandelsstatistik.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Außenhandels-  
statistik  
ab 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition für Produkte  
der land-, forst- und fischwirtschaftlichen Erzeugerstufe.

2. Statistik der  
Außenhandels-  
preise  
ab 1968

Dazu zählen im wesentlichen:<sup>1)</sup>

lebende Tiere, Frischfisch, Eier, Honig;  
Getreide, Kartoffeln, andere Hackfrüchte, Hülsenfrüchte,  
Obst, Gemüse, Südfrüchte;  
Ölfrüchte zur Ernährung;  
Grün- und Rauhfutter;  
Hopfen, Rohkaffee, Tee, Rohtabak, Wein;  
lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Ziergärtnerei,  
nichtölhaltige Sämereien;  
Rundholz, Kork;  
Rohbaumwolle und andere pflanzliche Spinnstoffe;  
rohe Häute und Felle;  
Rohwolle;  
andere Waren tierischen Ursprungs (Haare, Federn u.ä.).

Für die Statistik der Außenhandelspreise werden jedoch keine  
Preisrepräsentanten für die Jagdwirtschaft erhoben.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen  
den verschiedenen jeweils gültigen Ausgaben des Systemati-  
schen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw.  
dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken bestehen  
geringfügige Abweichungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung  
gegenüber der *Ernährungswirtschaft* (Außenhandelsstatistik)  
siehe dort.  
Zur Abgrenzung gegenüber den *landwirtschaftlichen Produkten*  
(Statistik der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte)  
siehe dort.

1) Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe  
Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Über-  
sichten für den Außenhandel, Anhang 2.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

**Begriff:**

ERZEUGNISSE DER ZIEHEREIEN UND KALTWALZ-  
WERKE UND DER STAHLVERFORMUNG

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

4456

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Waren-  
arten) aus der Warengruppe 30 "Erzeugnisse der Ziehereien  
und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung" des Systematischen  
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik,  
Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Drahterzeugnissen sowie Schrauben,  
Norm- und Fassondrehteile aus Stahl und NE-Metallen.

Alle übrigen Erzeugnissen dieser Warengruppe sind nicht  
berücksichtigt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES ERNÄHRUNGSGEWERBES, TABAKWAREN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- |   |   |                                    |                |            |      |
|---|---|------------------------------------|----------------|------------|------|
| <p>1. Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<br/>ab 1968</p> <p>2. Außenhandelsstatistik<br/>ab 1976</p> <p>3. Statistik der Außenhandelspreise<br/>ab 1954</p> | <p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Waren der Warengruppen</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td>Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes</td> <td style="text-align: right;">Warengruppe 68</td> </tr> <tr> <td>Tabakwaren</td> <td style="text-align: right;">" 69</td> </tr> </table> <p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.</p> <p>Dazu zählen im wesentlichen:</p> <p>Mahl- und Schälmmühlenerzeugnisse, Teigwaren, Nahrungsmittel, Stärke und Stärkeerzeugnisse, Kartoffelerzeugnisse, Brot, Klein- und Feingebäck, Dauerbackwaren, Zucker, Süßwaren</p> <p>Verarbeitetes Obst und Gemüse</p> <p>Milch, Butter, Käse, Dauermilch, Milchpräparate, Schmelzkäse, Kasein, Eis</p> <p>Erzeugnisse der Ölmühlen, Margarine, Platten- und andere Nahrungsfette, Erzeugnisse der Talgschmelzen und Schmalzsiedereien</p> <p>Fleisch und Fleischerzeugnisse</p> <p>Fisch und Fischerzeugnisse</p> <p>Kaffeemittel, Röstkaffee, bearbeiteter Tee und teeähnliche Erzeugnisse, Bier, Malz, Spiritus, Spirituosen, verarbeitete Weine, Frucht- und Obstweine, Tafelwässer und süße alkoholfreie Erfrischungsgetränke</p> <p>Essig, Senf, Essenzen, Gewürze</p> <p>Futtermittel</p> <p>Zigaretten, Tabakfolien (Bandtabak), Zigarren u.ä., Rauch-, Kau- und Schnupftabak.</p> | Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes | Warengruppe 68 | Tabakwaren | " 69 |
| Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes  | Warengruppe 68  |                                    |                |            |      |
| Tabakwaren  | " 69  |                                    |                |            |      |

Nicht in allen Fällen sind sämtliche hier aufgeführten Waren in der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und in der Statistik der Außenhandelspreise durch Preisrepräsentanten berücksichtigt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES ERNÄHRUNGSGEWERBES, TABAKWAREN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.<sup>1)</sup>

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen geringfügige Abweichungen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 sind die Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes als Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien nachgewiesen.

Ab dem Berichtszeitraum 1980 = 100 wurde das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken zugrunde gelegt.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren sowie *Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes* sind synonym.

Die Begriffe Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes sowie *Nahrungsmittel* (Statistik der Verbraucherpreise) sind unterschiedlich abgegrenzt. Von privaten Haushalten gekaufte Nahrungsmittel sind zwar weitgehend Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie, einbezogen sind aber auch Produkte, die private Haushalte direkt von der Landwirtschaft beziehen. Umgekehrt sind in den Erzeugnissen des

1) Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES ERNÄHRUNGSGEWERBES, TABAKWAREN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nahrungs- und Genußmittelgewerbes auch Genußmittel (Tabakwaren, alkoholische Getränke, Kaffee, Tee), Futtermittel und gewerbliche Zwischenprodukte (z.B. Backmittel, Stärke, Zuckerrübenschnitzel, Kakaomasse, rohe Öle u.ä.) enthalten, die nicht zu den Nahrungsmitteln rechnen.

Zur Abgrenzung gegenüber der *Ernährungswirtschaft* (Außenhandelsstatistik) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ERZEUGNISSE DES GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERGEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Erzeugerpreise  
gewerblicher  
Produkte

ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Waren der Warengruppen,  
-zweige und -klassen

Mineralölerzeugnisse Warengruppe 22

Steine und Erden, Asbestwaren,  
Schleifmittel " 25

Eisen und Stahl " 27

NE-Metalle und Metallhalbzeug  
(einschl. Edelmetalle und  
deren Halbzeug) " 28

Gießereierzeugnisse " 29

Erzeugnisse der Ziehereien und  
Kaltwalzwerke Warenzweig 301

Chemische Erzeugnisse Warengruppe 40

Flachglas und Glasfaser Warenzweige 521, 527

Schnittholz, Sperrholz und  
sonstiges bearbeitetes Holz Warengruppe 53Holzschliff, Zellstoff, Papier  
und Pappe " 55

Gummi " 59

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik (WI), Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen  
Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Aus-  
gabe 1982.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen  
den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systemati-  
schen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw.  
des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken bestehen  
geringfügige Abweichungen..

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 wurden die Erzeug-  
nisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes als Er-  
zeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie  
nachgewiesen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERGEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2.1 Außenhandels-  
statistik  
ab 1956

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne  
Waren der Warenklassen Flachglas und Glasfaser.

2.2 Statistik der  
Außenhandels-  
preise  
1954 bis 1980

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.<sup>1)</sup>

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Siehe  
unter 1.

1) Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe  
Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen		
1. Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	B e g r i f f s i n h a l t : Waren der Warengruppen und -zweige		
Januar 1968 bis Juni 1980	Erzeugnisse der Stahlverformung	Warenzweig	302
	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	Warengruppe	31
	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Lokomotiven und Ackerschlepper)	"	32
	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper und Elektrofahrzeuge)	"	33
	Boote und Yachten	"	34
	Elektrotechnische Erzeugnisse	"	36
	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	"	37
	Eisen-, Blech- und Metallwaren	"	38
	Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	"	50
	Fertigteilbauten im Hochbau	"	70
	des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.		
	Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken bestehen geringfügige Abweichungen.		
	Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 sind die Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes als Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien nachgewiesen.		

- 2 -

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
2. Statistik der Außenhandelspreise ab 1954	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wie unter 1, jedoch abzüglich der Warengruppe</p> <p>Boote und Jachten <span style="float: right;">Warengruppe    34</span></p> <p>Die Warengruppe 70 (Fertigteilbauten im Hochbau) ist der Warengruppe 54 (Holzwaren) zugeordnet, da im Index der Außenhandelspreise nur Fertigteilbauten aus Holz berücksichtigt sind und diese nur eine geringe Bedeutung haben. Holzwaren sind der Gruppe <i>Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes</i> zugeordnet.</p> <p>Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.<sup>1)</sup></p>
3. Außenhandelsstatistik ab 1956	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wie unter 1., aber zusätzlich die Warengruppen</p> <p>Wasserfahrzeuge <span style="float: right;">Warengruppe    34</span></p> <p>Luftfahrzeuge (einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräte) <span style="float: right;">"                    35</span></p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Siehe unter 1.</p>
	<p>1) Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2.</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

ERZEUGNISSE DES INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien und *Investitionsgüter* (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte) sind unterschiedlich abgegrenzt: Als Investitionsgüter gelten ausgewählte Warenarten (Sechssteller) des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, die als technisch fertig angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden. Als Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes gelten dagegen ausgewählte Warengruppen (Zweisteller) bzw. Warenzweige (Dreisteller) des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, die von solchen Gewerbebezweigen hergestellt werden, die überwiegend Investitionsgüter produzieren. Dadurch sind in den Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes häufig Warenarten (Sechssteller) enthalten, die nicht als Investitionsgüter gelten, da sie entweder als technisch nicht fertig angesehen werden (z.B. Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile) oder da sie überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden (z.B. in der Warengruppe elektrotechnische Erzeugnisse wie Rundfunk-, Fernseh-, phonotechnische Geräte und Einrichtungen). Andererseits sind wesentliche, als Investitionsgüter geltende Warenarten nicht in den Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes enthalten, da die betreffenden Gewerbebezweige nicht überwiegend Investitionsgüter herstellen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELGEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes und *Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren* sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.<sup>1)</sup>

2. Außenhandelsstatistik  
1956 - 1983

3. Statistik der Außenhandelspreise  
ab 1954

1) Über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und den Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen																																								
Statistik der Außenhandelspreise ab 1950	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Alle Waren der Warengruppen</p> <table> <tr><td>Bergbauliche Erzeugnisse</td><td>Warengruppe 21</td></tr> <tr><td>Mineralölerzeugnisse</td><td>" 22</td></tr> <tr><td>Spalt- und Brutstoffe</td><td>" 24</td></tr> <tr><td>Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel</td><td>" 25</td></tr> <tr><td>Eisen und Stahl</td><td>" 27</td></tr> <tr><td>NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)</td><td>" 28</td></tr> <tr><td>Gießereierzeugnisse</td><td>" 29</td></tr> <tr><td>Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke und der Stahlverformung</td><td>" 30</td></tr> <tr><td>Stahlbauerzeugnisse</td><td>" 31</td></tr> <tr><td>Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)</td><td>" 32</td></tr> <tr><td>Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)</td><td>" 33</td></tr> <tr><td>Elektrotechnische Erzeugnisse</td><td>" 36</td></tr> <tr><td>Feinmechanische und optische Erzeug- nisse, Uhren</td><td>" 37</td></tr> <tr><td>Eisen-, Blech- und Metallwaren</td><td>" 38</td></tr> <tr><td>Musikinstrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.</td><td>" 39</td></tr> <tr><td>Chemische Erzeugnisse</td><td>" 40</td></tr> <tr><td>Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen</td><td>" 50</td></tr> <tr><td>Feinkeramische Erzeugnisse</td><td>" 51</td></tr> <tr><td>Glas- und Glaswaren</td><td>" 52</td></tr> <tr><td>Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz</td><td>" 53</td></tr> </table>	Bergbauliche Erzeugnisse	Warengruppe 21	Mineralölerzeugnisse	" 22	Spalt- und Brutstoffe	" 24	Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	" 25	Eisen und Stahl	" 27	NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	" 28	Gießereierzeugnisse	" 29	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke und der Stahlverformung	" 30	Stahlbauerzeugnisse	" 31	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	" 32	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	" 33	Elektrotechnische Erzeugnisse	" 36	Feinmechanische und optische Erzeug- nisse, Uhren	" 37	Eisen-, Blech- und Metallwaren	" 38	Musikinstrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	" 39	Chemische Erzeugnisse	" 40	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	" 50	Feinkeramische Erzeugnisse	" 51	Glas- und Glaswaren	" 52	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	" 53
Bergbauliche Erzeugnisse	Warengruppe 21																																								
Mineralölerzeugnisse	" 22																																								
Spalt- und Brutstoffe	" 24																																								
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	" 25																																								
Eisen und Stahl	" 27																																								
NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	" 28																																								
Gießereierzeugnisse	" 29																																								
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke und der Stahlverformung	" 30																																								
Stahlbauerzeugnisse	" 31																																								
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	" 32																																								
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	" 33																																								
Elektrotechnische Erzeugnisse	" 36																																								
Feinmechanische und optische Erzeug- nisse, Uhren	" 37																																								
Eisen-, Blech- und Metallwaren	" 38																																								
Musikinstrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	" 39																																								
Chemische Erzeugnisse	" 40																																								
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	" 50																																								
Feinkeramische Erzeugnisse	" 51																																								
Glas- und Glaswaren	" 52																																								
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	" 53																																								

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ERZEUGNISSE DES PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Holzwaren	Warengruppe 54
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	" 55
Papier- und Pappewaren	" 56
Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren	" 57
Kunststofferzeugnisse	" 58
Gummiwaren	" 59
Leder	" 61
Lederwaren und Schuhe	" 62
Textilien	" 63
Bekleidung	" 64
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	" 68
Tabakwaren	" 69

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.<sup>1)</sup>

1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Zwischen den verschiedenen jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen geringfügige Abweichungen.

Vor 1980 wurden Spalt- und Brutstoffe in der Statistik der Außenhandelspreise nicht nachgewiesen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 wurden die Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes als *Industrielle Erzeugnisse* nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :   Zu den Erzeugnissen des Produzierenden Gewerbes zählen die *Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes* (Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte). Die Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes umfassen zusätzlich aber noch die *bergbaulichen Erzeugnisse* (Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte, Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ERZEUGNISSE DES VERARBEITENDEN GEWERBES

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ab 1968	Begriffsinhalt: Waren der Warengruppen Mineralölerzeugnisse Warengruppe 22 Spalt- und Brutstoffe (nur in der Statistik der Außenhandelspreise) " 24 Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel " 25
2. Statistik der Außenhandelspreise ab 1954	Eisen und Stahl " 27 NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug) " 28 Gießereierzeugnisse " 29 Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung " 30 Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge " 31 Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper) " 32 Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper) " 33 Boote und Yachten (nur in der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte) " 34 Elektrotechnische Erzeugnisse " 36 Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren " 37 Eisen-, Blech- und Metallwaren " 38 Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä. " 39 Chemische Erzeugnisse " 40 Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen " 50

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES VERARBEITENDEN GEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Feinkeramische Erzeugnisse	Warengruppe 51
Glas und Glaswaren	" 52
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	" 53
Holzwaren	" 54
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	" 55
Papier- und Pappwaren	" 56
Druckereierzeugnisse	" 57
Kunststofferzeugnisse	" 58
Gummiwaren	" 59
Leder	" 61
Lederwaren und Schuhe	" 62
Textilien	" 63
Bekleidung	" 64
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	" 68
Tabakwaren	" 69
Fertigteilbauten im Hochbau	" 70

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik (WI), Ausgabe 1975.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES VERARBEITENDEN GEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

(materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.<sup>1)</sup>

In der Statistik der Außenhandelspreise sind von Fertigteilbauten **im** Hochbau (Warengruppe 70) nur solche aus Holz berücksichtigt; diese wurden aufgrund ihrer geringen Bedeutung der Gruppe Holzwaren (54) zugeordnet.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Zwischen den verschiedenen jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen geringfügige Abweichungen.

Spalt- und Brutstoffe wurden vor 1980 in der Statistik der Außenhandelspreise nicht nachgewiesen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1980 = 100 wurden die Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes als Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie nachgewiesen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes stellen einen Teil der *Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes* (Statistik der Außenhandelspreise) dar, zu welchen zusätzlich noch die *bergbaulichen Erzeugnisse* (Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise) rechnen. Außerdem zählen bei der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte noch Strom, Gas, Fernwärme und Wasser dazu.

1) Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Erzeugerpreise  
gewerblicher  
Produkte  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Waren der Warengruppen und  
-klassen

Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuckwaren, be- lichtete Filme, Füllhalter u.ä.	Warengruppe	39
Feinkeramische Erzeugnisse	"	51
Hohlglas und veredeltes Flachglas	Warenzweige	522, 524
Holzwaren	Warengruppe	54
Papier- und Pappwaren	"	56
Druckereierzeugnisse	"	57
Kunststofferzeugnisse	"	58
Leder	"	61
Lederwaren und Schuhe	"	62
Textilien	"	63
Bekleidung	"	64

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik (WI), Ausgabe 1970 bzw. 1975, oder des Systemati-  
schen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP),  
Ausgabe 1982.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen  
den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systemati-  
schen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw.  
des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken beste-  
hen geringfügige Abweichungen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 wurden die Erzeug-  
nisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes als Er-  
zeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ERZEUGNISSE DES VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
2.1 Außenhandels- statistik ab 1956	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber anstelle Warenklasse Hohlglas und veredeltes Flachglas die gesamte Warengruppe Glas und Glaswaren (Warengruppe 52).</p>
2.2 Statistik der Außenhandels- preise 1954 bis 1980	<p>In der Statistik der Außenhandelspreise fehlen Preisrepräsentanten für belichtete Filme.</p> <p>Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt: Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.<sup>1)</sup></p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Siehe unter 1.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes sowie <i>Verbrauchsgüter</i> (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte) sind unterschiedlich abgegrenzt: Als Verbrauchsgüter gelten ausgewählte Warenarten aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik, die als technisch fertig angesehen werden und überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden. Als Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes gelten dagegen ausgewählte Warengruppen (Zweisteller) und Warenklassen (Viersteller) aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die</p>

1) Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ERZEUGNISSE DES VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDEN GEWERBES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Industriestatistik, die von solchen Industriezweigen hergestellt werden, die überwiegend Verbrauchsgüter produzieren. Dadurch sind in den Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes häufig Warenarten (Sechssteller) enthalten, die nicht als Verbrauchsgüter gelten, da sie entweder als technisch nicht fertig angesehen werden (z.B. die gesamte Warengruppe 61 (Leder) oder da sie überwiegend von Unternehmen oder vom Staat gekauft werden. Andererseits sind wesentliche, als Verbrauchsgüter geltende Warenarten nicht in den Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes enthalten (z.B. Straßenfahrzeuge, elektrotechnische und chemische Verbrauchsgüter), da die betreffenden Industriezweige nicht dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe zugeordnet sind.



Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
<b>Begriff:</b>  FAMILIENARBEITSKRÄFTE UND STÄNDIGE FAMILIENFREMDE ARBEITSKRÄFTE (IM JAHRESDURCHSCHNITT)	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 2250
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Arbeitskräfte in der Land- wirtschaft ab Wirtschafts- jahr 1964/65	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Personen, die mindestens 14 Jahre alt und in landwirtschaftlichen Betrieben mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind und entweder den Betrieb als Betriebsinhaber leiten oder als deren Familienangehörige im Betrieb mitarbeiten oder als familienfremde Arbeitskräfte in einem auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen.</p> <p>Betriebsinhaber ist diejenige natürliche Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird.</p> <p>Zu den Familienangehörigen rechnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- alle Personen, die mit dem Betriebsinhaber verwandt oder verschwägert sind und die während des Berichtszeitraums (Wirtschaftsjahr), wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören,</li> <li>- ferner Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die im Berichtszeitraum einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt angehören, sofern ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb bezogen wird.</li> </ul> <p>Zu den familienfremden Arbeitskräften zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bei Betrieben in der Hand von natürlichen Personen: im Betrieb beschäftigte Personen, die nicht mit dem Betriebsinhaber verwandt oder verschwägert sind, sowie im Betrieb beschäftigte Familienmitglieder des Betriebsinhabers, die nicht zu den Familienangehörigen im o.g. Sinne zählen;</li> <li>- bei Betrieben in der Hand von juristischen Personen: alle auf dem Betrieb beschäftigten Personen.</li> </ul> <p>Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle Arbeiten, die für den landwirtschaftlichen Betrieb (einschl. verarbeiten den Nebenbetriebe) geleistet werden, z. B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken), Transport landwirtschaft-</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  FAMILIENARBEITSKRÄFTE UND STÄNDIGE FAMILIENFREMDE ARBEITSKRÄFTE (IM JAHRESDURCHSCHNITT)	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 2250
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>licher Produkte bzw. Bedarfserzeugnisse, Betriebsführung (einschl. Buchführung).</p> <p>Nicht hierzu rechnen Personen, die ausschließlich im Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt sind (mit der Beköstigung und Versorgung der auf dem Betrieb lebenden Personen, mit Wäsche und Wohnungspflege, Arbeiten im Hausgarten und dgl.) oder die ausschließlich Tätigkeiten außerhalb des Betriebes ausüben (z.B. in einem Gewerbebetrieb des Betriebsinhabers, wie Gastwirtschaft, Metzgerei oder in einem fremden Forstbetrieb oder dgl.).</p> <p>Die Zahl der Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte im Jahresdurchschnitt (Wirtschaftsjahr) wird als arithmetisches Mittel aus den Zahlen der Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den einzelnen Berichtsmonaten ermittelt.</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bis einschl. 1967 wurden auch Arbeitskräfte der genannten Personenkreise mitgezählt, die nur im Haushalt des Betriebsinhabers tätig waren.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :   Im Unterschied zu den Familienarbeitskräften und ständigen familienfremden Arbeitskräften (im Jahresdurchschnitt) umfassen die Familienarbeitskräfte (im Erhebungsmonat) (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) nur die Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen, nicht aber familienfremde Personen. Die Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte werden hier für den Durchschnitt des jeweiligen Wirtschaftsjahres, die Familienarbeitskräfte jeweils für den Monat Oktober nachgewiesen.</p> <p>Zu den nichtständigen familienfremden Arbeitskräften (im Jahresdurchschnitt) (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) zählen im Gegensatz zu den Familienarbeitskräften und ständigen familienfremden Arbeitskräften alle jene familienfremden Arbeitskräfte, die in einem auf weniger als drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen. Beide genannten Personenkreise werden hier im Jahresdurchschnitt nachgewiesen.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENARBEITSKRÄFTE UND STÄNDIGE FAMILIENFREMDE  
ARBEITSKRÄFTE (IM JAHRESDURCHSCHNITT)

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

2250

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zwischen der Zusammenfassung der Familienarbeitskräfte und der ständigen und nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte einerseits und der Gruppe der *Tätigen Personen* bzw. *Beschäftigten* (beide verschiedene Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählungen) andererseits bestehen verschiedene Unterschiede in der begrifflichen Abgrenzung: Die *Tätigen Personen* und *Beschäftigten* werden vorwiegend nach ihrer Stellung im Beruf/Betrieb unterschieden (in *Tätige Inhaber*, *Mithelfende Familienangehörige*, *Arbeiter*, *Angestellte*, *Beamte*, *Auszubildende*), die Arbeitskräfte in den Landwirtschaftsstatistiken in Familien- und familienfremde Arbeitskräfte gegliedert. Im besonderen ist die Gruppe der *Tätigen Inhaber/Mithelfenden Familienangehörigen* anders abgegrenzt als die der Familienarbeitskräfte. Zu Einzelheiten hierzu siehe unter Familienarbeitskräfte (im Erhebungsmonat).

Zur Abgrenzung der Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte gegenüber den *Erwerbstätigen* (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK-Nr.:
FAMILIENMITGLIEDER	GBK-Nr.(n): 1132

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Wohngeldstatistik  
ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t : Familienmitglieder eines Wohngeldempfängerhaushalts sind der *Wohngeldempfänger* selbst sowie seine Familienangehörigen, die bei der Gewährung von Wohngeld berücksichtigt werden.

Wohngeldempfänger sind Personen, die im Berichtszeitpunkt einen bewilligten Anspruch auf die Gewährung von Wohngeld haben.

Antragberechtigt für die Gewährung von Wohngeld sind im allgemeinen Mieter und Nutzungsberechtigte von Wohnraum, Wohnbesitzberechtigte sowie Eigentümer im eigenen Haus, Eigentümer von Eigentumswohnungen, und Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts.

Treffen die Voraussetzungen auf mehrere Haushaltsmitglieder zu, ist jeweils nur der Haushaltsvorstand antragberechtigt, d.i. dasjenige Familienmitglied, das im Zeitpunkt der Antragstellung den größten Teil der Unterhaltskosten für die zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder trägt. Ein zum Haushalt des Antragberechtigten rechnendes Familienmitglied ist selbst nicht antragberechtigt.

Als Familienmitglieder des Antragberechtigten gelten der Ehegatte, Verwandte und Verschwägte in gerader Linie, Verwandte und Verschwägte zweiten und dritten Grades in der Seitenlinie, durch Ehelichkeitserklärung mit dem Antragsteller verbundene Personen, Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter sowie Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt des Antragberechtigten, wenn sie mit ihm eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, d.h. Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen. Dies gilt auch dann, wenn sie vorübergehend abwesend sind. Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, wenn der Familienhaushalt auch während der Abwesenheit Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen bleibt (z.B. solange die abwesenden Angehörigen noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden).

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n):
FAMILIENMITGLIEDER	1132
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>Nachgewiesen werden Wohngeldempfängerhaushalte, gegliedert nach der Zahl der Familienmitglieder (Haushalte von <i>Alleinstehenden</i> und mit 2, 3, 4 sowie 5 und mehr Familienmitgliedern).</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis 1977 galten auch durch Annahme <i>an</i> Kindes Statt mit dem Antragberechtigten verbundene Personen sowie nichteheliche Kinder des Antragberechtigten als dessen Familienangehörige.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Da Wohngeld nur dem jeweils antragberechtigten Haushalts- (Familien-) Mitglied gewährt werden kann, können Wohngeldempfänger auch als Haushalte aufgefaßt werden, die Wohngeld beziehen; sie können daher nach der Größe des Haushalts (Zahl der Familienmitglieder) untergliedert werden. Jedoch bestehen zwischen einem Haushalt mit mehreren Familienmitgliedern, der Wohngeld bezieht, und einem <i>Mehrpersonenhaushalt</i> (Volks- und Berufszählung 1970) sowie einer <i>Mehrpersonenwohnpartei</i> (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) Unterschiede in der begrifflichen Abgrenzung: Zu einem Wohngeldempfängerhaushalt zählen neben dem Antragsteller nur solche Familienmitglieder, die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt werden; in der Bevölkerungs- und Wohnungsstatistik rechnen dagegen alle zusammenwohnenden und gemeinsam wirtschaftenden Personen zu einem Privathaushalt bzw. einer Wohnpartei, ohne Rücksicht auf eine verwandtschaftliche Beziehung. U.U. können daher zu einem Privathaushalt bzw. einer Wohnpartei mehrere Wohngeldempfängerhaushalte rechnen. Zu beachten ist jedoch, daß Wohngeld nur für jeweils eine Wohnung der Antragberechtigten gewährt werden kann, während zu den Personen in Privathaushalten auch Personen rechnen, für die der betreffende Haushalt ein zweiter Wohnsitz darstellt (z.B. bei Studenten mit zweiter Unterkunft am Studienort, bei Handlungsreisenden usw.).</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## FAMILIENSTAND

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Volks- und Berufszählung 1970	B e g r i f f s i n h a l t : Zugehörigkeit von Personen zu einer der folgenden vier Gruppen: Ledige, Verheiratete, Verwitwete oder Geschiedene.
2. Volks- und Berufszählung 1961	Personen, deren Ehegatte vermißt, aber noch nicht für tot erklärt worden ist, gelten als verheiratet, Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Personen, deren Ehe durch ein Gerichtsurteil aufgehoben worden ist, gelten als geschieden. Personen, deren Ehe als nichtig erklärt worden ist, werden mit ihrem Familienstand vor der Eheschließung erfaßt.
3. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ab 1950	Leben die Ehepartner getrennt, ohne daß eine gerichtliche Scheidung ausgesprochen ist, sind sie als verheiratet anzusehen, ebenso alle in Scheidung lebenden Personen, solange das Scheidungsurteil noch nicht vorliegt.
4. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung ab 1970	
5. Mikrozensus ab 1964	

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

## FLÄCHEN ANDERER NUTZUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Flächen, die nicht mit einer anderen, im Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihren Begriffsbestimmungen (Nutzungsartenverzeichnis) genannten Nutzungsart bezeichnet werden können (siehe hierzu auch unter *Gesamtfläche*).

Hierzu gehört auch Unland, d.h. Flächen, die nicht geordnet genutzt werden (Felsen, Steinriegel, größere Böschungen, Dünen und stillgelegtes Abbauland).

Böschungen im Zusammenhang mit Straßen, Wegen oder *Wasserflächen* zählen zu den *Verkehrs-* bzw. *Wasserflächen* und werden jeweils dort nachgewiesen.

Heide- und Moorflächen werden bei der *Landwirtschaftsfläche* nachgewiesen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## FORSTPFLANZEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Baumschul-  
erhebung

ab 1964

B e g r i f f s i n h a l t : Laub- oder Nadelholzpflanzen,  
die zu Zwecken der Aufforstung herangezogen werden.

Die Forstpflanzen werden nach Arten, Alter und Anzuchtverfahren (Sämlinge, verschulte Pflanzen) erfaßt.

Als Sämlinge gelten Pflanzen, die aus Samen gezogen und bis zum Verkauf nicht verpflanzt (verschult) worden sind.

Als verschulte Pflanzen gelten solche, die im Verlauf der Anzucht ein- oder mehrmals auf einen anderen Standort verpflanzt wurden. Sie können aus Samen oder Steckholz gezogen sein.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Laub- oder Nadelholzpflanzen, die für Pflanzungen in Ziergärten, Parkanlagen oder für sonstige nichtforstliche Zwecke herangezogen werden, sind nicht unter Forstpflanzen sondern unter *Ziergehölzen* erfaßt.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

**Begriff:**

FORSTWIRTSCHAFT

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

2720

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-  
zählung 1971  
(Vollerhebung)

**B e g r i f f s i n h a l t :** *Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe*, die in ihrem Produktionsbereich Forstwirtschaft einen Standarddeckungsbeitrag erwirtschaften, der gleich oder größer als 75 % des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes ist.

Der Produktionsbereich Forstwirtschaft umfaßt die Waldflächen, Forsten, Holzungen sowie die Korbweidenanlagen, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Zu Einzelheiten der Zuordnung von Frucht- bzw. Vieharten zu den Produktionszweigen und -bereichen sowie zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge siehe unter *Betriebssystematik*.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Forstwirtschaft und *Forstbetriebe* (Landwirtschaftszählung 1971, Bodennutzungsvorerhebung) sind beide Untergliederungen der *landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe* (Landwirtschaftszählung 1971), sind aber unterschiedlich abgegrenzt:

Zur Forstwirtschaft rechnen Betriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt in der Forstwirtschaft (in der Abgrenzung der Betriebssystematik); der wirtschaftliche Schwerpunkt wird bestimmt durch das Verhältnis der von den verschiedenen Produktionsbereichen des Betriebes erwirtschafteten Standarddeckungsbeiträge zum Standarddeckungsbeitrag des Betriebes. 1)

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie B, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Landwirtschaftszählung 1971, Heft 5, Betriebsklassifizierung und Betriebseinkommen, S. 21 f.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  FORSTWIRTSCHAFT	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 2720
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Forstbetriebe sind dagegen Betriebe mit der Hauptproduktionsrichtung Forstwirtschaft; die Hauptproduktionsrichtung wird bestimmt durch das Flächenverhältnis zwischen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Waldfläche eines Betriebes: Ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche eines Betriebes kleiner als 10 % seiner Waldfläche, dann gilt der Betrieb als Forstbetrieb.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## FORTZÜGE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wanderungs-  
statistik  
ab 1957

**B e g r i f f s i n h a l t :** Behördliche Abmeldungen von Personen, die in einer Gemeinde ihre Hauptwohnung aufgegeben haben und sich in einer anderen Gemeinde mit Hauptwohnung angemeldet haben und dort als Zuzüge erfaßt werden.

Einbezogen werden nur Personen, die zur *Bevölkerung* gehören. Gezählt wird jeder Fortzug einer Person innerhalb des Berichtszeitraums. Wohnungswechsel innerhalb einer Gemeinde (Ortsumzüge) werden nicht erfaßt.

Gäste in Beherbergungsstätten u.ä. und Besucher bei Verwandten und Bekannten werden nur erfaßt, wenn ihr Aufenthalt in der betreffenden Gemeinde gemäß den jeweiligen landesrechtlichen Meldebestimmungen von längerer Dauer ist und sie der Meldebehörde tatsächlich gemeldet werden.

Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung und Ersatzdienstleistende bleiben, da für sie keine Meldepflicht besteht, unberücksichtigt.

Nicht erfaßt werden auch bestimmte in Anstalten untergebrachte Personen (z.B. Patienten in Krankenhäusern usw.), Angehörige des konsularischen Dienstes und der ausländischen Stationierungsstreitkräfte, Seeleute und Binnenschiffer, Zeit- und Berufssoldaten bei vorübergehender Abwesenheit vom Standort und ähnliche Sonderfälle (vgl. auch *Bevölkerung*).

Jede Person, die ihre Hauptwohnung von einer im Bundesgebiet gelegenen Gemeinde in eine andere verlegt, wird in der neuen Gemeinde als Zuzug und in der bisherigen als Fortzug gezählt (Binnenwanderung). Personen, die ins Ausland ziehen, werden abweichend von dieser Regelung nur dann gezählt, wenn sie ihren im Bundesgebiet gelegenen Wohnsitz aufgeben; sie werden dann lediglich als Fortzug gezählt. Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes (einschl. Berlin (West)) werden als Bundesaußenwanderung bezeichnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

FORTZÜGE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ein *Ausländer*, der sich von seiner Hauptwohnung nach "Unbekannt" abmeldet, wird nur als Fortzug erfaßt und daher zur Bundesaußenwanderung gerechnet.

*Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f* : Bis einschl. 1964 rechneten auch die Wanderungen zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet zur Bundesaußenwanderung.

Bis April 1983 galt auch die Abmeldung von einer Nebenwohnung als Fortzug. Meldete sich jemand von seiner Nebenwohnung nach "Unbekannt" ab, wurde er gleichfalls als Fortzug und damit als Zuzug in der Gemeinde, in der seine Hauptwohnung lag, berücksichtigt.

*B e g r i f f s b e z i e h u n g e n* : Der Unterschied zwischen der Zahl der Fortzüge und der Zuzüge (Wanderungsstatistik) stellt für jede Gemeinde den Wanderungssaldo dar. Da im Rahmen der Binnenwanderung in der Regel für jeden Fortzug ein Zuzug ausgewiesen wird, stellt die Differenz zwischen der Zahl der Fortzüge und der Zuzüge, bezogen auf das Bundesgebiet, den Saldo der Bundesaußenwanderung dar.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
FRACHTEINNAHMEN DES DEUTSCHEN GEWERBLICHEN GÜTERFERNVERKEHRS	GBK - Nr(n): 865

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistiken des  
gewerblichen  
Güter- und Möbel-  
fernverkehrs und  
des Werkfern-  
verkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte für Beförderungslei-  
stungen deutscher Lastfahrzeuge im *gewerblichen Fernverkehr*.

Erfaßt werden nur Frachteinnahmen aus dem Binnenfernverkehr.  
Er umfaßt den Verkehr innerhalb des Bundesgebietes einschl.  
Berlin (West) und den Wechselverkehr mit der Deutschen Demo-  
kratischen Republik, sofern diese Fahrten mit Fahrzeugen durch-  
geführt werden, die ihren Standort im Bundesgebiet haben.

Als Entgelte werden die in den Frachtbriefen ausgewiesenen  
Einnahmen einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer angesetzt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl.  
Oktober 1971 waren neben den Frachteinnahmen aus dem Binnen-  
fernverkehr auch Frachteinnahmen aus dem grenzüberschreitenden  
gewerblichen Fernverkehr deutscher Fahrzeuge enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Frachteinnahmen  
des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs sind vergleichbar  
abgegrenzt wie die *Verkehrseinnahmen (Expreßgut-, Güterverkehr)*  
(Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförde-  
rung auf Eisenbahnen)).

**Statistisches Informationssystem des Bundes  
(STATIS-BUND)**

# **Definitionskatalog**

**Definitionen**

**G-0**

Arbeitsunterlage

Ausgabe Juli 1982

einschl. Ergänzungslieferungen Juli 1983, Juli 1984 und Juli 1985

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Schutzgebühr für den gesamten Katalog: 45,- DM

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GASTHÖFE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr  ab 1981</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Beherbergungs- und Bewirtungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen außer dem Gastraum keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.</p> <p>Erfaßt werden nur Gasthöfe mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.</p> <p>Nicht mit einbezogen werden Speise- und Schankwirtschaften, <i>Erholungs- und Ferienheime</i> sowie Hütten, die nicht als Gasthof betrieben werden, sondern die vorwiegend Angehörige bestimmter Personenkreise (z.B. Mitglieder eines Vereines oder einer Organisation) zu meist kurzfristigem Aufenthalt aufnehmen und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.</p>
<p>2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten  1960 bis 1980</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen 5 000 Gästeübernachtungen im Jahr.</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Bis einschl. März 1971 wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GASTSTÄTTENGEWERBE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1667

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Gastgewerbe-  
statistik  
01.01.63

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Gaststättengewerbe rechnen Gast- und Speisewirtschaften, Bahnhofswirtschaften, Cafés, Bars, Tanz- und Vergnügungslokale, Kantinen, Eisdielen sowie Trink- und Imbißhallen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) waren Kantinen, Eisdielen, Trink- und Imbißhallen nicht beim Gaststättengewerbe einbezogen.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

GASTSTÄTTEN- UND BEHERBERGUNGSGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gastgewerbe-  
statistik  
ab 1963

**B e g r i f f s i n h a l t :** Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe umfaßt sowohl die Beherbergung als auch die Bewirtung von Gästen.

Zum Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe rechnen Gast- und Speisewirtschaften, Bahnhofswirtschaften, Cafés, Bars, Tanz- und Vergnügungslokale, Kantinen, Eisdielen, Trink- und Imbißhallen sowie Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Erholungs- und Ferienheime, Ferienzentren, Ferienwohnungen, Hütten, Campingplätze und Privatquartiere.

Nicht einbezogen werden Schlaf- und Speisewagenbetriebe.

**Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :**  
Bis einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) waren Erholungs- und Ferienheime, Kantinen, Eisdielen, Trink- und Imbißhallen und bis einschl. 1979 Campingplätze, alle Heime, die nicht als Unternehmen betrieben werden, sowie Heime, die als Unternehmen betrieben werden, jedoch nicht zu den o.g. Fremden-, Erholungs- und Ferienheimen rechnen, nicht einbezogen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe und *Gastgewerbe* (Handels- und Gaststättenzählung 1979) sind gleich abgegrenzt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GASVERBRAUCH

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Monatsbericht für  
Unternehmen und  
Betriebe im Berg-  
bau und im Verar-  
beitenden Gewerbe  
ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Verbrauch von Orts-, Kokerei- und Ferngas sowie Erdgas im Berichtszeitraum, unabhängig davon, ob es zur Erzeugung von Wärme oder als Rohstoff für die Produktion eingesetzt wurde.

Zum Orts-, Kokerei- und Ferngas rechnen sämtliche Bezüge von Gasversorgungsunternehmen und Kokereien einschl. Mischungen aus Erdgas und anderen Gasarten, jedoch ohne reines Erdgas. Zum Erdgas rechnen reines Erdgas und Erdölgas.

Nicht berücksichtigt sind die Verbrauchsmengen an Generatorgas, Methangas, Flüssiggas, Raffineriegas, Gichtgas und alle übrigen Gase, sofern diese selbst erzeugt oder in unveränderter Form bezogen wurden.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  GASVERSORGUNGSUNTERNEHMEN FACHLICHE UNTERNEHMENSTEILE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):  483
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung  01.01.62 - 31.12.74	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen <sup>1)</sup> als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung gelten.</p> <p>Als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung gelten nach den gesetzlichen Bestimmungen Unternehmen, die andere Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Haushalte u.a.) mit Gas versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben. Sie stehen hinsichtlich ihrer Investitionen und der Gestaltung der Tarife und der allgemeinen Geschäftsbedingungen unter staatlicher Aufsicht und unterliegen der allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht. Im einzelnen zählen dazu die Ortsgasversorgungsunternehmen, die Ferngasgesellschaften, die Kokereien und die Erdgas- und die Erdölgasgewinnungsunternehmen.</p> <p>Unternehmen, die nur teilweise oder im Nebenbetrieb öffentliche Gasversorgung betreiben, gelten mit ihrem fachlichen Unternehmensteil als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung, auch wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt des gesamten Unternehmens außerhalb der Gasversorgung liegt.</p> <p>Die vorwiegend auf Deckung des Eigenbedarfs gerichtete Gaserzeugung in der Industrie und die Erzeugung technischer Industriegase rechnen nicht zur öffentlichen Gasversorgung. Die Entscheidung, ob ein Unternehmen als öffentliches Gasversorgungsunternehmen anzusehen ist, steht im Einzelfall dem Bundeswirtschaftsminister zu.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1965 waren die Erdgas- und Erdölgewinnungsunternehmen nicht in die öffentliche Gasversorgung einbezogen.</p>
1) Vgl. Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft v. 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451).	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GEBÄUDE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 519

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Alle folgenden  
Statistiken

**B e g r i f f s i n h a l t :** Freistehende Bauwerke oder Bauwerke, die durch Brandmauern von angrenzenden Bauwerken getrennt sind.

Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern gilt jeder Bauteil, der von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennwand geschieden ist, als ein selbständiges Gebäude. Großbauten mit mehreren Eingängen gelten als ein Gebäude, wenn sie nicht durch durchgehende Trennmauern aufgeteilt sind.

Nicht als Gebäude gelten Hallen ohne Wände (z.B. Lagerhallen) und freistehende selbständige Konstruktionen.

1. Statistik der  
Baugenehmigungen  
ab 1955

**B e g r i f f s i n h a l t :** Erfasst werden Gebäude, für die die zuständigen Behörden eine Bauerlaubnis erteilt haben, auch wenn es sich um eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilbaugenehmigung handelt.

Gebäude, die von Bund oder Ländern errichtet werden und für die die Baubehörden lediglich ihre Zustimmung geben müssen, zählen ebenfalls zu den genehmigten Gebäuden.

Nichtwohnbauten ohne Wohnraum unter 350 m<sup>3</sup> umbauten Raum bzw. mit veranschlagten reinen Baukosten unter 25 000 DM (sog. Bagatellbauten) werden nicht erfasst.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Bis einschl. 1964 galten Bauten mit weniger als 100 m<sup>3</sup> umbauten Raum bzw. weniger als 5 000 DM veranschlagten reinen Baukosten als Bagatellbauten und wurden als solche nicht erfasst.

2. Statistik der  
Baufertigstellungen  
ab 1955

**B e g r i f f s i n h a l t :** Erfasst werden bezugsfertige Gebäude, bei denen die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen sind.

Gebäude, bei denen lediglich noch Schönheitsarbeiten vorzunehmen sind, gelten als fertiggestellt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DFK-Nr.:

GEBÄUDE

GBK-Nr.(n):

519

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Statistik des  
Bauüberhanges  
ab 1955

Bezüglich des Zeitpunkts der Fertigstellung ist die Ingebrauchnahme und nicht die baupolizeiliche Schlußabnahme entscheidend.

B e g r i f f s i n h a l t : Erfaßt werden Gebäude, die genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt sind.

Bezüglich der Genehmigung und Fertigstellung von Gebäuden siehe oben unter 1. und unter 2.

4. Gebäude und  
Wohnungszählung  
1968

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Gebäuden rechnen alle *Wohngebäude, sonstigen Gebäude* (mit Wohnraum) sowie *Wochenend- und Ferienhäuser* mit 50 m<sup>2</sup> oder mehr Wohnfläche.

Gebäude ohne Wohnraum sind nicht einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GEBÄUDE- UND FREIFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Flächen mit Gebäuden und baulichen Anlagen sowie unbebaute Flächen (Freiflächen), die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind.

Hierbei wird u.a. unterschieden zwischen Gebäude- und Freiflächen, die vorherrschend Wohnzwecken und solchen, die vorherrschend gewerblichen und industriellen Zwecken dienen.

Bei einem Betriebsgelände gehören auch Verwaltungsgebäude, betriebliche Sozialeinrichtungen, Wohngebäude für Betriebsinhaber, Hausmeister, Pförtner usw., Stellplätze und Garagen, soweit sie mit den eigentlichen Betriebsanlagen räumlich zusammenliegen, ferner Werkstraßen, Gleisanlagen, Lagerplätze und Verladerampen zu den Gebäude- und Freiflächen für Gewerbe und Industrie.

Zu den unbebauten Flächen zählen Vorgärten, Hausgärten, Spielplätze, Stellplätze und andere Flächen, soweit sie nicht wegen eigentständiger Verwendung nach ihrer tatsächlichen Nutzung auszuweisen sind.

Unbebaute Flächen gelten gewöhnlich als der Bebauung untergeordnet, wenn sie das 10-fache der bebauten Fläche nicht überschreiten. Flächen bis zu 0,2 ha gelten bei der o.g. Nutzung als der Bebauung untergeordnet.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  GEBÄUDE- UND HOFFLÄCHE	OFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 613
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<b>Bodennutzungs- vorerhebung</b> 01.01.50 - 31.12.76	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Die Gebäude- und Hoffläche umfaßt neben der eigentlichen Gebäude- und Hoffläche auch Industriegelände, Lager- und Stapelplätze u.ä.</p> <p>Bei der Gebäude- und Hoffläche handelt es sich weitgehend um die im Reichskataster unter "Hof- und Gebäudeflächen" und "Betriebsgebäude" ausgewiesenen Flächen.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN, SOZIAL- VERSICHERUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 907
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeughän- gerbstandes  01.01.52	<p>             B e g r i f f s i n h a l t :    Bund, Länder und Gemeinden              zuzüglich der Sozialversicherung.           </p> <p>             Zu den Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, rechnen auch              ausländische diplomatische Vertretungen und Konsularbeamte.           </p> <p>             In der Statistik des Kraftfahrzeug- und des Kraftfahrzeughän-              gerbstandes werden Fahrzeugbestände nachgewiesen, die von              Gebietskörperschaften, Sozialversicherung gehalten werden. Als              Fahrzeughalter gilt derjenige, für den das Fahrzeug zugelassen              wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeugs müssen nicht              identisch sein.           </p> <p>             Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Im Jahre 1954              sind die Krafträder der Gebietskörperschaften in die Angaben              für die Beamten einbezogen. Bis einschl. 1962 wurde die Sozial-              versicherung nicht zu den Gebietskörperschaften, Sozialversiche-              rung, gerechnet. Die Einbeziehung ab 1963 berührt aus erhe-              bungstechnischen Gründen die Angaben für mehrere nachfolgende              Jahre.           </p>

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  GEBÜHREN, SONSTIGE ENTGELTE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7009
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Jahresrechnungsstatistik 1950 bis 1973</p> <p>2. Haushaltsansatzstatistik ab 1970</p> <p>3. Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft ab 1974</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Einnahmeart mit den Einnahmen aus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Öffentlich-rechtlichen Entgelten für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen im engeren Sinne (Verwaltungsgebühren),</li> <li>- Entgelten für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen (Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte),</li> <li>- zweckgebundenen Abgaben (z.B. Kurtaxe).</li> </ul> <p>In der Vierteljahresstatistik liegen für die Gemeinden/Gv. keine gesonderten Angaben vor.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In der Jahresrechnungsstatistik sind die Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten bis zum Rechnungsjahr 1973 als eigene Einnahmeart nachgewiesen, während sie ab dem Rechnungsjahr 1974 bei den <i>sonstigen laufenden Einnahmen</i> mit enthalten sind. Unterschiede im Nachweis der Gebühren, sonstigen Entgelten und damit auch der sonstigen laufenden Einnahmen ergeben sich dadurch, daß</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Benutzungsgebühren und sonstige Entgelte für Leistungen der Wirtschaftsunternehmen bei den Gemeinden/Gv. in den Rechnungsjahren bis 1973 und bei Bund und Ländern in den Rechnungsjahren bis 1969 nicht hier, sondern unter den <i>Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit</i> nachgewiesen sind;</li> <li>- die Einnahmen der Gemeinden/Gv. aus Geldbußen und Geldstrafen in den Rechnungsjahren bis 1973 hier und ab 1974 bei den <i>Zuschüssen und Schuldendiensthilfen von anderen Bereichen</i> enthalten sind;</li> </ul>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GEBÜHREN, SONSTIGE ENTGELTE		DFK-Nr.:
		GBK-Nr.(n): 7009
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
<p>- die Einnahmen der Gemeinden/Gv. aus Erschließungsbeiträgen und anderen Abgaben für Investitionen in den Rechnungsjahren bis 1973 hier und ab 1974 bei den <i>Zuschüssen für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen von anderen Bereichen</i> nachgewiesen sind.</p> <p>In der Haushaltsansatzstatistik sind in den Jahren bis 1973 hier auch die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen generell und die Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen der Gemeinden/Gv. nachgewiesen.</p>		

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GEHALTENE TIERE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Viehzählungen  
ab 1950

**B e g r i f f s i n h a l t :** Bestände an Vieh im unmittelbaren Besitz eines Viehhalters ohne Rücksicht auf das Eigentum oder die sonstigen Rechtsgründe des Besitzverhältnisses.

Dazu rechnet alles Vieh, das in den Ställen und auf den Flächen von Viehhaltungen landwirtschaftlicher oder gewerblicher Art, z.B. in *landwirtschaftlichen Betrieben* oder bei Händlern und Schlachtern steht einschl. der auf dem Transport befindlichen Tiere. Krankes Vieh ist miteinbezogen, auch wenn mit seinem Eingehen gerechnet wird.

Nach der Tierart werden *Pferde*, *Rindvieh* (darunter: *Milchkühe*), *Schweine* (darunter: *Zuchtsauen*), *Schafe*, *Hühner* insgesamt (darunter: *Legehennen*) und sonstiges Geflügel ausgewiesen.

Milchkühe sind Tiere, die zur *Erzeugung von Kuhmilch* für den Verkauf oder für die eigene Ernährung gehalten werden einschl. der trockenstehenden und abgemolkenen Milchkühe aber ausschl. der *Ammen- und Mütterkühe*.

Zuchtsauen umfassen trächtige und nicht trächtige jedoch zur Zucht bestimmte Sauen mit einem Lebendgewicht von 50 kg und mehr ausschl. der ausgemerzten Zuchttiere.

Als Legehennen werden nur solche Tiere erfaßt, die ein halbes Jahr alt oder älter sind, nicht aber die zur Aufzucht als Legehennen bestimmten Küken und Junghennen unter einem halben Jahr.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe *gehaltene Tiere* und *Viehbestand* (Landwirtschaftszählung 1971) bezeichnen prinzipiell den gleichen Tatbestand. Während jedoch in den Viehzählungen alle Viehhalter, d.h. alle Haushalte und Betriebe, die Tiere mindestens einer Viehkategorie besitzen, Erhebungseinheiten darstellen, werden in der Landwirtschaftszählung 1971 nur Viehbestände von landwirtschaftlichen Betrieben erhoben. Bei kleinräumlicher Gliederung ist ein weiterer Unterschied zu beachten. In der Landwirtschaftszählung werden Viehbestände

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GEHALTENE TIERE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

nach dem abgewandelten Betriebsprinzip erfaßt, d.h. das auf den Flächen und in den Ställen landwirtschaftlicher Betriebe befindliche - eigene und fremde - Vieh wird am Ort des Betriebssitzes nachgewiesen. In den Viehzählungen wird dagegen beim Nachweis der Viehbestände das Standortprinzip angewandt; danach wird das - eigene und fremde - Vieh an der Stelle nachgewiesen, an der es sich zum Zeitpunkt der Erhebung befindet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GEHALTSUMME

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher  
Industriebericht  
1950 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Angestellten einschließlich der kaufmännisch und technisch Auszubildenden ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung.

2. Monatsbericht  
für Unternehmen  
und Betriebe im  
Bergbau und im  
Verarbeitenden  
Gewerbe  
ab 1970

In die Gehaltssumme einbezogen sind u.a. Gehaltzuschläge, Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Gehaltfortzahlungen im Krankheitsfalle einschl. Zuschüsse zum Krankengeld, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, Gratifikationen, Provisionen, Tantiemen sowie die Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern soweit sie steuerlich als *Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit* anzusehen sind.

Nicht einbezogen sind u.a. allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen), Vergütungen, die als Spesenersatz (z.B. Trennungsentschädigung) anzusehen sind, Ruhegelder, Betriebspensionen sowie Aufwendungen zur betrieblichen Altersversorgung.

Zu den Angestellten zählen alle Personen, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen einschl. der kaufmännisch und technisch Auszubildenden. Zu den kaufmännisch und technisch Auszubildenden rechnen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Normalerweise mündet die Ausbildung dieser Personen in einen Angestelltenberuf ein.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1962 in der Gehaltssumme enthalten.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Gehaltssumme und *Bruttogehaltssumme* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) bezeichnen annähernd gleiche Begriffe. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß für die Zuordnung zu den

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GEHALTSUMME

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Angestellten bei der Ermittlung der Bruttogehaltssumme im Monatlichen Baubericht und im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe nicht die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung sondern die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend ist. Die Bruttogehaltssumme umfaßt in diesen Statistiken deshalb nicht die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister.

Im Unterschied zur Gehaltssumme umfaßt die *Lohnsumme* (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bzw. die *Bruttolohnsumme* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) die entsprechende Summe der Bruttobezüge der Arbeiter einschl. der gewerblich Auszubildenden.

Addiert man die Lohnsumme und Gehaltssumme bzw. die Bruttolohnsumme und Bruttogehaltssumme so sind diese Summen vergleichbar abgegrenzt wie die Löhne und Gehälter für 1969 (Arbeitsstättenzählung 1970) und die *Bruttolohn- und Gehaltssumme* (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes). Zu beachten ist jedoch, daß in den Löhnen und Gehältern für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten enthalten sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GEISTES- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 3343
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Studien- und Berufswünsche  1972 bis 1979	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung folgender Studienbereiche an Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Philosophie,</li> <li>- Geschichte,</li> <li>- Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik,</li> <li>- Altphilologie (Klass. Philologie, Neugriechisch),</li> <li>- Germanistik (Deutsch, germanische Sprachen, ohne Anglistik),</li> <li>- Anglistik, Amerikanistik,</li> <li>- Romanistik,</li> <li>- Slawistik, Baltistik, Finno-Ugristik,</li> <li>- Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften,</li> <li>- Psychologie,</li> <li>- Erziehungswissenschaften,</li> <li>- Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein,</li> <li>- Sport,</li> <li>- Lehrerstudium für Grundschulen und Sonderschulen, sofern nicht bestimmten Fächern oder Studienbereichen zuzuordnen.</li> </ul> <p>Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Geistes- und Sprachwissenschaften zu studieren.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Fächergruppe Geistes- und Sprachwissenschaften umfaßt im Unterschied zur Fächergruppe <i>Sprach- und Kulturwissenschaften</i> (Statistik der Studien- und Berufswünsche, ab 1976) zusätzlich den Studienbereich Sport. Dagegen ist der Studienbereich Theologie nur bei der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften enthalten.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GELDSPENDEN, ÜBERTRAGUNGEN AN ANDERE PRIVATE HAUSHALTE, SONSTIGE ÜBERTRAGUNGEN U.Ä.		DFK-Nr.:
		GBK-Nr.(n): 6498
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Wirtschafts- rechnungen ausge- wählter privater Haushalte  ab 1965	<p>             B e g r i f f s i n h a l t :    Je Haushalt und Monat ge-              leistete Geldspenden und sonstige einmalige Übertragungen              an private Organisationen ohne Erwerbscharakter, Zahlun-              gen an andere private Haushalte sowie sonstige geleistete              Übertragungen.           </p> <p>             Zu den privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter zäh-              len insbesondere kirchliche, kulturelle und ähnliche Ein-              richtungen; einbezogen sind auch Geldspenden bei Straßen-              sammlungen. Zu den Übertragungen an andere Haushalte rech-              nen Unterstützungs- und Unterhaltszahlungen an nicht im              Haushalt lebende Familienangehörige (z.B. Studierende),              an geschiedene Ehepartner sowie Alimentenzahlungen usw.,              ferner Geldgeschenke, Aussteuer in Bargeld, Schadenersatz,              Spielverluste und andere Zahlungen an nicht zum Haushalt              gehörende Personen.           </p> <p>             Die sonstigen geleisteten Übertragungen umfassen Spiel-              einsätze für Lotto, Toto, Turf u.ä., Rückzahlungen von              Sozialleistungen, Geldstrafen, Bußgelder, Finderlohn und              sonstige Ausgaben, die anderen Positionen nicht zugeord-              net werden können; diese Ausgaben ergeben sich als Diffe-              renz zwischen der Summe der Ausgaben und der Summe der              Einnahmen, wenn die Einnahmen größer sind als die Ausgaben.           </p>	

Statistisches Informationssystem des Bundes - Definitionskatalog -	
Begriff:  GELEGENHEITSVERKEHR	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 908
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr  01.01.52	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigungspflichtiger, nicht regelmäßiger Verkehr mit Kraftfahrzeugen (<i>Kraftomnibusse und Personenkraftwagen</i>) zur Personenbeförderung im Straßenverkehr.</p> <p>Der Gelegenheitsverkehr umfaßt den Verkehr mit Mietomnibussen sowie Ausflugsfahrten, Ferienzielreisen u.ä.</p> <p>Die Beförderung von Personen in Personenkraftwagen wird nur berücksichtigt, soweit sie bei Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs und in Personenkraftwagen mit genau 8 Fahrgastplätzen erfolgt.</p> <p>Der Verkehr mit Kraftdroschken wird nicht erfaßt.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Gelegenheitsverkehr wird beim <i>Linienverkehr</i> (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) der regelmäßige Verkehr zur Personenbeförderung im Straßenverkehr erfaßt, bei dem neben Kraftomnibussen und Personenkraftwagen auch Stadtschnellbahnen, Obusse und Straßenbahnen als Transportmittel eingesetzt werden.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeiten- den Gewerbe  ab 1970	B e g r i f f s i n h a l t : Arbeitsstunden, die von <i>Beschäftigten</i> bzw. <i>Tätigen Personen</i> , die der Versicherungs- pflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen, im Berichtszeitraum tatsächlich geleistet wurden.  Beim Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe werden außerdem auch die Ar- beiterstunden von <i>Beschäftigten</i> bzw. <i>Tätigen Personen</i> , die auf einer Lohnliste geführt werden, mit einbezogen.
2. Monatlicher Industrie- bericht  1950 bis 1976	Einbezogen werden auch geleistete Über-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsstunden; bei Schichtbetrieb wird die Summe der geleisteten Stunden aus allen Schichten zugrunde gelegt.
3. Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasser- versorgung  ab 1977	Nicht als Arbeiterstunden zählen alle ausgefallenen Arbei- terstunden, auch wenn sie bezahlt wurden (z.B. Ausfälle we- gen gesetzlichen Urlaubs, Arbeitsbefreiung, Krankheit, Ar- beitsversäumnis, Ausfälle aus betrieblichen Gründen wie z.B. Materialmangel, Absatzstockung, Kurzarbeit, Betriebsferien, Ausfälle durch Unfälle, Streiks und Aussperrungen).
4. Jahresherhebung bei Unternehmen, Investitionser- hebung bei Un- ternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung  ab 1976	Der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen Arbeiter sowie gewerblich Auszubildende, Ge- werblich Auszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in aner- kanntengewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden, einschl. der Praktikanten, Volontäre und Umschüler.  Einbezogen werden auch die geleisteten Arbeiterstunden von Arbeitskräften, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsge- setz überlassen werden (Leiharbeitnehmern). Nicht enthalten sind Arbeiterstunden von (längerfristig) im Ausland Be- schäftigten, Heimarbeitern, unbezahlt mithelfenden Familien- angehörigen sowie von Arbeitskräften, die als Beauftragte anderer Betriebe (Unternehmen) im meldenden Betrieb (Unter- nehmen) Montage- und Reparaturarbeiten durchführen.
5. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitäts- versorgungsun- ternehmen	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

6. Erhebung bei den  
Gasversorgungs-  
unternehmen

1950 bis 1974

In den Statistiken der Energie- und Wasserversorgung werden geleistete Arbeiterstunden von Arbeitskräften, die in keinem festen Lohnverhältnis zum befragten Unternehmen (Betrieb) stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. als Pumpenwärter), ebenso von Arbeitern von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen (Betrieb) nur nebenbei stundenweise tätig sind, nicht einbezogen. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Sind im Bereich der Energie- und Wasserversorgung Arbeiter in mehreren fachlichen Unternehmensteilen bzw. in mehreren Betrieben oder fachlichen Betriebsteilen tätig, werden die geleisteten Arbeiterstunden auf diese anteilmäßig aufgliedert.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Im Unterschied zu den geleisteten Arbeiterstunden umfassen die *geleisteten Arbeitsstunden* (Statistiken im Baugewerbe) die auf Baustellen und Bauhöfen im Inland tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, jedoch auch von Personen, die nicht zur Arbeiterrentenversicherung beitragspflichtig sind. Dazu rechnen z.B. die geleisteten Arbeitsstunden der Poliere, Schachtmeister und Meister im Angestelltenverhältnis sowie die geleisteten Arbeitsstunden des Betriebsinhabers.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptge- werbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1962	B e g r i f f s i n h a l t :    Arbeitsstunden, die von Arbeitern (einschl. Polieren, Schachtmeistern und Meistern), Tätigen Inhabern und Mitinhabern, mithelfenden Familienangehörigen und Auszubildenden auf Baustellen und Bauhöfen im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) im Berichtszeitraum tatsächlich geleistet werden.
2. Monatlicher Baubericht 1950 bis 1977	Die geleisteten Arbeitsstunden von mithelfenden Familienangehörigen werden einbezogen, sofern diese mindestens 1/3 der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen bzw. Betrieb tätig sind.
3. Totalerhebung im Bauhauptge- werbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1976	Einbezogen werden auch die Arbeitsstunden solcher Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen werden sowie etwa geleistete Mehr-, Über-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsstunden.
4. Totalerhebung im Bauhaupt- gewerbe 1955 bis 1976	Bezahlte, aber nicht geleistete Stunden sowie Berufsschulstunden sind abgesetzt. Nicht einbezogen sind ferner die für Bürotätigkeiten geleisteten Arbeitsstunden.
5. Monatsbericht im Ausbaugewerbe ab 1978	B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :    Im Unterschied zu den geleisteten Arbeitsstunden umfassen die <i>geleisteten Arbeiterstunden</i> (Statistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung) die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden nur der Personen, die zur Arbeiterrentenversicherung beitragspflichtig sind. Daraus folgt, daß z.B. die Arbeitsstunden von Meistern im Angestelltenverhältnis sowie die Arbeitsstunden des Betriebsinhabers nicht in den geleisteten Arbeiterstunden enthalten sind.
6. Jährliche Er- hebung im Aus- baugewerbe ab 1979	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GESAMTE INDUSTRIE (OHNE ÖFFENTLICHE ENERGIE-  
WIRTSCHAFT UND OHNE BAUINDUSTRIE)

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen																																																		
Index der industriellen Netto- produktion 1962 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wirtschaftsbereich, der die Industriehauptgruppen</p> <p><i>Bergbau,</i> <i>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien,</i> <i>Investitionsgüterindustrien,</i> <i>Verbrauchsgüterindustrien,</i> <i>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</i></p> <p>in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.</p> <p>Im einzelnen rechnen dazu die Industriegruppen</p> <table border="0"> <tr><td>Bergbau</td><td>IB-Nr. 21</td></tr> <tr><td>Mineralölverarbeitung</td><td>" 22</td></tr> <tr><td>Industrie der Steine und Erden</td><td>" 25</td></tr> <tr><td>Eisenschaffende Industrie</td><td>" 27</td></tr> <tr><td>NE-Metallindustrie</td><td>" 28</td></tr> <tr><td>Gießerei-Industrie</td><td>" 29</td></tr> <tr><td>Ziehereien und Kaltwalzwerke,</td><td></td></tr> <tr><td>  Stahlverformung</td><td>" 30</td></tr> <tr><td>Stahl- und Leichtmetallbau</td><td>" 31</td></tr> <tr><td>Maschinenbau</td><td>" 32</td></tr> <tr><td>Straßenfahrzeugbau</td><td>" 33</td></tr> <tr><td>Schiffbau</td><td>" 34</td></tr> <tr><td>Elektrotechnische Industrie</td><td>" 36</td></tr> <tr><td>Feinmechanische und optische sowie</td><td></td></tr> <tr><td>  Uhrenindustrie</td><td>" 37</td></tr> <tr><td>Eisen-, Blech- und Metallwaren-</td><td></td></tr> <tr><td>  industrie</td><td>" 38</td></tr> <tr><td>Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuck-</td><td></td></tr> <tr><td>  waren- und Sportgeräte-Industrie</td><td>" 39</td></tr> <tr><td>Chemische Industrie einschl. Kohlen-</td><td></td></tr> <tr><td>  wertstoffindustrie</td><td>" 40, 42</td></tr> <tr><td>Herstellung von Büromaschinen, Daten-</td><td></td></tr> <tr><td>  verarbeitungsgeräten und -einrich-</td><td></td></tr> <tr><td>  tungen</td><td>" 50</td></tr> <tr><td>Feinkeramische Industrie</td><td>" 51</td></tr> </table>	Bergbau	IB-Nr. 21	Mineralölverarbeitung	" 22	Industrie der Steine und Erden	" 25	Eisenschaffende Industrie	" 27	NE-Metallindustrie	" 28	Gießerei-Industrie	" 29	Ziehereien und Kaltwalzwerke,		Stahlverformung	" 30	Stahl- und Leichtmetallbau	" 31	Maschinenbau	" 32	Straßenfahrzeugbau	" 33	Schiffbau	" 34	Elektrotechnische Industrie	" 36	Feinmechanische und optische sowie		Uhrenindustrie	" 37	Eisen-, Blech- und Metallwaren-		industrie	" 38	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuck-		waren- und Sportgeräte-Industrie	" 39	Chemische Industrie einschl. Kohlen-		wertstoffindustrie	" 40, 42	Herstellung von Büromaschinen, Daten-		verarbeitungsgeräten und -einrich-		tungen	" 50	Feinkeramische Industrie	" 51
Bergbau	IB-Nr. 21																																																		
Mineralölverarbeitung	" 22																																																		
Industrie der Steine und Erden	" 25																																																		
Eisenschaffende Industrie	" 27																																																		
NE-Metallindustrie	" 28																																																		
Gießerei-Industrie	" 29																																																		
Ziehereien und Kaltwalzwerke,																																																			
Stahlverformung	" 30																																																		
Stahl- und Leichtmetallbau	" 31																																																		
Maschinenbau	" 32																																																		
Straßenfahrzeugbau	" 33																																																		
Schiffbau	" 34																																																		
Elektrotechnische Industrie	" 36																																																		
Feinmechanische und optische sowie																																																			
Uhrenindustrie	" 37																																																		
Eisen-, Blech- und Metallwaren-																																																			
industrie	" 38																																																		
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuck-																																																			
waren- und Sportgeräte-Industrie	" 39																																																		
Chemische Industrie einschl. Kohlen-																																																			
wertstoffindustrie	" 40, 42																																																		
Herstellung von Büromaschinen, Daten-																																																			
verarbeitungsgeräten und -einrich-																																																			
tungen	" 50																																																		
Feinkeramische Industrie	" 51																																																		

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GESAMTE INDUSTRIE (OHNE ÖFFENTLICHE ENERGIE-  
WIRTSCHAFT UND OHNE BAUINDUSTRIE)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Glasindustrie	IB-Nr. 52
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	" 53
Holzverarbeitende Industrie	" 54
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	" 55
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	" 56
Druckerei- und Vervielfältigungs- industrie	" 57
Kunststoffverarbeitende Industrie	" 58
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	" 59
Ledererzeugende Industrie	" 61
Lederverarbeitende und Schuhindustrie	" 62
Textilindustrie	" 63
Bekleidungsindustrie	" 64
Ernährungsindustrie	" 68
Tabakverarbeitende Industrie	" 69

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industrie-  
gruppen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zur Industrie.

Nachgewiesen werden der *Index der industriellen Nettopro-  
duktion* und der *Index der Arbeitsproduktivität* für die ge-  
samte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und  
ohne Bauindustrie).

## Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :

Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben  
sich geringfügige Änderungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied  
zum Wirtschaftsbereich gesamte Industrie (ohne öffentli-  
che Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) ist beim  
Wirtschaftsbereich *Verarbeitende Industrie* (Index der in-  
dustriellen Nettoproduktion) der Bergbau nicht einbezogen.

Die gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft  
und ohne Bauindustrie) und *Bergbau und Verarbeitendes Ge-  
werbe* (Index der Nettoproduktion für das Produzierende Ge-  
werbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ent-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GESAMTE INDUSTRIE (OHNE ÖFFENTLICHE ENERGIE-  
WIRTSCHAFT UND OHNE BAUINDUSTRIE)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

stehen im wesentlichen dadurch, daß zur gesamten Industrie Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden, zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO. Nur im Wirtschaftsbereich Gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) sind im wesentlichen die folgenden Wirtschaftszweige berücksichtigt: Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton sowie aus Holz im Hochbau, Bautischlerei, Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Nur im Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sind im wesentlichen enthalten: Steinbildhauerei, Steinmetzerei, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Lackierung von Straßenfahrzeugen, Möbel- und Matratzenpolsterei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung (einschl. Reparatur), Maßschneiderei, Bäckerei, Fleischerei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabrikschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbstständige Einheiten anzusehen sind.

Ferner zählen zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksbetriebe und -unternehmen, die in den einbezogenen Wirtschaftszweigen tätig sind; dagegen rechnen diese Betriebe und Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.



Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 703
GESAMTER ROHZUGANG AN WOHNUNGEN	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Statistik der Baufertig- stellungen 01.01.55</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zugang an öffentlich ge- fördernten Wohnungen in neu errichteten oder in bereits be- stehenden Gebäuden.</p> <p>Als öffentlich gefördert gelten hier Wohnungen, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus (gemäß § 25 und § 6,1 II. Wohnungsbaugesetz <sup>1)</sup>) gefördert werden.</p> <p>Erfasst werden lediglich Wohnungen, die im Zusammenhang mit vollgeforderten Baumaßnahmen, d.h. Baumaßnahmen, bei denen alle Wohneinheiten gefördert werden, erstellt werden.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 wurden öffentlich geförderte Wohnungen in bestehenden Gebäuden nach der Bruttomethode erfasst, ab 1968 jedoch nach der Nettomethode, d.h. die Zugänge an Wohnungen werden seit 1968 um die Abgänge korrigiert. Da der Anteil der geförderten Wohnungen in bestehenden Gebäuden an der Gesamtheit der geförderten Wohnungen sowohl vor als auch nach der Umstellung nur gering war (unter 1 %), dürfte diese Änderung in der Erfassungsmethode die Ergebnisse kaum beeinflussen.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der gesamte Rohzugang an Wohnungen umfaßt im Unterschied zu der Zahl der <i>vollgeforderten Wohnungen</i> (Statistik der Baufertig- stellungen) auch die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen in bestehenden Gebäuden.</p>
<p>1) Zu Einzelheiten siehe Zweites Wohnungsbaugesetz, letzte Neufassung vom 1.9.1976 (BGBl. I S. 2673).</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der im Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen (Nutzungsartenverzeichnis) aufgeführten Positionen.

Hierzu zählen im einzelnen folgende Flächen mit ihren jeweiligen Nutzungsarten:

*Gebäude- und Freifläche*

dar.: Gebäude- und Freifläche - Wohnen

Gebäude- und Freifläche Gewerbe und Industrie

*Betriebsfläche*

dar.: Betriebsfläche - Abbauland

*Erholungsfläche*

dar.: Grünanlage

*Verkehrsfläche*

dar.: Straßen, Weg, Platz

*Landwirtschaftsfläche*

dar.: Moor

Heide

*Waldfläche*

*Wasserfläche sowie*

*Flächen anderer Nutzung*

dar.: Unland

Zu Einzelheiten siehe jeweils dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTFLÄCHE DER BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

715

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-  
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Selbstbewirtschaftete Fläche  
der land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe.

Die Gesamtfläche umfaßt die selbstbewirtschaftete Eigentums-  
fläche, die zugepachteten Flächen, die zur Bewirtschaftung  
unentgeltlich erhaltenen Flächen (z.B. Dienstland), die auf-  
geteilte Allmende sowie das Heuerlingsland und ähnliche vom  
Betrieb bewirtschaftete sonstige Flächen.

Nicht enthalten sind verpachtete und unentgeltlich zur Bewirt-  
schaftung abgegebene Flächen.

Untergliedert nach der Nutzung, gehören zur Gesamtfläche die  
*landwirtschaftlich genutzte Fläche, Waldfläche, nicht mehr ge-  
nutzte landwirtschaftliche Fläche* sowie die sonstigen vom Be-  
trieb bewirtschafteten Flächen (Gebäude- und Hofflächen, Ge-  
wässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Wegeland,  
Ziergärten, Rasenflächen usw.).

Als Gesamtfläche wird die Zusammenfassung der Betriebsflächen  
der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nachgewiesen. Land-  
und forstwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche  
Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsin-  
habers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung  
unterstehen sowie land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeug-  
nisse hervorbringen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Gesamt-  
fläche der Betriebe und *Betriebsfläche* (Landwirtschaftszählung  
1971) sind synonym.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
<b>Begriff:</b>  GESAMTHOCHSCHULEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 3317
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Studentenstatistik ab Wintersemester 1971/72	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Gesamthochschulen umfassen Ausbildungseinrichtungen von wissenschaftlichen und Fachhochschulen, z.T. auch von Kunsthochschulen.</p> <p>Die Studiengänge können integriert (Kurz- und Langzeitstudiengänge mit gemeinsamer Grundausbildung) oder nach Hochschulbereichen getrennt sein (kooperative Gesamthochschulen).</p> <p>Voraussetzung für den Besuch der Gesamthochschulen ist mindestens die Fachhochschulreife, bei künstlerischen Fächern ggf. ein Begabtennachweis oder eine Eignungsprüfung. In den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen wird die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife vorausgesetzt.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GESAMTLEISTUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1364

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahreserhebung  
einschl. Inve-  
stitionserhebung  
bei Unternehmen  
des Bauhauptge-  
werbes (einschl.  
Fertigteilbau)

01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Jahresbauleistung zu-  
züglich des Umsatzes aus sonstigen eigenen Erzeugnissen,  
aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, aus  
Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/nicht-  
handwerklichen Tätigkeiten sowie zuzüglich der Bestands-  
veränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus  
sonstiger eigener Produktion und zuzüglich der selbst-  
erstellten Maschinen.

Die *Jahresbauleistung* umfaßt den Wert aller vom Unter-  
nehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen im Inland.

Zu den sonstigen eigenen Erzeugnissen rechnen Erzeugnisse,  
die aus einer sonstigen Produktionstätigkeit des Unter-  
nehmens entstehen.

Zu den selbsterstellten Maschinen rechnen von eigenen  
Arbeitskräften erstellte Maschinen und Werkzeuge u.a.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zwischen den  
Begriffen *Gesamtleistung*, *Jahresbauleistung*, *sonstiger  
Umsatz* und *Jahreskauleistung* (Jahreserhebung einschl.  
Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes  
einschl. Fertigteilbau) besteht folgende Beziehung:

Gesamtleistung

- selbsterstellte Maschinen  
+ Bestandsveränderungen an sonstigen eigenen Erzeugnissen

---

= Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz

- Umsatz aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/  
nichthandwerklichen Tätigkeiten

- Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus in-  
dustriellen/handwerklichen Dienstleistungen

---

= Jahresbauleistung.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vierteljährliche  
Produktionserhe-  
bung

1950-1976

Vierteljährliche  
Produktionserge-  
bung

ab 1977

*B e g r i f f s i n h a l t : Die zum Absatz bestimmte Pro-  
duktion zuzüglich der zur Weiterverarbeitung bestimmten Pro-  
duktion d.h. der gesamte Ausstoß an Erzeugnissen im Be-  
richtszeitraum.*

Ein Erzeugnis rechnet dann zum Ausstoß, wenn es fertigge-  
stellt ist. Davon abweichend werden bei Stahlbauten, Dampf-  
kesselanlagen und ähnlichen Großbauten nicht die fertigge-  
stellten Gesamtobjekte, sondern der Ausstoß des Betriebes  
im Berichtszeitraum zugrundegelegt.

Zur Gesamtproduktion des herstellenden Betriebes rechnen  
auch Lohnarbeiten (vom Auftraggeber geliefertes Material  
wird be- oder verarbeitet, nicht jedoch Lohnveredlungen,  
Reparaturen und Montagen.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTSCHLACHTMENGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

393

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schlachtungs-  
und Schlachtge-  
wichtsstatistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Produkt aus dem Lebendgewicht  
der *geschlachteten Tiere* und dem Ausbeutesatz.

Der Ausbeutesatz wird berechnet als Quotient aus Schlachtgewicht und Lebendgewicht. Das Schlachtgewicht ist das um 2 v.H. verminderte Warmgewicht des geschlachteten und ausgeweideten Tieres; bei Rindern, Kälbern und Schafen ausschl. der Haut, des Kopfes vom ersten Halswirbel ab und der im Karpal- und Tarsalgelenk ausgelösten Gliedmaßen, bei Rindern ausschl., bei Kälbern und Schafen jedoch einschl. der Nieren und des Nierenfettes. Bei Schweinen sind Haut, Kopf, Flomen und Nieren enthalten. Für die einzelne Erhebung ist der Ausbeutesatz je Tierart und Handelsklasse eine feststehende Größe.

Als geschlachtete Tiere gelten die in öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern, Landschlachtereien (*gewerbliche Schlachtungen*) und bei *Hausschlachtungen* geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und übrige Tiere (Ziegen und Pferde).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTSCHULEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

6520

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Schulen der  
allgemeinen  
Ausbildung

ab 1967

B e g r i f f s i n h a l t : Pädagogische oder organisatorische Zusammenfassungen verschiedener Schularten zu Schuleinheiten.

2. Statistik des  
Personals im  
allgemeinen  
Schulwesen

ab 1971

Ausgewiesen werden integrierte Gesamtschulen, d.h. Gesamtschulen, bei denen die Unterscheidung nach den herkömmlichen Schularten (Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien) aufgehoben ist.

Additive bzw. kooperative Gesamtschulen, bei denen lediglich eine organisatorische Zusammenfassung der herkömmlichen Schularten erfolgt, werden - soweit möglich - auf die entsprechenden Schularten aufgeteilt.

Erfaßt werden sowohl öffentliche als auch private Gesamtschulen. Zu den privaten Gesamtschulen rechnen z.B. die Freien Waldorfschulen.

Die Gesamtschulen werden in drei Bereiche unterteilt: Primarbereich (Grundstufe), Sekundarbereich I (Mittelstufe) und Sekundarbereich II (Oberstufe). Der Primarbereich umfaßt die 1. bis 4., der Sekundarbereich I die 5. bis 10. und der Sekundarbereich II die 11. bis 13. Klassenstufe.

Für Gesamtschulen mit reformierter Oberstufe können keine Angaben über die Zahl der Klassen in der Oberstufe gemacht werden.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GESAMTUMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- |  |  |
|--|--|
| <p>1. Monatsbericht<br/>einschl. Auf-<br/>tragseingangs-<br/>erhebung im<br/>Bauhauptgewerbe<br/>(einschl. Fer-<br/>tigteilkbau)<br/>ab 1977</p> | <p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Baugewerblicher Umsatz zu-<br/>züglich Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus<br/>industriellen/handwerklichen Dienstleistungen und zuzüglich<br/>Umsatz aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/<br/>nichthandwerklichen Tätigkeiten, einschl. Anzahlungen für<br/>Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der ent-<br/>sprechenden Lieferungen oder Leistungen ab 10 000 DM.</p>   |
| <p>2. Monatsbericht<br/>im Ausbaugewerbe<br/>ab 1978</p>   | <p>Der <i>baugewerbliche Umsatz</i> umfaßt Entgelte für Bauleistungen<br/>im Inland, die als steuerbare (steuerpflichtige und steuer-<br/>freie) Beträge zur Festsetzung der Umsatzsteuer (Mehrwert-<br/>steuer) zu melden sind.</p>   |
| <p>3. Jährliche Erhe-<br/>bung im Ausbau-<br/>gewerbe<br/>ab 1979</p>  | <p>Zu den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus<br/>industriellen/handwerklichen Dienstleistungen rechnen Um-<br/>sätze (Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen) aus allen<br/>im Rahmen einer sonstigen Produktionstätigkeit des Betriebes<br/>entstandenen Erzeugnissen (z.B. Baustoffe, Betonwaren, Kies,<br/>Zimmereierzeugnisse), soweit sie nicht in der eigenen Bau-<br/>leistung abgerechnet sind, sowie Umsätze aus industriellen/<br/>handwerklichen Dienstleistungen (z.B. Gerätereparaturen für<br/>Dritte). Ferner rechnen dazu Erlöse für verkaufsfähige Pro-<br/>duktionsrückstände und ähnliche Materialien (z.B. bei der<br/>Produktion anfallender Schrott und Material, das bei Ab-<br/>brucharbeiten anfällt).</p> <p>Zu den Umsätzen aus Handelsware und aus sonstigen nichtindu-<br/>striellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten rechnen Umsätze<br/>aus nichtbaugewerblichen Tätigkeiten. Hierzu zählen insbe-<br/>sondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umsätze aus Handelsware, d.h. aus fremden Erzeugnissen,<br/>die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstech-<br/>nische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft<br/>werden,</li> <li>- Umsätze aus Vermietung und Verpachtung von Geräten, be-<br/>trieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing),</li> </ul> |

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GESAMTUMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Erlöse aus Wohnungsvermietung von betrieblich und nicht-betrieblich genutzten Wohngebäuden, jedoch ohne Erlöse aus Grundstücksverpachtung,
- Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen sowie für Gutachtertätigkeit,
- Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen,
- Provisionseinnahmen,
- Erlöse aus Transportleistungen für Dritte (Lohnfahren),
- Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. aus einer vom Betrieb auf eigene Rechnung betriebenen Kantine).

Getrennt in Rechnung gestellte Kosten (z.B. für Fracht, Porto und Verpackung) sind im Gesamtumsatz enthalten.

Nicht enthalten ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti, Abzüge, die auf begründeten Beanstandungen beruhen u. dgl.) sowie Retouren werden abgesetzt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1979 rechneten Anzahlungen für Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen nicht zum Umsatz.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GESAMTVERMÖGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vermögenssteuer-  
statistik  
ab 1953

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wert des gesamten Vermögens, das bei der Veranlagung zur Vermögensteuer der unbeschränkt vermögenssteuerpflichtigen natürlichen bzw. nichtnatürlichen Personen ermittelt wird.

Das Gesamtvermögen der unbeschränkt vermögenssteuerpflichtigen natürlichen Personen wird ermittelt, indem die *Schulden und sonstigen Abzüge* einschl. der Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz sowie ggf. eines Abzugs für im Rahmen eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft geleisteter Entwicklungshilfe vom *Rohvermögen* (der Summe aus *land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstigem Vermögen*) abgezogen werden.

Bei der überwiegenden Anzahl der unbeschränkt vermögenssteuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen stellt dagegen das Vermögen kraft Rechtsform Betriebs(rein)vermögen dar. Das Gesamtvermögen ergibt sich in diesen Fällen aus dem *Betriebsvermögen* durch Abzug des Zeitwerts der Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz zuzüglich etwaiger Zahlungsrückstände. Bei den übrigen nichtnatürlichen Personen, für die auch Vermögen aus anderen Vermögensarten (z.B. Grundvermögen) möglich ist, wird das Gesamtvermögen wie bei den natürlichen Personen ermittelt.

Bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ist jedoch nur das vermögenssteuerpflichtige Betriebsvermögen anzusetzen, d.h. Befreiungsbeträge für Krankenanstalten, Versorgungsunternehmen sowie Verkehrs-, Hafen- oder Flughafenbetriebe sind außer Acht zu lassen; sie sind im nachgewiesenen Betriebsvermögen bereits berücksichtigt worden.

Der Wert des Gesamtvermögens wird zwar nach dem Vermögenssteuergesetz auf volle 1 000 Deutsche Mark nach unten abgerundet, aus aufbereitungstechnischen Gründen aber vor der Abrundung erfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTVERMÖGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   1960/63 wurde bei der Bildung des Gesamtvermögens ggf. ein Abzug nach dem Einführungsgesetz-Saarland berücksichtigt. Bei den Erhebungen 1966 und 1969 konnte bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ggf. ein Freibetrag für Entwicklungshilfe durch Kapitalanlagen in Entwicklungsländern abgesetzt werden; das Verfahren wurde jedoch durch das Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz und ab 1974 durch das Entwicklungsländer-Steuer-gesetz geändert.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :   Das (abgerundete) Gesamtvermögen und das *steuerpflichtige Vermögen* (Vermögensteuerstatistik) entsprechen sich bei den unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen. Bei den unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen besteht folgende Beziehung:

abgerundetes Gesamtvermögen

- Freibeträge für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und die Kinder einschl. der Freibeträge wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit

---

= steuerpflichtiges Vermögen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  <b>GESCHÄFTSGEBIET</b>	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 4384

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Kauf-  
werte für Bauland  
ab 1962

**B e g r i f f s i n h a l t :** Gebiete, die vorwiegend der Unterbringung von Gewerbebetrieben einschl. Handelsbetrieben und von zentralen Einrichtungen der Wirtschaft und der Verwaltung dienen.

In Geschäftsgebieten sind nur Gewerbebetriebe zulässig, die für die Umgebung keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen zur Folge haben.

Nachgewiesen werden *Kaufwerte für Bauland* in Geschäftsgebieten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK-Nr.:
GESCHÄFTSGEBIET UND WOHNGBIET GEMISCHT		GBK-Nr.(n):
		4384
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Statistik der Kaufwerte für Bauland ab 1962	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Gebiete, die dem Wohnen dienen und in denen sich zugleich Gewerbebetriebe befinden, die das Wohnen nicht wesentlich stören.</p> <p>In gemischten Geschäfts- und Wohngebieten stehen Wohngebäude, Geschäfts- und Bürogebäude und gemischtgenutzte Gebäude. Dazu rechnen z.B. auch Gebäude, in denen sich Einzelhandelsbetriebe, Restaurations- und Beherbergungsbetriebe befinden.</p> <p>Nachgewiesen werden <i>Kaufwerte für Bauland</i> in gemischten Geschäfts- und Wohngebieten.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GESCHLACHTETE TIERE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 388
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Schlachtungs- und Schlachtge- wichtsstatistik  01.01.50	<p>           B e g r i f f s i n h a l t :    In öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern, Landschlachtereien und bei Hausschlachtungen geschlachtete Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und übrige Tiere (Ziegen und Pferde).         </p> <p>           Kälber sind Rinder mit einem Lebendgewicht bis zu 220 kg, die noch keine zweiten Zähne haben oder unter einem halben Jahr alt sind.         </p> <p>           Geschlachtete Tiere werden nach ihrer Herkunft unterschieden in inländische Tiere und ausländische Tiere. Inländische Tiere stammen aus dem Bundesgebiet, ausländische Tiere werden aus der Deutschen Demokratischen Republik oder dem Ausland importiert.         </p> <p>           Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Bis einschl. 1973 wurden als Kälber alle Rinder unter 3 Monaten bezeichnet.         </p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GESCHLACHTETES GEFLÜGEL

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Geflügelstatistik  
ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t :    *Jungmasthühner, Suppen-*  
*hühner, Enten, Gänse, Truthühner und Perlhühner ohne Kopf*  
oder ohne Kopf und Hals und ohne Ständer oder Paddeln.

Einbezogen sind Geflügelschlachtereien mit einer Schlacht-  
kapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Vor  
1972 wurden Perlhühner nicht nachgewiesen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GESCHLÜPFTE KÜKEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Geflügelstatistik  
ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t : Lebendes Hausgeflügel mit einem Stückgewicht von höchstens 185 g untergliedert nach Art, Kategorie und Nutzungszweck.

Einbezogen sind Brütereien, deren Tätigkeit im Einlegen und Bebrüten von Bruteiern sowie in der Lieferung von Küken besteht. Brütereien mit einem Fassungsvermögen von weniger als 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes sind nicht einbezogen.

Erfaßt wird die größtmögliche Zahl Bruteier, die gleichzeitig in die Brutschränke ausschließlich der Schlupfräume eingelegt werden kann.

Bei den geschlüpften Küken wird unterschieden zwischen Hühner-, Enten-, Gänse-, Truthühner- und Perlhühnerküken, den Kategorien Gebrauchsküken (Schlachtküken, Legeküken, Küken gemischter Verwendbarkeit), Vermehrungsküken (Küken für die Erzeugung von Gebrauchsküken) und Zuchtküken (Küken für die Erzeugung von Vermehrungsküken) und dem Nutzungszweck *Legerassen* oder *Mastrassen*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1973 wurden Enten-, Gänse-, Trut- und Perlhühnerküken zur Zucht und Vermehrung sowie Perlhühnerküken zur Gebrauchsschlachtung nicht nachgewiesen. Vor 1972 waren zur Mast aussortierte Hahnenküken und vor 1970 Legehennen und Schlachthühner zur Zucht und Vermehrung nicht enthalten.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 4415
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Handwerks- zählung 1977	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Arbeiter, die aufgrund einer abgeschlossenen Lehre oder von Fachkenntnissen, die sie in mehrjähriger Tätigkeit erworben haben, mit allen Arbeiten eines bestimmten Arbeitsgebietes vertraut sind und beschäftigt werden können.</p> <p>Hierzu rechnen Personen, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig, verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind.</p> <p>Für die Abgrenzung der Gesellen und sonstigen Facharbeiter von den <i>kaufmännischen und technischen Angestellten</i> ist im allgemeinen die Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend. Den Gesellen und sonstigen Facharbeitern sind im Baugewerbe jedoch in jedem Fall die Poliere, Schachtmeister und Meister zuzurechnen.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Unterschiede zwischen den Gesellen und sonstigen Facharbeitern und den <i>Facharbeitern</i> (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) ergeben sich im wesentlichen nur daraus, daß für die Zuordnung zu den Gesellen und sonstigen Facharbeitern auch die Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend ist.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GESELLSCHAFTEN MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Statistik der Kapitalgesellschaften ab 1951	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Kapitalgesellschaften, die in der vom GmbH-Gesetz festgelegten Rechtsform geführt werden.<sup>1)</sup></p>
2. Körperschaft-steuerstatistik ab 1961	<p>Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die durch die Eintragung ins Handelsregister entstehen. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammeinlagen zerlegte Stammkapital beteiligt. Das Stammkapital muß mindestens 50 000 DM (bis einschl. 1980 20 000 DM) betragen, der Anteil jedes Gesellschafters mindestens 500 DM. Es ist jedoch zulässig, daß sich alle Gesellschaftsanteile in einer Hand befinden und somit eine "Einmanngesellschaft" besteht.</p>
3. Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren ab 1962	<p>Die Vertretung erfolgt durch einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haften selbst unbeschränkt mit ihrem Vermögen. Die Gesellschafter haften dagegen nur gegenüber der Gesellschaft (Erbringung der Einlage und etwaiger Nachschüsse), nicht jedoch persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft.</p> <p>In der Statistik der Kapitalgesellschaften rechnen zum Bestand am 31. Dezember die Gesellschaften, die zu diesem Zeitpunkt in den Handelsregistern eingetragen sind. Nicht dazu rechnen Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet, sowie Gesellschaften, die aufgelöst sind. Dazu rechnen aber Gesellschaften, die sich in einem Vergleichsverfahren befinden.</p> <p>Der Abgang zwischen dem 1. 1. und dem 31. 12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften mit anderen Gesellschaften verschmelzen, in andere Rechtsformen umgewandelt werden oder aufgelöst werden. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Gesellschafter (Eröffnung der Abwicklung) oder durch die Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens wirkt sich nicht als Abgang aus.</p> <p>1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung v. 20.4.1892 (RGBl. S. 477) und Änderungsgesetze.</p>

**Statistisches Informationssystem des Bundes**  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

GESELLSCHAFTEN MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

**Datenquelle/  
Datennachweis**

**Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen**

Der Zugang zwischen dem 1. 1. und dem 31. 12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften gegründet, aus einer anderen Rechtsform in eine GmbH umgewandelt oder nach Auflösung fortgesetzt werden. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht damit begonnen wurde, das Vermögen auf die Gesellschafter zu verteilen.

Als Gesellschaft gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

In der Körperschaftsteuerstatistik werden Daten über Gesellschaften mit beschränkter Haftung nachgewiesen, die körperschaftsteuerpflichtig und nicht von der Körperschaftsteuer befreit sind, jedoch im Gegensatz zur Statistik der Kapitalgesellschaften auch über solche Gesellschaften, die bereits aufgelöst sind.

In der Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren werden Gesellschaften mit beschränkter Haftung nachgewiesen, deren Vermögen Gegenstand eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens ist, jedoch im Gegensatz zur Statistik der Kapitalgesellschaften auch solche Gesellschaften, die bereits aufgelöst sind.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zählen zu den *Kapitalgesellschaften* (Statistik der Kapitalgesellschaften). Die Kapitalgesellschaften umfassen außerdem noch die *Aktiengesellschaften*, *Kommanditgesellschaften auf Aktien* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Gesellschaften mit beschränkter Haftung und *Unternehmen* in der Rechtsform der GmbH (Arbeitsstättenzählung 1970) sind ähnlich abgegrenzt:

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GESELLSCHAFTEN MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nur in der Statistik der Kapitalgesellschaften werden Gesellschaften mit beschränkter Haftung erfaßt, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende oder Mantelgesellschaften). Nur in der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmen erfaßt, deren Eintragung in das Handelsregister als Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorgesehen, aber noch nicht erfolgt ist und die schon eigene Beschäftigte haben, sowie Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK-Nr.:
GESUNDHEIT, SPORT UND ERHOLUNG		GBK-Nr.(n):
		7008
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
1. Jahresrechnungs- statistik ab 1950	B e g r i f f s i n h a l t :    Aufgabenbereich mit den Ausgaben	
2. Haushaltsansatz- statistik ab 1970	<ul style="list-style-type: none"> <li>- für Akut- und Sonderkrankenhäuser, Kur-, Heil- und Genesungsheime, den Krankenhäusern angeschlossene Wirtschaftseinrichtungen und Hilfsbetriebe (z.B. Wäschereien, Schwesternwohnheime und -schulen, Apotheken);</li> <li>- für die Kostenbeteiligung an Krankenhäusern anderer Träger;</li> <li>- für Zuweisungen und Zuschüsse an Krankenhäuser mit Sonderrechnung;</li> <li>- für die Krankenhausumlage;</li> <li>- für Gesundheitsbehörden sowie für Maßnahmen und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens (z.B. für bakteriologische, chemische oder medizinische Untersuchungsämter, Einrichtungen der Arznei- und Lebensmittelkontrolle, Beratungsstellen für gesundheitliche Aufklärung, Bekämpfung der Suchtgefahren, Förderung des Impfwesens, der Seuchenbekämpfung, des Hebammenwesens und der Schulgesundheitspflege, Ausbildung von Ärzten für internationale Tätigkeiten);</li> <li>- für Sport und Erholung (z.B. Park- und Gartenanlagen, Badeanstalten, Sportämter, Sportplätze, Turn- und Sporthallen (ohne Schulsport), Sportflugplätze, allgemeine Förderung der Sportverbände, Kleingartenwesen);</li> <li>- zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, zur Lärmbekämpfung, der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes - soweit nicht Forschung (z.B. Förderung des Baus von Meßstationen, Förderung der Aus- und Fortbildung von Fachkräften, Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltbundesamt).</li> </ul> <p>Ausgaben für diese Aufgaben werden auch bei den Aufgabenbereichen <i>Energie- und Wasserwirtschaft</i> sowie <i>Kommunale Gemeinschaftsdienste</i> (Abwasser- und Abfallbeseitigung) nachgewiesen.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GESUNDHEIT, SPORT UND ERHOLUNG	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7008

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Die Ausgaben für die Hochschulkliniken sind nicht hier, sondern im Aufgabenbereich *Hochschulen* nachgewiesen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis 1962 sind hier auch Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Jugendpflege (z.B. Jugendpfleger, Erholungslager, Jugendherbergen, Jugendberatungsstellen u.ä.) enthalten, die seit 1963 im Aufgabenbereich *Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung* nachgewiesen werden.

Die Ausgaben für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit und Strahlenschutz werden erst seit dem Rechnungsjahr 1970 hier nachgewiesen, während sie bis 1969 hauptsächlich im Aufgabenbereich *Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen* enthalten sind.

Bis 1973 sind die Ausgaben der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und Ämter für Park- und Gartenanlagen sowie Badeanstalten nicht hier, sondern im Aufgabenbereich *Kommunale Gemeinschaftsdienste* enthalten.

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

Die Finanzen der Krankenhäuser, die insbesondere seit 1976 wegen der Umstellung ihres Rechnungswesens auf die kaufmännische doppelte Buchführung aus dem Berichtskreis der Finanzstatistik ausgeschieden sind, wurden für die Jahresrechnungsstatistik von 1976 bis 1978 schätzungsweise ermittelt und sind in den Ausgaben enthalten. Ab dem Rechnungsjahr 1979 werden sie aufgrund einer Erweiterung des finanzstatistischen Gesetzes wieder direkt in der Jahresrechnungsstatistik erfaßt und nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GETÖTETE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Straßenverkehrs-  
unfälle  
ab 1953

**B e g r i f f s i n h a l t :** Personen, die bei Unfällen im Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen am Unfallort ums Leben kommen oder innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben.

Unfälle, die Fußgänger allein betreffen (z.B. Sturz bei Glatteis) und Unfälle, die sich auf Privatgrundstücken ereignen, werden nicht erfaßt.

Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer am Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen getötet werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnübergängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die getöteten Zugreisenden sowohl in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle als auch in der Eisenbahnunfallstatistik berücksichtigt.

2. Eisenbahnun-  
fallstatistik  
ab 1966

**B e g r i f f s i n h a l t :** Reisende, Bedienstete und bahnfremde Personen, die bei Bahnunfällen am Unfallort ums Leben kommen oder innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben.

Erfaßt werden Personen, die bei Zugentgleisungen, Zugzusammenstößen oder durch persönliche Unfälle im Bereich von Eisenbahnen getötet werden, ebenso Wegebenutzer aller Art, die durch den Zugverkehr ums Leben kommen.

Nicht in der Eisenbahnunfallstatistik, sondern in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle werden Personen erfaßt, die im Bereich von Stadtschnellbahnen, die nicht von der Deutschen Bundesbahn betrieben werden, von Straßenbahnen o.ä. verunglücken.

Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer im Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen getötet werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnüber-



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GETÖTETE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- gängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die getöteten Insassen von Kraftfahrzeugen sowohl in der Eisenbahnunfallstatistik als auch in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle berücksichtigt.
3. Statistik der Luftverkehrs-  
unfälle  
ab 1962
- B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Flugverkehrs- oder Flugbetriebsunfällen ziviler Luftfahrzeuge ums Leben kommen.
- Einbezogen werden alle Unfälle im gewerblichen und nichtgewerblichen Luftverkehr, also auch Unfälle im privaten Reise-, Sportmotor- und Segelflugbetrieb, im Werksverkehr und Schulflugbetrieb, bei denen Menschen (Fahrgäste, Piloten, Angehörige des Flug- und Bodenpersonals oder sonstige Personen) unmittelbar ums Leben kommen.
- Berücksichtigt werden auch Unfälle bei der Abfertigung auf dem Vorfeld sowie Unfälle beim Rollen der Flugzeuge, nicht aber Unfälle bei Wartungs- und Überholungsarbeiten in Werften und Reparaturhallen.
- Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1968 wurden zu den getöteten Personen auch diejenigen gerechnet, die innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen starben.
4. Statistik der Unfälle auf den Binnenwasserstraßen  
ab 1959
- B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Verkehrsunfällen auf den Binnenwasserstraßen oder in den Binnenhäfen noch am Unfallort getötet werden oder vor Abschluß der Untersuchungen an den Unfallfolgen sterben.
- Einbezogen werden nur Unfälle im Schiffsverkehr (z.B. Zusammenstöße, Auflaufen), bei denen Mitglieder der Besatzung, Fahrgäste oder sonstige Personen getötet werden. Nicht einbezogen werden Schiffsbetriebsunfälle (z.B. Feuer, Explosionen) und andere Unfälle.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GETÖTETE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

5. Statistik der  
Seeunfälle  
1950 - 1975

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Seeunfällen im Bereich von unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen umkommen.

Es werden alle Personen erfaßt, die noch am Unfallort oder vor Abschluß der seeamtlichen Untersuchung an den Unfallfolgen sterben. Einbezogen werden Unfälle im Schiffsverkehr (z.B. Zusammenstöße, Grundberührungen) und Schiffsbetrieb (z.B. Feuer, Explosionen), bei denen Mitglieder der Besatzung, Fahrgäste oder sonstige Personen getötet werden, soweit diese Unfälle seeamtlich untersucht werden. Nicht erfaßt werden die vermißten Personen sowie die reinen Personenunfälle (z.B. auch Freitodfälle).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GETRÄNKESTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Finanzberichte des  
Bundesministeriums  
der Finanzen  
ab 1950

**B e g r i f f s i n h a l t :** Örtliche Steuer, die überwiegend aus fiskalischen Erwägungen erhoben wird und deren Rechtsgrundlage die Kommunalabgabengesetze der Bundesländer sind.

Mit der Getränkesteuer soll die Steuerkraft abgeschöpft werden, die in den Schankbetrieben durch den Getränkeumsatz entsteht.

Gegenstand der Besteuerung ist die entgeltliche Abgabe bestimmter alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke. Die Steuer wird mit einem von der Gemeinde festzusetzenden Prozentsatz des Einzelhandelspreises erhoben, wobei derjenige, der die Getränke entgeltlich abgibt, der Steuerschuldner ist.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die Getränkesteuer ist in Bayern mit Gesetz vom 21.12.1979 zur Abschaffung kommunaler Bagatellsteuern und in Schleswig-Holstein mit Gesetz vom 18.12.1979 ab 1980 abgeschafft.

Die Getränkesteuer wird seit 1974 im Finanzbericht nicht mehr gesondert, sondern unter *sonstige Gemeindesteuern* nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  GETREIDE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 595
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Landwirtschafts- zählung 1971 (Grunderhebung)	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Zum Getreide rechnet der Anbau von Weizen einschl. Spelz, Roggen, Sommer- und Wintermenggetreide, Sommer- und Wintergerste, Hafer und Körnermais.</p> <p>Nachgewiesen wird das von <i>landwirtschaftlichen Betrieben</i> bewirtschaftete <i>Ackerland</i>, das mit Getreide bestanden ist.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  GEWÄSSERSCHUTZ	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 4861

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der  
Investitionen  
für Umweltschutz  
im Produzierenden  
Gewerbe

ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : Dem Gewässerschutz dienen Anlagen und Einrichtungen, die zur Verminderung der Abwasserfracht (Verringerung oder Beseitigung von Feststoffen und gelösten Stoffen sowie zur Verringerung der Wärmemenge) und zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers bestimmt sind.

Nachgewiesen werden *Umweltschutzinvestitionen* der Unternehmen und Betriebe für den Gewässerschutz.

Zu den Investitionen für den Gewässerschutz rechnen z.B. Abwasser-Ableitungsnetze, Einrichtungen zum Schlamm- und Abwassertransport, Abwasserbehandlungsanlagen, Schlammbehandlungsanlagen, Anlagen zum Grundwasserschutz, Abwasserlaboratorien, Überwachungsanlagen, Meßgeräte und Pilotanlagen zur Erforschung, Entwicklung und Erprobung von Anlagen und Einrichtungen zur Verbesserung und Kontrolle der Abwasserqualität bzw. Verminderung der Abwassermenge.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GEWERBESTEUER (ERTRAG UND KAPITAL)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik über  
den Steuer-  
haushalt  
ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Realsteuer, der jeder stehende Gewerbebetrieb unterliegt, soweit dieser im Inland betrieben wird.<sup>1)</sup>

2. Finanzberichte  
des Bundes-  
ministeriums  
der Finanzen  
ab 1950

Unter Gewerbebetrieb ist ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes zu verstehen. Als Gewerbebetrieb gilt stets die Tätigkeit der Offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften, der Kapitalgesellschaften, der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie der sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts und der nichtrechtsfähigen Vereine, soweit sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten.

Von der Gewerbesteuer befreit sind u.a. die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundesbank und andere im Gewerbesteuergesetz aufgeführte öffentliche Banken sowie Unternehmen, die gemäß ihrer Satzung ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen.

Besteuerungsgrundlagen für die Gewerbesteuer sind der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital. Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gewerbeertrags ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes ermittelte Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, der um bestimmte Hinzurechnungen (z.B. Schuldzinsen für Dauerschulden) erhöht und um bestimmte Kürzungen (z.B. 1,2 v.H. des Einheitswerts der zum Betriebsvermögen des Unternehmens gehörenden Grundbesitzes) vermindert wird. Berücksichtigung des Gewerbesteuerverlustes erfolgt gem. § 10a GewStG.

Bei der Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen. Der Steuermeßbetrag wird durch Anwendung eines Hundertsatzes (Steuermeßzahl) auf den auf volle 100 DM abgerundeten Gewerbeertrag ermittelt. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist der abgerundete Gewerbebetrag um einen Freibetrag

1) Zu Einzelheiten siehe Gewerbesteuergesetz v. 22.9.1978 (BGBl. I S. 1557), zuletzt geändert durch Haushaltbegleitgesetz 1983 vom 20.12.1982 (BGBl. I S. 1857).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GEWERBESTEUER (ERTRAG UND KAPITAL)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

von 36 000 DM zu vermindern. Die Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag beträgt 5 v.H.; ermäßigte Steuermeßzahlen (2,5 v.H.) gelten für Hausgewerbetreibende und ihnen gleichgestellten Personen sowie für Unternehmen, soweit sie den Betrieb von Schiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand haben.

Als Gewerbekapital gilt der Einheitswert des gewerblichen Betriebes im Sinne des Bewertungsgesetzes zuzüglich bestimmter Hinzurechnungen (z.B. Dauerschulden) und abzüglich bestimmter Kürzungen (z.B. Einheitswert der Betriebsgrundstücke).

Bei der Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf das auf volle 1 000 DM abgerundete und um 120 000 DM verminderte Gewerbekapital ermittelt wird.

Die Steuermeßzahl für das Gewerbekapital beträgt 2 v.T.; eine ermäßigte Steuermeßzahl von 1 v.T. gilt für Unternehmen, soweit sie den Betrieb von Schiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand haben.

Durch Zusammenrechnung der Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital setzt das veranlagende Finanzamt nach Ablauf des Kalenderjahres den sog. einheitlichen Steuermeßbetrag fest.

Sind im Erhebungszeitraum Betriebsstätten zur Ausübung des Gewerbes in mehreren Gemeinden unterhalten worden oder erstreckt sich eine Betriebsstätte über mehrere Gemeinden, so ist der einheitliche Steuermeßbetrag in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Anteile (Zerlegungsanteile) zu zerlegen. Zerlegungsmaßstab sind die Arbeitslöhne; bei Wareneinzelhandelsunternehmen hingegen die Betriebseinnahmen und die Arbeitslöhne je zur Hälfte.

Durch Anwendung eines durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesatzes auf den einheitlichen Steuermeßbetrag/Zerlegungsanteil wird die Gewerbesteuer ermittelt und von den Gemeinden erhoben. Der Hebesatz ist für alle in der Gemeinde vorhandenen Unternehmen gleich hoch; er differiert jedoch von Gemeinde zu Gemeinde.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GEWERBESTEUER (ERTRAG UND KAPITAL)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Für die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen, die Festsetzung und Zerlegung des Meßbetrags sind die Finanzämter zuständig (die einheitlichen Steuermeßbeträge sind grundsätzlich in einem Arbeitsgang mit der Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer, der einheitlichen Gewinnfeststellung oder der gesonderten Feststellung des Gewinns aus dem gewerblichen Betrieb festzusetzen), für die Festsetzung des Hebesatzes und die Erhebung der Steuer dagegen die Gemeinden.

Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer sind am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. zu entrichten. Die Höhe der Vorauszahlungen beträgt grundsätzlich ein Viertel der Gewerbesteuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat; die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die sich voraussichtlich ergebende Steuer anpassen. Abschlußzahlungen zur Gewerbesteuer erfolgen nach Festsetzung der Steuer durch die Gemeinde. Die Gewerbesteuer folgt damit dem Wirtschaftsverlauf durchschnittlich mit ein- bis zweijähriger Verzögerung.

Die Gewerbesteuer ist eine Gemeindesteuer, durch die *Gewerbesteuerumlage* sind der Bund und die Länder am Aufkommen beteiligt.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Das Gewerbesteuerrecht wurde häufig geändert; von den Änderungen waren vor allem die Meßzahlen, Freibeträge und Hinzurechnungen/Kürzungen betroffen.

Für natürliche Personen und Personengesellschaften, wobei die folgenden Ausführungen über die Stufen- und Freibetragsregelung bei der Gewerbeertragsteuer nur für diesen Steuerpflichtigenkreis gelten, waren die Steuermeßzahlen für den Gewerbeertrag so gestaffelt, daß sie für

die ersten 7 200 DM (Erhebungszeitraum 1962 bis 1974)

die ersten 15 000 DM (Erhebungszeitraum 1975 bis 1977)

des Gewerbeertrags 0 v.H. betrugen; für vier weitere Ertragsstufen von je 2 400 DM (1962 bis 1974) bzw. 3 600 DM (1975 bis 1977) des Gewerbeertrages beliefen sie sich auf



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GEWERBESTEUER (ERTRAG UND KAPITAL)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1, 2, 3 und 4 v.H. Erst ab einem Gewerbeertrag von 16 800 bzw. 29 400 DM wurde die "normale" Steuermeßzahl von 5 v.H. angewandt. Ab Erhebungszeitraum 1978: Wegfall der Stufenregelung bei gleichzeitiger Heraufsetzung des Freibetrags von 15 000 auf 24 000 DM; ab 1981 weitere Anhebung auf 36 000 DM.

Beim Gewerbekapital wurde ab Erhebungszeitraum 1978 die Freigrenze von 6 000 DM in einen Freibetrag von 60 000 DM umgewandelt und erhöht. Ab 1981 Anhebung des Freibetrags auf 120 000 DM und Einführung eines Freibetrags von 50 000 DM für die (dem Gewinn hinzuzurechnenden) Dauerschulden. Ab 1983 wird der 50 000 DM übersteigende Betrag der Dauerschulden nur noch in Höhe von 60 v.H. (ab 1984: 50 v.H.) hinzugerechnet.

Ab 1980 wurde die Mindestgewerbesteuer abgeschafft.

Im Jahre 1968 wurde die besondere Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag öffentlicher Sparkassen usw. in Höhe von 3,5 v.H. eingeführt; sie betrug seit 1974 4,25 v.H., ab 1981 1) Erhöhung auf 5,0 v.H.

Zu beachten ist ferner eine zunehmende Hebesatzanspannung im Laufe der Jahre. Besonders der Wegfall der Lohnsummensteuer (1980) löste bei den betroffenen Gemeinden kräftige Hebesatzerhöhungen aus; z.T. Hebesatzsenkungen bei den übrigen Kommunen.

Auf das Gewerbesteueraufkommen hatte außerdem die Erhebungspraxis der Gemeinden einen spürbaren Einfluß: im Hinblick auf die Ermäßigung der Gewerbesteuerumlage zum 1.1.1980 und 1983 hat eine Reihe von ihnen das der Umlage als Bemessungsgrundlage dienende Gewerbesteueraufkommen insbesondere im letzten Vierteljahr 1979 bzw. 1982 im Rahmen ihrer Möglichkeiten niedrig gehalten und damit in das jeweils folgende Jahr verlagert 2).

1) Artikel 13 Subventionsabbaugesetz vom 26.6.1981, BGBl. I S. 537.

2) Für die Einführung der Gewerbesteuerumlage zum 1.1.1970 gilt mit umgekehrten Vorzeichen entsprechendes.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## GEWERBESTEUERUMLAGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik über  
den Steuer-  
haushalt  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Umlage, die auf der Grundlage der *Gewerbesteuer* berechnet und von den Gemeinden je zur Hälfte an Bund und Länder abgeführt wird.<sup>1)</sup>

2. Finanzberichte  
des Bundes-  
ministeriums  
der Finanzen  
ab 1970

Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuerumlage ist der sog. Grundbetrag der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, der für jede einzelne Gemeinde nach der Formel "Istaufkommen dividiert durch den Hebesatz mal 100" für das Kalenderjahr ermittelt wird; auf den Grundbetrag wird ein Vervielfältiger von 58 v.H. (1983) angewandt.

Die Gewerbesteuerumlage ist jährlich bis zum 1.2. des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - von den Gemeinden abzuführen (Schlußabrechnung). Die kassenmäßigen Zuflüsse (Abschlagszahlungen) erfolgen vierteljährlich bis zum 1.5., 1.8. und 1.11. entsprechend der Höhe des Gewerbesteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Im Dezember erfolgt eine Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung in Höhe der Abschlagszahlung für das 3. Quartal, (im Einzelfall jedoch höchstens bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer). Der Restbetrag ist bis zum 1.2. des folgenden Jahres zu entrichten.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Höhe des Vervielfältigers ist im Zeitablauf mehrfach geändert worden:

1970 - 1979	120 v.H.
1980 - 1982	80 v.H.
1983	58 v.H.
1984	52 v.H.

1) Zu Einzelheiten siehe Gemeindefinanzreformgesetz v. 8.9.1969 (BGBl. I S. 1587), zuletzt geändert durch Art. 8 Haushaltbegleitgesetz 1983 vom 20.12.1982 BGBl. I S. 1857 und Landesverordnungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GEWERBLICH AUSZUBILDENDE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatlicher Baubericht 1950 bis 1977	B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. <sup>1)</sup>
2. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1977	Als gewerbliche Ausbildungsberufe gelten solche, die normalerweise in einen Arbeiterberuf einmünden.  Zu den gewerblich Auszubildenden rechnen auch Praktikanten, Volontäre sowie Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.
3. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen 1950 bis 1974	Nicht zu den gewerblich Auszubildenden zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an Schulender beruflichen Ausbildung (z.B. Lehre ersetzende Berufsfachschulen) erfolgt sowie Personen im öffentlichen Dienst, die im technischen oder nichttechnischen Vorbereitungsdienst den Beamtenstatus anstreben.
4. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen 1950 bis 1974	B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den gewerblich Auszubildenden handelt es sich bei den <i>kaufmännisch und technisch Auszubildenden</i> (Handwerkszählung 1977) um Personen, die in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Angestelltenberuf ein.
5. Volks- und Berufszählung 1970	Bei den kaufmännisch und technisch Auszubildenden (Mikrozensus) und den <i>kaufmännisch, technisch und Verwaltungs-Auszubildenden</i> (Volks- und Berufszählung 1970) handelt es sich um Personen, die aufgrund des Berufsbildungsgesetzes in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsausbildungsberufen ausgebildet werden. Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Angestelltenberuf ein.
6. Handwerkszählung 1977	
7. Mikrozensus ab 1972	

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz vom 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112) und Änderungsgesetze.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICH AUSZUBILDENDE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

In den Zahlen der *Auszubildenden* (Statistik der beruflichen Bildung) und der *Nachwuchskräfte* (Arbeitsstättenzählung 1970) sind im Unterschied zu den gewerblich Auszubildenden alle Auszubildenden enthalten, deren Ausbildung normalerweise in einen Arbeiter- oder Angestelltenberuf einmündet. Zu beachten ist ferner, daß die Auszubildenden im Unterschied zu allen übrigen Begriffen nicht die Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten umfassen.

Unterschiede in den Zahlen über Auszubildende zwischen der Volks- und Berufszählung 1970 und dem Mikrozensus einerseits sowie den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung andererseits ergeben sich auch daraus, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt sind und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung und im Mikrozensus wird jeder Auszubildende nur einmal erfaßt, da die einzelne Person bzw. der Haushalt und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte Erhebungseinheit ist. Außerdem können die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig machen als die befragten Betriebe, Unternehmen oder Arbeitsstätten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:     GEWERBLICHE BETRIEBSGEBÄUDE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 523, 3846, 6033
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1.1 Statistik der Baugenehmi- gungen ab 1961  1.2 Statistik der Baufertig- stellungen ab 1961	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Nichtwohnbauten, die den Zwecken der gewerblichen Wirtschaft dienen und nicht anderen Gebäudegruppen zugeordnet werden können.</p> <p>Dazu rechnen z.B. Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels-, Lager- und Verkehrsgebäude (sofern sie überdacht und von Wänden umschlossen sind), Gaststätten, Heilbäder, Lichtspielhäuser, Wäschereien, Hotels und Pensionen.</p> <p>Nicht zu den gewerblichen Betriebsgebäuden zählen Bürogebäude und landwirtschaftliche Betriebsgebäude.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Gebäude des Beherbergungsgewerbes (z.B. Hotels und Pensionen) wurden bis einschl. 1964 den Anstaltsgebäuden zugeordnet.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den gewerblichen Betriebsgebäuden werden beim <i>gewerblichen und industriellen Bau</i> (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Monatlicher Baubericht) auch Bürogebäude sowie der gesamte Bereich des gewerblichen Tiefbaus erfaßt.</p>
2. Statistik der Baupreise ab 1958	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne Gaststätten, Heilbäder, Lichtspielhäuser, Wäschereien, Hotels und Pensionen.</p> <p>Erfaßt werden Gebäude in Stahl- und Stahlbetonskelettbauweise.</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 908
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs</p> <p>01.01.64</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen für andere gegen Entgelt über die Grenzen der Nahzone hinaus oder außerhalb dieser Grenzen.</p> <p>Der gewerbliche Fernverkehr umfaßt sowohl den Güter- als auch den Möbelfernverkehr.</p> <p>Die Nahzone umfaßt das Gebiet innerhalb eines Umkreises von 50 km, gerechnet in der Luftlinie vom Ortsmittelpunkt des Standorts des Kraftfahrzeugs aus. Gemeinden, deren Ortsmittelpunkt innerhalb dieses Umkreises liegt, zählen vollständig zur Nahzone.</p> <p>Man unterscheidet zwischen gewerblichem Fernverkehr deutscher Fahrzeuge und gewerblichem Fernverkehr ausländischer Fahrzeuge. Entscheidend für diese Zuordnung ist das Heimatland des Fahrzeugs, d.h. das Land, in dem das Fahrzeug zugelassen ist. Zu den deutschen Fahrzeugen zählen alle Fahrzeuge, die in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) beheimatet sind, zu den ausländischen alle übrigen außer denen, die in der DDR und Berlin (Ost) zugelassen sind. Somit sind im Fernverkehr Transporte von Fahrzeugen aus der DDR und Berlin (Ost) nicht erfaßt.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Im Unterschied zum gewerblichen Fernverkehr erfolgt der <i>Werkfernverkehr</i> (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs) nicht für andere gegen Entgelt, sondern dient eigenen Zwecken des Unternehmens und stellt im Rahmen seiner gesamten Tätigkeit lediglich eine Hilfstätigkeit dar.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  GEWERBLICHER UND INDUSTRIELLER BAU	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 427
<b>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</b>	<b>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</b>
1. Monatlicher Baubericht 1950 bis 1977  2. Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewer- be (einschl. Fertigteilbau) ab 1977  3. Statistik über den Auftrags- bestand im Bauhauptgewer- be (einschl. Fertigteilbau) ab 1977	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Errichtung von Hoch- oder Tiefbauten, die überwiegend gewerblichen Zwecken dienen.</p> <p>Zu den Hochbauten zählen z.B. Bürogebäude, Industrie- bauten, Tiefgaragen, Sägewerke, Markthallen, Hotels, Kinos und Messegebäude. Der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken zählt ebenfalls zum gewerblichen Bau, auch wenn diese im Auftrag eines Versorgungsbe- triebs öffentlich-rechtlicher Körperschaften erstellt werden.</p> <p>Zu den gewerblichen und industriellen Tiefbauten gehören u.a. Kanalanlagen, die der Wasserzufuhr von Elektrizitäts- werken dienen, Rohrleitungsbauten und nichtlandwirtschaft- liche Wasserbauten mit privatem Auftraggeber.</p> <p>Straßen- und Brückenbauten mit privatem Auftraggeber (z.B. auf einem Industriegelände) zählen nicht zum ge- werblichen Tiefbau, sondern zum <i>öffentlichen Straßenbau</i> (Straßen) bzw. zum <i>öffentlichen sonstigen Tiefbau</i> (Brücken).</p> <p><b>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</b> Bis einschließlich 1976 zählten Tiefgaragen nicht zum ge- werblichen und industriellen Hochbau, sondern zum gewerb- lichen und industriellen Tiefbau.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Im Unterschied zum gewerblichen und industriellen Bau umfassen die ge- werblichen <i>Betriebsgebäude</i> (Statistik der Baugenehmi- gungen, Statistik der Baufertigstellungen) keine Büroge- bäude und keinen gewerblichen Tiefbau.</p> <p>Zur Abgrenzung gegenüber dem <i>gewerblichen und industri- ellen Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlicher Bau</i> siehe dort.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GEWERBLICHER UND INDUSTRIELLER BAU  
(FÜR UNTERNEHMEN)

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bau- hauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1967	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Errichtung von Hoch- und/oder Tiefbauten, die überwiegend gewerblichen oder industriellen Zwecken dienen.</p> <p>Je nach Statistik und Nachweis ist unter dem gewerblichen und industriellen Bau (für Unternehmen) Hochbau, Tiefbau oder Hoch- und Tiefbau zusammen zu verstehen, der im Auftrag von Unternehmen oder Betrieben der privaten Wirtschaft (freie Berufe, Industrie, Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe) in Auftrag gegeben wird bzw. wurde.</p>
2. Statistik über den Auftrags- bestand im Bau- hauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1971	<p>Zum gewerblichen und industriellen Hochbau rechnen z.B. Industriebauten und -anlagen, Bürogebäude, Gas- und Elektrizitätswerke, Sparkassen- und Bankgebäude, Gebäude für Versicherungsunternehmen (ohne Sozialversicherung), Mühlen, Sägewerke, Ziegeleien (auch wenn sie Nebenbetriebe landwirtschaftlicher Betriebe darstellen), Lager- und Kühllhäuser, Markthallen, Messegebäude, Garagen (auch Tiefgaragen), Parkhäuser, Tankstellen, Hotels, Kinos usw.</p>
3. Monatlicher Baubericht 1950 bis 1977	<p>Der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken zählt ebenfalls zum gewerblichen Bau, auch wenn diese im Auftrag eines Versorgungsbetriebes öffentlich-rechtlicher Körperschaften erstellt werden.</p>
4. Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	<p>Zum gewerblichen und industriellen Tiefbau rechnen z.B. Bauten für den Transport in Rohrleitungen - sofern sie nicht Bestandteil von Gebäuden oder Industrieanlagen sind -, Kanalanlagen - soweit sie der Wasserzufuhr von Elektrizitätswerken dienen -, ferner Tiefbauten für die Elektrizitätsverteilung (Gruben und Schächte für die Aufnahme von Kabeln und sonstigen Verteilungsleitungen, Freiluftumspannwerke, Maste, verlegte Leitungen), nicht-landwirtschaftliche Wasserbauten (soweit sie nicht öffentlichen Zwecken dienen), bergbauliche Schachtanlagen, unterirdische Tankanlagen und Lager.</p>
5. Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	<p>Straßen- und Brückenbauten mit privatem Auftraggeber (z.B. auf einem Industriegelände) zählen nicht zum gewerblichen Tiefbau, sondern zum <i>Straßenbau</i> (Straßen) bzw. zum sonstigen Tiefbau (Brücken).</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GEWERBLICHER UND INDUSTRIELLER BAU  
(FÜR UNTERNEHMEN)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen, auch der *Index des Auftragseingangs* und der *Index des Auftragsbestands*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1976 zählten Tiefgaragen nicht zum gewerblichen und industriellen Hochbau, sondern zum gewerblichen und industriellen Tiefbau.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum gewerblichen und industriellen Bau (soweit Hochbau) umfassen die *gewerblichen Betriebsgebäude* in der Statistik der Baugenehmigungen und der Statistik der Baufertigstellungen im wesentlichen keine Bürogebäude. In den gewerblichen Betriebsgebäuden in der Statistik der Baupreise sind im wesentlichen nur industrielle u.ä. Bauten berücksichtigt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GEWERBLICHER UND INDUSTRIELLER BAU FÜR  
UNTERNEHMEN SOWIE LANDWIRTSCHAFTLICHER BAU

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht  
einschl. Auf-  
tragseingangs-  
erhebung im  
Bauhauptgewerbe  
(einschl. Fer-  
tigteilbau)  
ab 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Errichtung von Hoch- bzw. Tiefbauten, die überwiegend gewerblichen bzw. überwiegend land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen.

Nicht hierzu rechnen der *Wohnungsbau* bzw. der *Straßenbau*, der im Auftrag von gewerblichen, industriellen und land- oder forstwirtschaftlichen Unternehmen oder Betrieben in Auftrag gegeben wird bzw. wurde.

2. Statistik über  
den Auftrags-  
bestand im Bau-  
hauptgewerbe  
(einschl. Fer-  
tigteilbau)  
ab 1971

In den unter 3. und 5. genannten Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe rechnen zum gewerblichen und industriellen Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Bau im Bereich des *Hochbaus* (bzw. des *Tiefbaus*) der gewerbliche und industrielle Hochbau (bzw. Tiefbau) sowie der landwirtschaftliche Hochbau (bzw. Tiefbau). Zu Einzelheiten bezüglich der Auftraggeber und jeweils einbezogenen Bauten siehe die Erläuterungen zum gewerblichen und industriellen Hochbau (bzw. Tiefbau) unter "gewerblicher und industrieller Bau (für Unternehmen)", zum landwirtschaftlichen Hochbau (bzw. Tiefbau) unter "landwirtschaftlicher Bau".

3. Index des Auf-  
tragseingangs  
für das Bau-  
hauptgewerbe  
1971 bis 1976

In den unter 4. und 6. genannten Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe rechnet zum gewerblichen und industriellen Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Bau im Bereich des Hochbaus der gesamte landwirtschaftliche Hoch- und Tiefbau. Zu Einzelheiten bezüglich der Auftraggeber und einbezogenen Bauten siehe die Erläuterungen zum gewerblichen und industriellen Hochbau unter *gewerblicher und industrieller Bau (für Unternehmen)*, zum landwirtschaftlichen Hoch- und Tiefbau unter *landwirtschaftlicher Bau*.

4. Index des Auf-  
tragseingangs  
für das Bau-  
hauptgewerbe  
ab 1977

5. Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Bau-  
hauptgewerbe  
1971 bis 1976

6. Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Bau-  
hauptgewerbe  
ab 1977

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHE SCHLACHTUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

389

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schlachtungs-  
und Schlachtge-  
wichtsstatistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Schlachtungen auf den öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in den Versand-schlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern und Landschlachtereien.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Gewerbliche Schlachtungen sind zu unterscheiden von *Hausschlachtungen* (Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik). Letztere umfassen die Schlachtungen von Selbstversorgern, in aller Regel den Haltern von Tieren, erstere umfassen die Schlachtungen gewerblicher Art, bei denen die geschlachteten Tiere nicht für den Selbstverbrauch bestimmt sind.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  GEWERBLICHE WIRTSCHAFT	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 563, 2882
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Außenhandels- statistik 01.01.62	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Warenposition, die <i>Rohstoffe</i>, <i>Halbwaren</i> und <i>Fertigwaren</i> umfaßt.<sup>1)</sup></p> <p>Als Rohstoffe gelten Erzeugnisse der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Urproduktion. Im wesentlichen zählen dazu Erdöl, Kohle, Erze, Steine und Erden, Kautschuk, Rundholz, Holz für Holzmasse, Spinnstoffe, Rohphosphate.</p> <p>Als Halbwaren gelten Erzeugnisse, die einem gewerblichen Bearbeitungsprozeß unterlagen, aber noch verhältnismäßig gering bearbeitet sind. Im wesentlichen zählen dazu Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas, textile Gespinste, Schnittholz, Holzmasse, Zellstoff, Zement, sonstige mineralische Baustoffe, Ferrolegierungen, Eisenhalbzeug, NE-Metalle, Koks, Teer, Düngemittel, sonstige chemische Halbwaren.</p> <p>Die Fertigwaren umfassen die <i>Vorerzeugnisse</i> und die <i>Enderzeugnisse</i>.</p> <p>Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu textile Gewebe und Gewirke, Papier und Pappe, Furniere, Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe, Farbstoffe, chemische Vorerzeugnisse, Stangen, Bleche, Draht usw. aus Eisen und NE-Metallen.</p> <p>Als Enderzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu Textilwaren, Bekleidung, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren, Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge.</p> <p>1) Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHE WIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

563, 2882

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Vor 1976  
wurde der elektrische Strom in der Außenhandelsstatistik  
nicht nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :   Die Begriffe Gewerb-  
liche Wirtschaft und *Güter der Gewerblichen Wirtschaft*  
(Statistik der Außenhandelspreise) sind synonym.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GRUNDKAPITAL AM 31.12.

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kapitalgesell-  
schaften

ab 1951

**B e g r i f f s i n h a l t :** Nennkapital von *Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien* am 31. Dezember jedes Jahres.

Das Grundkapital (Aktienkapital) einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien ist die Summe aus den Nennbeträgen der Aktien. Die ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien sind vom Grundkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Grundkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren Grundkapital auf einen Nennbetrag in Deutschen Mark lautet. Von den Kommanditgesellschaften auf Aktien erfaßt die Statistik der Kapitalgesellschaften nur das Grundkapital, nicht aber die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Dem Grundkapital am 31.12. bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien entspricht bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung das *Stammkapital am 31.12.* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Im Unterschied zum Grundkapital umfaßt das Kapital (einschl. offene Rücklagen gemäß § 10 KWG) (Bilanzstatistik) der inländischen Kreditinstitute auch die offenen (gesetzlichen und sonstigen) Rücklagen gemäß § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen sowie die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter von Kommanditgesellschaften auf Aktien.

Im Grundkapital und (den) Rücklagen (Ausweis der Deutschen Bundesbank) der Deutschen Bundesbank sind das Grundkapital der Deutschen Bundesbank sowie die gesetzlichen und sonstigen (freien) Rücklagen enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GRUNDKAPITAL AM 31.12.

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Das Kapital und (die) Rücklagen (Konsolidierte Bilanz des Bankensystems) des Bankensystems umfassen neben dem Grundkapital der Deutschen Bundesbank und dem Kapital der inländischen Kreditinstitute auch die offenen Rücklagen gemäß § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen. Zu beachten ist, daß im Unterschied zum Grundkapital die von den Kreditinstituten erworbenen eigenen Anteile und das nichteingezahlte Kapital vom Kapital und den Rücklagen abgesetzt worden sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDSCHULEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

6520

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Schulen der  
allgemeinen  
Ausbildung

ab 1967

B e g r i f f s i n h a l t : Schulen, die Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang vermitteln.

Die Grundschulen umfassen vier, teilweise auch sechs Schuljahrgänge. Im Anschluß an die Grundschule erfolgt der Übergang auf Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien oder Gesamtschulen.

Den Grundschulen angegliederte Klassen für Behinderte werden nicht bei den Grundschulen, sondern bei den Schulen für Behinderte einbezogen.

Erfaßt werden öffentliche und private Grundschulen.





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GRUNDSTOFFE FÜR DAS VERARBEITENDE GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Außenhandelspreise  
ab 1968B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Grundstoffen für das  
Verarbeitende Gewerbe zählen im wesentlichen:

Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Kalisalz und Torf)

Mineralölerzeugnisse (ohne Motorenbenzin und leichtes  
Heizöl)

Spalt- und Brutstoffe

Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifscheiben und -pulver

Eisen und Stahl (ohne geschweißte Rohre)

NE-Metalle, -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren  
Halbzeug)

Eisenguß-Halbwaren, Temperguß

Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke (ohne Draht)

Kaltgezogener Draht, Schmiedestücke (Vorerzeugnisse)

Bearbeitete Edelsteine

Anorganische Grundstoffe und Chemikalien

Organische Grundstoffe und Chemikalien

Kunststoffe und synthetischer Kautschuk

Chemiefasern

Farbstoffe, Farben, Lacke und verwandte Erzeugnisse

Vitamine und Hormone, Alkaloide und Glykoside, Antibiotika,  
zubereitete Drogen

Human- und veterinärpharmazeutische Erzeugnisse

Gelantine und Klebstoffe, Selbstklebebänder

Dachpappe, Bautenschutzmittel

Technische Keramik und Porzellan

Fliesen und Baukeramik

Flachglas, Bauglas

Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

GRUNDSTOFFE FÜR DAS VERARBEITENDE GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zellstoff, Papier und Pappe (ohne Packpapier)  
 Halbzeug aus Kunststoff  
 Weichgummiwaren  
 Leder  
 Textile Spinnstoffe  
 Garne (ohne Nähgarne und Handstrickgarne)  
 Spinnstoffwaren, Meterware  
 Fußbodenbelag, beschichtete Gewebe  
 Häute und Felle, Federn, Borsten, Verarbeitete Pelzfelle  
 Rohwolle, grobe und feine Tierhaare  
 Schlachttiere  
 Forstwirtschaftliche Erzeugnisse  
 Weizen, Roggen, Braugerste  
 Ölsaaten  
 Faserpflanzen  
 Arznei-, Gewürz- und Duftpflanzen  
 Rohtabak, Rohkaffee, Rohkakao  
 Hopfen, Hopfenmehl, Braumalz  
 Schalenfrüchte  
 Weizenmehl, Stärke, Stärkederivate  
 Glukose und Dextrose  
 Kasein  
 Öle und Fette für technische Zwecke  
 Öle und Fette für die Ernährung  
 Fleisch, Geflügel, Schlachtnebenprodukte  
 Trockenobst und -gemüse

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

GRUNDSTOFFE FÜR DAS VERARBEITENDE GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Kakaopreßbutter, Kakaopulver, Kuvertüre

Milchpulver

Aromastoffe, Gewürze

Apfel- und Orangensaft

Wein zur Weiterverarbeitung

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Grundstoffe für  
das Verarbeitende Gewerbe und *Grundstoffe für die Landwirt-  
schaft* zusammengefaßt ergeben die Gruppe *Grundstoffe* (siehe  
dort).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GRUNDSTOFFE FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Außenhandelspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Grundstoffen für die  
Landwirtschaft zählen im wesentlichen:

Futtergerste, Hafer, Mais

Stärkehaltige Wurzeln

Rapssamen, Sonnenblumenkerne, Sojabohnen, Leinsamen

Futterpflanzen

Landwirtschaftliche Sämereien

Stroh

Torf

Kalisalze

Dikalziumphosphat

Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Schädlingsbekämpfungsmittel

Stärkeerzeugnisse

Melasse

Molkenpulver

Ölkuchen und Schrote

Treber

Weizenkleie

Fischmehl, Mischfutter

Bruteier, NutZRinder

Draht.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

GRUNDSTOFFE (ROHSTOFFE, HALBWAREN UND VORERZEUGNISSE MIT GRUNDSTOFFCHARAKTER)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Außenhandelspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft sind mit den ihnen im Hinblick auf eine weitere Bearbeitung gleichzusetzenden Ernährungsgütern zur Gruppe "Grundstoffe" zusammengefaßt.

Die Grundstoffe sind unterteilt in  
- Grundstoffe für die Landwirtschaft  
- Grundstoffe für das Verarbeitende Gewerbe

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : In der Gliederung nach den Warengruppen der Außenhandelsstatistik werden die Rohstoffe und Halbwaren aus der Sicht des Herkunftsbereichs betrachtet, also z.B. als Rohstoffe und Halbwaren der gewerblichen Wirtschaft, während in der vorliegenden Gliederung nach der vorwiegenden Verwendungsart die Grundstoffe in ihrer Beziehung zum Verwendungsbereich gesehen werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERGEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ab 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe des <i>Verarbeiten-</i> <i>den Gewerbes</i>, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige</p> <p>Mineralölverarbeitung SYPRO-Nr. 22</p> <p>Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen " 24</p>
2. Indizes des Auf- tragseingangs und des Umsatzes für das Verar- beitende Gewerbe ab 1977	<p>Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden " 25</p> <p>Eisenschaffende Industrie " 27</p> <p>NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalb- zeugwerke " 28</p> <p>Gießerei " 29</p> <p>Ziehereien, Kaltwalzwerke, Mechanik, a.n.g. " 3011,3015,3030</p> <p>Chemische Industrie " 40</p> <p>Holzbearbeitung " 53</p> <p>Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung " 55</p> <p>Gummiverarbeitung " 59</p>
	<p>in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.</p>
	<p>Zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.</p>
	<p>Bei der Ermittlung des <i>Index des Auftragseingangs</i> und des <i>Index des Umsatzes</i> werden nur ausgewählte Wirtschaftsgruppen und -zweige des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes einbezogen (in Klammern die jeweilige SYPRO-Nummer).</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (und zwar: Gewinnung von Natursteinen, a.n.g. (2512), Gewinnung von Kalkstein, Gips, Kreide (2514), Verarbeitung von Natursteinen, a.n.g. (2525), Herstellung von Zement (2531), Herstellung von Kalk, Mörtel (2535), Herstellung von gebranntem Gips (2536), Ziegelei (2541), Herstellung von feuerfester Grobkeramik (2543), Herstellung von Kalksandsteinen (2551), Herstellung von großformatigen Fertigbauteilen aus Beton für den Hochbau (nur bei Basis 1980) (2555), Herstellung von Betonerzeugnissen (ohne Baustoffe aus Bims, großformatige Fertigbauteile) (2559), Herstellung von Gipszeugnissen, Dämm- und Leichtbauplatten (2563));

Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (ohne Herstellung von Stahlrohren (2711), Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre) (2715) (ab Basis 1976);

NE-Metallhalbzeugwerke (2850);

Eisen-, Stahl- und Tempergießerei (2910);

Stabziehereien, Kaltwalzwerke (3011), Drahtziehereien (einschl. Herstellung von Drahterzeugnissen) (3015);

Chemische Industrie (40);

Holzbearbeitung (53) (ab Basis 1976);

Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung (55);

Gummiverarbeitung (59) (ab Basis 1976).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe und die *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien* (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind ähnlich abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe enthalten sind - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen die Wirtschaftsgruppen Holz-



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

bearbeitung und Gummiverarbeitung und die Hochofenwerke. Nur in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien enthalten sind im wesentlichen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau sowie - nur 1976 - die Kohlenwertstoffindustrie.

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Zur Abgrenzung gegenüber dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe siehe unter 3.

## 3. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

1977 bis 1984

**B e g r i f f s i n h a l t :** Hauptgruppe des Verarbeitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige

Gewinnung und Verarbeitung  
von Steinen und Erden

SYPRO-Nr. 25

Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (ohne Herstellung von Stahlrohren)

" 2711

Herstellung von Präzisionsstahlrohren

" 2720

Eisen-, Stahl- und Tempergießerei

" 2910

Ziehereien, Kaltwalzwerke

" 3011, 3015

Papier- und Pappeerzeugung

" T.a. 55

in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.

Nachgewiesen wird der *Index des Auftragsbestands* für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe.

Zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und *ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien* (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln und Verarbeitung von Asbest und die Hochofenwerke. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau und Herstellung von Stahlrohren.

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe einerseits und im Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe andererseits sind unterschiedlich abgegrenzt. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe beim Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe rechnen - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre), NE-Metallhalbzeugwerke, Chemische Industrie, Holzbearbeitung, Zellstoff- und Holzschlifferzeugung und Gummiverarbeitung. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe in der Statistik des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe rechnet im wesentlichen die Herstellung von Präzisionsstahlrohren.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1 Index der industriellen Nettoproduktion 1962 bis 1976	B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe der <i>Verarbeitenden Industrie</i> , welche die Industriegruppen bzw. -zweige	
	Industrie der Steine und Erden	IB-Nr. 25
	Eisenschaffende Industrie	" 27
1.2 Index der Arbeitsproduktivität 1962 bis 1976	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	" 2910
	Ziehereien und Kaltwalzwerke	" 3010
	NE-Metallindustrie	" 28
	NE-Metallgießerei	" 2950
	Mineralölverarbeitung	" 22
	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	" 40, 42
	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	" 53
	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	" 55
	Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	" 59

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.

Nachgewiesen werden der *Index der industriellen Nettoproduktion* sowie der *Index der Arbeitsproduktivität*. Bei der Berechnung des Index der industriellen Nettoproduktion wird neben den o.g. Industriegruppen bzw. -zweigen auch die Flachglas erzeugende und veredelnde Industrie (T.a. IB-Nr. 52) einbezogen.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :**  
Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und das *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe* sind, soweit Indizes der (industriellen) Nettoproduktion nachgewiesen werden, vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen im wesentlichen die Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen im wesentlichen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln sowie Mechanik, a.n.g. (Schlosserei, Schweißerei, Schmiederei, Schleiferei u.ä.).

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Zur Abgrenzung gegenüber den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in der Statistik des Auftragseingangs in der Industrie siehe unter 2.

2. Index des  
Auftrags-  
eingangs  
in der  
Industrie  
1962 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Hauptgruppe der Verarbeitenden Industrie, welche die Industriegruppen bzw. -zweige

Industrie der Steine und Erden	IB-Nr. 25
Stahl- und Warmwalzwerke	" T.a. 2710
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	" 2910
NE-Metallhalbzeugwerke	" 2850

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ziehereien und Kaltwalzwerke	IB-Nr. 3010
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	" 40, 42
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	" 55

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen werden der *Index des Auftragseingangs*, der *Index des Umsatzes* und der *Anteil des Auftragseingangs am Umsatz*.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die Kohlenwertstoffindustrie ist nur 1976 einbezogen. Ferner ergaben sich zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik geringfügige Änderungen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und das *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe* im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe sind ähnlich abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sind im wesentlichen die Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau sowie - nur 1976 - die Kohlenwertstoffindustrie enthalten. Nur im Grundstoff- und Produktionsgewerbe enthalten sind - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen die Wirtschaftsgruppen Holzbearbeitung und Gummiverarbeitung und die Hochofenwerke.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## GRUNDSTOFF- UND PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in der Statistik des Auftragseingangs in der Industrie und Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien im Index der industriellen Nettoproduktion sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen im Index der industriellen Nettoproduktion alle die für die Statistik des Auftragseingangs in der Industrie zusammengefaßten Industriezweige, darüber hinaus aber noch die Industriezweige Hochofenwerke, Schmiede-, Preß- und Hammerwerke, NE-Metallhütten, -umschmelzwerke und -scheideanstalten, NE-Metallgießerei, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoffindustrie (außer für 1976), Sägewerke und holzbearbeitende Industrie und gummi- und asbestverarbeitende Industrie. Außerdem ist im Index der industriellen Nettoproduktion noch die Flachglas erzeugende und veredelnde Industrie einbezogen.

Zur Abgrenzung gegenüber den *ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien* (Index des Auftragsbestands in der Industrie) siehe dort.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

GÜLTIGE STIMMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern abgegebene Stimmen, ab 1953 *Erststimmen* und *Zweitstimmen*, aus denen unzweifelhaft zu ersehen ist, für welchen Wahlvorschlag sich der Wähler entschieden hat und die Gültigkeit von einem Wahlvorstand festgestellt wurde.

2. Europawahl-  
statistik  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern abgegebene Stimmen, aus denen unzweifelhaft zu ersehen ist, für welchen Wahlvorschlag sich der Wähler entschieden hat und die Gültigkeit von einem Wahlvorstand festgestellt wurde.





Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

## HEIZÖLVERBRAUCH

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Monatsbericht für  
Unternehmen und  
Betriebe im Berg-  
bau und im Verar-  
beitenden Gewerbe  
ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Verbrauch von Heizöl (Heiz-  
öl leicht, mittelschwer, schwer), das im Berichtszeitraum  
zur Erzeugung von Wärme sowie als Rohstoff für die Produk-  
tion verwendet wurde, gleichgültig, ob aus Erdöl oder aus  
Rohteer hergestellt.

Zum Verbrauch rechnen auch die Heizölmengen, die für die  
Gewinnung der an Dritte abgegebenen Energiemengen (Strom,  
Dampf, Wärme) eingesetzt wurden. Verkaufte oder ver-  
schenkte Brennstoffmengen sowie Deputate sind nicht in  
die Verbrauchsangaben einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HERSTELLUNGSLÄNDER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Länder, in denen von der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) eingeführte Waren vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind.<sup>1)</sup>

Bei Präferenzwaren, für die ein Präferenznachweis vorgelegt wird, ist Herstellungs-(Ursprungs-)land das Land oder Gebiet, in dem die Waren aufgrund einer Präferenzregelung die Eigenschaft von Ursprungswaren erworben haben.

Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so ist Herstellungs-(Ursprungs-)land das Land, in dem die letzte wesentliche und wirtschaftlich gerechtfertigte Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat, sofern diese in einem dazu eingerichteten Unternehmen vorgenommen worden ist und zur Herstellung eines neuen Erzeugnisses geführt hat oder eine bedeutende Herstellungsstufe darstellt.

Bei Waren, deren Herstellungs-(Ursprungs-)land nicht bekannt ist, wird das Versendungsland der Waren erfaßt.

Weitere Einzelheiten sind § 10 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (AHStatDV) in der Fassung vom 14. Juli 1977 (BGBl. I S. 1281) geändert durch Artikel 24 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) zu entnehmen.

---

1) Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Begriffsbestimmung für den Warenursprung (ABl. EG Nr. L 148 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung mit der Maßgabe, daß er auch für die von der Verordnung nicht erfaßten Waren gilt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR  
DAS PRODUKTIONSGÜTERGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Ver-  
arbeitende  
Gewerbe  
1977 bis 1984

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen

Metallbearbeitungsmaschinen der		Warenklasse 3211
spanabhebenden Formung		
Metallbearbeitungsmaschinen der	"	3212
spanlosen Formung		
Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	"	3213
Maschinen und Präzisionswerkzeuge	"	3218
für die Metall- und Werkstoffbearbeitung		
Dampfturbinen	"	3227
Wasserkraftmaschinen	"	3228

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-  
stellung von Maschinen für das Produktionsgütergewerbe und  
*Maschinen für die Produktionsgüterindustrien* (Index des  
Auftragseingangs in der Industrie, Index des Auftragsbe-  
stands in der Industrie) sind synonym.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR DAS  
VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDE GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Verar-  
beitende Ge-  
werbe

1977 bis 1984

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen  
Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen, Warenklasse 3217  
Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von  
Kork, Bein, Hartkautschuk, Kunststoff  
und ähnlichen harten Stoffen

Gewerbliche Kühlmöbel und -geräte, " 3223  
Kältemaschinen und -anlagen

Nahrungsmittelmaschinen " 3245

Maschinen für verwandte Gebiete der " 3246  
Nahrungsmittelherstellung

Papier- und Druckereimaschinen " 3261

Textilmaschinen " 3265

Zubehörteile für Textilmaschinen " 3266

Nähmaschinen " 3267

Schuh- und Lederindustriemaschinen " 3269

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-  
stellung von Maschinen für das Verbrauchsgüter produzierende  
Gewerbe und *Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien*  
(Index des Auftragseingangs in der Industrie, Index des Auf-  
tragsbestands in der Industrie) sind synonym.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Ver-  
arbeitende  
Gewerbe  
1977 bis 1984

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen  
Baumaschinen Warenklasse 3226  
Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen " 3237  
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1975.

Zu den Baumaschinen zählen u.a. Bauaufzüge, Bauwinden,  
Betonmischer und -mischanlagen, Betonpumpen, -spritz- und  
-einpreßgeräte, Betonverdichter, Turmdrehkrane, Rammen,  
Bagger, Straßenbaumaschinen, Gleisbaumaschinen, Erdbauge-  
räte.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-  
stellung von Maschinen für die Bauwirtschaft und *Maschinen  
für die Bauwirtschaft (einschl. Maschinen für die Baustoff-,  
Keramik- und Glasindustrie)* (Index des Auftragseingangs in  
der Industrie, Index des Auftragsbestands in der Industrie)  
sind synonym.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Verar-  
beitende Ge-  
werbe

1977 bis 1984

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen

Landmaschinen Warenklasse 3241

Landwirtschaftliche Förder- und " 3242  
Transportmittel

Milchwirtschaftliche Maschinen " 3243

Ackerschlepper (einschl. Einachs- " 3244  
schlepper und andere einachsige  
Motorgeräte)

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-  
stellung von Maschinen für die Landwirtschaft und *Maschinen  
für die Landwirtschaft (Landmaschinen, landwirtschaftliche  
Förder- und Transportmittel, milchwirtschaftliche Maschinen  
und Ackerschlepper)* (Index des Auftragseingangs in der In-  
dustrie, Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind  
synonym.

Zur Abgrenzung gegenüber dem Begriff *landwirtschaftliche  
Maschinen* (Index der industriellen Bruttoproduktion für  
Investitions- und Verbrauchsgüter, Außenhandelsstatistik)  
siehe dort.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

HERSTELLUNG VON NACHRICHTEN- UND  
INFORMATIONSTECHNISCHEN ERZEUGNISSEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Verar-  
beitende Gewerbe  
1977 bis 1984

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen  
Geräte und Einrichtungen der Drahtnach- Warenklasse 3651  
richtentechnik  
Geräte und Einrichtungen der Funknach- " 3653  
richtentechnik  
Elektrische Zeitdienstgeräte " 3655  
Rundfunk- und Fernsehempfangsgeräte " 3661  
und -einrichtungen  
Phonotechnische Geräte " 3663  
Bauelemente der Fernmelde- und " 3667  
Hochfrequenztechnik  
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-  
stellung von nachrichten- und informationstechnischen Er-  
zeugnissen und *nachrichten- und informationstechnische In-  
vestitionsgüter* (Index des Auftragsbestands in der Indu-  
strie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Die Produktgruppe  
Herstellung von nachrichten- und informationstechnischen  
Erzeugnissen schließt die nachrichten- und informations-  
technischen Investitionsgüter ein, umfaßt aber zusätzlich  
noch die Rundfunk- und Fernsehempfangsgeräte, die phono-  
technischen Geräte und die Bauelemente für die Fernmelde-  
und Hochfrequenztechnik.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HERSTELLUNG VON STARKSTROMTECHNISCHEN ERZEUGNISSEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Verar-  
beitende Gewerbe

1977 bis 1984

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen

Elektromotoren und -generatoren                      Warenklasse 3611

Transformatoren    "                      3612

Starkstromkondensatoren                                      "                      3617

Hochspannungsschaltgeräte  
und -anlagen    "                      3621

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-  
stellung von starkstromtechnischen Erzeugnissen und *stark-  
stromtechnische Investitionsgüter* (Index des Auftragsbe-  
stands in der Industrie) sind synonym.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HOCHBAU

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Alle folgenden Statistiken	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Errichtung von Bauwerken, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen.</p> <p>Die Errichtung der Bauwerke umfaßt auch die dazugehörigen Fundierungsarbeiten.</p>
1. Statistik der Baugenehmigungen ab 1962	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zum Hochbau rechnen sowohl <i>Wohnbauten</i> als auch <i>Nichtwohnbauten</i>, jedoch keine Bauten von begrenzter Dauerhaftigkeit und keine freistehenden selbständigen Konstruktionen (z.B. Tribünen, Schornsteine, Türme und Gaskessel).</p>
2.1 Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewer- be (einschl. Fertigteilbau) ab 1962	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Der Hochbau umfaßt den <i>Wohnungsbau</i>, den gewerblichen und industriellen Hochbau, den landwirtschaftlichen Hochbau, den Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck, für Gebietskörperschaften, Sozialversicherung sowie für Bundesbahn und Bundespost.</p> <p>Zum Hochbau rechnet neben dem Wohnungsbau z.B. die Errichtung von Verwaltungsgebäuden, Fabrik- und Bürogebäuden, Lagerhallen, Garagen (auch Tiefgaragen), Stallungen, Bahnhöfen, Postämtern, Schulen, Universitäten, Theatern, Museen, Krankenhäusern, Gefängnissen, Kirchen, Gemeindehäusern, Sporthallen und Müllbeseitigungsanlagen.</p>
2.2 Statistik über den Auftrags- bestand im Bau- hauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1971	<p>Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen zum Hochbau, auch der <i>Index des Auftragseingangs</i> und der <i>Index des Auftragsbestands</i> im Hochbau.</p>
2.3 Index des Auf- tragseingangs im Bauhaupt- gewerbe 1971 bis 1976	<p>Beim unter 2.4 genannten Index des Auftragseingangs, im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung, beim unter 2.6 genannten Index des Auftragsbestands und beim Nachweis des Auftragsbestands (absolute Werte) in der Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) wird zum Hochbau jeweils auch der gesamte landwirtschaftliche Bau (also auch der landwirtschaftliche Tiefbau) gerechnet; in allen übrigen Nachweisen über den Hochbau ist nur der landwirtschaftliche Hochbau einbezogen.</p>
2.4 Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HOCHBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2.5 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe  
1971 bis 1976

Der Fertigteilbau ist nur im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung, in der Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) und in den unter 2.4 und 2.6 genannten Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe einbezogen.

2.6 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe  
ab 1977

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1976 rechnete der Bau von Tiefgaragen zum *Tiefbau*.

3. Index der Nettoproduktion für das produzierende Gewerbe  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Hochbau rechnen Betriebe, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Hochbauten im Rohbau zu errichten.

Zur Errichtung von Hochbauten rechnen die Ausführung von Hoch- und Ingenieurhochbauten sowie die Reparatur- und Unterhaltsarbeiten an diesen Bauten. Nicht dazu rechnet die Ausführung von Brücken- und bestimmten Spezialbauten.

Der Fertigteilbau ist einbezogen.

Nachgewiesen werden:

- Indizes der Nettoproduktion für Hochbauleistungen als Teil des Bauhauptgewerbes; ab 1976 untergliedert in Indizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmens-  
teile (Basis 1980)
- der Index für das Baugewerbe, vierteljährlich, für Hochbauleistungen als Teil des Ausbaugewerbes und des Bauhauptgewerbes (ab 1978).

Zum Hochbau als Teil des Bauhauptgewerbes rechnen sowohl Industrie- als auch Handwerksbetriebe, zum Hochbau als Teil der Bauindustrie dagegen nur Industriebetriebe. Im letzten Fall entspricht daher der für den Hochbau nachgewiesene Index dem Index der industriellen Nettoproduktion, der mit dem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe auf Basis 1976 konzeptionell identisch ist.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  HOCHSCHULE (N)	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 6520, 6521, 2533, 7008

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

1. Volks- und  
Berufszählung  
1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Ausbildungsstätten, die der Lehre und Forschung sowie der Vorbereitung auf akademische Berufe dienen.

Zugangsvoraussetzung für die Hochschulen ist das *Abitur* oder die fachgebundene Hochschulreife.

Zu den Hochschulen rechnen u.a. Universitäten, Technische Hochschulen, Wissenschaftliche Hochschulen mit Universitätsrang, Pädagogische Hochschulen, Philosophisch-Theologische Hochschulen, Kirchliche Hochschulen sowie Hochschulen für Musik, Bildende Künste und Sport.

Nicht zu den Hochschulen zählen die Fachhochschulen und die Volkshochschulen. Die Fachhochschulen werden entweder den *Ingenieurschulen* oder den Fachschulen (*Berufsfach-/Fachschulen*) zugerechnet.

Als Hochschulabschluß gilt die erfolgreiche Absolvierung der erforderlichen Prüfungen an einer der obengenannten Hochschulen. Auch Absolventen von Lehrerbildungsanstalten und Lehrerseminaren gelten als Hochschulabsolventen.

2. Studenten-  
statistik  
ab Sommer-  
semester 1967

**B e g r i f f s i n h a l t :** Als Hochschulen werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft, ausgewiesen.

Zu den Hochschulen zählen *Universitäten* (einschl. technischer Universitäten/Hochschulen und anderer gleichrangiger wissenschaftlicher Hochschulen), *Gesamthochschulen*, *pädagogische Hochschulen*, *theologische Hochschulen*, *Kunsthochschulen* und *Fachhochschulen*.

Das Studium an Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen sowie in den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  HOCHSCHULE (N)	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 6520, 6521, 2533, 7008
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
3.1 Jahresrechnungs- statistik ab 1950  3.2 Haushaltsan- satzstatistik ab 1970  3.3 Vierteljahres- statistik der Finanzwirt- schaft ab 1970	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Aufgabenbereich mit den Ausgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- für Universitäten, Technische Hochschulen und Technische Universitäten, Hochschulkliniken, Pädagogische Hochschulen und entsprechende Einrichtungen der Lehrerbildung, Gesamthochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen;</li> <li>- für Einrichtungen und zur Förderung des Fernstudiums;</li> <li>- für das Europäische Hochschulinstitut in Florenz, für Maßnahmen, die nicht auf einzelne Hochschularten aufteilbar sind (z.B. Modellversuche).</li> </ul> <p>In der Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft sind lediglich Ausgaben für <i>Baumaßnahmen</i> nachgewiesen.</p> <p><b>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</b> Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Hochschulbereich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die von Hochschulbaugesellschaften bewirtschaftet wurden, sind erst ab dem Rechnungsjahr 1975 erfaßt (<i>Organisationen ohne Erwerbszweck</i>). Die Ausgaben der Hochschulbaugesellschaft Nordrhein-Westfalen wurden mit dem Rechnungsjahr 1978 auf den Haushalt des Landes übernommen.</p> <p>Bis 1973 sind hier auch die Ausgaben für individuelle Förderungsmaßnahmen von Studierenden und für Studentenwohnraumförderung enthalten; ab 1974 werden diese gesondert im Aufgabenbereich <i>Förderung des Bildungswesens</i> nachgewiesen.</p> <p>Bis 1960 sind die Ausgaben für die Ingenieur- und höheren Wirtschaftsfachschulen (Fachhochschulen) nicht im Aufgabenbereich <i>Hochschulen</i>, sondern im Aufgabenbereich <i>Schulen</i> enthalten.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

HOCHSCHULREIFE

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

4590, 6521

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Schulen der  
allgemeinen  
Ausbildung  
ab 1967

B e g r i f f s i n h a l t : Als Hochschulreife gilt das Abschlußzeugnis der Oberstufe (Sekundarstufe II) eines *Gymnasiums*, einer *Gesamtschule*, eines *Abendgymnasiums*, eines *Kollegs*, eines *Fachgymnasiums* bzw. einer Technischen Oberschule oder Berufsoberschule.

2. Statistik der  
Schulen der  
allgemeinen  
Fortbildung  
ab 1967

Nachgewiesen werden *Schüler* und *Schulabgänger* mit Hochschulreife. Die Hochschulreife berechtigt zum Hochschulstudium in allen Studiengängen (allgemeine Hochschulreife) oder in bestimmten Fächern bzw. Fächergruppen (fachgebundene Hochschulreife).

3. Statistik der  
Schulen der  
beruflichen  
Ausbildung  
ab 1967

4. Statistik der  
Schulen der  
beruflichen  
Fortbildung  
ab 1967

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  HOCHSCHULSEMESTER	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 3538, 3316
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Studentenstatistik  
ab Wintersemester  
1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Semester, die insgesamt im Hochschulbereich verbracht worden sind; sie müssen nicht in Beziehung zum Studienfach des Studenten im Erhebungssemester stehen.

Nachgewiesen werden *Studenten* gegliedert nach Hochschulesemestern.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Während die Hochschulesemester alle im Hochschulbereich verbrachten Semester umfassen, werden bei den *Fachsemestern* (Studentenstatistik) nur die im Hinblick auf den im Erhebungssemester angestrebten Abschluß absolvierten Semester berücksichtigt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HOLZBE- UND -VERARBEITUNGSMASCHINEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Index der Brutto- produktion für Investitions- und Verbrauchs- güter ab 1970</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Güter (Güter- arten) aus der Güterklasse Holzbe- und -verarbeitungs- Güterklasse 3217 maschinen des Systematischen Güterverzeichnis für Produktions- statistiken, die zu den <i>Investitionsgütern</i> zählen.</p> <p>Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.</p> <p>Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.</p> <p>Im wesentlichen zählen dazu: Sägemaschinen, Hobel-, Fräs- und Bohrmaschinen, Platten- schleifmaschinen, Maschinen zum Zerkleinern, Schneiden und Verbinden, Maschinenkombinationen und Sondermaschinen, Handgeführte Maschinen.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

**Begriff:**

HOLZWAREN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

4456

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren  
(Warenarten) aus der Warengruppen 54 "Holzwaren"  
des Systematischen Warenverzeichnissen für die  
Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Bauelemente aus Holz und Holzkonstruk-  
tionen, Möbel, Matratzen, Holzgehäuse und andere Tisch-  
lereierzeugnisse, technische, Holzwaren sowie Bürsten-  
waren.

Nicht berücksichtigt werden Verpackungsmittel aus  
Holz, Korb-, Kork- und Flechtwaren sowie sonstige  
Holzwaren.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

HÖRFUNKGENEHMIGUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1018

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Deutschen  
Bundespost

01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigungen zur Er-  
richtung und zum Betrieb einer Hörfunkempfangsanlage.

Erfasst werden lediglich die Rundfunkgenehmigungen, die ge-  
bührenpflichtigen Hörfunkteilnehmern erteilt wurden.

Ausgewiesen wird der Bestand an erteilten Hörfunkgenehmi-  
gungen am Jahresende.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis  
einschl. 1970 umfaßten die Hörfunkgenehmigungen auch die  
Genehmigungen, die nicht gebührenpflichtigen Hörfunk-  
teilnehmern erteilt wurden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Bestand an  
Hörfunkgenehmigungen ist der Bestand an *Fernsehgenehmi-  
gungen* (Statistik der Deutschen Bundespost) enthalten,  
da mit der Erteilung einer Fernsehgenehmigung zugleich  
eine Hörfunkgenehmigung als erteilt gilt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

HORTE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Jugendhilfe  
ab 1967

B e g r i f f s i n h a l t : Einrichtungen, in denen Kinder im schulpflichtigen Alter ganztägig oder für einen Teil des Tages vor oder nach der täglichen Schulzeit aufgenommen sowie pflegerisch und erzieherisch regelmäßig betreut werden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1953 ohne Saarland und Berlin (West), von 1954 bis 1959 ohne Saarland. Seit 1963 werden die Horte und die in ihnen verfügbaren Plätze in der Gliederung nach Trägern der öffentlichen Hand, Trägern der freien Jugendhilfe und privaten gewerblichen Trägern nachgewiesen. Bis 1981 wurden Horte unter der Bezeichnung Kinderhorte nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Einrichtungen zur pflegerischen und erzieherischen Betreuung von Kindern im Alter bis zu 6 Jahren sind *Kinderkrippen* und *Kindergärten*.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

HOTELS

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Beherbergung im  
Reiseverkehr  
ab 1981

B e g r i f f s i n h a l t : Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen ein Restaurant - auch für Passanten - vorhanden ist sowie weitere Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.

Erfaßt werden nur Hotels mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.

2. Statistik des  
Fremdenverkehrs  
in Beherber-  
gungsstätten  
1960 bis 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 *Gästeübernachtungen* im Jahr.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. März 1971 wurden den Hotels auch *Hotels garnis* zugerechnet. Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HOTELS GARNIS

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr ab 1981</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen nur Frühstück abgegeben wird.</p> <p>Erfaßt werden nur Hotels garnis mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.</p>
<p>2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten 1960 bis 1980</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 <i>Gästeübernachtungen</i> im Jahr.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. März 1971 wurden Hotels garnis bei <i>Hotels</i> bzw. <i>Fremdenheimen und Pensionen</i> nachgewiesen. Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

HÜHNER (OHNE TRUT-, PERL- UND ZWERGHÜHNER)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Viehzählungen  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der Jung-  
hennen unter 1/2 Jahr alt einschließlich zur Aufzucht als  
Legehennen bestimmter Küken, Legehennen 1/2 Jahr und  
älter, Schlacht- und Masthähne und -hühner sowie son-  
stiger Hähne einschließlich der hierfür bestimmten  
Küken.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

HUMANMEDIZIN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Studien- und  
Berufswünsche  
ab 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung folgender  
Studienbereiche an Hochschulen:

- Humanmedizin (ohne Zahnmedizin),
- Zahnmedizin.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschluß-  
klassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Human-  
medizin zu studieren.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Fächergruppe  
Humanmedizin umfaßt im Unterschied zur Fächergruppe *Medizi-  
nische Wissenschaften* (Statistik der Studien- und Berufs-  
wünsche, 1972 bis 1979) nicht den Studienbereich Veterinär-  
medizin.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

HUMAN- UND VETERINÄRMEDIZIN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Hoch-  
schulprüfungen  
ab 1959

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung folgender  
Studienbereiche an Hochschulen:

- Humanmedizin (ohne Zahnmedizin),
- Zahnmedizin,
- Veterinärmedizin.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschluß-  
klassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Human- und  
Veterinärmedizin zu studieren.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Begriff  
Human- und Veterinärmedizin entspricht dem Begriff *Medizi-  
nische Wissenschaften* (Statistik der Studien- und Berufs-  
wünsche, 1972 bis 1979),



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HÜTTEN- UND WALZWERKSEINRICHTUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions-  
und Verbrauchs-  
güter

ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Güter (Güter-  
arten) aus der Güterklasse

Hütten- und Walzwerksein-  
richtungen

Güterklasse 3213

des Systematischen Güterverzeichnis für Produktions-  
statistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie"  
hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif)  
angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom  
Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Hütten-  
und Walzwerkseinrichtungen (einschl. Zubehör, Einzel- und  
Ersatzteile a.n.g.).

Im wesentlichen zählen dazu:

Einzelmaschinen für Warm- und Kaltwalzwerke, für Hochöfen  
und Stahlwerke, Maschinelle Anlagen für Warm- und Kalt-  
walzwerke, für Hochöfen und Stahlwerke, Hilfsmaschinen  
für Walzwerke.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HYPOTHEKARKREDITE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Boden- und  
Kommunalkre-  
ditinstituteJan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Von Boden- und Kommunal- kreditinstituten gewährte langfristige Darlehen, die durch Hypotheken gesichert sind.

Nachgewiesen werden im einzelnen Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke, auf gewerbliche, landwirtschaftliche und sonstige Grundstücke sowie Hypothekarkredite auf Schiffe. Die Zuordnung erfolgt dabei entsprechend dem Objekt, das zur Sicherung des Darlehens belastet wird, unabhängig von der Verwendung des Darlehens.

Zu den Hypothekarkrediten auf Grundstücke rechnen auch Darlehen, die nicht durch eine Hypothek, sondern durch Grund- oder Rentenschulden gesichert sind, sofern die Grund- bzw. Rentenschulden - ebenso wie die Hypotheken - ins Grundbuch eingetragen sind.

Nicht zu den Hypothekarkrediten rechnen Darlehen, bei denen die eingetragene Hypothek oder Grundschuld nur als zusätzliche Sicherung anzusehen ist, sowie kommunalverbürgte Hypotheken auf Grundstücke. Durch Grundpfandrechte gesicherte Landeskulturdarlehen (für Maßnahmen der Wasserwirtschaft und der Bodenkultur) sind ebenfalls nicht bei den Hypothekarkrediten einbezogen.

Die Zuordnung der belasteten Grundstücke zu den Grundstücksarten, für die Hypothekarkredite ausgewiesen werden, erfolgt nach der überwiegenden Nutzung des Grundstücks, d.h. nach der Nutzung, der ein Grundstück zu mehr als 50 % der Raumfläche unterliegt.

Zu den Wohngrundstücken rechnen Grundstücke, die überwiegend zu Wohnzwecken genutzt werden, einschließlich der Grundstücke mit ländlichen Wohnbauten und unabhängig davon, ob es sich um Wohnungsneu- oder -altbauten handelt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HYPOTHEKARKREDITE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zu den gewerblichen Grundstücken zählen Grundstücke, die überwiegend gewerblichen Zwecken (Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Dienstleistungen) dienen.

Zu den landwirtschaftlichen Grundstücken zählen Grundstücke, die überwiegend für Zwecke der Landwirtschaft, des Gartenbaus, des Weinbaus, der Forstwirtschaft, der Tierhaltung sowie der Fischerei genutzt werden.

Zu den sonstigen Grundstücken rechnen Grundstücke, die überwiegend für kulturelle, sportliche oder ähnliche Zwecke genutzt werden. Das sind z.B. Kirchen, Theater, Altersheime, Sportplätze, Sporthallen und Dorfgemeinschaftshäuser.

Bei den Hypothekarkrediten auf Schiffe werden Schiffe und Schiffsbauwerke (in Bau befindliche Schiffe) belastet.

Die Schiffshypotheken werden in die Schiffsregister (Binnenschiffsregister, Seeschiffsregister) eingetragen.

Nicht zu den Hypothekarkrediten auf Schiffe zählen die gemäß § 5 Abs. 1 des Schiffsbankgesetzes<sup>1)</sup> gewährten kommunalverbürgten Darlehen.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtszeitraums tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Hypothekarkredite.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Hypothekarkrediten am Ende des Berichtszeitraums an.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302).

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

HYPOTHEKARKREDITE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Statistik der  
Bausparkassen  
ab 1954

**B e g r i f f s i n h a l t :** Bauspardarlehen, deren  
Sicherung in Hypotheken oder Grundschulden auf ein inlän-  
disches Pfandobjekt besteht.

Zu den Bauspardarlehen rechnen hier ausschließlich Darlehen  
aus zugeteilten Bausparverträgen, d.h. aus Verträgen, die  
voll angespart sind und bei denen die entsprechende Warte-  
zeit abgelaufen ist.

Vor der Zuteilung gewährte Zwischenkredite sind nicht ein-  
bezogen.

Ausgewiesen wird der Bestand an Hypothekarkrediten, die von  
den Bausparkassen gewährt wurden, vermindert um die Til-  
gungsleistungen (Stand am Ende des Berichtszeitraums).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Während die  
Hypothekarkredite der Bausparkassen zweckgebunden sind,  
werden bei den Hypothekarkrediten auf Wohngrundstücke  
(Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) für  
Wohnzwecke genutzte Grundstücke belastet, ohne daß das  
gewährte Darlehen einem bestimmten Verwendungszweck zuge-  
führt werden muß.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HYPOTHEKENPFANDBRIEFE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Festverzinsliche Schuldverschreibungen, die gemäß § 1 des Hypothekenbankgesetzes<sup>1)</sup> oder gemäß §§ 1 und 2 des Pfandbriefgesetzes<sup>2)</sup> aufgrund gewährter Realkredite (gegen Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und u.U. Ersatzdeckungen) ausgegeben werden.

Erfaßt werden sowohl Inhaber- als auch Namenshypothekenpfandbriefe.

Zu den Hypothekenpfandbriefen rechnen auch Landesrentenbriefe der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965: Deutsche Landesrentenbank).

Unter *Erstabsatz* an Hypothekenpfandbriefen wird der Nominalbetrag aller im Berichtszeitraum erstmals verkauften neu aufgelegten Hypothekenpfandbriefe einschließlich der Vorverkäufe erfaßt.

Die *Tilgungen* von Hypothekenpfandbriefen umfassen im Berichtszeitraum endgültig aus dem Verkehr gezogene, für kraftlos erklärte, entwertete, vernichtete oder dem Treuhänder zur Vernichtung übergebene Hypothekenpfandbriefe.

Der Umlauf (*Umlauf (Neugeschäft)*) von Hypothekenpfandbriefen erfaßt den Nominalbetrag der am Ende des Berichtszeitraums tatsächlich umlaufenden Hypothekenpfandbriefe ohne die im Eigenbestand befindlichen Stücke eigener Emissionen der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der vorverkauften Stücke.

1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekenbankgesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

HYPOTHEKENPFANDBRIEFE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Hypothekenpfandbriefen (Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) sind bei den Pfandbriefen (Emissionsstatistik) Schiffspfandbriefe einbezogen. Außerdem umfassen die Pfandbriefe - seit 1969 - ausschließlich Pfandbriefe, die auf den Inhaber lauten, während bei den Hypothekenpfandbriefen sowohl auf den Inhaber als auch auf den Namen lautende Hypothekenpfandbriefe einbezogen sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## HYSTEREKTOMIE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schwangerschafts-  
abbruchstatistik  
ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Eingriffsart, die neben  
anderen in der Schwangerschaftsabbruchstatistik erfaßt  
wird.

Die Hysterektomie ist ein medizinisch-operativer Eingriff,  
bei dem entweder vaginal (durch die Scheide) oder abdo-  
minal (nach Öffnung der Bauchhöhle) die Gebärmutter  
(griech.: Hyster) meist vollständig entfernt wird.

Neben der Hysterektomie werden außerdem die *Curettage*,  
die *Vakuumaspiration*, die *vaginale Hysterotomie*, die  
*abdominale Hysterotomie* und der *medikamentöse Abbruch*  
als Eingriffsarten in der Schwangerschaftsabbruchstatistik  
erfaßt.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  IM KRANKENHAUS TÄTIGE KRANKENPFLEGEPERSONEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):  403
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Krankenhausstatistik 01.01.53	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Zu den im Krankenhaus tätigen Krankenpflegepersonen rechnen die in <i>Krankenhäusern</i> beschäftigten Krankenschwestern und -pfleger, Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger, Krankenpflegehelferinnen und -helfer, Säuglings- und Kinderpflegerinnen sowie die sonstigen Pflegepersonen ohne staatliche Prüfung.</p> <p>Nicht erfaßt werden die Krankenpflegepersonen, die noch in Ausbildung sind (z.B. Krankenschwesternschülerinnen).</p> <p>Zu den sonstigen Pflegekräften ohne staatliche Prüfung rechnen alle Personen, die die Krankenpflege berufsmäßig ausüben, ohne zur Führung einer der genannten Berufsbezeichnungen berechtigt zu sein.</p> <p><b>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</b> Aufgrund anderer Berufsbezeichnungen setzte sich bis einschl. 1964 das erfaßte Pflegepersonal aus den Krankenschwestern bzw. -pflegern, den Kinderkrankenschwestern und den sonstigen Pflegekräften zusammen.</p> <p>Für 1964 fehlen die Angaben über Krankenpflegehelfer bzw. -helferinnen in vier, für 1965 in einem Bundesland. Von 1966 bis 1968 fehlen die Zahlen über Säuglings- und Kinderpflegerinnen in Hessen.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Während zu den im Krankenhaus tätigen Krankenpflegepersonen nur das in Krankenhäusern beschäftigte Pflegepersonal zählt, werden zu den <i>Krankenpflegepersonen</i> (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens) alle in bestimmten Pflegeberufen tätigen Personen gerechnet, allerdings ohne die Säuglings- und Kinderpflegerinnen und die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER AKTIENKURSE

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

1281

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Effektenkurse

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t :    Meßgröße für die Entwicklung  
der Aktienkurse.

In die Berechnung des Index der Aktienkurse werden an den Börsen im Bundesgebiet im amtlichen Handel und geregelter Freiverkehr festgestellte Kassakurse für Stammaktien von Gesellschaften mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) einbezogen (zum Basiszeitpunkt 29.12.1972 = 100 285 Gesellschaften). Stammaktien werden nur berücksichtigt, wenn sie auf DM lauten; Vorzugsaktien bleiben außer Ansatz.

Bei Aktien, die an mehreren Börsen im Bundesgebiet notiert werden, geht nur der Kurs an der sog. Heimatbörse in die Berechnungen ein. Als Heimatbörse gilt die Börse, in deren Bereich der Verwaltungssitz des entsprechenden Unternehmens liegt.

Die Aktien werden so ausgewählt, daß die Indexpapiere sowohl insgesamt als auch in der Unterteilung nach Wirtschaftsbereichen mindestens 90 % des Nominalwertes der börsennotierten Stammaktien repräsentieren.

Beim Index der Aktienkurse handelt es sich um einen Laspeyres-Index, wobei als Fortschreibungsreihen die von marktfremden Einflüssen (z.B. Erhöhung oder Herabsetzung des Nominalkapitals, Fusionen, Ausgabe von Bezugsrechten) bereinigten Kurse der ausgewählten Aktien und als Gewichte die Nominalwerte der börsennotierten Stammaktien am Basisstichtag dienen.

Die Gewichtung erfolgt in zweifacher Weise: Zunächst wird bei der Ermittlung der Teilindizes nach Wirtschaftsgruppen der Kurs der einbezogenen Aktiengesellschaften mit dem Nominalwert der börsennotierten Stammaktien der repräsentativ ausgewählten Gesellschaften gewichtet. Bei der Zusammenfassung der Wirtschaftsgruppenindizes zu Hauptwirtschaftsgruppenindizes und danach zum Gesamtindex dient der Nominalwert aller börsennotierten Stammaktien (auch der nicht in die Berechnungen einbezogenen) Aktiengesellschaften als Gewichtungsmaßstab.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  INDEX DER AKTIENKURSE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1281
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Zuordnung der Aktiengesellschaften zu bestimmten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit, bei Beteiligungsgesellschaften entsprechend der Zuordnung des nach Kapital und Beteiligung wichtigsten Tochterunternehmens.

Die Auswahl und Zuordnung der einzelnen Gesellschaften zum Teilindex "Publikumsgesellschaften" (83 Werte) wird nach der Höhe ihres im Streubesitz befindlichen Aktienkapitals, der Anzahl der Aktionäre, der Veröffentlichung der Börsenumsätze sowie der Höhe des Nominalwertes der börsennotierten Stammaktien vorgenommen, wobei mindestens zwei der für diese Kriterien festgelegten Kennziffern erreicht sein müssen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Arbeits-  
produktivität für  
den Bergbau und  
das Verarbeitende  
Gewerbe

ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwick-  
lung der Produktion im *Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe*  
im Verhältnis zum Arbeitseinsatz.

Die Entwicklung der Produktion (Produktionsergebnis) wird  
durch den *Index der Nettoproduktion* repräsentiert, der unter  
Ausschaltung von Preisänderungen die Entwicklung der Netto-  
leistung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe mißt.

Der Nettoproduktionswert wird errechnet, indem vom Brutto-  
produktionswert der Materialverbrauch, d.h. der Wert der  
verbrauchten fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebs-  
stoffe, der Halbwaren, der Teile und dgl. sowie der Wert  
der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

Die Berechnung von Indizes der Arbeitsproduktivität führt  
die Nettoproduktionsindizes mit den Indikatoren des zur  
Erstellung der Produktion notwendigen Arbeitsaufwandes  
zusammen. Die Meßzahlen für *Beschäftigte*, *Beschäftigten-*  
*stunden*, *Arbeiter*, *Arbeiterstunden* - diese Daten fallen  
im Rahmen des Monatsberichts im Bergbau und Verarbeitenden  
Gewerbe an, wobei die Beschäftigtenstunden schätzungsweise  
ermittelt werden - charakterisierend die Entwicklung der  
Input-Komponente des Produktionsprozesses.

Die Output-Komponente, das Ergebnis des Produktionspro-  
zesses, wird durch die Nettoproduktionsindizes für fach-  
liche Unternehmensteile repräsentiert. Die Produktivitäts-  
indizes werden durch den Quotienten

$$\frac{\text{Index der Nettoproduktion}}{\text{Meßzahl Arbeitsinput}} \cdot 100$$

gebildet<sup>1)</sup>.

1) Zu Einzelheiten siehe Dr. Christiane Bald/Dr. Norbert  
Herbel: WiSta 12/83 S. 935 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Da die Meßzahlen der Beschäftigten- und Arbeiterstunden von den im jeweiligen Berichtsmonat zur Verfügung stehenden Arbeitstagen abhängen, werden diese Input-Komponenten zu den kalendermonatlichen Produktionsindizes in Beziehung gesetzt. Für die Berechnung der Produktionsergebnisse je Beschäftigten und je Arbeiter werden die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindizes verwendet.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe beeinflusste die Berechnungsmethode der einzelnen Indizes der Arbeitsproduktivität nicht. Die Produktivitätsindizes, die vor der Umstellung auf das neue Berichtssystem nach der Systematik des Industrieberichts nachgewiesen wurden (1962 bis 1976), messen die Entwicklung der Produktion in der *Industrie* (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) im Verhältnis zum Arbeitseinsatz. Die Entwicklung der Produktion wird dabei durch den *Index der industriellen Netto-*produktion repräsentiert.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Unterschiede in den begrifflichen Abgrenzungen von "Industrie" und "Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe" sind nur geringfügig. Zu Einzelheiten siehe jeweils dort.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER AUSFUHRPREISE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Außenhandelspreise  
ab 1954

B e g r i f f s i n h a l t :    Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die vom Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ins Ausland ausgeführt werden.

Zu Einzelheiten siehe unter *Indizes der Außenhandelspreise*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER BRUTTOPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter

ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Der Index der Bruttonproduktion entspricht vom Konzept her dem *Index der industriellen Bruttonproduktion*.

Unterschiede zwischen beiden Indizes ergeben sich lediglich durch Unterschiede im Berichtskreis, verursacht durch die Anwendung einer neuen Wirtschaftszweigsystematik (Übergang vom Systematischen Verzeichnis zum Monatlichen Industriebericht auf die SYPRO 1)), durch die Einbeziehung des Handwerks und durch die Änderung der Abschneidegrenzen.

Beim Index der industriellen Bruttonproduktion bzw. Index der Bruttonproduktion sind - im Gegensatz zum Index der industriellen Nettoproduktion bzw. Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe mit einer Gruppierung nach Industriezweigen bzw. Wirtschaftszweigen - die Waren/Güter 2) nach ihrem vermutlichen Verwendungszweck (als Investitions- oder Verbrauchsgut) gruppiert.

Der Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt berechnet.

Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln auch die monatlichen Einflüsse wider, die sich aufgrund von unregelmäßigkeiten im Kalender (d.h. unterschiedliche Monatslängen, wechselnder Wochenrhythmus, Feiertage) ergeben. Die Bereinigung der kalendermonatlichen Indexzahlen von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten wird im wesentlichen in zwei Schritten vollzogen. Zunächst wird ein Ausgleich der Monatslängen vorgenommen (mittels Division durch die Zahl der Kalendertage und anschließende Multiplikation mit der mittleren Monatslänge) und danach durch Gegenüberstellung der Monatswerte und der je Monat vorhandenen Wochentagszusammensetzung (unter Berücksichtigung evtl. Feiertage) mit

- 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe.
- 2) Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER BRUTTOPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hilfe der Regressionsschätzung ein System von Wochentags-Koeffizienten ermittelt, mit dem die Werte der Kalenderkomponente berechnet werden. Durch Subtraktion der monatlichen Kalenderkomponente vom kalendermonatlichen Index erhält man die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Indexzahl.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER INDUSTRIELLEN BRUTTOPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der industriellen Brutto-  
produktion für  
Investitions-  
und Verbrauchsgüter

1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung des Ausstoßes an investitionsreifen bzw. verbrauchsreifen Waren in der Industrie, unter Ausschaltung von Preisveränderungen.

Indizes der industriellen Bruttoproduktion werden für Investitions- und Verbrauchsgüter getrennt berechnet. Der Investitionsgüter- bzw. Verbrauchsgüterindex soll die Produktionsentwicklung derjenigen Waren messen, die technisch "fertig" und somit investitions- bzw. verbrauchsreif sind. Investitionsgüter sind Waren, die von der Industrie hergestellt und überwiegend von den Unternehmen und vom Staat als Anlagegüter gekauft werden. Dabei handelt es sich nur um Anlagegüter für Ausrüstungsinvestitionen, nicht auch um solche für Bauinvestitionen. Verbrauchsgüter sind demgegenüber Waren, die von der Industrie hergestellt und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden. Eingeschlossen sind Waren, die im Haushalt selbst noch weiter bearbeitet bzw. verarbeitet werden. Ausgenommen sind dagegen alle Nahrungs- und Genußmittel industrieller Herstellung.

Bei der Auswahl der Waren für die Indexberechnung werden zunächst alle eindeutigen Vorprodukte ausgesondert und von den eindeutigen Fertigwaren die zweifelsfrei bestimmbar sind als Investitions- bzw. Verbrauchsgüter als solche festgestellt. Von dem verbleibenden Rest kann eine größere Anzahl von Waren nicht nur als Vorprodukte, sondern auch als Fertigwaren Verwendung finden; von letzteren wiederum kann ein Teil sowohl Investitions- als auch Verbrauchsgut sein. In diesen Überschneidungsfällen wird die Zuordnung nach dem Schwerpunktprinzip vorgenommen.

Die Gewichtung der einzelnen Warenreihen beruht auf Bruttoproduktionswerten im Basiszeitraum, da der volle Wert der ausgestoßenen Fertigwaren dargestellt werden soll. Zur monatlichen Fortschreibung dieser Ausgangsmasse werden Mengenreihen oder preisbereinigte Wertreihen der Erzeugnisse verwandt.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER INDUSTRIELLEN BRUTTOPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der Index der industriellen Bruttoproduktion wird von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt dargestellt. Um die kalendermonatlichen Indexzahlen von Unregelmäßigkeiten im Kalender (z.B. Feiertage) zu bereinigen, werden sie mit dem Faktor

Volle Arbeitstage im Basisjahr + (Sonnabende im Basisjahr  
x Gewichtungsfaktor)

$$\frac{[\text{Volle Arbeitstage im Berichtsmonat} + (\text{Sonnabende im Berichtsmonat} \times \text{Gewichtungsfaktor})]}{12}$$

multipliziert.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER INDUSTRIELLEN NETTOPRODUKTION

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Index der industriellen Brutto- produktion für Investitions- und Verbrauchs- güter 1962 bis 1976</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Meßgröße für die Entwicklung der Nettoleistung in der Industrie unter Ausschaltung von Preisänderungen.</p> <p>Die Nettoleistung wird errechnet, indem vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch, d.h. der Wert der verbrauchten, fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Halbwaren, der Teile und dgl., sowie der Wert der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.</p> <p>Die Nettoleistung entspricht damit annähernd dem Beitrag der Industrie zum <i>Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen</i>. Auch in dieser Größe sind neben der eigentlichen Wertschöpfung noch die Abschreibungen und die Kostensteuern enthalten.</p> <p>Originär ermittelte Nettoproduktionswerte stehen nur jährlich zur Verfügung. Um die Nettoproduktionswerte eines Basiszeitraumes monatlich fortzuschreiben, müssen Ersatzreihen herangezogen werden. Als Ersatzreihen finden Mengenreihen des Güterausstoßes, preisbereinigte Wertreihen des Güterausstoßes, preisbereinigte Umsatzreihen, Arbeiterstundenreihen sowie Reihen des Materialeinsatzes Verwendung.</p> <p>Der Index der industriellen Nettoproduktion wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt errechnet. Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln die monatliche Entwicklung der Nettoleistung unter Einschluß der Einflüsse wider, die sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (z.B. Feiertage) auf die Nettoproduktion ergeben. Um den Index von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten zu bereinigen, werden die kalendermonatlichen Indexzahlen mit dem Faktor</p> $\frac{\text{Volle Arbeitstage im Basisjahr} + (\text{Sonntag im Basisjahr} \times \text{Gewichtungsfaktor})}{[\text{Volle Arbeitstage im Berichtsmonat} + (\text{Sonntag im Berichtsmonat} \times \text{Gewichtungsfaktor})]} \times 12$ <p>multipliziert. Durch diese Bereinigung erhält man den von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Index der industriellen Nettoproduktion.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER INDUSTRIELLEN NETTOPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Index der industriellen Nettoproduktion ist konzeptionell vergleichbar mit dem Produktionsindex für das Baugewerbe (Zusammenfassung des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes (siehe *Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe* (Monatlicher Baubericht))).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DER NETTOPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Netto-  
produktion für  
das Produzierende  
Gewerbe

ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Der Index der Nettoproduktion auf der Basis 1976 = 100 entspricht vom Konzept her dem *Index der industriellen Nettoproduktion*.

Unterschiede zwischen beiden Indizes ergeben sich zunächst durch Unterschiede im Berichtskreis, verursacht durch die Anwendung einer neuen Wirtschaftszweigsystematik (Übergang vom Systematischen Verzeichnis zum Monatlichen Industriebericht auf die SYPRO 1)), durch die Einbeziehung des Handwerks und durch die Änderung der Abschneidegrenzen.

Beim Index der industriellen Nettoproduktion erfolgte die Gruppierung nach Industriezweigen, beim Übergang auf den Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe wird dagegen nach Wirtschaftszweigen gruppiert.

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt:

Produktionsindizes für  
Unternehmen und für  
fachliche Unternehmensteile

Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren ist dieses Indexsystem grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen (siehe WiSta 12/1983, S. 931 ff).

Der Index der Nettoproduktion auf Basis 1980 wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt berechnet.

Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln auch die monatlichen Einflüsse wider, die sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (d.h. unterschiedliche Monatslängen, wechselnden Wochenrhythmus, Feiertage) ergeben. Die Bereinigung der kalendermonatlichen Indexzahlen von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten wird im wesentlichen in

1) Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INDEX DER NETTOPRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

zwei Schritten vollzogen. Zunächst wird ein Ausgleich der Monatslängen vorgenommen (mittels Division durch die Zahl der Kalendertage und anschließende Multiplikation mit der mittleren Monatslänge) und danach durch Gegenüberstellung der Monatswerte und der je Monat vorhandenen Wochentagszusammensetzung (unter Berücksichtigung evtl. Feiertage) mit Hilfe der Regressionsschätzung ein System von Wochentagskoeffizienten ermittelt, mit dem die Werte der Kalenderkomponente berechnet werden. Durch Subtraktion der monatlichen Kalenderkomponente vom kalendermonatlichen Index erhält man die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Indexzahl.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  INDEX DER TATSÄCHLICHEN WERTE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 577

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Außenhandels-  
statistik

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t :    Meßgröße für die Veränderungen der nominalen Werte von *Warenausfuhr* bzw. *Wareneinfuhr* im Berichtszeitraum im Verhältnis zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes.

Zu Einzelheiten der Begriffe *Wareneinfuhr* und *Warenausfuhr* siehe dort.

Im Index der tatsächlichen Werte werden die nominalen Werte der *Warenausfuhr* bzw. der *Wareneinfuhr* im Berichtszeitraum zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes in Beziehung gesetzt. Da bei diesem Index lediglich Verhältnisse aus Werten des Berichtszeitraumes und des Basiszeitraumes gebildet werden, handelt es sich eigentlich um eine Meßzahl.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Für den Index der tatsächlichen Werte gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Warenausfuhr* bzw. die *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

INDEX DER VERBRAUCHERPREISE  
(EINZELHANDELSVERKAUFSPREISE)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise  
ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise (einschließlich Mehrwertsteuer) von Waren des Einzelhandels. Zugrunde gelegt werden Unternehmen des Einzelhandels, bei denen der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wiederverkauf von Waren an Letztverbraucher liegt.

Bei den Letztverbrauchern handelt es sich überwiegend um private Haushalte, zum Teil auch um Käufer im Unternehmens- und im öffentlichen Bereich.

Nicht zum Einzelhandel zählen - weil der Einzelhandel im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit eine untergeordnete Rolle spielt - Unternehmen, die selbst hergestellte Erzeugnisse direkt an Letztverbraucher verkaufen, wie es beispielsweise in den Ladengeschäften des Bäcker- und Fleischerhandwerks oder in den Verkaufsstellen der fleisch- und fischverarbeitenden Industrie, der Schuh- und Metallwarenindustrie bzw. der Kaffeeröstereien geschieht. Landwirte, die ihre Produkte auf Wochenmärkten anbieten oder den privaten Verbraucher frei Haus beliefern, gelten ebenfalls nicht als Einzelhändler.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Umsatzstruktur des Einzelhandels seit dem Basisjahr 1976 nicht verändert hat (Laspeyres-Index). In die Berechnung gehen die Preise von rd. 600 Waren ein. Die Gewichte für die Wägung wurden aus der Umsatzstruktur dieser Waren im Basiszeitraum abgeleitet.<sup>1)</sup>

Die monatlich nachgewiesenen Preisindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte.

1) Zu Einzelheiten siehe Rasch, H.G.: Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1970, in WiSta 11/1979, S. 812 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

INDEX DER VERBRAUCHERPREISE  
(EINZELHANDELSVERKAUFSPREISE)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Index der Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise) wird bei den *Preisindizes für die Lebenshaltung* (Statistik der Verbraucherpreise) auch die Preisentwicklung von Gütern berücksichtigt, die nicht von Einzelhandelsunternehmen verkauft werden. Dazu rechnen z.B. Strom, Gas, Wasser, vom Handwerk hergestellte Waren, ferner Dienstleistungen verschiedener Art sowie Mietwohnungen und -garagen. Umgekehrt wird im Einzelhandelspreisindex die Preisentwicklung von Waren nachgewiesen, die normalerweise nicht von privaten Haushalten gekauft werden und deshalb auch nicht im Warenkorb der Lebenshaltungsindizes enthalten sind, wie z.B. Büromaschinen und Lastkraftwagen.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen den Indizes besteht darin, daß sich die Preisindizes für die Lebenshaltung auf die Ausgaben privater Haushalte beziehen und damit Einkaufspreisindizes sind, deren Indexgewichte aus Ausgabenanteilen abgeleitet wurden. Der Einzelhandelspreisindex stellt einen Verkaufspreisindex dar, wobei die Umsatzanteile bestimmter Warenarten des Einzelhandels als Wägungszahlen zugrunde liegen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DES AUFTRAGSBESTANDS

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1 Index des Auf-  
tragsbestands  
für das Ver-  
arbeitende  
Gewerbe

1977 bis 1984

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung des Auftragsbestands.

Der Auftragsbestand ist definiert als Summe der Werte aller vorliegenden, fest akzeptierten, noch nicht ausgeführten Bestellungen von anderen Unternehmen oder sonstigen Kunden am Ende des Berichtszeitraums. Dienstleistungen, wie Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredlung, Reparaturen, Instandhaltung, Installationen, Montagen u.ä.) sind, soweit sie üblicherweise zur Produktion der Erzeugnisse gehören, einbezogen. Nicht zum Auftragsbestand zählen Aufträge auf Lieferung von Handelsware.

1.2 Index der Auf-  
tragsbestands  
in der Indu-  
strie

1970 bis 1976

Die Bewertung des Auftragsbestands erfolgt grundsätzlich zu Preisen, die zum Zeitpunkt des Auftragseingangs galten; bei der Existenz von Preisgleitklauseln werden diese im Wertansatz berücksichtigt. In den Wertansatz einbezogen sind die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto sowie die Verbrauchsteuern. Die Mehrwertsteuer ist nicht enthalten. Preisnachlässe wie Rabatte, Boni und Skonti werden ebenfalls abgesetzt.

Vom Auftragswert bereits im Bau befindlicher Güter mit langer Produktionsdauer (z.B. angefangene Schiffs- und Brückenbauten) wird bei der Ermittlung des Auftragsbestands derjenige Teil abgesetzt, der nach Anlegung eines geeigneten wirtschaftlichen Maßstabes bereits erstellt worden ist.

Auftragsbestand aus dem Inland liegt vor, wenn Kunden mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West), der DDR und Berlin (Ost) Aufträge erteilt haben. Um Auftragsbestand aus dem Ausland handelt es sich, wenn Kunden mit Sitz im Ausland oder inländische Exporteure Bestellungen aufgegeben haben.

Der Index des Auftragsbestands auf Basis 1970 = 100 umfaßt ausgewählte Industriezweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Totalgewichtung, bei der nur die in den Index einbezogenen Industriezweige berücksichtigt werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DES AUFTRAGSBESTANDS

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der Index des Auftragsbestands auf Basis 1976 = 100 und 1980 = 100 umfaßt ausgewählte Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Totalgewichtung, bei der nur die in den Index einbezogenen Wirtschaftszweige berücksichtigt werden.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Auftragsbestand, der der Berechnung des Index des Auftragsbestands zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragseingang, der zur Berechnung des Index des Auftragseingangs (Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe) herangezogen wird. Im Auftragseingang sind jedoch auch solche Aufträge erfaßt, die durch Verkäufe vom Lager befriedigt werden. Dieser Auftragseingang berührt den Auftragsbestand naturgemäß nicht.

Siehe auch unter 2.

- 2.1 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe  
1971 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Meßgröße für die Entwicklung des Auftragsbestands im Bauhauptgewerbe.

Der Auftragsbestand ist definiert als die Summe der Werte aller vorliegenden, fest akzeptierten und noch nicht ausgeführten Bauaufträge von anderen Firmen oder sonstigen Kunden am Ende des Berichtszeitraums.

- 2.2 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe  
ab 1977

Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Preisen, die zum Zeitpunkt des Auftragseingangs galten. Aufträge, die über einen langen Zeitraum abgewickelt werden und denen Preisgleitklauseln zugrunde liegen, werden jedoch mit Preisen bewertet, die sich aus der Anwendung der entsprechenden Vertragsbestimmungen ergeben. In den Preisen ist die Mehrwertsteuer nicht enthalten. Auch Rabatte sind abgesetzt.

Bei der Ermittlung des Auftragsbestands ist vom Auftragswert bereits im Bau befindlicher Projekte derjenige Teil abzusetzen, der nach Anlegung eines geeigneten wirtschaftlichen Maßstabes schon erstellt worden ist.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DES AUFTRAGSBESTANDS

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Indizes des Auftragsbestands werden für einzelne Bauarten und Auftraggebergruppen, für den Hochbau und Tiefbau und das Bauhauptgewerbe insgesamt ausgewiesen. Diese Indizes ergeben sich als Quotienten aus den jeweiligen Auftragsbeständen des Berichtszeitraums und den Auftragsbeständen des Basiszeitraums; es handelt sich demnach um Wertmeßzahlen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Auftragsbestand, der der Berechnung des Index des Auftragsbestands zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragseingang, der zur Berechnung des *Index des Auftrags-eingangs* (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe) herangezogen wird.

Der Index des Auftragsbestands ist in den unter 1. und unter 2. genannten Statistiken vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich hauptsächlich durch unterschiedliche Berichtskreise.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DES AUFTRAGSEINGANGS

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1 Index des Auf-  
tragseingangs  
in der Indu-  
strie

1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung des Auftragseingangs.

Der Auftragseingang ist definiert als Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Aufträge von anderen Firmen und sonstigen Kunden laut Auftragsbestätigung. Verkäufe ab Lager sind einzubeziehen, unternehmensinterne Betriebsaufträge dagegen auszuschließen.

1.2 Indizes des  
Auftragsein-  
gangs und des  
Umsatzes für  
das Verar-  
beitende Ge-  
werbe

ab 1977

Es sind nur Aufträge auf Lieferung eigener Erzeugnisse, nicht jedoch von Handelsware einbezogen.

Der Wertansatz enthält die üblicherweise zur Produktion der Erzeugnisse gehörenden Dienstleistungen, wie Reparaturen, Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredlung), Installationen, Instandhaltungen und Montagen), die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto sowie die Verbrauchsteuern. Die Mehrwertsteuer sowie Preisnachlässe wie Rabatte, Boni und Skonti sind im Wertansatz nicht berücksichtigt.

Auftragseingänge aus dem Inland liegen vor, wenn Kunden mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West), der DDR und Berlin (Ost) Aufträge erteilen. Um Auftragseingänge aus dem Ausland handelt es sich, wenn Kunden mit Sitz im Ausland oder inländische Exporteure Bestellungen aufgeben haben.

Im Index des Auftragseingangs in der Industrie umfaßt der Index des Auftragseingangs ausgewählte Industriezweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht in den Index einbezogenen Industriezweige und -gruppen mitberücksichtigt werden.

In den Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe umfaßt der Index des Auftragseingangs ausgewählte Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Die Indexberechnung auf Basis 1970 = 100 erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht aus-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DES AUFTRAGSEINGANGS

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

gewählten Zweige in der Gewichtung berücksichtigt werden. Die Indexberechnung auf Basis 1976 = 100 und 1980 = 100 erfolgt nach einem Meßzahlenkonzept, bei dem nur die ausgewählten Zweige berücksichtigt werden.

Der Index des Auftragseingangs wird jeweils als Wertindex und als Volumenindex nachgewiesen. Der Wertindex stellt die Entwicklung des Auftragseingangs in jeweiligen Preisen dar, der Volumenindex zeigt demgegenüber die reale Entwicklung des Auftragseingangs.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer in den Auftragseingangswerten enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Auftragseingang, der der Berechnung des Index des Auftragseingangs zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragsbestand, der zur Berechnung des *Index des Auftragsbestands* (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe, Index des Auftragsbestands in der Industrie) herangezogen wird. Im Auftragseingang sind jedoch auch Aufträge erfaßt, die durch Verkäufe vom Lager befriedigt werden. Dieser Auftragseingang berührt naturgemäß den Auftragsbestand nicht.

Siehe auch unter 2.

2.1 Index des  
Auftrags-  
eingangs  
für das  
Bauhaupt-  
gewerbe  
1971 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe.

Der Auftragseingang ist definiert als Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge.

2.2 Index des  
Auftrags-  
eingangs  
für das  
Bauhaupt-  
gewerbe  
ab 1977

Aufträge, die durch Arbeitsgemeinschaften abgewickelt werden sollen, werden in die Meldung der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen. Bei den Unternehmen bzw. Betrieben, die diese Arbeitsgemeinschaft bilden, sind sie nicht aufzuführen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INDEX DES AUFTRAGSEINGANGS

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Teile von Bauaufträgen, die an andere Baufirmen als Unteraufträge weitergegeben werden sollen, werden nur von diesen angegeben, um so Doppelzählungen zu vermeiden.

Die Wertansätze für bauhauptgewerbliche Bauleistungen entsprechen der Verdingungsordnung für Bauleistungen. Die Mehrwertsteuer ist in diesen Wertansätzen nicht enthalten.

Indizes des Auftragseingangs werden für einzelne Bauarten und Auftraggebergruppen, für den Hochbau und Tiefbau und das Bauhauptgewerbe insgesamt ausgewiesen. Diese Indizes ergeben sich als Quotienten aus den jeweiligen Auftrags-eingängen des Berichtszeitraums und den Auftragseingängen des Basiszeitraums; es handelt sich demnach um Wertmeßzahlen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Auftragseingang, der der Berechnung des Index des Auftragseingangs zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragsbestand, der zur Berechnung des *Index des Auftragsbestands* (Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe) herangezogen wird.

Der Index des Auftragseingangs ist in den unter 1. und unter 2. genannten Statistiken vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich hauptsächlich durch unterschiedliche Berichtskreise.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INDEX DES UMSATZES

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Index des Auftragseingangs in der Industrie  1962 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung des Umsatzes.</p> <p>Als Umsatz gilt der Erlös für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und im Berichtszeitraum in Rechnung gestellt werden (ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang oder den Liefertermin). Zur Ermittlung des Index des Umsatzes werden Angaben über den Umsatz nach fachlichen Betriebsteilen (früher: Beteiligtenkonzept) zugrunde gelegt. Zu Einzelheiten siehe unter <i>Umsatz</i>.</p>
2. Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe  ab 1977	<p>Im Index des Auftragseingangs in der Industrie umfaßt der Index des Umsatzes ausgewählte Industriezweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht in den Index einbezogenen Industriezweige und -gruppen mit berücksichtigt werden.</p> <p>In den Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe umfaßt der Index des Umsatzes ausgewählte Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Die Indexberechnung auf Basis 1970 = 100 erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht ausgewählten Zweige in der Gewichtung berücksichtigt werden. Die Indexberechnung auf Basis 1976 = 100 und 1980 = 100 erfolgt nach einem Meßzahlenkonzept, bei dem nur die ausgewählten Zweige berücksichtigt werden.</p> <p>Der Index des Umsatzes wird jeweils als Wertindex und als Volumenindex nachgewiesen. Der Wertindex stellt die Entwicklung des Umsatzes in jeweiligen Preisen dar, der Volumenindex zeigt demgegenüber die reale Entwicklung des Umsatzes.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 ist im Umsatz die Umsatzsteuer enthalten.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INDEX DES UMSATZES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Index des Umsatzes und die Meßzahlen des Umsatzes (Groß-, Einzelhandels-, Gastgewerbestatistik) sind Meßgrößen für die Entwicklung des Umsatzes im jeweiligen Wirtschaftszweig. Sie bezeichnen insofern vergleichbare Tatbestände. Sie unterscheiden sich im wesentlichen dadurch, daß der Eigenverbrauch im Umsatz der Handels- und Gastgewerbestatistiken enthalten ist, im Index des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe dagegen nicht.





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INSOLVENZEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Konkurs- und Ver-  
gleichsverfahren  
ab 1962

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Insolvenzen umfassen die *eröffneten Konkursverfahren*, die *mangels Masse abgelehnten Konkursanträge* und die *eröffneten Vergleichsverfahren*, abzüglich der (beantragten) Anschlußkonkurse.

Ein beim zuständigen Amtsgericht beantragtes Konkursverfahren wird gemäß Konkursordnung vom Konkursgericht entweder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt.<sup>1)</sup> Einbezogen sind hier alle begründeten Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens, sofern sie nicht zurückgenommen wurden.

Zu den eröffneten Vergleichsverfahren zählen nur Verfahren, die gemäß Vergleichsordnung vom zuständigen Amtsgericht eröffnet werden.<sup>2)</sup> Anträge auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens, die vom Gericht abgelehnt werden, werden nicht erfaßt.

Anschlußkonkurse sind Konkursverfahren, die zuvor schon als Vergleichsverfahren eröffnet wurden und die als eröffnete Vergleichsverfahren auch erfaßt und nachgewiesen werden. Um Doppelzählungen dieser Verfahren zu vermeiden, werden von der Summe der beantragten Konkursverfahren und eröffneten Vergleichsverfahren die Anschlußkonkurse abgezogen.

Die Insolvenzen stellen daher die um die Anschlußkonkursverfahren bereinigte Summe aller beantragten Konkursverfahren und der eröffneten Vergleichsverfahren dar.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Unterschiedsbetrag zwischen der Zahl der Insolvenzen einerseits und der Summe der *eröffneten Konkursverfahren*, der *mangels Masse abgelehnten Konkursanträge* und der *eröffneten Vergleichsverfahren* (alle Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) andererseits stellt die Zahl der beantragten Anschlußkonkurse dar.

1) Zu Einzelheiten siehe Konkursordnung v. 20.5.1898 (RGBl. S. 612) und Änderungsgesetze.

2) Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung v. 26.2.1935 (RGBl. I S. 321) und Änderungsgesetze.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INVALIDITÄT (ALLGEMEIN)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sozialbudget der  
Bundesrepublik  
Deutschland  
ab 1965

**B e g r i f f s i n h a l t :** Dauernde, mit Einschränkung oder Verlust der Berufs- oder Erwerbsfähigkeit verbundene Beeinträchtigung der Gesundheit, physische Gebrechen; Behinderung.

Zu den Leistungen für die Invalidität (allgemein) gehören außer der Invaliditätsrente u.a. auch die im Zusammenhang mit der Invalidität stehende Entschädigungsrente für Körperschaden, die Altersrente, die Landabgabenrente, die *Hilfe zum Lebensunterhalt* und die *Hilfe zur Pflege* sowie im Zusammenhang mit der Invalidität stehende *Steuerermäßigungen*.

Eine Heilbehandlung in Anstalten durch Ärzte oder sonstige Heilpersonen, die hierzu erforderlichen Heilmittel und die Unterbringung und Verpflegung während eines Anstaltsaufenthaltes zählen ebenso zu den Leistungen für Invalidität (allgemein), wie auch die unentgeltliche Beförderung Behinderter und Leistungen der Beratung und Betreuung.

Nicht zu den Leistungen für Invalidität (allgemein) zählt die Behinderung als Folge von *Arbeitsunfall/Berufskrankheit* sowie als *Folge politischer Ereignisse*.

Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für *Kinder* und für *Ehegatten*, Rentenleistungen an Personen über 60 Jahre (Frauen) bzw. über 65 Jahre (Männer) den Leistungen bei *Alter* zugeordnet.

Siehe auch unter *Gesundheit*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden  
Statistiken

**B e g r i f f s i n h a l t :** Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig ("investitionsreif") angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden (ohne Güter für Bauinvestitionen).

Als technisch fertig gelten Waren/Güter, die voraussichtlich keiner weiteren Be- oder Verarbeitung im gewerblichen Produktionsbereich mehr unterliegen, sondern zur letzten Verwendung bestimmt sind. Als Be- oder Verarbeitung gilt jede Umformung von Stoffen, jede Verbindung mit anderen Stoffen sowie der Einbau von Teilen.

Die Investitionsgüter umfassen ausgewählte Waren-/Güterarten (Sechssteller) aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1970 oder 1975, bzw. aus dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.

Bei der Auswahl der Waren/Güter wird so vorgegangen, daß anhand des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken zunächst alle eindeutigen Vorprodukte (technisch nicht fertige Waren) ausgesondert und von den eindeutigen Fertigwaren die klar bestimmbar In-vestitions- und Verbrauchsgüter festgestellt werden. Da von dem verbleibenden Rest eine größere Anzahl von Waren nicht nur als Vorprodukte, sondern auch als Fertigwaren Verwendung finden und von letzteren wiederum ein Teil sowohl Investitionsgut als auch Verbrauchsgut sein kann, werden die verbleibenden Waren nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet. Die Personenkraftwagen werden nach anderen, in den einzelnen Statistiken unterschiedlichen Kriterien zugeordnet.

Nicht zu den Investitionsgütern zählen Güter für Bauinvestitionen, d.h. die Lieferungen des Verarbeitenden Gewerbes an das Baugewerbe und die Leistungen des Baugewerbes selbst bleiben unberücksichtigt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht einbezogen sind Fertigungsstoffe (Waren, die weiter be- oder verarbeitet werden), Energie-, Brenn- und Kraftstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren/Güter für die laufende Instandhaltung von Anlagen und geringwertige Wirtschaftsgüter, die nicht aktiviert werden.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die Auswahl der zu den Investitionsgütern rechnenden Waren, die auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, vorgenommen wurde, unterscheidet sich von der Auswahl der Waren nach dem WI, Ausgabe 1970 und der Auswahl der Güter nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Zur Abgrenzung gegenüber den *Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien* (Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise) siehe dort.

1.1 Index der industriellen Brutttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

1962 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Das Gewichtungsschema das zur Berechnung des nach Investitions- und Verbrauchsgütern gegliederten *Index der Brutttoproduktion* bzw. des *Index der industriellen Brutttoproduktion* verwendet wird, wurde aus den Brutttoproduktionswerten aller Waren-/Güterarten, die als Investitionsgüter gelten, ermittelt.

Die Fortschreibung der Reihen erfolgt durch - für die Gesamtheit der Verbrauchsgüter annähernd repräsentative - Erzeugnisreihen des Produktions-Eilberichts.

1.2 Index der Brutttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

ab 1970

Brutttoproduktionsindizes werden im besonderen für folgende Waren/Güter nachgewiesen: *Stahlbauerzeugnisse, Maschinenbauerzeugnisse, Straßenfahrzeuge* (soweit Investitionsgut), *elektrotechnische Investitionsgüter, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen* und *sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter*.

Die Personenkraftwagen werden nach der Zulassungsstatistik den Investitions- oder Verbrauchsgütern zugeordnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Statistik der  
Erzeugerpreise  
gewerblicher  
Produkte

Januar 1966  
bis Juni 1980

**B e g r i f f s i n h a l t :** Zusammengefaßt werden Investitionsgüter, für die im Rahmen der laufenden Statistiken Preise erhoben werden. Von den rund 1 400 Warenarten, die als Investitionsgüter gelten, werden rund 600 berücksichtigt.

- 3.1 Außenhandels-  
statistik  
ab 1962

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttonproduktion für Investitionsgüter getroffen wurde.

- 3.2 Statistik der  
Außenhandels-  
preise  
ab 1954

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Warennummern des WA, die nicht genau mit den entsprechenden Warennummern des WI bzw. GP übereinstimmen, werden nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet.

Waren, die im WA besonders herausgestellt sind - wie z.B. maschinelle Anlagen (vollständige Fabrikationseinrichtungen) und bei denen es sich eindeutig um Investitionsgüter handelt, werden ebenfalls mit erfaßt.

Außenhandelsindizes werden in der Außenhandelsstatistik im besonderen für folgende Waren nachgewiesen: *Stahlbauerzeugnisse, Maschinenbauerzeugnisse, Straßenfahrzeuge* (soweit Investitionsgut), *elektrotechnische Investitionsgüter, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen* und *sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter.*

Die Personenkraftwagen werden nach der Größe des Hubraums den Investitions- oder Verbrauchsgütern zugeordnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1. Index der industriellen  
Nettoproduktion

B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe der Verarbeitenden Industrie, welche die Industriegruppen bzw. -zweige

Stahlverformung IB-Nr. 3020

1.2. Index der Arbeitsproduktivität  
1962 bis 1976

Stahl- und Leichtmetallbau " 31

Maschinenbau " 32

Straßenfahrzeugbau " 33

Schiffbau " 34

Elektrotechnische Industrie " 36

Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie " 37

Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie " 38

Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen " 50

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.

Nachgewiesen werden der *Index der industriellen Nettoproduktion* sowie der *Index der Arbeitsproduktivität*.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Investitionsgüterindustrien.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :  
Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Investitionsgüterindustrien und das *Investitionsgüter produzierende Gewerbe* sind, soweit Indizes der Nettoproduktion nachgewiesen werden, vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Investitionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Nur zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnen im wesentlichen Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern und Lackierung von Straßenfahrzeugen.

Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

2. Index des Auftragseingangs  
in der Industrie  
1962 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Hauptgruppe der Verarbeitenden Industrie, welche die unter 1. genannten Industriegruppen bzw. -zweige umfaßt, mit Ausnahme des Industriezweigs Uhrenindustrie (IB-Nr. 3770).

Zugrunde liegt das Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971.

Nachgewiesen werden der *Index des Auftragseingangs*, der *Index des Umsatzes* und der *Anteil des Auftragseingangs am Umsatz*.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Investitionsgüterindustrien.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :  
Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik  
ergaben sich geringfügige Änderungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Investitions-  
güterindustrien und das *Investitionsgüter produzierende*  
Gewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs  
für das Verarbeitende Gewerbe sind vergleichbar abgegrenzt.  
Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu  
den Investitionsgüterindustrien Industriezweige nach dem  
Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht  
zusammengefaßt werden, zum Investitionsgüter produzierenden  
Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO. Nur zu  
den Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen  
die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und ge-  
sundheitstechnischen Anlagen.

Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe  
auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser  
Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche  
Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Zur Abgrenzung gegenüber den *ausgewählten Zweigen der In-  
vestitionsgüterindustrien* (Index des Auftragsbestands in  
der Industrie) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ab 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe des Verar- beitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige</p> <p>Herstellung von Gesenk- und leichten Freiformschmiede- stücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen</p> <p style="text-align: right;">SYPRO-Nr. 3021</p>
2. Indizes des Auf- tragseingangs und des Umsatzes für das Verar- beitende Gewerbe ab 1977	<p>Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenveredlung, Härtung</p> <p>Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau</p> <p>Maschinenbau</p> <p>Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.</p> <p>Schiffbau</p> <p>Luft- und Raumfahrzeugbau</p> <p>Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt</p> <p>Feinmechanik, Optik, Herstel- lung von Uhren</p> <p>Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren</p> <p>Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen</p>
	<p style="text-align: right;">3025</p> <p style="text-align: right;">31</p> <p style="text-align: right;">32</p> <p style="text-align: right;">33</p> <p style="text-align: right;">34</p> <p style="text-align: right;">35</p> <p style="text-align: right;">36</p> <p style="text-align: right;">37</p> <p style="text-align: right;">38</p> <p style="text-align: right;">50</p>
	<p>in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.</p>
	<p>Zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei der Ermittlung des *Index des Auftragseingangs* und des *Index des Umsatzes* werden nur ausgewählte Wirtschaftsgruppen und -zweige des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes einbezogen (in Klammern die jeweilige SYPRO-Nummer):

Herstellung von Gesenk- und Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen (3021); Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenveredlung, Härtung (3025);

Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen (ohne Grubenausbauelemente) (3111), Kessel- und Behälterbau (3151), Waggonbau (3174);

Maschinenbau (32);

Straßenfahrzeugbau (und zwar: Herstellung von Personenkraftwagen u. ä. (einschl. Motoren und Fahrgestellen) (3312), Herstellung von Lastkraftwagen u. ä. (einschl. Motoren und Fahrgestellen) (3313), Herstellung von Karosserien, Aufbauten, Anhängern für Kraftwagen (3316), Herstellung von Krafträdern, Kraftradmotoren (3321), Herstellung von Fahrrädern (3324));

Schiffbau (34);

Elektrotechnik (ohne Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt und ohne Montage von elektrotechnischen Erzeugnissen) (3610-3670);

Feinmechanik, Optik (ohne Herstellung von Uhren) (3711-3760);

Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (ohne Herstellung von Handelswaffen und deren Munition und ohne Herstellung von Panzerschränken (Tresoren)) (3821-3847, 3849-3889);

Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (50).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe und die *Investitionsgüterindustrien* (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den Investitionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zu den Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen.

Zur Abgrenzung gegenüber dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe beim Index des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe siehe unter 3.

3. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

1977 bis 1984

**B e g r i f f s i n h a l t :** Hauptgruppe des *Verarbeitenden Gewerbes*, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige

Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	SYPRO-Nr. 31
Maschinenbau	" 32
Herstellung von Liefer- und Lastkraftwagen, Kommunalfahr- zeugen, Omnibussen, Obussen	" T.a. 3313
Schiffbau	" 34
Herstellung von starkstrom-, nachrichten- und informations- technischen Erzeugnissen	" T.a. 36
Feinmechanik, Optik	" 3711-3760

in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nachgewiesen wird der *Index des Auftragsbestands* für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe.

Zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen, die in den genannten Wirtschaftszweigen bzw. -zweigen tätig sind.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Investitionsgüter produzierendes Gewerbe und *ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien* (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnet im wesentlichen die Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Einrichtungen; nur zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen.

Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe einerseits und im Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe andererseits sind unterschiedlich abgegrenzt. Zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe beim Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe rechnen alle Wirtschaftszweige, die in der Statistik des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe zusammengefaßt sind, darüber hinaus aber auch die Wirtschaftszweige Herstellung von

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

INVESTITIONSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gesenk- und leichten Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen; Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenveredlung, Härtung; ferner Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Herstellung von Personenkraftwagen, Kleinomnibussen, Kombinationskraftwagen, Krafträdern, Karosserien, Aufbauten, Anhängern und Fahrrädern sowie Teile der Elektrotechnik.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## KAPITALGESELLSCHAFTEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kapitalge-  
sellschaften  
ab 1951

B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft<sup>1)</sup>, der Kommanditgesellschaft auf Aktien<sup>1)</sup> oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung<sup>2)</sup> geführt werden.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

Zu den Kapitalgesellschaften zählen auch:

- Niederlassungen ausländischer Unternehmen im Bundesgebiet, sofern sie als rechtlich selbständige Tochtergesellschaften in der Rechtsform der AG, KGaA oder GmbH geführt werden,
- Gesellschaften ohne eigene Beschäftigte (ruhende Gesellschaften, Mantelgesellschaften), sofern sie im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind.

Die Kapitalgesellschaften werden anhand ihrer Eintragungen in den Handelsregistern erfaßt. Vor der Eintragung in das Handelsregister besteht eine Kapitalgesellschaft als solche nicht. Einbezogen werden nur eingetragene Gesellschaften, die nicht aufgelöst sind. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung oder der Gesellschafter (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung eines Konkursverfahrens.

1) Zu Einzelheiten siehe Aktiengesetz v. 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung v. 20.4.1892 (RGBl. S. 477).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## KAPITALGESELLSCHAFTEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht als Kapitalgesellschaften erfaßt werden:

- Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
- Bergrechtliche Gewerkschaften
- Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet.

In der Statistik der Kapitalgesellschaften werden die Jahresendbestände der in den Handelsregistern eingetragenen und nicht aufgelösten Gesellschaften sowie die im Jahresverlauf registrierten Zu- und Abgänge an diesen Gesellschaften nachgewiesen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Kapitalgesellschaften und *Unternehmen* in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Arbeitsstättenzählung) sind ähnlich abgegrenzt:

Nur zu den Kapitalgesellschaften rechnen Gesellschaften, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende oder Mantelgesellschaften).

Nur zu den Unternehmen zählen Gesellschaften in den o.g. Rechtsformen, die noch nicht im Handelsregister eingetragen sind, aber schon eigene Beschäftigte haben, sowie Gesellschaften, die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  KOMBINATIONSKRAFTWAGEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 906
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeughän- gerbestandes  01.01.54	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Mehrspurige Kraftfahrzeuge mit nicht mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht, die nach Bauart und Einrichtung geeignet und bestimmt sind, im Innenraum - mit Ausnahme des für die Mitnahme von Reisegepäck bestimmten Raums - wahlweise oder gleichzeitig der Beförderung von nicht mehr als 8 Fahrgästen und von Gütern zu dienen.</p> <p>Bei den Neuzulassungen (<i>Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger</i>) werden fabrikneue Kombinationskraftwagen erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.</p> <p>Der <i>Fahrzeugbestand</i> umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kombinationskraftwagen.</p> <p>Bei den Besitzumschreibungen (<i>Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger</i>) werden gebrauchte Kombinationskraftwagen erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.</p> <p>Seit 1.8.1969 ist in der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung die Trennung von Kombinationskraftwagen und Personenkraftwagen aufgehoben. Kraftfahrzeuge mit den Merkmalen eines Kombinationskraftwagens können in den Fahrzeugpapieren und in der Meldung an das Kraftfahrt-Bundesamt als "PKW-Kombi" bezeichnet werden. Dabei liegt es i.a. in der Hand des Herstellers, ob er einen Fahrzeugtyp als Personenkraftwagen normalen Aufbaues oder als PKW-Kombi erfassen läßt.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Bei den Kombinationskraftwagen muß im Unterschied zu den <i>Personenkraftwagen</i> die Größe der Ladefläche im Fahrzeugbrief angegeben werden.</p> <p>Mehrzweckwagen (Kombinationskraftwagen) mit mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht werden in der Regel als Personenkraftwagen zugelassen. Eine Zulassung als <i>Lastkraftwagen</i> ist ebenfalls möglich, wird jedoch - wegen der rechtlichen Beschränkung von Personenbeförderungen mit Lastkraftwagen - im allgemeinen nicht gewünscht.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## KOMMUNALDARLEHEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Darlehen von Boden- und Kommunalkreditinstituten an inländische öffentliche Haushalte, inländische öffentliche Wirtschaftsunternehmen, inländische Organisationen ohne Erwerbscharakter und an zwischenstaatliche Einrichtungen, die durch Rechtsverordnung den inländischen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts gleichgestellt sind.

Zu den Kommunaldarlehen rechnen auch kommunalverbürgte Darlehen und Hypotheken, die an Dritte gewährt werden.

Im einzelnen sind dies alle Darlehen, die gemäß § 1 Abs. 2, § 5 Abs. 1, Nr. 1 und Abs. 2 Hypothekenbankgesetz<sup>1)</sup> sowie gemäß § 8 Abs. 1, Satz 2 und Abs. 3 Pfandbriefgesetz<sup>2)</sup> und entsprechend § 5 Abs. 1, Nr. 1 Schiffsbankgesetz<sup>3)</sup> gewährt werden.

Bei kommunalverbürgten Darlehen und Hypotheken übernehmen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts bzw. ihnen gleichgestellte zwischenstaatliche Einrichtungen die Gewährleistung für an Dritte gegebene Darlehen.

1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekenbankgesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).

3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (SCHBG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## KOMMUNALDARLEHEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht zu den Kommunaldarlehen rechnen durch Kommunaldeckung gesicherte Landeskulturdarlehen und nicht verbürgte Restbeträge von Darlehen, bei denen die Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts nur für einen Teilbetrag übernommen worden ist.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Kommunaldarlehen.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Kommunaldarlehen am Monatsende an.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bei den *kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke* wurden bis Ende 1968 Hypotheken auf Wohnungsbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) nicht einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSDIENSTE		DFK-Nr.:
		GBK-Nr.(n): 7008
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
1. Jahresrechnungs- statistik ab 1950  2. Haushaltsan- satzstatistik ab 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Aufgabenbereich mit Aus- gaben für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Straßenbeleuchtung,</li> <li>- Abwasserbeseitigung,</li> <li>- Abfallbeseitigung (Müllabfuhr und -verwertung, Müll- deponien, Tierkörperbeseitigung),</li> <li>- Straßenreinigung,</li> <li>- Schlacht- und Viehhöfe (einschl. Fleischbeschau, Schlachthoftierärzte),</li> <li>- Märkte (Lebensmittelmärkte, Jahrmärkte, Tiermärkte, Markteinrichtungen),</li> <li>- Bestattungswesen,</li> <li>- Fuhrpark (Wagenpark, Reparaturwerkstätten),</li> <li>- Bauhöfe (Baumateriallager, Wirtschaftshöfe),</li> <li>- sonstige öffentliche Einrichtungen (Pfandleihanstalten, Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser, Stadthallen, öffentliche Waagen).</li> </ul> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis 1962 sind hier auch die Ausgaben der Gemeinden/Gv. für das Ausstellungs- und Messewesen nachgewiesen.</p> <p>Bis 1973 sind die Ausgaben für Bauhöfe nicht hier, sondern im Aufgabenbereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen enthalten.</p> <p>Bis 1973 sind hier auch die Ausgaben der Gemeinden mit we- niger als 3 000 Einwohnern für das Feuerlöschwesen und die Ausgaben der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und Ämter für Park- und Gartenanlagen sowie für Badean- stalten nachgewiesen.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSDIENSTE

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7008

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  KOMMUNALOBLIGATIONEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 1138

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der  
Boden- und  
Kommunalkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Schuldverschreibungen,  
die aufgrund von gewährten *Kommunalدارlehen* ausgegeben  
wurden.

Erfast werden Inhaber- und Namenskommunaloobligationen,  
die von Boden- und Kommunalkreditinstituten emittiert  
wurden.

Kommunaloobligationen werden von privaten Hypotheken-  
banken gemäß § 41 Hypothekenbankgesetz<sup>1)</sup> und von öffent-  
lich-rechtlichen Kreditinstituten gemäß § 8 Pfandbrief-  
gesetz<sup>2)</sup> unter der Bezeichnung "Kommunaloobligation" oder  
"Kommunalschuldverschreibung" ausgegeben. Erfast werden  
auch unter anderen Bezeichnungen gegen Kommunaldarlehen  
ausgegebene Schuldverschreibungen, wenn sie die gesetz-  
lichen Voraussetzungen (Pfandbriefgesetz) erfüllen oder  
der Bezeichnung ein entsprechender Hinweis auf den maß-  
geblichen Paragraphen des Pfandbriefgesetzes beigelegt  
ist.

Unter dem *Erstabsatz* an Kommunaloobligationen wird der  
Nominalbetrag aller im Berichtszeitraum erstmals ver-  
kauften neu aufgelegten Kommunaloobligationen einschließ-  
lich der Vorverkäufe nachgewiesen.

Die *Tilgungen* von Kommunaloobligationen umfassen die im  
Berichtszeitraum endgültig aus dem Verkehr gezogenen,  
für kraftlos erklärten, entwerteten, vernichteten oder  
dem Treuhänder zur Vernichtung übergebenen Kommunaloob-  
ligationen.

1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekenbankgesetz (HBG) vom  
5.2.1963 (BGBl. I S. 81), geändert u. a. durch Änderungs-  
gesetz vom 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe  
und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-  
rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG), vom 8.5.1963 (BGBl.  
S. 312), geändert durch Änderungsgesetz vom 11.3.1974  
(BGBl. I S. 669).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

KOMMUNALOBLIGATIONEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

1138

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der *Umlauf (Neugeschäft)* von Kommunalobligationen erfaßt den Nominalbetrag der am Ende des Berichtszeitraums tatsächlich umlaufenden Kommunalobligationen ohne die im Eigenbestand der berichtenden Kreditinstitute befindlichen Stücke eigener Emissionen, jedoch einschließlich der vorverkauften Stücke.

*Änderungen im Zeitablauf:*  
Bis einschl. November 1962 waren auch die *sonstigen Schuldverschreibungen* in den Kommunalobligationen enthalten.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## KOMMUNALVERBÜRGTEN HYPOTHEKEN AUF WOHNGRUNDSTÜCKE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunalkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

**B e g r i f f s i n h a l t :** Realkredite, die durch eine Hypothek auf ein Wohngrundstück und zusätzlich durch die Übernahme der Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts gesichert sind.

Zu den Wohngrundstücken zählen alle Grundstücke, die ganz oder überwiegend - d.h. zu mehr als 50 % der Raumfläche - für Wohnzwecke genutzt werden (Alt- und Neubauten). Zu den Wohngrundstücken rechnen auch Grundstücke mit ländlichen Wohnbauten.

Darlehen, bei denen nur für einen Teilbetrag die Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts übernommen wird, werden hier nur mit dem kommunalverbürgten Teil erfaßt.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke am Monatsende an.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Bis Ende 1968 wurden kommunalverbürgte Hypotheken für Wohnungsaltbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) nicht einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER, FAHRRÄDER

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen				
<p>1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen</p> <table border="0"> <tr> <td>Krafträder und Motorroller</td> <td>Waren-/Güterklasse 3371</td> </tr> <tr> <td>Fahrräder</td> <td>" 3375</td> </tr> </table> <p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den Verbrauchsgütern zählen.</p>	Krafträder und Motorroller	Waren-/Güterklasse 3371	Fahrräder	" 3375
Krafträder und Motorroller	Waren-/Güterklasse 3371				
Fahrräder	" 3375				
<p>1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970</p>	<p>Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden.</p> <p>Im wesentlichen rechnen dazu Krafträder, Motorroller, Mopeds, Mofas, Fahrräder und Reparaturen an diesen Fahrzeugen.</p>				
<p>2. Außenhandelsstatistik ab 1960</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Wie unter 1., jedoch ohne Reparaturen, aber einschließlich Krankenfahrstühle und Bereifungen für Fahrräder, Mopeds und Kleinkrafträder.</p> <p>Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.</p> <p>Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.</p>				

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER, FAHRRÄDER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Krafträder, Fahrräder sowie *Krafträder, Fahrräder und Bereifungen* (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in einigen Waren. Nur zu den Krafträdern und Fahrrädern zählen die Krankenfahrstühle. Nur zu den Krafträdern, Fahrrädern und Bereifungen zählen Bereifungen bis 8 Zoll Felgendurchmesser.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

KRAFTRÄDER, FAHRRÄDER UND BEREIFUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
1970 - 1978

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warennummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik, die im wesentlichen den Warenklassen

Krafträder	Warenklasse	3317
Fahrräder	"	3351
Kinderwagen	"	3361

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1970, entsprechen und zu den *Verbrauchsgütern* zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren, die von der Industrie hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Krafträder (Motorräder, Motorroller, Mopeds, Fahrräder mit Hilfsmotor), Fahrräder, Kinderwagen sowie Bereifungen für diese Fahrzeuge.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER UND FAHRRÄDER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der industriellen Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Krafträder und  
Fahrräder und *Krafträder*, *Fahrräder* (Index der Bruttoproduk-  
tion für Investitions- und Verbrauchsgüter) sind synonym. Zu  
Einzelheiten siehe dort.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

LANDWIRTSCHAFTLICHE MASCHINEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen												
Index der industriellen Brutto- produktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b>    Ausgewählte Waren (Waren- arten) aus den Warenklassen</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">Landmaschinen</td><td style="width: 10%; text-align: center;">"</td><td style="width: 20%; text-align: right;">Warenklasse 3241</td></tr> <tr> <td>Landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel</td><td style="text-align: center;">"</td><td style="text-align: right;">3242</td></tr> <tr> <td>Milchwirtschaftliche Maschinen</td><td style="text-align: center;">"</td><td style="text-align: right;">3243</td></tr> <tr> <td>Ackerschlepper (einschl. Einachs- schlepper und andere einachsige Motorgeräte)</td><td style="text-align: center;">"</td><td style="text-align: right;">3244</td></tr> </table> <p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriesta- tistik, Ausgabe 1970, die zu den <i>Investitionsgütern</i> zählen.</p> <p>Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.</p> <p>Dazu rechnen alle Warenarten aus den Warenklassen Landmaschi- nen, landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel, milch- wirtschaftliche Maschinen, Ackerschlepper, mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.</p> <p>Im wesentlichen rechnen dazu:</p> <p>Maschinen und Geräte für die Bodenbearbeitung und -pflege, zum Säen, Pflanzen und Düngen, für den Pflanzenschutz, für Beregnung und Bewässerung, für die Ernte, zum Dreschen, Sor- tieren und Aufbereiten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für die Tierhaltung, Rasenmäher,</p> <p>Fördermittel für die Landwirtschaft, landwirtschaftliche Ladewagen,</p> <p>milchwirtschaftliche Maschinen für die Landwirtschaft und für Molkereien,</p> <p>Einachsschlepper, Rad- und Raupenschlepper, einachsige Motorgeräte.</p>	Landmaschinen	"	Warenklasse 3241	Landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel	"	3242	Milchwirtschaftliche Maschinen	"	3243	Ackerschlepper (einschl. Einachs- schlepper und andere einachsige Motorgeräte)	"	3244
Landmaschinen	"	Warenklasse 3241											
Landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel	"	3242											
Milchwirtschaftliche Maschinen	"	3243											
Ackerschlepper (einschl. Einachs- schlepper und andere einachsige Motorgeräte)	"	3244											

- 2 -

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LANDWIRTSCHAFTLICHE MASCHINEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe landwirtschaftliche Maschinen und *Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft* (Statistik des Auftragseingangs im Produzierenden Gewerbe, Statistik des Auftragsbestands im Produzierenden Gewerbe) sind ähnlich abgegrenzt. Sie unterscheiden sich lediglich dadurch, daß unter dem Begriff Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft die zu den zusammengefaßten Warenklassen zählenden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile mit enthalten sind, bei den landwirtschaftlichen Maschinen dagegen nicht.

Die Begriffe landwirtschaftliche Maschinen und *landwirtschaftliche Maschinen (einschl. Ackerschlepper)* (Außenhandelsstatistik) sind weitgehend gleich abgegrenzt. Nur zu den landwirtschaftlichen Maschinen (einschl. Ackerschlepper) rechnen Dämpf- und Kochgeräte für Viehfutter.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

LANDWIRTSCHAFTSFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft, dem Gartenbau und dem Weinbau dienen.

Zu der Landwirtschaftsfläche gehört auch die Heide. Heideflächen sind unkultivierte, sandige, meist mit Heidekraut oder Ginster bewachsene Flächen, wobei ein geringwertiger Baumbestand (Gehölz) nicht den Charakter "Heide" ändert.

Ebenfalls bei der Landwirtschaftsfläche nachgewiesen wird auch die als Moor bezeichnete unkultivierte Fläche mit einer mindestens 20 cm starken oberen Schicht aus vertorften oder vermoorten Pflanzenresten, unabhängig davon ob ein geringwertiger Baumbestand (Gehölz) vorhanden ist.

Nicht zum Moor zählen Flächen, die durch Abbau der Bodensubstanz als Abbauand genutzt werden (siehe auch unter *Betriebsfläche*).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

LÄNGE DER BENUTZTEN WASSERSTRASSEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

891

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
benutzten  
Wasserstraßen  
01.01.63

B e g r i f f s i n h a l t : Länge der Flüsse und Kanäle, die von Schiffen mit mindestens 50 t Tragfähigkeit benutzt werden können und auf denen regelmäßiger Güterverkehr stattfindet.

Flüsse oder Teilstücke von Flüssen, die nur gelegentlich von Güterschiffen befahren werden oder die ausschließlich für den Personenverkehr genutzt werden, werden nicht mitgerechnet. Seen sind ebenfalls nicht Teil der benutzten Wasserstraßen.

Die Länge der benutzten Wasserstraßen wird nach der Größe der Schiffe, die sie befahren können, gegliedert. Die Größe der Schiffe bemisst sich an ihrer Tragfähigkeit, d.h. an dem Gewicht, das ein Schiff höchstens tragen kann, wobei neben der Nutzlast auch Passagiere, Besatzung und Betriebslasten wie Treibstoffe, Ballast, Proviant usw. einbezogen werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK-Nr.:
LEITUNGS- UND ROHRNETZ		GBK-Nr.(n): 6015
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
<p>Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung</p> <p>ab 1975</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    <i>Anlageinvestitionen</i> (Maschinen und maschinelle Anlagen) in der Energie- und Wasserversorgung für Leitungen und Rohre einschl. der Abnehmeranschlüsse.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

LETZTER VERBRAUCH

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volkswirtschaft-  
liche Gesamt-  
rechnungen

ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Summe aus *Privatem Ver-  
brauch* und *Staatsverbrauch*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :

Letzter Verbrauch

+ Bruttoinvestitionen

+ Außenbeitrag

= Bruttosozialprodukt

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## LEUCHTMITTELSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Finanzberichte des  
Bundesministeriums  
der Finanzen

ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Dem Bund zustehende Verbrauchsteuer, die von der Zollverwaltung verwaltet wird und als Leuchtmittel dienende elektrische Lampen belastet.

Die Leuchtmittelsteuer wird auf elektrische Glühlampen und Entladungslampen erhoben, die im Geltungsbereich des Leuchtmittelsteuergesetzes (Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) mit Ausnahme der Zollausschlüsse und Zollfreigebiete) hergestellt oder in dieses Gebiet eingeführt werden. 1)

Dabei wird unterschieden zwischen Kraftfahrzeuglampen, anderen elektrischen Glühlampen und Entladungslampen, bei denen es wiederum jeweils zwei Unterarten (z.B. stab- oder röhrenförmige/andere Glühlampen) gibt. Insgesamt bestehen Steuersätze für 29 Gruppen von Lampen. Von einer Ausnahme abgesehen werden die Gruppen nach der unterschiedlichen Leistungsaufnahme der Lampen in Watt gestaffelt oder je nach ihrer Ausführung (z.B. Glühlampe in Standardausführung bis 100 Watt bzw. in Kerzen-, Tropfen- oder Pilzform) nach dem Stücksteuersystem versteuert.

Steuerschuldner ist jeweils der Hersteller der Leuchtmittel bzw. bei der Einfuhr der Zollbeteiligte, wobei die für Zölle geltenden Vorschriften sinngemäß Anwendung finden.

Von der Besteuerung ausgenommen sind Lampen, die nicht im eigentlichen Sinne der Beleuchtung dienen (z.B. Entladungslampen für Werbezwecke) oder deren Leuchtkraft unerheblich ist. Hierzu rechnen u.a. Signallampen, die entsprechend ihrem Zweck gebaut sind, Sonderlampen für technische Prüf- und Meßverfahren und für medizinische Untersuchungen, elektrische Metalledrahtlampen für Spannungen bis zu 42 Volt, soweit ihre Leistungsaufnahme 15 Watt nicht übersteigt.

Ebenfalls unversteuert, unter Steueraufsicht, bleiben Leuchtmittel, die in einen anderen Herstellungsbetrieb oder nach Einfuhr zur weiteren Bearbeitung in einen Herstellungsbetrieb verbracht, von einem Herstellungsbetrieb, einem Ausfuhrlager oder bestimmten anderen Betrieben aus dem Erhe-

1) Vgl. Leuchtmittelsteuergesetz i.d.F. v. 22.7.1959 (BGBl. I S. 613) zuletzt geändert durch das Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 12.9.1980 (BGBl. I S. 1695).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LEUCHTMITTELSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

bungsgebiet ausgeführt sowie zu einem besonderen Zollverkehr oder einer aktiven Veredelung, bei der keine der Leuchtmittelherstellung dienenden Handlungen vorgenommen werden, abgefertigt werden.

## Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :

Bis Juli 1974 wurden auch Brennstifte zu elektrischen Bogenlampen, Glühkörper zur Erhöhung der Leuchtkraft von Flammen und Leuchtröhren für Werbezwecke besteuert.

Die Besteuerung für elektrische Glühlampen und Entladungslampen betrug bis zur Einführung des Stücksteuersystems am 1.8.1974 10 v.H. ihres listenmäßigen Kleinverkaufspreises und bei Leuchtröhren für Werbezwecke 1 DM je laufender Meter.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

LIEFER-, LASTKRAFTWAGEN UND SONSTIGE STRASSEN-  
FAHRZEUGEDatenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1970B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren (Warennum-  
mern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik,  
die im wesentlichen den Warengruppen

Liefer- und Lastkraftwagen	Warengruppe 3313
Kommunalfahrzeuge	" 3314
Omnibusse und Obusse	" 3315
Straßenzugmaschinen	" 3321
Kraftfahrzeuganhänger	" 3345
Gespannfahrzeuge	" 3347

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1970 bzw. 1975, oder des Systematischen  
Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Aus-  
gabe 1982, entsprechen und zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie  
hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif)  
angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder  
vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Im wesentlichen zählen dazu Lastkraftwagen, Sattelzugmaschi-  
nen, Kraftomnibusse, Feuerwehrkraftwagen, Kommunalfahrzeuge,  
andere Kraftwagen zu besonderen Zwecken (z.B. LKW-Beton-  
mischer), Kraftfahrzeuganhänger und Gespannfahrzeuge.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung  
nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)  
werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen  
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw.  
des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken umge-  
schlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie  
nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zoll-  
technischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden,  
können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abwei-  
chungen ergeben.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

LIEFER-, LASTKRAFTWAGEN UND SONSTIGE STRASSEN-  
FAHRZEUGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Liefer-, Lastkraftwagen und sonstige Straßenfahrzeuge sowie *Liefer- und Lastkraftwagen (einschl. Kombinationskraftwagen, Zugmaschinen und Anhänger* (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in einigen Waren. Nur zu den Liefer-, Lastkraftwagen und sonstigen Straßenfahrzeugen zählen die Kraftwagen zu besonderen Zwecken. Nur zu den Liefer- und Lastkraftwagen (einschl. Kombinationskraftwagen, Zugmaschinen und Anhänger) rechnen die Kombinationskraftwagen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

LIEFER- UND LASTKRAFTWAGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der industriellen Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Liefer- und Lastkraftwagen und *Liefer- und Lastkraftwagen, Omnibusse und Straßenfahrzeuge* (Index der Brutto-  
produktion für Investitions- und Verbrauchsgüter) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

LIEFER- UND LASTKRAFTWAGEN (EINSCHL.  
KOMBINATIONSKRAFTWAGEN, ZUGMASCHINEN  
UND ANHÄNGER)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

564, 2604

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik01.01.60 -  
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t :      Ausgewählte Waren (Warennum-  
mern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik,  
die im wesentlichen den Warenklassen

Kombinationskraftwagen	Warenklasse 3312
Liefer- und Lastkraft- wagen	"      3313
Kommunalfahrzeuge	"      3314
Omnibusse und Obusse	"      3315
Straßenzugmaschinen	"      3321
Kraftfahrzeuganhänger	"      3345
Gespannfahrzeuge	"      3347

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriesta-  
tistik, Ausgabe 1970, entsprechen und zu den *Investitionsgütern*  
zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie her-  
gestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) ange-  
sehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat  
als Anlagegüter gekauft werden.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach  
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden  
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-  
zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da  
im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen,  
im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien  
gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung ge-  
ringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitions-  
gütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Be-  
rechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für In-  
vestitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :      Zur Abgrenzung gegen-  
über den *Liefer-, Lastkraftwagen und sonstigen Straßenfahrzeugen*  
(Außenhandelsstatistik) siehe dort.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

LIEFER- UND LASTKRAFTWAGEN, OMNIBUSSE UND STRASSENZUGMASCHINEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976
- B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen
- |                                |                         |
|--------------------------------|-------------------------|
| Liefer- und Lastkraftwagen     | Waren-/Güterklasse 3313 |
| Lastwagen mit Spezialaufbauten | " 3314                  |
| Omnibusse und Obusse           | " 3315                  |
| Straßenzugmaschinen            | " 3321                  |
- 1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970
- des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.
- Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der Industrie hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.
- Zur Waren-/Güterklasse Lastwagen mit Spezialaufbauten rechnen Motorcaravans, Abschleppwagen, LKW-Betonmischer, LKW-Betonpumpen u. ä. Fahrzeuge.
- Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Die Auswahl der zu den Liefer- und Lastkraftwagen, Omnibusse und Straßenzugmaschinen rechnenden Fahrzeuge auf der Grundlage des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken weicht von der Gliederung nach dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Liefer- und Lastkraftwagen, Kommunalfahrzeuge) ab.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  LIEFERUNGEN AUS/NACH BERLIN (WEST)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1156, 1157
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West)  01.01.50	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Lieferungen von Waren, für die im Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) Warenbegleitscheine erforderlich sind.</p> <p>Erfaßt werden alle Warentransporte im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr, nicht jedoch Luftfrachtsendungen sowie Post- und Kleinsendungen.</p> <p>Einbezogen ist auch der Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem Ausland, wenn die Sendungen auf dem Wege von oder nach Berlin durch das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verbracht werden. Ausgenommen sind Lieferungen von Waren, deren Versandort im Ausland liegt und die mit im Ausland zugelassenen Transportmitteln nach Berlin befördert werden.</p> <p>Umszugs- und Erbschaftsgut, gebrauchtes Verpackungsmaterial, Mustersendungen, Geschenke und sonstige Sendungen ohne Handelswert sind im Wert der Lieferungen nicht enthalten.</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  LIEFERUNGEN DES BUNDESGBIETES	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1155
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)</p> <p>01.01.50</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Verbringen von Waren aus dem Bundesgebiet in die Deutsche Demokratische Republik einschließlich Berlin (Ost).</p> <p>Die Lieferungen umfassen im wesentlichen alle Waren, die für den Ge- oder Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbeitung geliefert werden, sowie Rückwaren und Ersatzlieferungen.</p> <p>Nicht zu den Lieferungen des Bundesgebietes rechnen die Durchfuhr, d.h. die Lieferung von Waren aus dem Ausland durch die Bundesrepublik und das Gebiet der DDR unmittelbar ins Ausland, der Durchgang, der die Warenlieferungen aus dem Ausland durch die Bundesrepublik in das Gebiet der DDR erfaßt, und Warenlieferungen aus der Bundesrepublik durch das Gebiet der DDR in das Ausland, die Teil der <i>Warenausfuhr</i> sind.</p> <p>Waren sind alle beweglichen Sachen. In den Ergebnissen sind nicht enthalten: Lieferungen von Energie sowie alle Sendungen, für die nach den Verfahrensvorschriften für den Warenverkehr mit der DDR keine Erklärungen, Genehmigungen oder Begleitscheine zum Verbringen der Waren erforderlich sind. Dies sind u.a. mit der Post oder der Eisenbahn aus dem Bundesgebiet verbrachte Briefe, Päckchen, Pakete und Expresßgutsendungen sowie Wertpakete mit einer Wertangabe bis zu 500 DM soweit alle diese vorgenannten Sendungen bestimmte Gewichtsgrenzen nicht überschreiten und keine zum Handel bestimmte Waren enthalten.</p> <p>Die Warenwerte beziehen sich im allgemeinen auf Rechnungswerte. Bei den Lieferungen nach Veredelung ist der volle Warenwert einschließlich der Veredelungskosten angesetzt.</p> <p><b>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</b> Bis 1969 wurden die Rückwaren und Ersatzlieferungen nicht erfaßt.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Lieferungen des Bundesgebietes sind kein Bestandteil der <i>Warenausfuhr</i> (Außenhandelsstatistik). In die <i>Ausfuhr</i> (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sind die Lieferungen des Bundesgebietes dagegen einbezogen.</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 850
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr  01.01.52	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Länge einer zur Personenbeförderung eingerichteten, genehmigungspflichtigen Verkehrsverbindung mit vorgeschriebenen Ein- und Ausstiegsstellen.</p> <p>Bei jeder dieser Verkehrsverbindungen (Linien), für die am Erhebungsstichtag eine Genehmigung zum regelmäßigen Betrieb erteilt war, wird die einfache Länge gemessen. Dabei ist es gleichgültig, ob am Stichtag Verkehr auf diesen Linien stattfand oder nicht.</p> <p>Führen mehrere Linien über die gleiche Wegstrecke, so wird dieses Teilstück bei jeder Linie mitgerechnet.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Von 1952 bis 1968 galt als Stichtag der 30.6., ab 1969 der 30.9.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zur Linienlänge sind bei der Erfassung der <i>Streckenlänge</i> (Eisenbahnstatistik) Mehrfachzählungen nicht möglich, da die Streckenlängen nur jeweils bei derjenigen Eisenbahnverwaltung erfaßt werden, in deren Eigentum sich die Strecken befinden, und zwar unabhängig davon, wieviele Gleise dort verlegt sind oder wieviele Zugverbindungen dort verlaufen. Hingegen wird bei der Linienlänge ein Teilstück, über das mehrere Linien führen, auch mehrfach gezählt.</p> <p>Schließlich werden Linienlänge und Streckenlänge zu unterschiedlichen Stichtagen erhoben.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## LINIENVERKEHR

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der  
Personenbeförde-  
rung im Straßen-  
verkehr  
ab 1952

**B e g r i f f s i n h a l t :** Genehmigungspflichtiger regelmäßiger Verkehr zur Personenbeförderung im Straßenverkehr mit bestimmten Ausgangs- und Endpunkten und vorgeschriebenen Haltestellen.

Der Linienverkehr umfaßt den Verkehr mit *Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obussen* sowie *Kraftomnibussen und Personenkraftwagen*, sofern diese eine regelmäßige Verkehrsverbindung herstellen.

Eingeschlossen sind die Sonderformen des Linienverkehrs, die der regelmäßigen Beförderung bestimmter Fahrgastgruppen unter Ausschluß anderer Fahrgäste dienen, z.B. Schülerfahrten, Markt- und Theaterfahrten.

Der Linienverkehr umfaßt auch den Freigestellten Schülerverkehr, d.h. den unentgeltlichen Transport von Schülern zwischen Wohnort und Schule, sofern er von Unternehmen durchgeführt wird, die auch genehmigungspflichtigen Straßenpersonenverkehr betreiben. <sup>1)</sup>

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Bis Ende 1968 wurde der Freigestellte Schülerverkehr nicht berücksichtigt.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Im Unterschied zum Linienverkehr wird beim *Gelegenheitsverkehr* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) der nicht regelmäßige Verkehr zur Personenbeförderung im Straßenverkehr erfaßt, bei dem ausschließlich Kraftomnibusse und Personenkraftwagen als Transportmittel eingesetzt werden.

2. Statistik des  
gewerblichen  
Luftverkehrs auf  
ausgewählten  
Flugplätzen  
ab 1972

**B e g r i f f s i n h a l t :** Jede öffentliche zwischen bestimmten Flugplätzen eingerichtete, regelmäßige Flugverbindung mit Beförderungspflicht für Personen, Fracht und Post, für die dem durchführenden Luftfahrtunternehmen eine Genehmigung erteilt wurde.

<sup>1)</sup> Der Freigestellte Schülerverkehr ist nicht genehmigungspflichtig.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  LÖHNE UND GEHÄLTER	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 3560
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Handwerks- zählung 1977	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der <i>Bruttolohnsumme, Bruttogehaltsumme</i> und der <i>Sozialkosten</i>.</p> <p>Zu den Löhnen und Gehältern zählen alle Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden, die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes (Lohnausgleichs-, Urlaubs-, Zusatzversorgungskasse), die Winterbauumlage, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die Beiträge zur Berufsgenossenschaft.</p> <p>Nicht enthalten sind die Entgelte (Privatentnahmen) für <i>Tätige Inhaber</i> (und Mitinhaber) und für die <i>unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen</i>.</p> <p>Nicht einbezogen sind ferner Erstattungen für Urlaub, Arbeitsausfälle u. dgl. durch Lohnausgleichskasse, Urlaubskasse oder Arbeitsamt, Vergütungen, die nur Spesenersatz sind und allgemeine soziale Aufwendungen.</p> <p>Erfasst werden alle Löhne und Gehälter von <i>selbständigen Handwerksunternehmen</i> und handwerklichen <i>Nebenbetrieben</i> nichthandwerklicher Unternehmen.</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):
LÖHNE UND GEHÄLTER FÜR 1969	2810
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Arbeitsstätten- zählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Bruttolohn- und -gehaltsumme, die von <i>Unternehmen</i> bzw. <i>Arbeitsstätten</i> im Kalenderjahr 1969 an ihre <i>Arbeitnehmer</i> gezahlt wurde.</p> <p>Die Bruttolohn- und -gehaltsumme umfaßt alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen (z.B. Akkord-, Nachtarbeits- und Schmutzzulagen), Naturalvergütungen (z.B. Deputate), Vergütungen für ausgefallene Arbeitszeit (z.B. Urlaubsgeld), Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld, Urlaubsbeihilfen, Entschädigungen für nichtgewährten Urlaub, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgsprämien, Erfindergeld sowie vermögenswirksame Leistungen nach dem Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer v. 8.7.1965 (BGBI. I S. 585).</p> <p>Einbezogen sind ferner die Gehälter von Gesellschaftern, Vorstandsmitgliedern und anderen leitenden Kräften, soweit sie steuerlich als <i>Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit</i> anzusehen sind, sowie Provisionen und Tantiemen, die neben einem festen Gehalt gezahlt werden.</p> <p>Nicht einbezogen sind die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung, Heimarbeiterlöhne, Zahlungen aufgrund des Kindergeldgesetzes, allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. für Kantinen, Werkskindergärten, Erholungsheime usw.), Spesenersatz, Bergmannsprämien für Bergleute unter Tage sowie Ruhegelder und Betriebspensionen.</p> <p>Die Arbeitnehmer umfassen die <i>Beamten</i>, <i>Angestellten</i>, <i>Arbeiter</i> und die <i>Nachwuchskräfte</i>.</p> <p>Die Löhne und Gehälter für 1969 werden im einzelnen für <i>Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern</i> und für <i>Unternehmen mit Löhnen und Gehältern</i> nachgewiesen. Daraus ergeben sich u.a. folgende Besonderheiten:</p> <p>In den Lohn- und Gehaltsummen für 1969 sind auch die Löhne und Gehälter von Arbeitsstätten bzw. Unternehmen enthalten, die zwar 1969 Arbeitnehmer beschäftigten, in denen aber am Zählungsschichttag (27.5.1970) nur noch <i>Tätige Inhaber</i> und/oder <i>Mithelfende Familienangehörige</i> tätig waren.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

LÖHNE UND GEHÄLTER FÜR 1969

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2810

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht in den Löhnen und Gehältern für 1969 sind die Lohn- und Gehaltssummen von Arbeitsstätten bzw. Unternehmen enthalten, die

- zwar für 1969 Löhne und Gehälter gezahlt hatten, aber am Zählungstichtag nicht mehr existierten,
- erst 1970 gegründet wurden,
- 1969 keine Arbeitnehmer beschäftigten und folglich keine Löhne und Gehälter gezahlt hatten.

Bei allen anderen Arbeitsstätten bzw. Unternehmen wurden fehlende Lohn- und Gehaltssummen vom erhebenden Statistischen Landesamt im Wege eines Schätzverfahrens ermittelt. Die Lohn- und Gehaltssummen von Bundesbahn, Bundespost und Bundeswehr wurden bei den Zentralen jeweils für ganze Dienststellen erhoben und auf die zugehörigen Arbeitsstätten nach der Beschäftigtenzahl aufgeteilt.

Die Lohn- und Gehaltssummen von Unternehmen mit Löhnen und Gehältern umfassen u.a. auch die Löhne und Gehälter von Unternehmensteilen, die nicht als Arbeitsstätten in der Arbeitsstättenzählung einbezogen wurden. Dazu zählen insbesondere die Löhne und Gehälter unternehmenszugehöriger Arbeitsstätten aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Einbezogen sind ferner die Löhne und Gehälter der im Jahre 1969 unternehmenszugehörigen Arbeitsstätten, die am Zählungstichtag aber nicht mehr bestanden.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Addiert man die *Lohnsumme* und *Gehaltssumme* (jeweils Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bzw. die *Bruttolohnsumme* und die *Bruttogehaltssumme* (jeweils Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen), so sind diese Summen vergleichbar abgegrenzt wie die Löhne und Gehälter für 1969 und die *Bruttolohn- und Gehaltssumme* (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes). Zu beachten ist jedoch u.a., daß die Löhne und Gehälter für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten umfassen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LÖHNE UND GEHÄLTER JE BESCHÄFTIGTEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Berechnung von  
Lohnstückkosten  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t :    Meßgröße für die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Beschäftigten im *Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe*.

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter wird durch Meßzahlen der Lohn- und Gehaltssummen repräsentiert. Die Lohn- und Gehaltssumme umfaßt die Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Beschäftigten ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung. In die Lohn- und Gehaltssumme einbezogen sind u. a. Lohn- und Gehaltszuschläge (z. B. Akkord-, Schichtzuschlag, Gratifikationen, Provisionen), Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, ferner Erfindergelder sowie Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern, soweit sie steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind.

Nicht einbezogen sind u. a. Heimarbeiterentgelte, allgemeine soziale Aufwendungen (z. B. Zuschüsse für Kantinen), ferner Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z. B. Trennungsentschädigung) sowie Ruhegelder, Betriebspensionen und Bergmannsprämien.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen wird durch Meßzahlen der Beschäftigten repräsentiert. Als Beschäftigte gelten Tätige Inhaber, Tätige Mitinhaber und Mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie alle Personen (einschl. Auszubildende, aber ohne Heimarbeiter), die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen.

Die Löhne und Gehälter je Beschäftigten werden über folgende Beziehung errechnet:

$$\frac{\text{Meßzahl der Löhne und Gehälter (1970 = 100)}}{\text{Meßzahl der Beschäftigten (1970 = 100)}} \times 100$$

Die Meßzahlen der Löhne und Gehälter (bzw. der Beschäftigten) werden durch Division der Löhne und Gehälter (bzw. der Beschäftigten) im jeweiligen Berichtszeitraum durch die entsprechenden Löhne und Gehälter (bzw. Beschäftigten) im Basiszeitraum ermittelt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LÖHNE UND GEHÄLTER JE BESCHÄFTIGTENSTUNDE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Berechnung von  
Lohnstückkosten  
ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Meßgröße für die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde im *Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe*.

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter wird durch Meßzahlen der Lohn- und Gehaltssummen repräsentiert. Die Lohn- und Gehaltssumme umfaßt die Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Beschäftigten ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung. In die Lohn- und Gehaltssumme einbezogen sind u. a. Lohn- und Gehaltszuschläge (z. B. Akkord-, Schichtzuschlag, Gratifikationen, Provisio-nen), Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, ferner Erfindergelder sowie Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern, soweit sie steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind.

Nicht einbezogen sind u. a. Heimarbeiterentgelte, allgemeine soziale Aufwendungen (z. B. Zuschüsse für Kantinen), ferner Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z. B. Trennungsschädigung) sowie Ruhegelder, Betriebspensionen und Bergmannsprämien.

Die Entwicklung der Beschäftigtenstunden wird durch Meßzahlen der Beschäftigtenstunden repräsentiert. Als Beschäftigtenstunden gelten die tatsächlich geleisteten - nicht die bezahlten - Arbeitsstunden der Beschäftigten. Als Beschäftigte gelten Tätige Inhaber, Tätige Mitinhaber und Mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie alle Personen (einschl. Auszubildende, aber ohne Heimarbeiter), die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen.

Zu den Beschäftigtenstunden zählen auch die geleisteten Mehrarbeitsstunden (z. B. Überstunden, Sonntagsstunden) nicht jedoch die bezahlten Ausfallstunden (z. B. wegen gesetzlichen Urlaubs, Krankheit, Betriebsferien).

Die Beschäftigtenstunden werden schätzungsweise ermittelt, und zwar werden für jene Beschäftigten, die keine Arbeiter

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LÖHNE UND GEHÄLTER JE BESCHÄFTIGTENSTUNDE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

sind, die durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden zugrunde gelegt. Als Arbeiter gelten dabei alle Beschäftigten, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Die Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde werden über folgende Beziehung errechnet:

$$\frac{\text{Meßzahl der Löhne und Gehälter (1970 = 100)}}{\text{Meßzahl der Beschäftigtenstunden (1970 = 100)}} \times 100$$

Die Meßzahlen der Löhne und Gehälter (bzw. der Beschäftigtenstunden) werden durch Division der Löhne und Gehälter (bzw. der Beschäftigtenstunden) im jeweiligen Berichtszeitraum durch die entsprechenden Löhne und Gehälter (bzw. Beschäftigtenstunden) im Basiszeitraum ermittelt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LÖHNE UND GEHÄLTER JE PRODUKTEINHEIT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Berechnung von  
Lohnstückkosten  
ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Meßgröße für die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Produkteinheit im *Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe*.

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter wird durch Meßzahlen der Lohn- und Gehaltsummen repräsentiert. Die Lohn- und Gehaltsumme umfaßt die Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Beschäftigten ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung. In die Lohn- und Gehaltsumme einbezogen sind u. a. Lohn- und Gehaltszuschläge (z. B. Akkord-, Schichtzuschlag, Gratifikationen, Provisionen), Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, ferner Erfindergelder sowie Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern, soweit sie steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind.

Nicht einbezogen sind u. a. Heimarbeiterentgelte, allgemeine soziale Aufwendungen (z. B. Zuschüsse für Kantinen), ferner Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z. B. Trennungsschädigung) sowie Ruhegelder, Betriebspensionen und Bergmannsprämien.

Als Beschäftigte gelten Tätige Inhaber, Tätige Mitinhaber und Mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie alle Personen (einschl. Auszubildende, aber ohne Heimarbeiter), die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen.

Die Entwicklung der Produktion wird durch den *Index der Nettoproduktion* repräsentiert, der unter Ausschaltung von Preisänderungen die Nettoleistung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe mißt.

Die Nettoleistung wird errechnet, in dem vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch, d. h. der Wert der verbrauchten fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Halbwaren, der Teile u. dgl. sowie der Wert der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LÖHNE UND GEHÄLTER JE PRODUKTEINHEIT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Löhne und Gehälter je Produkteinheit werden über folgende Beziehung errechnet:

$$\frac{\text{Meßzahl der Löhne und Gehälter (1970 = 100)}}{\text{Index der Nettoproduktion (1970 = 100)}} \times 100$$

Die Meßzahlen der Löhne und Gehälter werden durch Division der Löhne und Gehälter im jeweiligen Berichtszeitraum durch die entsprechenden Löhne und Gehälter im Basiszeitraum ermittelt. Als Index der Nettoproduktion wird hier der kalendermonatliche Index der Nettoproduktion verwendet (ohne Ausschaltung von Kalenderunregelmäßigkeiten).

Neben dem Nachweis der Löhne und Gehälter je Produkteinheit für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe erfolgt auch ein Nachweis der entsprechenden Beziehungszahlen für das *Verarbeitende Gewerbe*, für das *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe*, für das *Investitionsgüter Produzierende Gewerbe*, für das *Verbrauchsgüter Produzierende Gewerbe* und das *Nahrungs- und Genußmittelgewerbe*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LÖHNE UND GEHÄLTER JE UMSATZEINHEIT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Berechnung von  
Lohnstückkosten  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t :    Meßgröße für die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit im *Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe*.

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter wird durch Meßzahlen der Lohn- und Gehaltssummen repräsentiert. Die Lohn- und Gehaltssumme umfaßt die Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Beschäftigten ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung. In die Lohn- und Gehaltssumme einbezogen sind u. a. Lohn- und Gehaltszuschläge (z. B. Akkord-, Schichtzuschlag, Gratifikationen, Provisionen), Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, ferner Erfindergelder sowie Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern, soweit sie steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind.

Nicht einbezogen sind u. a. Heimarbeiterentgelte, allgemeine soziale Aufwendungen (z. B. Zuschüsse für Kantinen), ferner Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z. B. Trennungsentschädigung) sowie Ruhegelder, Betriebspensionen und Bergmannsprämien.

Als Beschäftigte gelten Tätige Inhaber, Tätige Mitinhaber und Mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie alle Personen (einschl. Auszubildende, aber ohne Heimarbeiter), die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen.

Die Entwicklung des Umsatzes wird durch Meßzahlen des Umsatzes (Wertindizes) repräsentiert. Der Umsatz umfaßt die Summe der Entgelte für Lieferungen eigener Erzeugnisse und für Leistungen, die von Betrieben im Zusammenhang mit dem Betriebszweck erbracht werden.

In den Entgelten für Lieferungen und Leistungen sind auch die Erlöse aus Handelswaren und aus sonstigen nichtindustriellen Tätigkeiten (z. B. Erlöse aus Vermietung und Verpach-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## LÖHNE UND GEHÄLTER JE UMSATZEINHEIT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

tung, aus Lizenzverträgen, Provisionseinnahmen und aus Veräußerung von Patenten) enthalten. Nicht einbezogen sind außerordentliche und betriebsfremde Erträge (z. B. Erlöse aus dem Verkauf von Anlagegütern, Zinsen, Dividenden) sowie der Wert der selbsterstellten Anlagen und die Eigenverbräuche. Erzeugnis- und Leistungsabgaben zwischen Zweigbetrieben des gleichen Unternehmens gelten nicht als Umsätze, wohl aber die Erzeugnis- und Leistungsabgabe zwischen rechtlich selbständigen Konzernunternehmen.

Erzeugnisse und Leistungen gelten als erbracht, wenn sie in Rechnung gestellt werden, ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang oder den Liefertermin.

Als Entgelte für erbrachte Lieferungen und Leistungen werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti), aber einschl. der Kosten für Fracht, Porto und Verpackung eingesetzt. Verbrauchsteuern werden in den Preis einbezogen; die Umsatz-(Mehrwert-)steuer ist in den Entgelten nicht enthalten.

Die Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit werden über folgende Beziehung errechnet:

$$\frac{\text{Meßzahl der Löhne und Gehälter (1970 = 100)}}{\text{Meßzahl des Umsatzes (1970 = 100)}} \times 100$$

Die Meßzahlen der Löhne und Gehälter (bzw. des Umsatzes) werden durch Division der Löhne und Gehälter (bzw. des Umsatzes) im jeweiligen Berichtszeitraum durch die entsprechenden Löhne und Gehälter (bzw. des Umsatzes) im Basiszeitraum ermittelt.





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  LUFTREINHALTUNG	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 4861
<b>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</b>	<b>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</b>
<p>Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe ab 1975</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Der Luftreinhaltung dienen Anlagen und Einrichtungen zur Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von luftfremden Stoffen (Gase, Dämpfe, Stäube, Aerosole und Tröpfchen) in Abluft/Abgas.</p> <p>Nachgewiesen werden <i>Umweltschutzinvestitionen</i> der <i>Unternehmen</i> und <i>Betriebe</i> für die Luftreinhaltung.</p> <p>Zu den Investitionen für die Luftreinhaltung rechnen z.B. Reinigungsanlagen für Abluft und Abgas (einschl. Absaugvorrichtungen), Feuerungsumstellungen zur Verwendung emissionsarmer Brennstoffe, Überwachungsanlagen, Schutzanpflanzungen, soweit sie in einer Genehmigungsurkunde vorgeschrieben wurden, Pilotanlagen zur Entwicklung von Einrichtungen und Verfahren zur Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von luftfremden Stoffen.</p> <p>Nicht zu den Investitionen für die Luftreinhaltung rechnen Investitionen, die aus Gründen des Arbeitsschutzes vorgenommen wurden.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

LUFTVERKEHR

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen

ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Alle technischen und organisatorischen Einrichtungen und Maßnahmen zur Beförderung von Personen und Gütern auf dem Luftwege.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## MASCHINENBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper) Waren-/Gütergruppe 32

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), die zu den *Investitionsgütern* zählen.

- 1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
ab 1970

Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Zu den Maschinenbauerzeugnissen rechnen folgende Waren/Güter:

Metallbearbeitungsmaschinen der spanabhebenden und der spanlosen Formung

Hütten- und Walzwerkseinrichtungen

Gießereimaschinen

Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen zum Bearbeiten von Kork, Bein, Hartkautschuk, Kunststoff und ähnlichen harten Stoffen

Dieselmotoren (ohne solche für Kraftfahrzeuge), Dampfturbinen (einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Dampfturbinen a.n.g.)

Verdichter und Vakuumpumpen

Lufttechnische Einzelapparate und Anlagen

Kältemaschinen und -anlagen, Wärmepumpen

Maschinen für die Verarbeitung von Gummi und Kunststoff Baumaschinen

Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen

Trocknungsanlagen und -maschinen (Trockner)

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## MASCHINENBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landmaschinen, landwirtschaftliche Ladewagen, milchwirtschaftliche Maschinen, Ackerschlepper

Nahrungsmittelmaschinen, Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung, Verpackungsmaschinen

Einzelapparate und -maschinen sowie Anlagen für die chemische und verwandte Industrie

Maschinen und Einrichtungen für den Bergbau

Krane und Hebezeuge, Serienhebezeuge und handbetriebene Krane, Flurförderzeuge

Stetigförderer, Aufzüge

Papier- und Druckereimaschinen

Groß- und Schnellwaagen

Textilmaschinen

Nähmaschinen (ohne Haushaltsnähmaschinen)

Schuh- und Lederindustriemaschinen

Feuerwehr-Aufbauten für Kraftfahrgrößgeräte.

Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen (ausgenommen Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Dampfturbinen a.n.g.).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den Maschinenbauerzeugnissen rechnenden Waren/Güter auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich erheblich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Im wesentlichen wie unter  
1. jedoch ohne Montagen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## MASCHINENBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :  
Siehe unter 1.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Maschinenbauerzeugnisse sowie *Maschinen und maschinelle Anlagen* (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in einigen Waren. Nur zu den Maschinenbauerzeugnissen rechnen Maschinenbauerzeugnisse, Dieselmotoren, Dampfkraftmaschinen und Dampfturbinen für den Schiffsantrieb, Wasserkraftmaschinen, Großkompressoren, Rohrpostanlagen, Maschinen zur Herstellung von Fußbodenbelag, stufenlose Getriebe und auf Lkw-Fahrgestelle montierte Krane und Bagger. Nur zu den Maschinen und maschinellen Anlagen rechnen Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.

3. Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe

Maschinenbauerzeugnisse  
(einschl. Ackerschlepper)

Warengruppe 32

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Metallbearbeitungsmaschinen der spanabhebenden und spanlosen Formung, Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen, Maschinen- und Präzisionswerkzeuge, Baumaschinen, Maschinen und Geräte für die Bodenbearbeitung, Ackerschlepper, Nahrungsmittelmaschinen, Stetigförderer, Feuerwehrgeräte und Armaturen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

MASCHINEN FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT (EINSCHL. MASCHINEN  
FÜR DIE BAUSTOFF-, KERAMIK- UND GLASINDUSTRIE)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index des Auf-  
tragseingangs  
in der Indu-  
strie

1962 bis 1976

2. Index des Auf-  
tragsbestands  
in der Indu-  
strie

1970 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Maschinen für die Bauwirtschaft (einschl. Maschinen für die Baustoff-, Keramik- und Glasindustrie) und *Herstellung von Maschinen für die Bauwirtschaft* (Index des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## MASCHINEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976
- B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen
- |  |                    |      |
|--|--------------------|------|
| Landmaschinen                            | Waren-/Güterklasse | 3241 |
| Landwirtschaftliche Ladewagen            | "                  | 3242 |
| Milchwirtschaftliche Maschinen           | "                  | 3243 |
| Ackerschlepper, Rad- und Raupenschlepper | "                  | 3244 |
- 1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970
- des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.
- Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.
- Dazu rechnen alle Güterarten aus den Güterklassen Landmaschinen, landwirtschaftliche Ladewagen, milchwirtschaftliche Maschinen, Ackerschlepper, mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.
- Im wesentlichen rechnen dazu:
- Maschinen und Geräte für die Bodenbearbeitung und -pflege, zum Düngen, für den Pflanzenschutz, für die Ernte, zum Dreschen,
- landwirtschaftliche Ladewagen,
- milchwirtschaftliche Maschinen für die Landwirtschaft,
- Rad- und Raupenschlepper.
- Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Die Auswahl der zu den landwirtschaftlichen Maschinen rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich erheblich von der o. g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

MASCHINEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (LANDMASCHINEN, LANDWIRTSCHAFTLICHE FÖRDER- UND TRANSPORTMITTEL, MILCHWIRTSCHAFTLICHE MASCHINEN UND ACKERSCHLEPPER)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- |  |   |
|--|---|
| 1. Index des Auftragseingangs<br>in der Industrie<br>1962 bis 1976 | Begriffsinhalt: Die Begriffe Maschinen für die Landwirtschaft (Landmaschinen, landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel, milchwirtschaftliche Maschinen und Ackerschlepper) und <i>Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft</i> |
| 2. Index des Auftragsbestands<br>in der Industrie<br>1970 bis 1976 | (Index des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.  |

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

MASCHINEN FÜR DIE NAHRUNGSMITTELINDUSTRIE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

564, 2604

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik01.01.60 -  
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren (Warennummern)  
des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik, die im  
wesentlichen der Warenklasse

Maschinen für die Nahrungs-      Warenklasse 3245  
mittelindustrie

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriesta-  
tistik, Ausgabe 1970, entsprechen und zu den *Investitionsgütern*  
zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie her-  
gestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) ange-  
sehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat  
als Anlagegüter gekauft werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Maschinen für die Konservenindustrie,

Müllereimaschinen und -anlagen,

Bäckerei- und Konditoreimaschinen und -öfen,  
Teigwaren- und Backwarenherstellungsmaschinen,

Maschinen und Einrichtungen für die Fleisch-  
verarbeitung,

Maschinen und Apparate für die Süßwarenindustrie,  
für die Zuckerindustrie, für die Ölmüllerei und  
Speisefettindustrie,

gewerbliche Futterherstellungsmaschinen,

Universal-Misch-, Knet- und Siebmaschinen,

Sondermaschinen für die Herstellung von Konserven-  
dosen,

Verpackungsmaschinen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach  
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden  
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  MASCHINEN FÜR DIE NAHRUNGSMITTELINDUSTRIE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 564, 2604
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.</p> <p>Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegenüber <i>Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie und verwandte Gebiete</i> (Produktions-Eilbericht, Außenhandelsstatistik) siehe dort.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

MASCHINEN FÜR DIE NAHRUNGSMITTELINDUSTRIE UND VERWANDTE GEBIETE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1970B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren/Güter  
(Waren-/Güterarten) aus den Waren-/GüterklassenMaschinen für die Nahrungsmittel- Waren-/Güter-  
industrie klasse 3245Maschinen für verwandte Gebiete  
der Nahrungsmittelindustrie " 3246

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriesta-  
tistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Pro-  
duktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "In-  
dustrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investi-  
tionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unter-  
nehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Waren-/Güterarten aus den Waren-/Güter-  
klassen Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie, Maschinen  
für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelindustrie mit Aus-  
nahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.

Im wesentlichen zählen dazu:

Maschinen für die Konservenindustrie,  
Müllereimaschinen und -anlagen,  
Bäckerei- und Konditoreimaschinen und -öfen, Teigwaren- und  
Dauerbackwarenherstellungsmaschinen,  
Maschinen und Einrichtungen für die Fleischverarbeitung,  
Maschinen und Apparate für die Süßwarenindustrie, für die  
Zuckerindustrie, für die Ölmüllerei und Speisefettindu-  
strie,  
gewerbliche Futterherstellungsmaschinen,  
Brauerei-, Kellerei- und Getränkeindustriemaschinen,  
Maschinen und Einrichtungen für Großküchen und Gastwirt-  
schaften,  
Maschinen und Apparate für die Verarbeitung von Kaffee und  
Tee,  
Maschinen und Apparate für die Tabakindustrie,  
Maschinen für die Herstellung von Farben, Seifen und Kerzen,  
Maschinen für die pharmazeutische und kosmetische Indu-  
strie,

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

MASCHINEN FÜR DIE NAHRUNGSMITTELINDUSTRIE UND VERWANDTE GEBIETE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Universal-Misch-, -Knet- und -Siebmaschinen, Sondermaschinen für die Herstellung von Blechpackungen, Verpackungsmaschinen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie und verwandte Gebiete sowie *Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie* (Außenhandelsstatistik) sind verschieden abgegrenzt. Nur zu den Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie und verwandte Gebiete zählen Brauerei-, Kellerei- und Getränkeindustrie-maschinen, Maschinen und Einrichtungen für Großküchen und Gastwirtschaften, Maschinen und Apparate für die Verarbeitung von Kaffee und Tee, Maschinen und Apparate für die Tabakindustrie, Maschinen für die Herstellung von Farben, Seifen und Kerzen sowie Maschinen für die pharmazeutische und kosmetische Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## MASCHINEN FÜR DIE PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index des Auf-  
tragseingangs in  
der Industrie  
1962 bis 1976
2. Index des Auf-  
tragsbestands in  
der Industrie  
1970 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Maschinen für die Produktionsgüterindustrien und *Herstellung von Maschinen für das Produktionsgütergewerbe* (Index des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

- Definitionskatalog -

**Begriff:**

## MASCHINEN FÜR DIE VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Index des Auf- tragseingangs in der Indu- strie  1962 bis 1976  2. Index des Auf- tragsbestands in der Indu- strie  1970 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien und <i>Herstellung von Maschinen für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe</i> (Index des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes - Definitionskatalog -	
Begriff:  MEHRPERSONENWOHNPARTEIEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 5157
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Gebäude- und Wohnungszählung 1968	<p> <i>B e g r i f f s i n h a l t :</i>    <i>Wohnparteien</i>, die aus mehr als einer Person bestehen.         </p> <p>           Wohnparteien sind Personengemeinschaften, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen.         </p> <p>           Nachgewiesen werden <i>Eigentümer, Mieter</i> und <i>Untermieter</i>, die Mehrpersonenwohnparteien darstellen. Im Nachweis der Eigentümer- und Mieterwohnparteien sind Wohnparteien in <i>Zweitwohnungen</i> und <i>-wohngelegenheiten</i> nicht enthalten.         </p> <p> <i>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</i>    Die Begriffe Mehrpersonenwohnparteien und <i>Mehrpersonenhaushalte</i> (Volks- und Berufszählung 1970) bezeichnen in etwa die gleichen Personengemeinschaften. Zu beachten ist jedoch, daß im Nachweis der Wohnparteien keine Eigentümer- und Mieterwohnparteien in Zweitwohnungen und -wohngelegenheiten enthalten sind. Dagegen wird bei der Ermittlung der Mehrpersonenhaushalte in der Bevölkerungsstatistik von der sog. Bevölkerung in Privathaushalten ausgegangen, wodurch z.T. auch Privathaushalte einbezogen sein können, die für die dort wohnenden Personen Zweitwohnsitze darstellen (z.B. Unterkünfte von Studenten am Studienort, von Handlungsreisenden usw.). Reine Wochenendwohnsitze sind weder in den Mehrpersonenwohnparteien noch den -haushalten enthalten.         </p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## METALLBEARBEITUNGSMASCHINEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen

Metallbearbeitungsmaschinen der spanabhebenden Formung	Waren-/Güterklasse 3211
Metallbearbeitungsmaschinen der spanlosen Formung	" 3212

1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
ab 1970

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Waren-/Güterarten aus den Waren-/Güterklassen Metallbearbeitungsmaschinen der spanabhebenden Formung und Metallbearbeitungsmaschinen der spanlosen Formung mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.

Im wesentlichen zählen dazu:

Hobel-, Stoß- und Räummaschinen,

Drehmaschinen,

Revolverdrehmaschinen und Drehautomaten,

Bohrmaschinen,

Fräsmaschinen, Waagerecht-Bohr- und -Fräsmaschinen,

Sägemaschinen,

Schleif-, Läpp- und Poliermaschinen,

Verzahnmaschinen,

Hämmer, Schmiedemaschinen, Biege- und Richtmaschinen,

Pressen mit mechanischem und hydraulischem Antrieb,

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## METALLBEARBEITUNGSMASCHINEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Blechbearbeitungsmaschinen,  
Drahtbe- und verarbeitungsmaschinen,  
Pressen für die Herstellung von Bolzen, Schrauben,  
Nieten, Muttern u. dgl.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den Metallbearbeitungsmaschinen rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich geringfügig von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber zusätzlich sonstige vollständige Fabrikationseinrichtungen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Der Index des Außenhandelsvolumens wird sowohl auf Basis 1962 = 100 (für die Jahre 1960 - 74) als auch auf Basis 1970 = 100 (für die Jahre ab 1970) nachgewiesen. Bei der Umstellung des Index von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 wurden bei der Warenauswahl eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind im wesentlichen die sonstigen vollständigen Fabrikationseinrichtungen enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  MIETE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 5140

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Gebäude- und  
Wohnungszählung  
1968

B e g r i f f s i n h a l t : Betrag, der mit dem Vermieter für die Überlassung der gesamten Wohneinheit (einschl. der zur Wohneinheit gehörenden untervermieteten Räume) als Monatsmiete vereinbart war, unabhängig davon, ob er tatsächlich gezahlt wurde oder nicht.

Im monatlichen Mietbetrag sind finanzielle Vorleistungen (Mietvorauszahlungen, Mieterdarlehen, Baukostenzuschuß) und die Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr einbezogen.

Nicht enthalten sind die monatlichen Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermieterzuschlag, Zuschlag für Möblierung u.ä.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## MÖBEL

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe Holzwaren Warengruppe 54 des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1970 bzw. 1975, die zu den Verbrauchsgütern zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren, die von der Industrie hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten gekauft werden.

Zu den Möbeln rechnen im wesentlichen:

Zimmer- und Küchenmöbel aus Holz, auch Polstermöbel  
Matratzen  
Korbmöbel

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die Auswahl der zu den Möbeln rechnenden Waren auf der Grundlage des WI, Ausgabe 1970, unterscheidet sich geringfügig von der o.g. Warenauswahl.

2. Außenhandelsstatistik  
ab 1960

**B e g r i f f s i n h a l t :** Im wesentlichen wie unter 1. nach dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP).

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## MÖBEL

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Brutto-  
produktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter  
getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Aus-  
wahl der zu den Möbeln rechnenden Waren auf der Grundlage  
des WI, Ausgabe 1970 und des GP, Ausgabe 1982, unterschei-  
det sich geringfügig von der o.g. Waren-/Güterauswahl.

Ebenso wurden bei der Umstellung der Außenhandelsindizes  
von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 bei der Warenauswahl  
eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Nur in der Warenaus-  
wahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen Stahlrohrmöbel  
und -betten enthalten, nur in der Warenauswahl auf Basis  
1970 sind Korbmöbel enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## NACHRICHTEN- UND INFORMATIONSTECHNISCHE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragsbestands in  
der Industrie  
1970 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen  
Geräte und Einrichtungen der Warenklasse 3651  
Drahtnachrichtentechnik  
Geräte und Einrichtungen " 3653  
der Funknachrichtentechnik  
Elektrische Zeitdienstgeräte " 3655  
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die nachrichten-  
und informationstechnischen Investitionsgüter zählen zu  
der Produktgruppe *Herstellung von nachrichten- und infor-  
mationstechnischen Erzeugnissen* (Index des Auftragsbe-  
stands für das Verarbeitende Gewerbe). Zur Herstellung von  
nachrichten- und informationstechnischen Erzeugnissen  
rechnen darüber hinaus auch die Warengruppen Rundfunk- und  
Fernsehempfangsgeräte und -einrichtungen, Phonotechnische  
Geräte und Bauelemente der Fernmelde- und Hochfrequenz-  
technik.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

NACHWUCHSKRÄFTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2817

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Arbeitsstätten-  
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden.<sup>1)</sup>

Zu den Nachwuchskräften rechnen gewerblich Auszubildende und kaufmännische, technische und Verwaltungsauszubildende, also Personen, deren Ausbildung normalerweise in einen Arbeiter- oder Angestelltenberuf einmündet.

Einbezogen sind ferner Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

Nicht zu den Nachwuchskräften zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an Schulen der beruflichen Ausbildung erfolgt (z.B. Lehre ersetzende Berufsfachschulen oder Schulen des Gesundheitswesens) sowie Personen im öffentlichen Dienst, die im technischen oder nichttechnischen Vorbereitungsdienst den Beamtenstatus anstreben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Nachwuchskräften sind in den *Auszubildenden* (Statistik der beruflichen Bildung) die Praktikanten, Volontäre und Umschüler nicht enthalten.

Die *gewerblich Auszubildenden* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen, Volks- und Berufszählung 1970) bzw. die *kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden* (Volks- und Berufszählung 1970) umfassen im Unterschied zu den Nachwuchskräften jeweils nur die Person, deren Ausbildung in einen Arbeiter- bzw. einen Angestelltenberuf einmündet.

Zu beachten ist ferner, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt sind und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Praktikant nur einmal erfaßt, da die Person selbst und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte die Erhebungseinheit ist.

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

NADELHOLZPFLANZEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Baumschul-  
erhebung  
ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t :    Sammelbezeichnung für alle  
in der Baumschulerhebung festgestellten Forstpflanzen, die  
nach der botanischen Systematik zur Gruppe der Nadelgehölze  
(Coniferen) zu rechnen sind.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

NAHRUNGSMITTEL

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise  
ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Waren, die der menschlichen Ernährung dienen und von privaten Haushalten gekauft werden.

Im einzelnen zählen dazu:

Fleisch und Fleischerzeugnisse, Fische und Fisch-  
erzeugnisse,

Milch, Milcherzeugnisse, Eier, Speisefette und -öle,  
Brot und andere Backwaren,

Mehl, Grieß u.ä. Getreideerzeugnisse,

Kartoffeln, Gemüse, Kartoffel- und Gemüseerzeugnisse,  
Obst, Obsterzeugnisse,

Zucker, Süßwaren, Marmelade,

Gewürze, Soßen und verwandte Back- und Speisezutaten,  
alkoholfreie Getränke.

Die Nahrungsmittel sind eine Gliederungsposition der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983.

Nicht zu den Nahrungsmitteln zählen die Genußmittel (Bohnenkaffee, Tee, alkoholische Getränke, Tabakwaren) und der Verzehr in Gaststätten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegenüber den *Erzeugnissen der Nahrungs- und Genußmittel-industrien* (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

NÄHRUNGSMITTELMASCHINEN UND MASCHINEN FÜR  
VERWANDTE GEBIETE DER NÄHRUNGSMITTELHERSTELLUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976
- B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen
- |   |                    |      |
|---|--------------------|------|
| Nahrungsmittelmaschinen                                       | Waren-/Güterklasse | 3245 |
| Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung | "                  | 3246 |
- 1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970
- des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie- statistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.
- Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.
- Dazu rechnen alle Güterarten aus den Güterklassen Nahrungsmittelmaschinen, Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.
- Im wesentlichen zählen dazu:
- Konservierungs- und verwandte Maschinen, Müllereimaschinen und -anlagen, Bäckerei- und Konditoreimaschinen und -öfen, Teigwaren- und Dauerbackwarenherstellungsmaschinen, Maschinen und Einrichtungen für die Fleischverarbeitung, Maschinen und Apparate für die Süßwarenherstellung, für die Zuckerindustrie, für die Ölmüllerei und Speisefettherstellung, Brauerei-, Kellerei- und Getränkeherstellungsmaschinen, Maschinen und Einrichtungen für Großküchen und Gastwirtschaften, Maschinen und Apparate für die Verarbeitung von Kaffee und Tee, für die Tabakverarbeitung, Farbenherstellungsmaschinen, Komprimiermaschinen, Universal-Misch- und -knetmaschinen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

NAHRUNGSMITTELMASCHINEN UND MASCHINEN FÜR  
VERWANDTE GEBIETE DER NAHRUNGSMITTELHERSTELLUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den Nahrungsmittelmaschinen und Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich geringfügig von der o. g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  NAHRUNGSMITTEL PFLANZLICHEN URSPRUNGS	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 2603

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Außenhandels-  
statistik  
ab 1950

**B e g r i f f s i n h a l t :** Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs, die überwiegend zur Ernährung von Menschen, zur Fütterung von Tieren oder zu Zierzwecken dienen.

Die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs umfassen ausgewählte Waren (Warennummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Im wesentlichen zählen dazu:<sup>1)</sup>

Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Hirse und sonstiges Getreide,

Reis, Müllereierzeugnisse, Malz, nichtöhlhaltige Sämereien, Hülsenfrüchte zur Ernährung, Hülsenfrüchte zur Viehfütterung,

Grün- und Rauhfutter,

Kartoffeln, andere Hackfrüchte,

Gemüse und sonstige Küchengewächse,

Obst, Südfrüchte,

Gemüse- und Obstkonserven, Fruchtsäfte u. dgl.,

Rohkakao, Kakaoerzeugnisse, Gewürze, Zucker,

Ölfrüchte zur Ernährung, pflanzliche Öle und Fette zur Ernährung, Margarine und ähnliche Speisefette,

Ölkuchen, Kleie, sonstige Abfallerzeugnisse zur Viehfütterung, sonstigepflanzliche Nahrungsmittel,

lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  NAHRUNGSMITTEL PFLANZLICHEN URSPRUNGS	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 2603
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>           B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abrenzung gegenüber den <i>pflanzlichen Produkten</i> (Statistik der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Produkte) siehe dort.         </p> <p>           Die Zusammenfassung der Positionen Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs und <i>Genußmittel</i> (Außenhandelsstatistik) entspricht der Position <i>Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs</i> (Statistik der Außenhandelspreise).         </p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

NAHRUNGSMITTEL TIERISCHEN URSPUNGS

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

2603

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Erzeugnisse tierischen Ursprungs, die überwiegend zur Ernährung von Menschen oder zur Fütterung von Tieren dienen.

Die Nahrungsmittel tierischen Ursprungs umfassen ausgewählte Waren (Warennummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Im wesentlichen zählen dazu:<sup>1)</sup>

Milch, Butter, Käse,

Fleisch und Fleischwaren, Därme,

Fische und Fischzubereitungen,

Walöl zur Ernährung, Schmalz, Talg, andere tierische Fette und Öle zur Ernährung,

Eier, Eiweiß, Eigelb,

Honig,

Fischmehl.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegenüber den *tierischen Produkten* (Statistik der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Produkte) siehe dort.

Die Zusammenfassung der Positionen Nahrungsmittel tierischen Ursprungs und *lebende Tiere* (Außenhandelsstatistik) entspricht der Position *Ernährungsgüter tierischen Ursprungs* (Statistik der Außenhandelspreise).

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Außenhandelspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung von vorwie-  
gend für den privaten Verbrauch bestimmten Ernährungsgütern.

Hierzu zählen im wesentlichen:

- Nahrungsmittel:
  - Fleisch und Fleischwaren,
  - Fische und Fischwaren,
  - Eier,
  - Honig,
  - Milch,
  - Käse,
  - Butter,
  - Speisefette und -öle (ohne Butter),
  - Brot und Backwaren,
  - Mehl,
  - Nährmittel,
  - Kartoffelerzeugnisse,
  - Kartoffeln,
  - Gemüse,
  - Obst und deren Zubereitungen,
  - Zucker,
  - Süßwaren,
  - Alkoholfreie Getränke
- Genußmittel:
  - Tee,
  - Kaffee (ohne Kaffee, roh),
  - Spirituosen,
  - Bier,
  - Wein,
  - Tabakwaren.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELGEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen				
<p>Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe</p> <p>ab 1970</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Hauptgruppe des Verarbeitenden Gewerbes, die die Wirtschaftsgruppen</p> <table border="0"> <tr> <td>Ernährungsgewerbe</td><td>SYPRO-Nr. 68</td></tr> <tr> <td>Tabakverarbeitung</td><td>"        69</td></tr> </table> <p>in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.</p> <p>Zum Ernährungsgewerbe rechnen die Wirtschaftszweige:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Mahl- und Schälmaschinen,</li> <li>Herstellung von Teigwaren,</li> <li>Herstellung von Nahrungsmitteln (ohne Teigwaren),</li> <li>Herstellung von Stärke, Stärkeerzeugnissen,</li> <li>Herstellung von Kartoffelerzeugnissen, a.n.g.,</li> <li>Herstellung von Backwaren (ohne Dauerbackwaren),</li> <li>Herstellung von Dauerbackwaren,</li> <li>Zuckerindustrie,</li> <li>Obst- und Gemüseverarbeitung,</li> <li>Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren),</li> <li>Molkerei, Käserei,</li> <li>Herstellung von Dauermilch, Milchpräparaten, Schmelzkäse,</li> <li>Ölmühlen, Herstellung von Speiseöl,</li> <li>Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten,</li> <li>Talgschmelzen, Schmalzsiedereien,</li> <li>Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe),</li> <li>Fleischwarenindustrie (ohne Talgschmelzen, Schmalzsiedereien),</li> <li>Fleischerei,</li> <li>Fischverarbeitung,</li> <li>Verarbeitung von Kaffee, Tee, Herstellung von Kaffeemitteln,</li> <li>Brauerei,</li> <li>Mälzerei,</li> <li>Alkoholbrennerei,</li> <li>Herstellung von Spirituosen,</li> <li>Herstellung und Verarbeitung von Wein,</li> <li>Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser, Limonaden,</li> <li>Übriges Ernährungsgewerbe (ohne Herstellung von Futtermitteln),</li> <li>Herstellung von Futtermitteln.</li> </ul>	Ernährungsgewerbe	SYPRO-Nr. 68	Tabakverarbeitung	"        69
Ernährungsgewerbe	SYPRO-Nr. 68				
Tabakverarbeitung	"        69				



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen, die in den genannten Wirtschaftsgruppen tätig sind.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und die *Nahrungs- und Genußmittelindustrien* (Index der industriellen Nettoproduktion und Index der Arbeitsproduktivität) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den Nahrungs- und Genußmittelindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe rechnen Bäckerei, Fleischei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabrikschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbständige Einheiten anzusehen sind.

Ferner zählen zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Index der industriellen Netto-  
produktion  
1962 bis 1976
- B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe der *Verarbeitenden Industrie*, welche die Industriegruppen

Ernährungsindustrie IB-Nr. 68

Tabakverarbeitende Industrie " 69

- 1.2 Index der Arbeitsproduktivität  
1962 bis 1976
- in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.

Zur Ernährungsindustrie rechnen die Industriezweige:

Mahl- und Schälmühlenindustrie,  
Nährmittelindustrie,  
Stärke- und kartoffelverarbeitende Industrie (ohne Brennerei)  
Brotindustrie  
Zuckerindustrie,  
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie,  
Süßwarenindustrie,  
Molkerei und Käserei,  
Dauermilch-, Schmelzkäse- und Kaseinwerke,  
Ölmühlenindustrie,  
Margarine-Industrie,  
Talgschmelzen und Schmalzsiedereien,  
Fleischverarbeitende Industrie,  
Fischverarbeitende Industrie,  
Kaffeemittelindustrie,  
Kaffee- und tee- verarbeitende Industrie,  
Brauerei,  
Mälzerei,  
Alkoholbrennereien und Spiritusreinigungsanstalten,  
Spirituosenindustrie,  
Weinverarbeitende Industrie,  
Mineralbrunnen-, Mineralwasser- und Limonadenindustrie,  
Sonstige Ernährungsindustrie,  
Eisgewinnung,  
Futtermittelindustrie.

Nachgewiesen werden der *Index der industriellen Nettoproduktion* sowie der *Index der Arbeitsproduktivität*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriezweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

## Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :

Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Nahrungs- und Genußmittelindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industrierbericht, zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe rechnen die Bäckerei, die Fleischerei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabrikschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbständige Einheiten anzusehen sind.

Ferner zählen zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitions: atalog -

Begriff:

NEBENBAHNEN

DFK - Nr:

SBK - Nr(n):

792

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik  
(Bestands- und  
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Gleisanlagen, die nicht die  
technischen Einrichtungen von *Hauptbahnen* besitzen.Die Nebenbahnen müssen u.a. weniger strengen Sicherheitsbestim-  
mungen genügen als die Hauptbahnen.<sup>1)</sup>Die *Streckenlängen* der Nebenbahnen ergeben sich aus der in der  
Achse der Gleise gemessenen Länge für Entfernungen zwischen  
Stationen, die in den öffentlichen Tarifen als selbständige  
Anfangs- oder Endpunkte für die Beförderung von Personen oder  
Gütern bezeichnet sind. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob die  
Strecke ein- oder mehrgleisig ausgestattet ist.Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Seit 1976  
werden den *Streckenlängen* der Nebenbahnen nichtbundeseigener  
Eisenbahnen die *Streckenlängen* der entsprechenden Hauptbahnen  
hinzugerechnet.B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Nebenbahnen und *Haupt-  
bahnen* (Eisenbahnstatistik) unterscheiden sich im wesentlichen  
dadurch, daß Nebenbahnen im allgemeinen für niedrigere Geschwin-  
digkeiten und geringere Gewichte der sie befahrenden Züge einge-  
richtet sind als Hauptbahnen und für Hauptbahnen strengere  
Sicherheitsbestimmungen als für Nebenbahnen gelten.<sup>1)</sup>

---

1) Zu Einzelheiten siehe Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung vom  
12.5.1967 (BGBI. II S. 1563).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## NETTOWERTSCHÖPFUNG ZU FAKTORKOSTEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Jahreserhebung  
(Kostenstruktur-  
erhebung) bei  
Unternehmen des  
Bergbaus und des  
Verarbeitenden  
Gewerbes  
ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten ist die *Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten*, vermindert um die *Abschreibungen*.

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten enthält - nach Abzug aller Vorleistungen und des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen - die insgesamt produzierten Güter und Dienstleistungen zu den am Markt erzielten Preisen und ist somit der Wert, der den Vorleistungen durch Bearbeitung hinzugefügt worden ist.

2. Jahreserhebung  
(Kostenstruktur-  
erhebung) bei  
Unternehmen des  
Baugewerbes  
ab 1975

Die Abschreibungen stellen die Wertminderung dauerhafter Produktionsmittel infolge des Verschleißes im Produktionsprozeß und wirtschaftlichen Veraltens dar.

Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten dient der Entlohnung der im Produktionsprozeß eingesetzten Produktionsfaktoren. Sie stellt das Einkommen der Produktionsfaktoren nach Erhaltung des realen Vermögensbestandes (d.h. nach Abzug der Abschreibungen), nach Abführung der indirekten Steuern an den Staat und nach Berücksichtigung der vom Staat gewährten Subventionen dar.

Die Nettowertschöpfung entspricht dem Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten und umfaßt neben dem *Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## NEUAUSLEIHUNGEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute</p> <p>Jan. 1962 bis März 1980</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Längerfristige Darlehen, die von Boden- und Kommunalkreditinstituten tatsächlich neu gewährt (ausbezahlt) werden.</p> <p>Die längerfristigen Darlehen umfassen <i>Hypothekarkredite</i> auf Grundstücke und Schiffe, <i>Kommunalдарlehen</i> ("reine" kommunalverbürgte Darlehen und kommunalverbürgte Hypotheken), <i>Landeskulturdarlehen</i> und sonstige Darlehen.</p> <p>Zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten zählen die unter das Hypothekenbankgesetz<sup>1)</sup>, das Pfandbriefgesetz<sup>2)</sup> und das Schiffsbankgesetz<sup>3)</sup> fallenden Institute sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965 Deutsche Landesrentenbank) und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (seit 1.7.1972 rechtlich unselbständige Anstalt der Bayerischen Landesbank Girozentrale).</p> <p>Neben den Darlehen im eigenen Namen und für eigene Rechnung der Boden- und Kommunalkreditinstitute werden auch Darlehen im eigenen Namen und für fremde Rechnung (durchlaufende Kredite) nachgewiesen.</p> <p>Die Neuausleihungen setzen sich zusammen aus den neu gewährten <i>Darlehen an Nichtbanken</i> und den neu gewährten <i>Darlehen an Kreditinstitute</i>. Zu den neu gewährten Darlehen an Kreditinstitute rechnen dabei auch Darlehen, die sich die Boden- und Kommunalkreditinstitute gegenseitig gewähren.</p> <p>1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekenbankgesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).</p> <p>2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).</p> <p>3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (SCHBG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

## NEUAUSLEIHUNGEN

**Datenquelle/  
Datennachweis****Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen**

Nicht zu den Neuausleihungen zählen neu gewährte Kontokorrentkredite, Schuldscheindarlehen an Industrieunternehmen in privater Rechtsform, Industriekredite an Industrieunternehmen in privater Rechtsform gegen Übereignung bzw. Verpfändung von Waren oder Inventar sowie die im fremden Namen und für fremde Rechnung gewährten Kredite (Verwaltungskredite).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis Ende 1968 wurden bei den Hypothekarkrediten auf Wohngrundstücke und bei den kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke die neu gewährten Hypotheken für Wohnungsbauten (Wohnbauten, die vor dem 8.5.1945 errichtet wurden) nicht einbezogen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

NEUZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE  
UND -ANHÄNGER

DFK - Nr:

GDK - Nr(e):

828

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des  
Kraftfahrzeug- und  
Kraftfahrzeugan-  
hängerbestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Zulassung fabrikneuer  
Fahrzeuge zum Verkehr auf öffentlichen Straßen, d.h.  
Erteilung einer Betriebserlaubnis und Zuteilung eines  
amtlichen Kennzeichens für fabrikneue Kraftfahrzeuge  
mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 6 km/h  
bzw. für ihre Anhänger.

Nicht zulassungspflichtige Fahrzeuge<sup>1)</sup> können auf Antrag  
einen Fahrzeugbrief erhalten. Sie werden dann dem üblichen  
Zulassungsverfahren unterworfen und als zugelassene Fahr-  
zeuge an das Kraftfahrt-Bundesamt gemeldet.

Nicht ausgewiesen werden Erstzulassungen von gebrauchten  
aus dem Ausland eingeführten Fahrzeugen, von inländischen  
Fahrzeugen, die bisher nicht den Bestimmungen der Straßen-  
verkehrs-Zulassungs-Ordnung unterlagen und die Wiederzu-  
lassungen inländischer Fahrzeuge, die zwischenzeitlich ab-  
gemeldet waren.

1) Diese Fahrzeuge werden durch den § 18, 2 der Straßenver-  
kehrs-Zulassungs-Ordnung v. 15.11.1974 (BGBl. I, S. 3193)  
bestimmt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## NICHTABZUGSFÄHIGE UMSATZSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volkswirtschaft-  
liche Gesamtrech-  
nungen

ab 1960

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die ab 1968, dem Jahr der Einführung des Mehrwertsteuersystems, nachgewiesene nicht-abzugsfähige Umsatzsteuer umfaßt den Teil der in Rechnung gestellten Mehrwertsteuer und der abgeführten Einfuhrumsatzsteuer, der bei den Käufern der mit Umsatzsteuer belasteten Güter bei der Ermittlung ihrer Mehrwertsteuerschuld nicht als Vorsteuer abgezogen werden kann, also auf den besteuerten Gütern endgültig lastet.

Von der Steueraufkommensseite betrachtet umschließt die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer sowohl das Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer als auch die "einbehaltene" Umsatzsteuer. Bei der einbehaltenen Umsatzsteuer handelt es sich um Umsatzsteuerbeträge, die die Produzenten bei der Anwendung der Normalregelung laut Umsatzsteuergesetz (UStG) hätten zahlen müssen, infolge von Sonderregelungen jedoch ganz oder teilweise nicht an den Staat abzuführen brauchen. Solche Sonderregelungen enthalten § 24 UStG für die Besteuerung der Landwirtschaft, § 26 Abs. 4 UStG in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift hierzu vom 16. Mai 1973 für die Berechtigung zur Umsatzsteuerkürzung für Waren- und Dienstleistungsbezüge aus der DDR und Berlin (Ost), Artikel I des Berlinförderungs-gesetzes für die Besteuerung der Lieferungen Berliner Unter-nehmen an Unternehmen im übrigen Bundesgebiet, die ab 1980 geltende Neufassung des § 19 UStG, der die Besteuerung von Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz regelt, sowie § 28 UStG von 1967 für die einmalige Entlastung der Altvorräte im Jahr 1968.

Der den Europäischen Gemeinschaften als eigene Einnahme zu-  
stehende Umsatzsteueranteil wird als Steuereinnahme des  
Staates gebucht. Die Beträge werden - diesem Vorgehen ent-  
sprechend - außerdem als laufende Übertragungen des Staates  
an die übrige Welt nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## NICHTABZUGSFÄHIGE UMSATZSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Der Korrekturposten der "nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer" (in jeweiligen Preisen) wird mit dem Übergang auf das Mehrwertsteuersystem ab dem Berichtsjahr 1968 erforderlich.

Für die Berechnung in konstanten Preisen ergibt sich mit der Wahl eines nach 1968 liegenden Preisbasisjahres - zur Zeit 1976 - die Notwendigkeit, diesen globalen Korrekturposten für den gesamten in konstanten Preisen dargestellten Zeitraum nachzuweisen, also auch für die Jahre 1960 bis 1967. Die Deflationierung von reinen Geldleistungen bereitet - anders als bei den Güterströmen - besondere Probleme, da eine direkte Aufteilung der Angaben in eine Preis- und eine Mengenkomponente nicht möglich ist, also Behelfslösungen gesucht werden müssen. Nach einer Konvention der EG-Ebene soll sich die reale Entwicklung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer nach der Volumenentwicklung der besteuerten Güter richten. Bei dieser Berechnung wird für alle Jahre von den für das Jahr 1976 geltenden Steuersätzen ausgegangen, die an die mit nichtabzugsfähiger Umsatzsteuer belasteten Waren und Dienstleistungen - ebenfalls bewertet mit Preisen von 1976 - angelegt werden. Unter diesen Annahmen ist es somit möglich, in Preisen von 1976 nichtabzugsfähige Umsatzsteuer auch für die Jahre vor 1968 zu ermitteln. Zur Interpretation dieses Postens sei darauf hingewiesen, daß er keine Aussage über die reale Kaufkraftentwicklung der betreffenden Steuereinnahmen des Staates erlaubt, sondern eine fiktive Größe darstellt, die diejenige Umsatzsteuerbelastung der Güter mißt, die sich ergeben hätte wenn in allen Jahren die Umsatzsteuersätze und die Preise des Jahres 1976 gegolten hätten.

## B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :

## 1. Produktionssteuern

- + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
- + Einfuhrabgaben
- = Indirekte Steuern

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

NICHTABZUGSFÄHIGE UMSATZSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche  
(bereinigt)

+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer

+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

NICHTBUNDESEIGENE EISENBAHNEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

787

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik  
(Bestands- und  
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die dem öffent-  
lichen Verkehr dienende Eisenbahnen betreiben, sich jedoch  
nicht im Eigentum des Bundes befinden.

Eisenbahnen dienen dann dem öffentlichen Verkehr, wenn sie nach  
ihrer Zweckbestimmung jedermann zur Personen- und Güterbe-  
förderung benutzen kann.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## NICHT DECKUNGSPFLICHTIGE SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Inhaberschuldverschreibungen, die nicht unter das Pfandbriefgesetz sowie das Hypothekendarkegesetz<sup>1)</sup> fallen und die ohne die für Pfandbriefe oder Kommunalschuldverschreibungen vorgesehene Deckung ausgegeben werden.

Dazu zählen von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und Hypothekendarkebanken ausgegebene Kassenobligationen sowie mittel- und langfristige Inhaberschuldverschreibungen, die überwiegend der Refinanzierung von Krediten an die gewerbliche Wirtschaft dienen.

Unter *Erstabsatz* an nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen wird der Nominalbetrag aller im Berichtszeitraum erstmals verkauften neu aufgelegten nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen einschließlich der Vorverkäufe erfaßt.

Die *Tilgungen* von nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen umfassen im Berichtszeitraum endgültig aus dem Verkehr gezogenen, für kraftlos erklärt, entwerteten, vernichteten oder dem Treuhänder zur Vernichtung übergebenen nicht deckungspflichtige Schuldverschreibungen.

Der Umlauf (*Umlauf (Neugeschäft)*) von nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen erfaßt den Nominalbetrag der am Ende des Berichtszeitraums tatsächlich umlaufenden nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen ohne die im Eigenbestand befindlichen Stücke eigener Emissionen, jedoch einschließlich der vorverkauften Stücke.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669) sowie Hypothekendarkegesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

NICHT DECKUNGSPFLICHTIGE SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen fallen die *sonstigen Schuldverschreibungen* (Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) unter das Pfandbriefgesetz und sind deckungspflichtig.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n):
NICHTEHELICHE	538
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung ab 1950	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Geborene, die nicht während bestehender Ehe ihrer Mütter und auch nicht innerhalb von 302 Tagen nach Auflösung oder Nichtigklärung der Ehe ihrer Mütter oder innerhalb von 302 Tagen nach dem in der Todeserklärung oder gerichtlichen Feststellung der Todeszeit festgestellten Todestag des Ehemannes geboren werden.<sup>1)</sup></p> <p>In allen anderen Fällen gelten Geborene als <i>Eheliche</i>. Ein Kind gilt auch dann als ehelich, wenn es aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse nicht von dem Ehemann der Mutter abstammen kann. Die Möglichkeit einer späteren Legitimation nichtehelicher und einer erfolgreichen Anfechtung der Ehelichkeit ehelicher Kinder ist für die statistische Erfassung ohne Belang.</p>
<p>1) Zu Einzelheiten siehe insbesondere §§ 1591 und 1592 BGB.</p>	



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

NICHT EINGELÖSTE SCHECKS (RÜCKSCHECKS)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Wechselproteste  
und der nicht ein-  
gelösten Schecks  
ab 1958

B e g r i f f s i n h a l t : Von Landeszentralbanken,  
Kreditinstituten (einschließlich Teilzahlungskreditinsti-  
tuten) sowie Postscheck- und Postsparkassenämtern nicht  
eingelöste Schecks.

Nicht eingelöste Schecks sind Schecks, die bei dem bezoge-  
nen Institut zur Einlösung vorgelegt und mangels Zahlung  
mit einem Vorlegungsvermerk des bezogenen Instituts ver-  
sehen werden.

Der Vorlegungsvermerk ist eine schriftliche, datierte Er-  
klärung des Bezogenen auf dem Scheck, nach dem der Scheck  
rechtzeitig eingeliefert, aber nicht bezahlt worden ist.

Zu den Kreditinstituten rechnen auch Kreditgenossenschaf-  
ten, sofern diese berichtspflichtig sind.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis  
einschl. November 1980 wurden nicht eingelöste Schecks  
von Postscheck- und Postsparkassenämtern nicht nachge-  
wiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ÖFFENTLICHER HOCHBAU

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau)  ab 1977</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Zusammenfassung der Hochbauten im Auftrag von Gebietskörperschaften, Trägern der Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Deutschen Bundesbahn und Deutschen Bundespost, mit Ausnahme des <i>Wohnungsbaus</i>.</p> <p>Zu Einzelheiten bezüglich der einbezogenen Bauten siehe die Erläuterungen zum Hochbau im Auftrag von Gebietskörperschaften, Trägern der Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck unter <i>Bauten für Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie sonstige öffentliche Auftraggeber</i> und die Erläuterungen zum Hochbau im Auftrag von Bundesbahn und Bundespost unter <i>Bauten für Bundesbahn und Bundespost</i>.</p>
<p>2. Monatlicher Baubericht  1950 bis 1977</p>	<p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Zusammenfassung des öffentlichen Hochbaus, des <i>öffentlichen Straßenbaus</i> und des <i>öffentlichen sonstigen Tiefbaus</i> (beide Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Monatlicher Baubericht) entspricht dem Begriff <i>öffentlicher und Verkehrsbau</i> (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)).</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ÖFFENTLICHER SONSTIGER TIEFBAU

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

427

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht  
einschl. Auf-  
tragseingangs-  
erhebung im  
Bauhauptgewerbe  
(einschl. Fer-  
tigteilkbau)

ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der Tief-  
bauten im Auftrag von Gebietskörperschaften, Trägern der  
Sozialversicherung sowie der Deutschen Bundesbahn und  
Deutschen Bundespost (ggf. auch von Organisationen ohne  
Erwerbszweck), mit Ausnahme des *Straßenbaus*.

2. Monatlicher  
Baubericht

1950 bis 1977

Zu Einzelheiten bezüglich der einbezogenen Bauten siehe  
die Erläuterungen zum Tiefbau im Auftrag von Gebietskörper-  
schaften und Trägern der Sozialversicherung unter *Bauten  
für Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbs-  
charakter sowie sonstige öffentliche Auftraggeber* und die  
Erläuterungen zum Tiefbau im Auftrag von Bundesbahn und  
Bundespost unter *Bauten für Bundesbahn und Bundespost*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Zusammen-  
fassung des öffentlichen sonstigen Tiefbaus, des öffent-  
lichen *Straßenbaus* und des öffentlichen *Hochbaus* (beide  
Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bau-  
hauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Monatlicher Bau-  
bericht) entspricht dem Begriff *öffentlicher und Verkehrs-  
bau* (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im  
Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)).

**Statistisches Informationssystem des Bundes  
(STATIS-BUND)**

# **Definitionskatalog**

**Definitionen**

**P-Z**

Arbeitsunterlage

Ausgabe Juli 1982

einschl. Ergänzungslieferungen Juli 1983, Juli 1984 und Juli 1985

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Schutzgebühr für den gesamten Katalog: 45,- DM

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

PAPIER- UND DRUCKEREIMASCHINEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Brutto-  
produktion für In-  
vestitions- und  
Verbrauchsgüter  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Güter (Güter-  
arten) aus der Güterklasse

Papier- und Druckerei-  
maschinen

Güterklasse 3261

des Systematischen Güterverzeichnis für Produktionssta-  
tistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie"  
hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif)  
angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder  
vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Papier- und  
Druckereimaschinen mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-,  
Einzel- und Ersatzteile.

Im wesentlichen zählen dazu:

Maschinen und Apparate zur Herstellung von Holzschliff,  
Zellstoff, Papier- und Pappe, Rollenschneide- und -wickel-  
maschinen, Längs- und Querschneider, Schneidemaschinen, Ma-  
schinen für die Buchbinderei, Maschinen für die Herstellung  
von Kartonagen, Maschinen für die Herstellung von Briefum-  
schlägen, Papiertüten, -beuteln und -säcken, Druckmaschinen,  
Maschinen und Geräte für die Satz- und Reproduktionstechnik.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

**Begriff:**

PAPIER UND PAPPE

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

4456

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren  
(Warenarten) aus der Warengruppe 55 "Holzschliff,  
Zellstoff, Papier und Pappe" des Systematischen  
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik,  
Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Altpapier für Papier und Pappeer-  
zeugung sowie Papier und Pappe unveredelt und ge-  
strichen.

Nicht berücksichtigt werden Holzschliff, Zellstoff,  
Pergamentpapier und gebleichte Linters.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  PAPIER- UND PAPPEWAREN	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 4456

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Großhandels-  
verkaufspreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren  
(Warenarten) aus der Warengruppe 56 "Papier- und  
Pappewaren" des Systematischen Warenverzeichnisses  
für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Einbezogen sind Tapeten aus Papier, Geschäftsbücher,  
Bürohilfsmittel und Lernmittel, Briefumschläge u.ä.  
sowie Papierausstattungen, Zellstoffwatte-, Filterpa-  
pier- und Krepppapierwaren, Hartpapierwaren sowie  
Stanz- und Prägeerzeugnisse aus Papier und Pappe  
a.n.g.

Nicht berücksichtigt sind Lampenschirme aller Art,  
wasserdichtes, gummiertes und anderes verarbeitetes  
Papier, buchbinderische Erzeugnisse, Kalender,  
Papiersäcke, Tüten und Beutel (ganz oder überwiegend  
aus Papier), Papierhülsen und -spulen, Siegelmarken,  
Etiketten und Anhänger, Rollen u.ä. Kunst- und Deko-  
rationsblumen, Wellpappe, Kartonagen, Etuis, Halb-  
etuis und Etalagen sowie Faltschachteln.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
PARKANLAGEN, SPORT-, FLUG- UND ÜBUNGSPLÄTZE	GBK - Nr(n): 613
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**Bodennutzungs-  
vorerhebung**01.01.50 -  
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Die Parkanlagen, Sport-, Flug- und Übungsplätze umfassen öffentliche und private Park- und Grünanlagen sowie Ziergärten, Friedhöfe und die Sport-, Flug- und Militärübungsplätze.

Hierzu rechnen nicht die Flächen im Besitz von Gärtnereien, die entsprechend ihrer Nutzung aufgegliedert werden, sowie die Haus-, Nutz- und Kleingärten, die unter der *landwirtschaftlich genutzten Fläche* erfaßt werden.

Die *Gebäude- und Hoffläche* und die Flächen aus *Ackerland* und *Dauergrünland*, die vielfach zu Sport-, Flug- und Übungsplätzen gehören, werden gleichfalls den entsprechenden Nutzungsarten zugerechnet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :  
Die Ziergärten und privaten Parkanlagen werden erst seit 1970 unter dieser Kategorie erfaßt und rechneten bis 1969 zur *landwirtschaftlich genutzten Fläche*.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

PAUSCHALFLUGREISEVERKEHR (EINSCHL. ABC-CHARTER)

**Datenquelle/  
Datennachweis****Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen**

Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen

ab 1972

**B e g r i f f s i n h a l t** : Beförderung von Pauschalflugreisenden im turnusmäßigen Nicht-Linienverkehr für gewerbliche Reiseveranstalter. ABC-Charterflüge; Advance Booking Charters, sind Vorausbuchungscharterflüge (nur im Nordatlantikverkehr: USA, Kanada).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1110
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Volks- und Berufs- zählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Personen, deren Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte nicht auf ihrem Wohngrundstück liegt.</p> <p>Befindet sich die Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte in der gleichen Gemeinde, dann handelt es sich um "innergemeindliche Pendler", andernfalls um "Pendler über die Gemeindegrenze". Liegt die Zielgemeinde in einem anderen Kreis oder Bundesland, dann sind Pendler über die Gemeindegrenzen zusätzlich "Pendler über die Kreisgrenze" bzw. "Pendler über die Landesgrenze".</p> <p>Pendler werden auch nach ihrem <i>überwiegend benutzten Verkehrsmittel</i> nachgewiesen. Dabei handelt es sich um dasjenige Verkehrsmittel, mit dem Pendler die längste Strecke auf dem Hinweg zwischen Wohnung oder Unterkunft und Arbeitsstätte bzw. Schule/Hochschule zurücklegen.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

PERSONENKRAFTWAGEN UND KOMBINATIONS-  
KRAFTWAGENDatenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1970
- B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen
- Personenkraftwagen (auch                    Waren-/Güterklasse 3311  
dreirädrig) und Klein-  
omnibusse (bis 9 Sitz-  
plätze)
- Kombinationskraftwagen                    "                    3312  
(Mehrzweckwagen) (auch  
dreirädig)

- 1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern* oder zu den *Verbrauchsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren / Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und die überwiegend von privaten Haushalten verbraucht werden.

Für die Berechnung des nach Investitions- und Verbrauchsgütern gegliederten Index der industriellen Bruttoproduktion werden die Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen auf die Investitionsgüter einerseits und die Verbrauchsgüter andererseits aufgeteilt.

Der Aufteilung der Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen auf die Investitions- bzw. Verbrauchsgüter liegen die - nach Haltergruppen gegliederten - Neuzulassungen nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge zugrunde. Entsprechend dem Anteil der vom Unternehmen, von Selbständigen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungen neu zugelassene Personen- und Kombinationskraftwagen werden die produzierten Personen- und Kombinationskraftwagen den Investitionsgütern zugeordnet, ent-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

PERSONENKRAFTWAGEN UND KOMBINATIONS-  
KRAFTWAGENDatenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

sprechend dem Anteil der von Arbeitnehmern und Nichterwerbspersonen neu zugelassene Personen- und Kombinationskraftwagen werden die produzierten Personen- und Kombinationskraftwagen zu den Verbrauchsgütern gerechnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch einschließlich gebrauchter Personen- und Kombinationskraftwagen.

Zu den Investitionsgütern rechnen Personenkraftwagen mit einem Hubraum von mehr als 2 l, Kombinationskraftwagen mit einem Hubraum von mehr als 1,5 l und gebrauchte Personen- und Kombinationskraftwagen mit einem Hubraum von mehr als 1,5 l.

Zu den Verbrauchsgütern rechnen Personenkraftwagen mit einem Hubraum von bis zu 2 l, Kombinationskraftwagen mit einem Hubraum von bis zu 1,5 l und gebrauchte Personen- und Kombinationskraftwagen mit einem Hubraum von bis zu 1,5 l.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt.

Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen sind bei den Produktionsindizes und in der Außenhandelsstatistik ähnlich abgegrenzt. Der wesentliche Unterschied liegt in der Aufteilung auf die Investitionsgüter einerseits und die Verbrauchsgüter andererseits. Beim Index der Bruttonproduktion liegen der Aufteilung die - nach Haltergruppen gegliederten - Neuzulassungen nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge zugrunde; in der

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

PERSONENKRAFTWAGEN UND KOMBINATIONS-  
KRAFTWAGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandelsstatistik wird dagegen nach Hubraum aufgeteilt.

Die Begriffe Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen (Außenhandelsstatistik) und *Personenkraftwagen* (Außenhandelsstatistik) sind unterschiedlich abgegrenzt. Der Index des Volumens für die Ein- und Ausfuhr von Investitions- und Verbrauchsgütern wird sowohl auf Basis 1962 = 100 (für die Jahre 1960 - 1974) als auch auf Basis 1970 = 100 (für die Jahre ab 1970) nachgewiesen. Bei der Umstellung des Index von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 wurden die Personenkraftwagen mit einem Hubraum von 1,5 - 2 l von den Investitionsgütern zu den Verbrauchsgütern umgesetzt und die Kombinationskraftwagen aus der Position Liefer- und Lastkraftwagen (einschließlich Kombinationskraftwagen, Zugmaschinen und Anhänger) herausgelöst, der Position Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zugeordnet und je nach Hubraum auf die Investitionsgüter (mehr als 1,5 l) und die Verbrauchsgüter (bis zu 1,5 l) aufgeteilt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

PERSONENVERKEHR

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Personenbeförderung mit Luftfahrzeugen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

PERSONENWAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

803

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik  
(Bestands- und  
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Schienenfahrzeuge ohne eigenen Antrieb, die überwiegend der Personenbeförderung dienen und die nicht Triebwagenanhänger sind.

Personenwagen können einzelne Räume oder Abteile für Gepäck, Expreßgut oder Post besitzen. Wagen, die ausschließlich Diensttransporten dienen, gelten nicht als Personenwagen.

Der Eigentumsbestand erfaßt die Zahl der Personenwagen, die sich im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : In den Personenwagen zählen im Unterschied zu den Schienenfahrzeugen zur Personenbeförderung (Eigentumsbestand) (Eisenbahnstatistik) nicht die Triebwagen und Triebwagenanhänger mit entsprechender Ausstattung zur Personenbeförderung.





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## PRODUKTIONSINDEX FÜR DAS BAUGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vierteljährlicher  
Produktionsindex  
für das Baugewerbe  
ab 1978

**B e g r i f f s i n h a l t :** Meßgröße für die Entwicklung der Nettoleistung im Baugewerbe unter Ausschaltung von Preisänderungen.

Die Nettoleistung wird berechnet, indem vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch, d. h. der Wert der verbrauchten, fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Halbwaren, der Teile und dgl. sowie der Wert der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

Die Nettoleistung entspricht damit annähernd dem Beitrag des Baugewerbes zum *Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen*. Auch in dieser Größe sind neben der eigentlichen Wertschöpfung noch die Abschreibungen und die Kostensteuern enthalten.

Originär ermittelte Nettoproduktionswerte stehen nur jährlich zur Verfügung. Um die Nettoproduktionswerte eines Basiszeitraumes vierteljährlich fortzuschreiben, werden deshalb Ersatzreihen herangezogen. Der Produktionsindex für das Baugewerbe setzt sich aus Hoch- und Tiefbauleistungen sowie dem Ausbaugewerbe zusammen.

Für die Hoch- und Tiefbauleistungen, die das Bauhauptgewerbe ergeben, werden als Ersatzreihen die geleisteten Arbeitsstunden verwendet. Die aus den geleisteten Arbeitsstunden errechneten Meßzahlen werden bei der laufenden Berechnung mit einem Produktivitätsfaktor modifiziert um dem Einfluß von technischem Fortschritt und konjunkturellen Wechsellagen auf die tatsächliche Bauleistung Rechnung zu tragen. Jährlicher Eckwert der Produktivitätsberechnung ist die preisbereinigte Jahresbauleistung je geleisteter Arbeitsstunde.

Für das Ausbaugewerbe finden die Umsatzangaben aus der Vierteljährlichen Handwerksberichterstattung, unter Ausschaltung von Preisänderungen, als Ersatzreihen Verwendung.

Der Produktionsindex für das Baugewerbe wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt errechnet. Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln auch die monatlichen Einflüsse wider, die sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (d.h. unterschiedliche Monatslängen,

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## PRODUKTIONSINDEX FÜR DAS BAUGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

wechselnder Wochenrhythmus, Feiertage) ergeben. Die Bereinigung der kalendermonatlichen Indexzahlen von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten wird im wesentlichen in zwei Schritten vollzogen. Zunächst wird ein Ausgleich der Monatslängen vorgenommen (mittels Division durch die Zahl der Kalendertage und anschließende Multiplikation mit der mittleren Monatslänge) und danach durch Gegenüberstellung der Monatswerte und der je Monat vorhandenen Wochentagszusammensetzung (unter Berücksichtigung evtl. Feiertage) mit Hilfe der Regressionsschätzung ein System von Wochentags-Koeffizienten ermittelt, mit dem die Werte der Kalenderkomponente berechnet werden. Durch Subtraktion der monatlichen Kalenderkomponente vom kalendermonatlichen Index erhält man die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Indexzahl.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## PRODUKTIONSINDEX FÜR DAS BAUHAUPTGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Nettopro-  
duktion für das  
Produzierende  
Gewerbe

ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Meßgröße für die Entwick-  
lung der Nettoleistung im Bauhauptgewerbe unter Ausschaltung  
von Preisänderungen.

Die Nettoleistung wird berechnet, indem vom Bruttoproduk-  
tionswert der Materialverbrauch, d. h. der Wert der ver-  
brauchten, fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe,  
der Halbwaren, der Teile und dgl. sowie der Wert der ver-  
gebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

Die Nettoleistung entspricht damit annähernd dem Beitrag  
des Bauhauptgewerbes zum *Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen*.  
Auch in dieser Größe sind neben der eigentlichen Wert-  
schöpfung noch die Abschreibungen und die Kostensteuern ent-  
halten.

Originär ermittelte Nettoproduktionswerte stehen nur jähr-  
lich zur Verfügung. Um die Nettoproduktionswerte eines Basis-  
zeitraumes monatlich fortzuschreiben, werden deshalb Ersatz-  
reihen herangezogen. Als Ersatzreihen finden im Index auf  
der Basis 1976 Reihen des Baustoffausstoßes Verwendung. Da  
der Index die Entwicklung unter Ausschaltung von Preisände-  
rungen mißt, werden diese Baustoffausstoßreihen preisberei-  
nigt.

Für das Bauhauptgewerbe, das sich aus Hochbauleistungen und  
Tiefbauleistungen zusammensetzt, werden nunmehr geleistete  
Arbeitsstunden als Ersatzreihen zur Fortschreibung ver-  
wendet. Die aus den geleisteten Arbeitsstunden errechneten  
Meßzahlen werden bei der laufenden Berechnung mit einem  
Produktivitätsfaktor modifiziert, um den Einfluß von  
technischem Fortschritt und konjunkturellen Wechsellagen  
auf die tatsächliche Bauleistung Rechnung zu tragen. Jähr-  
licher Eckwert der Produktivitätsberechnung ist die preis-  
bereinigte Jahresbauleistung je geleisteter Arbeitsstunde.

Der Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe auf Basis 1980  
wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten  
bereinigt errechnet. Die kalendermonatlichen Indexzahlen  
spiegeln auch die monatlichen Einflüsse wider, die sich  
aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (d.h. unter-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## PRODUKTIONSINDEX FÜR DAS BAUHAUPTGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

schiedliche Monatslängen, wechselnder Wochenrhythmus, Feiertage) ergeben. Die Bereinigung der kalendermonatlichen Indexzahlen von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten wird im wesentlichen in zwei Schritten vollzogen. Zunächst wird ein Ausgleich der Monatslängen vorgenommen (mittels Division durch die Zahl der Kalendertage und anschließende Multiplikation mit der mittleren Monatslänge) und danach durch Gegenüberstellung der Monatswerte und der je Monat vorhandenen Wochentagszusammensetzung (unter Berücksichtigung evtl. Feiertage) mit Hilfe der Regressionsschätzung ein System von Wochentags-Koeffizienten ermittelt, mit dem die Werte der Kalenderkomponente berechnet werden.

Durch Subtraktion der monatlichen Kalenderkomponente vom kalendermonatlichen Index erhält man die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Indexzahl.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Dabei handelt es sich um Produktionsindizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile. Hinsichtlich der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens ist dieses Indexsystem grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen 1).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe auf Basis 1976 ist konzeptionell vergleichbar mit dem *Index der (industriellen) Nettoproduktion*.

1) Siehe hierzu Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## PRODUKTIONSSTEUERN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Steuern und ähnliche Abgaben, die der Staat oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften bei Produzenten erheben und die bei der Gewinnermittlung abzugsfähig sind, mit Ausnahme der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.

Die von Unternehmen, z.T. auch von Behörden und Einrichtungen des Staates sowie von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck an den S t a a t gezahlten Produktionssteuern umfassen

- Produktionssteuern i.e.S., wie z.B.
  - Gewerbesteuer auf Ertrag und Kapital einschl. Lohnsummensteuer
  - Verbrauchssteuern (einschl. Einnahmen aus dem Branntweinmonopol und dem Zündholzmonopol), jedoch ohne Verbrauchssteuern auf Einfuhren,
  - Grundsteuer A und B,
  - Grunderwerbsteuer,
  - Kraftfahrzeugsteuer (soweit nicht von privaten Haushalten gezahlt),
  - Kapitalverkehrsteuer,
  - Versicherungsteuer,
  - Rennwett- und Lotteriesteuer,
  - Wechselsteuer,
  - Feuerschutzsteuer,
  - Getränkesteuer,
  - Schankerlaubnissteuer u.ä.m.,
  - Einnahmen aus der Milchumlage,
  - Ausgleichsabgabe zur Finanzierung der Mehrkosten beim Einsatz von Steinkohle in der Elektrizitätswirtschaft (Kohlepfennig),
  - Umlage an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Umlage),
  - bis 1967 auch Umsatzsteuer (ohne Ausgleichsteuer auf Einfuhren);
- Verwaltungsgebühren (soweit nicht von privaten Haushalten gezahlt).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## PRODUKTIONSSTEUERN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der Zeitpunkt der Buchung entspricht bei den Produktionssteuern dem kassenmäßigen Eingang beim Staat. Für eine Umrechnung auf den angestrebten Zeitpunkt der Fälligkeit fehlen die erforderlichen Unterlagen.

Der den Europäischen Gemeinschaften zustehende Anteil an den Produktionssteuern wird als Steuereinnahme des Staates gebucht. Die Beträge werden - diesem Vorgehen entsprechend - außerdem als laufende Übertragungen des Staates an die übrige Welt nachgewiesen.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f : Die Produktionssteuern enthalten bis 1967, dem Jahr vor dem Übergang auf das Mehrwertsteuersystem, auch die Allphasenumsatzsteuer. Die bis 1967 auf Einfuhren erhobene Umsatzausgleichsteuer gehört dagegen zu den Einfuhrabgaben.

## B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :

## 1. Produktionssteuern

- + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
- + Einfuhrabgaben
- = Indirekte Steuern

## 2. Nettowertschöpfung (zu Faktorkosten)

- + Produktionssteuern
- Subventionen
- = Nettowertschöpfung zu Marktpreisen
- + Abschreibungen
- = Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen)

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## PRODUKTIONSWERT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Volkswirtschaft-  
liche Gesamt-  
rechnungen  
ab 1960

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wert der von inländischen Wirtschaftseinheiten in der Berichtsperiode produzierten Güter (Waren und Dienstleistungen).

Der *Produktionswert der Unternehmen* stellt den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion und um den Wert der selbsterstellten Anlagen. Firmeninterne Lieferungen und Leistungen sind nicht einbezogen.

Der *Produktionswert des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck* wird - da die Leistungen dieser Institutionen überwiegend ohne spezielles Entgelt der Allgemeinheit bzw. bestimmten Gruppen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden - durch Addition der Aufwandsposten dieser Einheiten ermittelt.

Der *Produktionswert der privaten Haushalte* ist wegen der Schwierigkeiten der theoretischen Abgrenzung, der statistischen Erfassung und der Bewertung der hauswirtschaftlichen Produktionstätigkeit auf die Entgelte (Bar- und Naturalverdienste sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) der bei privaten Haushalten beschäftigten Arbeitnehmer beschränkt.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Der Produktionswert enthält bis 1967 die kumulative Allphasenumsatzsteuer (Bruttoverbuchung). Ab 1968, dem Jahr des Übergangs auf das Mehrwertsteuersystem, wird der Produktionswert ohne die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nachgewiesen (Nettoverbuchung). Die damit verbundenen quantitativen Auswirkungen werden durch Vergleichsangaben für 1967 mit Bruttoverbuchung dargestellt.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## PRODUKTIONSWERT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

## B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :

Produktionswert

- Vorleistungen
- = Bruttowertschöpfung
- + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
- + Einfuhrabgaben
- = Bruttoinlandsprodukt

In den Input-Output-Tabellen ist der Produktionswert - im Gegensatz zu der hier dargestellten Definition des Produktionswertes in der Entstehungsrechnung des Sozialprodukts - anders abgegrenzt. In der Input-Output-Rechnung werden die Produktionswerte der Sozialproduktsberechnung ergänzt vor allem um firmeninterne Lieferungen und Leistungen, abgezogen wird hingegen insbesondere der Einstandswert der Handelsware.

2. Vierteljährliche B e g r i f f s i n h a l t : Wert der zum Absatz bestimmten Produktionserhebung

ab 1950

Der Wert der zum Absatz bestimmten Produktion ist unter Zugrundelegung des im Berichtszeitraum erzielten oder im Zeitpunkt des Absatzes erzielbaren Verkaufspreises ab Werk, abzüglich der gewährten Rabatte, berechnet. Der Wert umfaßt auch die Kosten der Verpackung, selbst wenn sie gesondert in Rechnung gestellt sind. Er enthält aber weder die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer noch die Verbrauchsteuer (z.B. auf Mineralölerzeugnisse, Salz, Kaffee, Bier, Branntwein, Tabakwaren). Auch gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten sind nicht einbezogen. Bei der in Lohnarbeit ausgeführten Produktion ist als Wert nur die vom Auftraggeber gezahlte Vergütung, jedoch ohne Umsatzsteuer, eingesetzt. Die eigenerzeugten Produktionsmittel sowie die für Deputate verwendeten selbsthergestellten Erzeugnisse, sind zu Herstellkosten bewertet. Dies gilt auch für die selbsthergestellten Erzeugnisse, die für Einrichtungen des meldenden Betriebes oder für einen anderen Betrieb desselben Unternehmens verwendet werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## PRODUKTIONSWERT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei Vermietung selbsthergestellter Erzeugnisse (z.B. Datenverarbeitungsanlagen, Telefonanlagen, Waschautomaten), wird als Wert dieser Produktion der Erlös unterstellt, der bei einem Verkauf des Erzeugnisses auf dem Markt voraussichtlich hätte erzielt werden können.

Für einige Erzeugnisse wird der Wert der Gesamtproduktion statt des Wertes der zum Absatz bestimmten Produktion ausgewiesen. In diesen Fällen wurde die zur Weiterverarbeitung bestimmte Produktionsmenge mit den vergleichbaren Verkaufspreisen bewertet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

PRODUKTIONSWERT DER PRIVATEN HAUSHALTE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volkswirtschaft-  
liche Gesamtrech-  
nungen

ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte der bei privaten Haushalten beschäftigten Arbeitnehmer.

Der Produktionswert der *privaten Haushalte* ist wegen der Schwierigkeiten der theoretischen Abgrenzung, der statistischen Erfassung und der Bewertung der hauswirtschaftlichen Produktionstätigkeit auf die Entgelte (Bar- und Naturalverdienste sowie auf Sozialbeiträge der Arbeitgeber) der in Privathaushalten beschäftigten Arbeitnehmer beschränkt. Die Wohnungsvermietung (einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen) wird als unternehmerische Tätigkeit angesehen und ist in den Unternehmenssektor einbezogen. Ebenso werden die Eigenleistungen der privaten Haushalte im Wohnungsbau im Unternehmenssektor nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## PRODUKTIONSWERT DER UNTERNEHMEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ab 1960</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Wert der Verkäufe der Unternehmen von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an halbfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion und um den Wert der selbsterstellten Anlagen. Firmeninterne Lieferungen und Leistungen sind nicht einbezogen.</p> <p>Bei der Abgrenzung des Produktionswertes der <i>Unternehmen</i> sind darüber hinaus die folgenden Besonderheiten zu beachten:</p> <p>Die Summe der Produktionswerte der Unternehmensbereiche ergibt sich im Prinzip aus der Addition der Produktionswerte der einzelnen Unternehmen. Eine Ausnahme bildet der Produktionswert der Landwirtschaft, der nach dem Bundeshofkonzept die Verkäufe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (z.B. Futtermittel und Saatgut) an andere landwirtschaftliche Betriebe nicht umfaßt.</p> <p>Beim Transithandel (Handelsgeschäfte von Inländern mit Kontrahenten in der übrigen Welt, bei denen der Warenstrom das Inland in der Regel nicht berührt) wird als Produktionswert der den Transithandel betreibenden Unternehmensbereiche (vor allem Großhandel) nur die Handelsspanne (Differenz zwischen dem Wert der Warenverkäufe und dem Wert der eingesetzten Handelsware zu Einstandspreisen) nachgewiesen.</p> <p>Zu den Verkäufen der Unternehmen rechnet in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch der Eigenverbrauch der Unternehmer (im eigenen Unternehmen produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verbrauchte Erzeugnisse). Ebenso werden die Einnahmen aus der Vermietung gewerblicher Räume und sonstiger (reproduzierbarer) Anlagen als Verkäufe gebucht, nicht dagegen Einnahmen aus Grundstückspachten sowie Gebühreneinnahmen aus Patenten, Urheberrechten u.ä. (sie stellen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Vermögenseinkommen bzw. Einkommen aus immateriellen Werten dar).</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## PRODUKTIONSWERT DER UNTERNEHMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als unternehmerische Tätigkeit wird u.a. die Wohnungsvermietung (einschl. der Nutzung der Eigentümerwohnungen) angesehen. Der Produktionswert des Bereichs Wohnungsvermietung umfaßt die Summe der Wohnungsmieten (einschl. Umlagen für Treppenhausbeleuchtung, Wasserverbrauch, Schornsteinfegen, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Hausaufzug) zuzüglich eines geschätzten Mietwertes für Eigentümerwohnungen; Untermieten sind nicht enthalten.

Als Produktionswert des Wett- und Lotteriewesens, der Spielbanken u. ä. werden nicht die Bruttoeinnahmen, sondern die um die Ausschüttungen verminderten Einnahmen als Entgelt für die Dienstleistungen dieser Bereiche nachgewiesen.

Die mit dem Verkauf bzw. Kauf von gebrauchten Anlagen und Land verbundenen Übertragungskosten sind Bestandteil des Produktionswertes der die Übertragungskosten tragenden Unternehmen usw.

In die selbsterstellten Anlagen des Unternehmenssektors sind die Eigenleistungen der privaten Haushalte im Wohnungsbau einbezogen.

Die Produktionswerte der Unternehmen sind grundsätzlich zu Marktpreisen bewertet. Eine besondere Regelung gilt für die Verkäufe von verbrauchsteuerpflichtigen Erzeugnissen (vor allem Branntwein und Mineralölerzeugnisse) im Begleitscheinverfahren, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stets einschließlich der entsprechenden Verbrauchsteuern nachgewiesen werden, auch wenn diese vom Produzenten nicht in Rechnung gestellt, sondern vom Käufer an die Finanzverwaltung abgeführt werden. Der Wert der Verkäufe schließt ab 1968, dem Jahr des Übergangs auf das Mehrwertsteuersystem, die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein. Vor 1968 ist die kumulative Allphasenumsatzsteuer dagegen im Produktionswert enthalten. Gewährte Skonti und Rabatte sind im Prinzip abgesetzt. Der Eigenverbrauch der Unternehmer geht mit Erzeugerpreisen in die Rechnung ein. Die Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und die selbsterstellten Anlagen sind zu Herstellungskosten dargestellt. Der Bewertung der Bestandsveränderung (Zugänge minus Abgänge) an Halb- und Fertigwaren liegen die Herstellungskosten der Berichtsperiode zugrunde.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## PRODUKTIONSWERT DER UNTERNEHMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der Produktionswert der Kreditinstitute schließt neben den tatsächlichen Einnahmen aus Gebühren u. ä. *unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen* in Höhe der Differenz zwischen Ertragszinsen, Kreditprovisionen und anderen Vermögenseinkommen der Kreditinstitute einerseits und Aufwandszinsen dieser Institutionen andererseits ein. Die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen werden im Produktionswert der Kreditinstitute als Verkäufe von Bankdienstleistungen gebucht.

Als Produktionswert der Versicherungsunternehmen gilt im wesentlichen das in den Bruttoprämien enthaltene Entgelt für die Dienstleistungen der Versicherungsunternehmen. Dieser Dienstleistungsanteil wird ermittelt, indem von den Beitrags-einnahmen im Erstversicherungsgeschäft für das Geschäftsjahr und den Erträgen aus der Verzinsung der Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen (einschl. Kursgewinnen bzw. -verlusten) die in der gleichen Periode fälligen Leistungen abgezogen werden. Die Erträge aus der Verzinsung umfassen neben den Zinseinnahmen aus Kapitalanlagen (bei der Lebensversicherung) auch die gezahlte und zurückgestellte Gewinnbeteiligung der Versicherten. Nicht einbezogen ist der Teil der Vermögenserträge, der auf die "eigenen Mittel" der Versicherungsunternehmen entfällt (entsprechend ist dieser Teil der Vermögenserträge auch nicht in der Bruttowertschöpfung und in den "entstandenen" Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Versicherungsunternehmen enthalten). Die erwähnten Leistungen umfassen sowohl Zahlungen als auch Rückstellungen für das Geschäftsjahr. Der Produktionswert der Versicherungsunternehmen enthält außerdem Erlöse aus dem aktiven Rückversicherungsgeschäft, der Vermietung von gewerblich genutzten Grundstücken u. ä. Die Erlöse aus dem aktiven Rückversicherungsgeschäft werden als Differenz zwischen den Einnahmen einerseits und den Leistungen und den Kostenerstattungen an Vorversicherer andererseits ermittelt.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Der Produktionswert der Unternehmen enthält bis 1967 die kumulative Allphasenumsatzsteuer (Bruttoverbuchung). Ab 1968, dem Jahr des Übergangs auf das Mehrwertsteuersystem, wird der Produktionswert ohne die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nachgewiesen (Nettoverbuchung). Die damit verbundenen quantitativen Auswirkungen werden durch Vergleichsangaben für 1968 mit Bruttoverbuchung dargestellt.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

PRODUKTIONSWERT DER UNTERNEHMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : In den Input-Output-Tabellen ist der Produktionswert der Unternehmen - im Gegensatz zu der hier dargestellten Definition des Produktionswertes in der Entstehungsrechnung des Sozialprodukts - anders abgegrenzt. In der Input-Output-Rechnung werden die Produktionswerte der Sozialproduktsberechnung ergänzt vor allem um firmeninterne Lieferungen und Leistungen, abgezogen wird hingegen insbesondere der Einstandswert der Handelsware.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

PRODUKTIONSWERT DES STAATES UND DER  
PRIVATEN ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volkswirtschaft-  
liche Gesamtrech-  
nungen

ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Wert der Leistungen des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die der Allgemeinheit bzw. bestimmten Gruppen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Da Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck ihre Leistungen der Allgemeinheit bzw. bestimmten Gruppen der Bevölkerung überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung stellen, kann der Produktionswert dieser Einheiten nur durch Addieren ihrer Aufwandsposten ermittelt werden.

Hierzu rechnen die Einkommen aus unselbständiger Arbeit der bei diesen Institutionen Beschäftigten, die von den betreffenden Behörden und Einrichtungen gezahlten Produktionssteuern, die Abschreibungen und die Käufe von Gütern für die laufende Produktion (Vorleistungen).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Der Produktionswert enthält bis 1967 die kumulative Allphasenumsatzsteuer (Bruttoverbuchung). Ab 1968, dem Jahr des Übergangs auf das Mehrwertsteuersystem, wird der Produktionswert ohne die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nachgewiesen (Nettoverbuchung). Die damit verbundenen quantitativen Auswirkungen werden durch Vergleichsangaben für 1968 mit Bruttoverbuchung dargestellt.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

PRODUKTIVITÄTS- (WACHSTUMS-) HILFEN FÜR BETRIEBE ODER WIRTSCHAFTSZWEIGE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)  
ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : *Finanzhilfen* und *Steuervergünstigungen* des Bundes mit strukturverändernder Zielsetzung, die in besonderem Maße für das gesamtwirtschaftliche Wachstum von Bedeutung sind.

Zu den Produktivitätshilfen rechnen insbesondere die Förderungsmaßnahmen für die anwendungsnahe industrielle Forschung und Entwicklung sowie die Innovation neuer Verfahren und Produkte.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter *Erhaltungshilfen für Betriebe oder Wirtschaftsbereiche*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen								
<p>1. Mikrozensus 1964 bis 1971</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wirtschaftsbereich, der die Abteilungen</p> <table border="0"> <tr> <td>Energiewirtschaft und Wasserversorgung,</td><td>Abteilung 1</td></tr> <tr> <td>Bergbau</td><td>"    2</td></tr> <tr> <td>Verarbeitendes Gewerbe</td><td>"    3</td></tr> <tr> <td>Baugewerbe</td><td>"    3</td></tr> </table> <p>der Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961 bzw. 1970 umfaßt.</p>	Energiewirtschaft und Wasserversorgung,	Abteilung 1	Bergbau	"    2	Verarbeitendes Gewerbe	"    3	Baugewerbe	"    3
Energiewirtschaft und Wasserversorgung,	Abteilung 1								
Bergbau	"    2								
Verarbeitendes Gewerbe	"    3								
Baugewerbe	"    3								
<p>2. Index der Netto- produktion für das Produzieren- de Gewerbe ab 1970</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wirtschaftsbereich, der die Teilbereiche</p> <table border="0"> <tr> <td>Elektrizitäts- und Gasversorgung</td><td>SYPRO-Nr. 1010, 1030</td></tr> <tr> <td>Bergbau</td><td>"    21</td></tr> <tr> <td>Verarbeitendes Gewerbe</td><td>"    22 - 69 (ohne 24, 35, 65)</td></tr> <tr> <td>Bauhauptgewerbe</td><td>"    72 - 75</td></tr> </table> <p>in der Abgrenzung nach der SYPRO umfaßt.</p> <p>Nachgewiesen werden <i>Indizes der Nettoproduktion</i> für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile für das Produzierende Gewerbe.</p> <p>Zum Produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind.</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Dabei handelt es sich um Produktionsindizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile. Hinsichtlich der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens ist</p>	Elektrizitäts- und Gasversorgung	SYPRO-Nr. 1010, 1030	Bergbau	"    21	Verarbeitendes Gewerbe	"    22 - 69 (ohne 24, 35, 65)	Bauhauptgewerbe	"    72 - 75
Elektrizitäts- und Gasversorgung	SYPRO-Nr. 1010, 1030								
Bergbau	"    21								
Verarbeitendes Gewerbe	"    22 - 69 (ohne 24, 35, 65)								
Bauhauptgewerbe	"    72 - 75								

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

dieses Indexsystem grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen 1).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Wirtschaftsbereich *Produzierendes Gewerbe ohne Bauhauptgewerbe* umfaßt im Gegensatz zum Wirtschaftsbereich *Produzierendes Gewerbe* nicht das Bauhauptgewerbe; der Wirtschaftsbereich *Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe* umfaßt im Gegensatz zum Wirtschaftsbereich *Produzierendes Gewerbe* nicht die Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie das Bauhauptgewerbe.

---

1) Siehe hierzu Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

PRODUZIERENDES GEWERBE OHNE BAUHAUPTGEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Nettopro-  
duktion für das  
Produzierende Ge-  
werbe

ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t :      Wirtschaftsbereich, der  
die Teilbereiche

*Elektrizitäts- und Gasversorgung*      SYPRO-Nr. 1010, 1030

*Bergbau*      "      21

*Verarbeitendes Gewerbe*      "      22 - 69 (ohne  
24, 35, 65)

in der Abgrenzung nach der SYPRO umfaßt.

Nachgewiesen werden *Indizes der Nettoproduktion* für Unter-  
nehmen und fachliche Unternehmensteile für das Produzieren-  
de Gewerbe ohne Bauhauptgewerbe.

Das Verarbeitende Gewerbe umfaßt die Wirtschaftshauptgrup-  
pen *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Investitions-  
güter produzierendes Gewerbe, Verbrauchsgüter produzierenden  
Gewerbe und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.*

Zum Produzierenden Gewerbe ohne Bauhauptgewerbe rechnen auch  
Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Wirt-  
schaftsbereich tätig sind.

Ä n d e r u n g e n      i m      Z e i t a b l a u f :      Mit  
der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch  
völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes einge-  
führt. Dabei handelt es sich um Produktionsindizes für Un-  
ternehmen und für fachliche Unternehmensteile. Hinsichtlich  
der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens ist dieses In-  
dexsystem grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich  
deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen 1).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :      Im Unterschied  
zum Produzierenden Gewerbe ohne Bauhauptgewerbe ist beim  
*Produzierenden Gewerbe* (insgesamt) das Bauhauptgewerbe ein-  
bezogen.

1) Siehe hierzu *Wirtschaft und Statistik* 12/1983, S. 931 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## PSYCHIATRISCHE INDIKATION

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schwangerschafts-  
abbruchstatistik  
ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Indikation nach § 218a Absatz 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches (StGB) als Begründung für einen Schwangerschaftsabbruch.

Eine psychiatrische Indikation nach § 218a Absatz 1 Nr. 2 liegt vor, wenn der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden, und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann.

Aus statistischen Gründen werden die psychiatrische Indikation, die hauptsächlich auf die seelische Situation der Schwangeren abgestellt ist und die *allgemein-medizinische Indikation*, die am körperlichen Gesundheitszustand orientiert ist, getrennt aufgeführt. Sie werden zusammen als medizinische Indikation bezeichnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

RÜCKWAREN/ERSATZLIEFERUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1956

B e g r i f f s i n h a l t : Waren, die im Zusammenhang mit einer vorangegangenen Ausfuhr aus dem Erhebungsgebiet wegen Mängelrügen, Preisdifferenzen, Annullierung u.ä. unentgeltlich eingeführt werden, bzw. Waren, die nach vorangegangener Einfuhr in das Erhebungsgebiet aus den erwähnten Anlässen unentgeltlich wieder ausgeführt werden (Rückwaren) sowie Waren, die im Rahmen von Garantieverpflichtungen o.ä. kostenlos als Ersatz für eine Rückware der Einfuhr bzw. Ausfuhr geliefert werden (Ersatzlieferungen).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Rückwaren und Ersatzlieferungen werden ab 1956 in je einer Sammelposition erfaßt und nachgewiesen. Bis 1955 wurden sie ihrer Beschaffenheit entsprechend zugeordnet.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

RUNDFUNK-, FERNSEH- UND PHONOGERÄTE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Außenhandelsstatistik ab 1960</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Die Begriffe Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte und <i>Rundfunk-, Fernseh- und Phonotechnische Geräte</i> (Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.</p> <p>Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.</p> <p>Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.</p> <p><b>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</b> Der Index des Außenhandelsvolumens wird sowohl auf Basis 1962 (für die Jahre 1960 - 74) als auch auf Basis 1970 (für die Jahre ab 1970) dargestellt. Bei der Umstellung des Index von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 wurde die zugrunde liegende Warenauswahl teilweise abgeändert. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen Tonaufnahmegeräte, kommerzielle Tonbandgeräte, Magnetbandkopieranlagen, Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte für das Fernsehen sowie Tonfilmgeräte enthalten.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

RUNDFUNK-, FERNSEH- UND PHONOTECHNISCHE GERÄTE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen</p> <p>Rundfunk- und Fernsehempfangs-    Waren-/Güterklasse 3661 geräte und -einrichtungen</p> <p>Phonotechnische Geräte    "    3663</p>
<p>1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970</p>	<p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie- statistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken die zu den <i>Verbrauchsgütern</i> zählen.</p> <p>Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Indu- strie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchs- reif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden.</p> <p>Im wesentlichen zählen dazu:</p> <p>Rundfunkempfangsgeräte, (Tischgeräte, Stereogeräte, Koffer- und Kraftfahrzeugempfangsgeräte), Farbfernsehempfangsgeräte (Koffer-, Tisch-, Standempfangs- geräte, Videorecorder, bespielte Tonträger (Schallplatten).</p> <p>Ä n d e r u n g e n    i m    Z e i t a b l a u f :    Die Auswahl der zu den Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten rechnenden Waren auf der Grundlage des Systemati- schen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unter- scheidet sich erheblich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.</p>





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SCHIFFSPFANDBRIEFE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunalkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Schuldverschreibungen, die aufgrund gewährter Darlehen gegen Bestellung von Schiffshypotheken ausgegeben werden.

Die Deckung der Schiffspfandbriefe muß gemäß § 6 des Schiffsbankgesetzes<sup>1)</sup> erfolgen.

Erfaßt werden sowohl Inhaber- als auch Namensschiffspfandbriefe.

Unter *Erstabsatz* an Schiffspfandbriefen wird der Nominalbetrag aller im Berichtszeitraum erstmals verkauften neu aufgelegten Schiffspfandbriefe einschließlich der Vorverkäufe erfaßt.

Die *Tilgungen* von Schiffspfandbriefen umfassen im Berichtszeitraum endgültig aus dem Verkehr gezogene, für kraftlos erklärte, entwertete, vernichtete oder dem Treuhänder zur Vernichtung oder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Schiffspfandbriefe.

Der Umlauf (*Umlauf (Neugeschäft)*) von Schiffspfandbriefen erfaßt den Nominalbetrag der am Ende des Berichtszeitraums tatsächlich umlaufenden Schiffspfandbriefe ohne die im Eigenbestand befindlichen Stücke eigener Emissionen, jedoch einschließlich der vorverkauften Stücke.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SCHIFFS- UND LUFTFAHRZEUGBEDARF USW.

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Außenhandels- statistik ab 1950</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Waren, die zur Ausrüstung, Betrieb, zur Unterhaltung oder zur Ausbesserung eines im Erhebungsgebiet liegenden zur Schifffahrt in das Ausland bestimmten Fahrzeuges oder im internationalen Flugverkehr eingesetzten Luftfahrzeuges dienen, sowie Waren, die zur Behandlung der Ladung, zum Gebrauch oder Verbrauch während der Reise oder zum Verkauf an Reisende bestimmt sind.</p> <p>Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf wird nicht nach einzelnen Warenarten, sondern in Zusammenfassungen von Warenarten zu Warengruppen (Sammelpositionen) nachgewiesen. Ausgenommen hiervon sind Gasöl, schweres Heizöl, Flugbenzin und Flugturbinenkraftstoff, die unter den entsprechenden Warennummern nachgewiesen werden. Sammelpositionen bestehen für Nahrungs- und Genußmittel, Schmieröle und Schmiermittel sowie "Andere Waren" wie z.B. Ersatzteile für Maschinen.</p> <p>Als Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf wird im Spezialhandel die Lieferung ausländischer Waren aus Lager für den Bedarf ausgehender deutscher Seeschiffe und Luftfahrzeuge (in der Einfuhr) sowie die Lieferung von Waren aus dem freien Verkehr und aus der aktiven Veredelung für den Bedarf ausgehender fremder Seeschiffe und Luftfahrzeuge (in der Ausfuhr) nachgewiesen. Unter Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf ist ferner in der Einfuhr die Lieferung ausländischer Waren aus Lager für den Bedarf von in ausländischen Häfen liegenden deutschen Seeschiffen und Luftfahrzeugen zu verstehen.</p> <p>In regionaler Gliederung nach Ländergruppen wird die Position "Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf" zusammen mit den Polargebieten und Nicht ermittelten Ländern unter der Bezeichnung "Außerdem" dargestellt.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SCHÖNHEITSREPARATUREN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Baupreise  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t :    Zu den Schönheitsreparaturen zählen das Tapezieren, Anstreichen der Wände und Decken, das Streichen der Heizkörper einschl. Heizrohre, der Innentüren sowie der Fenster und Außentüren von innen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SCHUHE, TEXTILIEN UND BEKLEIDUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

<b>1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter</b> 1962 bis 1976	<b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Gütergruppen und -zweigen  Schuhe                                      Waren-/Güterzweig    625 Textilien                                    Waren-/Gütergruppe   63 Bekleidung                                "                        64
--	---

<b>1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter</b> ab 1970	des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie- statistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den <i>Verbrauchsgütern</i> zählen.
--	---

Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden.

Hierzu rechnen im wesentlichen:

- aus dem Waren-/Güterzweig Schuhe:  
Straßenschuhe und Stiefel, Hausschuhe
- aus der Waren-/Gütergruppe Textilien:  
Dekorationsstoff, Teppiche, Läufer und Bodenbelag aus textilem Material, Gardinenstoff (Meterware), Herren-, Damen-, Kinderoberbekleidung (gewirkt oder gestrickt), Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Strumpfwaren
- aus der Waren-/Gütergruppe Bekleidung:  
Herrenoberbekleidung (z.B. Anzüge, Sakkos, Hosen, Mäntel), Damenoberbekleidung (z.B. Kostüme und Kompletts, Jacken, Röcke, Hosen, Blusen, Kleider, Morgenröcke, Mäntel)  
Arbeits-, Berufs- und Spezialschutzbekleidung (genäht) (z.B. Anzüge, Overalls, Jacken, Hosen, Mäntel, Kittel u.ä.)  
Sport-, Strand- und Badebekleidung

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SCHUHE, TEXTILIEN UND BEKLEIDUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Pelzmäntel, Lederbekleidung  
 Herren- und Damenwäsche, Schürzen, Miederwaren  
 (Büstenhalter, Mieder u.ä.)  
 Hüte und Mützen, Bekleidungszubehör (Krawatten, Handschuhe, Schals, Tücher, Taschentücher, Gürtel, Hosen-träger, Schirme u.ä.)  
 Gardinen und Vorhänge, Campingzelte, Segel u.ä.  
 Bettwäsche, Haus- und Tischwäsche  
 Stepp- und Daunendecken, Kissen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den Schuhen, Textilien und Bekleidung rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne Reparaturen und Änderungen an Erzeugnissen dieser Waren-gruppe.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken(GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :  
Siehe unter 1.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SCHUHE, TEXTILIEN UND BEKLEIDUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Schuhe, Textilien und Bekleidung und *Textilien, Bekleidung, Schuhe* (Außenhandelsstatistik) sind nahezu indentisch abgegrenzt und unterscheiden sich nur geringfügig: Nur zu Textilien, Bekleidung, Schuhe zählen im wesentlichen Watte, Verbandzeug, Schutz- und Spezialhandschuhe aus Leder, Garne, Tapisserien, Netze, Putzwaren. Nur zu Schuhen, Textilien und Bekleidung zählen im wesentlichen Tülle, Bodenbeläge aus Filz, Campingzelte, Schuhe mit Holzsohlen, Matratzen aus Schaumgummi.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SCHULDEN UND SONSTIGE ABZÜGE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

die Abgeltung im Wege einer Pauschalregelung ermöglicht. Ab 1969 fanden ggf. Vergünstigungen nach § 7 Abs. 4 des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes 1968 (BGBl. I S. 217) (ab 1974: Entwicklungsländer-Steuergesetz) für im Rahmen eines Betriebes der Land- und Forstwirtschaft geleistete Entwicklungshilfe ihren Niederschlag. Bezüglich näherer Einzelheiten und weiterer Änderungen wird auf die im Zeitablauf ergangenen steuerrechtlichen Vorschriften und Richtlinien verwiesen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Während in der Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe als Schulden und sonstige Abzüge die Schulden und Lasten, die mit der Gesamtheit oder mit einzelnen Teilen eines gewerblichen Betriebes in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, also sog. Betriebsschulden nachgewiesen werden, umfassen die Schulden und sonstigen Abzüge in der Vermögensteuerstatistik der natürlichen Personen Schulden und Lasten, die zur Ermittlung des Wertes des Gesamtvermögens der Steuerpflichtigen von deren Rohvermögen im Sinne des Vermögensteuergesetzes abzuziehen sind, soweit sie nicht mit einem gewerblichen Betrieb der Vermögensteuerpflichtigen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Schuldverschreibungen rechnen *Hypothekenspfandbriefe, Schiffspfandbriefe, Kommunalobligationen, sonstige Schuldverschreibungen* und nicht *deckungspflichtige Schuldverschreibungen*.

Als Schuldverschreibungen gelten Schuldurkunden, in denen sich der Aussteller dem Gläubiger gegenüber zu einer Leistung verpflichtet, die in der Regel in einem Geldbetrag und einer laufenden Verzinsung besteht.

Erfasst sind sowohl Inhaber- als auch Namensschuldverschreibungen.

Unter *Erstabsatz* an Schuldverschreibungen wird der Nominalbetrag aller im Berichtszeitraum erstmals verkauften neu aufgelegten Schuldverschreibungen einschließlich der Vorverkäufe erfasst.

Die *Tilgungen* von Schuldverschreibungen umfassen die im Berichtszeitraum endgültig aus dem Verkehr gezogenen, für kraftlos erklärten, entwerteten, vernichteten oder dem Treuhänder zur Vernichtung übergebenen Schuldverschreibungen.

Der Umlauf (*Umlauf (Neugeschäft)*) von Schuldverschreibungen erfasst den Nominalbetrag der am Ende des Berichtszeitraums tatsächlich umlaufenden Schuldverschreibungen ohne die im Eigenbestand befindlichen Stücke eigener Emissionen, jedoch einschließlich der vorverkauften Stücke.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SITZE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t :    Sitze im Deutschen Bundestag  
sind die Sitze, die von Parteien, Einzelbewerbern oder Wäh-  
lergruppen errungen wurden.

Weitere Erläuterungen siehe auch unter *Landeslisten-Sitze*,  
*Wahlkreissitze* und *Abgeordnete von Berlin (West)*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SITZVERTEILUNG IM EUROPAPARLAMENT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Europawahl-  
statistik  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen 81 Abgeordnete, davon werden 78 nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen und 3 vom Abgeordnetenhaus von Berlin auf der Grundlage der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses zum Zeitpunkt der Wahl zum Europäischen Parlament gewählt.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten einer Partei richtet sich nach der Zahl der für sie abgegebenen *gültigen Stimmen*. Zunächst werden daher die 78 Sitze nach dem Verhältnis der gültigen Stimmen auf die Parteien nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren verteilt.

Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden auf die beteiligten Listen für die einzelnen Länder im Verhältnis der Summen der für jede dieser Listen abgegebenen Stimmen nach d'Hondt verteilt.

Bei der Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge werden nur Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens fünf von Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben.

Einzelheiten siehe §§ 2, 29 Europawahlgesetz vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709), geändert am 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1577).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SONSTIGE BUNDESSTEUERN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Finanzberichte des  
Bundesministeriums  
der Finanzen

ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Statistische Differenz, die sich aufgrund der Rundung der Angaben für die Steuereinnahmen aus den einzeln nachgewiesenen Bundessteuern auf Mill. DM ergibt.

Die unter der Position *Bundessteuern* in den Finanzberichten nachgewiesenen Steuereinnahmen abzüglich der Summe der bei den einzelnen Bundessteuern nachgewiesenen Steuereinnahmen ergibt die statistische Differenz.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Ebenfalls unter Sonstige Bundessteuern nachgewiesen ist die von 1971 bis 1976 als Preisausgleich zwischen inländischem und eingeführtem Branntwein erhobene Ausgleichsabgabe auf eingeführten Branntwein. Durch Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 17.2.1976 ist diese Ausgleichsabgabe als vertragswidrig weggefallen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SONSTIGE DARLEHEN EINSCHLIESSLICH LANDESKULTURDARLEHEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

**B e g r i f f s i n h a l t :** Von den Boden- und Kommunal- kreditinstituten gewährte längerfristige Darlehen, die nicht in erster Linie durch Hypotheken oder Kommunaldeckung gesichert sind (sonstige Darlehen) sowie Darlehen, die durch Grundpfandrechte oder Kommunaldeckung gesichert sind und für Zwecke der Verbesserung der Agrarstruktur gewährt werden (Landeskulturdarlehen).

Zu den sonstigen Darlehen rechnen z.B. alle Darlehen, die hauptsächlich durch abgetretene Forderungen, Sicherheitsübertragungen und verpfändete Wertpapiere gesichert sind. Nachgewiesen werden auch die nicht verbürgten Teile von solchen Darlehen, die nur zum Teil kommunalverbürgt sind.

Nicht zu den sonstigen Darlehen rechnen Kontokorrentkredite von Instituten, die neben dem Boden- und Kommunkreditgeschäft auch das normale Bankgeschäft betreiben sowie gewährte Schuldscheindarlehen an Industrieunternehmen in privater Rechtsform und Industriekredite an diese Unternehmen gegen Übereignung und Verpfändung von Waren oder Inventar.

Landeskulturdarlehen dienen im wesentlichen der Finanzierung von Maßnahmen der Wasserwirtschaft und Bodenkultur, z.B. Be- und Entwässerungen, Küstenschutz, Abwasserbeseitigung, Flurbereinigung, Wiederaufforstung, Neu- und Ausbau landwirtschaftlicher Wirtschaftswege.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Landeskulturdarlehen und sonstigen Darlehen.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Landeskulturdarlehen und sonstigen Darlehen am Monatsende an.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE EHEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2552

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t: Ehepaare, bei denen mindestens  
ein Ehepartner weder evangelisch noch römisch-katholisch ist  
(vgl. Religionszugehörigkeit).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE EINKÜNFTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-  
statistik

01.01.61

**B e g r i f f s i n h a l t :** Sonstige Einkünfte sind Einkünfte aus wiederkehrenden Bezügen, soweit sie nicht zu den *Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft*, den *Einkünften aus Gewerbebetrieb*, den *Einkünften aus selbständiger Arbeit*, den *Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit*, den *Einkünften aus Kapitalvermögen* und den *Einkünften aus Vermietung und Verpachtung* gehören.

Zu den sonstigen Einkünften gehören u.a. auch die Teile von Leibrenten soweit sie Erträge des Rentenrechts sind sowie Einkünfte aus Zuschüssen und sonstigen Vorteilen, die als wiederkehrende Bezüge gewährt werden. Einbezogen sind ferner Einkünfte aus Spekulationsgeschäften, Einkünfte aus gelegentlichen Vermittlungen und aus der Vermietung beweglicher Gegenstände.<sup>1)</sup>

Die sonstigen Einkünfte ergeben sich als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten. Einnahmen sind dabei alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen.<sup>2)</sup>

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die sonstigen Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen sind zu unterscheiden von den *sonstigen Einnahmen* (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte). Diese Einnahmen je Haushalt und Monat umfassen die Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter sowie gebrauchter Waren, die Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, die Rückvergütungen auf Warenkäufe, die Vermögensübertragungen sowie die Einnahmen, die nicht dem Haushaltsbruttoeinkommen zugeordnet werden können mit Ausnahme der Einnahmen aus der Vermögensminderung und der Kreditaufnahme. Zu beachten ist ferner, daß sich die Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten ergeben. Von den sonstigen Einnahmen hingegen sind Werbungskosten nicht abgesetzt.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993), §§ 22, 23.

2) Zu weiteren Einzelheiten siehe ebenda, §§ 8 - 9a.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  SONSTIGE EINNAHMEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 1451
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte ab 1958	<p>           Begriffsinhalt: Die sonstigen Einnahmen je Haushalt und Monat umfassen Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter sowie gebrauchter Waren, Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, Rückvergütungen auf Warenkäufe, Vermögensübertragungen sowie Einnahmen, die nicht dem Haushaltsbruttoeinkommen zugeordnet werden können, jedoch ohne Einnahmen aus der Vermögenminderung und der Kreditaufnahme.         </p> <p>           Zu den im Haushalt erzeugten Waren zählen im wesentlichen Erzeugnisse aus dem eigenen Garten und aus Kleintierhaltung. Einbezogen sind auch Einnahmen aus der Vermietung von Hausrat, Kraftfahrzeugen usw., nicht aber Entgelte für die Benutzung von Möbeln, Wäsche usw. im Rahmen der Untervermietung.         </p> <p>           Zu den gebrauchten Waren zählen z.B. Kraftfahrzeuge, Schmuck, Gold- und Silbermünzen, Möbel, Kleidung, Haushaltsgeräte. Einnahmen aus dem Verkauf von privaten Grundstücken und Gebäuden und von betrieblichem Anlagevermögen sind nicht enthalten.         </p> <p>           Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke sind z.B. Reisekostenerstattungen, Tagegelder, Auslösungen, Trennungsentschädigungen, Erstattungen für Aufwendungen für Berufskleidung, Werkzeug usw. sowie Ersatz von Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Von den Aufwendungen werden diejenigen Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke abgesetzt, die von den Käufen für den Privaten Verbrauch getrennt nachgewiesen werden können und soweit sie vom Arbeitgeber erstattet werden.         </p> <p>           In den Rückvergütungen auf Warenkäufe sind Rückvergütungen auf Warenkäufe von Konsumvereinen und -genossenschaften und sonstigen Einkaufsvereinigungen enthalten, ebenso Einnahmen aus der Einlösung von Rabattmarken und Flaschenpfand.         </p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK-Nr.:
SONSTIGE EINNAHMEN	GBK-Nr.(n): 1451

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Die Vermögensübertragungen umfassen einmalige Übertragungen der Sozialversicherung (z.B. der Krankenversicherung), Einnahmen aus der Rückerstattung von Einkommen- und Vermögensteuern, Erstattungen der Gebietskörperschaften, privater Versicherungen, von anderen privaten Haushalten und aus sonstigen Quellen, soweit diese einmaligen Übertragungen jeweils 1 000 DM und mehr im Einzelfall betragen. Einmalige Übertragungen von weniger als 1 000 DM werden als *einmalige Einkommensübertragungen* nachgewiesen und sind in der Hauptgruppe *Einnahmen aus Einkommensübertragungen, Untervermietung* enthalten.

Als Einnahmen, die anderen Positionen nicht zuzuordnen sind, wird die Differenz zwischen der Summe der Ausgaben und der Summe der Einnahmen nachgewiesen, sofern die Gesamtausgaben größer als die Gesamteinnahmen sind.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1975 sind in den sonstigen Einnahmen auch die Einnahmen aus Untervermietung enthalten; sie rechnen ab 1976 zur Hauptgruppe *Einnahmen aus Einkommensübertragungen, Untervermietung* und sind daher im *Haushaltsbruttoeinkommen* enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE ELEKTROTECHNISCHE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen				
1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter                                   (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen</p> <table> <tr> <td>Elektrische Leuchten</td><td>Waren-/Güterklasse 3641</td></tr> <tr> <td>Elektrische Glühlampen</td><td>" 3644</td></tr> </table>	Elektrische Leuchten	Waren-/Güterklasse 3641	Elektrische Glühlampen	" 3644
Elektrische Leuchten	Waren-/Güterklasse 3641				
Elektrische Glühlampen	" 3644				
1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970	<p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den <i>Verbrauchsgütern</i> zählen.</p> <p>Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden.</p> <p>Im wesentlichen rechnen dazu:</p> <p>Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Strahler, Allgebrauchslampen (ohne Halogenleuchten).</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Die Auswahl der zu den Sonstigen elektrotechnischen Verbrauchsgüternrechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich wesentlich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.</p>				
2. Außenhandelsstatistik ab 1960	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wie unter 1.</p> <p>Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.</p>				

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE ELEKTROTECHNISCHE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f : Der Index des Außenhandelsvolumens wird sowohl auf Basis 1962 = 100 (für die Jahre von 1960 - 74) als auch auf Basis 1970 = 100 (für die Jahre ab 1970) nachgewiesen. Bei der Umbasierung von 1962 auf 1970 wurde die zugrunde liegende Warenauswahl teilweise abgeändert.

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind enthalten Dunstabzugshauben, Ventilatoren, Taschenlampen und Hörgeräte.

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind enthalten Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Tiefkühlschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rundzellenbatterien, Haushalts-Haartrockenhauben, Heizlüfter und Fotoblitzbirnen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen												
1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) der Waren-/Gütergruppen</p> <table><tr><td>Wasserfahrzeuge</td><td>Waren-/Gütergruppe</td><td>34</td></tr><tr><td>Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren</td><td>"</td><td>37</td></tr><tr><td>Eisen-, Blech- und Metallwaren</td><td>"</td><td>38</td></tr><tr><td>Holzwaren</td><td>"</td><td>54</td></tr></table>	Wasserfahrzeuge	Waren-/Gütergruppe	34	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	"	37	Eisen-, Blech- und Metallwaren	"	38	Holzwaren	"	54
Wasserfahrzeuge	Waren-/Gütergruppe	34											
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	"	37											
Eisen-, Blech- und Metallwaren	"	38											
Holzwaren	"	54											
1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970	<p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie- statistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den <i>Investitionsgütern</i> zählen.</p> <p>Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.</p> <p>Zu den sonstigen im Index erfaßten Investitionsgütern rechnen im einzelnen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- aus der Waren-/Gütergruppe Wasserfahrzeuge:<ul style="list-style-type: none"><li>See- und Küstenfahrgast- und -frachtschiffe</li><li>Seeschlepper, seegehende Eisbrecher und seegehende Bergungsschiffe</li><li>Binnenfahrgast- und -frachtschiffe mit Eigenantrieb</li><li>Binnenfrachtschiffe ohne Eigenantrieb</li><li>Binnenschlepper, -bergungsschiffe, -eisbrecher und Hafenschiffe mit Eigenantrieb</li><li>Fischereischiffe</li><li>Behörden- und Sonderschiffe</li><li>Boote und Yachten</li><li>Schwimmbagger, -krane, -docks, Pontons, Schwimmkörper u.ä.</li><li>Reparaturen, Montagen, Umbauten und Abwrackung</li></ul></li></ul>												

- 2 -

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- aus der Warengruppe feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren:
  - Mikroskope und Lupen
  - Optische Meßinstrumente
  - Präzisionswaagen, Feinmeßinstrumente, Lehrmittel und Laborgeräte
  - Atemschutzgeräte
- aus der Warengruppe Eisen-, Blech- und Metallwaren:
  - Großküchengeschirre und -geräte aus Stahlblech und NE-Metallblechen (teilweise)
  - Wasserheizer
  - Müllgefäße, Abfalltonnen und Großraummüllbehälter
  - Lager- und Transportbehälter aus Stahlblech
  - Möbel aus Stahl- und NE-Metallrohren und -profilen, Stahldrahtmatratzen, Metallbettstellen, Stahl- und NE-Metallblecheinrichtungen
  - Einrichtungsgegenstände (Schreibtische, Schränke, Regale usw.) aus Stahl- und NE-Metallblech
  - Geldschränke und Tresoranlagen
  - Spezialbedarfsartikel verschiedener Art (teilweise)
- aus der Warengruppe Holzwaren:
  - Büromöbel

Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den sonstigen im Index erfaßten Investitionsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich erheblich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch ohne Großküchengeräte, Wasserheizer, Gas-Einbaugeräte und Innenausbauten aus Holz

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

ohne die an den Gütern der jeweiligen Warengruppen vorgenommenen Reparatur- und Montagearbeiten, aber zusätzlich Teile der Warengruppe Luftfahrzeuge.

Aus der Warengruppe Luftfahrzeuge sind einbezogen:

Segelflugzeuge, Sport- und Übungsflugzeuge, Geschäfts- und Reiseflugzeuge, Transportflugzeuge (für Personen und Güter), Hub- und Tragschrauber  
Kolbenmotoren für Luftfahrzeuge, Turbinen-Motoren für Luftfahrzeuge  
Ballons, Luftschiffe, Fallschirme und Anschnallgurte, sonstige Rettungs- und Sicherheitsgeräte  
Bodengeräte (Startgeräte, Geräte für Flugausbildung u.a.)  
Reparatur- und Montagearbeiten.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den sonstigen im Index erfaßten Investitionsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI, unterscheidet sich von der o.g. Güterauswahl auf der Grundlage des GP.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ebenso wurden bei der Umstellung der Außenhandelsindizes von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 bei der Warenauswahl eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen enthalten:

Sattlerwaren, Schutzhandschuhe, Treibriemen und Förderbänder

Leitungsmaste aus Holz, Bahnschwellen aus Holz, Fässer aus Holz

Waren aus feuerfesten Stoffen, aus Steingut und Porzellan, Spundwandstahl, Oberbaumaterial für Bahnen, Stahlbaukonstruktionen (teilweise)

Druckwasserkessel, Heizkörper aus Stahl, Werkzeuge, Motorspritzgeräte, Druckplatten, handbetriebene Werkzeugmaschinen

Fotographische Apparate und Laborausrüstungen,

Optische Scheinwerfer und Instrumente

Medizinische Instrumente, Thermometer, Druck-, Durchflußmeßgeräte, Regler, Gas- und Wasserzähler, Tachometer u.ä.

Zähler, Mikrofone, Leucht-, Signalpistolen u.ä.

Wanduhren, nichtelektrische Wecker, Registrier- und Stempeluhren

Zeichentische, Sitzmöbel (nicht mit Gestell aus Metall oder Holz)

Karusselle, Schaufensterfiguren, Schneiderpuppen.

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind im wesentlichen enthalten:

Verschalungen aus Holz

Getränkeflaschen

Transportbehälter aus Eisen, Stahl oder Aluminium,

Paletten u.ä., Transportmittel aus Eisen oder Stahl

Triebwerke für Luftfahrzeuge (Kolben- und Turbinenmotoren)

Luftschiffe, Ballone

Segelflugzeuge

Motorboote und -jachten, Ruderboote

Koch-, Back-, Grill- u.ä. Geräte für Großküchen

Ferngläser und Fernrohre für den Handgebrauch, Schmalfilm-

kameras, Lupen u.ä., Entfernungsmesser, Vorführapparate

für Filme unter 16 mm, Stehbildbetrachter, Stehbildwerfer

Nautische, meteorologische, ozeanographische und hydrologische Instrumente, Hygrometer

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sauerstoffgeräte (Atemschutzgeräte u.ä.)  
Nichtelektrische Zeitauslöser  
Musikinstrumente (Flügel, Cembalos, Saiten-, Blas-,  
Schlaginstrumente)  
Sitzmöbel mit Metallgestell, Stahldrahtmatratzen,  
Betten aus unedlen Metallen  
Schulmöbel aus Holz  
Turn- und Sportgeräte



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976	B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter aus den Waren-/Gütergruppen	
	Bergbauliche Erzeugnisse	Waren-/Gütergruppe 21
	Mineralölerzeugnisse	" 22
	Maschinenbauerzeugnisse	" 32
	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	" 37
1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970	Eisen-, Blech- und Metallwaren	" 38
	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	" 39
	Feinkeramische Erzeugnisse	" 51
	Glas und Glaswaren	" 52
	Holzwaren	" 54
	Papier- und Pappwaren	" 56
	Druckereierzeugnisse, Vervielfältigungen	" 57
	Lederwaren und Schuhe	" 62
	des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den Verbrauchsgütern zählen.	
	Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten gekauft werden.	
	Im wesentlichen rechnen dazu:	
	- aus der Waren-/Gütergruppe Bergbauliche Erzeugnisse: Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts	

- 2 -

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- aus der Waren-/Gütergruppe Mineralölerzeugnisse:  
Motorenbenzin  
leichtes Heizöl
- aus der Waren-/Gütergruppe Maschinenbauerzeugnisse:  
Haushaltsnäähmaschinen
- aus der Waren-/Gütergruppe feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren:  
Fotoapparate  
Kleinuhren (Taschen-, Armbanduhren u.ä.)  
Großuhren (ohne technische Uhren) (Wecker, Stand-, Küchenuhren usw.)
- aus der Waren-/Gütergruppe Eisen-, Blech- und Metallwaren:  
Raumheizöfen, Gasherde  
Haushalts-, Küchengeschirre und -geräte (ohne Großküchengeschirre und -geräte)  
Feine Scheren  
Bestecke u.ä. Tischgeräte  
Haushalts- und Personenwaagen  
Tafelgeräte (Schalen, Platten, Kannen u.ä.)  
Galanteriewaren (ohne Medaillen und Plaketten)
- aus der Waren-/Gütergruppe Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, Füllhalter u.ä.:  
Klaviere, Harmonikas, Elektronische Orgeln u.ä.  
Saiten aller Art, Zubehör für Musikwerke, Saiten-, Blas- und sonstige Kleinmusikinstrumente  
Spielwaren aus Blech, Holz, Stoff und Fell, Papier und Masse, Pappe  
Musikspielwaren, Sportspielwaren (z.B. Kinderräder und -roller), Puppen und Puppenwagen, andere Spielwaren (z.B. Gesellschaftsspiele), Christbaumschmuck  
Sportgeräte (für Rasen-, Tennis-, Eis-, Winter-, Berg-, Angelsport, für Leicht- und Schwerathletik, für Schwimm- und Wassersport, sonstige Sportarten)  
Schmuckwaren und schmuckähnliche Erzeugnisse (aus Edelmetallen, Perlen, Edelsteinen), Mode- und Phantasieschmuck, Imitationsschmuck)  
Münzen und Medaillen  
Füllhalter, Kugelschreiber, Dreh- und Druckbleistifte  
Waren aus Schnitz- und Formstoffen

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Reparaturen an Turn- und Sportgeräten, Miniaturfahrzeugen für das Schaustellergewerbe  
 Lohnveredelungsarbeiten an Musikinstrumenten, Puppen, anderen Spielwaren, Turn- und Sportgeräten, Geräten und Miniaturfahrzeugen für das Schaustellergewerbe

- aus der Waren-/Gütergruppe Feinkeramische Erzeugnisse:  
Haushalts-, Wirtschafts- und Ziergegenstände aus Porzellan, Steingut, Feinsteinzeug, Figuren, Phantasie-, Einrichtungs-, Schmuck- und Ziergegenstände aus Steingut bzw. steingutähnlichem Material
- aus der Waren-/Gütergruppe Glas und Glaswaren:  
Konservenglas  
Wirtschaftsglas und Bleikristall
- aus der Waren-/Gütergruppe Holzwaren:  
Zimmer- und Küchenmöbel aus Holz, auch Polstermöbel, Matratzen
- aus der Waren-/Gütergruppe Papier- und Pappwaren:  
Lampenschirme aller Art, Linkrusta, Buntglaspapier u.ä., Hartpapierwaren für Haus- und Küchenbedarf  
Zellstoffwattewaren (Papiertaschentücher, Toilettenpapier u.ä.)  
Filtrierpapierwaren, Krepp-Papierwaren, Abplätt- und Schnittmuster, Etiketten, Siegelmarken, Klebecken u.ä., Kassen- und Buchungsrollen, Endlospapiere, Geschenkpapiere u.ä.  
Karnevals- und Festartikel, sonstige Papiererzeugnisse (Zigarettenpapier u.ä.), Kunst- und Dekorationsblumen, sonstige Erzeugnisse aus Papier und Pappe
- aus der Waren-/Gütergruppe Druckereierzeugnisse, Vervielfältigungen:  
Geschäftspapiere und ähnliche Drucksachen, Kataloge, Werbedrucksachen, Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Verpackungs- und Ausstattungsdrucksachen, Wandkalender, Bilddrucke, Karten, kartographische Erzeugnisse, Abziehbilder u.ä., Vervielfältigungen, sonstige Druckereierzeugnisse

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE IM INDEX ERFASSTE VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- aus der Waren-/Gütergruppe Lederwaren und Schuhe:  
Feinsattlerwaren (Hand- und Reisekoffer, Taschen, Mappen, Ranzen) aus Leder  
Feintäschner- und Galanteriewaren (Gürtel, Damen- und Umhängetaschen, Etais, Portemonnaies, Brieftaschen u.ä.) aus Leder, Kunstleder, anderen Kunststoffolien, textilen Geweben oder sonstigen Stoffen  
Sattler- und Feinsattlerwaren aus Kunstleder, anderen Kunststoffolien, textilen Geweben oder sonstigen Stoffen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Anzahl der zu den sonstigen im Index erfaßten Verbrauchsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich wesentlich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1960

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne  
Figuren, Plastiken u.ä. aus Gips  
Sportgeräte für Leicht- und Schwerathletik  
Fahrrad-, Kinderroller- und Mopedbereifungen  
Feuerwerksartikel  
Waren aus echten Perlen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE LÄNDERSTEUERN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Finanzberichte des  
Bundesministeriums  
der Finanzen

ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t :    Statistische Differenz,  
die sich aufgrund der Rundung der Angaben für die Steuer-  
einnahmen aus den einzeln nachgewiesenen Ländersteuern  
auf Mill. DM ergibt.

Die unter der Position *Ländersteuern* in den Finanzämtern  
nachgewiesenen Steuereinnahmen abzüglich der Summe der bei  
den einzelnen Ländersteuern nachgewiesenen Steuereinnahmen  
ergibt die statistische Differenz.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DFK-Nr.:

SONSTIGE LAUFENDE EINKOMMENSÜBERTRAGUNGEN, UNTERMIEETE

GBK-Nr.(n):

6487

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wirtschaftsrech-  
nungen ausge-  
wählter privater  
Haushalte  
ab 1965

**B e g r i f f s i n h a l t :** Zur Position sonstige laufende Einkommensübertragungen, Untermiete je Haushalt und Monat rechnen Werksrenten und -pensionen, laufende Übertragungen der privaten Kranken-, Unfall- und sonstigen Schadenversicherungen, Streikunterstützungen, sonstige laufende Übertragungen von Organisationen ohne Erwerbscharakter, laufende Übertragungen von anderen privaten Haushalten sowie die Einnahmen aus Untervermietung.

Zu den Werksrenten und -pensionen rechnen Renten, Pensionen, Zusatzrenten, laufende Unterstützungen und ähnliche laufenden Bezüge aus einem früheren Arbeitsverhältnis als Arbeiter oder Angestellter. Sie werden entweder unmittelbar vom Betrieb oder von einer Pensions- oder Unterstützungskasse (darunter der Zusatzversorgungskasse des Bau-gewerbes) gezahlt. Nicht hierzu rechnen Renten aus Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes, Pensionen an frühere Beamte und ihre Hinterbliebenen und Renten aus Lebensversicherungen.

Laufende Übertragungen aus privaten Kranken-, Unfall- und Schadenversicherungen sind z.B. Krankengeld (Tagegeld) aus der privaten Krankenversicherung oder Unfallrenten aus der privaten Unfall- und Haftpflichtversicherung einschl. Kraftfahrtversicherung. Nicht hierzu rechnen Einnahmen aus Lebensversicherungen.

Einbezogen werden ferner gezahlte Streikgelder der Gewerkschaften, laufende Unterstützungen von Kirchen und karitativen Einrichtungen, Gewerkschaften und anderen Organisationen ohne Erwerbscharakter, laufende Unterstützungs- und Unterhaltszahlungen von nicht im Haushalt lebenden Familienangehörigen, vom geschiedenen Ehepartner und anderen Personen, Alimentenzahlungen usw. Nicht hierzu rechnen einmalige Zahlungen dieser Personen und Institutionen.

Die Einnahmen aus Untervermietung umfassen auch die Entgelte für die Benutzung von Wäsche, Möbeln sowie für die mit der Untervermietung zusammenhängenden persönlichen Dienstleistungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE LAUFENDE EINNAHMEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7009

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahresrechnungs-  
statistik

ab 1974

B e g r i f f s i n h a l t : Einnahmeart mit Einnahmen  
aus

## - Gebühren, sonstigen Entgelten

öffentlich-rechtliche Entgelte für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen im engeren Sinne (Verwaltungsgebühren), Entgelte für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen (Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte), zweckgebundene Abgaben (z.B. Kurtaxe)

## - sonstige Verwaltungseinnahmen

- aus dem Verkauf beweglicher Sachen, die nicht als Vermögen erfaßt waren oder deren Verkaufserlös im Einzelfall eine bestimmte Wertgrenze nicht übersteigt,
- aus dem Verkauf von Drucksachen, Aufträgen Dritter, Untersuchungen, Gutachten, Vorträgen u.ä., Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen und von Tantiemen der Bediensteten,
- Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen z.B. durch Banken und Versicherungen, Entschädigungen der Religionsgemeinschaften für die Erhebung der Kirchensteuer, Verwaltungskostenanteile der Wirtschaftsunternehmen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE MASCHINENBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe

Maschinenbauerzeugnisse Waren-/Gütergruppe 32

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern*

1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
ab 1970

zählen, soweit sie nicht zu den *Metallbearbeitungsmaschinen*, den *Hütten- und Walzwerkseinrichtungen*, den *Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen*, den *Bau-, Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen*, den *Landwirtschaftlichen Maschinen*, den *Nahrungsmittelmaschinen* und *Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung*, den *Verpackungsmaschinen*, den *Papier- und Druckereimaschinen* oder zu den *Textil- und Nähmaschinen*, *Maschinen für die Leder-, Schuh- und Lederwarenherstellung* rechnen.

Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Gießereimaschinen	Waren-/Güterklasse	3215
Dieselmotoren (ohne solche für Kraftfahrzeuge)	"	3223
Dampfturbinen	"	3227
Verdichter und Vakuumpumpen	"	3231
Lufttechnische Einzelapparate und Anlagen	"	3232
Kältemaschinen und -anlagen	"	3233
Maschinen für die Verarbeitung von Gummi und Kunststoff	"	3235



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE MASCHINENBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Trocknungsanlagen und  
-maschinen

Waren-/Güterklasse 3239

Einzelapparate und -maschi-  
nen für die Chemische und  
verwandte Industrie

" 3251

Anlagen für die Chemische  
und verwandte Industrie

" 3252

Maschinen und Einrichtungen  
für den Bergbau

" 3254

Krane und Hebezeuge

" 3255

Serienhebezeuge und hand-  
betriebene Krane

" 3256

Flurförderzeuge

" 3257

Stetigförderer

" 3258

Aufzüge

" 3259

Groß- und Schnellwaagen

" 3264

Feuerwehr-Aufbauten für Kraft-  
fahrzeuge

" 3271

Bei sämtlichen Waren-/Güterklassen sind die zugehörigen Zu-  
behör-, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen (ausge-  
nommen Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Dampfturbinen  
a.n.g.).

## Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :

Die Auswahl der zu den sonstigen Maschinenbauerzeugnissen  
rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Waren-  
verzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich  
erheblich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen  
Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne  
Montagearbeiten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE MASCHINENBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiker (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Sonstige Maschinenbauerzeugnisse und *sonstige Maschinen und maschinelle Anlagen* (Außenhandelsstatistik) sind teilweise unterschiedlich abgegrenzt. Nur zu den sonstigen Maschinenbauerzeugnissen zählen im wesentlichen Dieselmotoren, Dampfkraftmaschinen und Dampfturbinen für den Schiffsantrieb, Wasserkraftmaschinen, verschiedene Arten von Flüssigkeitspumpen, Groß-Kompressoren, Rohrpostanlagen, Maschinen zur Herstellung von Fußbodenbelag, stufenlose Getriebe und auf Lkw-Fahrgestellen montierte Krane und Bagger.

Nur zu den sonstigen Maschinen und maschinellen Anlagen rechnen im wesentlichen Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung, Ackerschlepper mit mehr als 7,5 PS und mehr als 1 l Hubraum sowie sonstige vollständige Fabrikationseinrichtungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SONSTIGE MASCHINEN UND MASCHINELLE ANLAGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
1960 - 1974

B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren (Waren-  
nummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelssta-  
tistik, die im wesentlichen den Warengruppen

Maschinenbauerzeugnisse                      Warengruppe 32

Büromaschinen, Datenver-  
arbeitungsgeräte und  
-einrichtungen

"                      50

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-  
statistik, Ausgabe 1970, entsprechen und zu den *Investitions-  
gütern* zählen, soweit sie nicht zu den *Metallbearbeitungs-  
maschinen*, den *Landwirtschaftlichen Maschinen und Acker-  
schleppern*, den *Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie*  
oder zu den *Textil-, Näh-, Schuh- und Ledermaschinen* rechnen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie  
hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif)  
angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder  
vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Hütten- und Walzwerkseinrichtungen,

Industrieöfen,

Gießereimaschinen,

Prüfmaschinen,

Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen,

Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Kork, Bein, Hartkaut-  
schuk, Kunststoff und ähnlichen harten Stoffen,

Autogengeräte und -maschinen,

Lokomotiven,

Kesseldampfmaschinen und Dampfturbinen (ohne solche für den  
Schiffsantrieb),

Verbrennungsturbinen,

Verdichter und Vakuumpumpen (ohne Groß-Kompressoren),

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SONSTIGE MASCHINEN UND MASCHINELLE ANLAGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Druckluftgeräte und -werkzeuge,  
 Lufttechnische Einzel-Apparate und Anlagen,  
 gewerbliche Kühlmöbel und -anlagen,  
 Kältemaschinen und -anlagen,  
 verschiedene Arten von Flüssigkeitspumpen,  
 Maschinen für die Verarbeitung von Gummi und Kunststoff,  
 Maschinen für die Bauwirtschaft,  
 Maschinen für die Baustoff-, Keramik- und Glasindustrie,  
 Maschinen und Einrichtungen für den Bergbau,  
 Trocknungsanlagen und -maschinen,  
 Einzelapparate und -maschinen sowie Anlagen für die  
 chemische und verwandte Industrie,  
 Waren- und Leistungsautomaten,  
 Groß- und Schnellwaagen,  
 Krane und Hebezeuge (ohne auf LKW-Fahrgestellen montierte),  
 Serienhebezeuge und handbetriebene Krane sowie Flurförder-  
 zeuge, Gleis- und Drahtseilförderer, Stetigförderer (ohne  
 Rohrpostanlagen), Aufzüge,  
 Papier- und Druckereimaschinen,  
 Wäscherei- und verwandte Maschinen für gewerbliche Zwecke,  
 Feuerwehrgeräte, Eisenbahnsicherungsanlagen,  
 Getriebe (nicht stufenlose),  
 Geldschränke und Tresoranlagen,  
 Geräte für ölhydraulische Anlagen und pneumatische  
 Steuerungen,  
 Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen,  
 Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelindustrie,  
 Ackerschlepper mit mehr als 7,5 PS.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SONSTIGE MASCHINEN UND MASCHINELLE ANLAGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Gebrauchsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Zur Abgrenzung gegenüber den *sonstigen Maschinenbauerzeugnissen* (Außenhandelsstatistik) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SONSTIGE MASSNAHMEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Subventionsberichte (Finanzhilfen und Steuervergünsti- gungen) ab 1966</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    <i>Finanzhilfen des Bundes zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, soweit es sich nicht um Finanzhilfen für den Bergbau, für die Energie- und Rohstoffversorgung, für regionale Strukturmaßnahmen oder um Finanzhilfen für Innovationsförderung, Luftfahrt-technik, Hilfen für bestimmte Industriebereiche, marktnahe Förderung im Rahmen technologischer Schwerpunktprogramme handelt.</i></p> <p>Im einzelnen handelt es sich bei den sonstigen Maßnahmen um</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zuschüsse zur Förderung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen in Handwerk, Handel- und Gaststättengewerbe, Verkehrsgewerbe, Industrie und sonstigem Dienstleistungsgewerbe; im Vordergrund der verschiedenen Förderungsmaßnahmen stehen finanzielle Hilfen zum Auf- und Ausbau des Beratungs- und Informationswesens einschließlich des Messewesens, der Unternehmerfortbildung, für Maßnahmen zur Anpassung der personellen Leistungsfähigkeit an die fortschreitende, insbesondere technische Entwicklung, und für Kooperationszwecke;</li> <li>- Förderung von branchenübergreifenden Maßnahmen zur Leistungssteigerung in kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Produktivität; die Maßnahmen werden im allgemeinen vom Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) e.V. und vergleichbaren Fachorganisationen durchgeführt; fallweise beteiligen sich die Bundesländer und die Wirtschaft an der Finanzierung dieser Projekte; aus den Ausgaben werden keine Maßnahmen zugunsten der freien Berufe gefördert;</li> <li>- seit 1975 Zinszuschüsse für kleine und mittlere Tageszeitungsverlage zur Erhaltung einer stabilen Meinungsvielfalt im Bereich der Tagespresse; mit den Mitteln soll eine Verbilligung von Krediten aus dem ERP-Presseprogramm und dem Sonderkreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau für kleine und mittlere Tageszeitungsverlage erfolgen;</li> </ul>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE MASSNAHMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- seit 1982 Förderung von Informations- und Schulungsveranstaltungen zur Erleichterung der Existenzgründung und des Existenzaufbaus freiberuflich Tätiger nach dem Grundsatz der "Hilfe zur Selbsthilfe"; dieses unbefristete Programm wird nach den Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft vom 26. März 1982 durchgeführt; förderungsfähig sind Veranstaltungen über Fragen der Existenzgründung und des Existenzaufbaus, insbesondere für freiberufliche Nachwuchskräfte durch Berufsorganisationen der freien Berufe auf Bundesebene; die Förderung besteht in einem pauschalen Zuschuß zu den gesamten Veranstaltungskosten und beträgt je Veranstaltungstag bis zu 50 v.H. der Veranstaltungskosten, höchstens 750,- DM;
- seit 1979 Zinszuschüsse im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Gründung selbständiger Existenzen; zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalsituation können Existenzgründer langfristige Darlehen der Lastenausgleichsbank (LAB) erhalten, die mit Ausnahme der persönlichen Haftung des Darlehensnehmers nicht banküblich abgesichert zu werden brauchen und im Konkursfall unbeschränkt haften; das Ausfallrisiko wird durch eine globale Bundesgarantie abgedeckt; in den beiden ersten Jahren werden die Darlehen zinsfrei gewährt, danach zu Marktkonditionen;
- seit 1950 Zuschuß an das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) als Träger staatlicher Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung; das RKW wendet sich mit seiner auf betriebliche Leistungssteigerungen abzielenden Arbeit (Entwicklung neuer und Sammlung bewährter Rationalisierungsmethoden; Verbreitung von Führungs- und Rationalisierungswissen durch Beratung, Information, Schulung und Herausgabe einschlägiger Schriften) vor allem an kleine und mittlere Unternehmen insbesondere der Industrie;
- Zuschüsse zur Pflege der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland an Auslandshandelskammern und Delegierte der deutschen Wirtschaft im Ausland, an neu zu gründende Auslandshandelskammern sowie zur Förderung von Wirtschaftskontakten mit dem Ausland, z.B. durch Einladungen von Persönlichkeiten der Wirtschaft des Auslands zur Information und Ausbildung in die Bundesrepublik Deutsch-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SONSTIGE MASSNAHMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

land sowie die Vorbereitung von wirtschaftlichem Informationsmaterial; darüber hinaus wird aus den Mitteln die Gemeinschaftswerbung zur Förderung des Absatzes deutscher Filme im Ausland gefördert, darunter die Auslandsbeauftragten der Filmförderungsanstalt, die deutsche Beteiligung an internationalen Filmfestivals und die Präsentation deutscher Filmreihen;

- Jahresleistung an die "Stiftung Warentest", damit diese ihre satzungsmäßige Aufgabe, nämlich die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes von Waren und Dienstleistungen zu unterrichten, möglichst umfassend erfüllen kann;
- Aufbau- und Eingliederungsdarlehen an Berechtigte nach Abschnitt I des Flüchtlingshilfegesetzes (einschl. der Verwaltungs- und sonstigen Kosten der Kreditinstitute); im einzelnen handelt es sich um Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau, zum Bau eines Familienheimes oder einer sonstigen Wohnung, um Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe zur Begründung oder Festigung einer selbständigen Existenz und um Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft sowie Darlehen und Zuschüsse zur Eingliederung in die Landwirtschaft.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Von 1977 bis 1980 gewährte der Bund Finanzhilfen für Investitionen zum Schutz vorhandener gewerblich genutzter Anlagen in Häfen und entsprechender gewerblich genutzter Grundstücke vor Sturmfluten (u.a. Erhöhung von Kaimauern, Isolation von Lagerräumen gegen Hochwasser) sowie 1976 und 1977 eine finanzielle Beteiligung an den Aufwendungen aus Anlaß der Sturmfluten im Januar 1976.

Bis einschl. 1976 gewährte der Bund Zuschüsse zu den Produktionskosten der Wochenschauen.

Von 1970 bis 1973 gewährte der Bund Übergangshilfe zum Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Kleinbetriebe nach dem Lohnfortzahlungsgesetz; Kleinbetriebe (mit bis zu zwanzig Arbeitnehmern) erhielten von den gesetzlichen Krankenkassen 80 v.H. der von ihnen geleisteten Aufwen-



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE MASSNAHMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

dungen für die Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen erstattet; die Finanzierung dieser Erstattungen wurde durch eine Umlage, die von diesen Kleinbetrieben erhoben wurde, sichergestellt; um den Umlagesatz in den ersten Jahren nach Einführung der Lohnfortzahlung niedrig zu halten, gewährte der Bund degressiv gestaffelte Übergangshilfen.

1982 wurden Zinszuschüsse im Rahmen des Sonderprogramms an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verbilligung von Investitionskrediten gezahlt; gefördert wurden Investitionen zur Energie- und Rohstoffeinsparung, zur Prozeß- und Produktinnovation sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen; der Zinszuschuß des Bundes sollte im Durchschnitt 2,25 v.H. nicht übersteigen; die Förderung war bis zum 30. Juni 1982 befristet.

Bis einschl. 1981 gewährte der Bund Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Gründung oder Tilgung einer selbständigen freiberuflichen Existenz einschließlich Verwaltungskosten der dieses Programm im Auftrag des Bundes durchführenden Lastenausgleichsbank; die Zinszuschüsse wurden für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene und von der Lastenausgleichsbank verbürgte Darlehen gewährt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SONSTIGE MOBILITÄT

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sozialbudget der  
Bundesrepublik  
Deutschland  
ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t : Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme, des Arbeitsplatzwechsels und der Schaffung von Arbeitsplätzen; Maßnahmen zur ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (einschließlich Schlechtwetter- und Wintergeld); Arbeitsberatung und -vermittlung.

Die Leistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme und des Arbeitsplatzwechsels sollen die Mobilität der Arbeitsuchenden erhöhen sowie ihre Eingliederung erleichtern, wenn die Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erschwert ist. Es handelt sich dabei um Zuschüsse zu Bewerbungskosten und zu Reise- und Umzugskosten, Arbeitsausrüstung, Trennungsbeihilfen, wenn die Arbeitsaufnahme die Führung eines getrennten Haushalts erfordert, Überbrückungsbeihilfen, Begleitung bei Sammelfahrten zur Arbeitsaufnahme an einem auswärtigen Beschäftigungsort, Familienheimfahrten und sonstige Hilfen, die zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme notwendig sind.

Zu den Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen gehören u.a. die Förderung der Errichtung von Arbeitsplätzen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und zusätzliche Arbeits- und Eingliederungshilfen für längerfristig Arbeitslose. Die Gewährung von Kurzarbeitergeld über die regelmäßige Bezugsdauer hinaus gehört ebenso wie die Zahlung von Schlechtwetter- und Wintergeld im Rahmen der Maßnahmen zur ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft zu den Leistungen für sonstige Mobilität.

Einbezogen sind außerdem die Betreuung der Arbeitsuchenden, Leistungen der Berufsberatung sowie die Förderung der beruflichen Weiterbildung.

Siehe auch unter *Beschäftigung*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE NAHRUNGSMITTEL

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1126

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition, die Nahrungsmittel ohne besondere ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel umfaßt.

Die sonstigen Nahrungsmittel umfassen:

Fleisch und Fleischwaren,

Fische und Fischwaren (ohne Frischfisch),

Milch, Butter, Käse,

Speisefette und -öle,

Brot und Backwaren,

Mehl, Nahrungsmittel, Kartoffelerzeugnisse,

Gemüse- und Obsterzeugnisse (ohne Frischgemüse und Frischobst),

Zucker, Süßwaren,

Gewürze und ähnliche Back- und Speisezutaten,

alkoholfreie Getränke.

Als besondere ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel gelten Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst (einschl. Südfrüchte), Frischfische und Eier.

Die Genußmittel und der Verzehr in Gaststätten zählen nicht zu den sonstigen Nahrungsmitteln.

Die sonstigen Nahrungsmittel umfassen ausgewählte Positionen aus dem Systematischen Warenverzeichnis für den privaten Verbrauch, Ausgabe 1963.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  SONSTIGE NICHTERWERBSTÄTIGE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 1133
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Wohngeldstatistik ab 1965	<p> <b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben und nicht zu den <i>Rentnern, Pensionären</i> rechnen.         </p> <p>           Dazu zählen z.B. die Empfänger von Sozialhilfe und von Kriegsopferfürsorge, Arbeitslose sowie Schüler und Studenten.         </p> <p>           Nachgewiesen werden <i>Wohngeldempfänger</i>, die zu den sonstigen Nichterwerbstätigen rechnen. Wohngeldempfänger sind Personen, die für sich - und ggf. ihre bei der Gewährung von Wohngeld zu berücksichtigenden <i>Familienmitglieder</i> - Wohngeld beziehen. Insoweit können unter den sonstigen Nichterwerbstätigen auch Haushalte verstanden werden, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände zu den sonstigen Nichterwerbstätigen rechnen.         </p> <p> <b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die sonstigen Nichterwerbstätigen sowie die <i>Rentner, Pensionäre</i> (Wohngeldstatistik) umfassen im Gegensatz zu den <i>Nichterwerbstätigen (ohne Schüler und Studenten)</i> (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) auch alle Erwerbslosen sowie die Schüler und Studenten.         </p> <p>           Während unter den sonstigen Nichterwerbstätigen und den Rentnern, Pensionären Wohngeldempfängerhaushalte nachgewiesen werden, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände diesen Personengruppen zuzurechnen sind, werden unter den <i>Nichterwerbspersonen</i> (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus, Wanderungsstatistik, Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen) und den <i>Erwerbslosen</i> (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus) Personenzahlen nachgewiesen. Außerdem können in der Gruppe der Rentner, Pensionäre und sonstigen Nichterwerbstätigen auch Erwerbstätige (z. B. Rentner, die eine geringfügige Erwerbstätigkeit ausüben) enthalten sein; dies gilt jedoch nicht für die Gruppe der Nichterwerbspersonen und Erwerbslosen.         </p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE NICHTWOHNGEBÄUDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

523

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Baugenehmigungen

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Nichtwohnbauten, die weder zu den Anstaltsgebäuden, den Bürogebäuden, den gewerblichen Betriebsgebäuden, den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden noch zu den Schulgebäuden rechnen.

Dazu zählen z.B. Universitäts- und Hochschulgebäude, Gebäude von Sportanlagen, Theater, Kirchen und Kulturhallen.

Nicht dazu rechnen offene Hallen und freistehende selbstständige Konstruktionen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE ÖFFENTLICHE BAUHERREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

594

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

1962 bis 1978

B e g r i f f s i n h a l t : Alle juristischen Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, an denen Gebietskörperschaften maßgeblich beteiligt sind.

Zu den sonstigen öffentlichen Bauherren zählen auch die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost.

Nicht dazu gehören die Gebietskörperschaften selbst und die von ihnen gebildeten Zweckverbände.

Nachgewiesen werden Tiefbauaufträge der sonstigen öffentlichen Bauherren.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SONSTIGE PARTEIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t : Sonstige Parteien sind die Parteien, die mit eigenen Wahlvorschlägen an einer Bundestagswahl teilgenommen haben, aber bei der jeweils letzten Bundestagswahl nicht an der Sitzverteilung teilnahmen.

(Sperrklausel, siehe auch unter *Landeslisten-Sitze*)

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE REGELUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1966

B e g r i f f s i n h a l t : Steuerliche Sonderregelungen, die - entsprechend der seit dem sechsten Subventionsbericht geänderten Begriffsbestimmung für die *Steuervergünstigungen* - seit 1975 in den Subventionsberichten nicht mehr als Steuervergünstigungen nachgewiesen werden.

Steuerliche Sonderregelungen werden insbesondere dann nicht mehr als Steuervergünstigungen aufgeführt, wenn sie die überwiegende Mehrzahl der Steuerpflichtigen begünstigen.

Damit die Entwicklung der Steuermindereinnahmen, die sich aufgrund dieser steuerlichen Regelungen ergibt, bis in das Jahr 1966 zurückverfolgt werden kann, sind hier auch die entsprechenden Mindereinnahmen für die Jahre 1966 bis 1974 ausgewiesen.

Im einzelnen zählen zu den sonstigen Regelungen:

- der Sonderausgabenabzug von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur privaten Lebensversicherung (ohne reine Risikoversicherung) nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG;
- der Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgaben nach § 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG;
- die Steuerbegünstigung von Spenden zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und staatspolitischer Zwecke und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke sowie von Beiträgen und Spenden an politische Parteien nach § 10b EStG;
- der Freibetrag von 2 000/4 000 DM für alle Land- und Forstwirte nach § 13 Abs. 3 EStG;
- der Freibetrag von 5 v.H. der Einnahmen aus freier Berufstätigkeit, höchstens 1 200 DM, für die Angehörigen der Freien Berufe nach § 18 Abs. 4 EStG;



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SONSTIGE REGELUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- der Weihnachts-Freibetrag von 600 DM für Arbeitnehmer (für 1979: 400 DM) nach § 19 Abs. 3 EStG;
- der Arbeitnehmer-Freibetrag in Höhe von 480 DM nach § 19 Abs. 4 EStG;
- der Pauschbetrag für Körperbehinderte nach § 33b EStG;
- die Steuerermäßigung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft bis zur Höhe von 2 000 DM nach § 34e EStG;
- der Pauschbetrag für Hinterbliebene nach § 33b EStG;
- die Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen nach § 40b EStG;
- die steuerliche Begünstigung von Ausgaben des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung seiner Arbeitnehmer bis zu 312 DM jährlich nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 der Lohnsteuerrückführungsverordnung;
- erhöhte Absetzungen für die Herstellung von Schutzräumen bis zur Höhe von jährlich 10 v.H. anstelle der normalen Absetzungen nach §§ 7 und 12 Abs. 3 Schutzbaugesetz;
- die Steuerfreiheit der Spenden zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und staatspolitischer Zwecke und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke sowie von Spenden an politische Parteien bis zur Höhe von 600 DM im Kalenderjahr (ab Veranlagungszeitraum 1980: 1 800 DM) nach § 9 Nr. 3 KStG;
- die Steuerfreiheit von Spenden für wissenschaftliche Zwecke nach § 8 Nr. 9 und § 9 Nr. 5 GewStG;
- die Steuerbefreiung für die Verschaffung von Versicherungsschutz nach § 4 Nr. 10 UStG;
- die Befreiung kultureller Einrichtungen, insbesondere Theater, Orchester, Chöre, Museen, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien sowie Volkshochschulen nach § 4 Nrn. 20 und 22 UStG;

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE REGELUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- die Befreiung der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altersheime, Blutsammelstellen, Wohlfahrtsverbände und der Blinden nach § 4 Nrn. 15 bis 19 UStG;
- der ermäßigte Steuersatz für Krankenfahrräder, Körperersatzstücke, orthopädische Apparate und andere orthopädische Vorrichtungen sowie für Schwimm- und Heilbäder und die Bereitstellung von Kureinrichtungen nach § 12 Abs. 2 Nr. 1, Anlage 1 Nrn. 45 und 46 und § 12 Abs. 2 Nr. 9 UStG;
- der ermäßigte Steuersatz für Leistungen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Einrichtungen nach § 12 Abs. 2 Nr. 8 UStG und
- die Steuerbefreiung für einen Personenkraftwagen oder ein Kraftrad eines in seiner Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr Behinderten nach § 3 Nr. 11 KraftStG.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  SONSTIGER TIEFBAU FÜR DEUTSCHE BUNDESBahn UND DEUTSCHE BUNDESPOST	<b>DFK-Nr.:</b>  <b>GBK-Nr.(n):</b> 2275, 6513
---	---

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik über den  
Auftragsbestand im  
Bauhauptgewerbe  
(einschl. Fertig-  
teilbau)

ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Tiefbauten im Auftrag  
der Deutschen Bundesbahn und Deutschen Bundespost.

Zu Einzelheiten bezüglich der einbezogenen Bauten siehe  
die Erläuterungen zum Tiefbau im Auftrag von Bundesbahn  
und Bundespost unter *Bauten für Bundesbahn und Bundespost*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  SONSTIGER TIEFBAU FÜR GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN UND SOZIALVERSICHERUNG		<b>DFK-Nr.:</b>
		<b>GBK-Nr.(n):</b> 2275, 6512
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1977	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Tiefbauten im Auftrag von Gebietskörperschaften und von Trägern der Sozialversicherung (ggf. auch von Organisationen ohne Erwerbszweck), mit Ausnahme des <i>Straßenbaus</i>.</p> <p>Zu Einzelheiten bezüglich der einbezogenen Bauten siehe die Erläuterungen zum Tiefbau im Auftrag von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung unter <i>Bauten für Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie sonstige öffentliche Auftraggeber</i>.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SONSTIGE SACHANLAGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe ab 1953

**B e g r i f f s i n h a l t :** Sachanlagen, die weder zu den *Betriebsgrundstücken* noch zu den *Maschinen und ähnlichen Anlagen* rechnen.

Dazu gehören z.B. die Einrichtungen und das Inventar, der Fuhrpark sowie Schiffe, die Werkzeuge, die Gerätschaften und die übrigen Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, soweit sie nicht bei den Maschinen und ähnlichen Anlagen zu erfassen sind.

Für den Bestand und die Bewertung der sonstigen Sachanlagen sind grundsätzlich die Verhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regelmäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht.

Bewertungsmaßstab für die sonstigen Sachanlagen ist der Teilwert. Dies ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens bei dessen Fortführung im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Der Teilwert findet in der Regel seine obere Grenze in den Wiederbeschaffungskosten für ein Wirtschaftsgut gleicher Art und Güte am Feststellungszeitpunkt und seine untere Grenze in dem Material- oder Schrottwert. Um die Wiederbeschaffungskosten des zu bewertenden Wirtschaftsgutes zu ermitteln, sind von den ggf. um Zu- oder Abschläge veränderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten am Bewertungsstichtag die Absetzungen für Abnutzung vorzunehmen. Unbeschadet der jeweils angewendeten Absetzungsmethode ist jedoch bei Wirtschaftsgütern, die noch im Betrieb voll genutzt werden, in jedem Fall ein angemessener Restwert anzusetzen. Für die in den Betrieben allgemein vorkommenden Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens (Büroeinrichtungen, Kraftfahrzeuge und Betriebseinrichtungen allgemeiner Art) sind die Wiederbeschaffungskosten in der Regel aus den

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE SACHANLAGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tagespreisen vom Bewertungsstichtag abzuleiten. Bei Werkzeugen u. dgl. kann auch je Kopf der mit gleichartigen Arbeiten beschäftigten Arbeiter ein Durchschnittssatz für die von ihnen benutzten Werkzeuge usw. angesetzt werden.

Nicht zu den sonstigen Sachanlagen zählen die nach der Gliederung der Jahresbilanz gemäß § 151 des Aktiengesetzes von 1965 mit den Sachanlagen zusammen aufgeführten immateriellen Anlagewerte. Letztere sind in der Vermögensaufstellung der gewerblichen Betriebe bei den *Finanzanlagen* erfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  SONSTIGES BILDUNGSWESEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7008

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Jahresrechnungs-  
statistik  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Aufgabenbereich mit den  
Ausgaben für

- die außerschulische Jugendbildung (z.B. berufsbezogene, politische und kulturelle Bildung in Jugendbildungsstätten, Schulungslagern, Jugendkunstschohlen, Jugendmusikschulen);
- Volkshochschulen und sonstige Weiterbildung;
- die Lehrerfortbildung (Fortbildungsstätten, Arbeitsgemeinschaften, Seminare);
- betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschl. Ausbilderförderung (z.B. Förderung überbetrieblicher Lehrwerkstätten, von Aus- und Fortbildungsstätten, von Einrichtungen zur Fortbildung von Ausbildungskräften, von Modelleinrichtungen, der Berufsausbildung von Seeleuten);
- die Förderung der politischen Bildung (z.B. Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, Kuratorium "Unenteilbares Deutschland", politische Jugendverbände);
- das Bibliothekswesen, soweit nicht dem Aufgabenbereich *Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschule* zugeordnet (Volksbüchereien, öffentliche Bibliotheken und Lesehallen, bibliothekarische Ausbildungsstätten);
- Berufs- und Fachakademien, soweit nicht dem Aufgabenbereich *Schulen und vorschulische Bildung* zugeordnet;
- sonstige Jugend- und Erwachsenenbildung (z.B. Freizeitheime als Einrichtungen der Volksbildung, Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in der Weiterbildung, Förderung des Fernunterrichts, sonstige Förderungsmaßnahmen der Weiterbildung).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis  
1973 sind die Lehrerfortbildung im Aufgabenbereich *Schulen*,

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK-Nr.:
SONSTIGES BILDUNGSWESEN		GBK-Nr.(n): 7008
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
<p>die Volkshochschulen, das Bibliothekswesen und die Leistungen für die sonstige Weiterbildung (z.B. Einrichtungen und Maßnahmen der Volks- und Weiterbildung, der Erwachsenenbildung, der politischen Bildung sowie der betrieblichen und überbetrieblichen Aus- und Fortbildung) im Aufgabenbereich <i>Kulturelle Angelegenheiten</i> und z.T. auch in anderen Aufgabenbereichen, wie z.B. den Bereichen <i>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</i> oder <i>Politische Führung und zentrale Verwaltung</i> nachgewiesen.</p>		



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SONSTIGE SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Schuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank und der Bayerischen Landesbank Girozentrale (früher: Bayerische Landesbodenkreditanstalt), die gemäß § 10 des Pfandbriefgesetzes nicht als Pfandbriefe oder Kommunalschuldverschreibungen anzusehen sind.

Dazu rechnen z.B. Landwirtschaftsbriefe, landwirtschaftliche Rentenbriefe, Landesbodenbriefe, wandelbare und nicht wandelbare Schuldbuchforderungen. U.U. werden auch Anteile an Gemeinschaftsanleihen erfaßt.

Nicht zu den sonstigen Schuldverschreibungen rechnen die Landesrentenbriefe der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank, die den Hypothekenpfandbriefen gleichzusetzen sind.

Die sonstigen Schuldverschreibungen sind deckungspflichtig, bzw. übernimmt der Bund eine Bürgschaft.

Unter *Erstabsatz* von sonstigen Schuldverschreibungen wird der Nominalbetrag aller im Berichtszeitraum erstmals verkauften neu aufgelegten sonstigen Schuldverschreibungen einschließlich der Vorverkäufe erfaßt.

Die *Tilgungen* von sonstigen Schuldverschreibungen umfassen die im Berichtszeitraum endgültig aus dem Verkehr gezogenen, für kraftlos erklärten, entwerteten, vernichteten oder dem Treuhänder zur Vernichtung oder zur zeitweiligen Verwahrung übergebenen sonstigen Schuldverschreibungen.

Der Umlauf (*Umlauf (Neugeschäft)*) von sonstigen Schuldverschreibungen erfaßt den Nominalbetrag der am Ende des Berichtszeitraums tatsächlich umlaufenden sonstigen Schuldverschreibungen ohne die im Eigenbestand befindlichen Stücke eigener Emissionen, jedoch einschließlich der vorverkauften Stücke.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SONSTIGE SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den sonstigen Schuldverschreibungen fallen die *nicht deckungspflichtigen Schuldverschreibungen* (Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) nicht unter das Pfandbriefgesetz.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE SCHWERE NOTLAGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schwangerschafts-  
abbruchstatistik  
ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Indikation nach § 218a Absatz 2 Nr. 3 des Strafgesetzbuches (StGB) als Begründung für einen Schwangerschaftsabbruch.

Eine sonstige schwere Notlage nach § 218a Absatz 2 Nr. 3 liegt vor, wenn der Abbruch der Schwangerschaft angezeigt ist, um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann, und die Gefahr einer Notlage nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann. Dabei dürfen nicht mehr als 12 Wochen seit der Empfängnis verstrichen sein.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

SONSTIGE STEUERVERGÜNSTIGUNGEN (EINSCHL. PRIVATER HAUSHALTE)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)  
ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t :    Steuervergünstigungen des Bundes, die nicht *Erhaltungs-, Anpassungs- bzw. Produktivitäts-(Wachstums-)hilfen für Betriebe oder Wirtschaftsbereiche* darstellen.

Da Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen begrifflich nur Hilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige darstellen, werden die übrigen Steuervergünstigungen, die vornehmlich privaten Haushalten zufließen, als sonstige Steuervergünstigungen nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SONSTIGE STRASSENFAHRZEUGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index der Brutto-  
produktion für  
Investitions- und  
Verbrauchsgüter  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Güter (Güterarten) aus der Gütergruppe

          Straßenfahrzeuge        Gütergruppe 33

des Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, die zu den *Investitionsgütern* zählen, soweit sie nicht zu den *Personen- und Kombinationskraftwagen, Liefer- und Lastkraftwagen, Omnibussen und Straßenzugmaschinen* rechnen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

          Kraftwagenanhänger

Güterklasse 3345

          Mobilheime, Camping- und  
          sonstige Wohnanhänger,  
          Sattelanhänger

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

SPAREINLAGENBESTAND (EINSCHL. VERRECHNETER BAUSPARPRÄMIEN)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Bausparkassen  
ab 1954

B e g r i f f s i n h a l t : Bestand an Bauspareinlagen  
und verrechneten Bausparprämien am Monats- bzw. Jahresende.

Bauspareinlagen sind Einlagen von Bausparern bei Bausparkassen aufgrund von Verträgen, bei denen sich der Bausparer zur Leistung von Einlagen, die Bausparkasse zur Gewährung von Darlehen für den Wohnungsbau verpflichten.

Für die im Laufe eines Jahres eingezahlten Bauspargelder werden den Bausparern unter bestimmten Voraussetzungen<sup>1)</sup> vom Staat Wohnungsbauprämien gewährt. Die gewährten Prämien fließen nicht direkt an die Bausparer, sondern an die Bausparkassen und erhöhen dort den Spareinlagenbestand, sobald sie verrechnet, d.h. gutgeschrieben sind.

Zum Spareinlagenbestand rechnen auch den Bausparern gutgeschriebene Zinsen.

Erfaßt wird der Spareinlagenbestand sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Bausparkassen.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer, letzte Neufassung v. 10.2.1982 (BGBl. I S. 131).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## SPARFÖRDERUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sozialbudget der  
Bundesrepublik  
Deutschland

ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t : Leistungen zur Förderung des Sparens und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Die Leistungen zur Sparförderung dienen in erster Linie der Förderung des Sparens und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wobei die beiden Institutionen *Vermögensbildung* und *Steuerermäßigungen* beteiligt sind. Bei den Leistungen im Rahmen der Vermögensbildung handelt es sich um staatliche Leistungen nach dem Spar-Prämiengesetz, dem Wohnungsbau-Prämiengesetz, dem Dritten Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Arbeitnehmersparzulagen) sowie um Arbeitgeberleistungen im Sinne dieses Gesetzes. Bei den Steuerermäßigungen handelt es sich um *erhöhte Absetzungen für Wohngebäude im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer* und um die *steuerliche Begünstigung von Beiträgen an Bausparkassen*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SPARGELDEINZAHLUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Bausparkassen  
ab 1954

B e g r i f f s i n h a l t : Spargeldeingänge, die im  
Berichtszeitraum an die Bausparkassen fließen.

Spargeldeingänge sind Einzahlungen der Bausparer bei Bausparkassen aufgrund von Verträgen, bei denen sich die Bausparer zur Leistung von Einlagen, die Bausparkasse zur Gewährung von Darlehen für den Wohnungsbau verpflichten.

Für die im Laufe eines Jahres eingezahlten Bauspargeldeinzahlungen werden den Bausparern vom Staat unter bestimmten Voraussetzungen<sup>1)</sup> Wohnungsbauprämien gewährt. Sie zählen nicht zu den Spargeldeinzahlungen, sondern werden gesondert nachgewiesen.

Nicht zu den Spargeldeinzahlungen rechnen die Zinsgutschriften.

---

1) Zu den Einzelheiten siehe Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer, letzte Neufassung v. 10.2.1982 (BGBl. I S. 131).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## SPEZIALHANDEL

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1950

**B e g r i f f s i n h a l t :** Der Spezialhandel umfaßt in der Einfuhr die unmittelbare Einfuhr von Waren in den freien Verkehr, zur zollamtlich bewilligten aktiven Veredelung (Eigen- und Lohnveredelung), nach zollamtlich bewilligter passiver Veredelung einschl. Ausbesserungsverkehr, sowie die Einfuhr von ausländischen Waren aus Lager in die vorgenannten Einfuhrarten. In der Ausfuhr rechnen zum Spezialhandel die Ausfuhr von Waren aus dem freien Verkehr, nach zollamtlich bewilligter aktiver Veredelung (Eigen- und Lohnveredelung), zur zollamtlich bewilligten passiven Veredelung einschl. Ausbesserungsverkehr.

Als Lager gelten die Freihafenlager und Zollager.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Von 1962 bis 1973 wurden Einfuhren auf offene Zollager (bis 1969 Zollaufschublager) nicht als Einfuhr auf Lager, sondern als Einfuhren in den freien Verkehr angeschrieben.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Spezialhandel und *Generalhandel* (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich durch die unterschiedliche Einbeziehung des Lagerverkehrs. Gegenstand des Lagerverkehrs sind die auf Freihafen- und Zollager eingeführten ausländischen Waren zuzüglich einiger Sonderfälle (vorübergehende Zollgutverwendung).

Der Generalhandel umfaßt die Einfuhr auf Lager sowie die Ausfuhr aus Lager. Der Spezialhandel bezieht dagegen nur die Einfuhr aus Lager mit ein. Mithin ergibt sich:

Einfuhr im Spezialhandel	Ausfuhr im Spezialhandel
- Einfuhr aus Lager	+ Ausfuhr aus Lager
+ Einfuhr auf Lager	

= Einfuhr im Generalhandel	= Ausfuhr im Generalhandel
----------------------------	----------------------------

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

STADTSCHNELLBAHNEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

906

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Personenbeförderung  
im Straßenverkehr

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Bahnen, die als Hoch-, Untergrund- oder Schwebebahnen oder ähnliche Bahnen besonderer Bauart angelegt sind(ohne Berg- und Seilbahnen)und die ausschließlich oder überwiegend der Beförderung von Personen im Orts- oder Nachbarschaftsbereich dienen.

Die S-Bahnen der *Deutschen Bundesbahn* sind ausgenommen.

Der Bestand an Fahrzeugen bei den Stadtschnellbahnen ergibt sich als Summe aus den bei den *Unternehmen im Straßenpersonenverkehr* verfügbaren Trieb- und Beiwagen. Als verfügbar gelten die eigenen, zuzüglich der angemieteten und abzüglich der vermieteten Fahrzeuge.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Stadtschnellbahnen unterscheiden sich von den *Straßenbahnen* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) durch ihre vom übrigen Verkehr getrennte Streckenführung. Beide Bahnen sind schienengebunden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STAHLBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandelssta-  
tistik  
ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Begriffe Stahlbauerzeugnisse und *Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge* (Index der industriellen Bruttoproduktion und Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.

Für die Außenhandelsstatistik jedoch ohne Druckrohrleitungen aus Stahl, ohne Reparaturen und ohne Baustellenarbeiten.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Die Auswahl der zu den Stahlbauerzeugnissen rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich von der Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Stahlbauerzeugnisse und *Stahlbauten* (Außenhandelsstatistik) sind annähernd gleich abgegrenzt. Nur zu den Stahlbauerzeugnissen rechnen Druckbehälter für Gase, Heizkessel aus Gußeisen

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STAHLBAUERZEUGNISSE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

sowie Brücken und Brückenteile, Maste, Türme, Hallen und ähnliche Konstruktionen aus Aluminium. Nur zu den Stahlbauten rechnen einzelne zum Oberbaumaterial für Bahnen zählende Teile sowie Druckrohrleitungen aus Stahl.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## STAHLBAUERZEUGNISSE UND SCHIENENFAHRZEUGE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe

Stahlbauerzeugnisse (und Schienenfahrzeuge)

Waren-/Gütergruppe 31

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses

2. Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
ab 1970

für Produktionsstatistiken (GP), die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Zu den Stahlbauerzeugnissen rechnen folgende Waren/Güter:

Hochbaukonstruktionen aus Stahl und Leichtmetall

Abdeckungen (Lichtgitter) und Roste

Weichen, Kreuzungen und ähnliches Gleismaterial (einschl. Baustellenarbeiten)

Dampfkessel (Dampferzeuger)

Dampfkesselfeuerungen

Hilfsapparate für Dampfkessel

Behälter (ortsfest) und Kesselschmiedeerzeugnisse

Rohrleitungen

Heizkessel für Warmwasserheizungsanlagen

Transportgroßbehälter (Container)

Lokomotiven

Schienengebundene Wagen

Feld- und Industriebahnwagen

Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

STAHLBAUERZEUGNISSE UND SCHIENENFAHRZEUGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Die Auswahl der zu den Stahlbauerzeugnissen und Schienenfahrzeugen rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:  STAHLBAUTEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 564, 2604
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik

01.01.60 -  
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warennum-  
mern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik,  
die im wesentlichen der Warengruppe

Stahlbauerzeugnisse Warengruppe 31

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestati-  
stik, Ausgabe 1970, entsprechen und zu den *Investitionsgütern*  
zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie her-  
gestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) an-  
gesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom  
Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Zu den Stahlbauten rechnen im wesentlichen:

Brücken, Hallen, Maste, Türme, Gerüstkonstruktionen und Leicht-  
baukonstruktionen aus Eisen oder Stahl,

Stahlwasserbauten,

Tunnel- und Schachtausbauten,

Behälter aus Eisen oder Stahl, Transportgroßbehälter,

Heizkessel aus Stahl,

Rohrleitungen, Druckrohrleitungen aus Stahl,

Dampfkessel, Hilfsapparate für Dampfkessel, Feuerungen,

Drehscheiben und Schiebebühnen,

Triebwagen, schienengebundene Wagen, Untergestelle, Dreh- und  
Lenkgestelle für schienengebundene Wagen,

ortsfestes Gleismaterial, einzelne zum Oberbaumaterial für  
Bahnen zählende Teile.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach  
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden  
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-  
zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da  
im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftli-  
chen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kri-  
terien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung  
geringfügige Abweichungen ergeben.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

STAHLBAUTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

564, 2604

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Stahlbauten und Stahlbauerzeugnisse (Außenhandelsstatistik) sind annähernd gleich abgegrenzt. Nur zu den Stahlbauten rechnen Druckrohrleitungen aus Stahl und einzelne zum Oberbaumaterial für Bahnen zählende Teile. Nur zu den Stahlbauerzeugnissen rechnen Druckbehälter für Gase, Heizkessel aus Gußeisen und Aluminiumkonstruktionen (Brücken, Brückenteile, Maste, Türme, Hallen, Wohnhäuser u.ä.).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STAMMKAPITAL AM 31.12.

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kapitalgesell-  
schaften

ab 1951

B e g r i f f s i n h a l t : Nennkapital von Gesell-  
schaften mit beschränkter Haftung am 31. Dezember jedes  
Jahres.

Das Stammkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haf-  
tung ist die Summe aus den Stammeinlagen (Geschäftsantei-  
len) der Gesellschafter. Die ausstehenden Einlagen auf das  
Stammkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen  
eigenen Geschäftsanteile sind vom Stammkapital nicht abge-  
setzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das  
Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung,  
deren Stammkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark  
lautet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Dem Stammkapital  
am 31.12. bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung  
entspricht bei den Aktiengesellschaften und Kommanditge-  
sellschaften auf Aktien das *Grundkapital am 31.12.* (Stati-  
stik der Kapitalgesellschaften).

Im Unterschied zum Stammkapital umfaßt das Kapital (einschl.  
offene Rücklagen gemäß § 10 KWG) (Bilanzstatistik) der in-  
ländischen Kreditinstitute auch die offenen (gesetzlichen  
und sonstigen) Rücklagen gemäß § 10 des Gesetzes über das  
Kreditwesen.

Im Grundkapital und (den) Rücklagen (Ausweis der Deutschen  
Bundesbank) der Deutschen Bundesbank sind das Grundkapital  
der Deutschen Bundesbank sowie die gesetzlichen und sonsti-  
gen (freien) Rücklagen enthalten.

Das Kapital und (die) Rücklagen (Konsolidierte Bilanz des  
Bankensystems) des Bankensystems umfassen neben dem Grund-  
kapital der Deutschen Bundesbank und dem Kapital der inlän-  
dischen Kreditinstitute auch die offenen Rücklagen gemäß  
§ 10 des Gesetzes über das Kreditwesen. Zu beachten ist,  
daß im Unterschied zum Stammkapital die von den Kreditin-  
stituten erworbenen eigenen Anteile und das nichteingezahl-  
te Kapital vom Kapital und den Rücklagen abgesetzt worden  
sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  STÄNDIGE FAMILIENFREMDE ARBEITSKRÄFTE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 3051
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Landwirtschafts- zählung 1971 (Vollerhebung)	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Familienfremde Arbeitskräfte im Alter von 14 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum in einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb standen und dort mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt waren, unabhängig von der Zahl der Wochenarbeitsstunden und der Zahl der Arbeitswochen.</p> <p>Zu den familienfremden Arbeitskräften zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bei Betrieben in der Hand von natürlichen Personen: im Betrieb beschäftigte Personen, die nicht mit dem Betriebsinhaber verwandt oder verschwägert sind, sowie im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des Betriebsinhabers, die weder dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören noch einem anderen Haushalt, der mit dem Betrieb räumlich verbunden ist und vom Betrieb überwiegend die Vepflegung bezieht;</li> <li>- bei Betrieben in der Hand von juristischen Personen: alle auf dem Betrieb beschäftigten Personen.</li> </ul> <p>Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle im Berichtszeitraum für den <i>landwirtschaftlichen Betrieb</i> geleisteten Arbeiten (z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken)), Transportarbeiten (z.B. für den Absatz selbsterzeugter landwirtschaftlicher Produkte oder den Bezug von Betriebsmitteln), Betriebsführung, ferner Tätigkeiten in den zum Betrieb gehörenden Waldflächen und verarbeitenden Nebenbetrieben.</p> <p>Nicht hierzu rechnen Arbeitskräfte, die ausschließlich im Haushalt des Betriebsinhabers (mit Arbeiten zur Beköstigung und Versorgung der auf dem Betrieb lebenden Personen) beschäftigt waren oder die in gewerblichen Betrieben des Betriebsinhabers oder anderer Eigentümer (z.B. Gaststätte, Metzgerei, Lohnmaschinenunternehmen, gleichgültig, ob diese Betriebe mit dem landwirtschaftlichen Betrieb räumlich verbunden sind oder nicht) oder die in Gemeinschaftsbetrieben, Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten usw. beschäftigt waren.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  STÄNDIGE FAMILIENFREMDE ARBEITSKRÄFTE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 3051

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Ständige familienfremde Arbeitskräfte und *nichtständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt)* (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) unterscheiden sich - abgesehen von den methodischen Unterschieden zwischen den statistischen Quellen - im wesentlichen durch die Dauer des zugrundeliegenden Arbeitsverhältnisses.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

STARKSTROMTECHNISCHE INVESTITIONSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auftrags-  
bestands in der  
Industrie

1970 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe starkstrom-  
technische Investitionsgüter und *Herstellung von stark-  
stromtechnischen Erzeugnissen* (Index des Auftragsbestands  
für das Verarbeitende Gewerbe) sind synonym. Zu Einzel-  
heiten siehe dort.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STEUERVERGÜNSTIGUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t :    Steuervergünstigungen sind für die öffentliche Hand zu Mindereinnahmen führende steuerliche Regelungen, um

- Produktionen oder Leistungen in Betrieben oder Wirtschaftszweigen zu erhalten oder an neue Bedingungen anzupassen,
- den Produktivitätsfortschritt und das Wachstum von Betrieben oder Wirtschaftszweigen zu fördern,
- in wichtigen Bereichen des volkswirtschaftlichen Marktprozesses für private Haushalte bestimmte Güter und Leistungen zu verbilligen und die Spartätigkeit anzuregen.

Steuervergünstigungen schließen also nicht nur Hilfen an Unternehmen, sondern auch an private Haushalte ein. Als Steuervergünstigungen für private Haushalte werden im Subventionsbericht nicht sämtliche aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen bestehenden Abweichungen von der allgemeinen Steuernorm ausgewiesen. So werden steuerliche Sonderregelungen insbesondere dann nicht als Steuervergünstigungen ausgewiesen, wenn sie die weit überwiegende Mehrzahl der Steuerpflichtigen begünstigen; Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag sind daher beispielsweise nicht erfaßt. Wegen des steuersystematischen Zusammenhangs mit den Freibeträgen für Land- und Forstwirte sowie freie Berufe erscheinen auch diese Freibeträge nicht mehr unter den Steuervergünstigungen.

Die Steuervergünstigungen, die als verdeckte Subventionen zu Mindereinnahmen des Bundes führen, sind zu unterscheiden von den *Finanzhilfen*, die als offene Subventionen zu Mehrausgaben des Bundes beitragen.

Die Steuervergünstigungen werden im Form von Steuerbefreiungen, Freibeträgen, ermäßigten Steuersätzen, Sonderabschreibungen, Investitionszulagen, Kürzungsansprüchen, vereinfachter Gewinn- bzw. Einkommensermittlung sowie Arbeitnehmer-Zulagen und Prämien gewährt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## STEUERVERGÜNSTIGUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei den Steuerbefreiungen handelt es sich um den gänzlichen Verzicht der öffentlichen Hand auf die Erhebung einer oder mehrerer Steuerarten in bestimmten, gesetzlich genau festgelegten Sonderfällen, wie die Mehrwertsteuerbefreiung der Ärzte, die Befreiung gemeinnütziger Wohnungs- und Siedlungsunternehmen und land- und forstwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften von der Körperschaft- und Vermögensteuer oder auch die zehnjährige Grundsteuerbegünstigung für neugeschaffene Wohnungen bis zu einer bestimmten Größe.

Bei den Freibeträgen besteht die Vergünstigung darin, daß die steuerliche Bemessungsgrundlage bis zur Höhe des jeweiligen Freibetrages von der Besteuerung ausgenommen ist und eine Steuerschuld erst mit ihrem Überschreiten entsteht, z.B. Freibetrag von 300/600 DM für Ledige/Verheiratete bei Einkünften aus Kapitalvermögen.

Anstelle des allgemeinen Steuersatzes kommt bei der Erfüllung gewisser Voraussetzungen ein niedrigerer Steuersatz zur Anwendung, z.B. Mehrwertsteuerermäßigung für Personenbeförderung im Nahverkehr, Ermäßigung der Einkommensteuer für Erfindervergütungen auf die Hälfte.

Sonderabschreibungen gehen über das betriebswirtschaftlich notwendige Maß der normalen Abschreibungen hinaus. Sie werden z.B. bei bestimmten Wirtschaftsgütern in Berlin (West) oder gem. § 7b EStG als erhöhte Absetzungen für Wohngebäude gewährt.

Mit steuerlichen Förderungsmaßnahmen in Form von Investitionszulagen soll ein Anreiz zu volkswirtschaftlich besonders erwünschten Investitionen gegeben werden, z.B. Investitionszulagen bei Investitionen im Zonenrandgebiet und in anderen förderungswürdigen Gebieten oder bei Investitionen zu Forschungs- und Entwicklungszwecken. Diese Zulagen werden aus dem Einkommen- bzw. Körperschaftsteueraufkommen gezahlt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STEUERVERGÜNSTIGUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als Beispiel für Kürzungsansprüche kann der zur Beseitigung von Kostennachteilen im Berlinförderungsgesetz vorgesehene Kürzungsanspruch der Westberliner Unternehmer und der Unternehmer im Bundesgebiet bei der Mehrwertsteuer genannt werden.

Unter vereinfachte Gewinn- bzw. Einkommensermittlung fällt z.B. die Begünstigung der nichtbuchführungspflichtigen Land- und Forstwirte durch Ermittlung des Gewinns nach Durchschnittssätzen. Allerdings liegt die Subventionswirkung in diesem Fall nicht in der Art der Gewinnermittlung selbst begründet, sondern in den niedrigen Wertansätzen.

Arbeitnehmer-Zulagen und Prämien werden z.B. Arbeitnehmern als Anreiz zur Arbeitsaufnahme in Berlin oder als Prämie den unter Tage beschäftigten Bergleuten gewährt. Sie werden aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlt.

Daneben gibt es noch eine Reihe spezieller Steuervergünstigungen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STIMMABGABE DER FRAUEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Repräsentative  
Bundestagswahl-  
statistik

ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Von Frauen in den Auswahl-  
bezirken abgegebene *Erststimmen* und/oder *Zweitstimmen* ohne  
Briefwähler.

Die abgegebenen Erst- und Zweitstimmen werden danach unter-  
schieden, ob sie gültig oder ungültig sind. In den Auswahl-  
bezirken werden Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck  
(Mann, Frau) verwendet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STIMMABGABE DER MÄNNER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Repräsentative  
Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Von Männern in den Auswahl-  
bezirken abgegebene *Erststimmen* und/oder *Zweitstimmen* ohne  
Briefwähler.

Weitere Erläuterungen siehe unter *Stimmabgabe der Frauen*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STIMMABGABE INSGESAMT

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Repräsentative  
Bundestagswahl-  
statistik

ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Von Männern und Frauen in  
den Auswahlbezirken abgegebene *Erststimmen* und/oder *Zweit-*  
*stimmen* ohne Briefwähler.

Weitere Erläuterungen siehe unter *Stimmabgabe der Frauen*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

STRASSEN

OFK - Nr:

GBK - Nr(n):

593

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -  
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Tiefbauten, die dem Verkehr von Kraftfahrzeugen, Fußgängern und Radfahrern dienen.

Dazu rechnen z.B. Autobahnen, Fernstraßen, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, land- und forstwirtschaftliche Wege, Radwege, Fußwege, Kreisel, Straßentunnels und Parkplätze.

Nicht zu den Straßen, sondern zu den Straßenbrücken zählen Hochstraßen und Hochkreisel sowie Durchlässe über 2 m lichte Weite.

Zum Bau von Straßen rechnen neben dem Straßenunterbau und der Straßendecke auch die Entwässerungsanlagen, Böschungsbefestigungen, Rand- und Seitenstreifen, Leitplanken sowie Durchlässe bis 2 m lichte Weite.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  STRASSENBAHNEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 906

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der  
Personenbeförderung  
im Straßenverkehr

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Schienenbahnen, die sich in der Betriebsweise dem Straßenverkehr anpassen und ausschließlich oder überwiegend der Beförderung von Personen im Orts- oder Nahverkehr dienen.

Der Bestand an Straßenbahnfahrzeugen ergibt sich aus der Zahl der bei den *Unternehmen im Straßenpersonenverkehr* verfügbaren Trieb- und Beiwagen. Als verfügbar gelten die eigenen, zuzüglich der angemieteten und abzüglich der vermieteten Fahrzeuge.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Straßenbahnen verfügen die *Stadtschnellbahnen* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) über eine vom übrigen Verkehr getrennte Streckenführung. Beide Bahnen sind schienengebunden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STRASSENBAU

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1.1 Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau)</p> <p>ab 1971</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Anlage von Straßen und Wegen für öffentliche und private Auftraggeber.</p> <p>Zum Straßenbau rechnen neben den notwendigen Erdbewegungen und dem Straßenunterbau auch die Steinsetzerei, die Asphaltiererei und die Pflasterei.</p> <p>Der Bau von Straßenbrücken rechnet nicht zum Straßenbau, sondern zum <i>sonstigen Tiefbau</i>.</p>
<p>1.2 Statistik über den Auftrags- bestand im Bau- hauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau)</p> <p>ab 1971</p>	<p>Als öffentliche Auftraggeber gelten Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger, die Bundesbahn und Bundespost sowie Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den privaten Auftraggebern zählen Unternehmen und Privatpersonen.</p> <p>Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen zum Straßenbau, auch der <i>Index des Auftragseingangs</i> und der <i>Index des Auftragsbestands</i> im Straßenbau.</p>
<p>1.3 Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe</p> <p>1971 bis 1976</p>	<p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Begriffe Straßenbau und <i>Straßen</i> (Tiefbaustatistik) sind gleich ab- gegrenzt.</p>
<p>1.4 Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe</p> <p>ab 1977</p>	<p>Zur Abgrenzung gegenüber dem Begriff Straßenbau in der Statistik der Baupreise siehe unter 2.</p>
<p>1.5 Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe</p> <p>1971 bis 1976</p>	
<p>1.6 Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe</p> <p>ab 1977</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STRASSENBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Statistik der  
Baupreise  
ab 1958

**B e g r i f f s i n h a l t :** Bau von künstlich angeleg-  
ten, befestigten Verkehrswegen für den Straßenverkehr.

Hierzu rechnen *Bundesautobahnen* sowie *Landes- und Bundes-*  
*straßen*.

*Brücken im Straßenbau* sind nicht einbezogen, sondern werden  
gesondert nachgewiesen. *Wirtschaftswege, Park- und Abstell-*  
*plätze* rechnen ebenfalls nicht zum Straßenbau.

Nachgewiesen werden *Preisindizes für Neubau in konventio-*  
*neller Bauart*.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Begriff  
Straßenbau in der Statistik der Baupreise unterscheidet  
sich vom Begriff Straßenbau in den unter 1. genannten  
Statistiken sowie vom Begriff *Straßen* (Tiefbaustatistik)  
im wesentlichen dadurch, daß in der Statistik der Bauprei-  
se nur Autobahnen sowie Landes- und Bundesstraßen, nicht  
aber andere Straßen und Wege berücksichtigt werden.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:

STRASSENBRÜCKEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

593, 2 953

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -  
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Tiefbauten, die im Zuge der  
Straßenführung zur Überwindung von Hindernissen dienen.

Zu den Straßenbrücken zählen auch Hochstraßen und Hoch-  
kreisel, nicht jedoch kombinierte Straßen-Eisenbahn-  
brücken.

Der Bau von Durchlässen über 2 m lichte Weite wird bei  
den Straßenbrücken, von Durchlässen bis zu 2 m lichte  
Weite bei den Straßen erfaßt.

Zum Bau von Straßenbrücken rechnen im wesentlichen der  
Unterbau, die Stützpfiler, Widerlager, Tragekonstruktion  
und Brückendecken.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK-Nr.:
STRASSEN (EINSCHL. VERWALTUNG)		GBK-Nr.(n): 7008
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
1. Jahresrechnungsstatistik 1950 bis 1974	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Aufgabenbereich mit den Ausgaben für die Unterhaltung, den Betrieb und den Bau von Straßen (einschl. von Parkhäusern, Bauhöfen der Stadtstaaten und sonstigen Maßnahmen für den Straßenverkehr) sowie für die Verwaltung des Straßen- und Brückenbaues.</p>	
2. Haushaltsansatzstatistik ab 1970		
3. Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft ab 1974	<p>In der Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft sind nur die Ausgaben für <i>Baumaßnahmen</i> nachgewiesen. In der Haushaltsansatzstatistik sind die Ausgaben für die Straßenbauverwaltung nicht hier enthalten.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STRASSENFAHRZEUGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
1962 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe Straßenfahrzeuge Waren-/Gütergruppe 33 des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), die zu den *Investitionsgütern* oder zu den *Verbrauchsgütern* zählen.

1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  
ab 1970

Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und die überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden.

Zu den Straßenfahrzeugen (soweit Investitionsgut) rechnen folgende Waren/Güter (in der Gliederung nach dem WI bzw. GP):

Personenkraftwagen und Kleinomnibusse (soweit Investitionsgut)

Kombinationskraftwagen (soweit Investitionsgut)

Liefer- und Lastkraftwagen

Omnibusse und Obusse

Straßenzugmaschinen

Kraftwagenanhänger

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STRASSENFAHRZEUGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zu den Straßenfahrzeugen (soweit Verbrauchsgut) rechnen:

Personenkraftwagen und Kleinomnibusse (soweit Verbrauchsgut)

Kombinationskraftwagen (soweit Verbrauchsgut)

Krafträder und Fahrräder mit Hilfsmotor

Fahrräder

Bei allen Waren/Güter werden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen.

Die Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen werden in Anlehnung an die -nach Haltergruppen gegliederten - Neuzulassungen nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge auf die Investitions- bzw. Verbrauchsgüter aufgeteilt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den Straßenfahrzeugen rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich erheblich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

2. Außenhandels-  
statistik  
ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Im wesentlichen wie unter 1., jedoch mit anderer Zuordnung der Personen- und Kombinationskraftwagen.

Zu den Straßenfahrzeugen (soweit Investitionsgut) rechnen:

Personenkraftwagen mit einem Hubraum von mehr als 2 l,

Kombinationskraftwagen mit einem Hubraum von mehr als 1,5 l

Liefer- und Lastkraftwagen

Kommunalfahrzeuge

Omnibusse und Obusse

Straßenzugmaschinen

Kraftfahrzeughänger und Gespannfahrzeuge.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STRASSENFAHRZEUGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zu den Straßenfahrzeugen (soweit Verbrauchsgut) rechnen:

Personenkraftwagen mit einem Hubraum von bis zu 2 l

Kombinationskraftwagen mit einem Hubraum von bis zu 1,5 l

Krafträder, Fahrräder und Kinderwagen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung weitere, geringfügige Abweichungen ergeben.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :  
Siehe unter 1.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Begriff Straßenfahrzeuge wird sowohl zur Gliederung der Investitions- als auch der Verbrauchsgüter verwendet. Die früher verwendeten Begriffe *Kraftfahrzeuge* und *Fahrzeuge* (beide Außenhandelsstatistik) beziehen sich jeweils nur auf einen dieser Bereiche, und zwar wurde der Begriff *Kraftfahrzeuge* zur Kennzeichnung von Investitionsgütern, der Begriff *Fahrzeuge* zur Kennzeichnung von Verbrauchsgütern verwendet. Darüber hinaus sind folgende Änderungen zu beachten: Die Personenkraftwagen mit einem Hubraum von 1,5 bis 2 l und die Kombinationskraftwagen bis 1,5 l Hubraum wurden von den Investitionsgütern (*Kraftfahrzeuge*) zu den Verbrauchsgütern (*Straßenfahrzeuge* soweit Verbrauchsgut) umgesetzt. Krankenfahrstühle rechneten zu den Fahrzeugen (Verbrauchsgüter); sie sind bei den Straßenfahrzeugen nicht enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

- Definitionskatalog -

**Begriff:**

## STRASSENFAHRZEUGE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>Straßenfahrzeuge sind bei den Produktionsindizes und in der Außenhandelsstatistik ähnlich abgegrenzt. Der wesentliche Unterschied liegt in der Aufteilung der Personen- und Kombinationskraftwagen auf die Investitions- bzw. Verbrauchsgüter. Beim Index der (industriellen) Bruttonproduktion liegen der Aufteilung die - nach Haltergruppen gegliederten - Neuzulassungen nach der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes zugrunde. In der Außenhandelsstatistik werden die Straßenfahrzeuge nach der Hubraumgröße aufgeteilt.</p>
3. Statistik der Großhandelsver- kaufspreise  ab 1968	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b>    Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe</p> <div style="text-align: center;"> <span>Straßenfahrzeuge</span> <span style="float: right;">Warengruppe 33</span> </div> <p>des Systematischen Warenverzeichnis für die Industrie-statistik, Ausgabe 1975.</p> <p>Einbezogen sind Kraftwagen (einschl. deren Motoren und Fahrgestelle), Teile und Zubehör sowie Anhänger, Kraft-räder und Fahrräder einschl. deren Teile und Zubehör.</p> <p>Nicht berücksichtigt werden Zugmaschinen, Karosserien, Aufbauten und Anhänger für Kraftwagen und Zugmaschinen, sonstige Straßenfahrzeuge, a.n.g. sowie Kinderwagen und Krankenfahrstühle.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## STRASSENGÜTERVERKEHRSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Finanzberichte des  
Bundesministeriums  
der Finanzen

1969 bis 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Bundessteuer, die für Beförderungen im Straßengüterverkehr erhoben wurde.

Die Laufzeit der am 1.1.1969 in Kraft getretenen und bis zum 31.12.1970 befristeten Straßengüterverkehrssteuer wurde durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs (BStBl. 1971 S. 30) bis zum 31.12.1971 verlängert und ersetzte teilweise die bis 1967 erhobene *Beförderungsteuer*.

Die Steuer betrug im Güterfernverkehr und im Grenzüberschreitenden Güternahverkehr 1 Pfennig je Tonnenkilometer (TKM). Im Werkfernverkehr und im grenzüberschreitenden Werknahverkehr wurde die Nutzlast des verwendeten LKW oder Lastzuges zugrunde gelegt. So betrug die Steuer bei einer Nutzlast zwischen 4 000 kg und 5 000 kg 3 Pfennig je TKM, bei einer Nutzlast zwischen 5 000 kg und 6 000 kg 4 Pfennig je TKM und bei einer Nutzlast über 6 000 kg 5 Pfennig je TKM.

Für Beförderungen nach oder von Berlin (West), unmittelbar nach oder vom Zonenrandgebiet, den Frachthilfegebieten oder bestimmten verkehrsungünstigen Gebieten oder innerhalb dieser Gebiete, ermäßigte sich die Steuer auf 50 v.H. Steuererlaß bis auf einen Pfennig je TKM wurde auch für den nicht ersetzbaren Werkfernverkehr bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewährt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

STRASSENLÄNGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

826

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Straßen des  
überörtlichen  
Verkehrs

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Länge von *Bundesautobahnen*,  
*Bundesstraßen*, *Landes- und Staatsstraßen* sowie *Kreisstraßen*  
ohne Berücksichtigung der Zahl der Fahrbahnen oder der Fahrspuren.

Bei der Ermittlung der Straßenlänge wird jede Kreuzung nur  
einer Straße zugeordnet, und zwar jeweils der höherwertigen,  
z.B. der Bundesstraße bei einer Kreuzung mit einer *Landesstraße*  
oder der vorfahrtberechtigten Straße gegenüber der vorfahrtbeach-  
tenden. Bei gleichwertigen Straßen erfolgt die Zuordnung zur brei-  
teren, bei gleicher Breite zur längeren Straße.

Bei Kreiseln wird der halbe Kreisumfang berücksichtigt. Gleiches  
gilt für ähnliche Verkehrsführungen, wie Umfahrten von Grünan-  
lagen oder Kirchplätzen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Straßenverkehrs-  
unfälle

ab 1953

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der Unfälle mit Personenschaden und der Unfälle mit Sachschaden.

Nachgewiesen werden neben *Unfällen mit Personenschaden* die *Unfälle mit nur Sachschaden mit einer Schadenshöhe von 3 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten*.

Nicht erfaßt werden die polizeilich nicht gemeldeten Unfälle sowie die Unfälle auf Privatgrundstücken.

Zu den Unfällen mit Personenschaden rechnen nicht die Unfälle, die Fußgänger allein betreffen (z.B. Sturz bei Glatt-eis).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1982 wurden Unfälle mit nur Sachschaden ab einer Schadenshöhe von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten erfaßt.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STRECKENHERKUNFTSFLUGPLATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des gewerblichen Lufverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Einsteige- bzw. Einladeflugplatz auf einer Flugstrecke, wobei der Streckenherkunftsflugplatz sowohl tatsächlicher Herkunftsflygplatz, als auch Umsteigeflygplatz sein kann.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  STRECKENLÄNGEN (EIGENTUMSLÄNGE AM JAHRESENDE)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):  789
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Eisenbahnstatistik (Bestands- und Betriebsstatistik)  01.01.66	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Entfernungen zwischen Stationen, die in den öffentlichen Tarifen als selbständige Anfangs- oder Endpunkte für die Beförderung von Personen oder Gütern bezeichnet sind, soweit sich diese Strecken am Jahresende im Eigentum der jeweiligen Eisenbahnverwaltung befinden.</p> <p>Die Entfernungen werden in der Achse der Gleise gemessen. Dabei ist es für die Streckenlänge ohne Bedeutung, ob die Strecke eingleisig oder mehrgleisig ausgestattet ist.</p> <p>Dauernd stillgelegte Strecken, d.h. Strecken, die nicht mehr betriebsfähig erhalten werden, werden nicht einbezogen.</p> <p>Neben den Streckenlängen insgesamt werden auch Längen von elektrifizierten Strecken ausgewiesen. Elektrifizierte Strecken sind Strecken, die entweder mit einer Oberleitung oder mit einer Stromschiene ausgerüstet sind. Nicht zu den elektrifizierten Strecken zählen die am Rande von Bahnhöfen liegenden, den Rangiervorgängen dienenden elektrifizierten Streckenabschnitte, deren Elektrifizierung nicht bis zum nächsten Bahnhof durchgeführt ist.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Im Unterschied zur Streckenlänge sind bei der Erfassung der <i>Linienlänge</i> (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) Mehrfachzählungen möglich, da mehrere Linien über die gleiche Wegstrecke führen können und dieses Teilstück dann auch mehrfach gezählt wird. hingegen werden Streckenlängen nur jeweils bei der Eisenbahnverwaltung erfaßt, in deren Eigentum sich die Strecken befinden, und zwar unabhängig davon, wieviele Gleise dort verlegt sind oder wieviele Zugverbindungen dort verlaufen.</p> <p>Schließlich werden Streckenlänge und Linienlänge zu unterschiedlichen Stichtagen erhoben.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STRECKENZIELFLUGPLATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen

ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Aussteige- bzw. Auslade-  
flugplatz auf einer Flugstrecke, wobei der Streckenziel-  
flugplatz sowohl Umsteige- als auch Endzielflugplatz sein  
kann.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

STRECKENZIELLAND

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Aussteige- bzw. Ausladeland auf einer Flugstrecke, wobei das Streckenzielland sowohl Reisezielland als auch Umsteigeland auf einer weiterführenden Flugreise sein kann.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## STROMABGABE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Monatsbericht für  
Unternehmen und  
Betriebe im Berg-  
bau und im Verar-  
beitenden Gewerbe  
ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Strommengen, die der zum  
Monatsbericht im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe  
meldende Betrieb unmittelbar an andere örtliche Einheiten  
oder Unternehmen/öffentliche Elektrizitätsversorgungsunter-  
nehmen abgibt, wobei der Strom vom Betrieb selbst erzeugt  
oder von Dritten bezogen sein kann.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Stromabgabe  
ist eine Position der *Strombilanz*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TÄTIGE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden  
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die in Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten tätig sind und entweder in einem Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis oder einem Eigentümer-, Miteigentümer- oder Pachtverhältnis zum Betrieb, Unternehmen oder zur Arbeitsstätte stehen.

Zu den Tätigen Personen zählen auch Erkrankte, Urlauber sowie Personen, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden, Streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist, ferner Saison- und Aushilfsarbeiter, Kurzarbeiter, Schlechtwettergeldempfänger, Teilzeitbeschäftigte, Personal auf Bau- und Montagestellen, Fahrzeugen usw. sowie Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen werden (Leiharbeiter wie Fremdlöhner, Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten usw.).

Nicht zu den Tätigen Personen rechnen die längerfristig im Ausland Tätigen Personen, zum Grundwehrdienst bzw. Zivildienst einberufene Personen, Strafgefangene, ehrenamtlich Tätige sowie Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Betriebe (Unternehmen, Arbeitsstätten) im meldenden Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte) Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen.

Heimarbeiter rechnen ebenfalls nicht zu den Tätigen Personen.

Mithelfende Familienangehörige, d.h. Personen, die im Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte), der von einem Familienmitglied als Tätigem Inhaber geleitet wird, mitarbeiten, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu beziehen, werden in den einzelnen Statistiken unterschiedlich berücksichtigt. Sie werden z.T.

- ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit erfaßt, z.T.
- nur dann erhoben, wenn sie mindestens ein Drittel der betrieblichen Arbeitszeit tätig sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TÄTIGE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Unter den Tätigen Personen werden Beschäftigungsfälle nachgewiesen, so daß Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten auch mehrfach gezählt werden.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der Begriff Tätige Personen ist - von den durch die einzelnen Erhebungsbereiche bedingten Besonderheiten abgesehen - gleich abgegrenzt wie der Begriff *Beschäftigte* (verschiedene Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählungen); soweit die Begriffe Tätige Personen und Beschäftigte in jeweils denselben Statistiken verwendet werden (z.B. in den Statistiken für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, in der Arbeitsstättenzählung und der Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik), stimmen sie inhaltlich voll überein.

Unterschiede zwischen dem Begriff Tätige Personen und dem Begriff *Erwerbstätige* (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus) sind vor allem durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten bedingt. In den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung 1970 ist Erhebungseinheit das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte, die jeweils Gesamtangaben über ihre Tätigen Personen melden; in der Volks- und Berufszählung 1970 bzw. im Mikrozensus ist dagegen die einzelne Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit. Hieraus folgt u.a.: Personen, die im Berichtszeitraum geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben (z.B. Kellner oder Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind, arbeitende Studenten, Schüler u.ä.) sowie besondere Personengruppen (z.B. Heimarbeiter, Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter, Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, Arbeiten in und außerhalb der Anstalt zu verrichten u.ä.) zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, häufig aber nicht zu den Tätigen Personen.

Bei den Tätigen Personen (= Beschäftigten) werden lediglich die Soldaten auf Wehrübungen, bei den Erwerbstätigen hingegen alle Soldaten berücksichtigt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TÄTIGE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Mithelfenden Familienangehörigen zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, und zwar ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit; sie werden bei den Tätigen Personen in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung unterschiedlich berücksichtigt.

Sind Personen in mehreren Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten beschäftigt, dann können sie auch in mehreren Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenmeldungen enthalten sein. Die Bereichsstatistiken und die Arbeitsstättenzählungen weisen daher nur Beschäftigungsfälle nach und nicht die tatsächliche Zahl der dahinterstehenden Individuen. Bei den Erwerbstätigen wird dagegen - soweit von der Wohnbevölkerung ausgegangen wird - jede Person nur einmal nachgewiesen, weil die Person selbst bzw. der Haushalt Erhebungseinheit ist.

Unterschiede ergeben sich auch bei der Zuordnung der Erwerbstätigen und Tätigen Personen zu Wirtschaftszweigen, weil die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten machen können.

Bei den Tätigen Personen werden Personen (Beschäftigungsfälle) mit Arbeitsort im Inland (Inlandskonzept) gezählt, bei den Erwerbstätigen dagegen Personen der Wohnbevölkerung (Inländerkonzept).

Zur Abgrenzung der Tätigen Personen gegenüber den *Tätigen Personen in der Binnenschiffahrt* (Statistik über die Unternehmen in der Binnenschiffahrt), den *Tätigen Personen im Straßenpersonenverkehr* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr), den *Tätigen Personen im Schienenverkehr* (Eisenbahnstatistik) sowie den *Beschäftigten, die in der Luftfahrt tätig sind* (Statistik der Luftfahrtunternehmen) siehe unter Tätige Personen in der Binnenschiffahrt.

Zur Abgrenzung der Tätigen Personen gegenüber den Arbeitskräften in der Landwirtschaft siehe unter *Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt)* (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TÄTIGE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zur Abgrenzung der Tätigen Personen gegenüber den *Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes* und den *Beschäftigten des mittelbaren öffentlichen Dienstes* (beide Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes) siehe jeweils dort.

1.1 Monatlicher  
Baubericht  
1950 bis 1977

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Tätigen Personen umfassen die *Tätigen Inhaber* (einschl. Mitinhaber), die Mithelfenden Familienangehörigen, die kaufmännischen und technischen Angestellten und kaufmännisch und technisch Auszubildenden (*kaufmännische und technische Angestellte einschl. Auszubildender*), die *Facharbeiter*, die *Fachwerker und Werker* und die *gewerblich Auszubildenden*.

1.2 Totalerhebung  
im Bauhaupt-  
gewerbe  
1955 bis 1976

Die Mithelfenden Familienangehörigen sind einbezogen, sofern sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

1.3 Unternehmens-  
und Investi-  
tionserhebung  
im Bauhaupt-  
gewerbe  
1962 bis 1975

Die Tätigen Personen in der Unternehmens- und Investitionserhebung umfassen neben den unmittelbar im Unternehmen Beschäftigten auch die an Arbeitsgemeinschaften abgestellten Personen. Arbeitskräfte, die unmittelbar von der Arbeitsgemeinschaft eingestellt wurden, werden in der Höhe des Arbeitsgemeinschaftsanteils des jeweils befragten Unternehmens lt. Arge-Vertrag zu den Tätigen Personen dieses Unternehmens gerechnet.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Im Monatlichen Baubericht sind die Mithelfenden Familienangehörigen nur 1977, in der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe werden sie erst seit 1962 erfaßt und einbezogen.

2.1 Investitionser-  
hebung im Berg-  
bau und in der  
Industrie (ohne  
Bauindustrie)  
1962 bis 1975

**B e g r i f f s i n h a l t :** Die Tätigen Personen umfassen die Tätigen Inhaber bzw. Mitinhaber, Angestellte, Arbeiter, kaufmännisch, technisch und gewerblich Auszubildende sowie die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, sofern sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im *Unternehmen* bzw. *Betrieb* tätig sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TÄTIGE PERSONEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
2.2 Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie) 1962 bis 1975	Im Monatlichen Industriebericht und im Industriebericht - Totalerhebung - September werden Tätige Personen nur für die industriellen Betriebsteile eines Betriebes einschl. der Tätigen Personen in Verwaltungen und Hilfsbetrieben ermittelt. Nicht erfaßt werden dagegen die Tätigen Personen in den übrigen nichtindustriellen Betriebsteilen des Betriebes (z. B. in baugewerblichen und sonstigen Betriebsteilen wie Handel, Transport, Landwirtschaft u.a.m.). Zu Einzelheiten bezüglich des Nachweises von Betrieben und Betriebsteilen siehe auch unter Betriebe.
2.3 Monatlicher Industriebericht 1950 bis 1976	
2.4 Industriebericht-Totalerhebung-September 1962 bis 1975	Im Monatlichen Industriebericht wird die Zahl der Tätigen Personen zum jeweiligen Monatsende erfragt; der Jahresdurchschnitt errechnet sich als arithmetisches Mittel aus den Monatswerten.  In der Investitions- sowie der Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie werden auch die in nichtindustriellen Teilen des Unternehmens (z.B. Handelsabteilungen, Verkaufsbüros) tätigen Personen einbezogen. Zu Einzelheiten bezüglich des Nachweises von Unternehmen und Unternehmensteilen siehe auch unter Unternehmen.  Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Die Mithelfenden Familienangehörigen zählen im Monatlichen Industriebericht erst seit 1962 zu den Tätigen Personen.
3. Arbeitsstättenzählung 1970	B e g r i f f s i n h a l t :   Die Tätigen Personen umfassen die <i>Tätigen Inhaber</i> , die <i>Beamten</i> , die <i>Angestellten</i> , die <i>Arbeiter</i> und die <i>Nachwuchskräfte</i> sowie die <i>Mithelfenden Familienangehörigen</i> , unabhängig von der Arbeitszeit, die sie in der Arbeitsstätte tätig sind.
4.1 Großhandelsstatistik ab 1963	B e g r i f f s i n h a l t :   Die Tätigen Personen umfassen die <i>Tätigen Inhaber</i> , <i>Arbeiter</i> , <i>Angestellten</i> , <i>Auszubildenden</i> sowie die <i>Mithelfenden Familienangehörigen</i> , unabhängig von der Arbeitszeit, die sie im Unternehmen tätig sind.
4.2 Einzelhandelsstatistik 1963 bis 1969	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TÄTIGE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

4.3 Gastgewerbe-  
statistik  
1963 bis 1969

In der Großhandels- und Einzelhandelsstatistik werden Meßzahlen der Tätigen Personen und in der Gastgewerbestatistik Meßzahlen der *Vollbeschäftigten* sowie Meßzahlen der *Teilzeitbeschäftigten* nachgewiesen.

Die Meßzahlen der Tätigen Personen (Vollbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten) werden durch Division der Zahlen der Tätigen Personen (Vollbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten) im jeweiligen Berichtszeitraum durch die entsprechenden Zahlen der Tätigen Personen (Vollbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten) im Basiszeitraum ermittelt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

- Definitionskatalog -

Begriff:

TEXTIL- UND NÄHMASCHINEN, MASCHINEN FÜR DIE  
LEDER-, SCHUH- UND LEDERWARENHERSTELLUNG

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen						
1. Index der Industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter 1962 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen</p> <table> <tr> <td>Textilmaschinen</td><td>Waren-/Güterklasse 3265</td></tr> <tr> <td>Nähmaschinen</td><td>" 3267</td></tr> <tr> <td>Maschinen für die Leder-, Schuh- und Lederwarenherstellung</td><td>" 3269</td></tr> </table>	Textilmaschinen	Waren-/Güterklasse 3265	Nähmaschinen	" 3267	Maschinen für die Leder-, Schuh- und Lederwarenherstellung	" 3269
Textilmaschinen	Waren-/Güterklasse 3265						
Nähmaschinen	" 3267						
Maschinen für die Leder-, Schuh- und Lederwarenherstellung	" 3269						
2. Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter ab 1970	<p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den <i>Investitionsgütern</i> zählen.</p> <p>Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.</p> <p>Dazu rechnen alle Waren-/Güterarten aus den Waren-/Güterklassen Textilmaschinen, Nähmaschinen, Schuh- und Lederindustriemaschinen, mit Ausnahme der Haushaltsnähmaschinen und der zu den Warenklassen zählenden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.</p> <p>Im wesentlichen zählen dazu:</p> <p>Aufbereitungs-, Vorbereitungs- und Hilfsmaschinen für die Spinnerei, Spinnmaschinen,</p> <p>Zwirnerei- und Seilereimaschinen,</p> <p>Vorbereitungs- und Hilfsmaschinen für die Weberei, Webmaschinen,</p> <p>Textilveredelungs-, Filz- und Hutherstellungsmaschinen,</p>						

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

TEXTIL- UND NÄHMASCHINEN, MASCHINEN FÜR DIE  
LEDER-, SCHUH- UND LEDERWARENHERSTELLUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Strick- und Wirkmaschinen,  
Industrie-Steppstich- und -Kettenstichnähmaschinen,  
Lederherstellungsmaschinen,  
Schuhherstellungsmaschinen.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Die  
Auswahl der zu den Textil- und Nähmaschinen, Schuh- und  
Lederindustriemaschinen rechnenden Waren auf der Grund-  
lage des Systematischen Warenverzeichnisses für die In-  
dustriestatistik unterscheidet sich erheblich von der  
o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeich-  
nis für Produktionsstatistiken.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

TEXTIL- UND NÄHMASCHINEN, SCHUH- UND LEDERINDUSTRIEMASCHINEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Außenhandelsstatistik ab 1970</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Die Begriffe Textil- und Nähmaschinen, Schuh- und Lederindustriemaschinen und <i>Textil- und Nähmaschinen, Maschinen für die Leder-, Schuh- und Lederwarenherstellung</i> (Index der industriellen Brutto- produktion und Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.</p> <p>Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.</p> <p>Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Begriffe Textil- und Nähmaschinen, Schuh- und Lederindustriemaschinen und <i>Textil-, Näh-, Schuh- und Ledermaschinen</i> (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in einigen Waren. Nur zu den Textil- und Nähmaschinen, Schuh- und Lederindustriemaschinen rechnen Möbel und Möbelteile aus Metall zum Einbau von Nähmaschinen und Maschinen und Geräte zum Ausmessen von Häuten, Fellen oder Leder. Nur zu den Textil-, Näh-, Schuh- und Ledermaschinen rechnen Handstrickmaschinen von mehr als 30 kg Gewicht und elektrisch beheizte Schweiß- und Schneidegeräte für nichtmetallische Stoffe.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  THEOLOGIE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 3343

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der  
Studien- und  
Berufswünsche  
1972 bis 1979

B e g r i f f s i n h a l t :      Erfassung des Studien-  
bereichs "Theologie, Religionslehre" an Hochschulen.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Ab-  
schlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen,  
Theologie zu studieren.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :      Der Studien-  
bereich Theologie ist bei der Statistik der Studien- und  
Berufswünsche, ab 1976, in der Fächergruppe *Sprach- und  
Kulturwissenschaften* enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

THEOLOGISCHE HOCHSCHULEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

-

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Studentenstatistik  
ab Sommersemester  
1967

B e g r i f f s i n h a l t : Kirchliche sowie staatliche philosophisch-theologische und theologische Hochschulen ohne die theologischen Fakultäten/Fachbereiche an Universitäten.

Voraussetzung für den Besuch der theologischen Hochschulen ist die allgemeine oder die fachgebundene Hochschulreife.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TIEFBAU

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1.1 Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewer- be (einschl. Fertigteilbau) ab 1962	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Der Tiefbau umfaßt den <i>Straßenbau</i>, den gewerblichen und industriellen Tiefbau, den Tiefbau für Gebietskörperschaften, Sozialversicherung sowie für Bundesbahn und Bundespost.</p> <p>Zum Tiefbau rechnen z.B. die Anlage von Straßen, Wegen und Plätzen, Schienenwegen, Brücken, Friedhöfen, Sportplätzen, Kanalisations-, Abwasserbeseitigungs- und Wasserversorgungsanlagen, Deichen und Dämmen, Hafenanlagen usw., nicht aber der Bau von Tiefgaragen.</p>
1.2 Statistik über den Auftrags- bestand im Bauhauptge- werbe (einschl. Fertigteilbau) ab 1971	<p>Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen zum Tiefbau, auch der <i>Index des Auftragseingangs</i> und der <i>Index des Auftragsbestands</i> im Tiefbau.</p>
1.3 Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976	<p>Beim unter 1.4 genannten Index des Auftragseingangs, im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung, beim unter 1.6 genannten Index des Auftragsbestands und beim Nachweis des Auftragsbestands (absolute Werte) in der Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) wird der landwirtschaftliche Tiefbau jeweils nicht einbezogen, sondern zum <i>Hochbau</i> gerechnet; in allen übrigen Nachweisen über den Tiefbau ist der landwirtschaftliche Tiefbau (z.B. Wasserbauten) enthalten.</p>
1.4 Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	<p><b>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</b> Bis einschl. 1976 rechnete der Bau von Tiefgaragen ebenfalls zum Tiefbau.</p>
1.5 Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976	
1.6 Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe ab 1977	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## TIEFBAU

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Index der Netto-  
produktion für  
das Produzieren-  
de Gewerbe

ab 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Tiefbau rechnen Betriebe, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Tiefbauten zu errichten.

Zur Errichtung von Tiefbauten rechnen die Ausführung von Tief- und Ingenieurtiefbauten einschl. Straßenbau, die Ausführung von Brücken- und Spezialbauten sowie die Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten an diesen Bauten.

Nachgewiesen werden:

- Indizes der Nettoproduktion für Tiefbauleistungen als Teil des Bauhauptgewerbes; ab 1976 untergliedert in Indizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmens-  
teile (Basis 1980)
- der Index für das Baugewerbe, vierteljährlich, für Tiefbauleistungen (ab 1978).

Zum Tiefbau als Teil des Bauhauptgewerbes rechnen sowohl Industrie- als auch Handwerksbetriebe, zum Tiefbau als Teil der Bauindustrie dagegen nur Industriebetriebe. Im letzten Fall entspricht daher der für den Tiefbau nachgewiesene Index dem *Index der industriellen Nettoproduktion*, der mit dem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe auf Basis 1976 konzeptionell identisch ist.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

TIEFBAUAUFTRÄGE DER ÖFFENTLICHEN HAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

290, 288

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -  
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Erteilung der Zuschläge auf Angebote über die Errichtung von Tiefbauten durch *Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände* sowie *sonstige öffentliche Bauherren*.

Zu den sonstigen öffentlichen Bauherren rechnen z.B. die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost.

Aufträge mit einem Wert von unter 25 000 DM und Aufträge von Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohner werden nicht erfaßt.

Zu den Tiefbauten rechnen *Straßen, Straßenbrücken, Bundeswasserstraßen* und Häfen, *wasserwirtschaftliche Tiefbauten* und *Landeskulturbauten* sowie *sonstige Tiefbauten* mit Ausnahme von Tiefbauten zur Elektrizitäts- und Gasversorgung und von Rohrleitungen für den Gütertransport.

In den Angaben über den Auftragswert ist die Umsatz- (Mehrwert-)steuer enthalten.

Die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand werden monatlich ausschließlich und jährlich einschließlich des vom Bauherrn gestellten Materials erfaßt und dargestellt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

TIEFBAUTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2 951

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -  
31.12.78B e g r i f f s i n h a l t : Bauten, deren Haupt-  
teile zu ebener Erde oder unter der Erde liegen.

Die Tiefbauten umfassen im einzelnen *Straßen, Straßenbrücken, Bundeswasserstraßen* einschl. Häfen, *wasserwirtschaftliche Tiefbauten* einschl. Landeskulturbauten und *sonstige Tiefbauten*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

TIEFKÜHLFISCH

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1150

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hochsee- und  
Küstenfischerei-  
statistik -  
Nationale Anlande-  
statistik

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t :    Gefangener Seefisch, der als  
Fisch für Konsumzwecke bis zur Anlandung auf dem Fangschiff  
tiefgekühlt gelagert wird.

Als gefangener Seefisch gilt die Menge des im Bundesgebiet an-  
gelandeten Seefisches. Als Fangschiffe kommen nur deutsche  
Hochseefischereifahrzeuge (Trawler) in Frage, die eine Tief-  
kühlanlage haben.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  TIERISCHE PRODUKTE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 2967
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Erzeugerpreise  
landwirtschaft-  
licher und forst-  
wirtschaftlicher  
Produkte

ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition, unter  
welcher für die Ermittlung des *Index der Erzeugerpreise  
landwirtschaftlicher Produkte* 38 (auf Basis 1976) bzw. 32  
(auf Basis 1970) tierische Produkte zusammengefaßt sind.

Es bestehen geringfügige Unterschiede in Auswahl und Ge-  
wichtung (Wägungsanteilen) der berücksichtigten Waren  
zwischen dem Index auf Basis 1976 und dem Index auf Basis  
1970. Einbezogen sind die Warengruppen

- beim Index der Erzeugerpreise tierischer Produkte auf  
Basis 1976:

Schlachtvieh: Großschlachtvieh (Rinder, Kälber, Schweine  
(jeweils lebend und geschlachtet), Schafvieh (geschlach-  
tet)), Schlachtgeflügel, lebend (Suppenhühner, Jung-  
mastgeflügel, Truthühner (Puten), Enten, Gänse),

Nutz- und Zuchtvieh: Milchkühe, Färsen, Kälber, Ferkel,  
Sauen und Geflügel,

Milch (ohne die seit dem 16. Sept. 1977 von der Mehrheit  
der milcherzeugenden Betriebe zu leistende EG-Mitverant-  
wortungsabgabe),

Eier,

Wolle,

Bienenhonig;

- beim Index der Erzeugerpreise tierischer Produkte auf  
Basis 1970:

Schlachtvieh, jeweils lebend und geschlachtet: Groß-  
schlachtvieh (Rinder, Kälber, Schweine, Schafvieh),  
Schlachtgeflügel (Suppenhühner, Jungmastgeflügel, Trut-  
hühner (Puten), Enten, Gänse),

Nutz- und Zuchtvieh: Milchkühe, Ferkel, Geflügel,  
Arbeitspferde,

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  TIERISCHE PRODUKTE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 2967
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Milch (ohne die seit 16.09.77 von der Mehrheit der milcherzeugenden Betriebe zu leistende EG-Mitverantwortsungsabgabe),

Eier,

Wolle,

Bienenhonig.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Tierische Produkte unterscheiden sich von den *Ernährungsgütern tierischen Ursprungs* (Statistik der Außenhandelspreise) in Art und Gewichtung der einbezogenen Waren. Nur zu den tierischen Produkten zählt Wolle. Nur zu den Ernährungsgütern tierischen Ursprungs rechnen vor allem Waren, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht erzeugt werden (soweit es sich um Einfuhren handelt) und Waren, die die landwirtschaftliche Erzeugerstufe überschritten haben. Unter solche Warengruppen fallen im wesentlichen Butter, Käse, Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischzubereitungen, Walöl, Schmalz, Talg, andere tierische Fette und Öle zur Ernährung, Eiweiß, Eigelb, Fischmehl.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## TILGUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunalkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Nominalbetrag der von Boden- und Kommunalkreditinstituten getilgten Schuldverschreibungen.

Als getilgt gelten Schuldverschreibungen, die endgültig aus dem Verkehr gezogen, für kraftlos erklärt, entwertet, vernichtet oder dem Treuhänder zur Vernichtung übergeben worden sind.

Nicht zu den Tilgungen rechnen Schuldverschreibungen, die ausgelost oder gekündigt, aber noch nicht eingelöst oder für kraftlos erklärt wurden.

Erfaßt werden ausschließlich Tilgungen von nach der Währungsreform begebenen Schuldverschreibungen.

Zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten zählen alle unter das Hypothekendarbengesetz<sup>1)</sup>, das Pfandbriefgesetz<sup>2)</sup> und das Schiffsbankgesetz<sup>3)</sup> fallenden Institute sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965 Deutsche Landesrentenbank) und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (seit 1.7.1972 rechtlich unselbständige Anstalt der Bayerischen Landesbank Girozentrale).

1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekendarbengesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).

3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (SCHBG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK-Nr.:
ÜBRIGE ZWEITWOHNUNGEN		GBK-Nr.(n): 5153
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Gebäude- und Wohnungszählung 1968	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zweitwohnungen, außerhalb von Wochenend- und Ferienhäusern.</p> <p>Als <i>Zweitwohnungen</i> gelten Wohnungen, die einer Wohnpartei oder einzelnen Angehörigen einer Wohnpartei nicht als ständiger Wohnsitz, sondern als zweite oder weitere Wohnung dienen.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## UMLAUF (NEUGESCHÄFT)

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunalkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Nominalbetrag von tatsächlich umlaufenden Schuldverschreibungen, die nach dem 20.6.1948 von Boden- und Kommunalkreditinstituten ausgegeben wurden.

Zu den tatsächlich umlaufenden Schuldverschreibungen zählen auch Schuldverschreibungen, die aus drucktechnischen Gründen noch nicht ausgefertigt wurden, deren Gegenwert aber bereits bezahlt ist (Vorverkäufe). Ebenso zählen ausgeloste oder gekündigte, aber noch nicht eingelöste oder für kraftlos erklärte Schuldverschreibungen zum Umlauf.

Im Eigenbestand befindliche Stücke eigener Emissionen der Kreditinstitute rechnen demgegenüber nicht zu den in Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen.

Zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten zählen alle unter das Hypothekendarbankgesetz<sup>1)</sup>, das Pfandbriefgesetz<sup>2)</sup> und das Schiffsbankgesetz<sup>3)</sup> fallenden Institute sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1964: Deutsche Landesrentenbank) und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (seit 1.7.1972 rechtlich-unselbständige Anstalt der Bayerischen Landesbank Girozentrale).

1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekendarbankgesetz (HBG) in der Fassung vom 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz vom 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung vom 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz vom 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).

3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (SCHBG) in der Fassung vom 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz vom 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

UMLAUF (NEUGESCHÄFT)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Umlauf (Neugeschäft) in der Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute unterscheidet sich von *Umlauf* (Emissionsstatistik) in mehrfacher Hinsicht: In der Emissionsstatistik werden keine Namensschuldverschreibungen erfaßt, dagegen sind die im Eigenbestand der Kreditinstitute befindlichen Wertpapiere enthalten. Zudem erfaßt die Emissionsstatistik außer dem Umlauf an Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute auch den Umlauf aller übrigen inländischen Schuldverschreibungen und den Umlauf an Aktien.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
UMLAUFVERMÖGEN	GBK - Nr(n): 1403

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe  
01.01.53

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wirtschaftsgüter, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen.

Das Umlaufvermögen umfaßt das *Betriebskapital* und das *Vorratsvermögen*. Zum Betriebskapital rechnen u.a. Kassenbestände, Bank- und Postscheckguthaben, Forderungen, Wechselbestände, ggf. auch Wertpapiere, Geschäftsanteile sowie aktive Rechnungsabgrenzungsposten. Das Vorratsvermögen setzt sich aus den zur alsbaldigen Veräußerung oder Weiterverarbeitung bestimmten Beständen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, unfertigen und fertigen Erzeugnissen sowie Waren zusammen.

Für den Bestand und die Bewertung des Umlaufvermögens sind grundsätzlich die Verhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regelmäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht. Der auf den Abschlußzeitpunkt ermittelte Wert gilt in diesen Fällen als Wert vom Feststellungszeitpunkt. Die vorgenannten Ausnahmen gelten jedoch nicht für die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften. Im Falle zwischenzeitiger Bestandsveränderung erfolgt, sofern diese mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundbesitz zusammenhängt, ggf. ein Ausgleich.

Bewertungsmaßstab für die einzelnen zum Umlaufvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter ist grundsätzlich der Teilwert. Dabei handelt es sich um den Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens bei dessen Fortführung im Rahmen des Gesamtaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Der Teilwert findet in der Regel seine obere Grenze in den Wiederbeschaffungskosten für ein Wirtschaftsgut gleicher Art und Güte am Feststellungszeitpunkt und seine untere Grenze im Material- oder Schrottwert. Beim Vorratsvermögen sind die Wiederbeschaffungskosten in der Regel aus den Tagespreisen vom Bewertungsstichtag abzuleiten.

Statistisches Informationssystem des Bundes - Definitionskatalog -	
Begriff:  UMLAUFVERMÖGEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1403
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Abweichend von diesem Grundsatz sind u.a. anzusetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bargeld, Postscheckguthaben, Bankguthaben mit dem Nennwert;</li> <li>2. Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften in der Regel entweder <ol style="list-style-type: none"> <li>a) mit dem niedrigsten im amtlichen Handel notierten Kurs oder aber, falls kein Kurs besteht, <ol style="list-style-type: none"> <li>aa) soweit die Wertpapiere Anteile an Kapitalgesellschaften verbriefen mit dem gemeinen Wert,</li> <li>bb) soweit die Wertpapiere Forderungsrechte verbriefen mit dem Nennwert oder</li> </ol> </li> <li>b) mit dem Rücknahmepreis, sofern die Wertpapiere Rechte der Einleger gegen eine Kapitalanlagegesellschaft oder einen sonstigen Fonds verbriefen;</li> </ol> </li> <li>3. Kapitalforderungen grundsätzlich mit dem Nennwert.</li> </ol> <p>Der gemeine Wert stellt den Einzelveräußerungspreis dar, der sich für das aus dem Betrieb herausgelöste Wirtschaftsgut im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung erzielen läßt.<sup>1)</sup></p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Vor 1963 galt insbesondere für die Festsetzung der Steuermärkte ein anderes Verfahren mit für den gesamten Bewertungszeitraum starr festgesetzten besonderen "Steuermärkten".</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :   Im Unterschied zum Umlaufvermögen umfaßt das Anlagevermögen (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) alle Wirtschaftsgüter, die dauernd dem Geschäftsbetrieb eines gewerblichen Betriebes in Form von Sachanlagen (z.B. Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen) oder Finanzanlagen (z.B. Mineralgewinnungsrechte, immaterielle Wirtschaftsgüter, Wertpapiere, Beteiligungen) dienen.</p>	
<p>1) Zu Einzelheiten der Bewertung siehe Bewertungsgesetz v. 10.9.1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbssituation bei Auslandsinvestitionen v. 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713) sowie die entsprechenden Vermögensteuerrichtlinien.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht  
für Unternehmen  
und Betriebe im  
Bergbau und im  
Verarbeitenden  
Gewerbe  
ab 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und im Berichtszeitraum in Rechnung gestellt werden, ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang oder den Liefertermin.

Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

Zum Umsatz rechnen der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, der Umsatz baugewerblicher Betriebsteile und der sonstigen Betriebsteile. Jedoch werden beim Nachweis für fachliche Betriebsteile (Seg.-Nr. 466, 468, 1181 und 1183) Umsätze, die in den baugewerblichen und den sonstigen Betriebsteilen des Unternehmens bzw. Betriebs getätigt werden (z.B. Umsatz aus Handelsware) nicht einbezogen.

Außer Ansatz bleiben die außerordentlichen und betriebsfremden Erträge (z.B. aus dem Verkauf von Anlagegütern, aus der Verpachtung von Grundstücken, Zinsen, Dividenden u.a.m.).

Als Umsatz gelten auch Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an mit dem Unternehmen verbundene rechtlich selbständige Konzern- und Verkaufsgesellschaften, in der Regel aber nicht Erzeugnis- und Leistungsabgaben zwischen Betrieben eines Mehrbetriebsunternehmens.

Im einzelnen rechnen zum Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen auch Erlöse aus dem Verkauf von Waren, die in Lohnarbeit bei anderen Unternehmen hergestellt werden (einschl. Lohnveredlung),

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Erlöse aus dem Verkauf von Energie und Wasser, von Produktionsrückständen der Wert der für Dritte geleisteten Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredlung) sowie Erlöse aus Vermietung (auch Leasing) von im Rahmen der Produktionstätigkeit des Betriebs/Unternehmens selbst hergestellter Erzeugnisse.

Zum Umsatz sonstiger Betriebsteile zählen Erlöse aus Handelsware (d.s. fremde Erzeugnisse, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden), aus Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing), die nicht im Rahmen der Produktionstätigkeit des Betriebs/Unternehmens entstanden sind sowie aus Wohnungsvermietung, aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen, ferner Provisionseinnahmen, Gaststättenumsatz, Erlöse aus Transportleistungen für Dritte, aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. von werkseigenen Kantinen), aus dem Verkauf von eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und dem Verkauf von Anwendungs-Software (nicht Betriebssystem-Software).

Bei Verlagsdruckereien wird - abweichend von der o.g. Regel - auch der Wert der Lieferungen und Leistungen an den zugehörigen Verlag (innerbetriebliche Verrechnungswerte) zum Umsatz gerechnet.

Die Umsätze werden nach Inland und Ausland wie folgt gegliedert:

**I n l a n d s u m s a t z :** Erlöse für Lieferungen und Leistungen an Empfänger im Bundesgebiet einschl. Berlins (West) und in der Deutschen Demokratischen Republik einschl. Berlins (Ost) sowie Erlöse für Lieferungen und Leistungen an die im Bundesgebiet und in Berlin (West) stationierten ausländischen Streitkräfte.

**A u s l a n d s u m s a t z :** Erlöse für direkte Lieferungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie an inländische Exporteure.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Siehe unter 2. und unter 3.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2.1 Monatlicher  
Industriebe-  
richt

1950 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t: Erlöse für Lieferungen eigener Erzeugnisse und Leistungen, die von *Betrieben* an Dritte erbracht und im Berichtszeitraum in Rechnung gestellt werden, ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang oder den Liefertermin.

2.2 Industriebe-  
richt - Total-  
erhebung -  
September

1963 bis 1975

Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

Nicht einbezogen in den Umsatz sind die Erlöse aus Handelsware und Nebengeschäften (Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, Lizenzvergabe, Provisionen u.ä.). Außer Ansatz bleiben auch die außerordentlichen Erträge (z.B. aus dem Verkauf von Anlagegütern) und die betriebsfremden Erträge (Zinsen, Dividenden u.a.m.).

Als Umsatz gelten auch Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an rechtlich selbständige Konzernunternehmen, nicht aber Erzeugnis- und Leistungsabgaben zwischen Betrieben eines Mehrbetriebsunternehmens.

Zur Abgrenzung des Inlands- und des Auslandsumsatzes siehe unter 1.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f: Bis einschl. 1952 waren Leistungen zwischen Betrieben eines Mehrbetriebsunternehmens, die in verschiedenen Bundesländern lagen, in den Umsatz einbezogen.

Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer im Inlandsumsatz enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Der im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nachgewiesene Umsatz für Unternehmen bzw. für Betriebe (nicht für fachliche Betriebsteile) umfaßt neben den Erlösen für Lieferungen eigener Erzeugnisse und Leistungen auch die Umsätze aus Handelsware und aus Nebengeschäften, während diese Umsätze im (Monatlichen) Industriebericht nicht einbezogen sind.

Zu weiteren Begriffsbeziehungen siehe unter 3.

3. Unternehmens-  
erhebung im  
Bergbau und in  
der Industrie  
(ohne Bauindu-  
strie)  
1962 bis 1975

**B e g r i f f s i n h a l t :** Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von *Unternehmen* im Zusammenhang mit dem Unternehmenszweck erbracht werden.

Als erbracht gelten Erzeugnisse und Leistungen, wenn sie in Rechnung gestellt werden, ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang oder den Liefertermin.

Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Porto und Verpackung und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

Zum Umsatz rechnen neben den Erlösen für Lieferungen eigener Erzeugnisse und Leistungen auch die Erlöse aus Handelsware und aus Nebengeschäften (Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, Lizenzvergaben, Provisionen u.ä.).

Außer Ansatz bleiben die außerordentlichen Erträge (z.B. aus dem Verkauf von Anlagegütern) und die betriebsfremden Erträge (Zinsen, Dividenden u.a.m.) sowie der Wert der selbsterstellten Anlagen und des Eigenverbrauchs.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als Umsatz gelten auch Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an andere Unternehmen, die durch Organschaft oder auf andere Weise verbunden sind, und an rechtlich selbständige Konzernunternehmen und Verkaufsgesellschaften.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer in den Erlösen für Lieferungen und Leistungen enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Begriff Umsatz unterscheidet sich in den unter 1. bis 3. genannten Statistiken - von Unterschieden in Erhebungsbereichen usw. abgesehen - im wesentlichen dadurch, daß im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie in der Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie) zum Umsatz neben den Entgelten für die Lieferungen eigener Erzeugnisse und Leistungen auch die Umsätze aus Handelsware und aus Nebengeschäften rechnen, während diese Umsätze im (Monatlichen) Industriebericht nicht einbezogen sind.

Die Begriffe Umsatz und *steuerbarer Umsatz* (Umsatzsteuerstatistik) betreffen ähnliche Tatbestände, beziehen sich aber auf unterschiedliche Fragestellungen. Während Umsatz eine wirtschaftliche, auf den Unternehmens- bzw. Betriebszweck bezogene Größe darstellt, geht es beim steuerbaren Umsatz aus fiskalischen Gründen um eine möglichst vollständige Erfassung aller Erlöse für Lieferungen und Leistungen. Daraus folgt z.B., daß der steuerbare Umsatz auch die außerordentlichen und betriebsfremden Erlöse sowie den Eigenverbrauch umfaßt; diese sind im Umsatz nicht enthalten. Allerdings sind im steuerbaren Umsatz nur Inlandsumsätze, im Umsatz auch Auslandsumsätze einbezogen.

4. Monatsbericht  
einschl. Auf-  
tragseingangs-  
erhebung im  
Bauhauptgewer-  
be (einschl.  
Fertigteilbau)

B e g r i f f s i n h a l t : Der Begriff Umsatz entspricht dem Begriff *baugewerblicher Umsatz* (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Monatlicher Baubericht). Zu Einzelheiten siehe dort.

1962 bis 1979

- 6 -

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

5. Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe  
ab 1975

**B e g r i f f s i n h a l t :** Der Umsatz umfaßt

- im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe: Alle Umsätze aus eigenen Erzeugnissen und Leistungen einschl. des Umsatzes aus Handelsware (ohne Umsatz-(Mehrwert-)Steuer);
- in der Energie- und Wasserversorgung: Gesamtbetrag (ohne Umsatzsteuer und Ausgleichsabgabe) der abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte;
- im Baugewerbe: Jahresbauleistung und sonstige Umsätze.

Nachgewiesen werden Umsätze in *Betrieben* und in *Unternehmen*.

Zur Abgrenzung des Umsatzbegriffs im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe unter 1. (Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe), in der Energie- und Wasserversorgung siehe unter 6. (Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung), im Baugewerbe siehe unter *Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz* (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteiltbau)).

6. Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung  
ab 1975

**B e g r i f f s i n h a l t :** Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte, unabhängig vom Zahlungseingang.

Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti, Abzüge aufgrund begründeter Beanstandungen) sowie der Retouren zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) werden einbezogen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Umsatz-(Mehrwert-)Steuer und die Ausgleichsabgabe nach der Neufassung des 3. Verstromungsgesetzes vom 17.11.1980 sind nicht enthalten.

Zum Umsatz rechnen der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und Dienstleistungen, aus Handelsware und aus Nebengeschäften.

Außer Ansatz bleiben die außerordentlichen und betriebsfremden Erträge (z.B. aus dem Verkauf von Anlagegütern, aus der Verpachtung von Grundstücken, Zinsen, Dividenden u.a.m.).

Als Umsatz gelten auch Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an mit dem Unternehmen verbundene rechtlich selbständige Konzern- und Verkaufsgesellschaften.

Im einzelnen rechnen zum Umsatz aus eigenen Erzeugnissen auch die Erlöse aus dem Verkauf von fremdbezogener(m) Energie und Wasser, von Nebenerzeugnissen und sonstigen Erzeugnissen und von Produktionsrückständen, zum Umsatz aus Dienstleistungen der Wert der im Auftrag für Dritte geleisteten Arbeiten (z.B. Wasseraufbereitung, Abfüllen von Flüssiggas), Erlöse aus Durchleitungen, für Reparaturen und Instandhaltungen, Installationen, Montagen, Untersuchungen, Prüfungen und Gutachten, einschl. der Erlöse für die bei diesen Leistungen verbrauchten Materialien sowie Erlöse aus Dienstleistungen z.B. der Verkehrsbetriebe.

Als Umsatz aus Handelsware gilt der Umsatz von fremden Erzeugnissen, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit anderen Erzeugnissen weiterverkauft werden (z.B. Gas- und Elektrogeräte).

Umsatz aus Nebengeschäften sind im wesentlichen Baukostenzuschüsse in der Form von Ertragszuschüssen (in Höhe der jährlichen Auflösungsquote des passivierten Betrages), Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing), Erlöse aus Wohnungsvermietung, aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen, Provisionseinnahmen, Erlöse aus Fuhrparkleistungen für Dritte, aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. Kantinen) und aus Beratungs- und Planungstätigkeit.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
7.1 Handels- und Gaststätten- zählung 1968	B e g r i f f s i n h a l t : Umsatz ist der Gesamtbe- trag der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistun- gen von Unternehmen und Arbeitsstätten einschl. Eigenver- brauch, Verkäufen an Betriebsangehörige sowie einschl. ge- sondert in Rechnung gestellter Kosten für Fracht, Porto, Verpackung usw., ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang und die Steuerpflicht.
7.2 Handels- und Gaststätten- zählung 1979	
7.3 Großhandels- statistik ab 1964	Der Umsatz schließt auch Erlöse aus Kommissions- oder Streckengeschäften, Provisionen und Kostenvergütungen aus der Vermittlung von Waren (nicht den Wert der vermittelten Waren) einschl. Delkredereprovisionen, aber ohne durchlau- fende Posten (z.B. im Auftrag der Lieferanten vereinnahmte Zahlungen) sowie Zusatzerlöse ein.
7.4 Einzelhandels- statistik ab 1963	Nicht dazu gehören jedoch Erlöse aus Land- Und Forstwirt- schaft sowie außerordentliche Erträge (z.B. aus dem Ver- kauf von Anlagevermögen) und betriebsfremde Erträge (z.B. Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von betriebsfremd genutzten Gebäuden und Gebäudeteilen, Zinserträge aus nicht betriebsnotwendigem Kapital oder Erträge aus Beteiligungen.
7.5 Gastgewerbe- statistik ab 1963	<p>An Kunden gewährte Skonti und Erlösschmälerungen (z.B.Preis- nachlässe, Rabatte, Jahresrückvergütungen, Boni) sind bei der Ermittlung des Umsatzes abzusetzen.</p> <p>Bei umsatzsteuerlichen Organschaften sind auch die von der Muttergesellschaft oder den Tochtergesellschaften getätig- ten Innenumsätze mit anzugeben. Entsprechendes gilt auch für die Unternehmereinheiten.</p> <p>Der Umsatz wird in Großhandel und Handelsvermittlung ohne, in Einzelhandel und Gastgewerbe einschl. Umsatz-(Mehrwert-) steuer nachgewiesen.</p> <p>In den Handels- und Gaststättenzählungen wird der Umsatz in absoluten Zahlen nachgewiesen.</p> <p>Nachgewiesen werden Meßzahlen des Umsatzes in jeweiligen Preisen (Gastgewerbestatistik) bzw. in jeweiligen und in</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

konstanten Preisen (Groß- und Einzelhandelsstatistik).

Die Meßzahlen des Umsatzes in jeweiligen Preisen werden durch Division der Umsätze im Berichtszeitraum (in Preisen des Berichtszeitraums) durch die Umsätze des Basiszeitraums gebildet.

Bei den Meßzahlen des Umsatzes in konstanten Preisen werden die Umsätze im Berichtszeitraum mittels Preisindizes auf das Preisgerüst eines Basisjahres umgerechnet. Als Preisindizes wird bei den Großhandelsumsätzen der Index der Großhandelsverkaufspreise, bei den Einzelhandelsumsätzen der Index der Einzelhandelspreise (Verkaufspreise) verwendet.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :  
Bis einschl. 1967 war in den Umsätzen der Großhandelsunternehmen (Großhandelsstatistik) die Umsatz-(Mehrwert-)steuer enthalten.

8. Statistik der  
Luftfahrtunter-  
nehmen  
ab 1968

B e g r i f f s i n h a l t : Erlöse für Leistungen, die von *Unternehmen* mit Genehmigung oder Erlaubnis zur Durchführung von Flügen in der Luftfahrt erbracht werden.

Zu den Erlösen gehören die Umsätze aus Beförderungsleistungen (einschl. der Nebenleistungen) mit Luftfahrzeugen (Personen- und Güterverkehr) sowie die Umsätze aus Flügen für andere Zwecke (z.B. Reklame-, Bild-, land- und forstwirtschaftliche Flüge).

Als erbracht gelten die Leistungen, wenn sie in Rechnung gestellt sind, ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang.

Zur Ermittlung der Erlöse für erbrachte Leistungen werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Skonti, Boni, Rabatte) zugrunde gelegt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist nicht enthalten.

Nicht enthalten sind Umsätze von Luftfahrtunternehmen aus sonstiger verkehrswirtschaftlicher Tätigkeit und aus Tätigkeiten außerhalb der Verkehrswirtschaft.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

UMSATZ

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

9. Statistik über  
die Unternehmen  
in der Binnen-  
schiffahrt  
ab 1969

B e g r i f f s i n h a l t : Erlöse für Leistungen, die  
von *Unternehmen* in der Binnenschiffahrt erbracht werden.

Dazu gehören die Umsätze aus Beförderungsleistungen mit  
eigenen oder gemieteten Schiffen (Güterverkehr, Tankschiff-  
fahrt, Personenverkehr), Erlöse aus der Güterbeförderung  
mit Hilfe von Unterfrachtführern sowie Erlöse für sonstige  
Leistungen in der Binnenschiffahrt.

In den Erlösen aus der Güterbeförderung mit Hilfe von  
Unterfrachtführern sind auch die innerhalb der Binnen-  
schiffahrt getätigten Umsätze enthalten. Die von Haupt-  
frachtführern an Unterfrachtführer weitergereichten Be-  
träge sind damit im Umsatz doppelt erfaßt.

Als erbracht gelten Leistungen, wenn sie in Rechnung ge-  
stellt sind, ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang.

Zur Ermittlung der Erlöse für erbrachte Leistungen werden  
Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Skonto, Boni,  
Rabatte u. dgl.) zugrunde gelegt. Die Umsatzsteuer (Mehr-  
wertsteuer) ist nicht enthalten.

Nicht enthalten sind Umsätze von Binnenschiffahrtsunter-  
nehmen aus sonstiger verkehrswirtschaftlicher Tätigkeit  
und aus Tätigkeiten außerhalb der Verkehrswirtschaft.





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## UNGÜLTIGE STIMMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern abgegebene ungültige Stimmen, ab 1953 ungültige *Erststimmen* und *Zweitstimmen*.

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
3. nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. keine Kennzeichnung enthält,
5. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
6. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 bis 4 sind beide Stimmen ungültig.

Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## UNGÜLTIGE STIMMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Europawahl-  
statistik  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern bei der Europawahl abgegebene ungültige Stimmen.

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
3. nicht amtlich hergestellt ist oder für ein anderes Land gültig ist,
4. keine Kennzeichnung enthält,
5. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
6. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist. Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gilt die Stimme als ungültig.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## UNTERNEHMEN MIT INVESTITIONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes<br/>ab 1976</li> <li>2. Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)<br/>1962 bis 1975</li> <li>3. Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe<br/>1962 bis 1975</li> <li>4. Investitionserhebung im Produzierenden Handwerk (ohne Bauhauptgewerbe)<br/>1967 bis 1975</li> <li>5. Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)<br/>ab 1976</li> </ol> | <p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> <i>Unternehmen, die innerhalb des Geschäftsjahres Anlageinvestitionen tätigen.</i></p> |
|---|--|

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  UNTERNEHMEN MIT LÖHNEN UND GEHÄLTERN	DFK - Nr.:  GBK - Nr(n): 3181
--	--

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Arbeitsstätten-  
zählung 1970B e g r i f f s i n h a l t :    *Unternehmen, die Löhne und Gehälter für das Jahr 1969 gezahlt haben.*

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat.

Die Löhne und Gehälter für 1969 umfassen im wesentlichen die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme einschl. der Zuschläge und Zulagen und der vermögenswirksamen Leistungen, aber nicht die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und allgemeine soziale Aufwendungen.

In der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmensergebnisse nur für den erwerbswirtschaftlichen Bereich ausgewiesen. Zu diesem rechnen die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe), Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen (Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen, Rechtsberatung), ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

Für die Bereiche Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung werden keine Unternehmensergebnisse nachgewiesen.

Nicht zu den Unternehmen mit Löhnen und Gehältern zählen Unternehmen, die

- erst 1970 gegründet wurden,
- 1969 keine Arbeitnehmer beschäftigten und folglich keine Löhne und Gehälter gezahlt hatten.

Zu den Unternehmen mit Löhnen und Gehältern rechnen Unternehmen, wenn mindestens eine ihrer Niederlassungen Löhne und Gehälter gezahlt hatte, unabhängig davon, ob es sich dabei um die *Hauptniederlassung* oder eine *Zweigniederlassung* handelte.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

UNTERNEHMEN MIT LÖHNEN UND GEHÄLTERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3181

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zwischen Unternehmen mit Löhnen und Gehältern und *Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern* (Arbeitsstättenzählung 1970) bestehen im wesentlichen folgende Unterschiede: Unternehmen und somit auch Unternehmen mit Löhnen und Gehältern werden nur im erwerbswirtschaftlichen Bereich ausgewiesen, Arbeitsstätten und somit auch Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern bestehen auch in den Bereichen Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Bei den Unternehmen mit Löhnen und Gehältern gelten die Ergebnisse für das gesamte Unternehmen. Sie schließen daher auch Teile ein, die nicht als Arbeitsstätten gelten, insbesondere die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Besitz von Unternehmen.

In den Lohn- und Gehaltsummen der Unternehmen mit Löhnen und Gehältern sind auch Löhne und Gehälter von Arbeitsstätten, die am Stichtag nicht mehr existierten, mit enthalten.

Ist eine Arbeitsstätte ohne Löhne und Gehälter Haupt- oder Zweigniederlassung eines Unternehmens mit Löhnen und Gehältern, so werden die Tätigen Personen dieser Arbeitsstätte bei den Unternehmen mit Löhnen und Gehältern nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

UNTERNEHMEN, SELBSTÄNDIGE UND ORGANISATIONEN  
OHNE ERWERBSCHARAKTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):  
907

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des  
Kraftfahrzeug-  
und Kraftfahr-  
zeuganhänger-  
bestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Fahrzeughalter, die als Unternehmen, Selbständige oder Organisationen ohne Erwerbscharakter gelten.

Als Unternehmen gelten wirtschaftliche Einheiten, deren Zweck vorwiegend darin besteht, Waren zu produzieren und/oder Dienstleistungen zu erbringen und gegen ein spezielles Entgelt zu verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt.

Zu den Unternehmen zählen auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen (in genossenschaftlicher und anderer Form), Bundesbahn, Bundespost, Bundesbank und die wirtschaftlichen Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe.

Die Selbständigen zählen zu den Unternehmen. Dieser Begriff wurde nur eingefügt, um zu verdeutlichen, daß auch die selbständigen Landwirte, Handwerker, Gewerbetreibende und die freien Berufe zu dieser Haltergruppe gerechnet werden.

Als Organisationen ohne Erwerbscharakter gelten Vereine, Verbände oder andere Zusammenschlüsse, die entweder gemeinnützige Zwecke verfolgen oder der Förderung bestimmter Interessen ihrer Mitglieder oder anderer Gruppen dienen. Diese Organisationen sind überwiegend nicht zur Erzielung eines wirtschaftlichen Ertrages tätig; sie bestreiten daher ihre Aufwendungen weitgehend aus Mitgliedsbeiträgen, öffentlichen Zuwendungen u. dgl. und höchstens zu einem geringen Teil aus den Erträgen ihrer Dienstleistungstätigkeit.

Zu den Organisationen ohne Erwerbscharakter gehören u.a. die Kriechen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen, karitative Organisationen, Organisationen der Erziehung, Wissenschaft, Kultur sowie der Sport- und Jugendpflege, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen, Wirtschaftsverbände, Kammern, Politische Parteien.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  UNTERNEHMEN, SELBSTÄNDIGE UND ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSCHARAKTER	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 907
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes werden Fahrzeugbestände nach Haltergruppen nachgewiesen. Als Fahrzeughalter gilt derjenige, für den das Fahrzeug zugelassen ist. Halter und Eigentümer müssen nicht identisch sein.</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f : Vor 1963 wurden die Sozialversicherung und die Geistlichen zu der Haltergruppe Unternehmen, Selbständige und Organisationen ohne Erwerbscharakter gerechnet. Ab 1963 zählen die Sozialversicherungen zu der Haltergruppe Gebietskörperschaften, Sozialversicherung und die Geistlichen zu der Haltergruppe Angestellte bzw. Beamte.</p> <p>Bis 1960 wurde bei den Sonderkraftfahrzeugen die Gesamtzahl der nicht nach Haltergruppen gegliedert vorliegenden Krankenkraftwagen zu einem Drittel der Haltergruppe Unternehmen, Selbständige, Organisationen ohne Erwerbscharakter und zu zwei Dritteln der Haltergruppe Gebietskörperschaften, Sozialversicherung zugerechnet.</p>



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

UNTERRICHT UND KINDERGARTENBESUCH

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise  
ab 1962B e g r i f f s i n h a l t :   Sammelposition, die Fahr-  
schulunterricht, Volkshochschulunterricht, Kindergarten-  
besuch und Tennis- und Tanzunterricht umfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## VERARBEITENDE INDUSTRIE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Index der industriellen Netto-  
produktion  
1962 bis 1976
- B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der die  
Industriehauptgruppen  
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien,*  
*Investitionsgüterindustrien,*  
*Verbrauchsgüterindustrien,*  
*Nahrungs- und Genußmittelindustrien*
- 1.2 Index der Arbeitsprodukt-  
tivität  
1962 bis 1976
- in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum  
monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.
- Im einzelnen rechnen dazu die Industriegruppen
- |  |           |
|--|-----------|
| Mineralölverarbeitung  | IB-Nr. 22 |
| Industrie der Steine und Erden   | " 25      |
| Eisenschaffende Industrie  | " 27      |
| NE-Metallindustrie   | " 28      |
| Gießerei-Industrie   | " 29      |
| Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahl-<br>verformung                               | " 30      |
| Stahl- und Leichtmetallbau   | " 31      |
| Maschinenbau   | " 32      |
| Straßenfahrzeugbau   | " 33      |
| Schiffbau  | " 34      |
| Elektrotechnische Industrie  | " 36      |
| Feinmechanische und optische sowie<br>Uhrenindustrie                             | " 37      |
| Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie  | " 38      |
| Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuck-<br>waren- und Sportgeräte-Industrie         | " 39      |
| Chemische Industrie einschl. Kohlen-<br>wertstoffindustrie                       | " 40, 42  |
| Herstellung von Büromaschinen, Datenverar-<br>beitungsgeräten und -einrichtungen | " 50      |
| Feinkeramische Industrie   | " 51      |
| Glasindustrie  | " 52      |
| Sägewerke und holzbearbeitende Industrie   | " 53      |
| Holzverarbeitende Industrie  | " 54      |
| Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe<br>erzeugende Industrie                 | " 55      |

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERARBEITENDE INDUSTRIE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Papier- und pappeverarbeitende Industrie	IB-Nr. 56
Druckerei- und Vervielfältigungs- industrie	" 57
Kunststoffverarbeitende Industrie	" 58
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	" 59
Ledererzeugende Industrie	" 61
Lederverarbeitende und Schuhindustrie	" 62
Textilindustrie	" 63
Bekleidungsindustrie	" 64
Ernährungsindustrie	" 68
Tabakverarbeitende Industrie	" 69

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industrie-  
gruppen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zur Verarbei-  
tenden Industrie.

Nachgewiesen werden der *Index der industriellen Nettopro-  
duktion* und der *Index der Arbeitsproduktivität* für die Ver-  
arbeitende Industrie.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen  
den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich ge-  
ringfügige Änderungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Verarbeitende  
Industrie und das *Verarbeitende Gewerbe* sind vergleichbar  
abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen dar-  
aus, daß zur Verarbeitenden Industrie Industriezweige nach  
dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industrie-  
bericht, zum Verarbeitenden Gewerbe dagegen Wirtschafts-  
zweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur im Wirt-  
schaftsbereich Verarbeitende Industrie sind im wesentlichen  
die folgenden Wirtschaftszweige berücksichtigt: Herstellung  
und Montage von Fertigteilbauten aus Beton sowie aus Holz  
im Hochbau, Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima-  
und gesundheitstechnischen Anlagen. Nur im Wirtschaftsbe-  
reich Verarbeitendes Gewerbe sind im wesentlichen die fol-  
genden Wirtschaftszweige berücksichtigt: Steinbildhauerei,  
Steinmetzerei, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern,

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERARBEITENDE INDUSTRIE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Lackierung von Straßenfahrzeugen, Möbel- und Matratzenpolstererei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung (einschl. Reparatur), Maßschneiderei, Bäckerei, Fleischerei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabrikschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbständige Einheiten anzusehen sind.

Ferner zählen zum Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in den einbezogenen Wirtschaftszweigen tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Die Zusammenfassung der Verarbeitenden Industrie und des Bergbaus ergibt die *gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie)*.

Zur Abgrenzung gegenüber der *Verarbeitenden Industrie (ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien)* (Index des Auftrags-  
eingangs in der Industrie) siehe dort.

Zur Abgrenzung gegenüber der *Industrie (ohne Montanindustrie)* (Statistik der Effektenkurse) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

VERARBEITENDE INDUSTRIE (OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELINDUSTRIEN)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Index des Auf-  
tragseingangs  
in der Industrie  
1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der die  
Industriehauptgruppen  
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien,  
Investitionsgüterindustrien und  
Verbrauchsgüterindustrien  
in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum  
monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Im einzelnen rechnen dazu die Industriegruppen bzw.  
-zweige

Industrie der Steine und Erden	IB-Nr. 25
Stahl- und Warmwalzwerke	" T.a. 2710
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	" 2910
NE-Metallhalbzeugwerke	" 2850
Ziehereien und Kaltwalzwerke,	
Stahlverformung	" 30
Stahl- und Leichtmetallbau	" 31
Maschinenbau	" 32
Straßenfahrzeugaufbau	" 33
Schiffbau	" 34
Elektrotechnische Industrie	" 36
Feinmechanische und optische Industrie	" 3710-3760
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	" 38
Chemische Industrie einschl. Kohlen- wertstoffindustrie	" 40, 42
Herstellung von Büromaschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	" 50
Feinkeramische Industrie	" 51
Glasindustrie	" 52
Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie	" 5420
Holzschliff, Zellstoff, Papier und	
Pappe erzeugende Industrie	" 55
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	" 56
Kunststoffverarbeitende Industrie	" 58
Ledererzeugende Industrie	" 61
Schuhindustrie	" 6250
Textilindustrie	" 63
Bekleidungsindustrie	" 64

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

VERARBEITENDE INDUSTRIE (OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELINDUSTRIEN)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nachgewiesen werden der *Index des Umsatzes*, der *Index des Auftragseingangs* und der *Anteil des Auftragseingangs am Umsatz*.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industrie-gruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zur Industrie.

*Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :* Die Kohlenwertstoffindustrie wurde nur 1976 einbezogen. Ferner ergaben sich zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik geringfügige Änderungen.

*B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :* Die Verarbeitende Industrie (ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien) und die *Verarbeitende Industrie* (Index der industriellen Nettoproduktion und Index der Arbeitsproduktivität) unterscheiden sich in einigen Wirtschaftszweigen. Nur zur Verarbeitenden Industrie bei den Indizes der industriellen Nettoproduktion und der Arbeitsproduktivität rechnen die Mineralölverarbeitung, Schmiede-, Preß- und Hammer- sowie Hochofenwerke, NE-Metallhütten, -umschmelzwerke und -scheideanstalten, NE-Metallgießerei, Uhrenindustrie, Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie, Sägewerke und holzbearbeitende Industrie, die holzverarbeitende Industrie mit Ausnahme der Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie, Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, gummi- und asbestverarbeitende Industrie, lederverarbeitende Industrie sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrien (Ernährungsindustrie und tabakverarbeitende Industrie). Die Kohlenwertstoffindustrie ist in der Statistik des Auftragseingangs in der Industrie nur im Jahre 1976, im Produktions-Eilbericht grundsätzlich einbezogen.

Die Verarbeitende Industrie (ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien) und das *Verarbeitende Gewerbe* (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) (Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zur Verarbeitenden Industrie Industriezweige

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

VERARBEITENDE INDUSTRIE (OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELINDUSTRIEN)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Verarbeitenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zur Verarbeitenden Industrie rechnen im wesentlichen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau, Herstellung von Präzisionsstahlrohren, Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen, Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt) sowie - nur 1976 - die Kohlenwertstoffindustrie. Nur zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen der Wirtschaftszweig Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen), die Wirtschaftsgruppe Holzbearbeitung, ferner Hochofenwerke, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei.

Ferner zählen zum Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Zur Abgrenzung gegenüber den *ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie insgesamt* (Index des Auftragsbestands in der Industrie) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen																																
<p>1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe  ab 1970</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t :   Abteilung 2 der Systematik der Wirtschaftszweige (rev.), welche die Hauptgruppen <i>Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe,</i> <i>Investitionsgüter produzierendes Gewerbe,</i> <i>Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe</i> und <i>Nahrungs- und Genußmittelgewerbe</i> umfaßt.</p> <p>Im einzelnen rechnen hierzu in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, die Wirtschaftsgruppen</p> <table> <tr> <td>Mineralölverarbeitung</td><td>SYPRO-Nr. 22</td></tr> <tr> <td>Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen</td><td>" 24</td></tr> <tr> <td>Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden</td><td>" 25</td></tr> <tr> <td>Eisenschaffende Industrie</td><td>" 27</td></tr> <tr> <td>NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke</td><td>" 28</td></tr> <tr> <td>Gießerei</td><td>" 29</td></tr> <tr> <td>Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik, a.n.g.</td><td>" 30</td></tr> <tr> <td>Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahr- zeugbau</td><td>" 31</td></tr> <tr> <td>Maschinenbau</td><td>" 32</td></tr> <tr> <td>Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraft- fahrzeugen usw.</td><td>" 33</td></tr> <tr> <td>Schiffbau</td><td>" 34</td></tr> <tr> <td>Luft- und Raumfahrzeugbau</td><td>" 35</td></tr> <tr> <td>Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt</td><td>" 36</td></tr> <tr> <td>Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren</td><td>" 37</td></tr> <tr> <td>Herstellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren</td><td>" 38</td></tr> <tr> <td>Herstellung von Musikinstrumenten, Spiel- waren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors</td><td>" 39</td></tr> </table>	Mineralölverarbeitung	SYPRO-Nr. 22	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	" 24	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	" 25	Eisenschaffende Industrie	" 27	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	" 28	Gießerei	" 29	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik, a.n.g.	" 30	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahr- zeugbau	" 31	Maschinenbau	" 32	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraft- fahrzeugen usw.	" 33	Schiffbau	" 34	Luft- und Raumfahrzeugbau	" 35	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	" 36	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	" 37	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	" 38	Herstellung von Musikinstrumenten, Spiel- waren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	" 39
Mineralölverarbeitung	SYPRO-Nr. 22																																
Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	" 24																																
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	" 25																																
Eisenschaffende Industrie	" 27																																
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	" 28																																
Gießerei	" 29																																
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik, a.n.g.	" 30																																
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahr- zeugbau	" 31																																
Maschinenbau	" 32																																
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraft- fahrzeugen usw.	" 33																																
Schiffbau	" 34																																
Luft- und Raumfahrzeugbau	" 35																																
Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	" 36																																
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	" 37																																
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	" 38																																
Herstellung von Musikinstrumenten, Spiel- waren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	" 39																																



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Chemische Industrie	SYPRO-Nr. 40
Herstellung von Büromaschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	" 50
Feinkeramik	" 51
Herstellung und Verarbeitung von Glas	" 52
Holzbearbeitung	" 53
Holzverarbeitung	" 54
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	" 55
Papier- und Pappeverarbeitung	" 56
Druckerei, Vervielfältigung	" 57
Herstellung von Kunststoffwaren	" 58
Gummiverarbeitung	" 59
Ledererzeugung	" 61
Lederverarbeitung	" 62
Textilgewerbe	" 63
Bekleidungsgewerbe	" 64
Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)	" 65
Ernährungsgewerbe	" 68
Tabakverarbeitung	" 69

Zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Wirtschaftsgruppen tätig sind.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Zum Wirtschaftsbereich *Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe* (Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) rechnet neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch der Bergbau.

2.1 Index der  
Nettoproduktion für  
das Produ-  
zierende  
Gewerbe  
ab 1970

<b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Wie unter 1., aber im wesentlichen ohne die Wirtschaftsgruppen	
Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	SYPRO-Nr. 24
Luft- und Raumfahrzeugbau	" 35
Reparatur von Gebrauchsgütern(ohne elektrische Geräte für den Haushalt)	" 65

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2.2 Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe  
ab 1970

Zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Wirtschaftsgruppen tätig sind.

Nachgewiesen werden die *Indizes der Nettoproduktion* für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile, der *Index der Arbeitsproduktivität* sowie eine Meßgröße über die Entwicklung der *Löhne und Gehälter je Produkteinheit*, jeweils für das Verarbeitende Gewerbe.

**Änderungen im Zeitablauf:** Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Dabei handelt es sich um Produktionsindizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile. Hinsichtlich der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens ist dieses Indexsystem grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen 1).

**Begriffsbeziehungen:** Zum Wirtschaftsbereich *Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe* rechnet neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch der Bergbau.

Zum Wirtschaftsbereich *Produzierendes Gewerbe* rechnen neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch der Bergbau, die Elektrizitäts- und Gasversorgung und das Bauhauptgewerbe.

Das Verarbeitende Gewerbe und die *Verarbeitende Industrie* sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Verarbeitenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden, zur Verarbeitenden Industrie dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht.

Nur zum Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe rechnen im wesentlichen Steinbildhauerei, Steinmetzerei, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Lackierung von Straßen-

1) Siehe hierzu Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

fahrzeugen, Möbel- und Matratzenpolsterei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung (einschl. Reparatur), Maßschneiderei, Bäckerei, Fleischerei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabriksschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbständige Einheiten anzusehen sind. Nur unter dem Wirtschaftsbereich Verarbeitende Industrie sind im wesentlichen die folgenden Wirtschaftszweige berücksichtigt: Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton sowie aus Holz im Hochbau und Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen.

Ferner zählen zum Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

3. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe  
1977 bis 1984

**B e g r i f f s i n h a l t :** Wirtschaftsbereich, der ausgewählte Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige aus dem *Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe*, *Investitionsgüter produzierenden Gewerbe* und *Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe* in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.

Im einzelnen zählen dazu die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden  
SYPRO-Nr. 25  
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke  
(ohne Herstellung von Stahlrohren) " 2711  
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei " 2910  
Ziehereien, Kaltwalzwerke " 3011, 3015  
Papier- und Pappeerzeugung " T.a. 55  
Herstellung von Präzisionsstahlrohren " 2720  
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau " 31  
Maschinenbau " 32

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERARBEITENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Herstellung von Liefer- und Lastkraft- wagen, Kommunalfahrzeugen, Omnibussen, Obussen	SYPRO-Nr. T.a. 3313
Schiffbau	" 34
Herstellung von starkstrom-, nachrich- ten- und informationstechnischen Erzeugnissen	" T.a. 36
Feinmechanik, Optik (ohne Herstellung von Uhren)	" 3711-3760
Herstellung von Schuhen	" 6251
Textilgewerbe	" 63
Bekleidungsgewerbe	" 64

Zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen,  
die in diesen Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.

Nachgewiesen wird der *Index des Auftragsbestands* für das  
Verarbeitende Gewerbe.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Begriffe Ver-  
arbeitendes Gewerbe und *ausgewählte Zweige der Verarbeiten-  
den Industrie insgesamt* (Index des Auftragsbestands in der  
Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede erge-  
ben sich im wesentlichen daraus, daß zum Verarbeitenden Ge-  
werbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt wer-  
den, zu den ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Indu-  
strie dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Ver-  
zeichnis zum monatlichen Industriebericht. Nur zum Verar-  
beitenden Gewerbe rechnen im wesentlichen die Wirtschafts-  
zweige Herstellung von Schleifmitteln und Verarbeitung von  
Asbest sowie Steinbildhauerei und Steinmetzerei, Herstellung  
von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und  
Einrichtungen, Maßschneiderei, Maßanfertigung von Bekleidung  
und von Schuhen und Matratzenpolsterei. Nur zu den ausge-  
wählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie rechnen im we-  
sentlichen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus  
Beton im Hochbau und Installation von Heizungs-, Lüftungs-,  
Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen.

Ferner zählen zum Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksun-  
ternehmen, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; da-  
gegen rechnen solche Unternehmen in der Regel nicht zur  
Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

VERARBEITENDES GEWERBE (OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELGEWERBE)

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Indizes des Auf- tragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe ab 1977	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wirtschaftsbereich, der die Wirtschaftsgruppen <i>Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe,</i> <i>Investitionsgüter produzierendes Gewerbe und</i> <i>Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe</i> in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.</p> <p>Im einzelnen rechnen hierzu die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige</p> <p>Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ausgewählte Wirtschafts- zweige) <span style="float:right">SYPRO-Nr. T.a. 25</span></p> <p>Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke <span style="float:right">" 2711</span> (ohne Herstellung von Stahlrohren)</p> <p>Herstellung von Stahlrohren (ohne Prä- zisionsstahlrohre) (ab Basis 1976) <span style="float:right">" 2715</span></p> <p>NE-Metallhalbzeugwerke <span style="float:right">" 2850</span></p> <p>Eisen-, Stahl- und Tempergießerei <span style="float:right">" 2910</span></p> <p>Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlver- formung <span style="float:right">" 3011-3025</span></p> <p>Stahl- und Leichtmetallbau, Schienen- fahrzeugbau (ausgewählte Wirtschafts- zweige) <span style="float:right">" T.a. 31</span></p> <p>Maschinenbau <span style="float:right">" 32</span></p> <p>Straßenfahrzeugbau (ausgewählte Wirt- schaftszweige) <span style="float:right">" T.a. 33</span></p> <p>Schiffbau <span style="float:right">" 34</span></p> <p>Elektrotechnik (ausgewählte Wirtschafts- zweige) <span style="float:right">" 3610-3670</span></p> <p>Feinmechanik, Optik (ohne Herstellung von Uhren) <span style="float:right">" 3711-3760</span></p> <p>Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (ausgewählte Wirtschafts- zweige) <span style="float:right">" T.a. 38</span></p> <p>Chemische Industrie <span style="float:right">" 40</span></p> <p>Herstellung von Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen <span style="float:right">" 50</span></p> <p>Feinkeramik <span style="float:right">" 51</span></p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

VERARBEITENDES GEWERBE (OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELGEWERBE)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Herstellung und Verarbeitung von Glas	SYPRO-Nr.	52
Holzbearbeitung (ab Basis 1976)	"	53
Herstellung von Holz- und Polster- möbeln	"	5421-5424
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	"	55
Papier- und Pappeverarbeitung	"	56
Druckerei, Verfielfältigung (ab Basis 1976)	"	57
Herstellung von Kunststoffwaren	"	58
Gummiverarbeitung (ab Basis 1976)	"	59
Ledererzeugung	"	61
Lederverarbeitung (ab Basis 1976) bzw. Herstellung von Schuhen (Basis 1970)	"	62 bzw. 6251
Textilgewerbe (ausgewählte Wirt- schaftszweige)	"	T.a. 63
Bekleidungsgewerbe (ausgewählte Wirtschaftszweige)	"	T.a. 64

Nachgewiesen werden der *Index des Auftragseingangs*, der *Index des Umsatzes* und der *Anteil des Auftragseingangs am Umsatz*.

Bei der Indexberechnung auf Basis 1970 = 100 ist das Gewichtungsschema zur Ermittlung dieser Indizes für das Verarbeitende Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) so gestaltet, daß die o. g. ausgewählten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige das gesamte Verarbeitende Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) repräsentieren. Bei der Indexberechnung auf Basis 1976 und 1980 = 100 repräsentieren die Indizes für das Verarbeitende Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) dagegen nur die o.g. ausgewählten Zweige.

Zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Das Verarbeitende Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) und die *Verarbeitende Industrie (ohne Nahrungs- und Genußmittel-*

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

VERARBEITENDES GEWERBE (OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELGEWERBE)

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

*industrien*) (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Verarbeitenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zur Verarbeitenden Industrie dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt sind. Nur zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen der Wirtschaftszweig Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen), die Wirtschaftsgruppe Holzbearbeitung, ferner Hochofenwerke, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei. Nur zur Verarbeitenden Industrie rechnen im wesentlichen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau, Herstellung von Präzisionsstahlrohren, Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen, Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt) sowie - nur 1976 - die Kohlenwertstoffindustrie.

Ferner zählen zum Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

VERARBEITUNGSWEIN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Weinbestands-  
statistik  
ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Erzeugnis, das ausschließlich durch vollständige oder teilweise alkoholische Gärung der frischen, auch eingemaischten Weintrauben oder des Traubenmostes gewonnen wurde, für die Verarbeitungszwecke spezielle Eigenschaften aufweist und nicht für den direkten menschlichen Verzehr bestimmt ist.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

VERÄÜSSERUNG VON BETEILIGUNGEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7009

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- |   |   |
|---|---|
| 1. Jahresrechnungs-<br>statistik<br>ab 1974                       | B e g r i f f s i n h a l t :    Einnahmeart mit Einnahmen<br>aus der Veräußerung von Aktien, Geschäftsanteilen, Bezugs-<br>rechten und aus Rückflüssen von Eigenkapital.   |
| 2. Haushaltsansatz-<br>statistik<br>ab 1970                       | In der Vierteljahresstatistik liegen für die Gemeinden/Gv.<br>keine gesonderten Angaben vor.  |
| 3. Vierteljahres-<br>statistik der<br>Finanzwirtschaft<br>ab 1974 | Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    In der<br>Haushaltsansatzstatistik bis 1973 sind die Einnahmen der<br>Gemeinden/Gv. aus Veräußerungen von Beteiligungen nicht<br>hier, sondern bei den <i>Entnahmen aus Rücklagen</i> nachgewie-<br>sen. |

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  VERÄUSSERUNG VON SACHVERMÖGEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7009

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

- |   |   |
|---|---|
| 1. Jahresrechnungs-<br>statistik<br>ab 1950                       | B e g r i f f s i n h a l t :    Einnahmeart mit Einnahmen<br>aus   |
| 2. Haushaltsansatz-<br>statistik<br>ab 1970                       | - der Veräußerung von unbeweglichen Sachen (z.B. Grund-<br>stücke), Abfindungen aus Anlaß von Gebietsänderungen<br>- dem Verkauf von beweglichen Sachen, die als Vermögen<br>erfaßt wurden oder deren Verkaufserlös im Einzelfall<br>eine bestimmte Wertgrenze überschreitet. |
| 3. Vierteljahres-<br>statistik der<br>Finanzwirtschaft<br>ab 1974 | In der Vierteljahresstatistik liegen für die Gemeinden/<br>Gv. keine gesonderten Angaben vor.   |

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden  
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig ("verbrauchsreif") angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten gekauft werden (ohne Nahrungs- und Genußmittel).

Als technisch fertig gelten Waren/Güter, die voraussichtlich keiner weiteren Be- oder Verarbeitung im gewerblichen Produktionsbereich unterliegen, sondern zur letzten Verwendung bestimmt sind. Als Be- oder Verarbeitung gilt jede Umformung von Stoffen, jede Verbindung mit anderen Stoffen sowie der Einbau von Teilen.

Die Verbrauchsgüter umfassen ausgewählte Waren-/Güterarten (Sechssteller) aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.

Bei der Auswahl der Waren/Güter wird so vorgegangen, daß anhand des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken zunächst alle eindeutigen Vorprodukte (technisch nicht fertige Waren) ausgesondert und von den eindeutigen Fertigwaren die klar bestimmbaren Verbrauchsgüter bzw. *Investitionsgüter* festgestellt werden. Da von dem verbleibenden Rest eine größere Anzahl von Waren nicht nur als Vorprodukte, sondern auch als Fertigwaren Verwendung finden und von letzteren wiederum ein Teil sowohl Verbrauchsgut als auch Investitionsgut sein kann, werden die verbleibenden Waren nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet. Die Personenkraftwagen werden nach anderen, in den einzelnen Statistiken unterschiedlichen Kriterien zugeordnet.

Zu den Verbrauchsgütern zählen nicht nur kurzlebige, sondern auch langlebige Wirtschaftsgüter ("Gebrauchsgüter"). Einbezogen sind auch Waren, die im Haushalt selbst noch weiter be- oder verarbeitet werden (z.B. Strickgarne).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht zu den Verbrauchsgütern zählen Nahrungs- und Genußmittel sowie Blumen und Zierpflanzen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Auswahl der zu den Verbrauchsgütern rechnenden Waren, die auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, vorgenommen wurde, unterscheidet sich wesentlich von der Auswahl der Güter nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegenüber den *Verbrauchs- und Gebrauchsgütern* (Statistik der Verbraucherpreise) siehe dort.

Zur Abgrenzung gegenüber den *Erzeugnissen der Verbrauchs-güterindustrien* (Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise) siehe dort.

- 1.1 Index der industriellen Brutto-  
produktion  
für Investi-  
tions- und Ver-  
brauchsgüter

1962 bis 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Das Gewichtungsschema, das zur Berechnung des nach Investitions- und Verbrauchsgütern gegliederten *Index der Brutto-  
produktion* bzw. des *Index der industriellen Brutto-  
produktion* verwendet wird, wurde aus den Brutto-  
produktionswerten aller Waren-/Güterarten, die als Verbrauchsgüter gelten, ermittelt.

Die Fortschreibung der Reihen erfolgt durch - für die Gesamtheit der Verbrauchsgüter annähernd repräsentative - Erzeugnisreihen des Produktions-Eilberichts.

- 1.2 Index der Brutto-  
produktion  
für Investi-  
tions- und Ver-  
brauchsgüter

ab 1970

Brutto-  
produktionsindizes werden im besonderen für folgende Waren/Güter nachgewiesen: Straßenfahrzeuge (soweit Verbrauchsgut), *elektrotechnische Verbrauchsgüter, chemische Verbrauchsgüter, Schuhe, Möbel, Textilien und Bekleidung* sowie sonstige im Index erfaßte Verbrauchsgüter.

Die Personenkraftwagen werden nach der Zulassungsstatistik den Verbrauchs- oder Investitionsgütern zugeordnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Statistik der  
Erzeugerpreise  
gewerblicher  
ProdukteJanuar 1968  
bis Juni 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammengefaßt werden Verbrauchsgüter, für die im Rahmen der laufenden Statistiken Preise erhoben werden. Von den rund 760 Warenarten, die als Verbrauchsgüter gelten, werden rund 250 berücksichtigt.

3.1 Außenhandels-  
statistik  
ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Waren-/Güterauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttonproduktion für Investitionsgüter getroffen wurde.

3.2 Statistik der  
Außenhandels-  
preise  
ab 1954

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren/Güter in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Warennummern des WA, die nicht genau mit den entsprechenden Waren-/Güterarten des WI bzw. GP übereinstimmen, werden nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet.

Außenhandelsindizes werden in der Außenhandelsstatistik im besonderen für folgende Waren nachgewiesen: *Straßenfahrzeuge* (soweit Verbrauchsgut), *elektrotechnische Verbrauchsgüter*, *chemische Verbrauchsgüter*, *Möbel*, *Schuhe*, *Textilien* und *Bekleidung* sowie *sonstige im Index erfaßte Verbrauchsgüter*.

Die Personenkraftwagen werden nach der Größe des Hubraums den Verbrauchs- oder Investitionsgütern zugeordnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1.1 Index der industriellen Netto- produktion 1962 bis 1976	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe der <i>Verarbeitenden Industrie</i>, welche die Industriegruppen</p> <p>Feinkeramische Industrie <span style="float: right;">IB-Nr. 51</span></p> <p>Glasindustrie <span style="float: right;">" 52</span></p>
1.2 Index der Arbeitsproduktivität 1962 bis 1976	<p>Holzverarbeitende Industrie <span style="float: right;">" 54</span></p> <p>Musikinstrumenten-, Spielwaren-, Schmuck- waren- und Sportgeräte-Industrie <span style="float: right;">" 39</span></p> <p>Papier- und pappeverarbeitende Industrie <span style="float: right;">" 56</span></p> <p>Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie <span style="float: right;">" 57</span></p> <p>Kunststoffverarbeitende Industrie <span style="float: right;">" 58</span></p> <p>Ledererzeugende Industrie <span style="float: right;">" 61</span></p> <p>Lederverarbeitende Industrie und Schuh- industrie <span style="float: right;">" 62</span></p> <p>Textilindustrie <span style="float: right;">" 63</span></p> <p>Bekleidungsindustrie <span style="float: right;">" 64</span></p>
	<p>in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.</p>
	<p>Nachgewiesen werden der <i>Index der industriellen Nettoproduktion</i> sowie der <i>Index der Arbeitsproduktivität</i>.</p>
	<p>Bei der Berechnung des Index der industriellen Nettoproduktion wird anstelle der gesamten Glasindustrie lediglich die hohlglaserzeugende und -veredelnde Industrie einbezogen.</p>
	<p>Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industrie- gruppen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Ver- brauchsgüterindustrien.</p>
	<p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich ge- ringfügige Änderungen.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Die Verbrauchsgüterindustrien und das *Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe* sind, soweit Indizes der Nettoproduktion nachgewiesen werden, vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Verbrauchsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den Verbrauchsgüterindustrien rechnen im wesentlichen Herstellung von Schleifmitteln und Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau. Nur zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen im wesentlichen Herstellung von Füllhaltern, Foto- und Film-labors, Möbelpolsterei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei.

Ferner zählen zum Verbrauchsgüter produzierenden **Gewerbe** auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen diese Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Zur Abgrenzung gegenüber den Verbrauchsgüterindustrien in der Statistik des Auftragseingangs in der Industrie siehe unter 2.

2. Index des Auf-  
tragseingangs  
in der Indu-  
strie

1962 bis 1976

**B e g r i f f s i n h a l t :** Hauptgruppe der Verarbeitenden Industrie, welche die Industriegruppen bzw. -zweige

Feinkeramische Industrie	IB-Nr. 51
Glasindustrie	" 52
Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie	" 5420
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	" 56
Kunststoffverarbeitende Industrie	" 58
Ledererzeugende Industrie	" 61
Schuhindustrie	" 6250
Textilindustrie	" 63
Bekleidungsindustrie	" 64

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen werden der *Index des Auftragseingangs*, der *Index des Umsatzes* und der *Anteil des Auftragseingangs am Umsatz*.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Verbrauchsgüterindustrien.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Verbrauchsgüterindustrien in der Statistik des Auftragseingangs in der Industrie und Verbrauchsgüterindustrien im Index der industriellen Nettoproduktion sind unterschiedlich abgegrenzt.

Die Verbrauchsgüterindustrien und das *Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe* im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das *Verarbeitende Gewerbe* sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Verbrauchsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den Verbrauchsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Herstellung von Schleifmitteln. Nur zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen der Wirtschaftszweig Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen), ferner Druckerei und Vervielfältigung, Möbelpolsterei, Herstellung von Korbmöbeln, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei.

Ferner zählen zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nur zu den Verbrauchsgüterindustrien in der Abgrenzung des Index der industriellen Nettoproduktion rechnen die Industriezweige Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie, Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, lederverarbeitende Industrie sowie Teile der holzverarbeitenden Industrie (Holzbauten-, Holzbauteile-, Holzverpackungsmittel-, sonstige Holzwaren-, Korbmöbel-, Korb-, Flechtwaren-, Pinsel-, Besen-, **Bürsten**-, Kork-, Schnitzstoff-, Formstoffindustrie). Andererseits ist im Index der industriellen Nettoproduktion anstelle der gesamten Glasindustrie nur die hohlglaserzeugende und -veredelnde Industrie enthalten.

Zur Abgrenzung gegenüber den *ausgewählten Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien* (Index des Auftragsbestands in der Industrie) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ab 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe des <i>Verarbeitenden Gewerbes</i>, welche die Wirtschaftsgruppen</p> <p>Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors</p> <p style="text-align: right;">SYPRO-Nr. 39</p> <p>Feinkeramik " 51</p> <p>Herstellung und Verarbeitung von Glas " 52</p> <p>Holzverarbeitung " 54</p> <p>Papier- und Pappeverarbeitung " 56</p> <p>Druckerei, Vervielfältigung " 57</p> <p>Herstellung von Kunststoffwaren " 58</p> <p>Ledererzeugung " 61</p> <p>Lederverarbeitung " 62</p> <p>Textilgewerbe " 63</p> <p>Bekleidungsgewerbe " 64</p> <p>Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt) " 65</p> <p>in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.</p> <p>Zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in den genannten Wirtschaftsgruppen tätig sind.</p>
2. Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe ab 1977	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe des <i>Verarbeitenden Gewerbes</i>, in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979.</p> <p>Bei der Ermittlung des <i>Index des Auftragseingangs</i> und des <i>Index des Umsatzes</i> werden nur ausgewählte Zweige des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes einbezogen (in Klammern die jeweilige SYPRO-Nummer):</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Feinkeramik (51);  
 Herstellung und Verarbeitung von Glas (52);  
 Herstellung von Holz- und Polstermöbeln (5421, 5424);  
 Papier- und Pappeverarbeitung (56);  
 Druckerei, Vervielfältigung (ab Basis 1976) (57);  
 Herstellung von Kunststoffwaren (58);  
 Ledererzeugung (61);  
 Lederverarbeitung (ab Basis 1976) (62) bzw. Herstellung von Schuhen (Basis 1970) (6251);  
 Textilgewerbe (und zwar: Wollspinnerei (6311); Baumwollspinnerei (6312), Seidenspinnerei (6313), Wollweberei, a.n.g. (6331), Baumwollweberei, a.n.g. (6332), Seidenweberei, a.n.g. (6333), Leinen-, Hanf- und Ramieaufbereitung und -verarbeitung (6354), Jutespinnerei und -weberei (6355), Herstellung von Gardinenstoff (6361), Herstellung von Möbel- und Dekorationsstoff (6365), Wirkerei, Strickerei (6370), Herstellung von Teppichen u.ä., beschichtetem Gewebe (6380), Veredlung von Textilien (6391), sonstiges Textilgewebe, a.n.g. (6399));  
 Bekleidungsgewerbe (und zwar: Herstellung von Herren-, Damen- und Kinderoberbekleidung (6413-6414), Herstellung von Herren-, Damen- und Kinderwäsche (6421), Herstellung von Haus-, Bett- und Tischwäsche (6425)).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs und die *Verbrauchsgüterindustrien* (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den Verbrauchsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur in den Verbrauchsgüterindustrien enthalten ist im wesentlichen die Herstellung von Schleifmitteln. Nur zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rech-

## Statistisches Informationssystem des Bundes

- Definitionskatalog -

**Begriff:**

VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>nen - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen der Wirtschaftszweig Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen), ferner Druckerei und Vervielfältigung, Möbelpolsterei, Herstellung von Korbmöbeln, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei.</p> <p>Ferner zählen zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.</p> <p>Zur Abgrenzung gegenüber dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe siehe unter 4.</p>
3.1 Index der Netto- produktion für das Produzie- rende Gewerbe ab 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Hauptgruppe des Verarbeitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen</p> <p>Herstellung von Musikinstrumenten, Spiel- waren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors</p>
3.2 Index der Ar- beitsprodukti- vität für den Bergbau und das Verarbei- tende Gewerbe ab 1970	<p>Feinkeramik</p> <p>Herstellung, Verarbeitung und Veredlung von Hohlglas</p> <p>Holzverarbeitung</p> <p>Papier- und Pappeverarbeitung</p> <p>Druckerei, Vervielfältigung</p> <p>Herstellung von Kunststoffwaren</p> <p>Ledererzeugung</p> <p>Lederverarbeitung</p> <p>Textilgewerbe</p> <p>Bekleidungsgewerbe</p>
	<p>SYPRO-Nr. 39</p> <p>" 51</p> <p>" T.a.52</p> <p>" 54</p> <p>" 56</p> <p>" 57</p> <p>" 58</p> <p>" 61</p> <p>" 62</p> <p>" 63</p> <p>" 64</p>
	<p>in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nachgewiesen werden der Index der Nettoproduktion für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile, der Index der Arbeitsproduktivität sowie eine Meßgröße über die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Produkteinheit für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe.

Zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Dabei handelt es sich um Produktionsindizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile. Hinsichtlich der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens ist dieses Indexsystem grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen 1).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und die *Verbrauchsgüterindustrien* sind, soweit Indizes der Nettoproduktion nachgewiesen werden, vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den Verbrauchsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen im wesentlichen Herstellung von Füllhaltern, Foto- und Filmlabors, Möbelpolsterei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei. Nur zu den Verbrauchsgüterindustrien rechnen im wesentlichen Herstellung von Schleifmitteln und Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau.

Ferner zählen zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

1) Siehe hierzu Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERBRAUCHSGÜTER PRODUZIERENDES GEWERBE

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen						
<p>4. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe</p> <p>1977 bis 1984</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Hauptgruppe des Verarbeitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige</p> <table border="0"> <tr> <td>Herstellung von Schuhen</td><td>SYPRO-Nr. 6251</td></tr> <tr> <td>Textilgewerbe</td><td>" 63</td></tr> <tr> <td>Bekleidungsgewerbe</td><td>" 64</td></tr> </table> <p>in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.</p> <p>Nachgewiesen wird der <i>Index des Auftragsbestands</i> für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe.</p> <p>Zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Begriffe Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe und <i>ausgewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien</i> (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den ausgewählten Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen im wesentlichen Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei.</p> <p>Ferner zählen zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.</p> <p>Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe einerseits und im Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe andererseits sind unterschiedlich abgegrenzt. Zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe beim Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe rechnen - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - die meisten Wirtschaftszweige, die in der Statistik des Auftragsbestandes zusammengefaßt sind, darüber hinaus aber auch die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas, Herstellung von Holz- und Polstermöbeln, Papier- und Pappeverarbeitung, Druckerei und Vervielfältigung, Herstellung von Kunststoffwaren, Ledererzeugung und Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen).</p>	Herstellung von Schuhen	SYPRO-Nr. 6251	Textilgewerbe	" 63	Bekleidungsgewerbe	" 64
Herstellung von Schuhen	SYPRO-Nr. 6251						
Textilgewerbe	" 63						
Bekleidungsgewerbe	" 64						

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK - Nr:
VERBRAUCHSLÄNDER		GBK - Nr(n): 575
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Außenhandels- statistik 01.01.50	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Länder, in denen Waren, die von der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) ausgeführt werden, ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden sollen.</p> <p>Bei Waren, deren Verbrauchs-(Bestimmungs-)land nicht bekannt ist, wird das letzte bekannte Land angegeben, in das die Waren verbracht werden sollen.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  VERKEHR INNERHALB DES BUNDESGBIETES	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 903
<b>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</b>	<b>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Eisenbahnstatistik <b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Beförderungen von Gütern (Statistik der Personen- und Gü- von einem Ort im Bundesgebiet zu einem anderen Ort im terbeförderung auf Bundesgebiet. Eisenbahnen)            ab 1966</li> <li>2. Statistik des ge- Der Verkehr zwischen Binnen- und Küstenhäfen des Bundes- werblichen Güter- gebietes wird sowohl in Statistik des Schiffs- und Gü- und Möbelfernver- terverkehrs auf den Binnenwasserstraßen als auch in der kehrs und des Statistik des Güterverkehrs über See als Verkehr inner- Werkfernverkehrs halb des Bundesgebietes erfaßt.            ab 1962</li> <li>3. Statistik des ge- werblichen Luft- verkehrs auf ausge- wählten Flugplätzen            ab 1962</li> <li>4. Rohrfernleitungs- statistik            ab 1962</li> <li>5. Statistik des Schiffs- und Gü- terverkehrs auf den Binnenwasser- straßen            ab 1962</li> <li>6. Statistik des Gü- terverkehrs über See            ab 1962</li> </ol>	



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

VERKEHR MIT GEBIETEN AUSSERHALB DES BUNDESGBIETES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des ge-      B e g r i f f s i n h a l t :    Gewerblicher Luftverkehr im  
werblichen Luftver-      grenzüberschreitenden Verkehr nach ausgewählten Ländern.  
kehrs auf ausgewähl-  
ten Flugplätzen

ab 1972

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

VERKEHR MIT GEBIETEN INNERHALB EUROPAS

**Datenquelle/  
Datennachweis****Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen**

Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Gewerblicher Luftverkehr im grenzüberschreitenden innereuropäischen Luftverkehr nach Ländern.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  VERKEHRSEINNAHMEN AUS PERSONENBEFÖRDERUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):  842

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der  
Personenbeförderung  
im Straßenverkehr  
01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Marktliche Entgelte für  
Beförderungsleistungen von *Unternehmen* im genehmigungspflich-  
tigen gewerblichen Straßenpersonenverkehr.

Zu den Beförderungsleistungen rechnen die Personenbe-  
förderung im genehmigungspflichtigen *Linienverkehr* und im  
*Gelegenheitsverkehr*; die Beförderungsleistungen im freige-  
stellten Schülerverkehr sind nicht eingeschlossen.

Marktliche Entgelte sind nur die beim Verkauf von Fahr-  
ausweisen für die Personenbeförderung im Straßenverkehr  
erzielten Einnahmen. In ihnen ist die Umsatz-(Mehrwert-)  
steuer in aller Regel enthalten. Beim Gelegenheitsverkehr  
sind auf Unterbringung und Verpflegung entfallende Beträge  
des Gesamtentgelts abgezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Verkehrs-  
einnahmen aus Personenbeförderung sind vergleichbar ab-  
gegrenzt wie die *Verkehrseinnahmen (Personen- und Gepäck-  
beförderung)* (Eisenbahnstatistik).

Die Verkehrseinnahmen aus Personenbeförderung sind voll-  
ständig im *Umsatz im Straßenpersonenverkehr* (Statistik  
der Personenbeförderung im Straßenverkehr) enthalten.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

VERKEHRSEINNAHMEN (AUS SCHIENEN-  
UND SCHIFFSVERKEHR)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

788

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik  
(Bestands- und  
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte für Beförderungs-  
leistungen, die von Eisenbahnunternehmen im Schienen- und  
Schiffsverkehr erbracht werden.

Zu den Verkehrsleistungen zählen die Beförderung von Personen  
und Gütern, nicht aber andere wirtschaftliche Tätigkeiten  
(Werbung, Verpachtung u.a.m.).

Die Verkehrseinnahmen umfassen die *Verkehrseinnahmen*  
(*Expreßgut-, Güterverkehr*) und die *Verkehrseinnahmen*  
(*Personen- und Gepäckbeförderung*).

In den Einnahmen aus Personen- und Gepäckverkehr sind die  
Einnahmen aus der Beförderung von Personen und Gepäck der  
Bundeswehr und der stationierten Streitkräfte nicht enthalten.

Die Verkehrseinnahmen werden einschl. Beförderungs- bzw.  
Umsatz- (Mehrwert-)steuer ausgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  VERKEHRSEINNAHMEN (EXPRESSGUT-, GÜTERVERKEHR)	DFK - Nr:  GBK - Nr(n): 819
--	--------------------------------------

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Eisenbahn-  
statistik  
(Statistik der  
Personen- und  
Güterbeförderung  
auf Eisenbahnen)

01.01.69

B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte für die Beförderungsleistung an Gütern einschl. Expresgut, die von Eisenbahnunternehmen im Schienen- und Schiffsverkehr erbracht werden.

Neben den Einnahmen aus der Beförderung von Gütern gehören dazu auch die Einnahmen aus dem Expresgutverkehr. Letztere sind Entgelte für Kleingut, das mit der Expresgutekarte abgefertigt und in der Regel in Reisezügen befördert wird.

Die Verkehrseinnahmen (Expresgut-, Güterverkehr) werden einschl. Beförderungs- bzw. Umsatz-(Mehrwert-)steuer nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Verkehrseinnahmen (Expresgut-, Güterverkehr) sind vergleichbar abgegrenzt wie die *Frachteinnahmen des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs* (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

VERKEHRSEINNAHMEN (PERSONEN-  
UND GEPÄCKBEFÖRDERUNG)

OFK - Nr:

GBK - Nr(n):

811

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahn-  
statistik  
(Statistik der  
Personen- und  
Güterbeförderung  
auf Eisenbahnen)

01.01.69

B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte für die Beförderungsleistungen an Personen einschl. Gepäck, die von Eisenbahnunternehmen im Schienen- und Schiffsverkehr erbracht werden.

Neben den Einnahmen aus Personenbeförderung gehören dazu auch Einnahmen aus dem Gepäckverkehr, zu denen alle Entgelte für abgefertigtes Gepäck (einschl. Fahrräder auf Fahrradkarten, Auto im Reisezug usw.) gehören.

In den Einnahmen aus Personen- und Gepäckverkehr sind die Einnahmen aus der Beförderung von Personen und Gepäck der Bundeswehr und der stationierten Streitkräfte nicht enthalten.

Die Verkehrseinnahmen (Personen- und Gepäckbeförderung) werden einschl. Beförderungs- bzw. Umsatz-(Mehrwert-)steuer nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Verkehrseinnahmen (Personen- und Gepäckbeförderung) sind vergleichbar abgegrenzt wie die *Verkehrseinnahmen aus Personenbeförderung* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERKEHRSFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Flächen, die dem Straßen-, Schienen-, Luft- oder Schiffsverkehr dienen.

Zu den nach allgemeiner Auffassung als *Straße* oder Weg bezeichneten Flächen gehören gewöhnlich auch die Trenn- und Seitenstreifen, Brücken, Gräben und Böschungen, Rad- und Gehwege, Parkstreifen und ähnliche Einrichtungen.

Als Platz werden Flächen bezeichnet, die zum Abstellen von Fahrzeugen, Abhalten von Märkten und Durchführen von Veranstaltungen dienen.

Schiffsverkehrsflächenbeinhalten nur Flächen zu Lande, die dem Schiffsverkehr dienen (z.B. Anlegestellen, Hafenanlagen).

Werkstraßen, Lagerplätze, Gleisanlagen und Verlade-rampen, die zu einem Betriebsgelände gehören, zählen dagegen nicht zur Verkehrsfläche, sondern werden bei den *Gebäude- und Freiflächen* für Gewerbe und Industrie nachgewiesen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  VERKEHRS- UND NACHRICHTENWESEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7008

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

- |  |   |
|--|---|
| 1. Jahresrechnungs-<br>statistik<br>ab 1950<br><br>2. Haushaltsansatz-<br>statistik<br>ab 1970 | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Aufgabenbereich mit den Ausgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- des Bundes und der Länder für die Verwaltung des Straßen- und Brückenbaues (z.B. Landesamt für Straßenbau, Straßenbaudirektion, Straßenbauamt, Autobahnamt), der Wasserstraßen und Häfen (z.B. Bundeswasser- und Schiff-fahrtsverwaltung, Wasserbauamt) und für sonstige Ver-waltungsbehörden (z.B. Kraftfahrt-Bundesamt, Bundesan-stalt für Straßenwesen);</li> <li>- für Unterhaltung und Betrieb, Baumaßnahmen von Bundes-autobahnen, Bundesstraßen, Landesstraßen, Kreisstraßen und Gemeindestraßen, für Parkhäuser, Bauhöfe der Stadt-staaten und sonstige Maßnahmen (z.B. Verkehrserziehung, Verkehrsunfallverhütung, verkehrswissenschaftliche Untersuchungen);</li> <li>- für Unterhaltung und Betrieb, Baumaßnahmen von Wasser-straßen und Häfen, Schifffahrtseinrichtungen, Lotsenwesen, Hydrographischer Dienst, Schleppdienst usw. und beson-dere Einrichtungen (z.B. Bundesanstalten für Wasserbau und für Gewässerkunde, Deutsches Hydrographisches Insti-tut); Beteiligungen an der Finanzierung des Ausbaues von Schifffahrtswegen durch Gesellschaften; Förderung der Binnen- und Seeschifffahrt (z.B. Abwrackhilfen, Darlehen und Zuschüsse zum Bau von Handels- und Seeschiffen);</li> <li>- für den schienengebundenen öffentlichen Personennahver-kehr (z.B. U-Bahn-Bauten, Verbilligung von Gasöl zum Betrieb schienengebundener Fahrzeuge);</li> <li>- für die Flugsicherheit (z.B. Bundesanstalt für Flug-sicherung, Luftfahrt-Bundesamt, Förderung des Luftreise-verkehrs mit Berlin, von Luftfahrt-Organisationen u.ä.);</li> <li>- für den Wetterdienst und das Nachrichtenwesen (z.B. An-stalt "Deutscher Wetterdienst", Rundfunkanstalten und Fernsehen) sowie für allgemeine Förderungsmaßnahmen des Verkehrs (z.B. Beihilfen zur Sicherung des Güterverkehrs nach Berlin, des Werkfernverkehrs mit Lastkraftwagen u.ä.).</li> </ul> |
|--|---|



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  VERKEHRS- UND NACHRICHTENWESEN	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b> 7008
<b>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</b>	<b>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</b>
	<p>Ausgaben im Zusammenhang mit der Deutschen Bundesbahn und Deutschen Bundespost sowie Ausgaben für Verkehrsunternehmen sind nicht hier, sondern im Aufgabenbereich <i>Wirtschaftsunternehmen</i> nachgewiesen.</p> <p>Ausgaben der Gemeinden/Gv. für die Förderung des Nahverkehrs, der Schifffahrt und des Luftverkehrs sind nicht hier, sondern im Aufgabenbereich <i>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</i> nachgewiesen.</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bis 1973 sind hier auch die Ausgaben der Gemeinden/Gv. für die Tiefbauverwaltung und die Bauhöfe enthalten, die ab 1974 in den Aufgabenbereichen <i>Politische Führung und zentrale Verwaltung</i> und <i>Kommunale Gemeinschaftsdienste</i> nachgewiesen werden.</p> <p>Bis 1973 sind hier auch die Ausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände für die Förderung des Nahverkehrs (Verkehrsunternehmen), der Schifffahrt und des Luftverkehrs nachgewiesen.</p> <p>In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERLETZTE PERSONEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>1. Statistik der Straßenverkehrsunfälle ab 1953</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Personen, die bei Unfällen im Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen Körperschäden erlitten haben.</p> <p>Verletzte Personen, die in eine Krankenanstalt aufgenommen werden, gelten als Schwerverletzte; erfolgt keine stationäre Behandlung, so gelten sie als Leichtverletzte.</p> <p>Unfälle, die Fußgänger allein betreffen (z.B. Sturz bei Glatteis) und Unfälle, die sich auf Privatgrundstücken ereignen, werden nicht erfaßt.</p> <p>Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer am Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen verletzt werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnübergängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die verletzten Zugreisenden sowohl in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle als auch in der Eisenbahnunfallstatistik berücksichtigt.</p> <p>Personen, die innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben, rechnen nicht zu den verletzten, sondern zu den <i>getöteten Personen</i>.</p>
<p>2. Eisenbahnunfallstatistik ab 1966</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Reisende, Bedienstete oder bahnfremde Personen, die bei Bahnunfällen verletzt werden.</p> <p>Erfaßt werden alle bei Zugentgleisungen oder Zugzusammenstößen oder durch persönliche Unfälle im Bereich von Eisenbahnen Verletzten, ebenso Wegebenutzer aller Art, die durch den Zugverkehr Verletzungen erleiden.</p> <p>Nicht in der Eisenbahnunfallstatistik, sondern in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle werden Personen erfaßt, die im Bereich von Stadtschnellbahnen, die nicht von der Deutschen Bundesbahn betrieben werden, von Straßenbahnen o.ä. verunglücken.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## VERLETZTE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer am Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen verletzt werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnübergängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die verletzten Insassen von Kraftfahrzeugen sowohl in der Eisenbahnunfallstatistik als auch in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle berücksichtigt.

Personen, die innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben, rechnen nicht zu den verletzten, sondern zu den *getöteten Personen*.

3. Statistik der  
Luftverkehrs-  
unfälle  
ab 1962

**B e g r i f f s i n h a l t :** Personen, die bei Flugverkehrs- oder Flugbetriebsunfällen ziviler Luftfahrzeuge verletzt werden.

Einbezogen werden alle Unfälle im gewerblichen und nicht-gewerblichen Luftverkehr, also auch Unfälle im privaten Reise-, Sportmotor- und Segelflugbetrieb, im Werksverkehr und Schulflugbetrieb, bei denen Menschen (Fahrgäste, Piloten, Angehörige des Flug- oder Bodenpersonals oder sonstige Personen) verletzt werden.

Berücksichtigt werden auch Unfälle bei der Abfertigung auf dem Vorfeld oder beim Rollen der Luftfahrzeuge, nicht aber Unfälle bei Wartungs- und Überholungsarbeiten in Werften und Reparaturhallen.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Bis einschl. 1968 rechneten Personen, die innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen starben, nicht zu den verletzten, sondern zu den *getöteten Personen*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

VERLETZTE PERSONEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

4. Statistik der  
Unfälle auf  
den Binnen-  
wasserstraßen

ab 1959

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Verkehrs-  
unfällen auf den Binnenwasserstraßen oder in den Binnen-  
häfen verletzt werden.

Einbezogen werden nur Unfälle im Schiffsverkehr (z.B. Zu-  
sammenstöße, Auflaufen), bei denen Mitglieder der Besat-  
zung, Fahrgäste oder sonstige Personen verletzt werden.  
Nicht einbezogen werden Schiffsbetriebsunfälle (z.B. Feuer,  
Explosionen) und andere Unfälle.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

VERLORENE ARBEITSTAGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

263

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Streiks und  
Aussperrungen

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Arbeitstage, die durch Streiks  
und/oder Aussperrungen verloren gehen (Ausfalltage).

In die Statistik der Streiks und Aussperrungen werden nur diejenigen Arbeitskämpfe einbezogen, an denen mindestens 10 Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauerten oder durch die - unter Berücksichtigung aller an der Arbeitseinstellung beteiligten bzw. von ihr betroffenen Arbeitnehmer - ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen entstanden ist.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  VERMÖGENSWIRKSAME LEISTUNG DES ARBEITGEBERS	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 6497

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte  
ab 1974

B e g r i f f s i n h a l t : Vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers sowie vermögenswirksam angelegte Teile des Arbeitslohns, den der Haushaltsvorstand durch seine Tätigkeit im Monat erzielt.

Das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (sog. 624-DM-Gesetz) begünstigt bis zum Höchstbetrag von 624 DM im Jahr die vermögenswirksame Anlage von Leistungen des Arbeitgebers oder von Teilen des Arbeitslohns durch Gewährung einer staatlichen Sparprämie. Nicht enthalten ist die Arbeitnehmer-Sparzulage, die der Position *einmalige Einkommensübertragungen* zugeordnet ist.

Haushaltsvorstand ist beim *Haushaltstyp 2: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen* dasjenige Haushaltsmitglied, das - i.d.R. alleiniger - Einkommensbezieher ist; beim *Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen* ist Haushaltsvorstand derjenige, der Hauptverdiener in der Familie ist.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

- Definitionskatalog -

**Begriff:**

## VERPACKUNGSMASCHINEN

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Index der Brutto- produktion für Investitions- und Verbrauchsgüter  ab 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgewählte Güter (Güterarten) aus der Güterklasse Verpackungsmaschinen                      Güterklasse 3247 des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den <i>Investitionsgütern</i> zählen.</p> <p>Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.</p> <p>Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Verpackungsmaschinen mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.</p> <p>Im wesentlichen zählen dazu:</p> <p>Sondermaschinen für die Herstellung von Blechpackungen, Abfüllmaschinen, Verschleißmaschinen, Einschlagmaschinen, Form-, Füll- und Verschleißmaschinen, Maschinen zum Reinigen, Trocknen und Abwehren von Mikroorganismen von Getränkepackungen, Verpackungsmaschinen sonstiger Art.</p>

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1147
VERPFLEGUNGSUMSATZ	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Gastgewerbe- statistik  ab 1963	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte für Verpflegungsleistungen, die von <i>Unternehmen</i> im Beherbergungsgewerbe erbracht werden.</p> <p>Zu Einzelheiten der Abgrenzung des <i>Umsatzes</i> in der Gastgewerbestatistik siehe dort.</p> <p>Der Verpflegungsumsatz umfaßt die Entgelte für Speisen und Getränke einschl. Bedienungsgeld, Getränke, Sekt- und Vergnügungssteuer, außerdem den Erlös aus dem Verkauf über die Straße.</p> <p>Der bei Voll- oder Halbpension auf Übernachtung mit Frühstück entfallende Erlösanteil ist nicht im Verpflegungsumsatz enthalten.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 war das Entgelt aus dem von den Übernachtungsgästen eingenommenen Frühstück im Verpflegungsumsatz enthalten.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Verpflegungsumsatz ist abzugrenzen vom <i>Übernachtungsumsatz</i> (Gastgewerbestatistik). Dazu zählen neben den Entgelten für die reinen Übernachtungsleistungen auch die bei Halb- und Vollpension auf das Frühstück entfallenden Erlösanteile.</p>





Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 813
WAGENLADUNGSVERKEHR	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Eisenbahn- statistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)</p> <p>01.01.66</p>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Frachtpflichtige Beförderung von größeren, meist unverpackten Gütermengen, die als geschlossene Ladung auf einem Frachtbrief aufgegeben, vom Absender verladen und vom Empfänger ausgeladen werden.</p> <p>Die Art der transportierten Güter wird dem begleitenden Frachtbrief entnommen.</p> <p>Erfaßt werden alle von Eisenbahnunternehmen (Deutsche Bundesbahn, Nichtbundeseigene Eisenbahnen) transportierten Wagenlagungen mit Versand- und Empfangsort im Bundesgebiet (<i>Verkehr innerhalb des Bundesgebietes</i>), mit Versandort im Bundesgebiet (<i>Versand nach Gebieten außerhalb des Bundesgebietes</i>), mit Empfangsort im Bundesgebiet (<i>Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes</i>) sowie Gütertransporte, die durch das Bundesgebiet nur durchgehen (<i>Durchgangsverkehr</i>).</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Im Unterschied zum Wagenladungsverkehr werden beim <i>Stückgutverkehr</i> und beim <i>Expreßgutverkehr</i> (beide Eisenbahnstatistik) einzelne Frachtstücke befördert - beim Stückgutverkehr in Güterwagen, beim Expreßgutverkehr in Gepäckwagen von Reisezügen. Im Unterschied zum Wagenladungsverkehr ist der <i>Dienstgutverkehr</i> (Eisenbahnstatistik) nicht frachtpflichtig.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WAHLBERECHTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Bundestags-  
wahlstatistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag (der Bundestagswahl)

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 13 des Bundeswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der genannten Voraussetzung auch Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches des Bundeswahlgesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.

Als Wohnung im Sinne des Bundeswahlgesetzes gilt jeder umschlossene Raum, der zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird. Weitere Einzelheiten sind § 12 Abs. 3 und 4 Bundeswahlgesetz<sup>1)</sup> zu entnehmen.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind z.B. Personen, die unmündig sind oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft stehen, sofern sie nicht durch eine Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts nachweisen, daß die Pflegschaft aufgrund ihrer Einwilligung angeordnet wurde, die nicht nur einstweilig in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind, oder die infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzen. Zu weiteren Einzelheiten siehe § 13 Bundeswahlgesetz<sup>1)</sup>.

Die Wahlberechtigten werden getrennt nach Wahlkreisen nachgewiesen. In jedem Wahlkreis sind nur die Personen wahlberechtigt, die dort ins Wählerverzeichnis eingetragen sind.

1) Bundeswahlgesetz i.d.F.v. 1.9.1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert am 7. 12. 1982 (BGBl. I S. 1613).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WAHLBERECHTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ins Wählerverzeichnis werden alle Personen eingetragen, die die o.g. Voraussetzungen erfüllen und deren Wohnung bzw. - bei mehreren Wohnungen - deren Hauptwohnung im Wahlkreis liegt. Darüber hinaus werden besondere Regelungen für Bewohner von Seeschiffen, Binnenschiffen, Justizvollzugsanstalten und entsprechenden Einrichtungen getroffen. Bestimmte Personen können sich auch auf Antrag ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Zu Einzelheiten siehe §§ 16 - 18 der Bundeswahlordnung in der Fassung vom 8. November 1979 (BGBl. I S. 1805).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 war die Vollendung des 21. Lebensjahres Voraussetzung für die Wahlberechtigung.

2. Europawahl-  
statistik  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag (der Europawahl) das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag nach § 12 des Bundeswahlgesetzes besitzen. Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen des § 12 Bundeswahlgesetz auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG, die am Wahltag seit mindestens drei Monaten in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften eine Wohnung innehaben oder sich gewöhnlich aufhalten, nicht aus besonderen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen waren und auf Antrag im Bundesgebiet (ohne Berlin) (West)) in ein Wählerverzeichnis eingetragen worden sind.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WAHLBERECHTIGTE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wahlberechtigte mit Hauptwohnung im Land Berlin (West) können im übrigen Bundesgebiet wählen, wenn sie dort eine Nebenwohnung (Zweitwohnung) haben. Sie werden nur auf besonderen Antrag in das Wählerverzeichnis der Gemeinde der Nebenwohnung eingetragen.

Einzelheiten siehe § 6 Europawahlgesetz<sup>1)</sup>, §§ 12, 13 Bundeswahlgesetz<sup>2)</sup> und § 15 - 17 Europawahlordnung<sup>3)</sup>.

- 1) Europawahlgesetz vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709) geändert am 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1577).
- 2) Bundeswahlgesetz i.d.F. vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert am 7. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1613).
- 3) Europawahlordnung vom 23. August 1978 (BGBl. I S. 1405), geändert am 7. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1413).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WAHLEN ZUM EUROPAPARLAMENT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Europawahl-  
statistik  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Die erste Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland fand am 10. Juni 1979 statt. Die Wahlperiode dauerte vom Tag der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments am 17. Juli 1979 bis zum 23. Juli 1984.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WÄHLER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Bundestags-  
wahlstatistik  
ab 1949

2. Europawahl-  
statistik  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Anzahl der *Wahlberechtigten*,  
die an der Wahl teilgenommen haben - unabhängig davon, ob  
die von ihnen abgegebenen Stimmen gültig oder ungültig sind  
(siehe auch *abgegebene Stimmen*).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WAHLKREIS-SITZE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t :    Sitze, die die Parteien  
bzw. Einzelbewerber aufgrund der für sie abgegebenen  
*Erststimmen* erhalten (Direktmandate).

In jeden der 248 Wahlkreise wird ein Abgeordneter direkt  
gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der in einem Wahlkreis  
die meisten (relativ oder absolut) *Erststimmen* erhalten hat.

Siehe auch unter *Landeslisten-Sitze*.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WAHLKREIS- UND LANDESLISTENSITZE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1949

B e g r i f f s i n h a l t : Wahlkreis- und Landeslisten-  
sitze ist die Gesamtzahl der Sitze, die eine Partei - ent-  
weder durch Direktmandate (im Wahlkreis) oder über die Lan-  
deslisten errungen hat (siehe auch unter *Wahlkreissitze*,  
*Landeslistensitze*).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WAHL ZUM 8. DEUTSCHEN BUNDESTAG 1976

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
1976

B e g r i f f s i n h a l t : Die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag fand am 3. Oktober 1976 statt. Die Wahlperiode dauerte vom Tag der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 1976 bis zum 4. November 1980.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WAHL ZUM 9. DEUTSCHEN BUNDESTAG 1980

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
1980

B e g r i f f s i n h a l t : Die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag fand am 5. Oktober 1980 statt. Die Wahlperiode dauerte vom Tag der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. November 1980 nur bis zum 28. März 1983 wegen vorzeitiger Auflösung des Deutschen Bundestages.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WAHL ZUM 10. DEUTSCHEN BUNDESTAG 1983

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bundestagswahl-  
statistik  
1983

B e g r i f f s i n h a l t : Die Wahl zum 10. Deutschen Bundestag fand am 6. März 1983 statt. Die Wahlperiode begann am Tag der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. März 1983 und endet mit dem Zusammentritt eines neuen Deutschen Bundestages.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## WALDFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden  
StatistikenB e g r i f f s i n h a l t : Mit Waldbäumen bestockte  
Flächen.

Zur Waldfläche rechnen auch die Saat- und Pflanzgärten der Forstbetriebe, flächenmäßig nicht ausgeschiedene Wege und Schneisen unter fünf Metern Breite, Flächen mit verminderter Produktion (Nichtwirtschaftswald), Blößen (Kahlschlagflächen, die wieder aufgeforstet werden sollen) und unbestockte Flächen (z.B. Holzlagerplätze), deren Größe den Zuwachs nicht wesentlich mindert.

Nicht enthalten sind die Baumschulen einschließlich der Forstbaumschulen sowie Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes. Alle diese Pflanzungen werden unter der *landwirtschaftlich genutzten Fläche* erfaßt.

Nicht zur Waldfläche rechnen ferner alle innerhalb des Waldes gelegenen, dauernd als Acker, Wiese usw. genutzten Flächen, flächenmäßig ausgeschiedene Wege, Wasserläufe, Teiche, Öd- und Unlandflächen sowie bebaute Flächen. Auch Gebäude, Höfe und Gärten, die dem Waldbesitzer gehören oder der Forstverwaltung unterstellt sind, zählen nicht zur Waldfläche.

Die Waldfläche wird in der Agrarstatistik nach dem Betriebsprinzip erhoben und nachgewiesen, d.h. jeweils nach dem Ort des Betriebssitzes. Die Flächennachweisungen - vor allem für kleinere Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis) - lassen daher keinen unmittelbaren Rückschluß auf die tatsächliche Nutzung der Katasterfläche der jeweiligen Gebietseinheit zu. Aufgrund der Verwendung des Betriebsprinzips bei diesen Erhebungen werden auch die in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland belegenen Flächen einbezogen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Inland bewirtschaftet werden, nicht aber im Inland belegene Flächen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland bewirtschaftet werden. Die unterschiedliche Erhebungsweise führt vor allem bei den Flächen von Bundesforsten zu regional abweichenden Zuordnungen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## WALDFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Landwirtschafts-  
zählung 1971

**B e g r i f f s i n h a l t :** Nachgewiesen wird - je nach Darstellungseinheit - die von *land- und forstwirtschaftlichen Betrieben* bzw. die von Forstbetrieben bzw. die von *landwirtschaftlichen Betrieben* selbstbewirtschaftete Waldfläche, sofern diese Betriebe über eine Waldfläche oder eine *landwirtschaftlich genutzte Fläche* von mindestens 1 ha verfügen oder aber - bei einer geringeren Fläche - eine jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung von mindestens DM 4 000 aufweisen.

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen sowie land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Landwirtschaftliche Betriebe sind solche land- und forstwirtschaftliche Betriebe, deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt.

Forstbetriebe sind solche land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, deren Waldfläche größer als das Zehnfache ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche ist.

Die Flächennutzung wird nach dem Ort des Betriebssitzes erhoben und nachgewiesen, nicht nach der Belegenheit (vgl. oben).

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Siehe unter 2.

2. Bodennutzungs-  
vorerhebung

**B e g r i f f s i n h a l t :** Nachgewiesen wird einerseits - als Gliederungsposition der *Wirtschaftsfläche* - die von Betrieben bewirtschaftete sowie die außerhalb von Betrieben vorhandene Waldfläche, andererseits - beim Nachweis der Betriebsgrößenstruktur - die von *Forstbetrieben* selbstbewirtschaftete Waldfläche.

Zur Waldfläche als Teil der Wirtschaftsfläche rechnet sowohl die von Betrieben mit mehr als 0,5 ha Betriebsfläche und die von Kleinbetrieben selbstbewirtschaftete Waldfläche als auch die Waldfläche außerhalb der Betriebe (z.B. Waldfläche als auch die Waldfläche außerhalb der

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WALDFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Betriebe (z.B. Waldstücke von Wasserwerken, Transformatorstationen und dgl.).

Im Rahmen der Betriebsgrößenstruktur wird dagegen nur diejenige Waldfläche nachgewiesen, die von Forstbetrieben mit mindestens 0,5 ha Betriebsfläche selbst bewirtschaftet wird. Nicht einbezogen werden die Flächen der *landwirtschaftlichen Betriebe*, der Kleinbetriebe (mit weniger als 0,5 ha Gesamtfläche) und die Flächen außerhalb von Betrieben.

Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren Waldfläche größer als das Zehnfache ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche ist.

In der Gliederung der Wirtschaftsfläche wird die Waldfläche z.T. nach dem Betriebssitz erfaßt und nachgewiesen - nämlich für alle Flächen außerhalb dieser Betriebe. In der Betriebsgrößengliederung werden die Flächen grundsätzlich nach dem Ort des Betriebssitzes nachgewiesen (vgl. oben).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 rechneten auch die Pappelanlagen und alle Weihnachtsbaumkulturen zur Waldfläche.

Bis einschl. 1970 galt für die Abgrenzung der *Forstbetriebe* von den landwirtschaftlichen Betrieben ein anderes Kriterium. Vgl. dort.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : In der Abgrenzung der Waldfläche bestehen zwischen der Landwirtschaftszählung 1971 und der Bodennutzungsvorerhebung im wesentlichen keine Unterschiede. Die Waldfläche wird jedoch in der Bodennutzungsvorerhebung sowohl für den Bereich der Forstbetriebe als auch für den gesamten Bereich der Bodennutzung ausgewiesen, in der Landwirtschaftszählung für den Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, der Forstbetriebe sowie der landwirtschaftlichen Betriebe. Ferner ist zu berücksichtigen, daß in den beiden Statistiken

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## WALDFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

jeweils unterschiedliche Abschneidegrenzen bei der Einbeziehung der Betriebe aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft bestehen und daß in der Bodennutzungsvorerhebung bei der Flächenzuschätzung aufgrund anderer Erhebungseinheiten überwiegend nach dem Belegenheitsprinzip verfahren wird.

3. Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t : Mit Bäumen und Sträuchern bewachsene Flächen, die hauptsächlich forstwirtschaftlich genutzt werden.

Hierzu gehören auch Waldblößen, Pflanzgärten, Wildäsungsflächen u.dgl.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WARENAUSFUHR

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1950

**B e g r i f f s i n h a l t :** Verbringen von Waren aus dem Erhebungsgebiet in das Ausland mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs.

Die Ausfuhr umfaßt im *Spezialhandel* die Ausfuhr von Waren aus dem freien Verkehr, nach zollamtlich bewilligter aktiver Veredelung (Eigen- und Lohnveredelung), zur zollamtlich bewilligten passiven Veredelung, auch Ausbesserungsverkehr. Sie unterscheidet sich von der Ausfuhr im *Generalhandel* dadurch, daß sie die Ausfuhr von Waren aus Lager nicht enthält.

In die Ausfuhr nicht einbezogen ist die Durchfuhr, d.h. die Beförderung von Waren aus dem Ausland durch das Erhebungsgebiet unmittelbar in das Ausland, bzw. der Durchgang, der die Beförderung von Waren aus dem Ausland durch das Erhebungsgebiet in die Währungsgebiete der Mark der DDR und in umgekehrter Richtung umfaßt. Die Ausfuhr umfaßt ferner nicht den Zwischenauslandsverkehr, der die Beförderung von Waren aus dem Erhebungsgebiet durch das Ausland - unmittelbar oder nach vorübergehender Lagerung im Ausland - in das Erhebungsgebiet darstellt.

Waren sind alle beweglichen Sachen. Als Ware gilt auch elektrischer Strom. Einige Warenbewegungen zwischen Erhebungsgebiet und Ausland werden im Rahmen der Außenhandelsstatistik nicht erfaßt (z.B. Sendungen mit Waren der gewerblichen Wirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 500 DM; mit Waren der Ernährung und Landwirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 100 DM, Geschenke im Wert von einschl. 500 DM je Sendung, Reise-, Heirats-, Übersiedlungs- und Erbschaftsgut, Diplomaten- und Konsulargut, bis einschl. 1975 elektrischer Strom).

Das Erhebungsgebiet umfaßt das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland - einschließlich Land Berlin - und die Zollanschlüsse Jungholz und Mittelberg, jedoch nicht den Zollausschluß Büsingen. Ausland ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebietes und außerhalb der Währungsgebiete der Mark der DDR. Der Warenverkehr zwischen dem Erhebungsgebiet und der

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WARENAUSFUHR

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) wird in einer gesonderten Statistik nachgewiesen und ist in der Außenhandelsstatistik nicht enthalten.

Der Warenwert bezieht sich grundsätzlich auf den Grenzübergangswert. Dieser ist im Land-, Luft- und Binnenschiffsverkehr der Preis frei Grenze des Erhebungsgebietes, im Seeverkehr fob Einladehafen des Erhebungsgebietes sowie im Postverkehr frei Einlieferungspostanstalt. Bei der Ausfuhr nach Veredelung ist stets der volle Warenwert einschließlich der Veredelungskosten und der Vertriebskosten angesetzt. Nicht zum Grenzübergangswert gehören die bei der Ausfuhr gewährten Erstattungen oder anfallende Ausfuhrabgaben.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Von 1962 bis einschl. 1973 wurden Ausfuhren aus offenen Zollagern (bis 1969 Zollaufschublager) nicht wie vor 1962 und nach 1973 als Ausfuhr aus Lager, sondern als Ausfuhr aus dem freien Verkehr nachgewiesen.

Ab 1974 wurde die allgemeine Befreiungsgrenze für Sendungen mit Waren der gewerblichen Wirtschaft von 50 DM auf einschl. 300 DM und ab Frühjahr 1980 von 300 auf einschl. 500 DM angehoben. Demzufolge sind bis einschl. 1973 Sendungen mit Waren der gewerblichen Wirtschaft mit Werten bis 50 DM, ab 1974 mit Werten bis 300 DM und ab Frühjahr 1980 mit Werten bis 500 DM nicht in den Ergebnissen der Ausfuhr enthalten. Für Sendungen mit Waren der Ernährung und Landwirtschaft liegt die allgemeine Befreiungsgrenze ab Frühjahr 1980 bei 100 DM, vorher bei 50 DM.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung der Warenausfuhr gegenüber der Ausfuhr (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WARENEINFUHR

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-  
statistik  
ab 1950

B e g r i f f s i n h a l t : Verbringen von Waren aus dem Ausland in das Erhebungsgebiet mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs.

Die Einfuhr umfaßt im *Spezialhandel* die unmittelbare Einfuhr von Waren in den freien Verkehr, zur zollamtlich bewilligten Veredelung (Eigen- und Lohnveredelung), nach zollamtlich bewilligter passiver Veredelung, auch Ausbesserungsverkehr sowie die Einfuhr von ausländischen Waren aus Lager in die vor- genannten Einfuhrarten. Sie unterscheidet sich von der Einfuhr im *Generalhandel* dadurch, daß sie die Einfuhr von Waren auf Lager nicht enthält, jedoch die Einfuhr von Waren aus Lager einschließt.

In die Einfuhr nicht einbezogen ist die Durchfuhr, d.h. die Beförderung von Waren aus dem Ausland durch das Erhebungsgebiet unmittelbar in das Ausland, bzw. der Durchgang, der die Beförderung von Waren aus dem Ausland durch das Erhebungsgebiet in die Währungsgebiete der Mark der DDR und in umgekehrter Richtung umfaßt. Die Einfuhr umfaßt ferner nicht den Zwischenauslandsverkehr, der die Beförderung von Waren aus dem Erhebungsgebiet durch das Ausland - unmittelbar oder nach vorübergehender Lagerung im Ausland - in das Erhebungsgebiet darstellt.

Waren sind alle beweglichen Sachen. Als Ware gilt auch elektrischer Strom. Einige Warenbewegungen zwischen Erhebungsgebiet und Ausland werden im Rahmen der Außenhandelsstatistik nicht erfaßt (z.B. Sendungen mit Waren der gewerblichen Wirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 500 DM, mit Waren der Ernährung und Landwirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 100 DM, Geschenke im Wert von einschl. 500 DM je Sendung, Reise, Heirats-, Übersiedlungs- und Erbschaftsgut sowie Diplomaten- und Konsulargut, bis einschl. 1975 elektrischer Strom).

Das Erhebungsgebiet umfaßt das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland - einschließlich Land Berlin - und die Zollanschlüsse Jungholz und Mittelberg, jedoch nicht den Zollausschluß Büsingen. Ausland ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebietes und außerhalb der Währungsgebiete der Mark

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WARENEINFUHR

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

der DDR. Der Warenverkehr zwischen dem Erhebungsgebiet und der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) wird in einer gesonderten Statistik nachgewiesen und ist in der Außenhandelsstatistik nicht enthalten.

Der Warenwert bezieht sich grundsätzlich auf den Grenzübergangswert. Dieser ist im Land-, Luft- und Binnenschiffsverkehr der Preis der Ware frei Grenze des Erhebungsgebietes, im Seeverkehr cif Entladehafen des Erhebungsgebietes sowie im Postverkehr frei Bestimmungspostanstalt. Bei der Einfuhr nach Veredelung ist der volle Warenwert einschließlich der Veredelungskosten und der Vertriebskosten angesetzt. Nicht zum Grenzübergangswert gehören die Eingangsabgaben.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Von 1962 bis einschl. 1973 wurden Einfuhren auf offene Zollager (bis 1969 Zollaufschublager) nicht wie vor 1962 und nach 1973 als Einfuhr auf Lager, sondern als Einfuhr in den freien Verkehr nachgewiesen.

Ab 1974 wurde die allgemeine Befreiungsgrenze für Sendungen mit Waren der gewerblichen Wirtschaft von 50 DM auf einschl. 300 DM und ab Frühjahr 1980 von 300 auf einschl. 500 DM angehoben. Demzufolge sind bis 1973 Sendungen mit Waren der gewerblichen Wirtschaft mit Werten bis 50 DM, ab 1974 mit Werten bis 300 DM und ab Frühjahr 1980 mit Werten bis 500 DM nicht in den Ergebnissen der Einfuhr enthalten. Für Sendungen mit Waren der Ernährung und Landwirtschaft liegt die allgemeine Befreiungsgrenze ab Frühjahr 1980 bei 100 DM, vorher bei 50 DM.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Zur Abgrenzung der Wareneinfuhr gegenüber der *Einfuhr* (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) siehe dort.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
WARENEINGANG	GBK - Nr(n): 1663

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

1. Großhandels-  
statistik  
01.01.63

B e g r i f f s i n h a l t : Wert der Eingänge an  
Waren und Material zum Wiederverkauf (Handelsware) und  
zur gewerblichen Be- und/oder Verarbeitung bei Unter-

2. Einzelhandels-  
statistik  
01.01.65

nehmen des Groß- und Einzelhandels.

Nicht einbezogen sind Eingänge von Waren, die zur Ver-  
wendung im eigenen Unternehmen bestimmt sind, wie Büro-  
und Verpackungsmaterial, Reinigungsmittel, Brenn- und  
Treibstoffe und dergleichen.

Wareneingänge werden zu Einkaufspreisen zuzüglich Be-  
schaffungskosten (Fracht, Zoll, Verpackungskosten usw.)  
abzüglich Preisvergünstigungen (Preisnachlässe, Rabatte,  
Jahresvergütungen, Boni, Skonti usw.) bewertet. In den  
Wareneingängen ist die Umsatz-(Mehrwert-)steuer nicht  
enthalten.

In der Großhandels- und in der Einzelhandelsstatistik  
werden Beziehungszahlen des Wareneingangs nachgewiesen.  
Die Beziehungszahlen des Wareneingangs geben die prozen-  
tuale Veränderung des Wareneingangs im abgeschlossenen  
Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr an.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :  
Bis einschl. 1967 war im Wareneingang die Umsatzsteuer  
enthalten. Zudem wurden Skonti bis zu diesem Zeitpunkt  
nicht abgesetzt.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 1146, 4785
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Einzelhandels- statistik ab 1963	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen des Einzelhandels, die Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel betreiben, in mindestens einer Niederlassung mindestens 25 Personen beschäftigen und in dieser(n) Niederlassung(en) mindestens 50 % ihres Gesamtumsatzes erzielen, sofern sie nicht <i>Konsumgenossenschaften</i> (einschl. sonstiger Verbraucherorganisationen) oder <i>Versandhandelsunternehmen</i> sind.</p> <p>Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Hierzu zählen auch rechtlich selbständige Tochtergesellschaften. Die Unternehmen werden in ihrer Gesamtheit erfaßt, einschließlich bereichsfremder Teile und Tätigkeiten, aber ohne land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe und ohne Zweigniederlassungen im Ausland.</p> <p>Zum Einzelhandel wird ein Unternehmen gerechnet, wenn seine wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Handelsware zu beziehen und in eigenem Namen entweder an private Haushalte oder in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form oder in kleinen Mengen an andere als Wiederverkäufer abzusetzen. Die Waren dürfen dabei nicht oder nur in handelsüblichem Maße be- oder verarbeitet werden. Nicht zum Einzelhandel zählen die rechtlich unselbständigen offenen Verkaufsstellen der Industrie.</p> <p>Ein Unternehmen betreibt Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel, wenn sein Sortiment im wesentlichen aus den Warengruppen Bekleidung, Textilien, Hausrat und Wohnbedarf besteht, wobei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Umsatzanteil der Warengruppe Nahrungs- und Genußmittel nicht größer sein darf als der Umsatzanteil der Warengruppen Bekleidung, Textilien, Hausrat und Wohnbedarf (sonst Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel),</li> </ul>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:		DFK-Nr.:
WARENHAUSUNTERNEHMEN		GBK-Nr.(n): 1145, 4785
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- der Umsatzanteil der Warengruppe Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikel, Schuhe nicht höher als 70 % sein darf (sonst Facheinzelhandel),</li> <li>- der Umsatzanteil der Warengruppe Eisen- und Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf aus Kunststoff, Glas, Keramik und Holz, elektrotechnische Erzeugnisse, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte sowie Leuchten nicht höher als 50 % sein darf (sonst Facheinzelhandel).</li> </ul> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Warenhausunternehmen unterscheiden sich von den anderen Betriebsformen des Einzelhandels durch die Rechtsform des Unternehmens, die Vertriebsform und das Warensortiment. Im einzelnen bestehen folgende Zusammenhänge: Schätzt ein Unternehmen des Einzelhandels sich selbst als Konsumgenossenschaft oder als sonstige Verbraucherorganisation ein, so gilt es in der Einzelhandelsstatistik, unabhängig von seinen sonstigen Merkmalen, als <i>Konsumgenossenschaft</i>. Erzielt von den verbleibenden Unternehmen eines seinen Umsatz überwiegend durch den Versand von Waren auf Bestellung, so gilt es als <i>Versandhandelsunternehmen</i>. Betreibt eines der danach verbleibenden Unternehmen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nahrungsmittel und beschäftigt in mindestens einer Niederlassung mindestens 25 Personen und erzielt in dieser(n) Niederlassung(en) mindestens 50 % seines Gesamtumsatzes, so gilt es als Warenhausunternehmen. Unterhält eines der danach verbleibenden Unternehmen fünf oder mehr Verkaufsstellen, so gilt es als <i>Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen)</i>. Die danach verbleibenden Unternehmen des Einzelhandels werden als <i>Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen (übrige Betriebsformen)</i> zusammengefaßt.</p>		

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## WASSERFLÄCHE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Flächenerhebung  
ab 1979

B e g r i f f s i n h a l t :    Flächen, die ständig oder  
zeitweilig mit Wasser bedeckt sind.

Dabei ist es gleichgültig, ob das Wasser in natürlichen  
oder künstlichen Betten abfließt oder steht.

Hierzu zählen auch Böschungen, Leinpfade u.dgl.





## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WOHNBAUDARLEHEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Von Boden- und Kommunal-  
kreditinstituten gewährte langfristige Darlehen in Form von  
*Hypothekarkrediten* auf Wohngrundstücke, *kommunalverbürgten*  
*Hypotheken auf Wohngrundstücke* und sonstigen Darlehen für  
Wohnbauten.

Hypothekarkredite und kommunalverbürgte Hypotheken auf  
Wohngrundstücke sind durch Hypotheken, Grund- oder Renten-  
schulden auf Grundstücke, die zu mehr als 50 % zu Wohn-  
zwecken genutzt werden, gesichert.

Sonstige Darlehen für Wohnbauten sind durch abgetretene  
Forderungen, Sicherheitsübereignungen, verpfändete Wert-  
papiere u.ä.gesichert und dienen der Finanzierung von Wohn-  
bauten.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis  
Ende 1968 wurden bei den Hypothekarkrediten auf Wohngrund-  
stücke und bei den kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohn-  
grundstücke ausschließlich Darlehen auf Wohnungsneubauten  
(nach dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) erfaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

WOHNBAUTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

520

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden  
Statistiken

**B e g r i f f s i n h a l t :** Bauten, die ausschließlich oder überwiegend *Wohnungen* zur selbständigen Haushaltsführung enthalten und somit überwiegend Wohnzwecken dienen.

Zu den Wohnbauten zählen auch gemischt genutzte Bauten, sofern die Wohnungen überwiegen (z.B. Büros und Geschäfte im Erdgeschoß, Wohnungen in den Obergeschossen; Bauernhäuser, bei denen die *Wohnfläche* größer ist als die *Nutzfläche*).

Auch Wochenend- und Ferienhäuser sind als Wohnbauten anzusehen, sofern sie über 50 m<sup>2</sup> oder mehr Fläche verfügen, eine Wasserzapfstelle und eine eigene Küche oder Kochnische besitzen und beheizbar sind.

Wohnheime ohne Gemeinschaftsverpflegung werden ebenfalls den Wohnbauten zugerechnet. Dagegen zählen Anstaltsgebäude nicht zu den Wohnbauten, da dort keine selbständigen Haushalte geführt werden.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Bis einschl. 1978 rechneten Bauernhäuser, die mindestens eine Wohnung für den Leiter des landwirtschaftlichen Betriebes enthielten, auch dann zu den Wohnbauten, wenn die *Wohnfläche* kleiner war als die *Nutzfläche*.

1. Statistik der Baugenehmigungen ab 1955

**B e g r i f f s i n h a l t :** Erfasst werden Wohnbauten, für die die zuständigen Behörden eine Bauerlaubnis erteilt haben, auch wenn es sich um eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilbaugenehmigung handelt.

Wohnbauten, die lediglich der Zustimmung der Baubehörden bedürfen (Baumaßnahmen des Bundes oder der Länder, die unter der erforderlichen qualifizierten Leitung stehen) gelten ebenfalls als genehmigte Wohnbauten.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Siehe unter 3.

2. Statistik der Baufertigstellungen ab 1955

**B e g r i f f s i n h a l t :** Erfasst werden bezugsfertige Wohnbauten, an denen die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen sind.

Wohnbauten, an denen lediglich noch Schönheitsarbeiten vorzunehmen sind, gelten als fertiggestellt. Für den Zeitpunkt der Fertigstellung ist nicht die baupolizeiliche Schlußabnahme, sondern die Ingebrauchnahme entscheidend.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 520
WOHNBAUTEN	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Wohnbauten und <i>Wohngebäude</i> (Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen) sind synonym. Siehe auch unter 3.</p>
3. Statistik des Bauüberhanges ab 1955	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Erfaßt werden Wohnbauten, die genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt sind. Zur Feststellung der Baugenehmigung und Baufertigstellung siehe unter 1. und 2.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Wohnbauten und <i>Wohngebäude</i> (Fortschreibung des Wohnungsbestandes) unterscheiden sich nicht bezüglich der technischen Abgrenzung, aber hinsichtlich des Erhebungsumfangs: Unter Wohnbauten sind genehmigt bzw. fertiggestellte Bauten während eines Jahres bzw. genehmigte, aber am Jahresende noch nicht fertiggestellte Bauten erfaßt. Wohngebäude umfassen dagegen, jeweils bezogen auf einen bestimmten Zeitpunkt, den Gesamtbestand an Gebäuden, die überwiegend Wohnzwecken dienen.</p>
4. Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen ab 1960	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden alle neu errichtete Wohnbauten (einschl. der Eigenleistungen durch die Eigentümer und ihre Angehörige u.dgl.) sowie werterhöhende Umbauten und Reparaturen.</p> <p>Die Wohnbauten gehören zu den <i>Bauten</i> und sind damit Teil der <i>Anlageinvestitionen</i>.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

WOHNBERECHTIGTE BEVÖLKERUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

633

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Alle Personen, die in der jeweiligen (Erfassungs-)Gemeinde eine Wohnung oder Unterkunft besitzen, unabhängig davon, ob sie noch einen weiteren Wohnsitz haben und gleichgültig, von wo aus sie zur Arbeit bzw. Ausbildung gehen oder - sofern sie weder berufstätig noch in Ausbildung sind - wo sie sich überwiegend aufhalten.

Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung nur der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei nichtmeldepflichtigen Patienten in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren.

Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Anstalten und das in Anstalten wohnende Personal sowohl in der Anstaltsgemeinde als auch in der Gemeinde, in der sie evtl. einen weiteren Wohnsitz, z.B. den Familienwohnsitz haben, erfaßt.

Gäste von Beherbergungsbetrieben werden nur erfaßt, wenn sie ständig anwesend sind. Das sind normalerweise Gäste, die polizeilich und nicht nur mit Hotelanmeldung gemeldet sind. Nicht erfaßt werden nur vorübergehend anwesende Gäste, es sei denn, sie haben außerhalb des Beherbergungsbetriebes keine weitere Wohnung.

*Ausländer*, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, werden mit Ausnahme der folgenden Personengruppen zur wohnberechtigten Bevölkerung gezählt:

Nicht erfaßt werden die im Bundesgebiet stationierten Angehörigen der ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personengruppen ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit (z.B. auch deutsche Ehefrauen dieser Personen).

Zur wohnberechtigten Bevölkerung werden dagegen alle Personen gerechnet, die nicht die Staatsangehörigkeit des betreffenden Entsendestaates haben, aber in den von

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  WOHNBERECHTIGTE BEVÖLKERUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 633
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>den Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden untergebracht sind oder in den privatrechtlich gemieteten Gebäuden und Wohnungen ausländischer Streitkräfte leben, ebenso alle anderen Ausländer, die nicht zu den Streitkräften gehören und die sich im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend aufhalten.</p> <p>Ebenso zählen hierzu die in den Gebäuden der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen oder in den Wohnungen der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnenden deutschen Staatsangehörigen (z.B. Hausangestellte) und auch die dort wohnenden Ausländer, die nicht im Besitz von Ausweisen des Auswärtigen Amtes oder der Staats- und Senatskanzleien des betreffenden Entsendestaates sind.</p> <p>Bei der Ermittlung der wohnberechtigten Bevölkerung werden Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in der Regel mehrfach gezählt. Z.B. rechnen Personen, die in einer Gemeinde außerhalb des Familienwohnsitzes ihrer Arbeit nachgehen und dort eine weitere Unterkunft haben, zur wohnberechtigten Bevölkerung der Gemeinde des Familienwohnsitzes und der Gemeinde des Arbeitsortes.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeutung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.</p> <p>Bei der wohnberechtigten Bevölkerung werden Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in jeder Gemeinde, in der sie Wohnraum haben, mitgezählt, während sie bei der <i>Wohnbevölkerung</i> (Volks- und Berufszählung 1970) nur einmal berücksichtigt und derjenigen Gemeinde zugeordnet werden, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. in der sie sich überwiegend aufhalten. Im Nachweis der wohnberechtigten Bevölkerung, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, sind daher Mehrfachzählungen enthalten, in Zahlen der Wohnbevölkerung dagegen nicht.</p> <p>Während die begriffliche Abgrenzung der wohnberechtigten Bevölkerung davon ausgeht, ob eine Person in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügt, d.h. dort wohnberechtigt ist,</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  WOHNBERECHTIGTE BEVÖLKERUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 633
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

geht die begriffliche Abgrenzung der *Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten* bzw. der *Bevölkerung in Privathaushalten* (jeweils Volks- und Berufszählung 1970) davon aus, in welchen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften (Privathaushalten, Anstalten) die Personen einer Gemeinde leben. Zahlenmäßig ergeben sich zwischen der wohnberechtigten Bevölkerung und der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, nur geringe Unterschiede. Bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und analog bei der Bevölkerung in Privathaushalten werden lediglich bestimmte Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften, die unter eine von zwei Ausnahmeregeln fallen, nicht mehrfach wie bei der wohnberechtigten Bevölkerung, sondern nur einmal gezählt. (Zu den zwei Ausnahmeregeln siehe Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten bzw. Bevölkerung in Privathaushalten.) Die Bevölkerung in Privathaushalten enthält ferner im Unterschied zur wohnberechtigten Bevölkerung nicht die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung).

Zwischen wohnberechtigter Bevölkerung und *Bevölkerung am Familienwohnsitz* (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Zur wohnberechtigten Bevölkerung gehören Personen, die in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügen, wobei es unerheblich ist, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls zur wohnberechtigten Bevölkerung gezählt werden. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften weitgehend derjenigen Gemeinde zugeordnet, in der sich der Wohnsitz der Familienangehörigen befindet; außerdem werden die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) nicht einbezogen. Die unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz dadurch, daß diese Personen in der Erfassungsgemeinde, sofern sie zu einer bestimmten Personengruppe gehören, nicht gezählt werden. (Zu diesen Personengruppen siehe Bevölkerung am Familienwohnsitz.) Hierdurch werden vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen - im Gegensatz zur wohnberechtigten Bevölkerung - zum Teil ausgeschlossen.

Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben, werden einmal zur Wohnbevölkerung und an jedem weiteren Wohnsitz jeweils zu den *Personen, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören* (Volks- und Berufszählung 1970) gezählt. Die Zusammenfassung beider Positionen ergibt die wohnberechtigte Bevölkerung.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
WOHNBERECHTIGTE BEVÖLKERUNG MIT HAUPTWOHNSITZ GEMELDET	GBK - Nr(n): 633, 627

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-  
zählung 1970

**B e g r i f f s i n h a l t :** Personen der *wohnberechtigten Bevölkerung*, deren Wohnung oder Unterkunft in der jeweiligen Erhebungsgemeinde als Hauptwohnsitz behördlich gemeldet ist.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Für die Zuordnung von Personen zur wohnberechtigten Bevölkerung mit Hauptwohnsitz gemeldet ist allein die behördliche Meldung in der Gemeinde maßgeblich. Zur *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) einer Gemeinde zählt dagegen nur derjenige, der überwiegend von einer dort gelegenen Wohnung aus zur Arbeit oder Ausbildung geht bzw. sich überwiegend dort aufhält. Die Ergebnisse über die wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz gemeldet und über die Wohnbevölkerung einer Gemeinde können sich daher unterscheiden; für das gesamte Bundesgebiet müßten sie theoretisch übereinstimmen. Die tatsächlich vorhandenen zahlenmäßigen Unterschiede im Nachweis der Ergebnisse sind technisch bedingt.





Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

## WOHNUNGSBAU

Datenquelle/ Datennachweis	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1962</li> <li>2. Statistik über den Auftrags- bestand im Bau- hauptgewerbe (einschl. Fer- tigteilbau) ab 1971</li> <li>3. Monatlicher Baubericht 1950 bis 1977</li> <li>4. Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976</li> <li>5. Index des Auf- tragseingangs für das Bau- hauptgewerbe ab 1977</li> <li>6. Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe 1971 bis 1976</li> <li>7. Index des Auf- tragsbestands für das Bau- hauptgewerbe ab 1977</li> </ol>	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Errichtung von Hochbauten, die überwiegend Wohnzwecken dienen.</p> <p>Eine überwiegende Nutzung zu Wohnzwecken wird angenommen, wenn die Gesamtfläche eines Gebäudes zu mindestens 50 % Wohnzwecken dient. In diesem Fall rechnet das gesamte Gebäude zum Wohnungsbau, auch wenn einzelne Teile des Gebäudes für andere Zwecke vorgesehen sind. Auch der Umbau oder Ausbau bisher anderweitig genutzter Räume oder Gebäude zu Wohnungen rechnet zum Wohnungsbau. Werden dagegen in einem Wohnkomplex nachträglich Wohnungen in Geschäftsräume o.ä. umgebaut, so zählt der Umbau nicht zum Wohnungsbau.</p> <p>Zum Wohnungsbau rechnen auch Wohnbauten, die im Auftrag von Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck, von Bundesbahn, Bundespost sowie von der Bundeswehr und von im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften errichtet werden.</p> <p>Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen zum Wohnungsbau, auch der <i>Index des Auftragseingangs</i> und der <i>Index des Auftragsbestands</i> im Wohnungsbau.</p> <p><b>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :</b> Die Begriffe Wohnungsbau sowie <i>Wohnbauten</i> (Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen, Statistik des Bauüberhanges) und <i>Wohngebäude</i> (Gebäude- und Wohnungszählung 1968, Fortschreibung des Wohnungsbestandes, Statistik der Baupreise) sind - von Unterschieden im Erhebungsbereich und -umfang abgesehen - im wesentlichen vergleichbar abgegrenzt.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

WOHNUNGSBAU FÜR BUNDESBEDIENSTETE U.A.

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1966

B e g r i f f s i n h a l t : Programm des Bundes zur  
Schaffung und Modernisierung von Wohnraum für Bundesbe-  
dienstete u.a.

Wie die anderen öffentlichen Dienstherren, so ist auch der  
Bund bemüht für

- seine Angehörigen (Beamte, Soldaten, Angestellte und Ar-  
beiter) von Bundeswehr und Verwaltung (ohne Bundesbahn  
und Bundespost),
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Angehörige der in-  
ländischen Presse, Angestellte der Bundestagsfraktionen,
- Bedienstete des Bundesverbandes für den Selbstschutz

am Beschäftigungsort angemessenen Wohnraum zu tragbaren  
Mieten oder Lasten zu schaffen, soweit keine oder eine  
nicht ausreichende Wohnung zur Verfügung steht.

Infolge der geänderten Wohnraumsituation wird in solchen  
Orten von weiteren Förderungsmaßnahmen abgesehen, in denen  
der Bedarf auf dem freien Wohnungsmarkt zu tragbaren Mieten  
gedeckt werden kann.

In den letzten Jahren liegt der Schwerpunkt der Förderung  
auf der Modernisierung des älteren Wohnungsbestandes. Durch  
diese Modernisierung wird der Gebrauchswert der Wohnungen  
nachhaltig erhöht und werden zugleich die allgemeinen Wohn-  
verhältnisse verbessert, wodurch in vielen Fällen der Zeit-  
raum der Belegungsbindung verlängert werden kann.

Das Programm trägt zur Förderung der Einsparung von Tren-  
nungsgeldern bei und führt zum Teil auch zu einer Entlastung  
des überwiegend von den Ländern getragenen öffentlich ge-  
förderten sozialen Wohnungsbaues.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In den  
Jahren 1969 bis 1972 (6. Wahlperiode) ist vom Bund auch die  
Schaffung von Wohnraum für Angehörige ausländischer Missio-  
nen und für Bedienstete der Stiftung Wissenschaft und Poli-  
tik gefördert worden.

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

**Begriff:**

## WOHNUNGSBAUPRÄMIEN

**Datenquelle/  
Datennachweis****Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen**

Statistik der  
Bausparkassen  
ab 1954

**B e g r i f f s i n h a l t :** Staatliche Wohnungsbauförderungsmittel, die Bausparern nach dem Wohnungsbau-Prämien-gesetz<sup>1)</sup> gewährt werden.

Als Bausparer gilt, wer mit einer Bausparkasse einen Vertrag schließt, durch den er nach Leistung von Bauspareinlagen einen Rechtsanspruch auf Gewährung eines Bauspardarlehens erwirbt.

Wohnungsbauprämien werden nur gewährt, wenn der Bausparer bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreitet. Die Grundprämie beträgt z.Z. 14 % des begünstigten Sparvolumens, wobei der Umfang des jährlich begünstigten Sparvolumens begrenzt ist.

Ausgewiesen werden die Wohnungsbauprämien, die im Berichtszeitraum bei den Bausparkassen eingehen.

**Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :** Bis zum 31.12.1974 betrug die Grundprämie 25 %, bis zum 31.12.1975 23 %, bis 31.12.1981 18 %.

Bis einschl. 1974 werden die Gutschriften, nicht die Eingänge an Wohnungsprämien erfaßt. Eingänge und Gutschriften fallen in der Regel zeitlich auseinander.

---

1) Zu Einzelheiten siehe Wohnungsbau-Prämiengesetz in der Fassung v. 10.2.1982 (BGBl. I S. 131).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## WOHNUNGS- UND GARAGENNUTZUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise

ab 1962

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgaben privater Haushalte für Mietwohnungen und Garagen.

Erfaßt werden folgende Arten von Wohnungen:

- a) leer vermietete abgeschlossenen 3-Raum Altbauwohnung (vor dem 1.4.1924 erbaut) mit Küche, ohne Bad, Ofenheizung,
- b) dieselbe, jedoch mit Bad/Dusche, aus der Zeit zwischen dem 1.4.1924 und dem 20.6.1948,
- c) im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbauprogramms (nach dem 20.6.1948) erstellte, leer vermietete, abgeschlossene Neubauwohnung mit 3 Räumen, Küche, Bad/Dusche,
- d) dieselbe, jedoch mit Zentralheizung,
- e) freifinanzierte, leer vermietete, abgeschlossene Neubauwohnung mit 4 Räumen, Küche Bad/Dusche, Zentralheizung, Balkon in einem Mehrfamilienhaus.

Als Wohnungsmiete gilt die tatsächliche Miete einschl. der Gemeindezuschläge (Umlegung von Grundsteuer u. dgl.) und der Nebenkosten (Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kaminreinigung, Treppenbeleuchtung, Wasserverbrauch u. dgl.).

Erfaßt werden ferner folgende Arten von Garagen:

- a) zu den unter e) aufgeführten Wohnungen gehörige Garagen, die vom Wohnungsmieter genutzt werden,
- b) durch Garagenbetriebe gewerblich vermietete Garagen für PKW mittlerer Größe.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZINSEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wirtschaftsrechnun-  
gen ausgewählter  
privater Haushalte  
ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t :    Gezahlte Zinsen auf vom  
Haushalt aufgenommene Kredite aller Art je Haushalt und  
Monat.

Hierzu rechnen Zinsen auf Warenkredite (bei Abzahlungs-  
käufen, soweit Zinsen getrennt nachgewiesen werden), Bank-  
und Sparkassenkredite, öffentliche Darlehen usw., soweit  
diese Kredite nicht zum Kauf von Grundstücken und Gebäuden  
oder zum Bau oder für Reparaturen von Gebäuden verwendet  
werden. Zinsen auf Kredite für betriebliche (geschäftliche)  
Zwecke werden nicht erfaßt.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    Seit  
1981 sind die Zinsen für Konsumentenkredite mit den Zinsen  
für Hypothekenkredite zusammengefaßt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ZINS- UND TILGUNGSLEISTUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1266

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Bausparkassen  
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Zahlungen, die der Tilgung  
oder der Verzinsung von Bauspardarlehen dienen.

Bauspardarlehen sind Darlehen der Bausparkassen aufgrund von  
Verträgen, bei denen sich der Bausparer zur Leistung von Ein-  
lagen, die Bausparkasse zur Gewährung von Darlehen für den  
Wohnungsbau verpflichten.

Ausgewiesen werden Zins- und Tilgungsleistungen, die im Berichts-  
zeitraum an die Bausparkassen fließen.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZUGANG AN GRUNDKAPITAL ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Kapitalgesell-  
schaften  
ab 1951

B e g r i f f s i n h a l t : Zugang an Grundkapital bei den Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember jedes Jahres.

Das Grundkapital (Aktienkapital) einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien ist die Summe aus den Nennbeträgen der Aktien. Die ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien sind vom Grundkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Grundkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren Grundkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet. Von den Kommanditgesellschaften auf Aktien erfaßt die Statistik der Kapitalgesellschaften nur das Grundkapital, nicht aber die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter.

Der Zugang an Grundkapital innerhalb eines Jahres ist u.a. auf Gründungen, auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen aus anderen Rechtsformen, auf Kapitalerhöhungen oder auf Fortsetzungen von aufgelösten Gesellschaften zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht mit der Verteilung des Vermögens unter die Aktionäre begonnen worden ist.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Dem Zugang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12. bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien entspricht bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Zugang an Stammkapital zwischen 1.1. und 31.12. (Statistik der Kapitalgesellschaften).



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

**Begriff:**

ZUGANG AN STAMMKAPITAL ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

**Datenquelle/  
Datennachweis****Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen**

Statistik der  
Kapitalgesell-  
schaften  
ab 1951

**B e g r i f f s i n h a l t :** Zugang an Stammkapital bei den *Gesellschaften mit beschränkter Haftung* zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember jedes Jahres.

Das Stammkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Summe aus den Stammeinlagen (Geschäftsanteilen) der Gesellschafter. Die ausstehenden Einlagen auf das Stammkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Geschäftsanteile sind vom Stammkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Stammkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet.

Der Zugang an Stammkapital innerhalb eines Jahres ist u.a. auf Gründungen, auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen aus anderen Rechtsformen, auf Kapitalerhöhungen oder auf Fortsetzungen von aufgelösten Gesellschaften zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Gesellschafter (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht mit der Verteilung des Vermögens unter die Gesellschafter begonnen worden ist.

**B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :** Dem Zugang an Stammkapital zwischen 1.1. und 31.12. bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung entspricht bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien der *Zugang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12.* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

Begriff:  ZULASSUNGSPFLICHTIGE ZUGMASCHINEN		DFK - Nr:
		GBK - Nr(n): 906
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeughän- gerbestandes  01.01.52	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart überwiegend zum Ziehen von Anhängerfahrzeugen und/oder Geräten geeignet und bestimmt sind und deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit mehr als 6 km/h beträgt.</p> <p>Nicht dazu zählen einachsige Zugmaschinen, die nur für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke verwendet werden, sowie einachsige Zugmaschinen, die von Fußgängern an Holmen geführt werden.</p> <p>Bei den Neuzulassungen (<i>Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger</i>) werden fabrikneue Zugmaschinen erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.</p> <p>Der <i>Fahrzeugbestand</i> umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Zugmaschinen an einem bestimmten Stichtag.</p> <p>Bei den Besitzumschreibungen (<i>Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger</i>) werden gebrauchte zulassungspflichtige Zugmaschinen erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.</p>	

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ZUM ABSATZ BESTIMMTE PRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vierteljährliche  
Produktionser-  
hebung  
1950-1976

B e g r i f f s i n h a l t : Verkaufsfähiger, für den Markt vorgesehener Produktionsausstoß (ohne Handelsware und umgepackte Ware).

Vierteljährliche  
Produktionser-  
hebung  
ab 1977

Zur zum Absatz bestimmten Produktion zählen auch - und zwar zu ihren Herstellkosten bewertet - selbstergestellte Erzeugnisse (z.B. Werkzeugmaschinen und -teile) für die Erstellung oder Reparatur von Einrichtungen des meldenden Betriebes oder für einen anderen Betrieb desselben Unternehmens; eigenerzeugte Produktionsmittel (z.B. Formen, Maschinenwerkzeuge) sowie die zum Eigenverbrauch im meldenden Betrieb oder in einem anderen Betrieb desselben Unternehmens bestimmten selbstgewonnenen Brenn-, Treib- und Schmierstoffe; für Deputate verwendete selbstergestellte Erzeugnisse.

Im allgemeinen ist die Lohnarbeit wert- und mengenmäßig in der zum Absatz bestimmten Produktion enthalten.

Bei der Warengruppe 63 = Textilien beziehen sich die Angaben auf die "Produktion für eigene Rechnung".

Der Wert der zum Absatz bestimmten Produktion ist unter Zugrundelegung des im Berichtszeitraum erzielten oder im Zeitpunkt des Absatzes erzielbaren Verkaufspreises ab Werk ermittelt. Der Wert umfaßt auch die Kosten der Verpackung, selbst wenn gesondert in Rechnung gestellt. Nicht einbezogen sind dagegen die in Rechnung gestellte Umsatz- und Verbrauchsteuer sowie gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten. Rabatte sind abgezogen. Bei Vermietung selbstergestellter Erzeugnisse (z.B. Datenverarbeitungs- und Telefonanlagen, Waschautomaten) ist als Schätzwert der für dieses Erzeugnis auf dem Markt voraussichtlich erzielbare Erlös eingesetzt.

Siehe auch unter *Gesamtproduktion*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ZÜNDWARENMONOPOL

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Finanzberichte des  
Bundesministeriums  
der Finanzen

1950 bis 1983

B e g r i f f s i n h a l t : Monopol auf Zündwaren nach dem Zündwarenmonopolgesetz<sup>1)</sup>.

Das Zündwarenmonopol umfaßte die Übernahme der im Monopolgebiet hergestellten Zündwaren von den Herstellern und die unmittelbare Weiterveräußerung (Bezugsmonopol), die Einfuhr (Einfuhrmonopol) und die Ausfuhr (Ausfuhrmonopol) von Zündwaren.

Im wesentlichen stellte das Zündwarenmonopol ein Zwischenhandelsmonopol dar, das durch ein Einfuhrmonopol geschützt wurde. Ausgeübt wurde das dem Bund zustehende Monopol von der Deutschen Zündwaren-Monopolgesellschaft (DZMG), die in privatrechtlicher Form organisiert war. In der DZMG waren alle zur Herstellung von Zündwaren berechtigten Unternehmer als Gesellschafter zusammengeschlossen, wobei nur diejenigen Unternehmer zur Herstellung von Zündwaren berechtigt waren, die bei Abschluß des Anleihevertrages nach dem damals geltenden Sperrgesetz Zündhölzer herstellen durften.

Der Umfang der Produktion wurde von der DZMG festgelegt und auf die Hersteller verteilt. Dabei war die gesamte Herstellung der DZMG zu überlassen, die auch alleine den Handel belieferte.

Der Preis für die Hersteller (Übernahmepreis) sowie der Abgabepreis der DZMG an den Handel (Monopolpreis) für Welt-hölzer wurde von der Bundesregierung festgesetzt.

Am Gewinn des Monopols waren - abgesehen von einer Dividende für die Gesellschafter in Höhe von 8 % des Grundkapitals - der Bund und Swedish Match AB beteiligt.

Der Bund erhielt für jede "Normalkiste" (600 000 Zündhölzer), die die DZMG absetzte einen gesetzlich festgelegten Vorwegbetrag von 13 DM und hatte vom Resteingewinn 25 v.H. an Swedish Match AB abzuführen.

Nach Tilgung der Anleiheschuld am 15.1.1983 ist das Zündwarenmonopol abgeschafft worden.<sup>2)</sup>

1) Vgl. Zündwarenmonopolgesetz v. 29.1.1930 (RGBl. I S. 11).

2) Vgl. Gesetz zur Abschaffung des Zündwarenmonopols v. 27.8.1982 (BGBl. I S. 1241).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ZÜNDWARENSTEUER

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Finanzberichte des  
Bundesministeriums  
der Finanzen

1950 bis 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Verbrauchsteuer auf Zünd-  
waren, die dem Bund zustand und die von der Zollverwaltung  
verwaltet wurde.

Erhoben wurde die Zündwarensteuer für alle im Erhebungs-  
gebiet (Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) mit  
Ausnahme der Zollausschlüsse und Zollfreigegebiete) herge-  
stellte oder in dieses Gebiet eingeführte Zündwaren.

Als Zündwaren gelten Zündhölzer und alle sonstigen dem-  
selben Verwendungszweck wie Zündhölzer dienenden Erzeug-  
nisse, die mit einer durch Reibung entflammaren Zündmasse  
versehen sind oder aus einer solchen Zündmasse bestehen.  
Dazu gehören auch die in der Bundesrepublik Deutschland  
nicht mehr hergestellten Zündkerzen aus Stearin, Wachs  
oder ähnlichen Stoffen mit einer Zündmasse. Der Steuersatz  
betrug für 100 Stück Zündwaren 1 Pfennig.

Unter Beachtung bestimmter Verfahrensvorschriften konnten  
Zündwaren unversteuert ausgeführt oder zu einem Zollverkehr  
abgefertigt werden. Bei der Einfuhr waren die Vorschriften  
für Zölle sinngemäß anzuwenden.

Aus Gründen der Steuervereinfachung und wegen ihres gerin-  
gen Ertrages ist die Zündwarensteuer zum 1.1.1981 abge-  
schafft worden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZUR WEITERVERARBEITUNG BESTIMMTE PRODUKTION

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vierteljährliche  
Produktionser-  
hebung

1950-1976

Vierteljährliche  
Produktionser-  
hebung

ab 1977

B e g r i f f s i n h a l t : Produktionsausstoß, soweit  
er zur Weiterverarbeitung im meldenden Betrieb, in einem  
anderen Betrieb desselben Unternehmens oder von einem  
anderen Unternehmen im Lohnauftrag durchgeführt wird.

Hierzu zählen die selbsterstellten Erzeugnisse die zu einem  
anderen Erzeugnis weiterverarbeitet oder in ein anderes Er-  
zeugnis eingebaut werden.

Siehe auch unter *Gesamtproduktion*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ZUSÄTZLICHE FINANZIERUNGSMITTEL

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Boden- und  
Kommunkredit-  
institute

Jan. 1962 bis  
März 1980

B e g r i f f s i n h a l t : Von den Boden- und Kommunal-  
kreditinstituten aufgenommene mittel- und langfristige Dar-  
lehen sowie durchlaufende Kredite.

Zu den aufgenommenen mittel- und langfristigen Darlehen  
rechnen aufgenommene Darlehen gegen Namensschuldverschrei-  
bungen, also Darlehen für deren Sicherung den Darlehensge-  
bern auf deren Namen laufende Schuldverschreibungen ausge-  
händigt werden, sowie aufgenommene Darlehen gegen sonstige  
Sicherheiten und ohne Sicherheiten. Zu den aufgenommenen  
Darlehen rechnen auch Schuldscheindarlehen.

Durchlaufende Kredite sind Ausleihungen von zweckgebundenen  
Mitteln, die von der öffentlichen Hand oder sonstigen Stel-  
len dem Kreditinstitut voll zur Verfügung gestellt werden  
und von diesen in eigenem Namen, aber für Rechnung des Treu-  
gebers gewährt werden. Kredite, die für fremde Rechnung und  
im fremden Namen gewährt werden (Verwaltungskredite) zählen  
hingegen nicht zu den durchlaufenden Krediten.

Zu den Boden- und Kommunkreditinstituten zählen alle unter  
das Hypothekenbankgesetz<sup>1)</sup>, das Pfandbriefgesetz<sup>2)</sup> und das  
Schiffsbankgesetz<sup>3)</sup> fallenden Institute sowie die Landwirt-  
schaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landes-  
rentenbank (bis 1965: Deutsche Landesrentenbank) und die  
Bayerische Landesbodenkreditanstalt (seit 1.7.1972 recht-  
lich-unselbständige Anstalt der Bayerischen Landesbank  
Girozentrale).

- 1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekenbankgesetz (HBG) in der  
Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz  
v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).
- 2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und  
verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher  
Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I  
S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).
- 3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefban-  
ken (SCHBG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302)  
und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

## ZUSATZVERSICHERUNG FÜR EINZELNE BERUFE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sozialbudget der  
Bundesrepublik  
Deutschland  
ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t : Leistungen von Versorgungs- bzw. Versicherungseinrichtungen, die Angehörigen bestimmter Berufe - außerhalb des öffentlichen Dienstes - eine zusätzliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung gewähren.

Die Leistungen werden ergänzend zu den Leistungen der gesetzlichen *Rentenversicherung* gewährt, sofern der Anspruch auf diese zusätzliche Versicherung gesetzlich oder tarifvertraglich besteht. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen durch Beiträge und Umlagen der Arbeitgeber.

Träger der Zusatzversicherung für einzelne Berufe sind z.Z. die nachfolgend aufgeführten Institutionen:

Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung im Saarland,  
Versorgungsanstalt der Deutschen Bezirksschornstein-  
fegermeister,  
Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen,  
Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land-  
und Forstwirtschaft,  
Zusatzversorgungswerk für Arbeitnehmer in der Land-  
und Forstwirtschaft,  
Zusatzversorgungskasse der Steine- und Erden-Industrie  
und des Betonsteinhandwerks,  
Versorgungskasse der Deutschen Presse.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ZUSATZVERSICHERUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Sozialbudget der  
Bundesrepublik  
Deutschland  
ab 1965

B e g r i f f s i n h a l t : Leistungen von Versorgungs- bzw. Versicherungseinrichtungen, die Angestellte und Arbeiter von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes mit dem Ziele einer zusätzlichen Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversorgung versichern.

Die Leistungen werden aufgrund gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelungen ergänzend zu den Leistungen der gesetzlichen *Rentenversicherung* gewährt und richten sich grundsätzlich an der Beamtenversorgung aus. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen durch Beiträge und Umlagen der Arbeitgeber.

Träger der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst sind die nachfolgend aufgeführten Institutionen:

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder  
Bundesbahn-Versicherungsanstalt - Abteilung B  
Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost  
Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen  
Versorgungsanstalt Deutscher Kulturorchester  
Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Dortmund  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Duisburg  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Düsseldorf  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Essen  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Gelsenkirchen  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Karlsruhe  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Mannheim  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Stuttgart  
Zusatzversorgungskasse der Stadt Wuppertal  
Emder Zusatzversorgungskasse für Sparkassen  
Zusatzversorgungskasse der Girokasse Stuttgart

Statistisches Informationssystem des Bundes  
- Definitionskatalog -

## Begriff:

ZUSATZVERSICHERUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Kirchliche Zusatzversorgungskasse Baden  
Kirchliche Zusatzversorgungskasse Darmstadt  
Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen  
Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden  
Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände,  
Darmstadt  
Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände  
des Regierungsbezirks Kassel  
Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände,  
Wiesbaden  
Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes  
Baden-Württemberg  
Rheinische Zusatzversorgungskasse, Landschaftsverband  
Rheinland  
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes  
Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe  
Bremische Ruhelohnkasse

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZUSCHÜSSE AN ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN ZUR VERBILLIGUNG VON DARLEHEN  
ZUR FINANZIERUNG DES ÖFFENTLICH GEFÖRDERTEN WOHNUNGSBAUES

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : Zuschüsse des Bundes an  
öffentliche Unternehmen, um durch eine Verbilligung von  
Darlehen die Förderung von Sozialwohnungen zu ermöglichen.

Da im Jahre 1973 die Länder wegen der hohen Kapitalmarkt-  
zinsen den Bau von etwa 50 000 Sozialwohnungen nicht wie  
vorgesehen fördern konnten, hat der Bund Zinsverbilligungen  
von Hypothekendarlehen auf effektiv 8,5 v.H. gewährt, um  
die Förderung dieser Wohnungen zu ermöglichen.

Die Maßnahme wird abgewickelt, neue Zuschüsse werden nicht  
mehr gewährt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, SONSTIGE VERMÖGENS- ÜBERTRAGUNGEN AN ANDERE BEREICHE	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 7009
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Jahresrechnungs- statistik ab 1950  2. Haushaltsansatz statistik ab 1970  3. Vierteljahres- statistik der Finanzwirtschaft ab 1974	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Ausgabeart mit den Aus- gaben für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zuschüsse zur Finanzierung von Baumaßnahmen, zum Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen und zu anderen Investitionsausgaben an Unternehmen, Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen sowie an private Haushalte im In- und Ausland, soweit diese nicht als <i>Organisationen ohne Erwerbszweck</i> in der Finanzstatistik erfaßt sind</li> <li>- sonstige Vermögensübertragungen an die vorgenannten Bereiche (z.B. Stilllegungsprämien, Abwrackprämien, Leistungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz, Hauptentschädigung des Lastenausgleichsfonds, Sparprämien u.ä.), im kommunalen Bereich einschl. der Kreditbeschaffungskosten (Disagio) sowie der Ablösung von Dauerlasten.</li> </ul> <p>In der Haushaltsansatzstatistik und der Vierteljahresstatistik werden die sonstigen Vermögensübertragungen gesondert nachgewiesen.</p> <p>In der Haushaltsansatzstatistik und der Vierteljahresstatistik sind auch alle Zuweisungen für Investitionen an Organisationen ohne Erwerbszweck unter dieser Ausgabeart nachgewiesen.</p> <p>Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :    In der Jahresrechnungsstatistik sind bis 1973 die sonstigen Vermögensübertragungen gesondert nachgewiesen.</p> <p>Die Ausgaben der Gemeinden/Gv. für Kreditbeschaffungskosten (Disagio) wurden bis zum Rechnungsjahr 1973 als durchlaufende Gelder behandelt und waren somit in der finanzstatistischen Ausgaben-summe nicht enthalten.</p> <p>In der Jahresrechnungsstatistik und in der Haushaltsansatzstatistik sind jeweils bis 1973 hier auch die Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände nachgewiesen. Außerdem sind in der Jahresrechnungsstatistik bis 1973 alle Zuweisungen für Investitionen an Organisationen ohne Erwerbszweck unter dieser Ausgabeart nachgewiesen.</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN, SONSTIGE VERMÖGENS-  
ÜBERTRAGUNGEN VON ANDEREN BEREICHEN

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7009

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Jahresrechnungs-  
statistik  
ab 1974

B e g r i f f s i n h a l t : Einnahmeart mit Einnahmen  
aus

2. Haushaltsansatz-  
statistik  
ab 1970

- Beiträgen von Körperschaften, Verbänden, Unternehmen und privaten Haushalten zu gemeinsam finanzierten einzelnen Investitionsvorhaben; Beiträge von Grundstückeigentümern und Gewerbetreibenden zur Deckung der Herstellungskosten von Erschließungsanlagen usw. (z.B. Erschließungsbeiträge nach dem Bundesbaugesetz, Beiträge zu Straßenkosten, Abgaben für Investitionen nach den Kommunalabgabengesetzen)

3. Vierteljahres-  
statistik der  
Finanzwirtschaft  
ab 1974

- sonstigen Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland und dem Ausland  
  
- sonstigen Vermögensübertragungen (soweit nicht für Investitionen) von Unternehmen und Sonstigen aus dem Inland sowie aus dem Ausland (z.B. Erbschaften des Fiskus, Beiträge der Schifffahrt zum Abwrackfonds).

Soweit bei den Gemeinden/Gv. neben den Zuschüssen für Investitionen Vermögensübertragungen anfallen (z.B. Erbschaften, Schenkungen), sind diese bei den *laufenden Zuschüssen und Schuldendiensthilfen von anderen Bereichen* nachgewiesen.

In der Haushaltsansatzstatistik und der Vierteljahresstatistik werden die Zuschüsse für Investitionen und die sonstigen Vermögensübertragungen gesondert nachgewiesen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In der Haushaltsansatzstatistik bis 1973 sind hier auch die - allerdings nur relativ geringen - Zuschüsse für Investitionen von Zweckverbänden und der Sozialversicherung nachgewiesen, da diese Körperschaften erst ab 1974 finanzstatistisch erfaßt werden und deshalb vorher den anderen Bereichen zugeordnet waren.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZUSCHÜSSE UND DARLEHEN AN DIE DEUTSCHE BAU- UND BODENBANK AG  
ZUR VERBILLIGUNG DER VOR- UND ZWISCHENFINANZIERUNG DES BAUES VON  
FAMILIEN- UND EIGENTUMSWOHNUNGEN

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : Bundesmittel zur Verbilli-  
gung der Vor- und Zwischenfinanzierung von Eigentumsmaßnah-  
men im sozialen Wohnungsbau und zur Minderung der von den  
Bauherren zu tragenden Finanzierungskosten.

Das Zweite Wohnungsbaugesetz ermächtigt den Bundesminister  
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, einen Betrag bis  
zu 100 Millionen Deutsche Mark der Deutschen Bau- und Boden-  
bank Aktiengesellschaft darlehensweise für Zwecke der Vor-  
und Zwischenfinanzierung des Baues von Familienheimen in  
der Form von Eigenheimen, Kaufeigenheimen und Kleinsied-  
lungen, eigengenutzten Eigentumswohnungen und Kaufeigen-  
tumswohnungen im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu  
stellen.

Dieser Betrag kann durch Aufnahme von Mitteln des Geld-  
und Kapitalmarktes aufgestockt werden. Die Beschaffung  
geeigneter Geld- und Kapitalmarktmittel wird durch Gewäh-  
rung von Zinszuschüssen aus Haushaltsmitteln des Bundes  
sowie durch Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen  
gefördert.

Die Vor- und Zwischenfinanzierungsdarlehen sind zu einem  
niedrigen und gleichbleibenden Zinssatz oder zinslos zu  
gewähren. Die Darlehen sollen in einem angemessenen Zeit-  
raum unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des  
Darlehensnehmers zurückgezahlt werden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ZUSCHÜSSE ZUR BAULANDBESCHAFFUNG UND -ERSCHLIESSUNG

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Subventionsberichte  
(Finanzhilfen und  
Steuervergünsti-  
gungen)

ab 1975

B e g r i f f s i n h a l t : *Finanzhilfen* zur Zinsverbilligung von Darlehen, die von Heimstättengesellschaften und anderen geeigneten Unternehmen zur Baulandbeschaffung und -erschließung namentlich für den Bau von Familieneigenheimen in der Form von Eigenheimen, Kaufeigenheimen und Kleinsiedlungen, eigengenutzten Eigentumswohnungen und Kaufeigentumswohnungen am Kapitalmarkt aufgenommen werden.

Der Zinszuschuß wird jeweils für eine Kreditlaufzeit bis zu fünf Jahren bewilligt.

Die Förderungsmaßnahmen sind bis 1981 befristet und werden bis 1986 abgewickelt.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZUSTEIGER

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen

ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Fluggäste, die am *Streckenherkunftsflugplatz* in das betreffende Luftfahrzeug einsteigen.



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN, SONSTIGE VERMÖGENS-  
ÜBERTRAGUNGEN AN ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK

DFK-Nr.:

GBK-Nr.(n):

7009

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahresrechnungs-  
statistik  
ab 1974

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgabeart mit den Ausgaben für Zuschüsse zur Finanzierung von *Baumaßnahmen*, zum *Erwerb von unbeweglichen Sachen*, zum *Erwerb von beweglichen Sachen* und andere Investitionsausgaben an *Organisationen ohne Erwerbszweck*, soweit diese in der Finanzstatistik erfaßt sind.

Siehe hierzu auch die Erläuterungen unter *Laufende Zuweisungen an Organisationen ohne Erwerbszweck*.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

<b>Begriff:</b>  ZUWEISUNGEN FÜR INVESTITIONEN, SONSTIGE VERMÖGENS- ÜBERTRAGUNGEN AN/VOM ÖFFENTLICHEN BEREICH	<b>DFK-Nr.:</b>
	<b>GBK-Nr.(n):</b>  7009
<b>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</b>	<b>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</b>
1. Jahresrechnungs- statistik ab 1974  2. Haushaltsansatz- statistik ab 1970  3. Vierteljahres- statistik der Finanzwirtschaft ab 1974	<p><b>B e g r i f f s i n h a l t :</b> Ausgabe-/Einnahmeart mit den Ausgaben/Einnahmen für/aus Zuweisungen für Investitionen und für sonstige Vermögensübertragungen (soweit nicht für Investitionen)</p> <p>an/vom Bund  an/vom Lastenausgleichsfonds  an/vom ERP-Sondervermögen  an/von Länder(n)  an/von Gemeinden/Gv.  an/von Zweckverbände(n)  an die/von der Sozialversicherung</p> <p>Zuweisungen für Investitionen sind Geldleistungen, die zur Finanzierung von Baumaßnahmen, zum Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen und für andere Investitionsausgaben (z.B. Darlehensgewährung) bestimmt sind.</p> <p>Sonstige Vermögensübertragungen (soweit nicht für Investitionen) sind Geldleistungen, die zur Verbesserung der Wirtschafts- und Produktionsstruktur beitragen, als Entschädigungen für erlittene Vermögensschäden gezahlt bzw. vereinnahmt werden oder zur Vermögensbildung beitragen.</p> <p>Sonstige Vermögensübertragungen an/bzw. vom öffentlichen Bereich fallen bei den Gemeinden/Gv. nicht an.</p> <p>In der Haushaltsansatzstatistik und der Vierteljahresstatistik werden die sonstigen Vermögensübertragungen gesondert nachgewiesen.</p> <p><b>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</b> In der Haushaltsansatzstatistik bis 1973 zählen die Zweckverbände und die Sozialversicherungsträger nicht zum öffentlichen Bereich, sondern zu den anderen Bereichen (Vergleiche <i>Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen von anderen Bereichen</i>).</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

## ZUZÜGE

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wanderungs-  
statistik  
ab 1957

B e g r i f f s i n h a l t : Behördliche Anmeldungen von Personen, die ihre Hauptwohnung in einer Gemeinde bezogen haben.

Als Zuzüge rechnen auch die Fälle, in denen sich Personen lediglich in einer Gemeinde nach einer anderen im Bundesgebiet gelegenen Gemeinde abmelden und in der bisherigen Gemeinde als *Fortzüge* erfaßt werden.

Einbezogen werden nur Personen, die zur *Bevölkerung* gehören. Gezählt wird jeder Zuzug einer Person innerhalb des Berichtszeitraums. Wohnungswechsel innerhalb einer Gemeinde (Ortsumzüge) werden nicht erfaßt.

Gäste in Beherbergungsstätten u.ä. und Besucher bei Verwandten und Bekannten werden nur erfaßt, wenn ihr Aufenthalt in der betreffenden Gemeinde gemäß den jeweiligen landesrechtlichen Meldebestimmungen von längerer Dauer ist und sie der Meldebehörde tatsächlich gemeldet werden.

Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung und Ersatzdienstleistende bleiben, da für sie keine Meldepflicht besteht, unberücksichtigt.

Nicht erfaßt werden auch bestimmte in Anstalten untergebrachte Personen (z.B. Patienten in Krankenhäusern usw.), Angehörige des konsularischen Dienstes und der ausländischen Stationierungsstreitkräfte, Seeleute und Binnenschiffer, Zeit- und Berufssoldaten bei vorübergehender Abwesenheit vom Standort und ähnliche Sonderfälle (vgl. auch *Bevölkerung*).

Jede Person, die ihre Hauptwohnung von einer im Bundesgebiet gelegenen Gemeinde in eine andere verlegt, wird in der neuen Gemeinde als Zuzug und in der bisherigen als Fortzug gezählt (Binnenwanderung). Personen, die aus dem Ausland in eine im Bundesgebiet gelegene Gemeinde ziehen, werden abweichend von dieser Regelung nur als Zuzug erfaßt. Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes (einschl. Berlin (West)) werden als Bundesaußenwanderung bezeichnet.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZUZÜGE

Datenquelle/  
Datennachweis

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :   Bis einschl. 1964 rechneten auch die Wanderungen zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet zur Bundesaußenwanderung.

Bis April 1983 wurden als Zuzüge auch die Fälle gerechnet, in denen jemand unter Aufgabe seiner Nebenwohnung in die Hauptwohnung zurückkehrte bzw. unter Aufgabe seiner zweiten Nebenwohnung in die erste Nebenwohnung zurückkehrte.

Personen, die sich von ihrer Nebenwohnung nach "Unbekannt" abmeldeten, wurden als Zuzug in der Gemeinde registriert, in der die Hauptwohnung lag.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :   Der Unterschied zwischen der Zahl der Zuzüge und der *Fortzüge* (Wanderungstatistik) stellt für jede Gemeinde den Wanderungssaldo dar. Da im Rahmen der Binnenwanderung in der Regel für jeden Fortzug ein Zuzug ausgewiesen wird, stellt die Differenz zwischen der Zahl der Zuzüge und der Fortzüge, bezogen auf das Bundesgebiet, den Saldo der Bundesaußenwanderung dar.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 1853,4545,5830,5837
ZWECKVERBÄNDE	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Jahresrechnungs- statistik ab 1974  2. Jährliche Schuldenstatistik ab 1974  3. Vierteljährliche Schuldenstatistik ab 1974	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit (Verbände und sonstige Organisationen), soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine kommunale Gebietskörperschaft zum Mitglied haben. Gemeinden und Gemeindeverbände müssen zur Wahrung öffentlicher Interessen und nicht lediglich als Grundstücks-eigentümer Mitglied sein.</p>
4. Statistik über den Personalstand des Öffentlichen Dien- stes ab 1960	<p>Im einzelnen gehören dazu alle Zweckverbände, soweit sie dem Zweckverbandsgesetz 1) oder entsprechenden Landesgesetzen unterliegen, sowie Schulverbände, gem. den Schulgesetzen der Länder, die der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dienenden Wasser- und Bodenverbände, der Großraumverband Hannover, regionale Planungsverbände, Planungsverbände nach dem Bundesbaugesetz, die Gemeindeverwaltungsverbände in Baden-Württemberg und die Verwaltungsgemeinschaften in Bayern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie sonstige Organisationen mit kommunaler Aufgabenerfüllung, wie sie nach Landesrecht festgelegt sind.</p>
	<p>Nicht zu den Zweckverbänden gehören Sparkassenzweck- und Sparkassenschulverbände, die Organisationen ohne Erwerbszweck, die Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz und die Samtgemeinden in Niedersachsen, die Landschaftsverbände und der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk in Nordrhein-Westfalen, der Bezirksverband Rheinland-Pfalz, die Landeswohlfahrtsverbände in Hessen und Baden-Württemberg sowie die sieben Bezirke in Bayern.</p>
	<p>In den Finanzstatistiken rechnen außerdem Verbände mit unternehmerischer Aufgabenstellung, sofern sie ihr Rechnungswesen nach der kaufmännischen doppelten Buchführung organisieren, nicht zu den Zweckverbänden. In der Perso-</p>
	<p>1) Zu Einzelheiten siehe Zweckverbandsgesetz vom 7.6.1939 (RGBl. I S. 979).</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK-Nr.:
ZWECKVERBÄNDE	GBK-Nr.(n): 1853,4545,5830,5837
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

nalstandstatistik werden diese Verbände dagegen als Zweckverbände einbezogen, sofern sie in rechtlich un-selbständiger Form geführt werden.

Nachgewiesen werden in der Jahresrechnungsstatistik Ausgaben und Einnahmen nach den Jahresrechnungen, in den Schuldenstatistiken der *Schuldenstand* und in der Personalstandstatistik der Personalstand der Zweckverbände.

Ä n d e r u n g e n   i m   Z e i t a b l a u f :  
Der mit Ablauf des Jahres 1978 aufgelöste Großraumverband Braunschweig gehörte bis zu diesem Zeitpunkt zu den Zweckverbänden.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ZWEIGNIEDERLASSUNG	GBK - Nr(n): 2816

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Arbeitsstätten-  
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Jede von der *Hauptniederlassung* eines *Unternehmens* räumlich getrennt liegende Arbeitsstätte.

Als Hauptniederlassung wird die Arbeitsstätte aufgefaßt, von der aus das gesamte Unternehmen geleitet wird. Zwischenverwaltungen gelten als Zweigniederlassung.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Rechtlich selbständige Tochtergesellschaften gelten als Unternehmen.

Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag mindestens eine Person oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren.

In der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmensergebnisse nur für den erwerbswirtschaftlichen Bereich ausgewiesen. Zu diesem rechnen die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe), Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen (Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen, Rechtsberatung), ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

Für die Bereiche Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung werden keine Unternehmensergebnisse und entsprechend keine Zweigniederlassungen nachgewiesen.

Als Zweigniederlassungen gelten auch Niederlassungen, die anderen Zweigniederlassungen nachgeordnet sind.

Nicht zu den Zweigniederlassungen gehören Niederlassungen ausländischer Unternehmen im Bundesgebiet, sie gelten als *Einzige Niederlassung*.

Niederlassungen deutscher Unternehmen im Ausland werden nicht erfaßt, sie zählen daher nicht zu den Zweigniederlassungen.

Statistisches Informationssystem des Bundes	
- Definitionskatalog -	
Begriff:  ZWEIGNIEDERLASSUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2816
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n :    Besteht ein <i>Unternehmen</i> (Arbeitsstättenzählung) nur aus einer <i>Arbeitsstätte</i>, so gilt diese als <i>Einzige Niederlassung</i>. Zweigniederlassungen bestehen daher nur bei Unternehmen, die mindestens zwei Arbeitsstätten (<i>Hauptniederlassung</i> und <i>Zweigniederlassung(en)</i>) umfassen.</p>	



## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

## Begriff:

ZWEITSTIMMEN

Datenquelle/  
Datennachweis

## Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Bundestags-  
wahlstatistik  
ab 1976

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern bei der Bundes-  
tagwahl abgegebene Stimmen für die Wahl einer Landesliste.

Die abgegebenen Zweitstimmen können gültig oder ungültig  
sein. Ungültig sind sie z. B., wenn der Stimmzettel sich  
nicht in einem amtlichen Wahlumschlag befindet, wenn er für  
einen anderen Wahlkreis gilt, wenn für die Wahl einer Lan-  
desliste auf einem Stimmzettel keine oder mehrere Stimmen  
abgegeben wurden usw.

2. Repräsentative  
Bundestagswahl-  
statistik  
ab 1972

B e g r i f f s i n h a l t : Von Wählern in den Auswahl-  
bezirken abgegebene Stimmen ohne Briefwähler für die Wahl  
einer Landesliste.

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:  ZWEITWOHNUNGEN	DFK-Nr.:
	GBK-Nr.(n): 5113
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Gebäude- und Wohnungszählung 1968	<p>B e g r i f f s i n h a l t :    Wohnungen, die einer Wohnpartei oder einzelnen Angehörigen einer Wohnpartei als zweite oder weitere Wohnung dienen.</p> <p>Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern mit 50 m<sup>2</sup> und mehr Wohnfläche werden generell als Zweitwohnungen ausgewiesen. (Wochenend- und Ferienhäuser mit weniger als 50 m<sup>2</sup> Wohnfläche rechnen zu den Unterkünften und sind demzufolge hier nicht einbezogen.)</p>

## Statistisches Informationssystem des Bundes

## - Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

ZWISCHENKREDITE

GBK - Nr(n):

1270

Statistik/  
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der  
Bausparkassen  
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Bestand an Darlehen, die die Bausparkassen ihren Bausparern im Vorgriff auf eine spätere Zuteilung der Bausparverträge gewähren.

Ein Bausparvertrag ist ein Vertrag, bei dem sich der Bausparer zur Leistung von Einlagen, die Bausparkasse zur Gewährung eines Darlehens für den Wohnungsbau verpflichten. Zwischen Ansparung der Einlagen und Zuteilung des Vertrages, d.h. der effektiven Bereitstellung der Vertragssumme, liegt eine bestimmte Wartezeit. Zur Überbrückung dieser Wartezeit werden ggf. Zwischenkredite gewährt.

Ausgewiesen wird der Bestand an Zwischenkrediten, soweit er noch nicht durch Zuteilung abgelöst ist (Stand am Ende des Berichtszeitraums).